Maler Eine utopische Weltordnung

Eine utopische Weltordnung

uan Maler

JUAN MALER

EINE UTOPISCHE WELTORDNUNG

Den ersten hunderttausend Menschenopfern
der Neuen Weltordnung

Juan Maler

Eine utopische Weltordnung

Buenos Aires 1992

QUEDA HECHO EL DEPOSITO QUE MARCA LA LEY 11.723

COPYRIGHT 1992 by JUAN MALER
8400 BARILOCHE — ARGENTINA

RESERVADOS TODOS LOS DERECHOS — ALLE RECHTE VORBEHALTEN
IMPRESO EN EUROPA — PRINTED IN EUROPE

BUENOS AIRES, REPUBLICA ARGENTINA
30 DE MARZO DE 1992

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG 9

I. DER DRITTE WELTKRIEG 12

Die Golfkrise 12
Friedensbemühungen 38
100 Stunden Erdkrieg 41

II. SIEGER UND OPFER 44

Die Vereinigten Staaten von Amerika 44
Die Nahost-Konferenz 51
Kurden 54
Zypern 65
Eritrea 67
Somalia 71
Angola 74

III. CHILE UND ARGENTINIEN 76

Colonia Dignidad 76
Der Maßnahmenstaat Chile 89
Der Sieger hat recht 96
Kohls Besuch in Santiago 109
Argentinien 116

IV. DIE SOWJETUNION 118

Eine Supermacht am Ende 118
Die baltischen Staaten 126
Turkestan 128
Kaukasien 133
Georgier 134
Armenier 135
Azerbeidjan 136
Neue Unionsversuche 138
Moldawien 143
Siebenbürgen 144

V. SLOWENEN, KROATEN UND SERBEN 146

Einheit oder Selbstbestimmung 146
Krain (Kraijina) 154
Der Überfall auf Slowenien 167
Der Überfall auf Kroatien 173
EG-Friedenskonferenz 202
Internationale Anarchie 210
Die Anerkennung 230

VI. DIE VERFEMTEN 250

Slowaken 250
Südtiroler 252
Flamen 259
Deutsche 265

VII. EUROPA 302

VIII. UTOPIA HAT SCHON BEGONNEN 320

Weltgefahr der Freimaurerei - Welthorizont - Kollision der Rechtssysteme - Ein neues Europa - Sozialismus und Kapitalismus - Der deutsche Unternehmer - Arbeit - Flucht ins Wachstum - Die Moderne - Die Utopie - Schutz des Kindes - Zerstörung der Familie - Aids - Kabelfernsehen - Weltstaatsverfassung - Freimaurerei in Osteuropa - Die Schulen von Athen - Die Kosten der Planung - Merkblatt für den Todesfall - Die neue Rolle der USA - Ideologie und Glaube - Opus Dei - Ernst Jünger - Ezra Pound - Brasillach - Aids

Der Hintergrund 360

Anmerkungen 362

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen 371

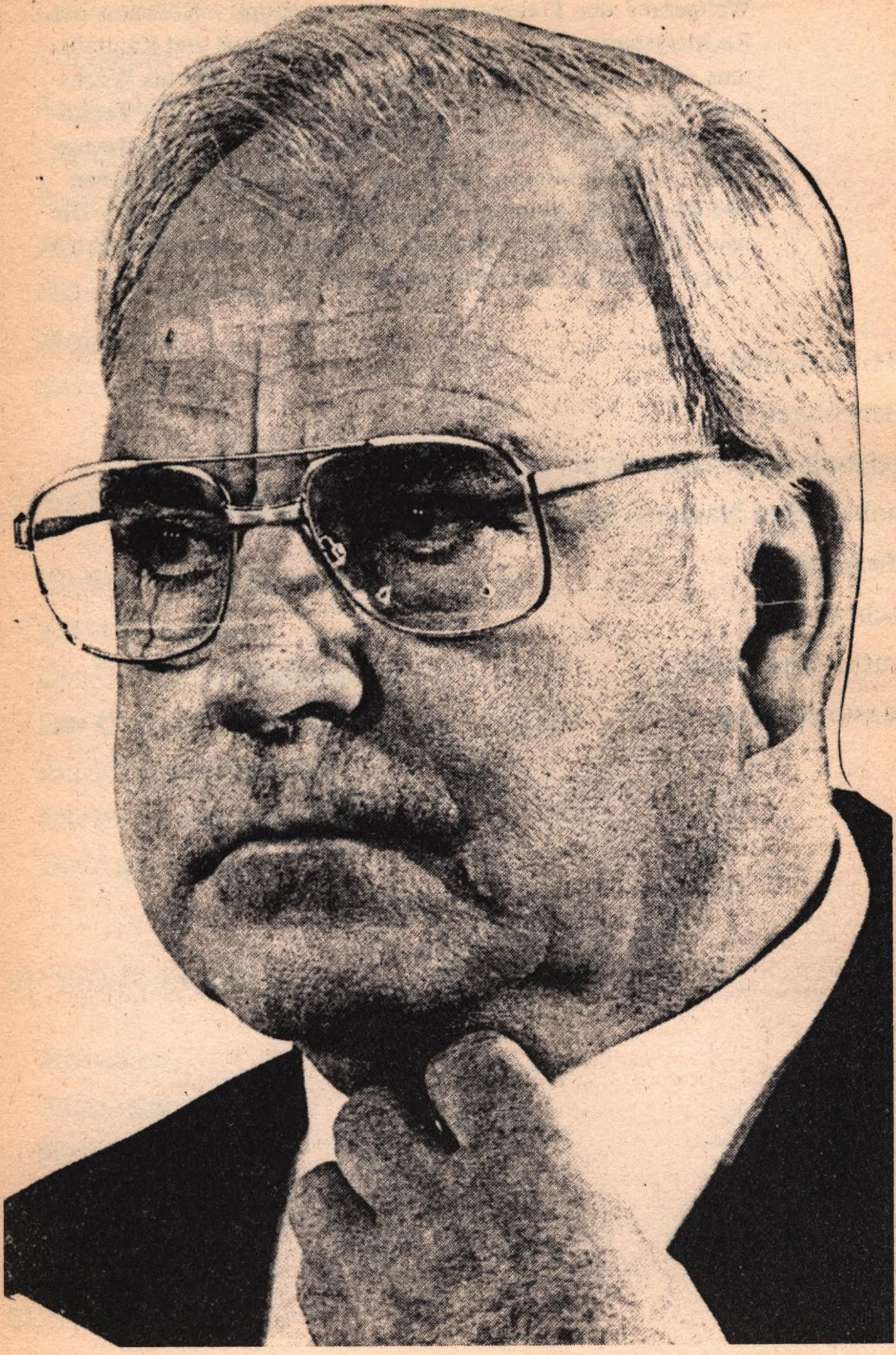
Alphabetisches Namens- und Sachregister 374

Abkürzungen 379

Zeitschriften 380

Literaturverzeichnis 381

Verlagsmitteilung 383



Einführung

Ein leuchtender Stern ist an dem nachtdunklen Himmel unserer Zeit aufgetaucht. Dabei hätte das seit Anfang 1991 so oft fallende Wort von einer „Neuen Weltordnung" schon viel eher aufleuchten können, nämlich 1919. Denn seitdem steht sie auf dem Programm. Damals kam in die Außenpolitik das Wort „Welt". Man hatte nämlich gerade einen — den ersten — Weltkrieg hinter sich. Er war auf dem Schlachtfeld zu einem Ergebnis gekommen und die Sieger waren nun aufgerufen, diese von ihnen bekriegte und besiegte Welt zu ordnen. Sie hatten sogar auch diese Absicht. Am deutlichsten sichtbar in der Schaffung eines Völkerbundes, einer Gesellschaft der Nationen. Aber sie begingen im gleichen Augenblick schwere Fehler, die man heute im Rückblick wohl unter zwei Überschriften zusammenfassen kann:

1. Es wurden im allgemeinen keine gerechten Grenzen gezogen.
2. Man erleichterte das Aufkommen von Ideologien, die den Sinn staatlicher Existenz von Grund auf veränderten.

Im Zuge der schweren Wirren, die darum diese erste Nachkriegszeit hervorrufen mußte, brachten sich Personen zu Gehör, die nicht nur erst hinter der entschlußarmen und unfähigen Führung der Nachkriegszeit, sondern schon gleich hinter der Auslösung dieses Weltkrieges kaum ausgesprochene, mehr oder weniger verheimlichte Weltpläne sahen. Bei aller diplomatischen Aktivität kam darum das Gefühl einer inherenten Unehrlichkeit auf. Lenin forderte deswegen das Ende der „Geheimdiplomatie", wie er es nannte.

Das Zusammenspiel von ungerechten Friedensdiktaten mit dem Anstreben internationaler Zusammenarbeit zugunsten einer philosophisch verbundenen Minderheit ließ eine europäische Front gegen die „überstaatlichen Mächte" entstehen, wie sie der Feldherr Ludendorff nannte.

Derart war dann der Humusboden, auf dem sich Dämonen entwickelten. Die Sieger von 1919 hatten ihnen gezeigt, daß die Maschinengewehre und die Tanks das letzte Wort haben. Sie hatten mit ihrem vorzeitigen Abtreten aber auch den Weg gewiesen, auf wel-

chem die Ungerechtigkeiten von Versailles und Trianon und St. Germain und Sevres beseitigt werden konnten. Daß diese Sieger es aber gleichzeitig auch nicht nur gestatteten, sondern geradezu förderten, daß man alles das, was den Besiegten heilig war, ungestraft bespeien durfte, heizte in der heranwachsenden Generation das an, was dann die Geschichte dieses Jahrhunderts bestimmte: den Nationalismus. War es auch zunächst nicht ernster gemeint als das, was die Gründer der Siegerstaaten vor hundert Jahren selbst im Munde geführt hatten, so bewegte sich jetzt der Zug der Zeit doch in anderer Richtung als es die Weltenplaner im Hintergrund wollten. Die beiden Strömungen entfernten sich immer weiter voneinander. Aus den Helden in der Völkerschlacht von Leipzig wurden jetzt „Extremisten". Es war ein Begriff, der geschaffen wurde von Utopisten, die sich eine Welt vorstellten, in der es außer dem Gelde keine Werte mehr geben sollte, für die einzustehen und zu kämpfen erlaubt sein sollte.

Herrschte also keineswegs Einstimmigkeit über den zu beschreitenden Weg in die Zukunft, so schälten sich dann doch als Ergebnis der jeweiligen Kraftanstrengungen zwei Pole heraus: die Welt der Sieger von 1919 und ihr gegenüber im wesentlichen das nationalsozialistische Deutschland. Der Machtzuwachs dieses emporstrebenden Gegners zwang alle anderen zu einem erneuten Weltbündnis zusammen. Und wieder standen dann 1945 die Sieger in Potsdam vor der Aufgabe, die eroberte Welt zu ordnen.

Entschuldigend für die Unausgegorenheit der Schöpfung von 1919 konnte man noch sagen, daß es sich um eine „Zeit des Übergangs" (Harold Nicolson, S. 15) gehandelt habe, eines *„Übergangs von der aristokratischen zur demokratischen Diplomatie, und daß diese Übergangsphase die Schwächen beider Methoden und die Vorzüge von keiner der beiden zum Vorschein brachte. Das Versagen unserer Nachkriegsdiplomatie lag nicht an den Irrtümern und der Politik einzelner Staatsmänner, sondern an einem allgemeinen Kollaps des nationalen Wollens, der zusammenfiel mit einer plötzlichen Energieerhöhung in denjenigen Ländern, mit denen wir es besonders zu tun hatten."* Aber, kann man auch für diese zweite Nachkriegszeit eine solche Entschuldigung vorbringen, *„daß das XX. Jahrhundert so schlecht ausfiel?"* (der britische Historiker Paul Johnson in einer Konferenz in der chilenischen Universität Adolfo Ibanez am 11. April 1991). Da mittlerweile der Übergang von aristokraticher zu demokratischer „Zustimmungsdiplomatie" (Nicolson) überall zugunsten der zweiten abgeschlossen war, gäbe es eine Verwendung dieses entschuldigenden Wortes „Übergang" also nur dann, wenn man Ludendorff recht gäbe und feststellte, daß eben die von ihm angeprangerte Strömung immer noch nicht zum Ziele gelangt ist, daß diese Anstrengungen der „Dunkelmänner" (Ludendorff) sich auch nach 1945 noch nicht definitiv durchsetzen konnten, wohl aber weiter sich bemerkbar machten.

Befinden wir uns in einer derartigen Übergangszeit, dann manifestiert sich das neu Vordringende nicht nur in der Theorie, und nicht nur in der langsam sich ändernden Auswahl der Angriffsobjekte. War der Staat zu Beginn dieser Untergrundrebellion *„einziger Faktor der Diplomatie", „die Außenpolitik eines Staates, unabhängig von der politischen Färbung des jeweiligen Regimes, die Fleischwerdung der dauernden Ziele und Interessen der Nation, und muß sie in ihrer demokratischen Färbung partizipativ sein von der Quelle der Souveränität her, der Meinung der Staatsbürger"* (Gabriel Millan, „El Mercurio" 5.4.1991), so geht die gleiche Strömung, die zu dieser demokratischen Diplomatie führte, einen bedeutenden Schritt weiter hin zu einer Diplomatie, die immer weniger dem Staat dient als überstaatlichen Organisationen und deren Zielsetzungen, die oft einer Geringschätzung der Staaten, ja in gewissen Fällen sogar ihrer Verneinung das Wort reden. Ob wir in einer solchen Übergangszeit leben, müßte man dann an der Art erkennen, wie die Außenminister tätig werden. Der Weg hin zu einer Neuen Weltordnung wird gepflastert von den Außenministern.

Ein sicher nicht obligatorisch für die Ordnung der Welt vorgesehener Doppelkopf zweier „Supermächte", der sich trotz der scharfen gedanklichen und wirtschaftlichen Gegensätze nur dank des Verrats der Atombombe durch die Rosenbergs an die Sowjetunion halten konnte, fand dann durch die Perestroika sein Ende. Seitdem fährt die ganze Welt mit gleicher Spurweite. Und da seitdem die Gefahr eines Amtsmißbrauchs durch die übriggebliebene Potenz besonders akut ist, lag es um so näher, allem außenpolitischen Handeln von nun an das Vorzeichen „Weltpolitik" zu geben. Es erregte denn auch nicht besonderes Aufsehen, daß der nordamerikanische Präsident seit dem Sommer 1990 keine Gelegenheit vorübergehen läßt, auf die „Neue Weltordnung" Bezug zu nehmen. (Zusammenstellung bei Donald S. McAlvany in „CODE", 6/1991).

Man kann es darum auch niemandem ankreiden, wenn man die seitdem zu verzeichnenden Ereignisse an dieser Elle mißt und sich darum bemüht, aus diesen konkreten Produkten der Neuen Außenpolitik abzulesen, welcher Art die Neue Weltordnung sein soll. In der Tat liefert uns alleine das erste Jahr unter solchen Zeichen bereits eine nicht erwartete Fülle von Vorgängen sowie den dazugehörigen Absichtserklärungen und gelegentlich auch Entschuldigungen, daß über die schematische Darstellung hinaus es bereits angebracht ist, diese im Aufbau befindliche Weltordnung zu beurteilen, zu ihrer Unterstützung aufzurufen oder vor ihr zu warnen.

Wo es angängig war, ordnen wir die Tatbestände von den jeweils Betroffenen her. Es hat uns dabei geholfen, daß in einer ganzen Reihe von Beispielen ein persönlicher Kontakt des Autors vorgelegen hat, so daß die eingehenden Informationen in diesen Fällen an eigenen Erlebnissen gemessen werden konnten.

I. Der dritte Weltkrieg

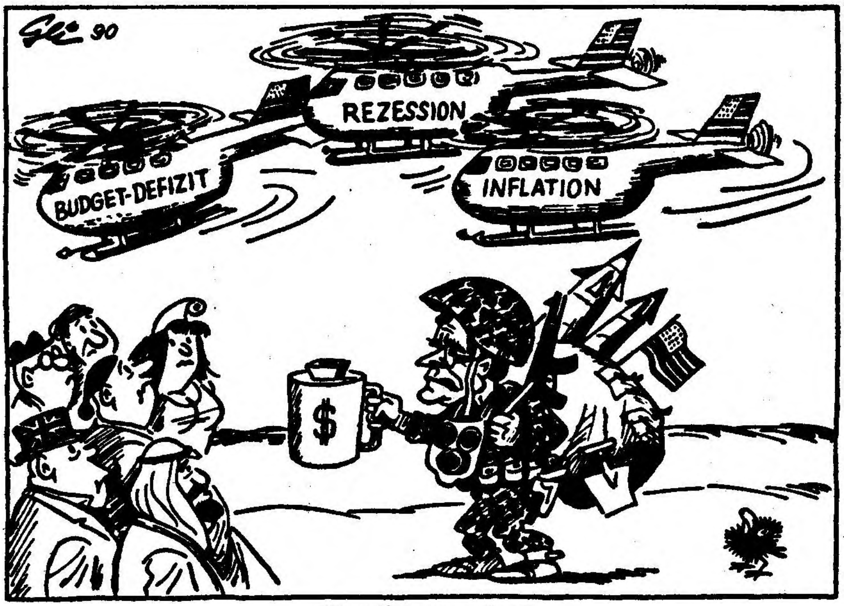
Die Golfkrise

Am 20. Juli 1945 hielt Truman in Potsdam eine kurze Rede, in der er „die Heraufkunft des größten Zeitalters in der Geschichte der Menschheit voraussah" (The Times 21.7.45)

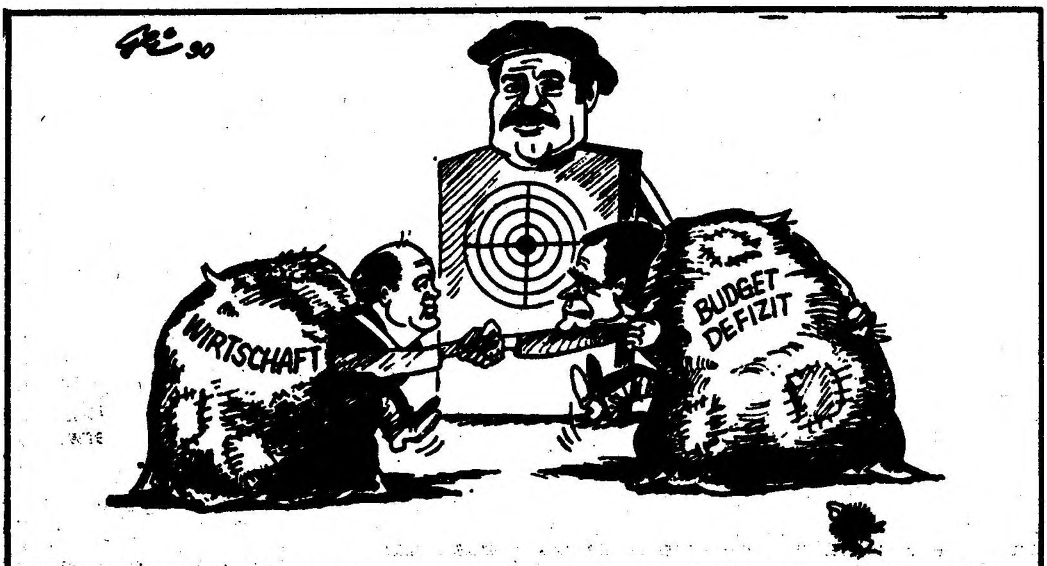
Wir schreiben Anfang Juli 1990. Amerikas Präsident George Bush liest die Tagesmeldungen. Aus New York erfährt er, daß dort in diesem Jahre bereits 1.300 Menschen ermordet wurden, daß die Zahl bis Jahresende möglicherweise auf mehr als 2.000 ansteigt. (1). Ein Fünftel aller Arbeiter in seinem Lande ist drogensüchtig. Er steht einem Lande vor, das weltweit den höchsten Drogenkonsum aufweist. In Virginia ist das Lesen der Bibel auf den Schulen gesetzwidrig, doch homosexuelle Zeitschriften dürfen verteilt werden. Neue Meldungen kommen ihm auf den Tisch zu dem Zusammenbruch von mehr als 3000 Sparkassen. Ein Bericht soll dem Kongress vorgelegt werden (2), wonach 300 Großbanken die Grenze zur Insolvenz überschritten haben und eine Bereinigung dem Staat 63 Md Dollar kosten wird. Man nennt ihm Namen: Citicorp, Bank of America, Manufacturers Hanover, Chase Manhattan und Bankers Trust. Man teilt ihm mit, daß seit 1980 die Zahl der Millionäre um 151% gestiegen ist, doch 11% seiner Mitbürger überhaupt keinen Cent ersparten Geldes besitzen. Mehr als 30 Millionen Amerikaner leben in Armut. Jedes achte Kind unter zwölf ist unterernährt. Das Gespenst eines Zusammenbruchs, wie er 1929 eintrat, steht vor ihm auf. Was rettete damals die Vereinigten Staaten vor dem völligen Ruin? Die Tatsachen suggerieren eine Antwort: EIN KRIEG. Er blättert in den Meldungen seiner Geheimdienste. Er hatte ihnen selbst einmal vorgestanden und weiß um deren Tüchtigkeit. Da weiß man Bescheid darüber, daß Saddam Hussein, der große Verbündete im

Kampf gegen Khomeini, die langgehegte irakische Absicht einer Besetzung von Kuwait verwirklichen will (3). Bush kennt sehr wohl die rechtliche Grundlage der irakischen Wünsche. 1899 wurde Kuwait britisches Protektorat. Nicht Öl stand damals hinter dieser Erwerbung, sondern der Wunsch um Sicherung des Weges zum Kaiserreich Indien. Bei der britischen Erfindung eines Staates „Irak" im Jahre 1924 „vergaß" man Kuwait, es blieb britisches Protektorat, obwohl es autonomer Teil des ehemals türkischen Wilayats Basra war. 1932 gewährte dann Großbritannien Kuwait „volle Souveränität", was in der Praxis nicht mehr und nicht weniger bedeutete, als daß es auf diese Weise den mehrheitlich amerikanischen Ölfirmen das Feld zu räumen begann. Diesen konnte es niemals daran liegen, die Ölreserven des Irak mit denen Kuwaits in irakischer Hand zu vereinigen. Das Wort „Weltherrschaft" brauchte nicht erst zu fallen, um die Bedeutung einer derartigen Entwicklung für die USA zu betonen. Daß Kuwait 1963 sogar Mitglied der Vereinten Nationen wurde, änderte nichts an dem eigentlichen Hintergrund. Es ermöglichte lediglich, im gegebenen Falle einen völkerrechtlich angestrichenen Apparat aufbauen zu können.

Eigentlich fehlte nichts, um einem amerikanischen Präsidenten bei solchen Meldungen den Weg aus der Schlinge zu zeigen. In der Tat wurde Saddam Hussein unruhig und bezichtigte Kuwait, irakische Ölreserven anzuzapfen. Die USA durften aber auf keinen Fall als kriegslüstern erscheinen. Alles mußte so aussehen, als ob sie die letzten seien, die etwa einen Krieg wollten. *„Man mußte die gespannte Lage im Golf ansprechen und von vorneherein ein Ausgreifen auf andere Gebiete im Nahen Osten verhindern."* So gab die Sprecherin des Außenministeriums in Washington am 24. Juli 1990 eine Erklärung ab, in der mit allem Nachdruck unterstrichen wurde, die USA seien entschlossen, *„die individuelle und kollektive Selbstverteidigung unserer Freunde in der Golfregion, zu denen wir langjährige und tiefe Verbindungen haben, zu unterstützen."*. Um diesem Warnsignal demonstrativen Nachdruck zu verschaffen, kündigte Washington überdies am gleichen Tage kurzfristige gemeinsame Flottenmanöver mit den Vereinigten Arabischen Emiraten in den



Zuspitzung am Golf



Weniges auf der Welt verbindet so stark wie die gemeinsame Abneigung gegen einen Dritten

Golfgewässern an. Kuwait wurde darin also n i c h t erwähnt.

Im Februar 1991 erschien in Paris ein Buch von Pierre Salinger unter dem Titel „Guerre du Golfe. Le Dossier secret". Der Verfasser war Pressesprecher des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy und macht sich dann einen Namen als Nahostexperte. *„Salinger arbeitet die Tatsache heraus, daß zwischen dem Irak und Kuwait nach Ende des irakisch-iranischen Golfkrieges ein heftiger Wirtschaftskonflikt tobte. Bagdad war von den Ölscheichs angestachelt worden, den persischen Ayatollahs im Sinne der ‚gesamtarabischen Sache' entgegenzutreten. Im Verlaufe des Krieges, der acht Jahre währte und dann 1988 maßgeblich auf Initiative von PLO-Präsident Arafat beendet wurde, überschuldete sich der Irak völlig und drohte, in Zinsknechtschaft zu geraten. Versuche Saddam Husseins, einen Schuldenerlaß, bzw. eine Schuldenminderung zu erreichen, schlugen fehl. Ganz im Gegenteil erhöhte Kuwait seine Ölförderung erheblich und trug so zum Preisverfall des Erdöls bei, was den vom Ölexport abhängigen Irak wirtschaftlich zu erdrosseln drohte. In dieser Situation ließ Saddam Hussein seine militärischen Muskeln als Drohgebärde spielen und wollte Kuwait mit der Schocktherapie zum Einlenken zwingen. Washington jedoch versicherte dem Kuwait-Scheich, daß US-Amerika notfalls helfen wolle, trug also zur kuwaitischen Halsstarrigkeit bei. Zur gleichen Zeit signalisierte die doppelzüngige Bush-Politik Bagdad, daß man sich in einen etwaigen irakisch-kuwaitischen Konflikt nicht einmischen werde* (wir kommen auf diesen Punkt im folgenden Absatz ausführlich zu sprechen). *Dadurch wurde Saddam Hussein in trügerische Sicherheit gewiegt. Salinger sagt sodann: ‚Ein merkwürdiges Dokument, das von den Irakern in Kuwait entdeckt worden war, läßt den Ursprung der Krise in einem neuen Licht erscheinen'. Es handelt sich um ein vom Chef der kuwaitischen Staatssicherheit an den Innenminister gerichtetes Memorandum, in dem es heißt: ‚Wir stimmen mit der amerikanischen Seite in der Einschätzung überein, daß es wichtig ist, von der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Iraks zu profitieren, um Druck auf dieses Land auszuüben mit dem Ziel, eine gespannte Situation an der gemeinsamen Grenze zu provozieren'. Zwei Tage vor der Kuwait-*

Invasion (durch den Irak, also am 31. Juli) *erklärte der stellvertretende US-Außenminister John Kelly im Nahostausschuß des Repräsentantenhaus, daß es ,keinen Vertrag, keine Verpflichtung, nichts geben würde, das uns zwingt, amerikanische Truppen zum Schutz Kuwaits einzusetzen.' Dazu Salinger: ,In den entscheidenden Stunden kurz vor dem Invasionsbefehl hatte Kelly den Irakern ein Signal übermittelt, das sie geradezu als Garantie einer Nichteinmischung der USA deuten mußten'.*" (4).

Joachim Fritz-Vannahme bespricht das gleiche Buch von Salinger und holt dabei noch einige weitere Vorgänge ans Licht: *„Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte John Kelly, Nahostexperte, erklärt, sein Land sei im Falle eines irakischen Eingreifens auf Kuwait vertraglich nicht zum Eingreifen verpflichtet. Das war drei Tage vor dem Einmarsch Husseins. BBC-World Service hatte die Sätze Kellys bis nach Bagdad getragen . . . Schon am 3. August hatte in Washington General Colin Powell, der Stabschef im Weißen Haus, seinem Präsidenten erklärt: ,Wenn Sie sich zum Eingreifen entschließen, dann muß dieses auf massive und entscheidende Weise erfolgen. Wählen Sie Ihr Ziel, und versuchen Sie, ihn auszulöschen'. Sollten die Kriegsziele schon zu diesem Zeitpunkt unmißverständlich festgelegt worden sein?"* Damals gab es noch keine UNO-Resolution und niemand sprach von einer neuen Weltordnung. Aber im Weißen Haus kannte man bereits Kriegsziele!

Am 25. Juli 1990 wurde die neue US-Botschafterin in Bagdad, Frau April Glaspie, zu einer Unterredung mit Saddam Hussein zitiert. In einer späteren Aussage vor den außenpolitischen Ausschüssen der beiden Kongreßkammern bestätigte sie ihren inzwischen oft zitierten Satz: *„Die USA haben keine Meinung zu innerarabischen Konflikten wie dem irakischen Grenzstreit mit Kuwait"*, fügte allerdings hinzu, daß dieser Satz aus dem Zusammenhang des übrigen Gesprächs genommen und verzerrt worden sei. (5). Die Botschafterin April C. Glaspie reiste am 30. Juli nach Washington, *„um dort Konsultationen zu führen."* Am 2. August ließ Saddam Hussein in Kuwait einmarschieren (6).

Damit hatte Bush seinen Kriegsgrund. Für ihn war der Krieg ein „Krisenventil" (John H. Hobson) Er brauchte ihn j e t z t . Denn *„wäre Saddam Hussein drei Jahre später in Kuwait einmarschiert, so hätte es bei unseren militärischen Möglichkeiten schon wesentlich schlechter ausgesehen. Es trifft sich, daß die amerikanische Rüstung durch den Kalten Krieg und vor allem als Folge des Rüstungsbooms unter Präsident Reagan auf einem Höhepunkt ist."* (7).

Wir fassen die nun folgenden Vorgänge kurz zusammen:

02.08.1990	Saddam Hussein besetzt Kuwait
29.11.1990	Der Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen den Irak. Die Räumung Kuwaits wird gefordert.
12.01.1991	Der US-Senat gibt Bush freie Hand zum Kriegseintritt.
15.01.1991	Ablauf des Ultimatums des Sicherheitsrats
17.01.1991	Beginn des Golfkrieges als Luftkrieg
24.02.1991	100 Stunden Bodenkrieg
01.03.1991	Waffenruhe nach der Debellatio des Irak

Hinter diesen Daten stehen Vorgänge und Kommentare, die nach dem Willen der Sieger vergessen werden sollen.

Die Besetzung Kuwaits durch den Irak kostete 700 Menschenleben.

„Das UNO-Ultimatum an Irak, das überfallene Kuwait bis zum 15. Januar zu räumen, ist in der Resolution 678 vom 28. November vorigen Jahres enthalten. Darin wird der Einsatz militärischer Mittel nicht direkt erwähnt. Auch die Frage des Oberbefehls einer UNO-Streitmacht wird nicht angesprochen. In Punkt 2 der Resolution heißt es lediglich: ,Der Sicherheitsrat autorisiert Mitgliedstaaten, die mit der Regierung von Kuwait zusammenar-

beiten, alle nötigen Mittel einzusetzen, um die Resolution 660 des Sicherheitsrates (in der erstmalig die Räumung Kuwaits gefordert worden war) und alle folgenden relevanten Resolutionen zu unterstützen und zu verwirklichen und den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region wiederherzustellen, wenn der Irak nicht am oder vor dem 15. Januar 1991 die vorangegangenen Resolutionen . . . voll verwirklicht" (8).

Vierzehn Tage vor Ablauf des Ultimatums der UN bequemt man sich in Washington, zu einem ersten direkten Treffen des amerikanischen Außenministers James Baker mit dem irakischen Außenminister Tarik Aziz in Genf. In Genf tragen sich dann die beiden Gesprächspartner sechs Stunden lang ihre unterschiedlichen Standpunkte vor. Aziz meint hinterher, es sei ein *„ernsthaftes Treffen gewesen, weil man den jeweiligen Standpunkt dargelegt habe. Es sei aber nicht möglich, wie Baker, nur Kuwait anzusprechen. Es müsse vielmehr um Frieden im ganzen Nahen Osten gehen."* (9).

„Im letzten Augenblick, Stunden nur vor dem ersten Schuß, lanziert auch Frankreich eine Friedensinitiative ohne dabei die anderen elf Mitglieder der EG zu informieren. Die Meinungsverschiedenheiten um die Golfkrise haben damit eine Bresche geschlagen in die ehrgeizigen Pläne der Europäischen Gemeinschaft, eine gemeinsame Außenpolitik des Blocks zu schaffen." (10).

Die „New York Times" betont am 11. Januar: *„Amerikas vitale Interessen im Nahen Osten — die Sicherheit und die Öllieferungen und die Sicherheit seiner strategischen Alliierten — sind nicht unmittelbar gefährdet. Um Irak aus Kuwait zu vertreiben, bleibt das Embargo ein vernünftiges Instrument."*

Nach dem Scheitern des irakisch-amerikanischen Gesprächs in Genf sorgt der UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar um einen neuen, letzten Hoffnungsschimmer. Unterwegs nach Bagdad unterbricht er seinen Flug in Genf, um sich mit den Außenministern der EG zu beraten. Gorbatschow und Bush wünschten ihm Erfolg. Es kommt zu einer zweieinhalbstündigen Unterredung mit Saddam Hussein, doch zu keinem Ergebnis, 2 Tage vor Ablauf des Ultimatums. Wie man In Washington über Krieg und Frieden denkt, zeigt, daß Bush sich bereits am 12. Januar vom Kongreß die Genehmigung zum militärischen Vorgehen geben ließ. Das Ergebnis ist recht knapp, wenn man bedenkt, um was es geht: Der Senat stimmt mit 52 gegen 47 Stimmen zu und das Repräsentantenhaus mit 250 gegen 183. Damit wurde der Präsident ermächtigt *„in Befolgung der Resolution 678 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu benutzen"*. Die Völker reagieren auf ihre Art gegen den Frevel aus Washington. *„Fast überall in der Welt protestierten Menschen gegen den Krieg am Golf. Noch in der Nacht, da die ersten mehr als tausend Bomben auf Bagdad fielen zogen in vielen deutschen Städten — wie auf dem Foto — in München Studenten durch die noch leeren Straßen."*

Immerhin, einen Tag nach Ablauf des Ultimatums meldet sich sogar noch der Papst zu Worte. Er *„hofft, daß mit der Macht eines Dialogs die Souveränität des Volkes von Kuwait wiederhergestellt und die internationale Ordnung am Golf und im gesamten Nahen Osten restauriert werden kann."* Dieser Wunsch wurde ausgedrückt in Briefen an Saddam Hussein und an Bush, während dieser bereits die Einsatzbefehle gegeben hatte.

Der Angriff gegen den Irak begann eine Nacht nach Ablauf des UN-Ultimatums. In der darauffolgenden Nacht teilt Georg Bush der Welt die Gründe für sein eiliges Vorgehen im amerikanischen Fernsehen mit:

„Dieser Konflikt begann am 2. August 1990, als der Diktator aus Irak einen kleinen und hilflosen Nachbarn überfiel, Kuwait, ein Mitglied der Arabischen Liga und der Vereinten Nationen, wurde erdrückt, sein Volk brutalisiert . . . Unsere Ziele sind klar. Saddam Husseins Truppen werden Kuwait verlassen. Die legitime Regierung Kuwaits wird wieder an ihren rechtmäßigen Platz gestellt, und Kuwait wird wieder befreit. Irak wird

schließlich allen UNO-Resolutionen fügen und dann, wenn der Frieder wieder hergestellt ist, hoffen wird, daß Irak als friedliches und kooperatives Mitglied der Familie der Nationen leben wird, und somit die Sicherheit und Stabilität am Golf fördert . . . Saddam hat alle Warnungen arrogant zurückgewiesen . . . Wir haben im vergangenen Jahr große Fortschritte gemacht, die lange Ära des Konflikts und des Kalten Krieges zu beenden. Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet. Wenn wir erfolgreich sind, und das werden wir sein, haben wir eine echte Chance für diese neue Weltordnung, eine Ordnung, in der glaubwürdige Vereinte Nationen ihre friedenbewahrende Rolle einsetzen können, um das Versprechen und die Vision der Gründer der UNO zu erfüllen . . . Ich bin nicht nur davon überzeugt, daß wir siegen werden, sondern daß aus dem Schrecken des Krieges die Erkenntnis erwachsen wird, daß keine Nation gegen eine einige Welt aufstehen kann, daß es keiner Nation erlaubt wird, ihren Nachbarn brutal anzugreifen . . . Die schrecklichen Verbrechen und Folterungen, die Saddams Henkerknechte gegen die unschuldigen Menschen von Kuwait begangen haben, sind ein Affront gegen die Menschheit und eine Herausforderung an die Freiheit aller . . . Hören Sie, was ein Feldwebel sagte: Wir stehen hier für mehr als nur den Preis einer Gallone Benzin. Was wir tun, ist die Zukunft der Welt für die nächsten hundert Jahre zu gestalten."

Am 31. Januar 1991 wiederholt Bush dann diese Sätze, indem er den inzwischen bereits



FAST ÜBERALL in der Welt protestierten gestern Menschen gegen den Krieg am Golf. Noch in der Nacht zum Donnerstag oder am frühen Morgen zogen in vielen deutschen Städten – wie hier in München – Studenten durch die noch leeren Straßen. (ap)



angelaufenen Krieg *„als Chance für eine neue Weltordnung"* bezeichnet. In seinem „Bericht zur Lage der Nation" stellt er vor dem Kongreß fest, *„man müsse sicherstellen, daß die Ölvorräte der Welt nicht in die Hand des brutalen Diktators fallen, um zukünftige Aggressionen zu fianzieren. Sie wissen, daß er alles tun wird, jede Waffe einsetzen, jede empörende Handlung begehen wird, wie viele Unschuldige auch leiden müssen . . . Die Welt kann damit die Gelegenheit ergreifen, das lang ersehnte Versprechen einer neuen Weltordnung zu erfüllen — in der Brutalität nicht belohnt wird und Aggression auf gemeinsamen Widerstand stoßen wird."*

Damit wird kund, daß Bush sich bei seinem Vorgehen von Anfang an eines Vokabulars bedient hat, das zum internationalen festen Inventar gehört und ihn nach allen Seiten hin abschirmt. Der Vorwurf „Aggression" ist sogar eine bessere Waffe als die stärkste Atombombe. Um sicher zu gehen, muß man allerdings beide haben. Eine allein genügt nicht. Die eine Waffe entschuldigt und genehmigt dann die andere. Daß diese Doppelbewaffnung im Osten wie im Westen gleichzeitig in die Hand genommen wurde, ist erstmalig seit den Tagen von Jalta und Potsdam und diese Gemeinsamkeit macht auch die Nennung einer **Neuen Weltordnung** als gemeinsames Ziel möglich. Daß diese Gelegenheit sofort aufgegriffen wird, ist klarer Beweis dafür, daß man an vielen Orten bereits darauf gewartet hat. Die Rolle der USA in dieser neuen Ordnung ist für Bush klar: *„Die Führung durch die Vereinigten Staaten ist unverzichtbar. Nur sie haben das moralische Gewicht und die Mittel dazu. Wir sind die einzige Nation der Erde, die die Streitkräfte des Friedens zusammenbringen konnte."* (11/12).

„Das Phänomen eines moralischen Lebens zeigt sich nur in einem bestimmten Alter. Dieses Alter liegt für alle Menschen zwischen 22 und 28 Jahren. Es ist das Alter der großen Gedanken" meint einmal Honoré de Balzac. Und er fährt fort: *„Es ist das Alter der ersten Vorsätze, der riesigen Wünsche"*. Man gewinnt heute den Eindruck, bei den Amerikanern dauert dieses Alter weitaus länger, und Bush sei immer noch in diesem Alter. Wie sonst hätte er darauf kommen können, aus der kriegerischen Wiedervereinigung des Iraks mit Kuwait das erhebende Spektakel eines „guten Krieges" zu machen, den Vorgang zum Anlaß zu nehmen, riesige Wünsche anzupeilen und die ganze Welt einzuspannen bei solchem biblischen Vorhaben? Es geht danach Bush nicht mehr um konkrete Dinge wie Öl, sondern um etwas Abstraktes, um den Kampf des Guten gegen das Böse, des Rechtmäßigen gegen das Irre, Tugend gegen Laster, um religiöse Werte und den Willen Gottes. Der Krieg muß auf diese Ebene gehoben werden, zu klar ist der Profit. *„In dieser Region ruht mehr als die Hälfte der Weltpetroleumreserven. Irak ist das einzige Land, das seine Rohölgewinnung nationalisierte, den Ölfürsten abnahm. Und es folgt einer standhaften Politik der Unabhängigkeit in arabischen Angelegenheiten, insbesondere was die Palästinenser angeht"*. (13). Läßt man die Moral weg, dann zerbricht die innerpolitische Waage, dann kommt es zur Demoralisierung und Entmutigung der Truppen und der Wähler. Wenn



man aber zuviel Wert auf die Moral legt (14), dann bleibt nichts anderes übrig, als die bedingungslose totale Kapitulation. Bevor die Amerikaner schon einmal „ihre christlichen Soldaten zur Durchsetzung ihrer Kreuzzugsideen in alle Welt hinaussandten" (15), erlebten wir das gleiche Pathos, das diesmal einen Bush als so typischen Amerikaner ausweist, bei der berühmt gewordenen „Quarantine-speech" Roosevelts vom 5. Oktober 1937: *„Die internationale Anarchie zerstört alle Grundlagen des Friedens. Sie gefährdet die unmittelbare oder künftige Sicherheit einer jeden Nation, ob groß oder klein. Deshalb ist es für das Volk der Vereinigten Staaten eine Angelegenheit von lebenswichtigem Interesse, daß die Heiligkeit der internationalen Verträge und die Fortdauer der internationalen Moral gesichert wird... Bedauerlicherweise hat es den Anschein, daß die Epidemie der internationalen Rechtlosigkeit sich ausbreitet. Wenn aber eine Epidemie sich ausbreitet, dann billigt die Gemeinschaft eine Quarantäne für die Angesteckten, um die Gemeinschaft gegen eine Ausbreitung der Krankheit zu schützen."* (16). Vergleiche mit Hitler, das Erinnern an eine „unbedingte Kapitulation" zwingen darum zu einer Ausweitung der Kriegsziele am Golf.

Das bloße Erwähnen der Moral in diesem einen Krieg (und es war schon mehrfach geschehen) zwingt dazu, sie auch in allen anderen Fällen als Maßstab anzulegen. Senator George Mitchell fordert darum bereits, daß die USA eine Welt aufbauen, in welcher Gerechtigkeit und Menschenrechte ohne Ausnahme (!) respektiert werden. Auch alle Gehilfen Bushs bei diesem Unternehmen, von Genscher bis Kaifu, sind vor den gleichen Wagen gespannt. Sie haben Rechenschaft abzulegen für ermordete Studenten in China, in Mittelamerika ermordete Pfarrer, erschossene Demonstranten in Wilna und in Kroatien, enteignete Bauern in Colonia Dignidad, vertriebene Kurden und vertriebene Deutsche. Denn: Die Moral leuchtet in allen Richtungen, auch nach hinten! Kriegsverbrechen kennen keine Verjährung! Wahrlich, mit dem Golfkrieg wurden mehr Karten auf den Tisch gelegt, als sich die Initiatoren gewünscht hatten. Wird man sich langsam darüber klar, was es bedeutet, in der Welt Mitverantwortung zu tragen? Daß David Levy recht hatte, als er Genscher sagte, das Scheckheft sei nicht die Hauptsache.

Auf welchem wankenden Boden heute alle Außenpolitik steht, macht noch eine weitere Bemerkung über die Moral in der Politik klar. Sicherlich ist es heute unerläßlich, Politik



Selbst beim „Gottesdienst“ darf die Brille nicht fehlen. Dieses Foto ist eine Verhöhnung des Christentums, degradiert es doch alle Gebete zu Riten der Loge und zeigt, was eigentlich an geistiger Bindung hinter dem amerikanischen Präsidenten steht.

von der Moral her zu betrachten. Doch muß es sich um eine Moral ohne ideologische Färbung handeln. Andernfalls gelangt man entweder zu den Guillotinen oder nach Auschwitz. Und auf dem parallel dazu liegenden Feld der politischen Justiz schiebt man die Dinge hin zu Sacco-Vanzetti oder nach Nürnberg. Und in der Tat, kann man nicht leugnen, daß die Politik sich heute in Händen einer ganz besonderen Moral befindet.

Und diese, ja an sich für die Menschheit und für jede Kultur schon tödliche Lage wird weiter noch belastet, wenn man die Ideologie einer behaupteten Situation aufpflanzt, die in Wirklichkeit gar nicht existiert, d.h. einer Fälschung der Tatsachen. Und das ist genau die Lage, die die ganze Welt heute erleidet seitens der Sieger von 1945. Dabei ist die geschichtliche Basis im Rahmen des Golfkrieges nur Teil der allgemeinen Situation. Die gesamte Staatenwelt wird gezwungen, in einem irrealen Rahmen zu handeln. Die bemerkenswerteste Redensart in diesem Konzept lautet: „Kuwait ist ein souveräner Staat“. Das war es in keinem Augenblick. Es war ein mit Vorbedacht konstruierter Spielball der Diplomatie, made by Downing Street.

„Niemals zuvor wurde innerhalb weniger Wochen ein Land derart unter Bombenhagel genommen . . . Die schweren Flieger können bis zu 31.000 Kg Bomben aus 15.000 Metern

Höhe abwerfen. Die 225 Kg schweren Bomben reißen bis zu elf Meter tiefe Krater mit 16 Metern Durchmesser in die Erde. Erschütterungen bei jüngsten Bombardierungen um die Stadt Basra waren rund 40 km weit zu spüren. Die Bombardierungen auf Nordvietnam 1972 hatten eine weltweite Welle der Empörung ausgelöst. Auch am Golf machen US-Offiziere keinen Hehl aus dem Ziel der Einsätze: Es gelte, den Gegner ‚aufzuweichen'. Nach Angaben aus kuwaitischen Exilkreisen gibt es schon mehr als 100.000 Tote." (17).

Im August 1991 platzt es (wir kommen noch ausführlich darauf zurück) einem Offizier bei einer Pressekonferenz in Washington heraus, daß man *„tausende von irakischen Soldaten mit Bulldozern lebendig untergepflügt habe. Das sei nach der Genfer Konvention nicht verboten, denn es würde in ihr nicht ausdrücklich erwähnt."*

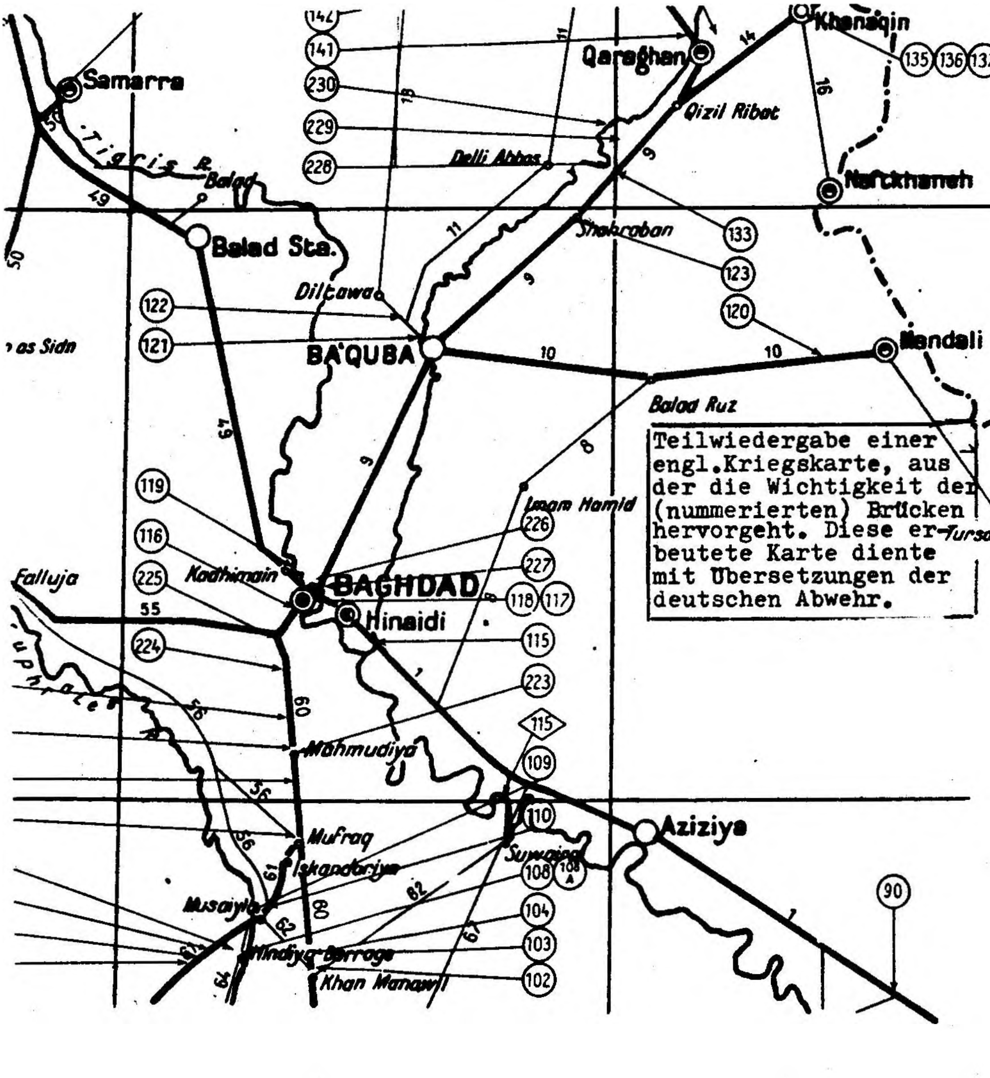
Liest man von diesen Verbrechen und vergleicht sie mit den mehr als 250.000 lebendig verbrannten Flüchtlingen in einer Nacht in Dresden, so steht noch heute unsere Welt im Scheine des Höllenfeuers, das Churchill damals entzündete.

Es ist der zehnte Krieg, den die Vereinigten Staaten in ihrem kurzen Leben führen, nicht mitgerechnet jene Kriege, die sie ohne ihre direkte Beteiligung anstifteten:

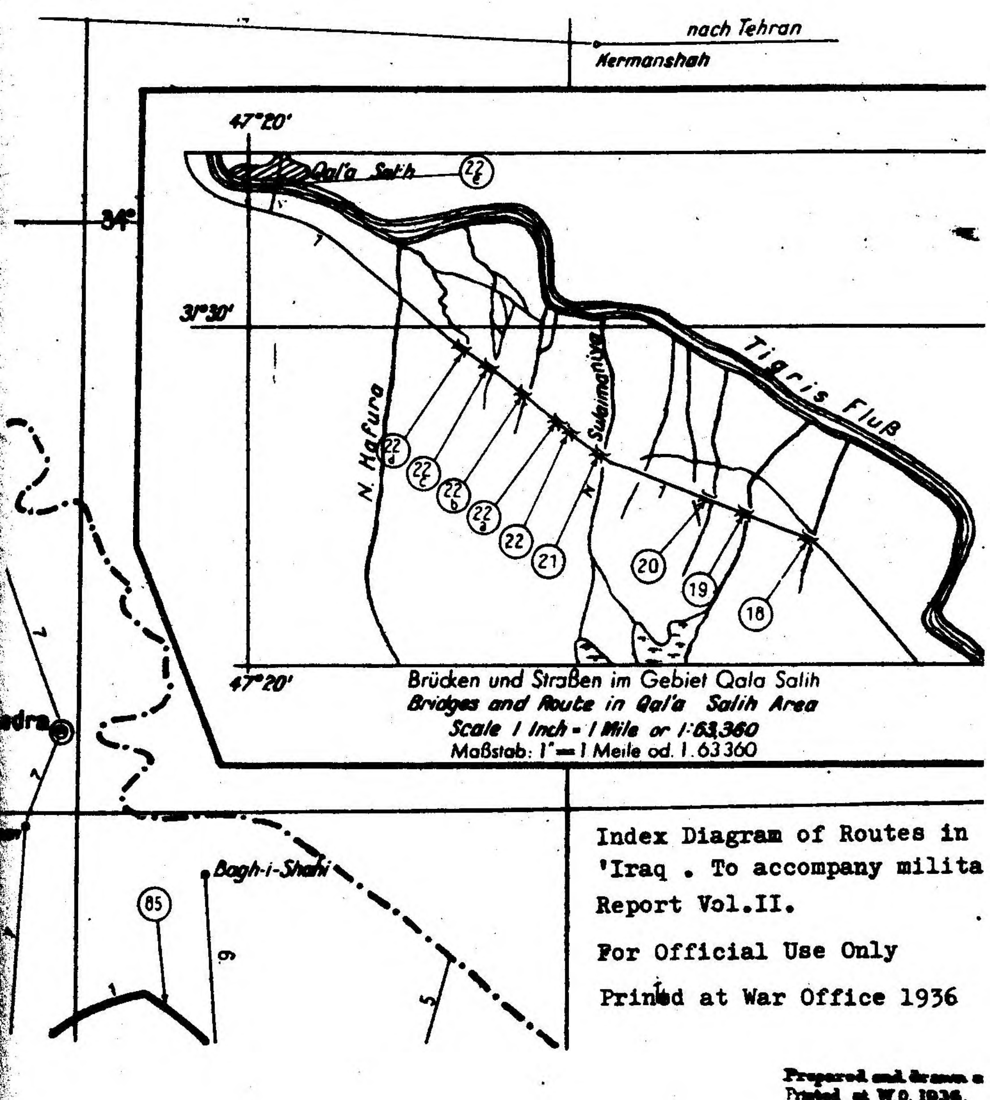
1) der Unabhängigkeitskrieg von 1777 bis 1783 gegen die Engländer
2) der Krieg gegen England von 1812 bis 1814 um Kanada
3) der Krieg mit Mexiko von 1846 bis 1848 um Texas
4) der Sezessionskrieg 1861 bis 1865
5) der Krieg gegen Spanien 1898, der mit der Unabhängigkeit Kubas und dem Erwerb der Philippinen, Puerto Ricos und der Insel Guam endete
6) der I. Weltkrieg, 1917 bis 1918
7) der II. Weltkrieg, 1941 bis 1945
8) der Koreakrieg 1950 bis 1953
9) der Vietnamkrieg 1965 bis 1973, der einzige, den die USA verloren
10) der Golfkrieg.

Also je Generation ein Krieg. Alle zeichneten sich durch Grausamkeiten und hohe Verluste der Nichtkriegsteilnehmer aus, und erregten zu ihrer Zeit Empörung und Ablehnung, wurden aber in allen Fällen seitens der USA mit einer Aureole göttlicher Sendung und höherer Moral geführt. Ausschlaggebend war für die Siege eine erhebliche Materialüberlegenheit. Alle Kriege der USA hatten einen philosophisch-plutokratischen Hintergrund. So eindeutig die Vereinigten Staaten als „Neue Welt" bewußt geschaffen wurden, um der Welt eine Neue Ordnung zu geben, so zwingend war darum das militante Übergreifen dieser Epidemie auf die Alte Welt. Halfeld meint (zu Beginn des II. Weltkrieges): *„Die Tatsache, daß der Widerstand der Deutschen im I. Weltkrieg alle englischen Erwartungen übertraf und schließlich eine Niederlage Großbritanniens in die Nähe rückte, hat unermeßliche Folgen von weltgeschichtlichem Rang gezeitigt. Hierdurch wurde England 1917 in die Zwangslage versetzt, sein Unvermögen zu einem Sieg aus eigener Kraft zu bekennen und die Vereinigten Staaten zum militärischen Einsatz auf dem europäischen Kontinent und damit nicht bloß gegen Deutschland, sondern, wie sich baldigst zeigen sollte, gegen das Interesse ganz Europas herbeizurufen."* (18). Doch war nicht nur die Rettung Großbritanniens der Motor hinter dem Transport von Millionen Amerikanern 1917 nach Europa. Das war sogar das geringere Motiv. Es war das Sendungsbewußtsein einer von der Loge erzogenen Bevölkerung. *„Durch diese Entscheidung 1917 wurde eine Epoche eingeleitet, die heute noch nicht abgeschlossen ist — die Epoche nämlich, in der es den Vereinigten Staaten immer wieder ermöglicht wurde, die weltpolitischen Verlegenheiten auszubeuten, die der Alten Welt durch die europafremde Politik der Insel England bereitet wurden"*, betont Halfeld 1941.

Der Ausbruch des Krieges im Nahen Osten war sofort Signal für die Sowjetunion, in



Teilwiedergabe einer engl.Kriegskarte, aus der die Wichtigkeit der (nummerierten) Brücken hervorgeht. Diese erbeutete Karte diente mit Übersetzungen der deutschen Abwehr.



nach Tehran
Kermanshah
47°20'
34°
31°30'
Qal'a Salih
N. Hafura
Sulaimaniya
Tigris Fluß
22e
22d
22c
22b
22a
22
21
20
19
18
47°20'
Brücken und Straßen im Gebiet Qala Salih
Bridges and Route in Qal'a Salih Area
Scale 1 Inch = 1 Mile or 1:63,360
Maßstab: 1" = 1 Meile od. 1.63 360
Bagh-i-Shahi
85
Index Diagram of Routes in
'Iraq . To accompany milita
Report Vol.II.
For Official Use Only
Prinled at War Office 1936
Prepared and drawn a
Printed at W.O. 1936.

Wilna die Radio- und Fernsehstation anzugreifen. 14 Tote. Und der Sowjetbefehlshaber in Litauen lehnte eine Garantie ab, nicht auch das von Schützengräben umgebene Parlament anzugreifen. In Jugoslawien forderte die kommunistische Heeresleitung die Entwaffnung der Milizen in Kroatien und Slowenien, stieß jedoch auf Ablehnung. Am schlimmsten juckte aber den Juden der Finger am Abzug. Der Abschuß von irakischen SCUD-Raketen auf Israel war eine kaum tragbare Belastung für die mit den USA vereinbarte Haltung, still zu halten, um nicht ein Abspringen der islamischen Verbündeten **Marokko und Syrien** auszulösen. Erleichtert atmete man in Washington auf, als am 20. Januar Jerusalem mitteilt, daß man von Repressalien gegen den Irak wegen der SCUD-Angriffe absehen wird, solange keine chemischen oder biologischen Waffen eingesetzt werden. Sämtliche indische Zeitungen drückten ihre Sorge um eine zukünftige westliche Vorherrschaft im Nahen Osten aus. China beschwor mehrfach die Kriegsführenden, eine Ausweitung des Konflikts zu vermeiden. **China** hatte wohl die irakische Invasion Kuwaits im Sicherheitsrat verurteilt, enthielt sich aber der Stimme, als es um die Autorisation von Waffengewalt zur Vertreibung der Iraker ging. Robin Wright zitiert in der „Los Angeles Times“ Helena Cobban, Mitglied der Friedensstiftung für den Mittleren Osten in Washington: *„Dieser Konflikt wird letzten Endes nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen werden. Das Ergebnis wird abhängen von dem Gleichgewicht, das die Überlebenden einrichten werden.“* Und Augustus Richard Norton von der Akademie für Internationalen Frieden in New York fügt hinzu (19): *„Es ist Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet das Weiße Haus die Neue Weltordnung als Ziel herausgestrichen hat. Doch in dem Prozeß, eine Neue Weltordnung dem Irak aufzudrängen, können zukünftige Anstrengungen, eine solche Ordnung auf friedlichem Wege aufzubauen, zuschanden werden.“*

Das Parlament von **Jordanien** forderte am 19. Januar 1991 *„die Völker von Ägypten, der Türkei, Syriens und Saudiarabiens auf, ihre Waffen gegen die Amerikaner zu richten, um ihre eigene Rolle in der Geschichte zu spielen und ihre Wut zum Ausdruck zu bringen* (20).

Erste Meldungen von dem Luftterror gegen die Zivilbevölkerung von Bagdad gehen um die Welt. (21): *„Die Hauptstadt des Irak ist ohne Wasser, Licht und Lebensmittel. Frauen verbergen ihre Kinder in ihren Armen.“* Doch es ist erst ein Teil der Hölle, die die Bomben dort der Bevölkerung bereiten werden. Stolz betont Colin Powell, der amerikanische Oberbefehlshaber, daß insbesondere die „Tomahawk“-Raketen, die von den Kriegsschiffen „Wisconsin“ und „Missouri“ abgeschossen wurden — eine Rakete kostet 1,34 Millionen Dollar — eine große militärische Überlegenheit garantieren. Mit der ersten Angriffswelle wurden 18.000 Tonnen Sprengstoff abgeworfen, d.h. 1,5 mal soviel wie die Bombe in Hiroshima hatte. Und von den wirksamsten Flugzeugtypen der Amerikaner werden insbesondere die F 111 genannt, *„die Berühmtheit erlangten durch ihren Angriff 1987 auf die Wohnung Gadafis“* (22). Am Ende des Krieges wird man sich rühmen, täglich 410 Tonnen Bomben abgeworfen zu haben (23).

Kaum wird das Maßlose der amerikanischen Luftangriffe klar, erheben sich auch überall kritische Stimmen. Der sozialistische chilenische Abgeordnete J. Martínez *„macht nicht nur auf den doppelten Standard aufmerksam, mit dem die UN im Falle* **Palästinas** *einerseits, im Falle des Irak andererseits handeln.. Er meint weiter, „daß die chilenische Regierung großes internationales Prestige hat und darum auf dem Niveau der Dritten Welt oder der Gruppe von Rio weitergehende Initiativen hätte unternehmen können, um die Kriegslage zu vermeiden.“* In der Tat ist es erstaunlich, daß die **Dritte Welt** nirgends die Gelegenheit beim Schopfe packte, um klare Position gegenüber der von den USA beherrschten UNO einzunehmen.

„In der ganzen Welt nehmen die Proteste gegen den Krieg zu“ teilen Reuter und AFP

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE, WEDNESDAY, FEBRUARY 20, 1991

OPINION



am 19. Januar aus London mit. *„Von Australien bis Algier protestiert man gegen die von den USA geleiteten Angriffe auf den Irak. Eine Million Demonstranten in Lybien. In Tunis eine ähnliche Lage. In Algier spricht man vom ‚Mörder Bush' und von dem ‚Selbstbestimmungsrecht Kuwaits'."* In **Pakistan:** Unruhen in Islamabad und Karachi. In **Marokko** droht die pro-amerikanische Regierung mit dem Belagerungszustand wegen der pro-irakischen Aufmärsche. In **Khartum** Beschimpfungen vor der Botschaft der USA. Friedensmärsche in **Sydney, Canberra, Adelaide, Brisbane und Hobart.** In **Tokio** Manifestationen vor der amerikanischen Botschaft. In **Berlin** wurden Fässer mit roter Farbe von der dipl. Vertretung des Irak bis zum amerikanischen Militärkommando gerollt. Sternaufmarsch der Kriegsgegner in **Frankfurt.** In **Oslo** rief man im Chor: „Krieg ist keine Lösung!". In **London** und **Glasgow** forderte die Menge die Feuereinstellung. In **Den Haag** wandte man sich gegen „den schmutzigen Krieg am Golf". In der **Schweiz,** insbesondere in **Basel,** das gleiche Bild. In **Rom** überflogen Helikopter das von der Menge beherrschte Zentrum um die Piazza Venezia, bei gleichzeitigen Kundgebungen in vielen anderen italienischen Städten: „Vielleicht sind wir die Verrückten, weil wir Frieden wünschen", „Wir alle sind Kriegsdienstverweigerer", hieß es auf den Plakaten. Und die protestierende Menschheit weiß noch nicht einmal von den **Kriegsverbrechen der Amerikaner,** die erst Monate nach dem Waffenstillstand bekannt werden: *„Amerikanische Panzerverbände haben bei ihrem Angriff auf irakische Stellungen in Kuwait während des Golfkrieges Tausende irakischer Soldaten zum Teil noch lebend in ihren Stellungen begraben. Das berichtete die New Yorker Zeitung ‚Newsday' gestern unter Berufung auf Angaben amerikanischer Kriegsteilnehmer. Teilweise seien Bulldozer-Schaufeln an die Panzer montiert worden, die damit einfach die Schützengräben mit Tonnen von Sand zugeschüttet hätten, wobei Tote, Verletzte und sich noch verteidigende Soldaten mit begraben worden seien, zi-*

tierte die Zeitung einen Offizier der 1. motorisierten US-Unfanteriedivision, die maßgeblich an den Kampfhandlungen beteiligt war. Dem Blatt zufolge war die Division an der Zerstörung von Schützengräben und Bunkern auf einer Frontbreite von über 100 Kilometern beteiligt, die von über 8000 irakischen Soldaten verteidigt wurden." (12).

Man erfährt (24): „*Die Vereinigten Staaten beziehen ihre Information von Satelliten. Mehrere dieser Satelliten waren bereits postiert, als sich am vergangenen 2. August 1990 die irakischen Invasion in Kuwait ereignete, so daß also das Pentagon sicher bereits einen Hinweis darauf hatte, daß eine wichtige militärische Aktion bevorstand.*"

In der „Washington Post" meldet sich bereits zwei Tage nach Kriegsbeginn der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Regierung des Emirs in Kuwait, will man auf jene Prämissen abstellen, die nach Bush den Krieg begründen. Es wird daran erinnert, daß der Emir 1986 das Parlament auflöste und die Verfassung von 1962 aufhob. Mit der irakischen Invasion sei die von Bush betonte **„Legitimität" des Emirs** gar nicht mehr möglich. (25).

Weiter geht noch der Mitarbeiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, der gebürtige Iraker Aziz Alcazaz in einem Vortrag an der Universität Regensburg: „*Bevor ein Krieg begonnen werde, müsse erst die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Sanktionen abgewartet werden. Dies ist ein völkerrechtlicher Grundsatz — genauso wie* **die Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel.** *Der halbe Irak ist wegen dem kleinen Kuwait zerstört worden. Über 70.000 militärische Ziele gibt es nicht im Irak. Außerdem müßte laut Satzung der Vereinten Nationen ein eigenes UNO-Gremium den Krieg überwachen. Doch dieses sei nie eingerichtet worden. Die Alliierten betrachteten die UNO-Resolution vielmehr als Blankoscheck, die Schlacht so zu gestalten, wie sie wollten . . .*" (26).

Sieben Flugzeugträger haben die USA in den Nahen Osten gesandt, wo sie an der Bombardierung von Bagdad und anderen Städten teilnahmen: „Forrestal" vor der israelischen Küste — „John F. Kennedy", „America" und „Saratoga" im Roten Meer, „Ranger", „Midway" und „Theodore Roosevelt" im Golf.

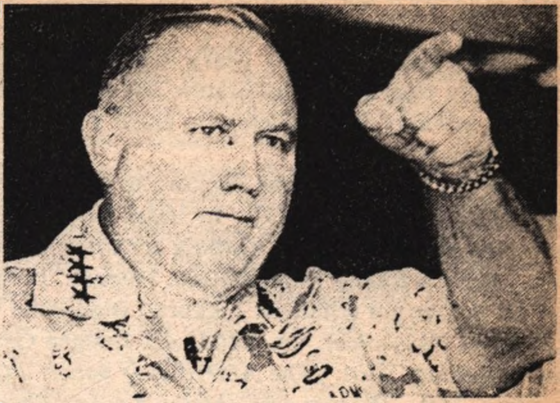
Als die USA damit begannen, von türkischem Boden aus Bomber in den Irak zu starten, kam es zu scharfen Kontroversen in Europa. Während der Golfkrieg sich **außerhalb des Nato-Gebietes** abspielt, werden hier, wie insbesondere die deutsche sozialdemokratische Opposition (Hans-Jochen Vogel) feststellt, militärische Operationen von einem NATO-Staat aus vorgetragen. Es wird daran erinnert (27), daß 1986 nordamerikanische Bomber zu ihren Angriffen auf Libyen von Großbritannien aus starteten. Doch damals entschuldigte man sich damit, daß es sich um eine Antwort auf terroristische Angriffe und nicht um eine Kriegshandlung gehandelt habe. Diesmal redet man sich damit heraus, daß das amerikanische Vorgehen Ergebnis eines bilateralen Abkommens zwischen den USA und der **Türkei** sei und die NATO nicht im Spiele ist. Das deutsche Fernsehen geht bei der Rechtsverdrehung noch ein wenig weiter und betont, daß es UNO-Resolutionen gäbe, die „*von allen Staaten aktive Unterstützung bei dem Vorgehen gegen den Irak fordern*". Man vergißt, daß die NATO 1949 als eindeutiges Defensivbündnis geschaffen wurde. „*Sie ist keine Allianz, um Angriffe zu unterstützen*", betont Hans-Jochen Vogel. Der belgische Verteidigungsminister Guy Coeme bremst ebenfalls die Leichtfertigkeit, mit der die USA Europa in den Konflikt hineinziehen: „*Es geht um etwas, das diskutiert werden muß. Wir sind für Solidarität, aber für eine Solidarität, die gut analysiert werden muß. Man muß vorsichtig sein bezüglich einer Beteiligung der NATO.*" (28). Manfred Opel, SPD-Bundestagsabgeordneter und General a.D. stößt in das gleiche Horn. „*Ich habe die schlimme Befürchtung, daß Türken und Amerikaner den ‚Bündnisfall' konstruieren*" (29).

Inzwischen treffen Flüchtlinge aus den bombardierten Städten des Irak in Jordanien ein. Ihre schlimmen Berichte stärken die Argumente der Weltfriedensfront. Die Geburtsstadt Saddam Husseins, Takrit, wurde — wie sich später herausstellt — dem Erdboden

Die Helden:



Colin Powell



Norman Schwarzkopf

Die Verschwörer:



Baker, Mubarak und Bessmertnych

gleichgemacht, obwohl es dort keine militärischen Ziele gibt.

Auch auf die gerade stattfindende Tagung der sieben führenden Industriestaaten in New York wirft der Golfkrieg seine Schatten. Ägypten wird ein Drittel seiner Auslandsschuld in Anerkennung seines Einsatzes am Golf erlassen. Die BRD sagt den USA über die bereits zugesagten 3,3 Md. Mark weitere finanzielle Beihilfe für den Krieg zu. Es ist erst der Beginn einer Daumenschraube, die man der deutschen Wirtschaft dann anlegen wird. Kuwait gewährt der Sowjetunion einen Kredit in Höhe von 1 Md. Dollar zu „günstigen Bedingungen" (30).

Am 23. Januar wird die Zerstörung der ältesten christlichen Kirche im Irak, Santo Tomás in Ninive gemeldet (31). In Najaf wird das Grab Alis, des Schwiegersohns von Mohammed bombardiert. In Karbala zerstören Bomben ein weiteres Heiligtum der Chiiten, das Grab des Enkels Mohammeds, Hussein. In Samarra wird das Minarett vernichtet. Es ist der einzige gut erhaltene Zikkurat, islamische Variante eines Bautyps der Sumerer, Assyrer und Babylonier, am Rande des riesigen Gevierts der größten Moschee der Welt, so daß angeklagt wird: *„Die Amerikaner haben diese großartige Anlage mit voller Absicht zerstört.* (32). *„Warum vernichteten die Amerikaner das irakische Kulturerbe, warum zielten ihre Kriegshandlungen nicht ausschließlich auf militärische Schwächung des Gegners? Warum war nicht die ‚Befreiung' Kuwaits, sondern die vollständige Zerstörung Iraks, also auch die Auslöschung der kulturellen Identität dieses Landes, das Ziel?"* (33). Wir teilen mit, was Peter Priskil an der genannten Stelle nocht zu sagen hat: *„ . . . In dem Epochenjahr 146, als die Römer ihren größten Widersacher Karthago restlos vernichteten, begingen sie noch eine ganz andere Schandtat: die Zerstörung der reichen Handelsstadt Korinth, eines der wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Griechenlands. Ein antirömisches, militärisch harmloses Bündnis griechischer Kleinstaaten hatte hierfür den Vorwand gegeben, und der römische Armeeführer handelte auf ausdrückliche Weisung des Senats, als er alle Bauwerke Korinths dem Erboden gleichmachen, alle Skulpturen zerstören ließ, wertvolle Gemälde verbrannte und zerstückelte und Tausende von Statuen nach Rom abtransportierte. Damit war Griechenland, die Wiege der antiken Kultur, vor den Augen der Welt gedemütigt, und es war ein für allemal klargestellt: hier triumphiert die Gewalt über den Geist, die Macht über den Verstand . . . So wie die Römer die Amis des Altertums waren — militärisch stark, brutal bis zum Letzten, nämlich der Versklavung der Welt — so sind die Amerikaner die Römer der Gegenwart. Ihre Vorgehensweise ist bis ins Detail mit dem antiken Vorbild identisch, nur was damals Korinth war, ist jetzt, im 20. Jahrhundert, die alte vietnamesische Kaiserstadt Hue (vor deren prächtigen Bauten nach Dauerbombardements kein Partikel mehr auf dem andern liegt), das kambodschanische Angkor Wat oder jetzt der gesamte Irak. Mit jedem Vernichtungsschlag verkündeten die Amerikaner die römische Botschaft: Ihr habt den Geist, wir die Gewalt, also soll der Geist in den Dreck getreten werden. (Die Analogien könnten noch weiter verfolgt werden: der amerikanische Senat heißt sicher nicht zufällig so, auch gleicht das Kapitol als Machtzentrum auffällig einem römischen Herrschaftsbau) . . . Doch was ist dann mit der amerikanischen Kultur? Zu 95 Prozent bewegt sie sich zwischen Cheeseburger und Disneyland, mit folkloristischen Einsprengseln, zackigen Umzügen, Konfettiparaden . . . Der gemeinsame Nenner der Kunstrichtungen der amerikanischen Gegenwart ist: technisierte Langeweile, träg-faule Anspruchslosigkeit, das Fehlen der Kunstmittel, der Phantasie und des Verstandes: die Mentalität eines Herrenvolkes."*

Bagdad sieht aus wie Berlin nach dem II. Weltkrieg", berichtet ein Ägypter, der nach Kairo zurückkehrte. (33).

Täglich verweigern mehr als 50 junge Männer den Kriegsdienst, wie der Bremer Pastor Ulrich Finkh mitteilt (34).

Da die BRD aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht aktiv an den militärischen Operationen im Golf teilnehmen kann, wird sie zur Zielscheibe der Alliierten. Unter diesem Druck und vor allem dem der Vorwürfe aus Israel, verfügt Kohl am 23. Januar eine humanitäre Soforthilfe an Israel von 166 Millionen Dollar und an der Spitze einer Regierungsdelegation fliegt der Außenminister Genscher nach Israel. Kohl dazu: *„Die Nachricht von dem erneuten Raketenangriff des Irak auf Wohngebiete in Israel erfüllt uns Deutsche mit tiefer Empörung . . . Es ist ein klarer Anschlag auf die Unversehrtheit und auf das Lebensrecht Israels, für das wir Deutsche eine besondere Verantwortung haben . . . In diesem Kampf der Völkergemeinschaften um die Wiederherstellung des Friedens und um die Durchsetzung des Völkerrechts stehen wir solidarisch zu unseren Partnern und Verbündeten . . . Lassen Sie mich ein Wort zu den Demonstrationen sagen, die gegenwärtig in Deutschland stattfinden: Ich kann gut verstehen, wenn Menschen aus Sorge um den Frieden auf die Straße gehen und demonstrieren. Ich habe aber überhaupt kein Verständnis dafür, wenn sich solche Aktionen gegen die Vereinigten Staaten wenden, die am Golf im Auftrage der Vereinten Nationen das Völkerrecht verteidigen . . . Bei manchen Demonstranten bestürzen mich die moralische Gleichgültigkeit, die krasse Verdrehung der Tatsachen und das bewußte Aufpeitschen von Emotionen."*

„Der Golfkrieg hat die patriotischen Gefühle in den USA verstärkt. Alle mit Nationalismus verbundenen Artikel werden mehr gekauft. Das trifft insbesondere auf Flaggen zu. Abgesehen von allen öffentlichen Bauten ist jede Firma darum bemüht, die Nationalfarben zu zeigen, die Konzessionäre der Autofirmen streiten sich, wer die größere Fahne zeigt. Gelbe Bänder, ein Zeichen der Hoffnung auf Heimkehr der Geliebten, werden nicht meterweise, sondern kilometerweise gekauft. Sie schmücken Türen, Telefonmasten und Bäume, vor allem in der Nähe der Flugplätze, von wo die Truppen abflogen." (35).

In Tel Aviv teilt Genscher am 24. Januar mit: *„Nach Gesprächen mit dem israelischen Außenminister David Levy und nachdem der irakische Präsident nicht nur den Krieg am 2. August 1990 begonnen, sondern auch für dessen Ausweitung am 15. Januar verantwortlich ist, entfällt die Grundlage meiner Feststellung, wonach ich eine Nahostkonferenz befürworte."* (36). Wir werden es schon wenige Monate weiter erleben, daß der amerikanische Außenminister eine solche Konferenz zum Hauptziel seiner Bemühungen macht und Genscher ihn dabei unterstützt. Offensichtlich ist die „moralische und historische Verpflichtung, die Deutschland und sein Volk den Juden gegenüber haben" (David Levy), nicht völkerrechtliche ultima ratio. Schon wenige Stunden nachdem Genscher wieder israelischen Boden verlassen hatte, *„erläuterte das Auswärtige Amt in Bonn die jüngsten Äußerungen Genschers über die Notwendigkeit einer Nahostkonferenz.* (Welch irreführende Kommentierung!) *Die Bundesregierung stehe weiter zu der seit Jahren vertretenen Position der Europäischen Gemeinschaft, das Nahostproblem in einer umfassenden Konferenz aller beteiligten Staaten unter der Ägide der Vereinten Nationen zu lösen"* (37). Merken wir uns einstweilen diesen Satz.

Für den Augenblick erlebt die Welt eine schlechte Standhaftigkeit des deutschen Außenministers und eine Welle antideutscher Proteste in Israel. Man verweist auf die deutsche Beteiligung an der Aufrüstung des Irak (gegen den fundamentalistischen Iran) hin und bezeichnet Genschers Besuch mit dem Scheckheft als „den Gipfel der Heuchelei" (38).

Die Beschimpfung Deutschlands beschränkt sich keineswegs auf Israel. In der „New York Times" liest man, *„daß die neue Weltordnung mit einem riesigen Loch in der Mitte Europas beginnt. Deutschland, jetzt Europas wichtigster Staat, versucht, seine Beteiligung am Golfkrieg unter Hinweis auf das militärische Erbe des Landes zu verringern."* Die „Washington Post" wirft Deutschland vor *„nachdem es die Hilfe vieler anderer Nationen beim Gewinn des großen Preises der Vereinigung hatte, sich jetzt vor der eigenen Verantwortung für andere Nationen zu drücken."* (39).

Es sei gestattet, hier gleich zu antworten: Dankbar muß man dafür sein, hier zu erfahren, was man also unter der **Neuen Weltordnung** zu verstehen hat: die militaristische Unterstützung der Ölmacht USA. Und die Verewigung von Grenzen, die mit Waffengewalt geschaffen wurden, wie die Grenze zwischen dem Irak und seiner Provinz Kuwait. Und die Rettung eines reaktionären Regimes vor den Forderungen des Volkes. Und die Einmischung kontinentalfremder Staaten in arabische Angelegenheiten. Und die Rettung des Kapitalismus. Und die Verhöhnung des deutschen Volkes, dem man eben noch vorwarf, sich gegen Bestien wie Churchill und Roosevelt und De Gaulle gewehrt zu haben, und dem man darum die Uniform auszog. Dem man aber jetzt vorwirft, nicht für fremde Interessen wieder zu marschieren. Dessen Führer man mordete oder beschimpfte, deren Karikaturen noch heute die Schulbücher in den USA füllen. Wenn die „Washington Post" schreibt, „die Hoffnungen auf Bonn als gleichberechtigten Partner seien zerstoben", so erkläre man doch bitte zunächst einmal, in wiefern wir Deutsche denn „gleichberechtigte Partner" sind? Wer alles hat zum Beispiel von uns „erwartet", daß wir auf Schlesien verzichten? (40). Wer fordert von uns, daß wir unsere Zinsen senken, um einer maroden Kapitalistenwirtschaft in den USA auf die Beine zu helfen? Wer hat bis heute uns die gestohlenen Kunstschätze nicht zurückgegeben? Wer hat bis heute die uns gestohlenen Archive nicht zurückgegeben? Wer lügt bis heute von deutschen Millionenverbrechen, die es niemals gegeben hat? Wenn man uns von „Verantwortung" spricht, dann denken wir — genauso wie in Jerusalem und in Washington — zerst einmal an die Verantwortung für unser eigenes Volk. Und die wird in diesen Tagen des Golfkrieges sehr deutlich weitaus mehr von der Jugend, von Studenten und Arbeitern gesehen als von unserer Regierung. Wäre nicht die harte Haltung der Deutschen gegen weiteren Mißbrauch unserer Gutmütigkeit, die Regierenden in Bonn hätten weit weniger Anlaß zu Verbitterung in den USA gegeben, wie es der Fall ist. Also, wenn schon antideutsche Stimmung, dann richte man sich bitte gegen uns Deutsche direkt. Man würde den Herren Kohl und von Weizsäcker und Genscher viel zu viel Ehre antun, wenn man meint, diesen Vorwürfe machen zu sollen. Man nehme bitte zur Kenntnis, daß das deutsche Volk trotz aller angefressenen Beleibtheit sich in diesen Monaten an die Seite aller anderen Völker gestellt hat, daß Herr Bush z.B. die Molotow-Cocktails, die ihm in Athen um die Ohren flogen, nur deswegen nicht in Frankfurt oder Leipzig erlebte, weil er nicht herkam. Meine Herren in London, Sie beschimpfen uns Deutsche als „Verräter, Feiglinge, Kriegsgewinnler und unzuverlässige Verbündete". „Diese feigen Schweine verraten uns", verkauft der „Daily Star" uns in 900.000 Exemplaren. Aber der liberale „Guardian" fragt: *„Wollen wir wirklich wieder erfahren, wie gute Soldaten die Deutschen sind!"* (41).

Wenn unsere Feinde nicht mit uns zufrieden sind, dann sind wir sicher auf dem richtigen Weg. Wir haben der Welt einmal sehr deutlich gezeigt, daß wir gute Soldaten sein können. Wir haben sie alle laufen sehen, wie Hasen, und wir sehen unsere spätere militärische Niederlage als Folge einer politischen Situation an. Wir haben uns anderen Lebenserfüllungen zugewandt und wissen um die dauernden Pressioen, unseren Fleiß und unsere Arbeitsdisziplin für Unwerte zu verschleudern. Wir sind stolz darauf, daß wir der Versuchung einer Teilnahme an dem militärischen Abenteuer am Golf widerstanden. Gerade das war eine deutliche Äußerung unserer inneren Souveränität. Wir sind nicht die einzigen, die zu einer Neuen Weltordnung nur ja sagen, wenn wir dieses Ja in innerer und äußerer Unabhängigkeit sagen können. Man muß in Jerusalem und in Washington und in London noch recht viel hinzulernen.

Am gleichen Tage richtet **Yasser Arafat** einen Brief an den **Papst**, in welchem er um dessen persönliche Intervention zur Wiederherstellung des Friedens ersucht. Arafat wiederholt dabei, daß alle Konflikte in der Region — Golfkrieg, Cisjordanien, Gaza, Golan,



Zbigniew Brzezinski

Libanon — in Zusammenhang stehen mit der palästinensischen Frage und von dorther aufgerollt werden müssen (42).
Fünf nordafrikanische Staaten — Libyen, Tunis, Algerien, Marokko und Mauretanien — forderten am 23. Januar eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates wegen der heftigen Luftangriffe auf den Irak. Bush meinte dazu: *„Es darf jetzt keine Feuerpause geben, denn Saddam hat der Welt den Krieg aufgezwungen"*. Hosni Mubarak sekundierte: *„Niemand wird in diesem Augenblick ein solches Vorgehen ernst nehmen"* (43).

Japan sagt den USA eine Finanzhilfe für den Golfkrieg in Höhe von 9 Md. Dollar zu. Der Irak stellt dazu fest, daß Japan sich damit in die Reihe der Feinde des Irak eingliedert. Japans Verhalten wird von der Tatsache bestimmt, daß es in seiner Energieversorgung abhängig ist von den USA.

Der Präsident des **Iran**, Ali Akbar Hashemi Rafsanjani, wendet sich gegen fundamentalistische Kreise, die eine Beteiligung am Krieg an der Seite des Irak fordern. *„Niemals dürfen wir eine Stärkung des Irak am Golf unterstützen"*. Doch bescheidet er ebenso klar die Gegenseite: *„Die Wirtschaft des Iran zerstören und seine Bevölkerung morden, heißt die Resolutionen der Vereinten Nationen überschreiten. Die Waffen dürfen nur verwandt werden, um den Irak zum Abzug aus Kuwait zu zwingen."* (44). Vier Tage später bekundet der ägyptische Unterstaatssekretär des Äußeren, Butros Ghali, *„daß Ägypten die militärischen Ziele der Vereinigten Staaten nicht unterstützt soweit sie über das Mandat der Vereinten Nationen zur Befreiung Kuwaits hinausgehen"* (45). Man spricht von der ersten sichtbaren Fraktur im Bündnis gegen den Irak. Nicht ohne Bedeutung ist auch der Rücktritt des französischen Verteidigungsministers Jean Pierre Chevènement aus Protest gegen den Krieg. Er *„hielt es für gefährlich für Frankreichs Weltstellung und inneren Frieden, in einem Konflikt mit einem arabischen Staat in das Schlepptau der USA zu geraten und den Kredit bei den Magreb-Staaten, den Palästinensern und dem muslimischen Afrika zu verspielen"* (46).

Frau Rita Süßmuth, die an der deutschen Mission nach **Israel** teilnahm, weiß noch mehr zu erzählen. *„Nach dem Abschluß ihrer Gespräche mit der israelischen Regierungsspitze sagt sie: ‚Die PLO ist für uns kein Gesprächspartner mehr, denn sie hat sich als solches selbst diskreditiert', und sie meldet: ‚Auf Unverständnis ist es in Jerusalem auch gestoßen, daß Bonn die französische Friedensinitiative vor Ablauf des UNO-Ultimatums bis zum letzten Augenblick unterstützt hat'."* (47).

Am 6. Februar bricht der Irak die diplomatischen Beziehungen ab zu den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Ägypten und Saudiarabien. Vierzehn Tage unter irakischer Führung hat die Stimmen der demokratischen Opposition in Kuwait gestärkt. Ahmed el-Rabi, Oppositionsführer: *„Die Menschen in Kuwait sprechen jetzt eine andere Sprache. Sie wollen neue Führer"*. Der US-Regierung warf Rabi vor, Reformen in einem befreiten Kuwait nicht zu unterstützen. „Sie betrachten uns als Ölproduzenten, nicht als Menschen" (48).

Während es weiterhin Tag und Nacht Bomben auf den Irak hagelt, erklärt Präsident Bush: Vorerst noch keine Bodenoffensive. *„Der Luftkrieg gegen den Irak wird für eine Weile weitergehen"*. Die strategische Notwendigkeit wird allgemein angezweifelt. Aber die Kosten des Krieges steigen. Und wo Kosten sind, da sind auch entsprechende Gewinne. Das ausgegebene Geld geht irgendwo hin. Nicht nur direkte Kriegsgewinne lassen sich nennen. Dem Iran wird der Golfkrieg zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe verschaffen. (49).

Unter dem Eindruck der eingehenden Meldungen notiere ich im Februar: In der wachsenden Sorge um hohe Verluste in einem Erdkrieg wird klar, daß es von Anfang an keine vereinbarte gemeinsame Strategie gegeben hat. Erst einmal schießen, zerstören, vertreiben, umbringen. Alles weitere sehen wir dann hinterher. Das war die primitive, ja sträfli-

"Was ist Freimaurerei?

Freimaurerei imheutigen Sinne begann 1717 in London mit dem Zusammenschluß der vier Logen zur Großloge von England. In ihr verband sich das Brauchtum mittelalterlicher Dombauhütten mit den Ideen der Aufklärung. Die Grundregeln für die Mitglieder dieses Männerbundes wurden in den 1723 erschienenen

Constitutions of the Freemasons

niedergelegt, die bis heute gelten.
Die freimaurerischen Grundsätze der Alten Freien und Angenommenen Maurer von Deutschland besagen:

1. In den Logen arbeiten Freimaurer, die in bruderschaftlichen Formen und durch überkommene rituelle Handlungen menschliche Vervollkommnung erstreben. In Achtung vor der Würde jedes Menschen, treten sie ein, für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und für Brüderlichkeit, Vorurteilslosigkeit und Hilfsbereitschaft.

2. Glaubens-, Gewissens- und Denkfreiheit sind den Freimaurern höchstes Gut. Freie Meinungsäußerung im Rahmen der Freimaurerischen Ordnung ist Voraussetzung Freimaurerischer Arbeit.

3. Die Freimaurer sind durch ihr gemeinsames Streben nach humanitärer Geisteshaltung miteinander verbunden; sie bilden keine Glaubensgemeinschaft.

4. Sie sehen im Weltenbau, in allem Lebendigen und im sittlichen Bewußtsein des Menschen ein göttliches Wirken voll Weisheit, Stärke und Schönheit. Dieses alles verehren sie unter dem Sinnbild des Großen Baumeisters aller Welten.

5. Die Freimaurer nehmen in ihrer Bruderschaft ohne Ansehen des religiösen Bekenntnisses, der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der politischen Überzeugung und des Standes, freie Männer von gutem Ruf als ordentliche Mitglieder auf, wenn sie sich verpflichten, für die Ziele der Freimaurer an sich selbst zu arbeiten und in den Gemeinschaften, in denen sie leben, zu wirken.

6. Mit seiner Aufnahme schließt der Freimaurer mit seinen Brüdern den Bund fürs ganze Leben!

7. Die Logen nehmen in konfessionellen und parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht Stellung."

che Haltung in dem Augenblick, da das Ultimatum des Weltsicherheitsrats ablief. Kein Mensch hatte sich Gedanken darüber gemacht, was hinterher geschehen soll. Oder vielmehr: Jeder hatte sich dazu seine eigenen Gedanken gemacht. Es war die gleiche Gedankenlosigkeit, Verantwortungslosigkeit, Phantasielosigkeit, Rücksichtslosigkeit, die die große Politik kennzeichnete, die die deutsche militärische Kapitulation 1945 begleitete, die ihren erstaunlich oberflächlichen Ausdruck in den Protokollen etwa zur Potsdamer Konferenz findet. Niemand bremste selbst die unerhörtesten Exzesse und millionenfachen Nachkriegsverbrechen! Eisenhower und Franzosen im Westen wetteiferten mit Polen und Tschechen und Jugoslawen im Osten, wer schneller und mehr deutsche Zivilpersonen und deutsche Kriegsgefangene ermorden konnte. Und der Braten wurde in Besatzungszonen aufgeteilt, die sich sehr bald feindlich gegenüberstanden. Es wurde damals (wie heute) klar: Dieser II. Weltkrieg (Golfkrieg) war ohne eine gemeinsame außenpolitische Welt-

richtlinie begonnen und geführt worden. Das einzige, was alle einte, war wüstester Zerstörungswille. Es genügte, den Feind zu töten, dann war die Welt eo ipso wieder gut und normal. Man braucht sich heute — und das seit langem schon — nicht mehr zu diesem Thema auszulassen. Die Welt weiß, und viele Völker haben es inzwischen am eigenen Leibe erlebt, daß nichts wieder gut und normal wurde, daß alles nur immer schlechter wurde, immer erbärmlicher, unehrlicher, materialistischer, seelenloser.

Gehört also viel Prophetengabe dazu, sich ein gleiches Ergebnis des Golfkrieges vorzustellen? Wieder einmal ist das liebevolle Ziel die Ermordung Saddam Husseins oder dessen Verurteilung. Zu mehr, selbst wenn man mehr wollte, ist man gar nicht fähig. Das belegen die Zustände in den Ländern der Allianz. Am schlimmsten sieht es in den USA selbst aus. Man fragt sich, mit welchem Recht der Präsident eines solchen Saustalles, einer derartigen kapitalistischen Verzerrung menschlichen Zusammenlebens gegen den Irak vorgeht und den Emir heraushaut. Wie taub und blind muß man sein, will man Worte von Bush wie die folgenden ernst nehmen: *„Die moralische Führerstellung kann bei einer Weltregierung nur bei den USA liegen“* (50). Wieviel Liebedienerei der Presse und der Wortführer in so vielen Staaten ist da notwendig, um so etwas stillschweigend hinzunehmen, ohne es als ekelhafte Zumutung anzusehen, so etwas vorgesetzt zu bekommen? Welche Belastung bedeutet das für die „hohen Ziele“ der Einweltler, wenn ausgerechnet ein Yankee sich erdreistet, sich als Herold solcher Weltpläne hinzustellen? Wie muß man einen Kohl und einen Genscher beurteilen, wenn sie einer solchen Blechtrommel nachlaufen?

Völlig unempfindlich ist man gegenüber dem doch heute überall erhobenen Vorwurf der Inkonsequenz. Zur Kenntnis nimmt man nur, was im Konklave der Zeigefingerhelden bestimmt wird. Bisher war es vielen noch nicht derart klar geworden, daß die Welt bereits ihre Weltregierung, und zwar eine Weltdiktatur besitzt, wie im Zuge des anlaufenden und praktizierten Golfkrieges. Keinerlei Kritik, möge sie noch so unbestritten sein, möge sie noch so vielfältig und unter Tränen und Wutausbrüchen vorgebracht werden, bewegt den Kriegswagen auch nur um Millimeter in Richtung Frieden. Die gesamte Menschheit ist entmachtet worden, hat keine Stimme mehr. Es gilt nur noch, was die Freimaurerei wünscht. Die Weltdiktatur zeigt ihre Fratze, viel eher noch als selbst vor wenigen Monaten noch erwartet. Erst angesichts dieser Entwicklung versteht man, wie ernst es Freimaurer und Mittäter Genscher meinte, wenn er damals Kohl sagte, daß bei einem Bremsen polnischer Unverschämtheit „die Wiedervereinigung Gefahr läuft“. Nicht erst aber seit 1990 ist dieses die Lage. Sie ist die gleiche geblieben seit den Tagen eines Bülow (51). und dann, da sich ein Masaryk und ein Benesch in Paris während des I. Weltkrieges mit Clemenceau trafen und kurz und bündig festlegten, wie die europäische Landkarte (bis an die Grenzen des Ottomanischen Reiches im Nahen Osten hin) auszusehen hat. Alle noch so umfangreiche Aufklärung dieser Verschwörungen hat nichts genutzt, alle bisherigen verzweifelten Aufstände der Deutschen, der Griechen, der Kurden, der Slowenen, der Kroaten, der Balten; ungehört verhallten die Todesschreie der Abgeschlachteten. Das einzige, das traf, war die Ermordung eines Rathenau. Wer die Weltenuhr weiterbewegen wollte, fort von dem Weltgefängnis, der war ein Verbrecher. Nur im Sinne der Sieger durften hier und dort noch einige „Verbesserungen“ vorgenommen werden. **Schlesien** folgte **Danzig** und **Kuwait** entpuppte sich als zweites Danzig. Es hat länger gedauert, bis auch diese Bombe platzte, doch die Stunde kam. Und wieder stellt sich die gesamte Welt dagegen.

Und schauen wir uns doch einmal an, was man uns, der ganzen Welt heute, verspricht. Nicht weniger als den **Ewigen Frieden.** Dieses ist der letzte Krieg, heißt es. In der Omnipotenz der Alliierten — von wo nahm man dieses historisch so abgegriffene Wort! — in der unvergleichlich herrlichen, erstmaligen Phalanx, die die ganze Erde umspannt im gemeinsamen Kampf gegen einen Wahnsinnigen, der sein Volk brutal opfert, liegt die Garantie





Als sich der Kölner Erzbischof Joachim Meisner nach seinem ersten Amtsjahr bei den Gläubigen bedankte, brandete im Dom Beifall auf. Foto: dpa

dafür. Von jetzt an wird es niemandem auf der ganzen runden Erde mehr möglich sein, sich zu erheben und Grenzen zu versetzen. Es ist auch gar nicht nötig, denn alle Grenzen sind gerecht. Schon der Gedanke, daß es **ungerechte Grenzen** irgendwo noch gibt, ist ein Weltverbrechen, muß die gesamte Weltordnung, vertreten durch 166 anerkannte Vereinte Nationen, in einmütigen Harnisch bringen. Gerade diese Einmütigkeit ist das Große, das Herrliche an dem Golfkrieg. Diese Einigkeit aller Völker in einem Ewigen Frieden ist das überragende, glänzendste Merkmal dieses Vernichtungskrieges unter den schwarzen Wolken des verbrennenden Petroleums am Golf. Die Herzen weiten sich und die Freudentränen netzen die Fußböden der Kathedralen und der Parlamente globusrundum. Ein neuer Kardinal in Köln kann seinen Zeigefinger gar nicht mehr krumm kriegen in dieser Welteuphorie.

Endlich ist es gelungen, die Welt zum Stehen zu bringen. Endlich wird derjenige der heute etwas in Händen hält, damit bis an das Ende der Welt bleiben. Und sogar noch mit Zins und Zinseszins!

Sie, die dieses epochale Ereignis zum Durchbruch führten, sicherlich waren es die allergrößten Staatsmänner aller Zeiten. Auf ihre Logendisziplin, ihre Bescheidenheit, ihre Ehrlichkeit, ihre geistige Festigkeit konnte man bauen. Nichts hatten sie versprochen, was sie nicht gehalten haben. Sie bürgten für vorbehaltlosen Kampf gegen das Böse. Sie wurden uns vorgestellt und stellten sich gegenseitig selber vor als die unparteiischsten, selbstlosesten Freunde der gesamten Menschheit. Mit höchster Präzision bombardierten sie bestimmt nur militärische Ziele.

Soweit der Text meiner Notiz im Höhepunkt des Luftkrieges. Gelegentlich werden wir auch bei späteren Gelegenheiten solche im Augenblick des Geschehens selbst gemachte Bemerkungen bringen. Sie sind noch nicht beeinflußt von den Stimmen der Medien, die sich darum bemühen, selbst die überraschendsten Wendungen uns als selbstverständlich hinzustellen und die uns das Gefühl geben sollen, alles was geschah, hätte sich ganz natürlich wie von selbst ergeben. Es war das keineswegs der Fall.

Als die deutsche Bundeswehr Roland-Raketen zu den in der östlichen Türkei stationierten eigenen Fliegerverbänden transportieren will, muß man sich (für 10 Millionen Mark) über eine holländische Firma ein Antonow-Großraumflugzeug leihen. Doch der Pilot lehnt die Fahrt ab. Aus Moskau kam der Befehl: *„Keine Waffen ins Krisengebiet"*. Man stellt fest, daß *„Moskau dabei ist, sich für die Zeit nach dem Golfkrieg gute Ausgangspositionen im arabischen Raum zu verschaffen"* (52).

Genscher sitzt ebenfalls nicht nutzlos herum. Er fliegt nach Damaskus und man erfährt, Syrien werde bereit sein, Israel nach dem Golfkrieg eine Existenzberechtigung zuzusprechen (53).

„Seit einer Woche mehren sich die Bilder und Berichte über zerstörte Brücken und Wohnhäuser sowie über Verletzte und Tote unter Zivilisten im Irak. Gutinformierte Quellen, die anonym bleiben wollen, ziehen bereits den bösen Vergleich zu Vietnam: das erinnert an Haiphong. Viele Menschen meinen jetzt, das ist eher die Zerstörung des Irak als die Befreiung Kuwaits — und das zum Vorteil Israels. Saudiarabien will aber keine völlige Zerschlagung des Irak." (54).

Hinzu kommt, daß die Kriegskosten die Finanzmittel Saudiarabiens übersteigen. Die saudische Zentralbank verhandelt mit neun Auslandsbanken über einen Dreijahreskredit von rund 3,5 Md. Dollar. Die Kriegskosten haben das veranschlagte Haushaltsdefizit von 6,7 Md. Dollar schon mehr als verdoppelt. (55). *„Washington schätzt die Kosten für den Wiederaufbau Kuwaits auf 90 Md. Dollar. An diesem Aufbau sollen Deutschland, Japan und Frankreich nicht beteiligt werden"* (56).

Beteiligt werden aber sollen sie, und sogar in Milliarden Dollar Höhe, an den Kosten.

Und das wirft ernste Schatten auf unsere Zukunft. Stephen Koczak, aus dem Dienst geschiedener Beamter des amerikanischen Auswärtigen Amts sagt dazu seine Meinung (57): *„Die Vereinten Nationen können keine Steuern erheben. Wie aber dann eine ‚internationale Lösung' des Problems finden?' Der Weg, den man fand, war eine direkte Steuer auf das Öl. Das Geld bekommen die Vereinten Nationen. Es funktioniert wie eine* **Weltsteuer.** Was die Federal Reserve im Rahmen der Nation tut, das wird eine Bank der Vereinten Nationen weltweit praktizieren. Wie eine Art Weltoberhaupt funktioniert dabei der Sicherheitsrat in geheimen (!) Sitzungen. Er schickt also die Steuereinnehmer hinaus in die Welt. Wir sind dabei — und das ist eines der Ergebnisse des Golfkrieges — eine UN-Steuerpolitik einzuführen. Saddam Hussein zahlt eine 50 Cents Steuer und Saudiarabien 10 Cents. Mubarak erhielt 7 Milliarden Dollar, um mitzumachen. Wer führt die Kasse? Wer und in wessen Namen kassiert die Unkosten ein? Niemals wird man Ihnen sagen, daß wir bereits ein Welt-Finanzministerium haben, Teil einer geheimen Regierung, wie sie erscheint mit dem Sicherheitsrat. Im Gegenteil, man wird uns sagen, daß wir jetzt mehr Freiheit und mehr Rechte haben als vor dem Golfkrieg. Indem man die Illusion verbreitet, jeder könne jetzt tun, was er will, während Sie in Wirklichkeit nicht mehr in der Lage sind, noch irgendetwas zu tun, das ist die Methode, mit der die Weltregierung aufgebaut wird."

Mitte Februar geht die alliierte Luftwaffe zu einer neuen Strategie über. Das Terrain wird in „Todeszonen" (Killing-Boxes) eingeteilt. Ein US-Offizier erklärt: *„Die irakische Armee wird abgeschlachtet. Und da gibt es niemanden, der ihr dabei raushelfen kann."* Zugleich werden die Angriffe auf Bagdad verschärft. *„Wir sehen jetzt meilenweit schwarzverbrannte Erde und Bombenkrater. Die neue Strategie ist exzellent. Es ist eine systematische Zerschlagung der Armee."* (58).

Dann erfährt die Weltöffentlichkeit, daß am 13. Februar zwei Raketen auf einen zivilen Luftschutzbunker in Bagdad niedergehen und den Tod der etwa 500 Insassen bewirkt. *„Wo Metall schmilzt, überlebt niemand."* Unter den acht Überlebenden berichtet ein 17jähriger mit schwacher Stimme: *„Ich hatte geschlafen. Auf einmal verspürte ich Hitze, und meine Decke brannte. ein paar Augenblicke später bekam ich keine Luft mehr. Ich drehte mich um und versuchte, meine Mutter zu berühren, die neben mir lag, aber ich griff nur in einen Fetzen Menschenfleisch."* (59). Wir Deutsche winken bei solchen Erzählungen nur mit bitterem Lächeln ab. So etwas ist in allen deutschen Familien geschehen, nur, daß wir Deutsche als Lügner beschimpft werden, wenn wir davon sprechen, und daß man sogar noch hinzufügt, wir hätten so etwas verdient. Angelsachsen haben sich eben in einem halben Jahrhundert keineswegs gebessert. In Deutschland wird, in Mainz beginnend — der Karneval abgesagt. Doch am 19. Februar zeigt man weltweit im Fernsehen den Karneval in New Orleans. Am gleichen Tage erlebt der Irak „den bisher schwersten Luftangriff". Dabei wird auch das Hotel Al-Rashid in Bagdad bombardiert, angeblich, weil es Sitz einer Kommandobehörde ist. Die dort untergebrachten Korrespondenten bestätigen, daß sie nirgends etwas gesehen haben, was auf eine Kommandobehörde schließen läßt. Die schwedische Firma, die das Hotel baute, bestätigt, daß es so etwas in dem Gebäude nicht gibt (60).

Friedensbemühungen

Am 15. Februar treffen sich in **Kairo** die Außenminister der sechs Golfstaaten, Ägyptens und Syriens, um eine Nahost-Konferenz vorzubereiten. Genscher sondiert in Kairo und Damaskus die Aussichten. Gemeinsam wird eine Abtrennung von Gebieten des Irak oder dessen Teilung abgelehnt. Zugleich wird sowohl das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes sowie Israels Recht auf sichere Grenzen betont.

Am gleichen Tag fällt in Bagdad zum ersten Male das Wort von einem Rückzug aus Kuwait. Der iranische Außenminister Ali Akbar Welajati reiste unverzüglich nach Moskau, zwei Tage danach gefolgt von Tarik Aziz, dem irakischen Außenminister. Dieser legte die Bedingungen für einen Rückzug vor: Waffenstillstand, Rückzug der Alliierten vom Golf, Räumung der besetzten Gebiete durch Israel und Rückzug Syriens aus dem Libanon. Gorbatschow antwortete am 18. Februar mit einem eigenen Friedensplan, der von einem „bedingungslosen" Rückzug aus Kuwait ausging. Doch George Bush bezeichnet die sowjetischen Bedingungen als ungenügend. Es müsse eine Entwaffnung des Irak erfolgen und ein Kriegsverbrecherprozeß. England unterstützt die amerikanische Forderung, dagegen sprechen sich Frankreich, Rußland und China im Sicherheitsrat aus. Es kommt zu neuerlichen Verhandlungen zwischen Aziz und Gorbatschow in Moskau. Am 22. Februar berichtet Moskau, Bagdad sei zur Annahme eines sowjetischen acht-Punkte-Planes, der einen vollständigen Rückzug aus Kuwait beinhalte, bereit. Diese Meldung schlug wie eine Bombe in den arabischen Hauptstädten ein. Von den Bedingungen des ersten Friedensvorschlages vom 15. Februar war nichts mehr übriggeblieben. Vor allem fehlte das Junktim mit dem Palästinenserproblem. Auch war nicht mehr die Rede von einem gleichzeitigen Abziehen der Alliierten und von einer demokratischen Regierung in Kuwait, sowie von der Wiedergutmachung der Zerstörung im Irak. *„Arabische Beobachter stimmen darin überein, daß mit dem Friedensplan von Moskau die Sowjetunion wieder mit ganzem Gewicht auf die Weltbühne getreten ist."* (61). *„Saddam Hussein und Gorbatschow hatten mit den sowjetischen Friedensvorstößen den Amerikanern die Initiative entzogen"* (62).

Während dieser verzweifelten Versuche, einen Landkrieg am Golf zu verhindern, äußert Bush sich (beim Empfang der dänischen Königin in Washington): *„Es muß eine einheitliche internationale Sprache des Kompromisses mit der Freiheit und der Menschenwürde geben, mit der Demokratie, mit der Herrschaft des Rechts und dem Recht aller Menschen und Staaten, in Frieden zu leben."* (63).

In einer anderen Rede (64) ruft Bush das irakische Volk auf, den Abtritt Sadams zu forcieren. Die „New York Times" hat dazu in einem Leitartikel vom 21.2.1991 schwere Bedenken: *„Mit seinem Aufruf an die Iraker, den Diktator zu stürzen, stellt er endlich klar, daß er mit einem militärischen Erfolg nicht zufrieden ist und daß er keineswegs die Absicht hat, seinem Gegner einen politischen Triumph zu gewähren. Die Berater von Bush waren ebenfalls überrascht, von ihm zu hören, daß er das Volk und die Armee des Irak einlud, ‚die Dinge in ihre Hände zu nehmen und sich des widerlichen Diktators zu entledigen'. Das geschieht, während niemand neue Kriegsziele schaffen will und das Mandat der Vereinten Nationen ausdehnt und so den Krieg verlängert . . . Die USA brauchen den Glauben und das Vertrauen der ganzen Welt, um die Koalition zusammenzuhalten und Saddam Hussein zu entmächtigen. Der Dreh besteht darin, sich in dieser Richtung zu bewegen ohne ausdrücklich das Ziel eines Sturzes Husseins auszusprechen, und ohne dabei diplomatischen Bemühungen in die Quere zu kommen."* Wenn man so etwas liest, dann zweifelt man an einem Satz wie dem folgenden vom 16. Februar 1991 im Österreichischen

Radio ORF: *„Es handelt sich um den Kampf des Abendlandes gegen die Islamische Welt."* So ganz kommt Herr Bush mit seinen moralischen Absichten nicht durch. Verteidigungsminister Cheney teilt Reuter am 21. Februar mit, *„daß er sich der Meinung Schwarzkopfs, des Oberkommandierenden, anschließe, wonach die USA ein Kriegsergebnis hinnehmen könnten, in welchem Hussein an der Macht bliebe."* Cheney sagte wörtlich: *„Niemals haben wir festgestellt, daß ein Ziel unserer Politik ist, die Regierung des Irak zu ändern."*

Am 22. Februar überbringt Aziz in Moskau die Annahme des russischen Acht-Punkte-Programms. Doch zwei Stunden, nachdem Gorbatschow Bush über diese Zustimmung informiert hatte, teilte letzterer mit, *„daß die Alliierten in ihren Kriegsanstrengungen fortfahren werden."*

In **Israel** beobachtet man diese Friedensbemühungen mit wachsender Sorge. *„Für Israel,* so betonte Ministerpräsident Izhak Schamir, *wäre ein Friede unter den jetzt auf dem Tisch liegenden Bedingungen eine denkbar schlechte Lösung. Es wäre eine gefährliche Situation, wenn eine Beendigung des Krieges gegen den Irak Saddam Hussein an der Macht und die irakische Kriegsmaschinerie intakt ließe . . . Ein Sieg (für die Allianz) wäre nur sinnvoll, wenn Saddam eine überwältigende Niederlage erlitte."* (65).

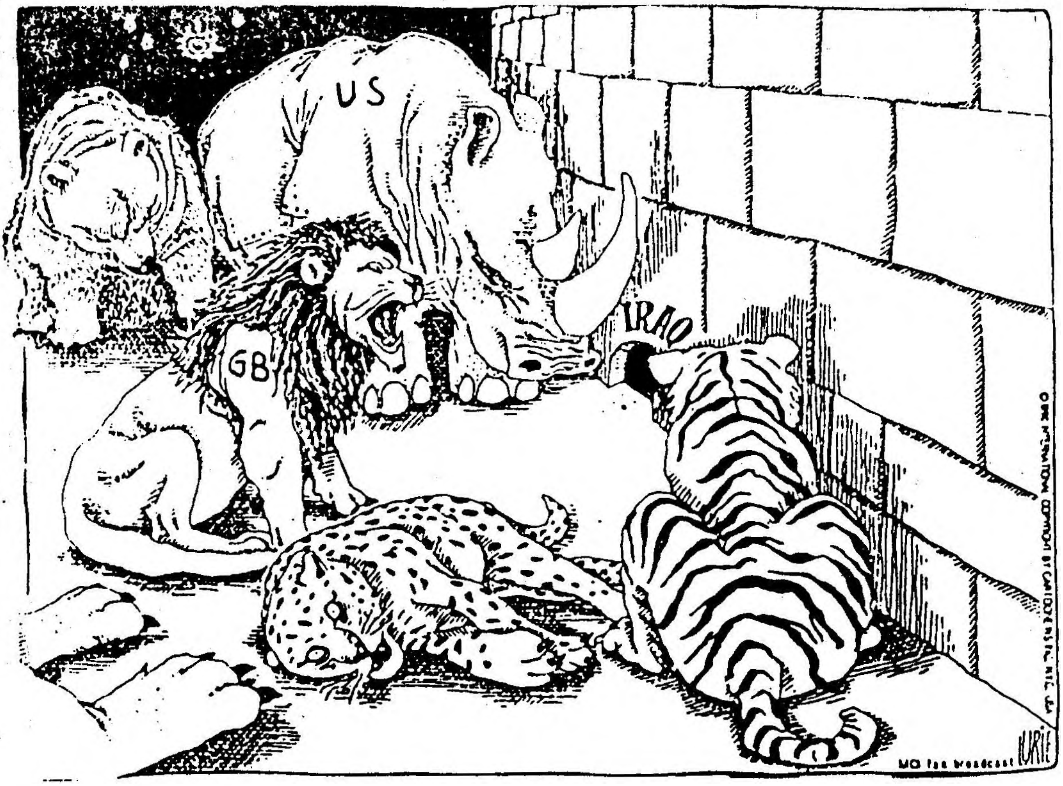
In **Moskau** wird der angenommene Acht-Punkte-Plan umgebaut in einen Sechs-Punkte-Plan, der den alliierten Vorstellungen sich fast vollkommen nähert. Während dieser Plan dann nach seiner Unterschrift von einem Moskauer Regierungssprecher vorgestellt wird, erklärt Radio Bagdad: *„Wir bestätigen, daß der Irak den Frieden wünscht und ernstlich dabei ist, die sowjetische Initiative zu unterstützen und einen Erfolg zu zeitigen, aber unter der Furcht der Bedrohung von Bush."* (66). Nach diesem Plan beginnt der irakische Rückzug einen Tag nach der vollständigen Feuereinstellung und ist innerhalb von 21 Tagen abgeschlossen, wobei die Stadt Kuwait in 4 Tagen geräumt wird.

Doch noch vor der Ankündigung dieses neuen Friedensplanes stellt Präsident Bush dem Irak ein Ultimatum von 24 Stunden, um einen Massenabzug aus Kuwait und eine vollständige Evakuierung Kuwaits innerhalb einer Woche vorzunehmen. Bei Nichterfüllung wird unverzüglich mit der Bodenoffensive begonnen.

So wird der zweite (Sech-Punkte-)Friedensplan von Bush überhaupt nicht mehr beantwortet. *„Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte zuvor die Hoffnung ausgedrückt, daß nach dem Eingehen Iraks auf die Initiative Moskaus eine friedliche Lösung möglich werde."*

Der neue französische Verteidigungsminister Pierre Joxe sagte, *„der Beginn der Bodenoffensive sei nur noch eine Frage von Stunden. Nachdem Bush das Ultimatum gesetzt habe, sei die Landschlacht bereits proklamiert."*

In Europa ist man nicht einhellig der amerikanischen Meinung. *„Schweden zeigte sich stark enttäuscht wegen der gescheiterten diplomatischen Schritte. Holland kennzeichnete den Landkrieg als traurig und tragisch, Finnland bedauerte die Ausdehnung des Krieges und Rumänien unterstrich sein Bedauern."* (67). Für Gorbatschow war der Beginn des Landkrieges ein schwarzer Tag. Bis zum letzten Augenblick hatte Gorbatschow alle Hebel in Bewegung gesetzt, um mit Verhandlungen und Kompromissen eine friedliche Lösung des Krieges einzufädeln. Am Montag den 25. Februar, einen Tag nach Beginn des Landkrieges, apellierte Gorbatschow an Bush, *„die am Sonntag (den 24.2.) entfesselte Offensive einzustellen. Er ersuchte Bush um ein Überdenken seiner letzten Entschließung. Der Anruf Gorbatschows folgte einer Welle schärfster Kritik seitens konservativer Stimmen in der russischen Presse. In der ‚Pravda' heißt es: ‚Beide Kriege, der von Vietnam und der am Golf, unterscheiden sich in vielem, aber moralisch sind sie identisch. Es handelt sich um die gleichen egoistischen Ziele, die mit lieben Vorsätzen geschmückt werden.' In einem*



»Wir warten auf Verstärkung.«

Tass-Kommentar wird erklärt, die Lancierung der Landoffensive sei, wie nun in Einzelheiten bekannt wurde, bereits zwei Wochen vor Beginn der Operation beschlossen worden. Der Kommentator wirft die Frage auf, ob dies der Grund gewesen sei, ‚den vom Irak akzeptierten sowjetischen Friedensplan' zunächst als unzureichend, dann als unannehmbar zu bezeichnen und schließlich mit einem Ultimatum zu ‚beantworten', worauf eine ‚ungeheure Militärmaschine' in Bewegung gesetzt worden sei.“ (68).

Als Verlierer bleibt auf der Strecke auch die **UNO.** Der Sicherheitsrat verlor die Initiative an die USA. Die über Vetorecht verfügenden Staaten der antiirakischen Koalition, USA, Großbritannien und Frankreich, lehnten am 26. Februar die Forderungen nach einem Waffenstillstand ab. Es kam zu einer Erstarrung der Fronten. Den siegesgewissen Alliierten standen gegenüber die volkreichen Staaten **Sowjetunion, China** und Indien sowie die **Blockfreien Jemen und Kuba.** (69). *„Der Krieg rutschte der UNO aus den Händen. Resigniert gab sie die Versuche zu einer Feuereinstellung auf und suspendierte die Sitzungen auf unbestimmt, resignierend gegenüber einem Krieg, den sie gestatteten, aber nicht kontrollieren können.“* (70). „Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar versucht, Gesicht zu bewahren und macht am 25. Februar klar, *„daß das Eindringen alliierter Truppen in den Irak ausschließlich der Befreiung Kuwaits zu dienen hat.“* (71)

„Jordanien hat sich am 24. Februar voll hinter Saddam Hussein gestellt. Während die Regierung des Königreiches ‚Schmerz und Zorn' über die alliierte Bodenoffensive äußerte und dem Irak Erfolg bei der Zurückschlagung der ‚Aggression' wünschte, feierten die Jordanier Saddam als einen Helden. In vielen Moscheen beteten die Menschen für einen irakischen Sieg.“ (72).



John Major besucht brit. Truppen bei Dahran

100 Stunden Erdkrieg

Der am 24. Februar begonnene Landkrieg hatte am 27. Februar alliierte Ziele erreicht, so daß Bush am Abend des 27. Februar verkünden konnte: *„Kuwait ist befreit worden. Die Truppen des Irak sind zerschlagen. Unsere militärischen Ziele wurden erreicht. Kuwait ist wieder in den Händen der Kuwaiter, hat die Kontrolle seines eigenen Geschicks übernommen. Heute Nacht weht die Flagge Kuwaits wieder über der Hauptstadt einer freien und souveränen Nation. Und die Flagge der Vereinigten Staaten weht wieder über unserer Botschaft. Vor sieben Monaten zeichneten die Vereinigten Staaten und die Welt eine Linie in den Wüstensand. Und wir erklärten, daß die Aggression gegen Kuwait nicht von Dauer sein wird. Und heute Abend haben die Vereinigten Staaten und die Welt ihr Wort eingelöst. Dies ist sicher kein Augenblick für Euphorie oder um Feste zu feiern, aber es ist ein Augenblick des Stolzes, des Stolzes in unsere Soldaten, in unsere Freunde, die mit uns waren in der Krise, stolz auf unsere Nation und auf jene Personen, deren Stärke und Entschlußfähigkeit den Sieg so schnell, entscheidend und gerecht machten . . . Kein Land kann behaupten, dieses sei sein Sieg. Es war nicht nur ein Sieg für Kuwait, sondern ein Sieg für alle Teilnehmer an der Allianz. Dies ist ein Sieg für die Organisation der Vereinten Nationen, für die ganze Menschheit, für das Recht und für das, was korrekt ist.“*

Und Bush fuhr fort: *„Es liegt jetzt am Irak, diese Waffenruhe in eine dauernde zu verwandeln.“*

Die beiden Seiten treffen sich vor einem Zelt im Süden des Irak. Den drei erschienenen hohen irakischen Offizieren sagt General Schwarzkopf: *„Ich bin nicht hier, um Ihnen irgendwie entgegenzukommen. Ich bin hier, um Ihnen genau zu sagen, was wir von Ihnen erwarten." „Dann begaben sie sich in das Zelt, in welchem sich ein Tisch befand. Nach dem Treffen führte Schwarzkopf die irakischen Generäle kurz zu seinem eigenen Zelt, vor dem seine Fahne flatterte. Er hatte rundherum eine martialische Umgebung aufbauen lassen. Raketenrampen für Patriots waren ebenso aufgefahren wie Panzer und Schützenpanzer. Darüber kreisten raketenbestückte Hubschrauber. Dann ging er mit ihnen zu ihrem Konvoi. Nach den Verhandlungen gab Schwarzkopf seinen Gegnern im Golfkrieg sogar die Hand."* (73).

Vor dem Unterhaus dankt der englische Premierminister Major den Truppen, der militärischen Führung und Bush: **die gerechte Sache hat gesiegt.** Oppositionsführer Kinnock stimmte zu, daß das einzige, was den 16 gefallenen Engländern gerecht werde, jetzt die Errichtung eines dauerhaften Friedens in der Region sei. In **Frankreich** ergreift der Verteidigungsminister Joxe das Wort nach dem provisorischen Waffenstillstand. Paris ist nicht an einer längeren Besetzung von südirakischem Gebiet interessiert, sondern möchte so schnell wie möglich seine politische Bewegungsfreiheit wieder gewinnen. Das „Kommando" muß jetzt von Washington an den Sicherheitsrat übergehen. Joxe erklärte, daß die Entmachtung von Saddam Hussein, die man wünscht, nicht zu einer Bedingung für den definitiven Waffenstillstand gemacht werden darf. Der RPR-Generalsekretär Juppé hoffte, daß die USA nun wieder die diplomatische Unabhängigkeit Frankreichs respektieren würden und die Sozialistische Partei drängte die Regierung zu einer schnellen diplomatischen Initiative zur Einberufung einer Nahostkonferenz (74).

Am 28. Februar berichtet Reuter aus Los Angeles: *„Die Vereinigten Staaten sind still dabei, eine Strategie auszuarbeiten, um einen Staatsstreich in Bagdad ausbrechen zu lassen, der es verhindert, daß Saddam Hussein seine vom Kriege zerstörte Wirtschaft wieder aufbaut."* (75). Es werden hohe nordamerikanische Beamte genannt, die beabsichtigen, die Wirtschaftssanktionen und vor allem das Verbot der Ölausfuhr aufrecht erhalten zu wollen, um so einen Umsturz in den folgenden Wochen oder Monaten auszulösen. *„Wir werden den Irakern eine Zukunft zeigen, in welcher ihr Führer sie mehr und mehr abwärts führt."* So würde nach Meinung dieser Beamten, Hussein seine Führerrolle verlieren (Reuter).

Der amerikanische Kongreß hatte sich schon vor der Waffenruhe gegen einen weiteren Aufenthalt größerer US-Verbände am Golf ausgesprochen (76).

Unser Kommentar einen Tag nach dem provisorischen Waffenstillstand:

Verunsichert fragt man sich, was mit dem Waffensieg über Saddam Hussein gewonnen wurde. Die Kriegskosten wurden so hoch wie möglich geschraubt. Die Zerstörung des Irak konnte nicht stärker sein. Die Kriegsgewinner können sich die Hände reiben. Doch die Wirtschaftslage Nordamerikas ist dadurch nicht um einen Dollar besser geworden. Zu dem Problem Palästina kommt jetzt das geschürte der Kurden und Schiiten. In Kuwait herrscht die blutigste Reaktion eines abgelehnten Emirs. Die Sowjetunion erfuhr keine Erleichterung in ihrem sozialen und nationalen Kampf ums Überleben. Südamerika versinkt ungebremst weiter in Korruption und Drogenhandel. Schwarzafrika sucht vergebens nach ausreichender Ernährung und nach Regierungen, die den natürlichen Reichtum in die Hände der Völker gibt. Dort wo man in Europa die Trennung von blutiger Diktatur fordert, verweigert der „Westen" die Befreiung. Und man darf nicht übersehen, daß bei diesen Wortführern einer Neuen Ordnung selbst im eigenen Hause die Sorge um die Zukunft allen technischen Glanz überschattet. Sieht man auf das Glück der Menschen, in erster Linie jener in Kuwait und im Irak, so war es — wenig gesagt — ein unnützer Krieg.

Bush nannte es einen „gerechten Krieg", „eine Chance für eine neue Weltordnung";

ein amerikanischer Feldwebel wurde von ihm zitiert: *„Was wir tun, ist die Zukunft der Welt für die nächsten hundert Jahre zu gestalten"*. Was das bedeutet, liest man in „Die Zeit" am 25. Januar 1991: *„So geben die sechzehn größten westlichen Industriestaaten — einschließlich Japan und Australien — im Jahr lediglich kaum mehr als 50 Md. Dollar für Entwicklungshilfe aus, soviel, wie knapp zwei Monate Golfkrieg kosten."*

Anfang Mai 1991 fordert Bagdad ein Moratorium für die geforderten Reparationen. Das Memorandum an die Vereinten Nationen wird damit begründet, *„die irakische Volkswirtschaft könne sonst nicht wieder in Gang gebracht werden"* (77).

Aber auch auf der anderen Seite ist die Rechnung noch nicht beglichen. The Associated Press teilte am 21. August 1991 mit, daß von den 54 Md. Dollar, die versprochen wurden, erst 48. Md. an die USA gezahlt wurden. Ihr Versprechen erfüllten insbesondere Japan und Deutschland, doch Kuwait und Saudiarabien schulden noch 2,3 bzw. 3 Md. Dollar. *„Soviel man weiß, gibt es keine rechtliche Handhabe, das Geld zu kassieren, doch werden die Säumigen schon zahlen. Immerhin haben sie im Vergleich etwa zu Deutschland und Japan einen höheren Prozentsatz ihrer Einnahmen versprochen."* So schließt für uns Deutsche dieses Unternehmen mit einer ungezogenen Bemerkung, anstatt mit einem Dankeschön ab.

Und hunderte von Petroleumquellen brennen noch nach Monaten. Bilder dazu im National Geographic, August 1991.

Welches hohe utopische Ziel hindert unsere Staatmänner daran, aus dieser bitterbösen Erfahrung die Folgen zu ziehen? Nämlich: Niemals wieder deutsche Beteiligung oder Hilfe bei derartig infernalischen Unternehmen!



II. Sieger und Opfer

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Der Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush hatte nach unserem Geschmack den Mund etwas zu voll genommen, als er von einer Neuen Weltordnung sprach, *„in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten der Nationen leitet."* Bevor wir uns nun davon im einzelnen überzeugen wollen, wie die Herrschaft des Gesetzes aussieht, sei uns ein Blick auf jene Nation gestattet, die in ihrem Verhalten vorbildlich vorangehen will, und deren Präsident Bush ist.

„Bevor Amerika eine Nation war, war es ein Experiment, eine Idee, ein Plan, eine Utopie, eine Verheißung, ein Traum." (von Borch). Doch, ist es heute „eine Nation?"

Es verdiente den Begriff einer „Nation" sicher in jener Periode, da es in einer Reihe von Weltkriegen aktiv wurde. Auch, wenn hinter dieser Aktivität utopische Phantasien standen. *„Die amerikanische Bedrohung des Weltfriedens nahm zu, weil die USA immer mehr zu einem Giganten mit dem Gehirn eines Schwachsinnigen wurden"* (Hoggan). Doch ist es noch heute **ein Gigant?**

Die Identität dieser Nation besteht nach ihrem Namen in der Tatsache, daß es sich um eine Vereinigung von Staaten in Amerika handelt. Reichlich wenig für europäische Augen. War aber doch wenigstens drei Jahrhunderte lang das Angelsachsentum tonangebend, so hat nach dem II. Weltkrieg eine starke Tendenz eingesetzt, diese biologische Aussage zu verändern. Die Utopisten waren es, die den längeren Atem hatten und das Gesicht dieser Vereinigung änderten. Doch, was ist daraus geworden?

1963 gibt Martin Luther King in seiner berühmten Rede „I have a dream" (Ich habe einen Traum) der Hoffnung Ausdruck, daß seine Kinder nach dem „charakterlichen Gehalt" und nicht nach der Hautfarbe beurteilt werden. 1991 ist der schwarze Literaturprofessor Shelby Steele anderer Meinung: Die Hautfarbe wurde zum allerwichtigsten Kriterium eines nationalistisch-kulturellen schwarzen Stolzes, der im „weißen Rassismus" nach wie vor den Hauptfeind sieht. Die Integration ist auf halbem Wege stehen geblieben.

Im August 1991 kommt es in Brooklyn zu schweren Zusammenstößen zwischen

Schwarzen und Angehörigen der orthodoxen jüdischen Sekte der Chassidim. *„Die Juden machen die Schwarzen für Verbrechen in dem Gebiet verantwortlich, die Schwarzen beklagen sich, daß die Juden zuviel Macht haben und von den Behörden und der Polizei bevorzugt behandelt werden."* (NZZ).

Der berühmte Boxer, der Neger Mike Tyson wird vor Gericht gestellt wegen vier Sexualdelikten. Der Kandidat für das Höchste Gericht, der Neger Clarence Thomas, muß vor dem Kongreß Rede und Antwort stehen für seinen Lebenswandel. Doch aufregender ist es für die Wächter des „richtigen Weges", daß Thomas nicht etwa ein Liberaler ist, sondern ein Konservativer, und behauptet: *„Was uns die Nonnen lehrten, ist es, was wir heute brauchen: Gott, Werte, Moral und Erziehung."*

Ein neues Einwanderungsgesetz erhöht erneut die Zahl der jährlichen Einwanderungsbewilligungen von rund 500.000 auf 700.000. Der mit weitem Abstand größte Teil der Einwanderer stammt heute aus Lateinamerika und Asien. Die Quoten für ausgebildete Fachkräfte sind erheblich erhöht worden. Trotz manchen Befürchtungen um die Kohärenz des immer „universaler" werdenden amerikanischen Völkergemisches wird der soziale und wirtschaftliche Nutzeffekt einer liberalisierten Einwanderungspolitik wieder stärker in den Vordergrund gerückt. „Immigration als Amerikas Vitalitätsquelle", heißt der Titel zu diesen Ausführungen in der NZZ. Die amerikanische Regierung teilt mit, daß in den 80er Jahren fünfmal mehr Firmen von Personen hispanischer Herkunft gegründet wurden als von solchen nordamerikanischer Herkunft. *„Ihre Anzahl steigt, ihre Gewinne steigen, die Zahl ihrer Angestellten steigt"* (Statistisches Amt).

In den letzten zehn Jahren hat sich die ethnische Zusammensetzung des amerikanischen Volkes (das von 226 Millionen auf 250 Millionen stieg) stärker verändert als je in diesem Jahrhundert. Die Zahl der asiatischen Amerikaner hat um 108 Prozent zugenommen. Die Hispanics stiegen um 56 Prozent. Trotz erheblichen Geburtenüberschusses vermehrten sich die African-Americans um 13 Prozent, die weißen Amerikaner nur um 6 Prozent. Man kann berechnen, daß um die Jahrtausendwende mehr Hispanics als Neger in den USA leben werden. Um 2050 wird der Durchschnittsamerikaner eher asiatischer, afrikanischer oder lateinamerikanischer Herkunft sein als europäischer. (Carlos Widmann).

„Die nichtweißen amerikanischen Minderheiten, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, haben seit den sechziger Jahren ein eigenes Ethnobewußtsein entwickelt, das sich mit zunehmender Intensität gegen die alte (maurerische) Idee vom ‚Schmelztiegel Amerika' zur Wehr setzt, und auf einer eigenen nicht einschmelzbaren Identität besteht. Die Idee ist heute ein kultureller Pluralismus" (NZZ). Er drückt sich in unterschiedlichen Schulbüchern aus.

Die Antwort auf unsere erste Frage lautet: Amerika ist eine Nation, aber sie ist dabei, nicht nur ihr Gesicht zu verändern, sondern auch das Lebensideal seiner Bewohner. Es kommt nicht der Begriff des Völkischen auf, aber eine Ethnizität, die ihm nahesteht. Es ist eine Nation denkbar, die ihre Zusammensetzung in der Hautfarbe sieht. Dann würden Europa und Amerika sich in einer Neuen Weltordnung verstehen, die beiderseits des Atlantiks das Wort „Freiheit" anders interpretiert als es die Architekten von Versailles und Potsdam taten. Dann wäre eine Verzögerung der Anerkennung der Souveränität der Baltenstaaten, wie sie in schäbiger Weise Bush noch praktizierte, nicht mehr die Zustimmung im eigenen Lande finden, dann würden International Herald Tribune und New York Times usw. ganz andere Töne anschlagen als heute. Dann wäre es denkbar, daß mehrstimmig Bewohner Amerikas ihren jeweiligen Anteil an der Gemeinschaft „über alles in der Welt" loben würden.

Heute kann man noch darüber streiten, ob der „Amerikanismus", dieses Völkergift,

das nach Europa und Asien hinübergespritzt wird, ein Recicling europäischer Logenprodukte ist oder ob es in Amerika geboren wurde (Marcus Bauer in „Europa vorn"). Es ist eine Stunde denkbar, daß dieser Giftstrahl versiegt und Amerika sich von ihm freimacht. *„Der ‚american dream', das Versuchslabor, in welchem eine dem europäischen Aufklärungsdenken entsprungene Utopie entstand, die der Menschenrechte, des Fortschritts, des größtmöglichen Glücks, der größtmöglichen Zahl, der individualistischen Freiheit"* — ist dann ausgeträumt, eher vielleicht sogar in einem neuen Amerika als in dem infizierten Europa. Er war nur möglich dort, wo man auf einer kulturellen Wüste mit Philosophie beginnen konnte, in Europa schlugen die gesunden Wurzeln immer wieder durch. Aber er könnte sich zu Tode lügen, wenn das Miteinander mehrerer starker Teile der Menschheit in diesen den Willen zum Überleben so stärkt, daß man mit der Gleichheit keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt.

Und was nun den **Giganten** angeht, so kommen wir mit einigen Zahlen. 1990 waren die Vereinigten Staaten erneut das am meisten verschuldete Land der Welt. Es handelte sich um etwa 412 Md. Dollar. Im April 1991 errechnet man für 1991 ein Schrumpfen des Bruttosozialprodukts um 2,8 Prozent. Im vorherigen Quartal errechnete man 1,6 Prozent. Die Inflation ist von 4,7 auf 5,1 Prozent gestiegen. Im September 1990 hatte man einen Haushalt vorgesehen, der sich nach Sparmaßnahmen und erhöhten Einnahmen und Steuererhöhungen durch eine Verringerung des Defizits um 500 Md. Dollar kennzeichnete. Ein Jahr darauf muß das Congressional Budget Office feststellen, *„daß sich die angekündigten Einsparungen nicht nur verflüchtigt, sondern geradezu in ihr Gegenteil verkehrt haben. Die Fehlbeträge haben sich um 283 Md. Dollar vermehrt."* (NZZ). Einen Monat darauf teilt Washington mit, daß das Haushaltsdefizit 268.700 Millionen Dollar für 1991 ausmachen wird. Es ist das höchste Defizit in der amerikanischen Geschichte. Die Nettogewinne der bedeutenderen nordamerikanischen Firmen gingen in den ersten drei Monaten 1991 um 23 Prozent zurück.

Die 2,5 Millionen reichsten Amerikaner haben die gleiche Einnahme wie die 100 Millionen ärmsten Amerikaner. Die Einnahmen von 1 Prozent der Bevölkerung entsprechen den Einnahmen von 40% armer Amerikaner. Die Arbeitslosigkeit wird im November 1991 amtlich mit 8,6 Millionen angegeben (6,8 Prozent der arbeitenden Bevölkerung), doch gehen private Schätzungen auf etwa 16 Millionen ohne Arbeit. Zehn Prozent der Bevölkerung erhalten jetzt Soziallebensmittel aus dem Antihungerprogramm, das seit 1960 läuft. Unter den Industrienationen sind die USA jener Staat, in welchem der Unterschied zwischen arm und reich am größten ist. Ist es Zufall, daß es gleichzeitig bei weitem der Staat mit den meisten Freimaurern ist? Ist das asoziale Mißverhältnis also vielleicht eine Folge von etwas zu viel „Brüderlichkeit"?

Der Fraktionschef der Demokraten im Kongreß, George Mitchell meint: *„Die größte Bedrohung unserer Sicherheit besteht nicht in einem Atomangriff. Die größte Gefahr ist hier bei uns. Sie stammt von der langsamen aber anhaltenden Erosion unserer Wirtschaft."*

Im Jahr 1990 erklärten sich 60.000 US-Firmen für zahlungsunfähig, mit einem Schuldenberg von insgesamt 65 Md. Dollar. 54 Prozent der 570 amerikanischen Großstädet sind mit ihrem Haushalt in den roten Zahlen. 28 US-Staaten sind in der gleichen Lage. Der Verkauf von Autos und Lastkraftwagen ging 1990 um ein Viertel zurück. Die Grundstückspreise fielen 1990 zwischen 20 und 50 Prozent, die Bauindustrie rechnet nationweit mit nur 925.000 Bauten für 1991. Das ist die niedrigste Zahl seit 1946. Wie schon angeschnitten, war die Lage auf dem Banksektor noch nie so schlecht. 300 der größten Banken, unter ihnen Citicorp, Bank of America, Manufacturers Hanover, Chase Manhattan und Bankers Trust sind „in Gefahr". Mehr als 1000 Banken stehen auf der Regierungsliste der

„Einrichtungen mit Problemen". Man vergleicht: Die größte Irische Bank, „Allied Irish" ist heute größer als Chase oder Manufacturers Hanover. Sechzehn der größten europäischen Banken haben heute mehr Aktiven als Citicorp. Die Industrial Bank of Japan ist zehnmal stärker als Citicorp. Fuji und Mitsubishi folgen ihr auf dem Fuß. Chase Manhattan entließ 1990 5000 Angestellte. Jetzt schloß sie ihre Filiale in Buenos Aires. Am 29. Oktober 1991 meldet die International Herald Tribune: *„Die US-Wirtschaft schwimmt in einem Meer von roter Tinte."*

Der erwähnte steile Abfall der Preise im Immobiliengeschäft gilt als einer der Hauptgründe für die schlechte Verfassung der Banken (wie üblich nennt man immer nur zweitrangige Gründe). Als Gegengift gehen sie mehr und mehr zu Fusionen über. Auf der ganzen Welt entstehen so Megafusionen von Banken, die das gewohnte Bild stark verändern. Die bedeutendsten Vorgänge sind:

Chemical Bank - Manufacturers Hanover
Bank of Amerika - S. Pacific
NCNB - Sovrar
Ameritrust - Corp. Society
PNC Marine - FNB Pennsylvania
Dai Icho Kangyo - Banco Jonan
IYO Bank - Toho Sogo
In Spanien Gründung der Corporación Bancaria Española
und der Central e Hispanoamericano

Man rechnet damit, daß bis zum Jahr 2000 ein Viertel der amerikanischen Banken verschwunden ist. Etwa 250.000 Personen werden damit ihren Arbeitsplatz verlieren.

In diesem Zusammenhang sollte man die gigantischen Betrugsfälle und Finanzabenteuer erwähnen, denn die in diesen Fällen veruntreuten und der Gemeinschaft verloren gegangenen Beträge beeinflussen wesentlich den Abwärtsgang der Ereignisse. Es handelt sich dabei um Zahlen, die mit den im Einsatz stehenden Beträgen des Establishments an Größenordnung wetteifern, und die damit zusätzlich das durch „sozialistische" und andere ideologisch begründete Fehlentwicklungen ins Wanken gebrachte Gebäude der Weltwirtschaft gefährden. Die jeweiligen Einzelheiten füllen bereits eine ganze Reihe von Bestsellern.

Rupert Murdoch kam mit seiner „News Corporation" 1990 in Schwierigkeiten. Mit dem Ziel, Steuern zu sparen und die niedrigsten Zinsen zu zahlen. Er baute auf dem Gedanken, immer wieder billiges Geld zu finden. Das gelang auch zunächst, denn die Banken hatten es schnell vergessen, was sie an Fehlern in der Dritten Welt angestellt hatten. Als diese als Kunde ausfiel, waren sie recht leichtfertig hinter neuen Kunden her. Als Murdoch dann nicht mehr zahlen konnte, mußte ein Gebäude aufgebaut werden, das in seiner geographischen Ausdehnung einmalig war. 146 Banken mußten zufriedengestellt werden. Nach vier Monaten weltumspannender Bemühungen wurde eine Schuld von 7,6 Md. Dollar konsolidiert. (Stephen Filder in ‚Financial Times' 4.4.1991).

Den Fall **BCCI** bezeichnet der New Yorker Staatsanwalt Robert Morgenthau als „den größten Bankbetrug in der Finanzgeschichte der Welt". Als Summe der Veruntreuung werden 20 Md. Dollar genannt. Gründer und erster Präsident der Bank war Agha Hasan Abedi. 77 Prozent des Aktienkapitals besaß der Emir von Abu Dhabi. Am 29. Oktober 1991 meint William Safire in der IHT, daß das vermutliche Herz der Bande der Scheich Kamal Adham sei, ehemaliger Chef des saudiarabischen Nachrichtendienstes. Auffällig ist das behutsame und langsame Vorgehen der amerikanischen Justizbehörden. Man spricht von Verbindungen zum Weißen Haus und nennt die Namen Sununu und Ad. Rogers und bezieht in diese Aktivitäten die Gründung des **Arab American Council** am 23. Mai mit ein,

das Hintergrundergebnis des Golfkrieges. Und man nennt die Namen von Richtern und Staatsanwälten, von denen man eine promptere Klärung und Bestrafung der Schuldigen erwarten kann als von Bushs Inspektor Gray. (IHT 29.10.1991). Der Hauptfinancier der Demokraten war gleichzeitig ständiger Rechtsanwalt der Bank BCCI. Die Iran-Contra-Affäre wurde von der CIA über die BCCI abgewickelt. Die US-Senatoren Mitchell und Dole empfingen von der Bank riesige Wahlkampfspenden. Über die Konten der Bank wurden Drogengelder in Milliardenhöhe weiß gewaschen. Die Präsidenten der Zentralbanken von Peru, Jamaica und Nikaragua standen auf der Lohnliste. Die Bank verteilte auch „Kulturpreise", so an Nelson und Winnie Mandela und an Willy Brandt. (Einzelheiten aus „Der Völkerfreund", Wien, Sept. 1991).

In einem gleichen Atemzug mit BCCI wird zur Kennzeichnung der korrupten Situation in den USA die **Drexel-Affäre** und dann der **Salomon-Skandal** erwähnt. Die Wertpapierfirma Salomon Brothers in New York wurde dabei ertappt, mit fingierten Kundenaufträgen bei der Auktion von Staatsanleihen zu manipulieren. Illegale Preisabsprachen stellten die Integrität der amerikanischen Finanzinstrumente in Zweifel.

Am anderen Ende des Kontinents platzte ein Massenbetrug mit Kreditkarten. Ein gewisser **Daniel Klibanoff** hatte Inhaber von Kreditkarten von Visa und Mastercard gegen falsche Versprechungen von Bankkrediten mit weniger als 12 Prozent veranlaßt, ansehnliche Summen zu zahlen. Der Betrug belief sich auf Millionen von Dollar jährlich.

Was im Falle der Banken mit den Fusionen offen als Rettungsanker bezeichnet wird, bekommt international den Anstrich „weltweiter Partnerschaft", in welcher Europa und Japan mit diesen amerikanischen Methoden infiziert werden. Die Täuschung wird zum Inhalt der Gipfeltreffen. Das Abschlußdokument des G 7-Wirtschaftsgipfels in London im Juli 1991 meint: *„Im vergangenen Jahr blieb in einigen unserer Volkswirtschaften das Wachstum hoch, während bei den meisten eine Verlangsamung und bei einigen eine Rezession eingetreten ist. Eine weltweite Rezession ist jedoch vermieden worden . . . Unsere gemeinsamen Ziele sind eine dauerhafte Erholung und Preisstabilität . . . Wir bekennen uns daher zur Durchführung einer Finanz- und Währungspolitik, die bei Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Lage in unseren Ländern die Grundlage für niedrigere reale Zinssätze schafft. Wir sind bestrebt, eine auf gemeinsame Werte gegründete weltweite Partnerschaft aufzubauen und die Weltordnung zu stärken . . . Viele Entwicklungsländer, besonders die ärmsten, benötigen finanzielle und technische Hilfe zur Stützung ihrer eigenen Entwicklungsbemühungen. Zusätzliche Hilfsanstrengungen sind erforderlich . . . Wir sind uns darin einig, daß einzelfallbezogene zusätzliche Schuldenerleichterungsmaßnahmen für diese Länder notwendig sind, die weit über die bereits nach Maßgabe der Toronto-Bedingungen gewährte Erleichterung hinausgehen."* (G 7).

Wir haben uns bereits früher sehr ausführlich mit dem kranken, ja tödlichen Konzept der Entwicklungshilfe befaßt (unter diesem Stichwort in V, VI, VII, VIII und IX) und die Entwicklungshilfe als eines der Grundfehler unserer Wirtschaftsentwicklung bezeichnen müssen. Nach einem Bericht der Weltbank stiegen die Zinssätze sogar von minus acht im Jahre 1979 auf plus 21 im Jahre 1981. 1982 war man dann überrascht, daß die Schuldner nicht mehr zahlen konnten (und ihnen das viele Geld auch nicht geholfen hatte). Damals begann die Schuldenkrise.

„Die Wahrheit ist, daß keine Weiterentwicklung stattgefunden hat. Nicht ein einziges Land der Dritten Welt hat auch nur einen Anfang damit gemacht, aus der Armut herauszukommen. In Wirklichkeit sind sie alle schlechter dran als vorher. Unsere Milliarden haben die wirtschaftliche Stagnation einer zur Dauereinrichtung gewordenen Dritten Welt ergeben. Bei uns aber fehlte das weggegebene Kapital, um aufzubauen. Und diese internationale Wirtschaftsordnung ist die Einleitung zur Weltregierung." (The New American).

Zu der kritischen Lage in den Industriestaaten summiert sich so die steigende Armut in der Dritten Welt. Und an der längst als falsch erkannten weltwirtschaftlichen Praxis wird nichts geändert, weder zuhause noch in Afrika und Asien. Die Kette, an die wir alle in internationaler Partnerschaft gebunden sind, hat ihre Glieder: Die „Elite", die uns führen darf, besteht aus ausgesuchten charakterlichen Nullen, aus schwachen Charakteren. Sie fallen auf Blendworte herein und versperren dem gesunden Menschenverstand den Zugang zu den Kommandobrücken. Alle Opposition wird sofort als unheilig und böse philosophisch eingeordnet, mißgedeutet, verleumdet und ihr Maßstäbe angelegt, die einen Dialog verhindern. Belastet wird das alles durch ein konvenientes machtpolitisches Bild, in dem eine Weltorganisation aufgebaut wird, die mit brutalster Waffengewalt in drei Weltkriegen geschaffen wurde. Man spricht von Pluralismus, versteht aber darunter das Auftreten verschiedener Sprecher ein und derselben Meinungsdiktatur. Daß diese Lage in den USA vorgezeichnet und von dort aus angewandt wird, ist folgenschwer für die ganze Menschheit.

„75% aller Amerikaner können den Persischen Golf auf der Landkarte nicht finden, 61% können Massachusetts nicht finden. Die amerikanischen High-Schools stellen jährlich 700.000 ‚funktionelle Analphabeten' (die zwar einzelne Buchstaben lesen und ihren Namen schreiben, aber nicht einen Satz mittlerer Länge lesen oder schreiben können) das Reifezeugnis aus. In den USA gibt es 350 Magazine für Kinder-Pornografie und 15.000 bis 20.000 Buchhandlungen ‚für Erwachsene'."

„Die amerikanische Kultur hat auch für die Verbreitung derjenigen Krankheit gesorgt, deren Heilung sie zu sein vorgibt: der Psychoanalyse. Jeder Amerikaner, der auf sich hält, hat sein ‚Sexlife' und seinen Psychiater." (Regine Fellmer/Patrick Foltin in „Fraktur")

„Mit mehr als 1 Million Gefängnisinsassen haben die USA von allen Ländern den höchsten Prozentsatz der Bevölkerung hinter Gittern. Von 100.000 US-Amerikanern sind 426 hinter Schloß und Riegel. Vor zehn Jahren lagen die Sowjetunion und Südafrika noch weit vorne. Südafrika sperrt heute etwa viermal weniger Schwarze ein wie die USA." (Christopher Peregrene in „Junge Freiheit") Es ist darum nicht erstaunlich, wenn 27% der Befragten der Meinung in den USA sind, daß das Capitol seine gesetzgeberischen Pflichten nicht angemessen erfüllt. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1991 wurden in New York 1300 Menschen ermordet, das sind 24% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1990. Man wird eine Rekordzahl von mehr als 2000 Morden in diesem Jahr erreichen.

Entsprechend ist auch das Bild, das uns dieser Staat bei seiner zwischenstaatlichen Betätigung bietet. Von sich selbst sagen die Amerikaner: *„Die Golf-Krise ist ein Probefall für eine zukünftige Welt, in der die USA die Hauptrolle des Weltpolizisten mit der von den UN übertragenen Verantwortung über die kollektive Sicherheit spielt. Während sich diese Neue Weltordnung entwickelt, werden die US-Alliierten, die keinen militärischen Beitrag leisten, für ihren Anteil an den entstehenden Kosten sozusagen besteuert. Zieht man aber die amerikanische Machtstellung in Betracht, dann gibt es keinen Zweifel darüber, daß es die USA sein werden, welche die Regeln bestimmen, die Richtlinien der UN setzen und die alleine darüber urteilen werden, was als eine Gefahr für den Frieden zu betrachten ist. Sehr gut für uns! Bushs bisherige Politik in der Golf-Krise war ein klarer Ausdruck dieser Neuen Weltordnung, die nichts anderes ist als eine erwünschte* **Pax Americana.** (John O'Sullivan in „National Review". Im Amerika Brief).

„Washington sieht das neue Verhältnis mit Deutschland und Japan etwa so, indem diese beiden Nationen der amerikanischen Führung überall dorthin und zu jeder Zeit Folge zu leisten haben, solange Washington glaubt, daß die (amerikanische) Weltordnung in Gefahr ist. Die US-Regierung rechnet damit, daß sie es ist, die bestimmt, wann und wie militärische Macht gebraucht wird und welche Strategie man anwendet, und außerdem will sie

auch später die Friedensbestimmungen diktieren. Es wird die Rolle unserer Alliierten sein, auf unseren Befehl hin zu bluten und zu zahlen. Allerdings ist es noch zweifelhaft, ob sie sich freiwillig in diese Rolle einfügen. " (Walter R. Mead vom ,World Policy Institute' in The New York Times. Wiedergegeben von Hans Schmidt).

Solchen Tönen widerspricht man vielfach. Sicher, *„der Präsident hat wahrscheinlich recht, wenn er sagt, daß Amerika das Vietnam-Trauma nun endgültig überwunden hat. Der Glaube der Amerikaner an die eigene Leistungsfähigkeit hat bedeutenden Auftrieb erhalten"* (Christoph Mühlemann in NZZ). Doch *„die Frage ist heute, welche Rolle spielt das Geld tatsächlich für die Neue Weltordnung? Die Vereinigten Staaten wollen die Welt neu organisieren. Doch ihre finanzielle Lage macht einen neuen Marshallplan undenkbar. Wird also die militärische Macht eingesetzt werden wie im Golfkrieg?"* (Abel Dimant im Af).

Schon ein halbes Jahr nach dem Ende des Krieges *„stößt sich der amerikanische Führungsspruch in der Weltwirtschaft zunehmend an den ökonomischen Realitäten. Washington ist in den meisten Fällen nach wie vor in der Lage, seine Wünsche durchzusetzen. Dabei ist es aber mehr und mehr auf Koalitionen angewiesen, was wiederum die pflegliche Behandlung der Alliierten und nicht zuletzt Ordnung im eigenen Haus voraussetzt."* (Daniel Hofmann in der NZZ).

Ende September tut Bush einen Schritt, der einen dramatischen Wechsel in der nordamerikanischen Außenpolitik darstellt. „Weltstaatsmännische Visionen" unterstellt man lobend George Bush. Gemeint ist die einseitige Zurücknahme aller taktischen Atomwaffen der USA aus Westeuropa und Asien, sowie aller Raketen mit atomaren Sprengköpfen an Bord von Kriegsschiffen und U-Booten. Verbunden war es mit einem Aufruf an Gorbatschow, das gleiche zu tun. Das war Ende September 1991.

Drei Wochen darauf aber muß Washington sich in schärfster Form gegen die deutsch-französischen Pläne der Schaffung eines europäischen Heeres wenden. *„Die Rolle der NATO darf auf keinen Fall untergraben werden. Wir haben nichts dagegen, daß eine solche Truppe geschaffen wird, doch wenn sie sich in NATO-Belange einmischt, gibt es Probleme!"*

Bei der G 7 im Mai in Washington wurde dann klar, daß die USA mit ihren Forderungen Rücksichten nehmen mußten auf ihre Verbündeten. Die großartige Rederei von den *„USA als dem Staat mit dem größten moralischen Ansehen"* hatte der Realität Platz gemacht. Die amerikanischen Forderungen nach Beseitigung des weltweiten Kapitalmangels (der nach ihren Augen ihren Wiederaufbau hemmt) und nach einem Anheizen des Wachstums der Industrienationen, am besten gleich mit Hilfe einer realen Zinssenkung in Deutschland, dem Staat, der für den weltweiten Kapitalmangel verantwortlich sei, konnten nicht durchgesetzt werden. Die USA hatten alle wirtschaftspolitischen Argumente gegen sich. Aber nicht nur das. Schon bei der langen Leitung, mit der Bush sich für eine Kurdenhilfe endlich aussprach (wir kommen im nächsten Kapitel darauf zurück) und das Bekanntwerden der asozialen, reaktionären Verhältnisse im soeben befreiten Kuwait kam die Prahlerei mit der Moral ins Licht der Lächerlichkeit. Es ist aber dann vor allem die Stellungnahme im Jugoslawienkonflikt kein gutes Aushängeschild für die Neue Weltordnung. Daß es wochenlanger, schwierigster zäher Verhandlungen bedurfte, um den Eritreern ihre Unabhängigkeit zuzugestehen, paßt in das gleiche Bild. Wo es zu befriedigenden Lösungen am Ende kommt, geschieht es unter dem Zwang der Weltlage, keineswegs aus der inneren Abkehr von den reaktionären Weltplänen.

Eine ähnliche Haltung nehmen die USA immer wieder ein. Mit vierzehntägiger Verspätung unterzeichnen die USA im Juli den Vertrag zum Schutz der **Antarktis**, der den Abbau von Bodenschätzen am Südpol verbieten soll.

Ein weiteres Beispiel für die schwierige Bekämpfung des inneren Schweinehundes am

Potomac ist die Haltung **Kuba** gegenüber. Castro bekennt sich trotz Wegfall der russischen Unterstützung weiterhin zum Kommunismus. In einer fünfstündigen Ansprache sagt er am 11. Oktober 1991: *„Unsere große geschichtliche Verpflichtung ist der Kampf für unsere Ideen und für alle ausgebeuteten, unterjochten und hungrigen Völker der Erde. Das sind nicht nur Ideen, das ist unser Schicksal, unsere Unabhängigkeit, unsere Revolution. Bis zum letzten Winkel unseres Landes werden wir die gerechtesten Gedanken der Menschheit verteidigen.“*

Die Präsidenten von Mexiko, Venezuela und Kolumbien halten in Mexiko am 23. Oktober 1991 einen Kongreß zusammen mit Fidel Castro ab, in welchem sie das Ende des Wirtschaftsboykotts und den Rückzug aller ausländischen Truppen von der Insel fordern. Dieser Vorstoß wurde sofort von den Vereinigten Staaten energisch zurückgewiesen. *„Weder wir noch die Kubaner glauben, daß eine Vermittlerrolle notwendig ist.“*

In New York wird man sehr nervös, als Kuba mit dem Vorschlag einer Abstimmung in der Generalversammlung kommt, die zu der Frage Stellung nehmen soll, ob das Wirtschaftsembargo der Vereinigten Staaten gegen Kuba angemessen ist. Sollte es zu der Abstimmung kommen, rechnet man mit einem großen Anteil an Stimmenthaltungen, nur Argentinien dürfte für die USA stimmen. Das ganze ist nichts anderes als ein weiteres Kapitel „guter“ Nachbarschaft der USA in der Karibik. Und schon steigt eine weitere dunkle Wolke am Horizont empor: Libyen wird von den USA bedroht.

Nahostkonferenz

Das übernationale Ziel der Vereinten Nationen, das Nahostproblem in einer **Nahostkonferenz** aller beteiligten Staaten zu lösen (siehe unsere Anmerkung Nr. 37), kommt erst wieder nach dem Waffenstillstand am Golf zur Sprache. Der Außenminister der Vereinigten Staaten, James Baker, übernimt es, in zahlreichen persönlichen Verhandlungen mit den vorgesehenen Konferenzteilnehmern, insbesondere gegen die widerspenstige Haltung Israels eine solche Konferenz zustande zu bringen. In dem Augenblick, da endlich alle notwendigen Teilnehmer einer Konferenz in Madrid Ende Oktober zustimmen, unterscheiden sich die Standpunkte derselben erheblich:

Israel will, daß die Friedenskonferenz nicht mehr wird als eine Art Eröffnungszeremonie zu den folgenden bilateralen Verhandlungen mit seinen arabischen Gegnern. Es hofft, Friedensverträge mit Syrien, Jordanien und dem Libanon abschließen zu können, in denen diese Staaten Israel ein Existenzrecht anerkennen. Es lehnt die Forderungen der UNO und der USA ab, die 1967 besetzten Gebiet wieder herzugeben. Es ist aber bereit, den palästinensischen Bewohnern von Cisjordanien und dem Gazastreifen eine provisorische Autonomie zu gewähren, schließt eine solche jedoch aus für das von ihm besetzte Ost-Jerusalem.

Die Palästinenser wollen den Aufstand der Intifada abschließen mit der Schaffung eines souveränen Staates, der Cisjordanien und Gazastreifen umfaßt und dessen Hauptstadt Ostjerusalem ist. Sie sind mit einer maximal fünf Jahre dauernden Selbstregierung einverstanden, nachdem die israelische Besetzung, die bereits 24 Jahre anhält, beendet wird. Sie wollen die Rückkehr von 2,5 Millionen Palästinensern möglich machen, die seit 1948 aus ihrer Heimat flüchteten. Sie erwarten die Freilassung von 10.000 Gefangenen, den Rückzug der israelischen Truppen aus den Straßen ihrer Städte, die Beendigung von Hausdurchsuchungen aus steuerrechtlichen Gründen und Freizügigkeit.

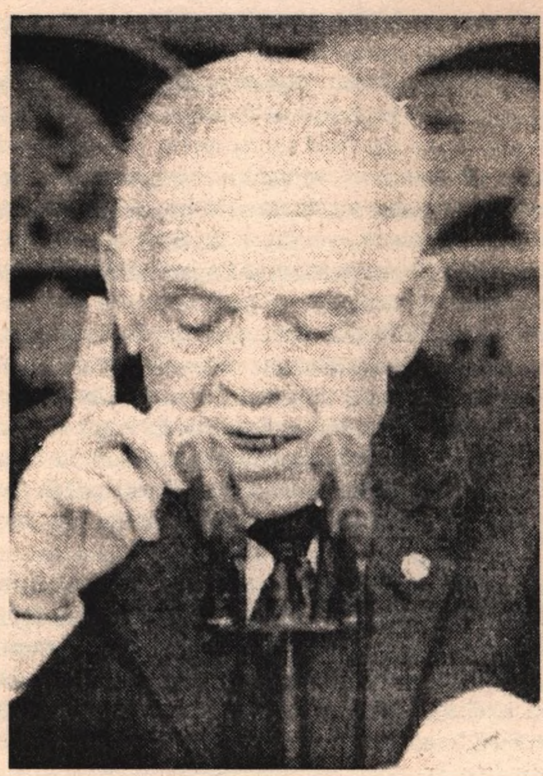
Syrien wünscht, daß Israel sich aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückzieht, darunter die Golanhöhen und Ostjerusalem. Eine Solche Rückgabe muß verbunden sein mit der Lösung des palästinensischen Problems. Es verlangt den israelischen Rückzug aus dem Süden des Libanon, wobei mit dem Libanon vereinbar wurde, daß dieses Problem unabhängig von dem palästinensischen behandelt werden soll.

Jordanien tritt zusammen mit der palästinensischen Delegation auf. Es fordert die Evakuierung aller von Israel besetzten Gebiete und daß Israel die Besiedlung dieser Gebiete beendet.

Der Libanon wünscht die Wiederherstellung seiner Souveränität im gesamten Staatsgebiet. Es wünscht den Abzug der israelischen Soldaten aus der 15 km breiten Sicherheitszone im Süden des Libanon, die seit 1985 besteht. Es verpflichtet sich, unmittelbar nach einem solchen Abzug das Gebiet militärisch zu besetzen, um Terrorangriffe gegen Israel zu verhindern.

Eine Sensation von geschichtlichen Ausmaßen stellt dann die Rede **Yitzhak Shamirs** in Madrid dar. Mit keinem einzigen Wort berührte er die von Israel besetzten Gebiete, die in Cisjordanien lebenden jüdischen Siedler, das Thema Jerusalem. Mit einem Hinweis auf die leidvolle Geschichte der Juden stellte er sich vor als politischer Erbe von Zeev Jabotinsky, dem Begründer des militanten Zionismus. Für ihn ist Israel mehr als ein gewöhnlicher

Shamir:



Mit Jahwe und Zeigefinger

Staat. Der militante Zionismus schöpft seine Kraft aus dem geistigen Zionismus eines Ascher Ginsberg, der unter dem nom de guerre Achad Haam, ‚einer, aus dem Volke‘, schrieb. In der „Jüdischen Enzyklopädie“, die 1913 in russischer Sprache in Petersburg erschien, heißt es über ihn: *„Nach Achad Haam besteht die Mission des jüdischen Volkes darin, ein Übervolk zu werden, das Volk der Propheten, das in sich von Geschlecht zu Geschlecht den allerhöchsten Typ der Sittlichkeit verkörpert uznd getreuester Träger der allerschwierigsten sittlichen Verpflichtung ist, ohne jede Überlegung, ob es damit den Menschen Schaden oder Vorteil bringt, sondern ausschließlich nur im Namen der Existenz dieses höchsten Typus.“* In seiner, später auf hebräisch erschienen Schrift „Am Scheideweg“ stellt er *„das allen Juden selbstverständliche Axiom auf, wonach es auf der Schöpfungsleiter Stufen gebe, nämlich Mineralien, Pflanzen, Tiere, Menschen und zu oberst Juden.“* (Dazu I, 147).

„Die zionistische Propaganda, die eine Lösung des Judenproblems in der Zusammenfassung des gesamten in der Diaspora lebenden Judentums in einem nationalen Territorium erhoffen ließ, lockte seit Beginn des I. Weltkrieges zahlreiche Vertreter vor allem des Ostjudentums nach London, wo sie ihre Ansprüche auf das verheißene Jordanland für die nach dem englischen Sieg über die Türkei vorzunehmende Aufteilung des türkischen Gebietes anmeldeten. Der Betriebsamste unter ihnen war der aus Odessa stammende Londoner Korrespondent der ‚Russkija Wiedomosti‘, Wladmir Jabotinsky.“ (Kirchner S. 658).

Jabotinsky nun war es, dessen Auffassungen durch seinen Schüler Menachem Begin 1977, als dieser israelischer Ministerpräsident wurde, zum Leitfaden der israelischen Politik wurden. *„Ein Großisrael wie in biblischen Zeiten“*, hieß das Ziel. Kompromisse mit den Arabern kamen gar nicht in Frage. Auf lange Sicht, wenn die Juden sich unbeugsam zeigten, würden die Araber einen jüdischen Staat in Palästina anerkennen, weil sie dann gar keine andere Möglichkeit hätten.

Das beachtlichste an der Rede Shamirs nun ist also, daß Denkkategorien in die internationale Politik eingeführt werden sollen, die nach dem bekannten Konzept einer Neuen Weltordnung darin überhaupt nichts zu suchen haben, die von den Tempelbauern auf das schärfste verworfen werden. *„In der Neuen Weltordnung ist die Mentalität, die Shamir von einem Großisrael tönen läßt, unannehmbar.“* (Arafat). Die politische Sensation besteht darin, daß 1991 diese biblische Sicht eines jüdischen Staatspräsidenten nicht mehr auf den Widerstand stößt, auf die noch während des I. Weltkrieges derartige Meinungen gerade auch im plutokratischen angelsächsischen und französischen Judentum stießen. Mit der Anerkennung der Berechtigung, sich auf Jahwe berufen zu dürfen, bekommt die Neue Weltordnung, wie sie von Washington propagiert wird, über Nacht ein sehr menschliches Aussehen. Von der Alleinherrschaft eiskalter philosophischer Gedankengebäude ist nicht mehr die Rede. Jedenfalls nicht mehr dann, wenn dahinter unbeugsamer Opferwille eines Volkes steht.

Das gilt auch dann, wenn wir nicht übersehen, daß den Kapitalisten jenseits des Atlantik und der dortigen jüdischen Lobby der Vortrag mit der Erwähnung des „Nazi-Holocausts“ schmackhaft und begründet wurde, wenn man das israelische Verhalten als bitter notwendige Folge unmenschlicher Verfolgungen sehen soll, die sich jeden Tag wieder irgendwo wiederholen könnten.

Die Kurden

Zu den Hauptbestimmungen des Vertrages von Sèvres, der zwischen den Alliierten und der Türkei am 10. August 1920 unterzeichnet wurde, gehört die Verpflichtung: Kurdistan soll Autonomie erhalten und seine Ostgrenze soll zugunsten Persiens berichtigt werden. Diese Forderung wurde niemals verwirklicht. Die Kurden blieben ohne Staat und selbst ohne Autonomie. Sie wurden (und sind) so das größte Volk der Welt ohne Staat und ohne Minderheitenrecht in den vier Ländern in denen sie leben: Zwölf Millionen in der Türkei, fünf Millionen im Iran, fast eine Million in Syrien und — die kürzlichen Verluste nicht gerechnet — vier Millionen im Irak.

In allen vier Staaten werden sie unterdrückt, verweigert man ihnen irgendwelche Minderheitenrechte. Am ausgeprägtesten ist dieser Volksterror gegen die Kurden in der Türkei, wo die kurdische Sprache verboten ist. Sie darf nicht gelehrt werden und es darf auch nicht kurdisch geschrieben werden. Die „Kurden" heißen „Bergtürken". Zusätzlich wird in allen vier Staaten eine Politik der Unterentwicklung und Arbeitslosigkeit betrieben. Kurden müssen sich zu den primitivsten Arbeiten in den Städten der Mehrheitsvölker verdingen. Akademische Berufe gibt es darum bei ihnen nicht. Es ist verständlich, daß darum immer, wenn die jeweiligen Zentralbehörden aus irgendwelchen Gründen in Schwierigkeiten gerieten, die Hoffnung auf eine Besserung dieser Lage zunahm und es zu Aufständen kam. Vielfach mußte man dann erleben, daß sich die Herrenvölker über die Grenzen hin-



weg im gemeinsamen Kampf gegen die Kurden unterstützten. Auch kam es nicht selten vor daß man Kurden unter Zukunftsversprechungen in Kriegshandlungen gegen einen Nachbarn einsetzte, so insbesondere zwischen Iran und Irak. In der Türkei verzeichnet man drei große Kurdenaufstände, 1925, 1930 und 1937. Hunderttausende von Kurden wurden nach deren Niederschlagung in türkische Siedlungsgebiete deportiert. Seit 1984 besteht ein latenter Guerillakrieg, den die Türkei trotz Einsatzes von ganzen Armeen nicht ersticken konnte. Im Iran kam es zwischen 1920 und 1930 zu mehreren Aufständen im Widerstand gegen die Zentralisierungspläne des Schahs. Kurzfristig errichteten die Kurden in Mahabad nach dem II. Weltkrieg einen eigenen Teilstaat mit sowjetischer Hilfe. Die iranische Armee zerschlug diesen Ende 1946. 1979 erhoben sich die Kurden des Iran gegen Khomeini, da dieser eine versprochene Autonomie versagte. Die Erhebung wurde sehr blutig niedergeschlagen. In Syrien endeten ähnliche Befreiungsversuche damit, daß die Anführer fliehen mußten oder ins Gefängnis geworfen wurden. Im Irak kam es zu den meisten Kurdenaufständen. In der Welt fand Beachtung der Aufstand unter Mustafa Barzani 1958. Von dauerndem Kriegszustand kann man für die Zeit zwischen 1961 und 1975 sprechen, denn Bagdad hielt sich niemals an Waffenstillstände. In dem von den Westmächten entfachten und geschürten Krieg zwischen Iran und Irak von 1980 bis 1988 kam es auf beiden Seiten zu kurdischen Aufständen, jeweils vom Nachbarstaat aus gefördert. Bei den jeweiligen Zentralbehörden galten sie daher als Verräter. Im März 1988 rächte sich Saddam Hussein an ihnen, indem er Giftgas auf das kurdische Städtchen Halabje und umgebende Dörfer abwerfen ließ. Einige Monate später wurde der kurdische Aufstand durch weitere Giftgasabwürfe über ihren Dörfern erstickt.

Es ist verständlich, daß die seitdem bei den Kurden herrschende Empörung sofort nach dem militärischen Zusammenbruch Saddam Husseins im März 1991 zu einer neuen Erhebung führte. Angeheizt wurde so von dem amerikanischen Präsidenten Bush mit den bekannten Worten: *„rise up and throw the tyrant out.“* (Erhebt euch und jagt den Tyrannen davon!)

Es gelang erstmalig in diesem Aufstand, bis in die Städte Suleimanije, Erbil, Kirkuk und Dohuk vorzustoßen, wo die Kurden überall als Befreier begrüßt wurden. Doch konnten diese Stellungen gegen die gutbewaffente Armee Saddam Husseins mit ihren Panzern und Helikoptern nicht gehalten werden. Die Folge war eine Flucht, die die ganze Zivilbevölkerung umfaßte. Der Führer der Kurden, Massud Barzani teilte der Welt mit, daß sich drei Millionen Zivilisten auf der Flucht befanden! Sicher hatten die Kurden hier wie bei allen früheren Aufständen die Menschenrechte auf ihrer Seite. Doch das hat auch diesmal nicht genügt. Es half auch nicht, daß man dem amerikanischen Präsidenten in den Zeitungen seines Landes in aller Schärfe vorwarf, die Kurden zum Aufstand angespornt zu haben, um sie dann schutzlos wieder fallen zu lassen. Einen beachtenswerteren Kommentar liest man am 3. April 1990 in der NZZ (78): *„Die Zentralregierungen stellten den Kurden regelmäßig Recht und Macht der Staaten entgegen. Zur Macht der Staaten gehören ihre Geldquellen und ihre zentralen Armeen, für welche sie immer tödlichere und raffiniertere Waffen im Ausland erstehen. Die Staaten pflegen internationale Unterstütung im Rahmen der UNO zu erhalten. Manche UNO-Mitglieder sorgen sich um die Stabilität der ganzen Region, falls hier Grenzen verschoben würden. So treten zur Zeit die Vereinigten Staaten und die arabische Welt gegen eine — vielleicht zu Unrecht befürchtete — ‚Libanisierung‘ des Iraks ein. Das geht natürlich auf Kosten der Kurden.“*

Der soeben zitierte Satz enthält einen grundsätzlichen Lehrsatz für heutige Historiker und Diplomaten. Er ist anwendbar auf sämtliche Kontinente. Man darf ihn getrost noch mit einigen weiteren Gedanken fortsetzen, ohne diesen Rahmen einzuschränken: Die Niederschlagung freiheitswilliger Völker führt aber in keinem Falle zu dem gewünschten Frie-

den. Daß sie trotzdem immer wieder und mit immer grausameren Mitteln versucht wird, hängt damit zusammen, daß sich zwei Gedankenkomplexe anfeuernd dahinterstellen. Einerseits der soeben genannte Wille zur Stabilisierung der Weltlage. Sodann aber auch die allen Vernunftsüberlegungen unerreichbare Meinung, daß es bei einem Abschneiden aller Bindungen mit der Vergangenheit gelingen wird, eine Gattung Mensch zu schaffen, die sich nur noch um Fressen und Saufen kümmert, aber keine völkischen oder religiösen Verpflichtungen mehr sieht. Wir werden diesem mörderischen Gedankenpaar noch mehrfach begegnen. Nicht nur Bush ist hier als apokalyptischer Reiter zu nennen. Der derzeitige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher spielt eine genauso ausgeprägte zerstörerische Rolle auf unserer Weltbühne. Wir werden es nicht übersehen, wenn wir ihn zitieren müssen.

Die Vereinten Nationen haben immer dem **Selbstbestimmungsrecht der Völker** einen sehr zweitrangigen Platz eingeräumt. Erwähnt wird es in der Charta in Art. 1, Absatz 2, aber nur ganz allgemein bei der Aufzählung der Ziele und Grundsätze. Wir mußten bereits auf die schreiende Ungerechtigkeit hinweisen, die diese Einstellung bei dem Weltkriege gegen die Ibos (79) und gegen Katanga (80) hervorrief. Immer wieder wird betont, *„daß da die meisten Grenzen in Afrika und Asien auf die Stammes- und Volkszugehörigkeit der Bewohner keine Rücksicht nehmen, die konsequente Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts so gut wie alle Staaten zur Disposition stellen würde . . . Max Huber, der Präsident des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, sprach 1921 in einem berühmten Gutachten den finnischen, überwiegend von Schweden bewohnten Aland-Inseln das Recht ab, sich mit Schweden zu vereinen: ‚Das positive Völkerrecht erkennt Teilen des Staatsvolkes nicht das Recht zu, sich durch einen einfachen Willensakt von dem Staat zu trennen, dem sie angehören, und ebensowenig gibt das Völkerrecht anderen Staaten das Recht, eine solche Trennung zu verlangen.' Die Aland-Inseln gehören heute noch zu Finnland."* (81).

Es liegt auf der Hand, diesem dilettanten und grausamen außenpolitischen Konzept die Erfahrungen tausendjähriger Geschichte bis hin in unsere Tage entgegenzustellen und für einen anderen Weg in die Zukunft zu plädieren: Herstellung staatlicher Organisation, auf der mittleren Weltebene mit Grenzen, die den völkischen Gegebenheiten entsprechen. Und dann als nächstem Schritt erst ein Festschreiben der Grenzen zu garantieren. Das größte Manko an dem Konzept der Zeigefingerhelden auf allen internationalen Konferenzen besteht darin, daß die derzeitigen Grenzen in vielen Fällen ungerecht sind und zur Unterdrückung von Millionen und Abermillionen von Menschen bei der Ausübung ihrer Lebensformen dienen. Die Welt wird bei dem derzeitigen diplomatischen Arbeitsplan für alle diese Menschen zu einem Gefängnis!

Wenn schon der amerikanische Präsident stolz darauf ist, daß *„nur die Vereinigten Staaten die Macht haben, um eine gerechte Welt aufzubauen, Aggressionen zu verhindern und Überfallenen zu Hilfe zu eilen"*, so wird damit eingestanden, daß das letzte Mittel für eine Berichtigung der Grenzen, eine schlagkräftige Armee, tatsächlich existiert. Der Golfkrieg hat gezeigt, daß es daran nicht fehlt. Und er hat gezeigt, daß die Kosten an Menschenleben sehr niedrig gehalten werden können. Satanische Übertreibungen wie sie der Bombenkrieg darstellt, dürften sich vermeiden lassen. So liegt darum vor der Menschheit in der Tat heute die Möglichkeit zu einem friedlichen Nebeneinander. Es kann erreicht werden, wenn den Völkern die Hauptrolle zugesprochen wird bei der Zusammensetzung der Weltgremien und wenn die Völker in die Lage versetzt werden, ohne Zwang Stellung zu nehmen. Dazu ist eine vollständige Abkehr von der Saekularisierung der Welt notwendig und eine Wiederaufwertung alles dessen, was dem Menschen Würde verleiht. Je eher man diese Kehrtwendung vornimmt, um so eher sind auch Dinge wie Naturzerstörung und Umweltverschmutzung und Drogensucht und Kriminalität und Seuchenausbreitung mit

Erfolg bekämpfbar. Diesen Weltgefahren mit Geld zu Leibe zu rücken, kann niemals zum Ziele führen.

Es war im April, als drei Millionen Menschen in Kurdistan mit ihren letzten Hilfsmitteln in die Berge flüchteten. Noch lag Schnee. *„Auf beiden Seiten der meisten Straßen hatte die Regierung 1988 bis 1990 Minen gelegt, die oft nur 20 cm voneinander entfernt liegen. Sie sollten dazu dienen, den Kurden die Bestellung ihrer Hochtäler oder gar die Rückkehr in diese Gebiete unmöglich oder so verlustreich wie möglich zu machen. Die weitaus am meisten gefürchtete Waffe der irakischen Armee sind die Helikopter. Sie werden zur Ausrottung der Bevölkerung ganzer Dörfer eingesetzt. Manchmal drehen sie sich stundenlang über den Siedlungen und schießen auf alles, was sich bewegt. Die Kurden sprechen von einem Vernichtungskrieg, der gegen ihr Volk geführt wird. Sie erklären unter anderem, die Regierungstruppen hätten im Dorf Kara Hinjira 400 Frauen und Kinder kaltblütig ermordet, nachdem sie sich der Ortschaft, die 12 km ostwärts von Kirkuk liegt, bemächtigt hätten."* (82)

„Unter den Kurden in der **Türkei** *herrscht die Überzeugung vor, daß die USA aus Angst vor einem Machtvakuum nach einem Sturz Saddam Husseins oder gar einer Zerstückelung des Irak den Herrscher Bagdads gegen die Aufständischen gewähren lasse — Die Kurden wären damit einmal mehr Opfer einer auferlegten ‚Friedensordnung', in der ihr Volk keinen Platz hat."* (83).

Die Sprecherin des amerikanischen Auswärtigen Amts, Margaret Tutwiler, bestätigt diesen Eindruck. Sie erklärt (84): *„Wir wollen den Irak nicht zerstückeln. Wir haben hunderttausendmal erklärt, daß es am irakischen Volk liegt, über die künftige Führung des*



Späte Fürsorge

Landes zu entscheiden; das ist nicht die Aufgabe von Außenstehenden. Amerikanische Leben würden gefährdet, wenn die Vereinigten Staaten sich einschalten in etwas, das nie ein ausgesprochenes Ziel war, weder militärisch noch politisch, nämlich die irakische Führung irgendwie zu ändern. Ich würde auch sagen, daß wir seit über acht Monaten bei der Verfolgung unserer Politik vollkommen konsequent waren und uns an unser Mandat gehalten haben. Nichts hat sich geändert."

Es war also niemals ein ausgesprochenes Ziel der Neuen Weltordnung, dem Volk der Kurden zu helfen, einen Staat zu schaffen.

Etwas anders ist die Haltung **Frankreichs**. Am 2. April fordert Mitterand den Sicherheitsrat auf, die Repression im Irak gegen die Kurden zu verurteilen. Einen Tag zuvor hatte das französische Außenministerium vom Sicherheitsrat und von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar Maßnahmen gegen die Massaker an Kurden und Schiiten verlangt. *„Mitterand erklärte im Ministerrat, daß die politische und moralische Autorität der UNO schwer angeschlagen wäre, wenn eine solche Verurteilung ausbliebe. Mitterand forderte auch die Aufrechterhaltung des Embargos gegen den Irak, solange die Repression weitergehe, sowie eine Nahrungs- und Medikamentenhilfe für die betroffene Bevölkerung, namentlich die Kurden. Sein Außenminister Dumas teilte mit, daß Frankreich bereits solche Hilfelieferungen über benachbarte Länder ins irakische Kurdistan organisiert habe. Frankreich sei allerdings gegen eine kurdische Sezession und betont deshalb, daß die irakischen Kurden lediglich mehr Autonomie für sich selbst und die Demokratie für den Irak verlangten. Dumas trat Vorbehalten und Sicherheitsratsmitgliedern entgegen, die davon ausgingen, daß im Irak ein interner Bürgerkrieg im Gang sei, in den sich die UNO gemäß ihrer Charta nicht einmischen könne. Er vertrat die Ansicht, daß es hier nicht um eine Rechtsfrage, sondern um das Überleben eines Volkes gehe."* (85).

Die Neue Zürcher Zeitung erinnert sodann (soweit wir wissen,. als einzige deutschsprachige Zeitung!) an die von uns eingangs zu diesem Kapitel genannte Zusage im Vertrag von Sèvres: *„Frankreich hat eine kleine historische Mitschuld am Kurdenproblem, nachdem es im britischen Windschatten die im Abkommen von Sèvres 1920 zugesicherte Gründung eines kurdischen Staates wieder vergaß."* Es ist eine der sehr seltenen Stellen, in welchen auf die anerkannte Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Staatensystems und darum dessen Ungeeignetheit, als Grundlage einer Weltordnung dienen zu können, hingewiesen wird.

Die Flüchtlingsmassen stauten sich an dem Länderdreieck Iran-Türkei-Irak. Viele überleben nicht die Strapazen und die Kälte. *„Es ist ein erschütterndes Bild der Hoffnungslosigkeit. Kinder saßen regungslos unter nassen Decken, eine Mutter wiegte noch ihr totes Kleinkind in den Armen. Einige Männer standen herum und versuchten ihre Hilflosigkeit zu verbergen. Es regnet fast pausenlos, doch hatten nur die wenigsten ein Stück Plastik zum Schutz. Die meisten stammen aus der nordirakischen Stadt Zakho. Der massive Einsatz von Napalm- und Phosphorbomben hatte sie in die Flucht getrieben. Ältere Leute und Kinder, die nicht mehr weiter konnten, sind auf der Strecke geblieben. Bei jedem Dorf sind neue flüchtende Menschen zum Zug gestoßen. Die meisten Leute haben seit drei Tagen nichts zu essen . . . Die einheimische Bevölkerung Südostanatoliens (Türkei) versucht, ein wenig Hilfe zu gewähren. Allerdings erreicht nur ein Teil dieser Güter die Bedürftigen, und dies erst nach einiger Verzögerung. Verschiedene Quellen berichten, die türkische Armee habe die Versorgung der Flüchtlinge verhindert. Um nachkommende Flüchtlinge von der türkischen Grenze fernzuhalten, schossen die Soldaten regelmäßig in die Luft."* (86). Die türkischen und iranischen Grenzbehörden weigern sich, große Massen von Flüchtlingen in ihre Länder einzulassen, weil sie diese nicht auf Jahre hinaus unterbringen und versorgen können. *„Denn bisher hat kein anderes Land der Türkei und dem*

Iran wirksame Hilfe bei der weiteren Versorgung der Flüchtlinge geboten. " (87).

Der türkische Präsident Özal rief nur wenige Stunden nach seiner Rückkehr aus den USA am 2. April zu einer Dringlichkeitssitzung des Nationalen Sicherheitsrats auf. Es wurde ein dringlicher Hilfeappell an den Sicherheitsrat gerichtet und beschlossen, aus humanitären Gründen die Flüchtlinge mit Nahrungsmitteln und Medizin zu versorgen.

Die untätige Haltung der Sieger des Golfkrieges führte in London zu einem Skandal von geschichtlichen Ausmaßen. Wir zitieren die „Neue Zürcher Zeitung": *„ John Majors Vorgängerin* **Margaret Thatcher** *war am 3. April in ihrem Haus mit Delegierten einer kurdischen Frauenorganisation zusammengetroffen und nach dieser Unterredung mit den Frauen in ihren Landestrachten vor den Fernsehkameras erschienen. Mit unverhohlener Entrüstung rief sie aus, daß Großbritannien entschlossene Schritte zur Linderung des Flüchtlingselends ergreifen müsse, und zwar sofort. Die Frauen hatten an Margaret Thatcher appelliert, ihren Einfluß bei Major und Präsident Bush geltend zu machen. Kurz danach rief sie laut Darstellung des konservativen ‚Daily Telegraph' in der Downing Street an." . . . „Den alarmierenden Berichten aus Kurdistan widmen die britischen Medien seit Tagen ihre Aufmerksamkeit. Bei Kommentatoren aller politischen Schattierungen wächst die Kritik an der Administration Bush wegen ihrer Politik der konsequenten Nichteinmischung. In eindeutiger Absicht wird in Fernsehnachrichten wie in Zeitungskarikaturen der amerikanische Präsident mit der Angel oder dem Golfschläger den barfuß um ihr Leben fliehenden Kurden gegenübergestellt. Kommentare rufen den moralischen Aspekt der alliierten Kriegsziele in Erinnerung und sprechen im Namen jener, die diesen Krieg voll unterstützt hatten, von Verständnislosigkeit und Empörung angesichts der Haltung der Alliierten, die vor dem Morden im Irak die Augen verschlössen.* " (88). Nach dem uns Deutschen ja recht nahegehenden seltsamen Umgang unseres Außenministers mit Leichen — in Erinnerung an Millionen niemals gewesener Leichen wird getrauert und andere, deutsche Millionen von Leichen sollen aus der Erinnerung gestrichen werden — verwundert es uns nicht, jetzt die gleiche Saumseligkeit in Bonn zu sehen. Ein reichlich schmutziger Auftakt zur „Neuen Weltordnung".

Die Kurden hatten in dem von den USA ausgelösten und begrüßten Aufstand in der Stadt Erbil ihr irakisches Siedlungsgebiet zum „autonomen Gebiet" und Erbil zu dessen Hauptstadt erklärt. Es beruhigte die benachbarten Türken, daß die Kurden nicht Unabhängigkeit, sondern lediglich **Autonomie** forderten. Trotzdem mußte eine solche Entwicklung im Irak auch die Kurden in der Türkei beeinflussen. So sah sich Özal genötigt, zwei Führer der „Kurdistan Front" zu Gesprächen nach Ankara einzuladen. Das war völlig neu



Turgut Özal

in der **Türkei**. Bisher hatte man die Existenz eines kurdischen Volkes vollkommen negiert. Der Führer der „Arbeiterpartei Kurdistans", Abdullah Öcalan ist bereit, zu verhandeln mit dem Ziel einer kurdischen Autonomie innerhalb der türkischen Staatsgrenzen bei einer Gleichberechtigung von Kurden und Türken auf wirtschaftlicher, politischer, kultureller und militärischer Ebene. Doch selbst diese vernünftigen Vorschläge stoßen auf breiten türkischen Widerstand. Kenan Evren, der Führer des Militärputsches von 1980 (89) wendet sich scharf gegen derartige Pläne: Ein föderatives System mit autonomen Gebieten wäre für die Türkei ein gefährliches Experiment. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei erinnert, daß die Türkei ein Einheitsstaat ist. Der Vorsitzende der konservativen Partei „des rechten Weges", Demirel, bezichtigt den Staatspräsidenten Özal, *„aus Ignoranz Vaterlandsverrat betrieben zu haben"*. In der Tat ist die moderne Türkei seit ihrer Geburt ein Einheitsstaat der Türken. Griechen, Armenier und Kurden wissen davon ein Lied zu singen. Und es scheint ein solcher Staat maßgerecht zu sein für die geplante Neue Weltordnung.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang, mit welchen Schwierigkeiten die erwähnte französische Initiative vor dem **Sicherheitsrat** zu kämpfen hatte. Erst der Druck der Öffentlichen Meinung bewegte die USA und England, sich hinter die französische Forderung zu stellen, den Irak wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Österreich und Belgien standen den Franzosen vom ersten Augenblick an zur Seite, doch die Sowjetunion, China, Rumänien und Kuba stemmten sich dagegen.

Erst am 11. April bequemt sich Herr Bush, dem Irak mitzuteilen, daß die USA keine Luft- und Bodenaktivitäten der irakischen Streitkräfte nördlich des 36. Breitengrades tolerieren werden. Doch wendete er sich erneut gegen eine von den EG-Regierungen unter Anführung von Major vorgetragene Absicht, im Norden des Irak eine von UN-Truppen kontrollierte Region zu schaffen. Erst am 17. April gibt Bush dem wachsenden inneren und äußeren Druck nach und stimmt der Errichtung von Schutzzonen im nördlichen Irak zu. Die amerikanische Luftwaffe übernimmt den Schutz der Flüchtlinge und der westlichen Truppen. Der Präsident betonte dabei wiederum, daß es sich dabei um eine rein humanitäre Aktion handelt und daß er keine Zersplitterung und Destabilisierung des Iraks wünsche. *„Wir haben e i n e Politik für die UdSSR, Kanada, Jugoslawien, die Tschechoslowakei. Wir möchten, daß diese Staaten zusammenbleiben"*, lautet eine lapidare Erklärung des State Department, *„die man auch auf den Irak anwenden kann."* (90). Es ist diese reaktionäre Einstellung der wichtigste Stein des Antoßes in der gegenwärtigen internationalen Politik. Mehr noch, wird diese außenpolitische Richtlinie zur Ursache von blutigen Ereignissen, die zu einer wachsenden Erschütterung führen. Die in ihrem Ursprung nur krankhaft selbstbewußte Behauptung, daß das, was die Alliierten in zwei Weltkriegen und danach in der Welt einrichteten, etwas einmalig gutes und darum auch ewiges ist, entwickelt sich zu einer krankhaften Dauerverzerrung, die sich zu krebsartigen Geschwülsten in immer häufigeren Fällen auswächst. Die Kurzsichtigkeit von ausländischen Politikern, die sich durch einen unehrlichen philosophischen Glanz dieser amerikanischen Weltmission mitreißen lassen, ist die Ursache dafür, daß sich immer allgemeiner ein politisches Vokabular bildet, in welchem Amerika (und dessen Bundesgenossen) als Gegenwert gegen den „Fortschritt" und die „Freiheit" in die Grundgleichung unserer Welt eingesetzt wird.

„Staatliche Einheit als Maß aller Dinge" betitelt Franz Marschang einen sehr ernst zu nehmenden Aufsatz am 22. September im „Donauschwaben". *„Die Sache mit der Einheit des Irak war der erste Streich. Doch der zweite folgte alsogleich. Man fuhr nach Belgrad — aus den USA und aus Westeuropa — und versicherte dort, die Erhaltung der Einheit des Tito-Staates wäre für den Westen oberstes Ziel. Das Ergebnis? Ein Bürgerkrieg nach allen Regeln der Kunst. 10.000 Tote und dann Ruhe? So werden nur Haß und Rache ge-*

schürt. " Das ist das blutige Zukunftsbild der uns diktierten neuen Weltordnung!

Die humanitären Zentren im Norden des Irak sollen von den UN übernommen werden, doch ergibt sich, daß die zuständigen UN-Beamten, in erster Linie die UNO-Hochkommissarin für das Flüchtlingswesen, Sadako Ogata, und der leitende Direktor der UNO-Hilfsorganisation im Irak, Prinz Sadruddin Aga Khan zeitlich keine Wunder leisten können. Die geldliche und materielle Versorgung läuft nur langsam an.

Der irakische Außenminister Tarek Aziz erklärte seinerseits, daß diese Schutzzonen die Souveränität, die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit und die Sicherheit des Irak gefährden. In Bagdad beginnen am 23. April Autonomieverhandlungen zwischen einer Kurdendelegation und der irakischen Regierung. Der Kurdenführer Massud Barzani fordert jedoch internationale Garantien für ein Autonomieabkommen. Die Garantien müßten sowohl für die Rückkehr der Flüchtlinge als auch für die Einrichtung der Schutzzonen gelten. (91).

Anfang Mai 1991 legt die Euro-Rechte, unterzeichnet von ihren Abgeordneten Le Pen, Antony, Neubauer und Lehideux im Straßburger Europa-Parlament einen Entschließungsantrag zur **Errichtung eines eigenen kurdischen Staates** vor, *„der in erster Linie das Terrirotium umfassen muß, in dem die Kurden am zahlreichsten vertreten sind, d.h. die Osttürkei." „Damit hat die Euro-Rechte einmal mehr ihre eigene Position zum Ausdruck gebracht, die sich von der oft wenig hilfreichen Politik der EG klar abhebt und sich in erster Linie am Selbstbestimmungsrecht der Völker orientiert."* (92).

Während die ersten amerikanischen Kontingente und ersten Zelte eintreffen, macht man sich Gedanken über die Ablösung dieser Verbände durch die UN und fragt nach dem Zeitpunkt, da dieses erfolgen kann. Dabei handelt es sich bei allen diesen Maßnahmen um Flüchtlinge im türkisch-irakischen Grenzgebiet. Was die mehr als eine Million Flüchtlinge im irakisch-iranischen Grenzgebiet angeht, so ist hier von einer internationalen Hilfsaktion keine Rede. Der irakische neue Außenminister Ahmad Hussein drängt die Vereinten Nationen, baldmöglichst die Lager für die Kurden zu übernehmen. Doch am 10. Mai lehnt Bagdad die Idee einer Ablösung der Truppen durch UN-Polizei ab. Man wünscht keine derartigen Einheiten in jener Zone. (93).

In den kurdisch-irakischen Gesprächen in Bagdad verzichten die Kurden dann auf internationale Sicherheitsgarantien, hoffen jedoch, daß die Amerikaner aus der Schutzzone erst nach Errichtung eines demokratischen Regimes abziehen. Auch die Türkei sieht ungern die Richtung einer Schutzzone im nördlichen Irak. Man befürchtet, daß sich diese Einrichtung wie eine Art Initialzündung auf türkisches Gebiet ausdehnen könnte. Den Abzug der Amerikaner v o r dem Eintreffen der UN-Verbände versuchen die Kurden an den Straßen zu blockieren. Unter dem Eindruck dieser Verzweiflungsproteste soll auf türkischem Gebiet ein amerikanisches Schnelleingreifkommando zurückbleiben zum Schutz der Kurden gegen irakische Überfälle. Im Juli 1991 fordern schwere Kämpfe in Erbil und Suleimaniye zwischen Regierungstruppen und Kurden bereits wieder hunderte von Toten. Angesichts der zurückhaltenden Politik Bagdads kommt es dann zu türkischen Militäroperationen im Nordirak. Türkische Flugzeuge bombardierten Stellungen der „illegalen" Arbeiterpartei Kurdistans auf irakischem Gebiet (94). Nach den Luftangriffen marschierten türkische Kommandoeinheiten in den Irak ein. Gleichzeitig verbietet die Regierung in Bagdad Journalisten Reisen in den Norden, wo kurdische Dörfer von irakischen Verbänden eingenommen wurden. Von einer Autonomie der Kurden ist nicht mehr die Rede. Noch weniger wird noch davon gesprochen, daß es die Amerikaner waren, die im März 1991 zum Aufstand gegen Saddam Hussein aufgerufen hatten. *„Die Amerikaner haben einen großen Fehler gemacht. Die Kurden und die Schiiten fühlen sich jetzt im Stich gelassen und hassen sie jetzt . . . Wir haben den Aufstand begonnen, doch Bush ließ Saddam die Hub-*

schrauber und schweren Waffen, damit er uns die Armee zusammenschießt." (95).

Im Juli 1991 wurde endlich eine „Schnelle Eingreiftruppe" der USA auf türkischem Gebiet bei Silopi stationiert, um im Falle irakischer Überfälle auf Kurdendörfer und Städte helfend eingreifen zu können. Mit kaum einem Seitenblick auf diese Land- und Lufteinheiten wiederholen sich dennoch laufend türkische Unternehmen gegen Kurden auf irakischem Gebiet.

Die viermonatlichen Verhandlungen mit den Kurden in Bagdad laufen im August aus, nachdem ein Autonomieprojekt erstellt wurde, nach welchem ein kurdisches Parlament und eine kurdische Exekutive geschaffen, die Ölstadt Kirkuk jedoch gemischt verwaltet werden soll.

Auf türkischer Seite wirkt sich das am 12. April verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus als Freipaß für das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Kurden aus. Klage gegen Angehörige der Sicherheitskräfte darf nur von der Staatsanwaltschaft erhoben werden, wobei der jeweilige Provinzgouverneur über die Weiterleitung der Klage entscheidet.

Dabei ist die Lage der Kurden im Südosten der Türkei deutlich besser geworden. Die Massenflucht der Kurden aus dem Irak stieß auf zunehmnde Sympathiekundgebungen für die irakischen Kurden bei den türkischen Kurden. Als diesen im April mit Aufhebung des Gesetzes, das den Gebrauch der kurdischen Sprache verboten hatte, wieder der Gebrauch ihrer Sprache gestattet wurde, wurde man sich der Tatsache gewiß, daß ein solches Verbot niemals im Irak bestanden hatte. Der neue türkische Ministerpräsident Mesut Yilmaz erwägt die Errichtung einer Sicherheitszone jenseits der Grenze mit dem Irak. Derartige türkische Maßnahmen richten sich insbesondere gegen die linksorientierte Partei PKK, deren Schwerpunkt auf türkischem Gebiet liegt.

Im August verabschiedete das irakische Parlament dann einen Zusatz zum Parteigesetz, wonach die Gründung neuer Parteien auf der Grundlage religiöser, rassischer oder regionaler Gruppen verboten wird.

Sieht man aufs Ganze, so bestätigt sich 1991 vor den Augen der Welt mit ihren im Irak noch anwesenden Fernseheinrichtungen die Durchführung eines Völkermordes, wie ihn „eigentlich" das internationale Völkerrecht mit einer Völkermordkonvention verbietet. Millionen von Europäern und Amerikanern sind Zeugen einer kaum noch überbietbaren Verwilderung der Weltpolitik. Das gleiche Jahr, in dem man es wagt, von der Geburt einer moralisch hochstehenden Neuen Weltordnung zu sprechen, ist aber — wie wir noch ausführlich auf diesen Seiten miterleben werden — nicht nur im Sonderfall der Kurden beispielhaft für solchen Abschied von Ethik und Ordnung und Sicherheit im Zusammenleben der Völker. Kein Tag vergeht, wo unsere Zeitungen uns nicht berichten von Verzweiflungstaten Einzelner und von Verteidigungskämpfen nicht oder schlecht bewaffneter Völker, von brennenden Ruinen und Toten, die irgendwo in unserer so demokratischen Welt den Weg der noch Überlebenden säumen. Mit öl- und bluttriefenden Händen hat es ein Wahnsinniger in die Welt hinausgeschrien: *„Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generartionen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet."*

Ein in Buchholz lebender deutscher Journalist, Erhard Gratz, macht diese Welt „des Gesetzes" zum Gegenstand eines Aufsatzes (NZZ 18.4.1991): *„Es gibt eine internationale Völkermordkonvention, aber die liest sich beim Nachschlagen wie ein schlechter Scherz. Zwar bestimmt die Konvention vom 9. Dezember 1948 in Art. IV, wer zu bestrafen sei, nämlich ‚Personen, die Völkermord begehen . . . gleichviel ob sie regierende Personen, öffentliche Beamte oder private Einzelpersonen sind', aber gleichzeitig sagt Art. VI, daß die Täter ‚vor ein zuständiges Gericht des Staates, in dessen Gebiet die Handlung begangen*

worden ist, gestellt werden.' Dies aber auch nur, falls der betreffende Staat der Aufforderung der Konvention gefolgt ist, gesetzgeberische Maßnahmen zur Bestrafung von Völkermord zu ergreifen und die Strafen dafür festzulegen (Art. V). Damit fällt Völkermord noch hinter Piraterie zurück, denn ein Pirat kann nach geltendem Völkerrecht in jedem Land verurteilt werden, in dessen Gewalt er gerät, egal wo er die Tat begangen hat und welche Staatsangehörigkeit er besitzt." Gratz schreibt weiter: *„Für die gequälten Kurden muß eine Art von ‚Schutz' durch die Genozid-Konvention einer Verhöhnung gleichkommen."*

„Viel wichtiger war und ist den Staaten das auf der Grundlage der Souveränität beruhende Prinzip der **Territorialen Integrität** *und das Recht auf* **Nichteinmischung.** Wir werden im Falle „Jugoslawien" darauf zu sprechen kommen, wie die KSZE hier heute eine gewisse Relativität der Souveränität erreicht hat. *„Der Widerspruch zwischen Völkerrecht und Moral ist es auch, der in der internationalen Politik zunehmend Kopfzerbrechen verursacht."* Aus zwei Gründen: *„weil die Entwicklung modernster Technik, verbunden mit Raffgier und Skrupellosigkeit, hinter den Mauern staatlicher Unangreifbarkeit zu ständig wachsenden Bedrohungen für die gesamte Welt wird, und weil mit rasant wachsender Transparenz und Kommunikationsgeschwindigkeit die Weltöffentlichkeit immer öfter unmittelbarer Zeuge von Schandtaten und Verbrechen wird. Aus diesem Widerspruch erklären sich auch die grotesken argumentativen Verrenkungen, die im Zusammenhang mit der Kurdentragödie gegenwärtig von Diplomaten und Politikern der UNO, der USA und der EG vorgeführt werden. Zwar ist auch der Irak gehalten, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, das Genozid-Abkommen von 1948, das Genfer Giftgasabkommen von 1925 und die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts zu beachten. Wenn er es aber nicht tut und dabei nur seine eigene Zivilbevölkerung massakriert, dann kann man nichts machen! Das war so, als der Steinzeitkommunist Pol Pot eine Million seiner kambodschanischen Untertanen hinrichten, erschlagen und verhungern ließ, als Staatspräsident Asad die 40.000 Einwohner der nordsyrischen Stadt Hama wegen Ungehorsam abschlachten ließ. Die Staatengemeinschaft stellt in solchen Fällen mehr oder weniger bedauernd fest, daß es sich hier um innerstaatliche Angelegenheiten handelte, und ging zur Tagesordnung über."* Vor zwanzig Jahren war die Welt bereits einmal Zeuge eines „grausigen Völkermordes" (dazu sehr aktuelle Einzelheiten in II, 340 ff), am Volk der Ibos in Biafra. Die damaligen, von uns früher zitierten Sätze der Führenden in der Welt sind ein historisches Monument der Unmenschlichkeit des Systems der Vereinten Nationen und ihrer Dependenzen. Es ist dieses System der ausdrücklich genehmigten Abschlachtung ganzer Völker durch ihre eigenen Regierungen, das in vollem Umfang und ganzer Geltung in die Neue Weltordnung übernommen wurde. Wir haben damit eine Weltordnung ohne ausreichenden völkerrechtlichen Schutz. Damals, als die Straßen in Biafra voller toter Kinder waren, erklärte Nixon, *„daß seine Regierung nicht beabsichtigt, vermittelnd in den ‚Konflikt' einzugreifen."* und der Generalsekretär der Vereinten Nationen erklärt in Monrovia: *„Die Weltorganisation wird nicht die Sezession in Nigeria, noch in irgendeinem anderen Teil der Welt dulden."* Wir werden gleiche Sätze 1991 nicht nur im Nahen Osten, sondern mitten in Europa zu hören bekommen. Und es gibt ebensowenig wie in innerpolitischen Fragen, keine Möglichkeit, den Völkern zu ihrem Recht und zu ihren heiligsten Wünschen zu verhelfen. Die Welt ist heute, 1991 ein Riesengefängnis geworden. Soweit kann niemand mehr wiedersprechen. Zweifel mögen nur noch gestattet sein bei der Frage nach den Herrschern, nach den Gefängniswärtern und nach den Kerkermeistern. Wer sind sie? Da sich die Zahl derjenigen, die man unterjocht und einkerkert und drangsaliert, aber gerade auch wieder in diesen Monaten derart mit zunehmender Beschleunigung ansteigt, daß überall auf der Welt die Gefängnisse aus den Nähten platzen, und es schon nicht mehr zur

Seltenheit gehört, daß Polizeioffiziere ihren Regierungen mitteilen müssen, sie könnten nicht mehr die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, ist es das Gebot der Stunde,

entweder das System zu ändern und Freiheit zu gewähren

oder aber abzutreten und anderen Personen die Macht zu übergeben.

So sieht auch Erhard Gratz die Lage im Irak: *„Erst nachdem Menschen, Politiker, die wiedergewählt werden wollen, die Durchsetzung der Menschlichkeit und die Verhinderung von Verbrechen forderten, die man ihnen am Fernsehapparat vorgeführt hatte, bequemten sich die Herren in London und Washington zur Errichtung von Schutzzonen für kurdische Flüchtlinge. Bezeichnend aber ist die Begründungsakrobatik der Politiker und Diplomaten: Das Flüchtlingselend sei friedensbedrohend. Deshalb seien die Reaktionen* (Einrichtung von Schutzzonen usw.) *keine Einmischung in innerirakische Angelegenheiten. Die Schutzzonen stellten nicht die Integrität des Iraks in Frage."* (Denn so etwas hätte man niemals geduldet!) *„Die Drohung mit Waffeneinsatz sei keine Intervention. Am deutlichsten wurden noch UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar, den kein Wählervolk drängt: Er habe größte Bedenken gegen die Einrichtung von Schutzzonen, weil dies mit der Souveränität des Iraks unvereinbar sei."*

„Dies zeigt das Dilemma der Politik, **die an sich positiven Werte der übernommenen Völkerrechtsnormen geraten zunehmend in Konflikt mit menschlichen Grundwerten und den Grundlagen menschlicher Existenz.** *Es ist ein Konflikt der großen Zahl. Zu große Flüchtlingsströme brechen los, zu große Vernichtungspotentiale häufen sich bei unberechenbaren Despoten an, zu schlimm sind die Auswirkungen politischen und technischen Fehlverhaltens, wie bei der Inbrandsetzung der kuwaitischen Ölfelder* (und deren um vier Monate hinausgezögerte Löschung, die erst erfolgte, nachdem das National Geographic Magazine im August 1991 Schreckensbilder davon in 9.000.000 Auflage in den USA verteilte!)

Die Dilettanten an den Schalthebeln der internationalen Diplomatie begreifen erst dann, was sie anrichten, wenn große Zahlen erreicht werden. So war es bei Honecker, als die mitteldeutsche Jugend über Ungarn in die Freiheit flüchtete und man von Tag zu Tag von hundert auf tausend und auf zwanzigtausend Flüchtlinge kam. So ist es mit den Toten der serbischen Usurpation, wo man ebenfalls bereits (da diese Zeilen diktiert werden) von hunderten zu tausenden gekommen ist, während Herr Lord Carrington immer noch versucht, sein maurerisches Spielzeug Jugoslawien zu retten. Nicht also eine besondere Grausamkeit oder eine Verstärkung ideologischer Grundsätze ist die Ursache für den Zusammenbruch dieser Weltordnung im Entstehen, sondern der Umfang einer Anwendung von Grundsätzen und Plänen, die schon bei ihrer ersten Anwendung in den letzten 250 Jahren falsch war. Das Immunpotential der Völker hat es nur verhindert, daß der Kollaps schon früher einsetzte.

Bevor wir mit dieser traurigen Erkenntnis die Kurden verlassen, nur noch einmal festgestellt, daß dieses Problem eine Folge alliierter Friedensplanung nach dem I. Weltkrieg ist. Im Vertrag von Sèvres wurde den Kurden von Engländern, Italienern, Franzosen und Amerikanern die Errichtung eines Kurdenstaates im Ostteil ihres Siedlungsgebietes zugesagt. Doch alle genannten Staaten zogen sich dann aus dieser Verpflichtung zurück und die wieder erstarkende Türkei begann mit einer für das Volk der Türken charakteristischen unmenschlichen Verfolgung der Kurden mit dem Ziel ihrer vollständigen Vernichtung im Stil der Armenier- und Griechenverfolgungen. In einem in Lausanne 1923 mit der Türkei abgeschlossenen Vertrag war von einem Kurdenstaat nicht mehr die Rede. Es ist also die nachlässige, oberflächliche und sinnlose Außenpolitik am Ende des I. Weltkrieges seitens der damaligen Sieger der Anlaß für die heutigen ernsten Schwierigkeiten auch in diesem Teil der Erde.

Die Verankerung des reaktionären status-quo-Denkens bei den Siegern von 1919 in ideologischen „unabänderlichen" Weltplänen wird so auch weiterhin als verantwortlich zu nennen sein für Unruhe und Unfrieden im Nahen Osten. So ganz nebenbei gerade nicht, müssen wir Deutsche dabei zusehen, daß man uns mitzahlen läßt an solchen Schildbürgerstreichen, und dieses sogar, wie wir noch erfahren werden, in einem Umfang, der unsere eigene Wirtschaft in eine schwere Finanzkrise stürzt.

Zypern

1573 trat Venedig Zypern an die Türken ab. Die Kirchen der Kreuzfahrer wurden in Moscheen umgewandelt, doch die griechisch-orthodoxe Mehrheit der Bevölkerung konnte ihren Glauben ungehindert weiter vertreten. Mit Beginn des XIX. Jahrhunderts begannen die Türken damit, die Insel mit türkischen Soldaten zu besiedeln. Die durch den Krieg mit Rußland geschwächte Pforte trat 1878 die Verwaltung der Insel an Großbritannien ab. 1925 wurde sie britische Kronkolonie. Die griechischen Zyprioten drangen dann nach den türkischen Greueltaten in Kleinasien gegen Griechen und andere Völkerschaften auf Zusammenschluß mit Griechenland (Enosis). 95,7% der griechischen Bevölkerung stimmten in einer Volksabstimmung 1955 dafür. Doch die Briten verbannten den Führer und Sprecher der Griechen, den Ethnarchen Makarios auf die Seychellen. Es kam zu einem längeren Kampf im Untergrund. Langjährige Verhandlungen, in denen sowohl der Anschluß an Griechenland wie die Teilung der Insel unter Türken und Griechen abgelehnt wurde, kam es 1960 zur Schaffung einer „unabhängigen" Republik Zypern, die dann als solche auch sofort Mitglied der Vereinten Nationen wurde. Doch 1974 besetzte die Türkei ein Drittel der Insel. 250.000 Griechen wurden aus dem besetzten Teil vertrieben. Die seit 1963 von UN-Truppen bemannten Schutzlinien um die türkisch besiedelten Teile (Altstadt von Famagusta, Türkenviertel von Nikosia, Larnaka und Limassol) wurden jetzt teilweise zu Militärgrenzen zwischen dem widerrechtlich von Türken besetzten Teil der Insel und dem griechisch bevölkerten (96).

Nach dem Ende des Golfkrieges hielt es Präsident Bush 1991 für tunlich, **Athen** einen Besuch abzustatten und die griechische Regierung aufzurufen, *„sich am Aufbau einer Neuen Weltordnung zu beteiligen"* (97). Er fügte hinzu: *„Eine jede Nation muß ihren Teil dazu beitragen, diese neue Weltordnung zu errichten, die Verantwortung zu übernehmen, eine festgeformte Weltwirtschaft zu bauen und ihre Pflicht bei der Bewahrung der Freiheit zu erfüllen."* Er teilte mit, daß er seine Reise nach Istambul fortsetzen werde, und als Friedensbringer auftreten wolle, indem er daran erinnerte, *„daß sowohl Athen wie Istambul vor einer großen Aufgabe stehen bei der Beilegung von Differenzen, die sie trennen. Heutigen Tages, mit neuen weitsichtigen Dirigenten, genießen Ihre Nationen eine einzigartige Gelegenheit, die Mißverständnisse der Vergangenheit zu überwinden. Sie können damit beginnen, die tiefen Wunden zu heilen, die Narben in Zypern hinterließen, die Familien und Freunde trennten."*

Die erste Begleitmusik dieser (so wurde es verstanden) unverschämten Anerkennung der **türkischen Besetzung** eines Teiles von Zypern waren sehr schwere Studentenunruhen in Athen. Es war den griechischen Ordnungskräften nicht möglich, sie zurückzuweisen. Verbote der Polizei wurden nicht beachtet.

Bereits im April dieses gleichen Jahres legte der Euro-Abgeordnete Bernard Antony in Straßburg einen Entschließungsantrag vor, in welchem der Rückzug der türkischen Armee aus Zypern gefordert wurde (98).

Es bedarf kaum noch der Erwähnung, daß auch hier schon das äußere Bild der von kulturlosen Türken bewohnten Armenviertel absticht von den westeuropäisch ausgebauten Wohngebieten der Griechen. Die gleiche Kulturstufe wird sichtbar, die in dem Kunstprodukt „Jugoslawien" zwischen Slowenen-Kroaten einerseits und den anderen Völkerschaften besteht. Wieder einmal zwingt man kulturell hochstehende Europäer zum Zusammenleben mit den Nachkommen asiatischer Horden. Dabei haben diese alleine in unserem Jahrhundert laufend, und das bis in die letzten Wochen hinein, ihren primitiven Lebensstandard und ihre grausamen Herrscherallüren in Millionen von Fällen angewandt, nicht nur gegenüber den Griechen. Erst n a c h der angeblichen Anerkennung einer kurdischen Bevölkerung wurde der gemeinsame Gebrauch der Farben rot, grün und gelb etwa bei Festlichkeiten, Geburtstagsfeiern, Hochzeiten usw. verboten, da es sich um die Farben der kurdischen Nationalfahne handelt. Lediglich bei Verkehrsampeln sind sie erlaubt (99).

Die Zypernregelung geht hinaus auf eine *„dauerhafte, bikommunale und bizonale Lösung gemäß der Resolution 649 des UNO-Sicherheitsrates"* (Major, auf dem G 7 in London). *„Von der Türkei erwartet Bush realistische Vorschläge über die Territorial- und die Flüchtlingsfrage. Washington drängt auf territoriale Konzessionen der türkischen Seite, insbesondere auf die Freigabe von Famagusta. Doch der Führer der türkischen Zyprioten, Denktasch, besteht darauf, gleich wie der Präsident der Republik, Vasiliou, behandelt zu werden."* (100).

Daß Präsident Bush sich also darum bemüht, daß das mit Waffengewalt in Zypern eingedrungene Türkentum auf dieser griechischen Insel zu einem Dauerelement wird, beweist erneut unsere These, daß unsere Welt in den Händen einer Geheimgesellschaft liegt, deren Ziel es ist, jegliches konstruktive Arbeiten an einer hierarchischen Weltordnung zu verhindern durch die **Vereitelung von Vaterländern.** Das Ziel von Herrn Bush ist eine Weltordnung, in welcher geschichtsbildende Faktoren konsequent abgewürgt werden. Nur „ganz alltägliche Halunken" (101) führen noch das Wort. „Geschichte ist die Gestalt einer Seele" (102). Wenn man diese in raffinierter Zusammenarbeit aller Logenbrüder abtötet, dann gibt es auch keine Geschichte mehr. Wenn man die Nachkommen eines Alkibiades oder eines Shakespeare an einen Tisch zwingt mit türkischen Barbaren, wenn man sie gesetzlich zwingt, licht- und arbeitsscheue Türken und Zigeuner mit Steuerzahlungen auszuhalten und ihnen die ererbte und erkämpfte Erziehung ihrer eigenen Kinder erschwert oder gar (mit Fernsehen und Erziehungsplänen) unmöglich macht, wenn man ihnen befiehlt, ein syphilitisches Eroberervolk gleichberechtigt in ihre vier Wände aufzunehmen, und wenn man dann dieses Vorgehen nicht nur auf Zypern erlebt, sondern in ganz der gleichen Form und mit der überall fehlenden demokratischen Zustimmung der Belästigten und Bedrohten von Australien bis Westeuropa sieht, dann kann man nicht mehr von Zufall sprechen, sondern muß von Teilaspekten eines Weltunternehmens reden, das unter dem Titel „Neue Weltordnung" im Widerspruch zu unseren Gesetzen und unserem Wollen vorangetrieben wird.

Ist es aber möglich, daß Menschen unsere bisher seit ihrem Bestehen „schicksalsvolle Welt" (Spengler) abtöten können? Ist es möglich, daß die menschliche Wirksamkeit, die wir Leben nennen, Leben auch von Völkern und Religionen, von Menschen abgetötet wird? Nicht nur e i n Genocidium begangen wird, sondern ein allgemeines Genocidium an a l l e n Völkern und Religionen überhaupt begangen wird, in erster Linie an denen, die sich eine kulturtragende Identität geschaffen haben? Liegt die Beseitigung dieses Weltgesetzes, wonach es auf diesem Planeten Leben gibt, durch Menschen im Rahmen des Möglichen? Oder formen sich unter dem lebensfeindlichen Zwang der Freimaurerei Gegenkräfte, entwickelt das Immunsystem, das dem einzelnen Menschen wie der gesamten Welt eigen ist, heilende Substanzen? Ist der deutlich zunehmende Widerstand der Völker

gegen die utopischen Pläne eines Genscher, eines Bush, eines Havel, eines Johannes Paul II, — um nur einige zu nennen — bereits Produkt solcher Heilung der Menschheit?

Eritrea

1897 besiegten die Amharen unter Menelik II. die Italiener bei Adua. Es war der erste Sieg, den Afrikaner gegen die weitaus besser bewaffneten Europäer errangen. Mit den von den Italienern erbeuteten Waffen, darunter eine größere Anzahl von Kanonen, zog dann Meneliks Feldherr Ras Wolde Giorgis (103) nach dem Osterfest gegen das Kaiserreich der Kaffa. Es handelte sich um das eigentliche und ältere Abessinien, das sich seit 1400 zu einer Großmacht entwickelt hatte, die an Macht und Größe das Königreich der Habesch oder Abessinier überragte. Während letzere als Nomaden in einer Art hölzerner Zelte lebten, baute der Kaffitscho oder Gonga sein Haus frei und dauerhaft für ganze Geschlechterfolgen. Die Staatssymbolik Kaffas ging zurück auf die Pharaonen Ägyptens. Das Staatsgebiet war von Zäunen und Wällen umgeben, deren Wachposten ein Überschreiten in beiden Richtungen streng unterbanden. Den jetzt nahenden Amharen antwortete eine Generalmobilmachung in Kaffa. Doch der ungleiche Kampf endete sehr schnell mit dem Sieg der Abessinier gegen die mit Keulen und Lanzen bewehrten Kaffitschos. Seitdem ist die Macht in „Äthiopien" in der Hand der Amharen. Bei ihren Nachbarn haben sie den Ruf grausamer Sklavenjäger ohne hohe Kultur.

Dieser Charakterzug bestimmt denn auch die weitere Geschichte des Landes. Mussolini wetzte 1935/36 die Scharte von Adua wieder aus und es begann eine vorbildliche Kolonialisierung des Landes. Diese aber wurde brutal abgebrochen. Britische Truppen eroberten das von Europa abgeschnittene Land 1941. Zum Zeichen ihrer höheren Zivilisation zerschlugen sie in den neuen Siedlungen sogar die Kacheln in den Küchen und Bädern. Der von den Italienern abgesetzte Kaiser Haile Selassie bestieg wieder den Thron. Es geschah am 5.5. und leitete so Jahre voller romantisch-utopischer Hoffnungen ein. „Äthiopien" wurde denn auch 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und wurde Sitz der „Organisation für Einheit Afrikas" (OUA). Doch 1974 wurde Heile Selassie von einer Gruppe von Offizieren vertrieben. Innerhalb dieser setzte sich dann Mengistu Haile Marian als Diktator durch. Es begann ein 14-jähriger Leidensweg für das Land (104). Ähnlich wie in **Tansania** ging man an eine Bodenreform mit katastrophalen Folgen. Mehr als 12 Millionen Bauern wurden von ihren Höfen vertrieben und auf Staatsland neu angesiedelt. Unter diesem Zeichen bemühte man sich damals in großen Teilen der „Dritten Welt" um größere „Gerechtigkeit". Dachte man damals an eine „Neue Weltordnung", so beinhaltete sie von Chile bis Kambodscha die **Beseitigung der freien Bauern** durch eine sozialisierte Landwirtschaft. Eine überwältigende Mehrheit von Schriftstellern und Akademikern und Politikern zog damals den Weltkarren in diese Richtung und belegte mit ihren grausamen Mißerfolgen zum ersten mal in der Moderne, welche Gefahren eine utopisch verankerte Weltordnung mit sich bringt.

Das neueste traurige Beispiel für diesen Irrweg heißt **Zimbabwe.** Die Regierung in Harare plant ein Umsiedlungsprogramm für 100.000 schwarze Bauernfamilien. Derzeit besitzen etwa 4.400 weiße Farmer mehr als ein Drittel des gesamten Agrarlandes in Simbabwe. Aber sie liefern auch 85% aller Agrarprodukte und exportierten darüberhinaus Getreide in hungernde schwarzafrikanische Nachbarstaaten (105). Die Enteignung der Weißen aber soll nicht bezahlt werden. Der Weg in den Abgrund steht jedem Fachmann vor Augen, doch niemand tut dem Vorgehen Einbruch. So will es die „Neue Weltordnung".

Seit dem Vorgehen des Besserwissers Mengistu ist der Hunger die Geißel Äthiopiens, eines Gebietes, welchem man diesen Kunstnamen auf die erzwungene Gemeinsamkeit von Beja, Saho, Afar, Agau, Sidama, Somali, Galla und Danakil aufpfropfte. Es ist die „Hölle auf Erden“ (106). Noch im März 1991, Wochen nur vom dem Ende der Gewaltherrschaft Mengistus, ruft der Gründer der Hilfsorganisation „Menschen für Menschen“ in Wien, Karlheinz Böhm, um Hilfe für sechs Millionen vom Hungertod bedrohte Menschen in Äthiopien auf. Vor allem fehlt es auch an Treibstoff, so daß lebenswichtige Transporte unmöglich sind. Dabei erhielt Mengistu von US-Außenminister Baker erst vor einem Monat 450 Millionen Dollar als Hungerhilfe. Für uns ist hierzu bemerkenswert, daß mit diesem Gelde die Stimme Äthiopiens im Sicherheitsrat gegen den Irak erkauft wurde! Also bemühte sich Bush auf diesem Wege darum, seine diskutierten Weltordnungspläne durchzusetzen, indem er ein Terrorregime mit Geld an sich zog. Es kam Herrn Bush weniger auf eine Sanierung in Äthiopien an als auf eine Verwirklichung seiner eigenen, utopischen Weltordnungspläne (107). So, wie in diesem Falle, erleben wir es ja immer wieder im XX. Jahrhundert, daß die Pläne von Utopisten zerbrechen. Wir wanken von einem solchen schönen Plan zum anderen. Weltordnungspläne o h n e utopischen Inhalt haben wir dabei nicht erlebt. Und alle lassen sie ihre Nabelschnur hin zur Freimaurerei erkennen. Alle kommen sie mit Hilfe der Freimaurerei zum Zuge. Auch dann, wenn sie lauthals die Freimaurerei verdammen und bekämpfen. Immer findet sich in ihrem innersten Kern eine Loge. Das trifft für die Bolschewisten um Lenin und Trotzki zu, das erleben wir mit der Thule-Gesellschaft um Hitler und mit dem Kardinalskolleg Johann Pauls II. Keiner der machtlüsternen Utopiker hat auf den Machtzuwachs verzichten können, den eine Logenstruktur im eigenen Generalstab bedeutet. Es kann darum auch niemanden verwundern, die „Zustimmung“ zu den Plänen von Bush und Genscher in gleicher Richtung motiviert zu sehen. Und aus dem gleichen Grunde werden wir den Zusammenbruch auch dieser neuesten Utopie erleben. Und auch diesmal wird es der Menschheit viel kosten, jedesmal etwas mehr, an Blut und Tränen, an Geld und an Natur. Die Erfahrungen, die wir in unserem Leben am eigenen Leibe sammeln konnten, machen eine derartige Prophezeiung möglich. Es gibt nur e i n e erfolgreiche Entwicklung: hin zu einer „Neuen Weltordnung“ o h n e utopische Belastung. Die aber hat keinen Namen. Sie geht lautlos und von den machtgierigen Wichtigtuern unbemerkt voran. Sie macht sich mehr am Rande bemerkbar durch eine veränderte Art des Zusammenlebens der Menschen, durch ein schnelleres Beseitigen von politischen Lügen dank weltumfassender Fernsehberichterstattung (zum Beispiel) und einer schnellen Präsenz bei politischer Charakterlosigkeit, wie sie etwa das Verhalten des Herrn Bush gegenüber den Kurden darstellte oder eben auch das gegenüber der Bevölkerung von Eritrea, von der jetzt gesprochen werden muß. Denn hinter der Entwicklung in Äthiopien in diesem Jahre, die zur Beseitigung Mengistus führte, stand als Motor eine Kraft, die von den Supermächten und von allen ihren schleimigen Nachplapperern genauso bekämpft wird wie die kurdische Sprache von den Türken: der Wille zu völkischer Unabhängigkeit.

Die italienischen Kolonien von **Assab** (seit 1881) und **Massaua** (seit 1885) wurden 1890 unter dem Namen „Eritrea“ zusammengefaßt. 1936 wurde es Teil einer Provinz von Italienisch Ost-Afrika. Diese mehr als 60jährige italienische Verwaltung fand 1941 durch britische Besetzung ihr Ende. Einer zwei Jahre zuvor ausgesprochenen Empfehlung der Vereinten Nationen folgend wurde Eritrea dann 1954 als autonomes Gebiet Äthiopien zugesprochen. Doch hob Äthiopien dann diese Autonomie im Jahre 1962 auf und gliederte das Gebiet völlig ein. Internationaler Widerstand erhob sich nirgends.

Seitdem kämpft Eritrea um seine Unabhängigkeit, unterstützt vom Sudan. Im Mai 1991 rückt die siegreiche eritreische Befreiungsfront in Addis Abeba ein. Die Großen ban-

gen um ihre Konstruktion „Äthiopien". Israel befürchtet einen weiteren islamischen Staat am Roten Meer.

Im März 1991 wird der Ton der Nachrichten vom Vorrücken der **„Rebellen"**, wie man die Befreiungsfronten (TPLF Volksbefreiungsfront von Tigre - EPLF Volksbefreiungsfront von Eritrea) nennt, bedrohlicher. Sie stehen im Bunde mit der TPLF, der „Revolutionären Demokratischen Front des äthiopischen Volkes" (was ist das?), die im Sinne der Perestroika den Marxismus bei Beibehaltung der äthiopischen Einheit ablösen will. Ein erster Versuch Washingtons im Februar, der unter der Führung des Abteilungsleiters für afrikanische Angelegenheiten im State Department, Herman Cohen, stattfand, Mengistu und die EPLF an einen Verhandlungstisch zu bringen, scheiterte. Aus Pressemitteilungen geht hervor, daß die USA kein Verständnis für die Forderungen Eritreas zeigt: *„Die Beziehungen der Regierung in Addis Abeba zum Westen haben sich in den letzten Monaten verbessert, unter anderem weil Äthiopien die Haltung der USA in der Golfkrise unterstützt hat wie auch wegen wirtschaftlicher Reformen und politischer Reformversprechen in dem vormals marxistisch regierten Land"* (108).

Beeindruckt von dem weiteren Vorrücken der Befreier ruft Mengistu am 23. April das Parlament, den „Shengo" ein, nachdem er in einer dreistündigen Fernsehansprache *„sich zum Rücktritt bereit erklärt, unter der Voraussetzung, daß ein solcher Schritt Bestand und Einheit der von ihren historischen Feinden mit der Vernichtung bedrohten Nation zu gewährleisten, geeignet wäre."* Vierzehn Tage vorher hatten über 200 äthiopische Professoren Mengistu in einem Memorandum aufgefordert, die Macht an eine breit abgestützte Übergangsregierung der nationalen Versöhnung abzutreten (109).

Am 26. April ordnen die USA den Rückzug eines Teils ihres Botschaftspersonals und aller etwa 600 amerikanischen Privatleute an. Die „Rebellen" haben Ambo, 100 km westlich von Addis Abeba erobert.

Die „Friedensinitiative" Mengistus wird von den Befreiungsfronten zurückgewiesen. Ihr Ziel ist die Aufteilung des Staates entlang ethnischer Linien, d.h. der Rückgängigmachung der amharischen Eroberungen. Das „ärmste Land der Erde mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 100 Dollar" (110), bricht auseinander. Die Eritreer stehen vor der Einnahme von Assab, dem letzten Hafen unter Regierungskontrolle; im Westen rückt nach zehnjährigem Befreiungskampf die Oromo-Befreiungsfront vor. Acht Millionen hungernde Menschen werden von den Lastkraftwagen mit Hilfsgütern aus den Häfen nicht mehr erreicht.

Die USA nehmen einen zweiten Anlauf, um ein Stück ihrer antivölkischen und antireligiösen Weltordnung zu retten. Unter ihrer Schirmherrschaft treffen sich am 27. Mai in London Delegationen der Befreiungsorganisationen zu Friedensverhandlungen. Doch vorher schon und „um weiteres Blutvergießen zu vermeiden" flüchtet Mengistu am 22. Mai nach Simbabwe zu Freund Mugabe, wo seine Familie bereits auf ihn wartet. Sein Sohn besucht dort ein exclusives College und er bewohnt eine reich dotierte eigene Farm. In Zeitungen liest man jetzt auf einmal: *„Mengistu regierte das Land zentralistisch und setzte sich mit Gewalt über die Autonomiebestrebungen in Eritrea und Tigre hinweg."* (111). *„Mengistu hinterläßt ein ruiniertes Reich . . . Der Diktator, der für den Tod von weit mehr als einer Million Menschen verantwortlich gemacht wird, hat allerdings für sich selbst vorgesorgt, in Zimbabwe."* (112).

Ekel kommt einem hoch, wenn man dann liest, wie die Wortführer unserer Welt im nachhinein die Vorgänge sehen. Unter dem Titel „Eine afrikanische Tragödie" meint Andreas Doepfner am 25. Mai in seiner NZZ: *„Die fünfzehn Jahre Militärdiktatur am Horn von Afrika* (die niemand in ihrem unseligen Wirken bremste) *sind im Zeitraffer ein Lehrstück, wie mit blutiger Unterdrückung, wirtschaftlicher und verwalterischer Unfähigkeit,*

durch nicht endenden Bürgerkrieg, mit einer aufgepflanzten totalitären Ideologie und schließlich maßgeblich durch Allianzen mit der Sowjetunion, der DDR und Kuba **ein stolzer multikultureller Vielvölkerstaat** *zerstört werden kann . . . 1977 stellte Carter die bisher übliche Waffenhilfe ein. In den letzten Jahren ging den Rebellenbewegungen (nur noch) humanitäre Hilfe zu, was die Einleitung von Vermittlungskontakten durch Jimmy Carter ermöglichte. Dagegen klebt am Moskauer Waffenangebot das Blut von Hunderttausenden unter Mengistu mit sowjetischen Waffen umgebrachten Männern, Frauen und Kindern."*

„Die seit dem Golfkrieg zu beobachtende neue Art der Supermachtdiplomatie deutet an, daß die von Reagan und Gorbatschow angestrebte friedliche Regelung von Regionalkonflikten nach Afghanistan, Kambodscha und nach der Glanzleistung (?) von Chester Crockers Diplomatie um Angola nun im Krisenherd am Horn von Afrika greifen soll. Damit würde auch die Golfregion südwärts stabilisiert. Ein weiterer Mosaikstein der ‚neuen Weltordnung'?"

Allerdings darf man hier von einem Beispiel für die derzeitige Diplomatie sprechen. Das Beispielhafte besteht aber darin, daß Völker sich nur und ausschließlich mit Waffengewalt ihre Freiheit erkämpfen. Recht behält, wer über die stärkeren Batallione verfügt, in Kuwait, in Kurdistan, in Zypern, in Eritrea.

Am Vorabend der Londoner Gespräche informiert am 23. Mai die NZZ (113): *„Während die ‚Genossen' des amtlichen Senders erst heute von ihrem alten Sprachgebrauch der ‚Banditen-Koalition' abrückten* (es war der gleiche Wortschatz in allen westlichen Zeitungen), *sind über Nacht die USA zur wichtigsten Stütze von Mengistus Restmannschaft avanziert. Dem Vernehmen nach hat die Diplomatie Washingtons den größt-möglichen Druck aufgesetzt, um die Rebellen (!) vom Einmarsch in die Hauptstadt abzuhalten."*

Doch wenige Stunden nur nach Beginn der Londoner Verhandlungen verkündet der amerikanische Leiter derselben, Cohen: *„Um die Ungewißheit zu vermindern und die Spannungen in der Stadt zu beseitigen, empfiehlt die Regierung der USA nach Konsultationen mit allen Beteiligten, daß die Streitkräfte der Revolutionären Demokratischen Front des äthiopischen Volkes so rasch wie möglich in die Stadt eindringen sollen, um dazu beizutragen, die Lage zu stabilisieren."* (114). Es kám daraufhin in Addis Abeba zu Protestdemonstrationen gegen die USA. Washington hatte sich offenbar der Gefahr ausgesetzt, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Doch die Entschlußfreudigkeit Cohens führte hier mit der Absage an die bisherige Politik Washingtons zu einer friedlichen Lösung. Diese aktive Lenkung nordamerikanischer Außenpolitik — nachdem man mit sichtlichem Lerneifer den Beteiligten zugehört hatte — kann leider schwerlich als charakteristisch angesehen werden für die übrige Handhabung der Welt. Wir werden dafür noch einige recht bedauerliche und gefährliche Beispiele zu bringen haben.

Die eritreische Befreiungsfront beteiligte sich nicht an der Bildung einer Übergangsregierung und beharrte auf der Unabhängigkeit Eritreas (115). In Addis Abeba bildete Eritrea dann vielmehr eine eigene Übergangsregierung, während die äthiopische Regierung die Abtrennung der Provinz zunächst noch ablehnt (116). Doch es kam zu Beratungen hinter verschlossenen Türen, bei denen auch eine Reihe neugegründeter Parteien teilnahmen. Aus dieser Allparteienkonferenz ging dann eine Übergangsregierung hervor, die der auf zwei Jahre gebildete Staatsrat zu bilden hat. Es kam zu einer Verständigung zwischen der eritreischen Volksbefreiungsfront und der EPRDF, wonach in zwei Jahren in Eritrea eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit stattfinden soll. Schon jetzt wird Eritrea Äthiopien Zugang zum Roten Meer gestatten durch Errichtung eines Freihafens in Assab (117). Es wurde als vorläufiges Grundgesetz eine Charta verabschiedet, wonach die Inhaber der vier Spitzenfunktionen verschiedenen politischen und ethnischen Gruppen angehören müssen.

Allen Nationalitäten und Regionen des Landes wird das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Sezession (!) zugestanden (118). Die Charta sieht für die verschiedenen Regionen des Landes einen hohen Grad von Autonomie vor. Erst jetzt zeichnet sich die Möglichkeit eines Vielvölkerstaates ab, wie er unter amharischer Führung nicht bestand. *„Das State Department bezeichnet die äthiopische Nationalkonferenz als Erfolg, als ‚wichtigen Schritt im Übergang des Landes zur Demokratie' und hieß ihren Beschluß, Eritrea Selbstbestimmung zu gewähren, gut."* (NZZ, 7. Juli). Es war das deutliche Eingeständnis, bisher in Äthiopien auf das falsche Pferd gesetzt zu haben und mit der bisherigen Unterstützung von Addis Abeba verantwortlich gewesen zu sein für das dort stattgefundene schwere jahrzentelange Blutvergießen. Der Führer der Eritrean People's Liberation Front, Issayas Aferwerki, erklärte, daß die Unabhängigkeit Eritreas bereits eine vollendete Tatsache sei. Die Übergangsregierung in Asmara sehe keinen Grund, mit Parlamentswahlen zu warten, bis 1993 die Resultate des Referendums vorlägen, das drei Varianten zur Wahl stellen soll: volle Unabhängigkeit, Verbleib bei Äthiopien oder eine Föderation (119).

Aus Asmara trafen Berichte ein, wonach in letzter Zeit tausende von Äthiopiern, die sich dort niedergelassen hatten, ausgewiesen wurden.

Damit dürfte das Kapitel „Eritrea" im wesentlichen abgeschlossen sein. Als Lehrsatz kann ein Student der Weltpolitik unserer Tage daraus entnehmen, daß es nicht in erster Linie philosophische Richtlinien sind, die zum Siege führen, sondern die eigenen starken Bataillone und der unbeugsame Volkswille, keine Opfer zu scheuen. Das Geschrei der Presse und die Drohungen fremder Staatsvertreter prallen an solchen Mauern ab. Hält man diesen machtgierigen Weltordnern die Texte vor, die sie selbst noch vor wenigen Wochen produzierten, so stünde eigentlich ein freiwilliger Rücktritt vom Amt bevor. Doch das würde bei diesen Falschmünzern Menschenwürde voraussetzen.

Somalia

Zweifel an der Unabänderlichkeit der weltpolitischen Bilanz sind mit der Perestroika keineswegs nur bezüglich der Macht im Osten aufgekommen. Auch der Bau im Westen erschien jetzt nur noch als Menschenwerk. So wurde Selbstvertrauen überall gestärkt, da der status quo von Befehlen ausgegangen war, die irgendwo in fernen Kontinenten erteilt worden waren. Das traf auch auf Somalia zu, jenem Staatsgebilde, das auf solchen Befehl hin am 1. Juli 1960 aus den bisherigen Kolonien Britisch-Somaliland und Italienisch-Somaliland als Republik Somalia geschaffen worden war. Die Sache konnte vom Stapel laufen, als in dem ehemals italienischen, südlichen Teil die im Oktober 1969 angelaufene Diktatur Siad Barres sich restlos vergaloppiert hatte. Geschwächt durch den Krieg um das von Somalis bevölkerte, aber von Äthiopien besetzte Ogaden 1977/78, in welchem die Sowjetunion mit kubanischen Söldnern sich auf die Gegenseite stellte, weithin verhaßt durch seinen Völkermord an den Issak und den Angriff auf die nördlichen Städte Burao und Hargeisa, war sein politisches Ende vorauszusehen, als der katholische Bischof Salvatore Colombo vor der Kathedrale von Mogadishu im Juli 1989 erschossen wurde (120). Schon das Lavieren Barres zwischen den USA, der UdSSR und der BRD zeigte, mit welchen Kräften heutzutage regiert werden kann. Doch deutlicher noch für die Bestimmung dessen, was man unter „Neuer Weltordnung" zu verstehen hat, ist dann das, was im Jahre 1991 vor sich ging. Somalia kann, trotz seiner strategisch wichtigen Lage am Horn von Afrika, nicht von sich behaupten, es hätte jemals eine Rolle in der großen Politik gespielt. Aber

eben darum sind die jüngsten Veränderungen für uns bemerkenswert. Da werden nämlich leere Säcke mit goldenen Phrasen gefüllt.

Mit der Vertreibung von Barre im Januar 1991 begann in Somalia ein Interregnum, in welchem drei Rebellenorganisationen des zu 90 Prozent mohammedanischen Landes um die Herrschaft rangelten. Am 18. Mai dieses Jahres nun wurde im nördlichen Burao die Fahne eines neuen Staates gehißt. Das Somali National Movement (SNM) hat das Gebiet des früheren Britisch-Somaliland für selbständig erklärt. *„Die Unabhängigkeitserklärung bedeutet eine Annulierung der Vereinigung von 1960. Der SNM-Sprecher in London vertrat dabei die Auffassung, einer Anerkennung durch Mitglieder der OAU stehe nichts im Wege, da der proklamierte Staat nur die Grenzen der Kolonialzeit beansprucht."* (121). Es ist dieser Satz, weswegen wir uns in dem vorliegenden Buch mit den Vorgängen in Somalia befassen. Er sagt nämlich unmißverständlich, auf was es in Afrika außenpolitisch ankommt: Legitim sind Staaten, wenn sie die Grenzen der Kolonialzeit respektieren und fordern. Das aber heißt, daß die ehemaligen Kolonialmächte es verstanden, mit einem solchen völkerrechtlichen Prinzip überall ihre bisherigen Mitarbeiter und Freunde unangefochten am Ruder zu halten, und den Bereich ihrer Einflußzonen ungeschmälert in die neue Weltordnung hinüber zu retten. Dort, wo es zu Reibungen kam — und das war wirklich nicht selten der Fall — durfte es immer nur um innerpolitischen Zank gehen und in keinem Falle war ein Eingreifen von außen gestattet, mögen die Verhältnisse auch noch so grausam, noch so brutal und noch so lange andauern und mochte ein Giscard bei Bokassa Menschenfleisch vorgesetzt bekommen haben.

Dabei steht dieser Grundsatz von der **Verewigung der Kolonialgrenzen** nicht nur in unzähligen Fällen im Widerspruch zu den geschichtlich gewordenen Stammesgrenzen, sondern festigt das Ergebnis von Aggressionen, von europäischen Eroberungskriegen, die in aller Schärfe heute moralisch verworfen werden und deren Ergebnisse man in anderen Fällen eo ipso als verdammenswert ansieht, denen man keineswegs im Konzert der Völker zustimmen dürfe.

Es ist das gleiche Paradoxon, das wir in Bezug auf deutsche, von Polen militärisch besetzte Gebiete erleben, wenn ein Genscher in diesem Falle den Verzicht auf völkerrechtlich deutsche Gebiete als „Völkerrecht" bezeichnet. Die Verlierer sitzen darum im gleichen Boot, in Afrika wie in Europa. Die Sieger haben sich ein Völkerrecht zurechtgezimmert, wie es ihnen paßt. Der Rebellenchef in Nordsomalia hat genau begriffen, was die Stunde schlägt, wenn er auf die Kolonialgrenzen seines Staates hinweist. Nur wirkt es etwas komisch, wenn Genscher meint, durch seinen Verzicht ins Boot der Sieger umsteigen zu können.

Dabei handelt es sich aber nicht nur um eine Strategie und Taktik, die in den damaligen Kolonialministerien ausgeheckt worden war. Das ganze war nur ein Köder, um die Entkolonialisierung leichter zu schlucken. Den eigentlichen Inspiratoren dieser „Großen Rebellion" lag etwas anderes am Herzen: die Zerschlagung nationaler Identitäten durch das forcierte Zusammenleben mit Fremden oder durch die Trennung von eigenen Volksgenossen.

Man war 1990 sogar der Meinung, ganz allgemein in Afrika mit diesem Zerhacken der eigentlichen Grenzen und der dreißigjährigen Gewöhnung an das postkoloniale Korsett schon so weit gekommen zu sein, daß man sich die Belastung der Einführung demokratischer Verhältnisse erlauben konnte. Die Stunde der schwarzen Diktatoren sollte geschlagen haben.

Wir berichteten bereits, daß Mobutu bei der Nachricht von der Erschießung Ceaucescus aufgeregt die Mittagstafel verließ (122). Inzwischen ging es ihm noch ein wenig deutlicher an den Kragen. Eine Nationalkonferenz für demokratische Reformen soll einberufen

werden, wird aber immer wieder verschoben.

Malis Diktator Moussa Traore wurde nach 22 Jahren Diktatur am 26. März 1991 verhaftet. Bereits am 1. Dezember 1990 gab Hissen Habre den Kampf um den **Tschad** verloren und flüchtete in den Senegal. Nur einer wurde friedlich abgewählt, Mathieu Kekekou in **Benin.** Beschleunigt wurden diese Vorgänge durch Mitterands Drohung in Le Baule (123), daß die Hilfe für diejenigen, die sich Reformplänen widersetzen, gekürzt werde. Bonn, Washington und London folgten dem Beispiel.

Dem Vorbild Benins folgten dann, zumeist unter Druck der Straße, General Eyadema in **Togo,** der Präsident des **Kongo,** Denis Sassou Nguesso, Ali Saibou in **Niger.** Den Übergang zum pluralistischen Parlamentarismus versprachen inzwischen **Burkina Faso, Ghana, Mali, Mauretanien, Ruanda,** die **Zentralafrikanische Republik** und **Gabon.** In Antananarivo auf **Madagaskar** gehen Hunderttausende mit der Forderung von „Demokratie" auf die Straße.

Am 1. November 1991 wird Kaunda in **Sambia** aufgrund von Wahlen als Präsident abgelöst. Es ist das die Antwort auf die Forderungen der Geldgeber im Norden. Der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat erst soeben verkündet, daß *„Entwicklungshilfe keine Einbahnstraße ist. Geld bekommt nur, wer sein Land demokratisch regiert."* Die Neue Weltordnung legt ihre Riten fest.

Doch Afrika verteidigt sich. Man ist geneigt, die Misere nicht dem falschen politischen Konzept zuzuschreiben, sondern der wirtschaftlichen Benachteiligung durch den „Norden". Anfang Juli begann in der neuen nigerianischen Hauptstadt Abuja das Gipfeltreffen der 16 Länder der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Ecowas). Auch



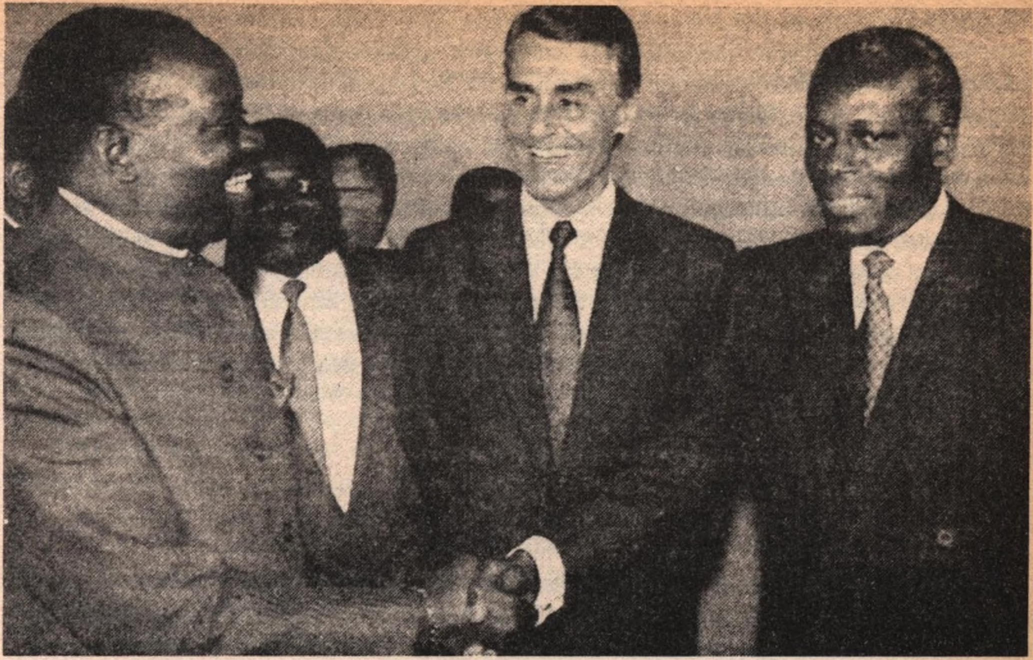
George Washington (VI, 170), Jefferson und Adams (IX, 193) schufen das Großsiegel der Vereinigten Staaten

hier greifen die Absichten zu politischen Reformen und wirtschaftlicher Integration ineinander. Vor der Tür steht das schaurige Theater in **Liberia.** *„Liberia, das Land in Amerika befreiter Sklaven ist im Griff von Mord, Rache und Zerstörung zugrunde gegangen."* (124). Das Chaos hat inzwischen auf **Sierra Leone** übergegriffen und rief eine von Nigeria angeführte Einsatztruppe auf den Plan. Man kann kaum behaupten wollen, daß die Entkolonialisierung mit glücklicher Hand vorgenommen wurde. Was soll zu der Behauptung berechtigen, daß beim bevorstehenden nächsten Schritt weniger Katastrophenpolitik betrieben werden wird?

Es wird daran erinnert, daß der **Sudan**, der größte Staat Afrikas, bis in die 70er Jahre hinein sich selbst ernährte. Dann aber befolgte er ein Programm des Weltwährungsfonds, wonach man sich auf Baumwolle verlegen und diese exportieren sollte. Sollten die Lebensmittel knapp werden, so solle man sich an den „Weltmarkt" wenden. Innerhalb von zwei Jahren begann da die Hungersnot und die USA unterließen Hilfslieferungen von Weizen, während der IMF Kredite sperrte — weil der Sudan nicht im Golfkrieg spurte! Ein Beispiel für die Abhängigkeit, die afrikanischen Staaten in der Weltordnung des Herrn Bush blüht. Der **Sudan** hat aus diesen Erfahrungen gelernt und ging 1990 zu zweimaliger jährlicher Aussaat über. Er hofft, in zwei Jahren wieder selbstgenügsam zu sein. Auch diese Mitteilung ist hier am Platze, denn „Neue Weltordnung" verlangt, daß man sich auf eigene Füße stellen muß, will man die Diktate aus den Weltinstitutionen überleben. Insofern gehören auch die Tagung in Abuja und die Pressionen auf Khartum zusammen. Denn in einem „demokratischen" Staatswesen mit politischen Parteien ist eine einheitliche Willensbildung über den Haufen geworfen. Da gilt nicht mehr Gemeinsamkeit im Führen, Denken und Handeln, sondern dunkle, hintergründige Beziehungen „hinter verschlossenen Türen", persönliches Geltungsbedürfnis, Schiebungen und Korruption. Häuptlingsversammlungen hatten ein anderes Aussehen. Möglich ist dieser „neueste Wind" in Afrika nur, weil das dualistische System der Supermächte fortgefallen ist. So wenig Entschlußkraft bei der Bewältigung konkreter Mißstände besteht, um so mehr revolutionären Änderungswillen sieht man hinter den Direktiven, die das politische Leben ändern, demokratisieren sollen. Daß diese Umwälzungen weltweit 1990/1991 mit so viel Erfolg stattfinden können, entkräftigt jede Entschuldigung, man könne an so fürchterlichen Dingen wie Aids und Drogen und Asylantenmißbrauch und Familienzerstörung und Korruption nichts ändern. Man w i l l den Dingen ihren Lauf lassen.

Angola

Vier Wochen vor dem Ablauf der Frist, die den kubanischen Truppen in Angola zum Abzug gesetzt worden war (125) verließen die letzten Kubaner Ende Mai 1991 das Land. Staatschef Dos Santos und der kubanische Vizepräsident Juan Almeida Bosques waren zum Abschied auf dem Flugplatz (126). Am 31. Mai 1991 wurde denn auch der Friedensvertrag von den beiden Führern der Unabhängigkeitsparteien, José Eduardo dos Santos und Jonas Savimbi in Lissabon im Beisein von Ministerpräsident Cavaco Silva, US-Außenminister Baker und dem sowjetischen Außenminister Bessmertnych unterschrieben. Die Anwesenheit von Perez de Cuellar und dem Präsidenten von Uganda und der OUA, Museveni in Lissabon unterstrichen, welche Bedeutung man diesem Vorgang beimißt. Es wird eine vereinigte angolische Armee geschaffen werden und für November 1992 sind Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorgesehen. Die NZZ kommentiert weiter dazu:



Savimbi, Cavaco Silva und Dos Santos. Unten: im Estoril



„Der 31. Mai war auch für die Portugiesen ein Festtag, nicht zuletzt aus Erleichterung darüber, daß ein Stück Kolonialgeschichte nun befriedigend abgeschlossen zu sein scheint." (127). Man kann anderer Meinung sein. Denn diese „Kolonialgeschichte" hieß in Angola kolonialisieren im besten Sinne des Wortes. Die 700.000 weißen Portugiesen, die daran teilnahmen und die ungezählten schwarzen Portugiesen (denn es gab dort keine Apartheid), aber auch diejenigen, die das schöne, friedfertige, reiche, im vollen Aufbau befindliche Angola gekannt haben, sind da entschieden anderer Meinung. Darüber kann auch der brüderliche Handschlag nicht hinwegtäuschen. In Zusammenarbeit der „Internationalisten" in Washington und Moskau wurde „Portugal in Übersee" beseitigt. Es paßte nicht in das primitive Schema der rassistischen Einweltler, die für Afrika nur Neger vorgesehen hatten. Der Vertreibung der weißen Portugiesen folgten 16 Jahre Bürgerkrieg, weil man sich nicht einig war, welcher geschichtsphilosophischen Nuance man das zweitreichste Land Afrikas übergeben sollte. Erst der Kollaps der Roten brachte die Lösung. *„Du steigst durch seinen Fall, Octavio. Das will mir nicht gefallen"*, heißt es schon in Schillers Wallenstein (128).

Colonia Dignidad

„Herr Genscher, Herr Aylwin, Sie stehen hier allgemein im Verdacht, ein ganz schmutziges Geschäft machen zu wollen!" Dieser Satz steht in dem Kapitel unter gleicher Überschrift in unserem vorigen Buch, das Ende 1990 herauskam. In der Tat ließen sich weder Aylwin noch Genscher davon abhalten, das rechtsstaatliche Prestige ihrer Länder auf dem Rücken der „Colonia Dignidad" zu zerstören. Wir bringen zuerst in groben Zügen den Verlauf der Ereignisse und sodann noch weitere Einzelheiten dazu. Das scheint uns erforderlich, weil die Information über diese Vorgänge in Europa falsch ist und weil das gesetzeswidrige Vorgehen des deutschen Außenministers und des chilenischen Präsidenten zum Präzedenzfall werden können für die Errichtung eines weltweiten Unrechtsstaates unter der Bezeichnung „Neue Weltordnung".

Denjenigen aber, die da meinen, daß sie nicht belehrt zu werden brauchen, sie hätten längst alles aus ihrer Zeitung und aus dem Fernsehen erfahren, einige Sätze vorweg, die der französische Jurist Alexis de Tocqueville, „der größte politische Schriftsteller, den Frankreich seit Montesquieu gekannt hat", 1835/40 in seinem Werk „Von der Demokratie in Amerika" schrieb und die zugleich klar machen, welchem demokratischen Phänomen es zu verdanken ist, daß das ungeheuerliche Massenverbrechen an den friedfertigen 300 Deutschen in Chile ohne wirksamen Widerspruch möglich war.

„In Zeiten der Gleichheit schenken sich die Menschen wegen ihrer Gleichheit gegenseitig kein Vertrauen, aber dieselbe Gleichheit flößt ihnen ein fast unbegrenztes Vertrauen in das Urteil der Öffentlichkeit ein. Es erscheint ihnen nämlich nicht wahrscheinlich, daß die Wahrheit sich nicht auf Seiten der größten Zahl befinde, da sie alle gleich aufgeklärt sind. Die Öffentlichkeit besitzt infolgedessen bei demokratischen Völkern eine eigentümliche Macht, von der die aristokratischen Nationen sich nicht einmal eine Vorstellung machen können."

„Sie versucht nicht, durch ihre Anschauungen zu überzeugen, sie drängt sie auf und treibt sie mit einem ungeheuren Druck der Massenseele auf den Einzelgeist in die Gemüter ein. In den Vereinigten Staaten nimmt es die Mehrheit auf sich, den Individuen eine Menge Meinungen zu liefern, und enthebt sie so der Verpflichtung, sich eine eigene zu bilden. Nichts ist nämlich dem Menschen geläufiger, als dem, der ihn unterdrückt, eine größere Weisheit anzuerkennen." (129)

Es ist sicher keinem Leser dieses Buches unbekannt, daß *„die deutsche Legislative einen juristischen Riegel vor das redliche Bemühen geschoben hat, der geschichtlichen Wahrheit endlich einmal eine Gasse zu bahnen."* (Sichelschmidt, S. 76). Wenn schon aber Derartiges im gesamtvolklichen Rahmen, also bei 80 Millionen Beteiligten geschehen kann, so kann man nicht erwarten, daß sich jemand noch darüber wundert, daß so etwas in viel engerem, genau umzingelten Rahmen geschieht. Es ist aber aus solchen quantitativen Gründen nicht weniger verwerflich. Daß noch kein deutscher Schriftsteller oder Verlag der Wiedergutmachung in Sachen „Dignidad" ein Wort gesprochen hat, ist aber nicht nur Folge „einer sterilen Konformität des Denkens", sondern wohl mehr noch Ausfluß einer Diktatur wie sie nur in philosophisch gelenkten Staaten denkbar ist.

Am 2. Februar 1991 teilte der chilenische Innenminister Enrique Krauss mit, daß die Regierung die Rechtspersönlichkeit der „Wohlfahrts- und Erziehungsgemeinschaft Dignidad" annuliert habe, weil sie nicht die Ziele erfüllte, um deren Willen sie ihr erteilt worden war, und weil sie ernste und wiederholte Verstöße gegen ihre Statuten begangen habe. Das gesamte Vermögen von „Dignidad" geht über auf die Methodistische Kirche.

Während der Anwalt der Gemeinschaft gerichtliche Schritte einleitet, mehren sich die Stimmen, die diesen Vorgang als verfassungswidrig bezeichnen. Man sagt:

1. der Staatspräsident maßt sich gerichtliche Funktionen an.
2. Mit einem Verwaltungsakt kann keine derartige Maßnahme vorgenommen werden, solange ihr keine juristische Verurteilung vorherging.
3. Chile wurde von der BRD erpreßt.
4. Die behaupteten geringfügigen Gesetzesübertretungen berechtigen keineswegs zu einer derartigen Maßnahme.

Das Appelationsgericht setzt zunächst die gesetzliche Wirkung der Auflösung aus.



Aylwin

Doch die Regierung kommt weiteren Schritten zuvor, indem sie in einem Eilverfahren die Eintragung des Dekrets ins Gesetzesblatt vornehmen läßt.

17 Senatoren fordern, daß das oberste Verfassungsgericht die Gesetzesmäßigkeit des Auflösungsbeschlusses bestätige oder anfechte. Der bedeutendste Universitätsprofessor für Verfassungsrecht, Jaime Guzman, wird ermordet.

Die Wahrheit des vom zuständigen Provinzgouverneur Manuel Francisco Mesa Seco angeforderten Inventars wird bestritten. Es waren mehr Schulden als Guthaben aufgeführt worden.

Die Steuerbehörde läßt die gesamten buchhalterischen Unterlagen in 13 Kisten beschlagnahmen und nimmt auch den Computer mit.

18 Abgeordnete des Unterhauses fordern, daß die 16 Senatoren, die die Rechtmäßigkeit des Beschlusses anfochten, ihre Ämter verlieren.

Am 19. Juni 1991 verwarf dann das Verfassungsgericht den Rekurs der Senatoren und erklärte die Maßnahme der Regierung für verfassungsrechtlich. Damit ist „Dignidad" endgültig aufgelöst. Allerdings wird betont, daß noch vor dem Obersten Gericht Verfahren schweben, die ebenfalls die Annulierung des Regierungsdekrets fordern.

Das hohe Bildungsniveau und die Unerschrockenheit, mit der die Standpunkte vertreten werden, lassen die Begleitmusik zu diesen Vorgängen zu einer weiterführenden Lektüre werden. Ganz im Gegensatz zu dem Bild, das die deutsche Presse auch nach der Beendigung der militärischen Besatzungszeit bewahrte, kann in Chile nicht von Gängelung und Liebedienerei den Mächtigen gegenüber gesprochen werden. Das kritiklose Nachdrucken wohlgefälliger Aussagen von zweifelhaften Zeugen, wie es etwa hier für „Die Zeit" und die „Süddeutsche Zeitung" belegt werden wird, ist für die vorbildlich geführten großen Blätter, insbesondere für „El Mercurio" in Santiago völlig undenkbar.

Dem außenpolitischen Theoretiker aber, der sich an den Satz erinnert, der das Thema einer Neuen Weltordnung auf den Arbeitstisch legte: *„eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten der Nationen leitet"*, packt das Grausen, wenn er die Praxis erlebt, die — mit Zustimmung der veröffentlichten Weltmeinung — der Präsident Chiles und der deutsche Außenminister zur Ausführung bringen, wenige Wochen nur nachdem vor solchem Dschungel angeblich weltweit Abstand genommen worden war.

Wir berichten jetzt im einzelnen dazu:

Einen weiteren Hinweis auf den Druck, der von der BRD auf Chile ausgeübt wurde, ist die Erklärung des chilenischen Botschafters in Bonn nach einer Unterredung mit Außenminister Cimma am 12. Dezember 1990: *„Das Problem ‚Dignidad' hat eine innerpolitische Komponente und eine außenpolitische bezüglich der bilateralen Beziehungen zu einem befreundeten Staat, der nicht die Möglichkeit direkter Aktionen und Kontakte mit seinen Angehörigen hat."* Er fügte hinzu, daß er keine konkrete Forderung von deutscher Seite erhielt. Man habe ihm nur die Besorgnis der deutschen Behörden mitgeteilt und das Vertrauen darauf, daß die chilenische Regierung diesen Fall umgehend und wirksam lösen werde. (130).

Die Journalistin Beatriz Undurraga G. berichtet aus der Colonia Dignidad: *„Das Leben dort geht weiter wie bisher . . . Diese Gesellschaft ist wie ein Porzellan von früher. ‚Dignidad' ist mit der Zeit stillgestanden und die Leute dort haben keine Eile, sich in den Schatten des XXI. Jahrhunderts zu begeben. Die anziehenden attraktiven Jugendlichen, die Mädchen mit ihrem leuchtenden Blick und ihren Violinen und diejenigen, die das Land bestellen, und diejenigen, die die schwere Arbeit leisten bis hin zu Herrn Schmidt (dem Präsidenten), der im II. Weltkrieg das Gehör verlor, treten auf wie perfekte Figuren in einem Bild der Romantik. Obwohl sie modernste Einrichtungen wie etwa den elektronischen*

Ofen der Bäckerei besitzen, scheinen sie unverändert. Die Jungen gehen nicht ins Kino und sehen sich kein Fernsehen an. Manchmal essen sie ein Eis und sehen sich Videos über die Geburtstagsfeiern ihrer Einrichtung an . . .“ (131).

Natürlich befriedigte die ohne Begründung mitgeteilte Nennung der **Methodisten** als Begünstigte in diesem politischen Handel niemanden und man begann sich zu fragen, wer die Methodisten eigentlich sind (132). Augenfällig ist zunächst, daß *„die Methodisten sich durch ihre aktive Gegnerschaft zur Militärregierung kennzeichneten.“* Sie begannen ihre Tätigkeit Mitte des vorigen Jahrhunderts in Chile mit dem „Iquique English College“ und besitzen seit 1906 Rechtspersönlichkeit. Mit dem Jahre 1973 erlebt man ein klares Ansteigen einer deutlich politisch gefärbten Betätigung. Sie nahmen teil an dem **Comité Pro Paz**, dessen Präsident der berüchtigte lutheranische Bischof Helmut Frenz war, eine der übelsten Gestalten gegen den antimarxistischen Befreiungskampf Pinochets. Er mußte Chile verlassen und verkroch sich nach Deutschland, von wo aus er seine giftigen Reden mit breiter Unterstützung auch von Regierungsseite fortsetzte und Vertreter von Amnesty International wurde. Die Methodisten gründeten sodann die Fundación de Ayuda Social de Iglesias Cristianas, die den politischen Gefangenen rechtliche, soziale und medizinische Hilfe gewährte. Siet 1987 gewährte sie Rechtsbeistand den angeklagten Terroristen im Fall „Arsenales“ und den Beteiligten an dem Attentat auf den Präsidenten Pinochet, sowie den Beteiligten an den terroristischen Vorgängen der Codepu in Concepción. Die Folge war damals eine heftige Polemik, denn sie verteidigten Angeklagte wegen blutiger Vorgänge, die zu unterstützen sich selbst die in zweifelhaftem Ruf stehenden Vicaria weigerte (133).

Dann wurde von den Methodisten die Promesa gegründet, die für Durchsetzung der Menschenrechte auf örtlicher Basis eintritt. In Temuco öffneten sie die Methodistenklinik, die Familien versorgt, die unter politischem Druck stehen. Doch am bekanntesten ist ohne Zweifel in Chile Radio Umbral FM, eine Radiostation, die 1976 von der Freimaurerei übernommen wurde. Man kann nicht ohne Lächeln zur Kenntnis nehmen, daß die Militärregierung dieser Institution die Rechtspersönlichkeit verweigerte. Der Bericht im „Mercurio“ schließt mit der Bemerkung: *„Man klagt die Methodisten an, die marxistische Terroristenbewegung FPMR zu unterstützen.“*

Auch in der übrigen Welt haben die Methodisten den Ruf blutiger Linkslastigkeit. Groß ist die Zahl jener afrikanischer grausamer Diktatoren, die entweder ihre Ausbildung bei den Methodisten genossen oder sogar Methodistenpfarrer waren. Tubmann, der 1972 verstorbene Präsident Liberias war Laienprediger der Methodistenkirche. Die erste UN-Versammlung (von der Deutschland als „Feindstaat“ ausgeschlossen war) fand 1946 in der Methodistenkirche in London statt. Damit waren die Methodisten von Anfang an ein wichtiger, angesehener Pfeiler der aufzubauenden Weltordnung.

Der chilenische Innenminister nannte als Grund für die Wahl der Methodisten die Tatsache, daß beide Organisationen, „Dignidad“ wie Methodisten in den Bereich des Protestantismus fallen und beide nach ihren Statuten sich der Wohlfahrt widmen.

Die Löschung der Rechtspersönlichkeit der Colonia Dignidad erfolgte durch ein Oberstes Dekret, das der Präsident der Republik, Patricio Aylwin erließ. Dadurch gewinnt an Bedeutung, was man über diesen selben Herrn Aylwin erfährt, und wie die Vorgeschichte zu diesem „Rechtsbruch“ aussieht. Rafael Otero Echeverria veröffentlicht das Folgende im „Mercurio“ (14.2., 22.2., 8.3.1991):

„Die Unterschrift Aylwins unter das Dekret zur Löschung der Rechtspersönlichkeit von ‚Dignidad‘ beendet einen Prozeß illegaler Verfolgung von 25 Jahren, den die Christdemokratische Partei gegen diese Einrichtung führt. Eingeladen von dem Präsidenten Jorge Alessandri Rodriguez lassen sie (die Deutschen) sich 1961 in einem öden Kordillerengebiet, Parral landeinwärts, nieder, wo vorher ein italienischer Siedlungsversuch gescheitert

war. Das Wunder der Umwandlung dieser Einöde in ein Eden erstaunt und erfüllt mit Stolz die Gerechten, empört die Neidigen und weckt furchtsame Träume bei den Ehrgeizigen. Der Präsident der Christdemokratischen Jugend von Parral versucht, die Mitglieder von ‚Dignidad' zu erpressen. Alle Vorschläge, Angebote, Forderungen und Unterhaltungen wurden auf Tonband aufgenommen.

Wir schalten hier ein, was für die ganze „Neue Welt" gilt: *„Man hat hier einen tödlichen Haß auf unzähmbare Menschen und reine Seelen"* George Santayana, Philosophieprofessor in Harvard. Erpressungsversuche an erfolgreichen „Gringos" sind ein altes, häßliches Lied in Lateinamerika, dem noch heute täglich weitere Strophen angefügt werden. Es ist nicht schwer, dafür unzählige Zeugen zu finden, von Feuerland bis zum Rio Grande. Neu ist nur, und erschreckend, daß eine „deutsche" Regierung ein solches Gangstervorgehen fördert und finanziell honoriert. Es belegt, wie weit der durch Amerikanisierung beschleunigte Degenerationsprozeß in Deutschland bereits gediehen ist (134).

„‚Dignidad' klagt gegen den Erpresser und ruft zu ihrer Verteidigung den Gouverneur von Parral und den Intendenten von Linares hinzu. Beide gehören der gleichen Partei an. Doch der fehlgeschlagene Versuch einer Erpressung von ‚Dignidad', den der Präsident der Christdemokratischen Jugend von Parral unternommen hatte, führte zur Unterstützung desselben durch den Intendenten von Linares und den Gouverneur von Parral, beide Mitglieder der DC. Sie begingen verschiedene Gesetzesübertretungen, die unter zwei hauptsächlichen Delikten zusammengefaßt wurden und die ‚Dignidad' dem Nationalkongreß anzeigte. Dadurch wird ein politischer Prozeß in Gang gebracht, wie es die Verfassung vorsieht. Die Führung der DC gerät in Wut. Es wird ein journalistischer Feldzug gestartet, der angeführt wird von einer Wochenzeitung der DC. Diese veröffentlicht die phantastischsten Märchen: Mit Kinderarbeit wurde ein Tunnel gegraben, der das Gut mit Argentinien verbindet. In ‚Dignidad' versteckt sich Adolf Hitler, dem man einen chirurgischen Eingriff verpaßt habe, um ihn unkenntlich zu machen. Es werden dort Waffen hergestellt und Nazis ausgebildet, die einen neuen Angriff auf die Menschheit von Parral aus vorbereiten. Die ekelhaftesten geschlechtlichen Abirrungen werden dort praktiziert. Der Senator Patricio Aylwin Azocar (!) erreicht die Schaffung einer Untersuchungskommission der Abgeordnetenkammer unter der Führung von Luis Pareto. Nach umfangreichen Vernehmungen spricht der von der Kammer angenommene Bericht ‚Dignidad' von allen Vorwürfen frei. Der Senator Aylwin Azocar erreicht sodann, daß der Präsident Eduardo Frei Montalva eine presidentielle Untersuchungskommission ernennt. Das Ergebnis ist identisch dem der Kommission der Kammer. Es gibt keine bewiesenen Anklagepunkte gegen die Kolonie. Die Abgeordnetenkammer stimmte darum mit großer Mehrheit der Beschwerde zu und entließ die beiden hohen Beamten. Der Vorgang wurde dem Senat übergeben. Eine besondere Information, unterschrieben von den Senatoren Patricio Aylwin Azocar und Fernando Jaramillo Lyon, die sich zugunsten der DC-Beamten aussprach, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit vom Senat abgewiesen und dieser setzte die Intendenten von Linares und den Gouverneur von Parral endgültig ab. So verlieren die DC und der Senator jener Zone, Patricio Aylwin den wichtigsten Vorgang in diesem langen Prozeß."

Wir unterbrechen hier den Bericht Echeverrias, um die damalige innerpolitische Lage zu erklären. **Eduardo Frei** Montalva 1964 bis 1972 chilenischer Staatspräsident, gilt als der **„Kerenski Chiles"**. Die von ihm gegründete Christdemokratische Partei war ausgesprochen Linkspartei und hatte zum Ziel „eine große Brudernation in eine sozialistische Republik nach dem Muster Fidel Castros umzuwandeln." (Da Silveira). Daß die geschilderten Erpressungsversuche gegen „Dignidad" scheiterten, obwohl die Dschungelgesetze, die dort herrschten, eine linientreue Zusammenarbeit von DC-Politikern bewirkte, lag in erster Linie an der Sauberkeit der Gerichte. Aus diesem Grunde umging man 1991 die Justiz

und organisierte den „Krieg“ (wie Genscher sein Vorgehen nannte) auf der Verwaltungsebene. Der Zusammenbruch der kommunistischen Welt, wie er 1991 erfolgte, kam den Instigatoren dieser Politik in die Quere. Wäre es 1973 zu dem von **Allende** (dem Nachfolger Freis) bereits angesetzten kubanischen Umschwung gekommen, dann hätten wir heute in Chile ein ähnliches Schauspiel wie das mit Mauermördern, Stasi-Agenten und Konzentrationslagern mit tausenden von Toten, wie es die DDR bietet. Hunderte von Molotow-Cocktails in der Privatgarage Allendes, Fotos, die ihn beim Ausprobieren russischer Maschinenpistolen zeigen, Schiffsladungen von Kisten mit Waffen aus Kuba, die Allende persönlich als „Kunstgegenstände“ deklarierte, die listenmäßige Erfassung der zu liquidierenden „inteligencia“ sind Teilaspekte der Kreise, die damals begannen, den fleißigen Deutschen ihr Eigentum zu entreißen. (Fotos dazu in unserem Buch IV), Das sind die Komplizen Genschers in Chile!

Eine sehr umfangreiche dokumentarisch belegte Literatur gibt die korrupten Verhältnisse innerhalb der DC unter Frei in Chile wieder. Der wegen Betrügereien außer Landes geflüchtete Bruder Freis (Arturo) kehrt zurück, als sein Bruder Präsident wird und wird zu einer einflußreichen Person in Politik und Wirtschaft. Der Sohn Freis, Eduardo, reist nach Japan und kommt als Vertreter japanischer Industrieerzeugnisse zurück. Die Regierung „deigt große Präferenz für diese“. Die Nachrichtenagentur Condor, unter Hermann Becker, wird zum Sprachorgan der Regierung für ihre sozialistischen Reformen, und als persönlicher Freund Freis läuft bald ein Großteil auch der Wirtschaftspropaganda über Becker. Am 15.9.1966 veröffentlicht „El Mercurio“ die Rede des Senators Ibanez, in der dieser die DC anspricht umd sich darüber wundert, *„wie sich DC-Abgeordnete trotz ihres antikapitalistischen Glaubensbekenntnisses sichtlich konsolidieren“*. Daß DC-Vertreter in dieser Umgebung ganz offen an „Dignidad“ herantreten, um diese zu erpressen, ist darum für jene Zeit ganz normal. Erstaunlich nur war, daß die „Dignidad“ da nicht mitmachte und Klage erhob. Das war der Beginn des sehr schmutzigen Krieges der Herren Genscher und Aylwin.

Wir geben Echeverria wieder das Wort:

„Die Gesellschaft klagt in Chile gegen ihre Verleumder und in Deutschland gegen ‚Amnesty International‘, und die Wochenzeitung ‚Stern‘, die auf internationaler Ebene die phantastischen Verleumdungen der chilenischen Presse verbreitet. ‚Dignidad‘ gewinnt in allen Rechtsinstanzen in beiden Ländern. Der Junge, der den falschen Skandal schuf, wird zu Zuchthaus verurteilt, doch Beamte der Deutschen Botschaft schaffen ihn im Kofferraum eines Autos außer Landes.“

„Alle Untersuchungen bestätigen die Unschuld der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. Der Senator Patricio Aylwin betreibt 1969 die Löschung der Rechtspersönlichkeit von ‚Dignidad‘. Unter der Regierung des Präsidenten Frei leidet er erneut Schiffbruch. Es gibt keine rechtlichen Gründe für eine Löschung. Zwischen 1965 und 1990 gibt es mehr als 60 Untersuchungen der Steuerbehörde, des Gesundheitsdienstes, des Arbeitsamts, des Erziehungsministeriums, des Landwirschaftsministeriums, des Minderheitenschutzes und der Gerichte wegen falscher Anzeigen von Dritten. Nicht ein einziges Mal kam irgendeine der Kommissionen zu Schlüssen, die eine Verurteilung der Sociedad erlaubten. Im November 1988 stellt das Oberste Gericht wegen einer Anklage, die Menschenrechte verletzt zu haben, fest, ‚Es kann nicht gefolgert werden, daß eine Verletzung oder Bedrohung in der rechtmäßigen Ausübung von Rechten der verfassungsmäßigen Garantien erfolgt sei‘.“

Aber wir würden doch unserer Diplomatie endlich einmal die Möglichkeit geben, das zu werden, was Sir Ernest Satow von ihr forderte: *„Die Anwendung von Einsicht und Takt auf die Führung der amtlichen Beziehungen zwischen den Regierungen unabhängiger Staaten.“*

Wir konnten in unserem vorigen Buch ausführlich auf die heute nachträglich recht erstaunlich aussehenden Stimmen deutscher christdemokratischer Politiker aufmerksam machen, die gar nichts dagegen hatten, mit dem Kommunismus eine Sache zu machen, die die DDR bis ans Ende der Zeiten gleichberechtigt und souverän neben sich dulden wollten und die wie CDU MdB **Helmut Kohl** 1984 schrieben (135), *„daß die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung der Geschichte steht."* Diese dem Kommunismus entgegenkommende Haltung war nicht nur auf die BRD beschränkt. Die Vereinigten Staaten überschlugen sich Jahrzehnte hindurch mit Versuchen, Brücken nach Moskau zu bauen, z.B. Jackson und sein Radio Free Europe, in der Nähe von München installiert. Beispielhaft sei an das schöne Gedicht „Das Zeitalter Stalins" erinnert, das als „lebendige ungarische Kultur" am 11. Dezember 1951 gesendet wurde: *„Ich widme mein Gedicht, um den Rhythmus festzuhalten, den zeitlosen Schöpfungen der Epoche Stalins, um diese in Erinnerung zu rufen"* . . .

Mit Ausnahme von Francos Spanien (bis zu dessen Tode), Südkorea und Taiwan, Südafrika und Rhodesien unter Jan Smith, die alle als rückständig und volksfeindlich hingestellt wurden, war diese Strömung auf der ganzen Welt spürbar. Wer antikommunistisch war, galt als „Faschist". Warum sollte nicht die gleiche Lage für Chile gegolten haben? Heute versucht man, die damaligen Verfechter unserer Gesittung, etwa den vom Vatikan aus Budapest abgerufenen **Kardinal Mindszenty** als heldenmütige Vorposten des Abendlandes hinzustellen, als hätten sie auch damals Unterstützung gehabt. Heute gelten alle jene, denen es noch nicht gelungen war, die Fahne mit Hammer und Sichel zu hissen, als vorbildliche Mitbürger. Frei und Allende zählen dazu in der Weltbetrachtung Chiles. So ist das damalige Vorgehen gegen „Dignidad" in einem prokommunistischen Weltrahmen zu sehen. In der DC Chiles herrschte die gleiche Korruption, die gleiche Unehrlichkeit wie in der DDR. In Europa erlebten wir das eklige Bild der „Wendehälse", als sich das Panorama plötzlich änderte. Auch von Genscher hätte man für seine gewagten chilenischen Abenteuer etwas ähnliches erwarten können. Doch dagegen sprach die Tatsache, daß man nicht gerne einen so verdienstvollen Bruder wie Hans-Dietrich Genscher weltweit bloßstellen wollte; dagegen sprach vor allem auch die Möglichkeit, weitere Gelder loszueisen. Die hundertelf Millionen DM, die Aylwin nach der Löschung der Rechtspersönlichkeit erhielt, ließen verstummen, wer zu Vorsicht und Vernunft mahnte. Die große Entfernung von Bonn bis Santiago und die mit Hitlertagebüchern bewiesene Charakterfestigkeit der deutschen Presse, die Abberufung der verbrannten deutschen Diplomaten aus Santiago schienen Gewähr zu leisten dafür, daß der Coup gelingen würde. Man hatte bei dem Schwindelunternehmen nur nicht mit der Haltung der Chilenen gerechnet. Die Nemesis beginnt erst in Erscheinung zu treten. Das „Dignigate" läuft an!

„Die Regierung in Bonn, gegen die ‚Dignidad' in Deutschland mit Erfolg gerichtlich vorging, verlangt von Chile, daß ihre Staatsangehörigen in Chile bestraft würden. Der Außenminister des Präsidenten Augusto Pinochet ersucht daraufhin entgegenkommenderweise um einen Untersuchungsrichter. (136). *Am Ende von hunderten von Vernehmungen usw. findet der Richter nichts anderes als ein eventuelles ‚illegales Ausüben des Ärzteberufes' im Hospital von ‚Dignidad'. Auch diese Anklage verflüchtigt sich, und das Hospital wird 1990 erweitert* (136). *Das geschah als der letzte Angriff der DC gegen die Wohlfahrtsgesellschaft angeblasen wurde."*

„Ich habe in meinen vorherigen Briefen mit unwiderlegbaren Tatsachen nachgewiesen, daß dieses Vorgehen eine verspätete Rache ist, die ihren Ursprung in der Entlassung des Intendenten von Linares und des Gouverneurs von Parral vor 25 Jahren darstellt, die erfolgten wegen der begründeten Klage von ‚Dignidad' wegen Erpressung, Entführung und illegalen Verhaftungen, die begangen worden waren von führenden Mitgliedern der DC in

der heutigen Siebten Region. Das sind die Tatsachen."

Ein anderer Leser erinnert in diesem Zusammenhang an das berühmte Wort des chilenischen Nobelpreisträgers Pablo Neruda: *„Ich spreche von Dingen, die existieren. Gott schütze mich davor, Sachen zu erfinden.*" (137)

Von anderer Seite (138) wird daran erinnert, daß *„das Bild, das die Öffentlichkeit von ‚Dignidad' hat, unter der Regierung des Präsidenten Frei von der Journalistin Erika Wechsler entstellt wurde. Schon damals charakterisierte man jene Deutschen als eine Gruppe finsterer Nazis, die unter einem System von Zwang und Strafen lebten, wie sie in unserer Gesellschaft unbekannt sind.*" Die Leichtigkeit, mit der die deutsche Lizenzpresse seit einem halben Jahrhundert alles mit Gier aufgreift, was man als nazistisch bezeichnen könnte, hat auch hier Pate gestanden für ein Jahrhundertverbrechen. Und die Leichtgläubigkeit eines Außenministers, der niemals mit beiden Beinen auf der Erde stand, sondern immer in rosaroten Wolken schwebte, tat dann sein übriges. Ihm standen für jedes Vorgehen unbegrenzte Mittel zur Verfügung. Die eklatante Minderwertigkeit politischer Parteipolitiker verbündete sich mit der Wichtigtuerei deutscher politischer und journalistischer Nullen. Man darf auch daran erinnern, daß vor hundert Jahren schon einmal gegen Einwanderer in Chile agitiert wurde. Damals waren den Jesuiten die deutschen evangelischen Einwanderer ein Dorn im Auge *„und die öffentliche Meinung wurde durch die unsinnigsten Phantastereien über das Leben und Treiben der protestantischen Gemeinden irregeleitet, die einen entsittlichenden Einfluß auf die eingeborene Bevölkerung ausüben und in ihren Betsälen Saufgelage abhalten sollten.*" (139).

Daß man in Deutschland am allerletztesten gefeit ist gegen derartige Wellen von Verleumdungen und unsachlichster Diffamierung, zeigt doch schon ein einziger Blick auf das, was man in Deutschland als historische Forschung der letzten Vergangenheit bezeichnet. Wer von den geistigen Vätern unserer moralisch so hochstehenden Republik hat da in seinen geschichtlichen Machwerken nicht Anleihen gemacht bei den hirnverbrannten „Gesprächen mit Adolf Hitler" des Herrn Rauschnig? Die Regale in den Buchhandlungen in Deutschland stehen voll von derartigen blödsinnigen Darstellungen. Man fragt sich, was will man mit derartiger Dreckschleuderei erreichen? Und vor allem, warum diese Hetze gegen „Dignidad"? Klar, ein Einlenken und eine Berichtigung der Vorgänge würde den politischen Tod eines infamen und unehrlichen Außenministers beschleunigen.

Gehen wir jetzt dazu über, den Widerhall in Chile zu zitieren, den die Aylwinische Amtsanmaßung hervorrief, so beginnen wir mit dem, was überparteilich gesagt wurde. „El Mercurio": *„Weit ab davon, ob die Meinungen der Regierungskoalition über ‚Dignidad' begründet sind oder nicht, muß man das Fehlen einer unparteiischen und auf beweisbaren Tatsachen sich stützenden Instanz feststellen. Die Erklärungen der Regierung bezüglich der ‚Schaffung einer verschlossenen Menschengruppe, die sich nicht in die chilenische Gesellschaft eingefügt haben', ‚schwerwiegendere Willkürakte', ‚eines Staates innerhalb eines anderen Staates', ‚ein Lebensstil, der sich nicht mit unserer christlich-okzidentalen Auffassung verträgt', hätten bestimmt bedeutend mehr Gewicht, wenn sie sich auf ein gerichtliches Urteil stützen könnten und nicht nur auf eine Mutmaßung, der Gewißheit und Objektivität einer juristischen Feststellung fehlen. Die hier kommentierte Löschung muß in weitem Umfang angesehen werden als eine Todesstrafe aufgrund simpler Vermutungen.*" (140).

Nachdem sich die dunklen Wolken etwas verzogen hatten, die sich nach der Präsidentenmaßnahme über Chile gelegt hatten, wird die gleiche, in Chile mit Abstand führende Zeitung noch etwas klarer: *„Nachdem im Verlauf von dreißig Jahren die Linke nichts gegen ‚Dignidad' beweisen konnte, hat sie jetzt, da sie die Regierung stellt* (141) *beschlossen, die ‚Endlösung' anzuwenden: sie auf dem Verwaltungswege zu liquidieren. Die konkrete-*

ste Kritik, die die derzeitige Regierung gegen ,Dignidad' vorbringen konnte, ist, daß es sich um eine ,verschlossene' Einheit handelt. Das ist ein ganz typischer Vorwurf nach sozialistischem Zuschnitt, begründet in der Überzeugung, wonach es ein Recht insbesondere seitens des Staates gibt, in allen Dingen herumschnüffeln zu dürfen. Das eigentliche demokratische Konzept achtet im Gegensatz dazu die Freiheit der Person und die Intimsphäre eines jeden einzelnen und gewährt ihm das Recht, das Maß seiner Bindungen zu den übrigen selbst zu bestimmen und selbstredend, sich nicht mit denen zusammentun zu müssen, mit denen er es nicht möchte . . . Aber, es trifft sich nun, daß die Linken in Deutschland einen internen Feldzug gegen ,Dignidad' starteten, der der dortigen Regierung unbequem war. Gewiß, unsere Militärregierung widerstand dem Druck aus Bonn, Maßnahmen zu ergreifen, die sich über gerichtliche Urteile hinwegsetzten. Die derzeitige Regierung zeigte jedoch nicht die gleiche Charakterfestigkeit und gab dem deutschen Druck nach. Und so hat sie, zusammen mit der Gesellschaft ,Dignidad' die Würde unserer Gesellschaft in ihrem Bemühen, souverän und unabhängig gegenüber ausländischen Mächten zu sein, geopfert." (142).

Sodann einige Bemerkungen aus der langen Reihe schwerer Kritiken, die praktisch die gesamte geistige Führung Chiles äußerte: *„Der geachtete Jurist Edmundo Eluchans leitet einen Fachkommentar mit der Bemerkung ein, ,daß der Präsident der Republik sich Rechte angemaßt hat, die der Richterlichen Gewalt zustehen, indem er die Löschung . . . dekreditierte."* (143).

Der Senator Arturo Allesandri: *„Nicht nur, daß wir die Colonia Dignidad verlieren, wir verlieren unsere eigene Würde als Land."* (144).

Der Vizepräsident des Senats, Beltrán Urenda Zegers: *„Ich klage die Exekutive an, ausländischem Druck nachgegeben zu haben und damit die Würde Chiles verletzt zu haben. Im vorliegenden Falle war der Druck sehr ausdrücklich und sehr betont."* (145)

Der Senator Sergio Onofre Jarpa wird ausführlicher: *„Jahrelang behauptete man, daß ein Verstoß gegen die Menschenrechte vorliege, aber jetzt handelt es sich um die Löschung der Rechtspersönlichkeit wegen der wirtschaftlichen Verwaltung und erwähnt nicht einmal das abgedroschene Thema möglicher Menschenrechtsverletzungen, die niemals bewiesen werden konnten. Ich bin überrascht, denn der ganze Feldzug bezog sich auf die Menschenrechte und jetzt straft man wegen ziemlich konfuser Sachen. Wenn die Kolonie das Gesetz übertritt, ist es logisch, daß man einen Prozeß macht und daß man auf Personen und nicht auf Institutionen die nach den chilenischen Gesetzen vorgesehenen Strafen anwendet. Ich glaube nicht an den Mythos von einem Ghetto, das dort bestanden haben soll. Das ist nur ein Ergebnis der Publizität."* (146).

Der Präsident der Unión Demócrata Independiente, Julio Dittborn: *„Es ist kein einziges Verbrechen bewiesen und es scheint mir, daß dieses Vorgehen nur die Fortsetzung dessen ist, was die DC und die Linke schon immer gegen die Kolonie praktizierten. Es ist völlig klar, daß es sich um eine politische Maßnahme handelt und daß die Regierung eine gerichtliche Untersuchung übersprang, wahrscheinlich von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dazu genötigt. Wir leben in einer zivilisierten Gemeinschaft. Es wird schon einen Grund haben, daß drei Gewalten des Staates bestehen. Wir würden in die Welt der Höhlen und des Barbarentums zurückkehren, wenn wir bei jeder Anzeige so vorgehen würden, wie es hier der Fall ist. Das wäre das Chaos."* (147).

Pablo Momber, Präsident der Vieh- und Landwirtschaftskammer von Osorno: *„Die Löschung . . . stellt versteckt die erste Enteignung dar, um eine erneute Agrarreform in Chile einzuleiten. Das Dekret des Präsidenten ist bedeutungslos, denn die chilenische Justiz hat zu entscheiden."* (148).

Der Abgeordnete J.A. Coloma der UDI: *„Ich hoffe, es wird sich alles klären, denn ir-*

gendwie hat dieser Vorgang etwas mit der Tatsache Chiles als Rechtsstaat zu tun und mit der Achtung vor den Institutionen, so wie es aussieht." (149).

Die Abgeordnete Marina Prochelle: *„Wenn man zusammenfaßt, was geschehen ist, so kann es der erste Schritt dahin sein, daß die Regierung der Rechtsperson privater Gesellschaften ein Ende setzt. Unternehmer in Osorno befürchten, daß sich dies (es war so unter Allende) wiederholt. Es wird Privatinitiativen und zukünftige Investierungen bremsen."* (150).

Leserzuschrift: *„Als Abkomme deutscher Siedler, die die bedingungslose Gastfreundschaft und die Behandlung auf gleicher Ebene, wenn nicht sogar in bevorzugter Form erlebten, die diesen widerfuhr, indem sie ihre Aktivitäten und ihre Traditionen in voller Freiheit entwickeln konnten, und wenn ich daran denke, wie Chile diesem befreundeten Volk in seinen dunkelsten Stunden half, dann erfaßt mich tiefste Bitterkeit, wenn ich beobachte, wie diese tiefverwurzelten Bande der Zuneigung einen wachsenden Verschleiß von Seiten derjenigen erlitten, die aus Unwissenheit, Parteilichkeit oder minderwertigen politischen Interessen heraus es nicht verstanden, mit der gleichen Großmütigkeit zu handeln."* (151).

Der international geachtete Geschichtsprofessor Bernardo Bravo Lira: *„Es handelt sich hier nicht um einen Angriff auf die Colonia ‚Dignidad'. Das würde Geschmacklosigkeit zeigen. Auch handelt es sich nicht darum, etwas zu verteidigen. Das wäre nicht vonnöten. Es ist ein Warnruf! Der Fall ist beunruhigend. Die Löschung ihrer Rechtspersönlichkeit stellt uns vor den Fall einer Rechtsbrechung. Zum einen, nicht einmal Allende tat so etwas. Zum anderen bedroht der Vorgang alle Rechtspersonen, Korporationen, Stiftungen des Privatrechts. Alle sind — mit oder ohne Begründung — der Möglichkeit eines gleichen Schicksals ausgesetzt."*

„Nicht in der Zeit blühendster Rechtsbrüche geschah so etwas. Nicht ein Justizminister Allendes, weder Lisandro Cruz noch Manuel Sanhueza noch Jorge Tapia oder Insunza versuchten es, die Rechtspersönlichkeit etwa der Produktionsvereinigung, der Handelskammer für den Kleinhandel, der Sofofa oder der SNA anzutasten (es handelte sich um scharfe und aktive Gegner Allendes)."

„. . . Der Fall ‚Dignidad' ist beunruhigender noch (als die Nationalisation und die Enteignung der Landwirte unter Allende). Zunächst einmal scheint da ausländischer Druck vorgelegen zu haben. Die ‚Süddeutsche Zeitung' teilt mit, ‚daß die Löschung auf Wunsch der deutschen Bundesregierung erfolgte'. Und dann führte bis heute kein einziger Prozeß gegen ‚Dignidad' zu einer Verurteilung, so daß man zu dem Eindruck kommt, daß man nach einem Versagen des Gerichtsweges, den Weg über die Verwaltung antrat. Bestätigt wird das durch die Tatsache, daß der Löschung eine lange und besessene politische und Pressekampagne gegen ‚Dignidad' vorausging, unter dem Zeichen der Menschenrechte, und dann liegt die einzige Begründung, die das Dekret nennt, auf dem Gebiet der Verwaltung . . . Ein gerichtliches Vorgehen würde den Rechtspersonen Garantie gewähren und nicht zuletzt sind die Gerichte weniger durch ausländischen Druck verwundbar als die Regierung." (152).

Der deutsche Botschafter in Santiago, **Wiegand Pabsch,** der ja täglich erneut Zeuge des Unwillens ist, den das diktatorische Vorgehen Aylwins auf deutschen Druck hin hervorruft, versucht, sich aus der Schlinge zu ziehen. Als er aus Anlaß eines Besuches im Regierungsgebäude von Journalisten am 18. März 1991 gefragt wird, was er über die Lage in „Dignidad" zu sagen habe und über die Zusammenhänge mit Verletzungen der Menschenrechte, antwortet er: *„Ich vertraue darauf, daß die begründeten Anzeigen, die vorliegen, von der chilenischen Justiz untersucht werden."* Erneut ein wortreiches Ausweichen ohne konkrete Handlung.

Nachdem, wie gesagt, 17 Senatoren das Dekret des Präsidenten als verfassungswidrig vor dem Verfassungsgericht anfochten, übergibt die Regierung eine Begründung ihres Vorgehens: *„Die Colonia Dignidad hat nicht die Ziele erfüllt, um deren Willen sie Rechtspersönlichkeit angesucht hatte."* Hinzugefügt wird, daß man bewußt nicht den **„Rettig-Bericht"** berücksichtigt habe, und daß auch das Innenministerium sich nicht auf diesen beziehen wird. (153).

In unserem Kapitel „Chile" kommen wir auf diesen Bericht zu sprechen. Es geht um eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen unter der Militärregierung. Auch Colonia „Dignidad" wird darin erwähnt. Allerdings in einer oberflächlichen Form, die gerichtlich nicht brauchbar ist. Man spricht konkret „von einem Verschwundenen" in „Dignidad", ohne weitere Einzelheiten. Der Anwalt der Kolonie, Fidel Reyes, meint dazu: *„Die Kommission Rettig hat einen Haufen Anzeigen erhalten, aber in einseitiger Form. Doch, da die Mitglieder dieser Kommission erklärten, sie seien kein Gericht, gibt es keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Gerecht ist daher, daß, solange kein Schuldbeweis vorliegt, man deren Unschuld anzunehmen hat."* Fidel Reyes war eindeutig mit seiner Erklärung, *„daß es absurd und Zeichen einer ganz außerordentlichen Stumpfsinnigkeit wäre, zu sagen, ‚Dignidad' habe die Menschenrechte verletzt, denn das würde bedeuten, die Gesellschaft habe sich damit befaßt, Recht zu brechen und wenn man in dieser Richtung denkt, müßte es von irgendeinem Gericht als gesetzlose Handlung erklärt worden sein."*

„Das aber wäre wirklich eine grandiose Dummheit, denn als der Untersuchungsrichter Hernan Robert Arias (154), *tätig war, gab das Höchste Gericht sein Urteil ab, wonach die untersuchten Tatsachen kein Delikt darstellten."*

Parral gehört zum Amtsbereich des „roten Bischofs" Carlos Camus Larenas. Im Fernsehen hatte er die Kämpfer gegen die Diktatur (gemeint ist natürlich die Regierung Pinochets) als „Helden" bezeichnet. Von Journalisten (155) wird er gefragt: *„Glauben Sie, daß die Führer von Dignidad an etwaigen Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren?"* Seine Antwort ist für die derzeitige Weltordnung bezeichnend: *„Ich weiß nicht. Anscheinend würde das jedoch ihrer Mentalität entsprechen. Sie kamen aus Hitlerdeutschland und wahrscheinlich brachten sie diese ganze Unterdrückungsmentalität mit sich hierher."* In dem gleichen Interview meint er: *„Gegen eine Diktatur kämpfen, wenn man glaubt, daß es keinen anderen Ausweg gibt, ist ein gültiges Mittel in der klaren Doktrin des Thomas von Aquin, dem großen Lehrer der Katholischen Kirche; aber in einer Demokratie ist das ganz anders. Da ist der Gebrauch der Gewalt nicht mehr gerechtfertigt, denn es gibt viele friedliche Mittel, die möglich und wirksamer sind."* Darauf der Journalist: *„Aber man greift weiter zur Gewalt und sogar in verstärktem Maße."* Camus: *„Ich glaube, das ist eine Folge der Diktatur."* Diese und ähnliche Äußerungen sind der Grund dafür, daß man den Bischof mit Drohbriefen überschüttet. Camus: *„Die kommen von Dignidad."* Der Provinzgouverneur, Manuel Francisco Mesa Seco versteht etwas von Propaganda und ordnet daraufhin Polizeischutz für den von „Dignidad" „gefährdeten" Bischof an.

Wir Deutsche kennen diese Art von Prälaten. Die Erscheinung des Priesters, der unter der Soutane ein Parteibuch verbirgt, ist nicht erst von heute. Denjenigen aber, die sich heute in deutschen Landen im Krieg gegen „Dignidad" auf die Seite eines Camus stellen, sollte in Erinnerung gebracht werden, was sich in den dreißiger Jahren dort zutrug. Denn, wie nähert sich doch ein Bischof Camus mit seiner Taktik normativ den „Deutschen Christen", die ein **Karl Barth** 1934 so scharf angriff: *„Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürfen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltan-*

DIE ZEIT

Nr. 7 – 8. Februar 1991

Nachlese: „Colonia Dignidad" aufgelöst

Bastion des Generals

Die rund 300 deutschstämmigen Mitglieder der „Colonia Dignidad" traten nach dem Beschluß der chilenischen Regierung, das berüchtigte Camp aufzulösen, am vergangenen Sonntag in einen Hungerstreik. Der Chef der „Kolonie der Würde", der Deutsche Paul Schäfer, ist derweil untergetaucht. Ihm werden Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Mißbrauch Jugendlicher vorgeworfen.

Die Geschichte dieses 15 000 Hektar großen „Konzentrationslagers" (so die chilenische Presse), 370 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago gelegen, könnte finsterer nicht sein. Nach außen gab sich die baptistische Sektengemeinschaft, die 1961 aus dem rheinischen Siegburg eingewandert war, als blühende landwirtschaftliche Kommune mit eigenen Werkstätten, Schule und Kirche. In Wirklichkeit wurden auf dem stacheldrahtumzäunten und von Schäferhunden bewachten Areal auch paramilitärische Übungen abgehalten und politische Gefangene der Pinochet-Diktatur gefoltert. Die Beziehungen der deutschen Lagerleitung zum chilenischen Militär gediehen besser als die Agrarprodukte. Die „Colonia Dignidad" lag dem General Pinochet besonders am Herzen. Angeblich sollen Mannen des Camps beim Putsch gegen Präsident Allende (11. September 1973) beteiligt gewesen sein. Das Lager soll auch als Trainingsstätte der Geheimpolizei gedient haben.

Die Verantwortlichen der „Colonia Dignidad" werden außerdem angeklagt, seit Jahren Steuern hinterzogen und Zollbestimmungen umgangen zu haben. Der Innenminister hat nun der „Colonia" den Rechtstitel als gemeinnütziges Unternehmen entzogen und das Vermögen einem kirchlichen Verein übertragen. Eine vollständige Aufklärung über die Machenschaften in der „Colonia Dignidad" wird indes erst dann erfolgen, wenn die Öffentlichkeit Zutritt bekommt.

Mit der „Colonia Dignidad" hat sich auch die Kommission „Wahrheit und Aussöhnung" beschäftigt, die im Auftrage des Präsidenten Patricio Aylwin den Menschenrechtsverletzungen während der Pinochet-Diktatur nachgeht. Ihr Bericht wird dem Staatsoberhaupt an diesem Wochenende übergeben. Der schwelende Konflikt zwischen der demokratisch gewählten Regierung und dem selbstherrlich amtierenden Heereschef Augusto Pinochet könnte sich dann gefährlich zuspitzen. Denn die Chilenen verlangen eine vollständige Aufklärung der Untaten und eine Verurteilung der Schuldigen: Wann, endlich, fällt Pinochet?

C.D.G.

schaulichen und politischen Überzeugung überlassen." Was ist es anders damals im soeben geborenen Dritten Reich, was da heute ein „roter Bischof" in Chile posaunt und warum er mit unbestimmten hinterhältigen Andeutungen in den politischen Kampf gegen Dignidad eingreift? Sein Mut zur Unmoral kann nicht verdeckt werden mit dem Glauben an das Kreuz. Ganz abgesehen von dem Irrealen, Rückwärtsgewandten seiner feingesponnenen Hetze. Sieht es nicht vielmehr aus wie ein Teil jenes „Gerüsts des Unrechts" (Hegel), das man seit 1945 weltum aufbaut und dessen wesentlicher Teil die Beschimpfung der Deutschen ist? *„Die Sieger hatten und haben Gewalt und üben sie unumschränkt und ohne irgendwelche Rücksichten aus."* (**Baumbach**). Daß „Bonn" heute in das gleiche Horn bläst, in welches 1933 „Deutsche Christen" bliesen, zeigt, mit welcher Rabulistik ein Regime ohne moralische Richtschnur sich dem Deutschtum entgegenstellt, wo auch immer dieses sich regt. Daß ihm alle innere Anständigkeit fehlt, machte es denkbar, daß man die Deutschen in Parral in Chile verglichen hat mit den Christen, die man im Kolosseum den Löwen vorwarf.

Das Vorgehen der 17 Senatoren war den Marxisten unbequem. So beantragten 18 Abgeordnete der Linken, das Verfassungsgericht möge den Schriftsatz zurückweisen, *„weil Gegenstand der Beschwerde ein Vorgang sei, der nur von den privat Betroffenen angegriffen werden könne, aber nicht von allgemeinem Interesse sei."* Im übrigen ist man der Meinung, nicht der Senat, sondern die Abgeordnetenkammer hätte zu entscheiden. Man weist darauf hin, daß in dem Schriftsatz der Senatoren von einem „Weg der Tatsachen" (anstatt von einem Rechtsweg) gesprochen werde, d.h. man hätte die verfassungsmäßige Basis verlassen und der Präsident hätte wie ein Diktator gehandelt. Das aber ist nach Meinung des Rechtsbeistandes der 18 linken Abgeordneten, Ramon Briones *„eine schwerwiegende Anklage mit ernsten politischen Folgen."* (156). Womit er bestimmt nicht Unrecht hat.

Der Innenminister Enrique Krauss wies den allgemein erhobenen Vorwurf des Diebstahls zurück: *„Es handelt sich hier nicht um einen Diebstahl. Das wäre nur dann der Fall gewesen, wenn man nicht sofort das beschlagnahmte* (gestohlene!) *Gut den Methodisten übereignet hätte!"* Und die Fraktion der DC in der Abgeordnetenkammer macht darauf aufmerksam, daß es sich nicht um eine „Beschlagnahme" gehandelt habe, sondern daß es sich darum handelt, daß die Methodisten über die Aktiven der aufgelösten Gesellschaft „verfügen" könnten. Das sei etwas anderes. Außerdem sei das Vorgehen der 16 Senatoren ein Angriff auf die Interessen des Fiskus und kommt einer Verteidigung privater Interessen gleich, solange das Oberste Gericht seinerseits noch nicht gesprochen habe. Wortklaubereien und Spitzfindigkeiten sollen die Unrechtmäßigkeit des Löschungsaktes verbergen. Es soll noch hinzugefügt werden, was der chilenische Justizminister Cumplido nach dem Spruch des Verfassungsgerichts von sich gibt: *„Dieses Urteil bestätigt, daß die Regierung nicht gegen den Rechtsstaat vorging, sondern im Gegenteil das Recht anwendete, indem sie ihre Pflicht zum Verwalten und Regieren erfüllte. Die Zuweisung des Eigentums der Colonia Dignidad an eine andere Organisation kann unter keinem Vorwand als ‚Enteignung' angesehen werden, was nur möglich gewesen wäre, hätte man das Schicksal der Güter für den Fall der Auflösung nicht mitgeteilt."*

„El Mercurio" bringt am 4. Februar einige Pressestimmen aus Deutschland zu dem soeben erfolgten Auflösungsdekret. „Welt am Sonntag" teilt mit, daß die chilenische Regierung die Kolonie auflöste weil wiederholt die Menschenrechte verletzt wurden. „Bild am Sonntag" überschreibt: *„Folterlager endlich aufgelöst."* „Profil", Wien: *„Deutscher Schandfleck. Das von Deutschen betriebene Folter- und Sektenzentrum Colonia Dignidad soll gesperrt werden."*

„Darmstädter Echo", Hasso Ramspeck aus Santiago: *„Die berüchtigte deutsche Kolonie Dignidad aufgelöst . . . Mehrere Zeugen haben der Kolonie vorgeworfen, in den ersten*

Jahren der Pinochet-Diktatur dort gefangen und gefoltert worden zu sein. Die chilenische Regierung ging jetzt in ihrer Begründung nicht auf diese Vorwürfe ein. Sie nahm ‚schwere und wiederholte‘ Verletzungen der Statuten, nach denen das ‚Mustergut‘ seinerzeit gegründet worden war, zum Anlaß für die Auflösung. Nur eher beiläufig wird angedeutet, daß auch andere Vorwürfe berechtigt sind.“ In der „Mittelbayrischen Zeitung“, Regensburg, erscheint der gleiche Aufsatz mit folgenden Zusätzen: *„Auf der Liste der Anschuldigungen gegen die Führungsclique der Colonia Dignidad stehen die Verletzung der Menschenrechte, das willkürliche Festhalten von Angehörigen der Gemeinschaft und der Mißbrauch Minderjähriger.“* Man sieht, Herr dpa-Korrespondent Ramspeck tritt in die ekelhafen Spuren des Herrn Reuter (siehe XI, 355). Der Leser hat hier die Gelegenheit, die chilenischen Texte mit dem zu vergleichen, was man in Deutschland veröffentlicht. Der Leser möge auch beachten, wie man in der „Zeit“ in dem anliegenden Text von einem begünstigten „kirchlichen Verein“ spricht, aber nicht von den Methodisten. Es bestünde sonst wohl die Gefahr, daß man Methodisten als Diebesgesindel bezeichnet. Und „Unrecht gut gedeiht nicht gut!“

„Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“: *„Wiederholt war berichtet worden, daß sich ehemalige Nazis in die Kolonie geflüchtet hätten“* (in der Tat nannte man in fast allen deutschen Zeitungen diesbezüglich Dr. Mengele, Bormann, Rauff. Die blödsinnigsten Behauptungen dienen so zur Untermalung einer Riesenverleumdung).

Man lügt einmal und dann noch ein zweites Mal. Und beim zweiten Mal zitiert man als Beweis die eigene erste Lüge. Das ist die Grundlage der deutschen Außen- und Innenpolitik, belegt am Beispiel „Dignidad“.

Wir kommen aus Anlaß des Besuches von Bundeskanzler Kohl in Chile noch einmal abschließend auf das Thema „Colonia Dignidad“ zurück. Die ernsten Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit Chiles, begründet in dem diebischen Vorgehen und unter Umgehung der Justiz sind auch zum Kanzler gedrungen und dieser wies warnend darauf hin. Bei dem Mittagessen, gegeben am 21. Oktober vom Senatspräsidenten Gabriel Valdes warnte er (erneut) unmißverständlich: *„Die zur vollständigen Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaat in Ihrem Lande erforderlichen Reformen liegen zu einem wesentlichen Teil in Ihren Händen.“*

Der Maßnahmenstaat

Wir greifen auf, was chilenische Senatoren zu der abenteuerlichen Politik Aylwins mit Unterstützung Genschers zu sagen hatten. Chile hat sich aus der Kontrolle des Rechts gelöst. Es hat sich zum Maßnahmestaat entwickelt. Es regiert nicht mehr das Gesetz, sondern die Willkür des Präsidenten. Und diese wird bestimmt und gesteuert vom Ausland her.

Der Begriff des Maßnahmenstaates wurde zur Charakterisierung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gefunden (157). Die Beurteilung der damaligen Verhältnisse im Dritten Reich, wie sie von dessen Gegner vorgenommen wird, ist uns eine Versuchung, einmal mit den Begriffen der Sieger von 1945 die chilenischen Vorgänge zu messen. Wir hoffen, damit auch oberflächliche Ja-Sager zu der höchst gefährlichen Politik der Genscher und Aylwin davon zu überzeugen, daß weltgewaltige Kräfte dabei sind, einen Weltstaat ohne Recht aufzubauen. Das fürchterliche Erlebnis der dreihundert friedliebenden, fleißigen deutschen Bauern in Chile, die völlig charakterlose Mitwirkung bei diesem moralischen und wirtschaftlichen Massenmord in allen deutschen Presseorganen sind ein

sehr ernst zu nehmendes Menetekel für die selbsternannten Söldner für eine Neue Weltordnung.

Was heute in Chile geschieht, erinnert verteufelt an die Reichskristallnacht: *„Brandstiftung, Verwüstung und Plünderung, noch dazu offiziell als ‚spontan' bezeichnet, widersprachen der Bürgermoral von Ruhe und Ordnung."* (158). Denn genauso steht doch in krassem Widerspruch zu allem, was heute als verpflichtend, verteidigungswert gilt (Menschenrechte, Gewaltenteilung in einem demokratischen Staat, unabhängige Justiz, Mitsprache des gewählten Parlaments, Pressefreiheit usw.), was da in dem von Genscher der Colonia Dignidad erklärten „Krieg" (siehe XI, 176) geschieht. (Verneinung des Eigentumsrechts, Schutz der Kranken, Bildung der Analphabeten, Sauberhaltung der Umwelt, Kampf gegen Korruption, willkürliche Präsidentenerlasse anstelle der Gesetze). Aus dem Normenstaat wird der Maßnahmenstaat, wie es Ernst Fraenkel formulierte.

Der Normenstaat ist das Gegenstück zum Rechtsstaat. Als Recht gilt nicht mehr das Gesetzbuch und die Verfassung. Es gilt, was der Macht gilt, einer staatlichen, die ihrerseits einer überstaatlichen dient. Einer Macht, die im vorliegenden Falle sich erst durch das Beiseiteschieben der Gesetze zeigt, die ihre Vertreter erst in Maßnahmen bloßstellt, die den Rechtsnormen ins Gesicht schlagen. An sich hat dieses Vorgehen keine Grenzen. Man spart es sich aber auf für die ‚politisch liegenden' Fälle. Aus Klugheit geht man nicht weiter als notwendig. Doch an sich gibt es keine Grenzen, wie Julio Dittborn es warnend offenlegt. Die Außerachtlassung der Gesetze ist normativ gleich schwerwiegend am Anfang, wo es sich nur um unbedeutende Willkürakte handelt oder dann, wo es sich um Maßnahmen der Polizeigewalt handelt und weiter um Verhaftungen, um Folterungen, um Konzentrationsalger. So ist letzten Endes das Vorgehen Aylwins und Genossen genau das, was man böswilligerweise unter dem Motto „Haltet den Dieb!" den deutschen Bauern in Colonia „Dignidad" vorwirft, die von allem diesem überhaupt nichts wissen und verstehen.

Besonders gefährlich wird dieses Bild der deutsch-chilenischen Wirklichkeit 1991, wenn man in das betrachtete Bild hineinnimmt, was mit Wirtschaftsinteressen, Geld und Reichtum umschrieben werden kann. Denn der von Aylwin und seinen Brüdern mit deutschen Millionen freventlich aus den Angeln gehobene Staat braucht Ordnung und Gesetz gerade auch im unternehmerischen Bereich. Gelderwerb muß an die Rechtmäßigkeit des Erwerbs streng gekoppelt sein. Baut man die Macht im Staate auf auf den Besitz, das Eigentum des Einzelnen, läßt Geld die Welt regieren, so bedeutet es Unterhöhlung einer solchen Ordnung und Bürgersitte, wenn Geld auf unlautere Weise, mit der Unterschrift des Präsidenten unter ein Dekret erworben werden kann. Und gerade das geschieht im Falle „Dignidad". Es wird enteignet und diese Enteignung auch gleich als Belohnung für ideologische Linientreue ausgegeben, außerdem dieses schmutzige Geschäft noch mit einer Prämie von 111 Millionen DM aus Bonn verzuckert. In sittlich einwandfreiester, vorbildlichster, von niemandem widersprochener Weise erworbenes Eigentum wird vom politischen Gegner weggenommen, GESTOHLEN.

So ist es ein trauriges Bild, das dieses fiebergeschüttelte Chile bietet. Eine stolze, aufrechte, fleißige Nation wird billigen Utopien und den durch persönliche Bereicherung an sie Gebundenen ausgeliefert.

Nur eine Ausnahme gibt es. 1848 kann der spätere preußische Kriegsminister Albrecht von Roon sagen: *„Das Heer, das ist jetzt unser Vaterland, denn hier allein sind die unreinen, gärenden Elemente, die alles in Frage stellen, noch nicht eingedrungen."* Heute könnte General Pinochet das gleiche von Chile sagen.

Man spricht von einem „Staat im Staate" und man exerziert im gleichen Augenblick einen Staat vor, der nichts mehr zu tun hat mit jenem Chile, in welchem Ordnung und Gesetz Rückhalt gefunden hatten. Das eigentliche Chile wurde so nach und nach zu einem



Protestmarsch der Dozenten in Santiago: Wo bleibt Ihr Zeigefinger, Herr Minister?

Staat im „demokratischen" Chile der Marxisten. Aylwin und die seinen haben Chile usurpiert.

Nicht nur die Ermordung des Senators **Jaime Guzman** steht für diese Pervertierung der öffentlichen Verhältnisse in Chile. Am Dienstag den 10. September wartet man vergebens auf **Cristian Edwards del Rio** in seinem Büro. Der Sohn des Herausgebers von „El Mercurio" war immer pünktlich. Seitdem weiß man nichts von seinem Verbleib. Der politische Hintergrund dieser Entführung ist allen klar. Das böse Gewissen schlägt den Komplizen in der Regierung. Der Innenminister Enrique Krauss, uns bereits bekannt als federführend im Krieg gegen „Dignidad" und Kanalisator des **Informe Rettig**, der heilende Wunden wieder aufriß, tut sich viel damit zugute, die staatlichen Sicherheitsorgane dem Untersuchungsrichter zur Verfügung zu stellen. Cristian Edwards verschwand einen Tag vor dem elften, dem „once", dem Tag, an welchem vor 18 Jahren **Pinochet** in letzter Minute das Land vor der kubanischen Sowjetisierung rettete, dem Tag, an welchem den Marxisten in ihrem Weltenplan Lateinamerika verloren ging. Die Straßen Santiagos spiegelten 1991 die Lage wieder, nachdem Aylwin mit dem Informe Rettig der Wahrheit und der Versöhnung einen bösen Streich spielte. In der Avenida Presidente Errázuriz umjubeln Menschenmassen den „Retter Pinochet", während vor dem Regierungsgebäude der Marxismus frech sein Haupt erhebt. Da brüllt („vocifera") der Gewerkschaftsführer Alejandro Olivares: *„Die Arbeiter stehen nicht abseits bei der Ehrung des Märtyrers* **Salvador Allende.** *Dieser Militärputsch richtete sich nicht nur gegen die Regierung des Volkes, die dabei war, einen vollständigen Wandel der chilenischen Gesellschaft durchzuführen, er richtete sich gegen die Gewerkschaften . . . Bedenken Sie (wendet er sich an die Regierung) die wahren Gefühle des Volkes. Um eine Handvoll Geld oder ein Haus verkauft man nicht die Ehre unserer Märtyrer . . . Wir fordern von heute ab von unseren Parlamentariern, daß sie zur Mobilmachung schreiten als wichtigstes Werkzeug, um in unserem Land Gerechtigkeit zu schaffen. Wir nehmen nicht mehr die Flegeleien des Diktators hin, die das Volk verletzen. Wir rufen alle auf, auch die Regierung, aufzustehen in der Forderung, daß Pinochet zurücktritt. Vorwärts, Genossen!"*

Auch der Mann, der einen unblutigen Übergang von der Militärregierung zur zivilen steuerte und ein gesundes, arbeitsames, moralisch hochstehendes Land seinen Nachfolgern übergab, General Pinochet, muß erkennen, wie diese erneut dem Haß alle Wege öffneten: *„Sie haben die Gräber erneut geöffnet!"* Der Haß regiert die Linken, in Chile wie in Rumänien und in Serbien. Und die Mordinstrumente liefert **die Reaktion,** die sich eins fühlt mit den Roten im Kampf gegen Leistung und Sauberkeit und Ordnung und Autorität. Es ist leichter, die Fronten zwischen Marxisten und Völkischen auszumachen als zwischen Internationalisten und Völkischen, doch sind die Internationalisten die weitaus gefährlicheren. Und unanständigeren, unehrlicheren. Sie zögern niemals, im gegebenen Augenblick ihre zeitweiligen Bundesgenossen von links zu verraten. Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Verbündeter Stalin das polnische Offizierskorps in Katyn beseitigte, und verhinderten vierzig Jahre lang die Wahrheitsfindung. Um heute ihren Alliierten von damals als Massenmörder zu verurteilen. Wir aber, und in dem besonderen Falle Chiles, unsere Nachbarn jenseits der Kordillere, fühlen keinerlei Bedürfnis, zu vergessen, daß die Diebe und Mörder ihren Generalstab in Nordamerika hatten. Und daß dieses Nordamerika heute mit seinen Gefolgsleuten in Bonn und in der EG den Kampf gegen das Abendland mit der gleichen Perfidie wie bislang fortsetzt. Wir werden diese schweren Anklagen beweisen.

Sie, die Aylwin und Genscher, haben ihrer utopischen Sache einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Diese Empörkömmlinge aus dem Logendunkel, mit der Ausbildung gewitzter Viehdiebe und der Erfahrung von Winkeladvokaten, im interenen Kreis nach Verschwörerart mit Geheimzeichen gestikulierend, Verbindungen knüpfend und Pläne ent-

werfend zur Beseitigung der unaufmerksamen, von ihnen dauernd geschröpften Welt und Umwelt, sie meinten, mit ihren Intrigen gesiegt zu haben — denn als Intriganten sind sie unübertrefflich — und wollen nicht wahrhaben, was seitdem geschieht. Gottes Mühlen mahlen langsam. Es braucht seine Zeit, bis sich das ungute Gefühl, unter Dieben und Mördern zu leben, in die Seelen einfrißt. Unerfahrene Hitzköpfe, arrogante Besserwisser, von ihrer Gottähnlichkeit fest überzeugte, anmaßende Schleicher, deren Hauptangriff sich gegen jene richtet, die sie durchschaut haben und auf ihr eigentliches Maß zurückstutzen möchten. Friedrich Schiller hat ihnen vergebens zugerufen; diesen „Wahrheitssuchenden", wie sie sich protzig nennen:

„Weh dem, der zu der Wahrheit geht durch Schuld:
Sie wird ihm nimmermehr erfreulich sein." (159)

In einem Frontalzusammenstoß mit einem Tankwagen stirbt im Juli 1991 der Gouverneur von Linares, Manuel Francisco Mesa Seco, mit Frau und Tochter. Er war der Hauptakteur des behördlichen Intrigenspiels gegen „Dignidad". Spricht die Geschichte manchmal in Gleichnissen?

Der Senator Dittborn warnt vor dem Chaos, das entstehen würde, wenn man bei jeder Anzeige so vorgehen würde wie im Falle „Dignidad". *„Das gebändigte Chaos als Bedingung absoluter Macht. Dies ist in der Tat die raison des ‚Maßnahmenstaates'* (Sebastian Haffner), meint von Krockow. Die absolute Macht aber in den Händen einer Geheimgesellschaft, die sich nur in Geheimzeichen den Brüdern sichtlich macht. Das Foto, das wir vor zwei Jahren auf der Seite 369 von Buch XI brachten, ist zum historischen Beleg geworden für die Diktatur der Loge. *„Die Entscheidung über Freund und Feind wird normativ in der Diktatur aus dem Nichts geboren"* (Carl Schmitt). *„Gleichzeitig allerdings braucht jede Macht"*, fährt von Krockow fort, *„Machtinstrumente, die, um leistungsfähig zu sein, ihrer eigenen Ordnung und Regelhaftigkeit bedürfen."* Es war für Aylwin und Genscher und Komplizen ein Spiel mit dem Feuer, den Satz vom „Staat im Staate" in die Debatte zu werfen, denn in der Tat beweist das Auflösungsdekret des Präsidenten, daß hier ein Doppelstaat vorliegt. Die gesetzlichen Normen gelten nur insoweit als sie dem anderen unsichtbaren Staat dienen. Und wir können hinzufügen, daß dieses doppelte Gesicht eines modernen Staates keineswegs auf Chile beschränkt ist. Es hat hier nur ein besonders böses Ergebnis gezeitigt. Gerade auch in Deutschland preßt man die Normen in und außerhalb der Gerichtssäle in die Schablone der Neuen Weltordnung. Angefangen hat es mit der „politischen Justiz" und endete mit dem Ersetzen derselben durch die Unterschrift des Präsidenten unter ein dreihundertfaches Todesurteil.

Es ehrt Chile, daß alles dieses in den Kommentaren von Professoren und Senatoren klar und deutlich zum Ausdruck kam. Die beruhigende Bemerkung des Haupttäters, daß in seinem Vorgehen nicht der Beginn einer neuen Entwicklungswelle gesehen werden dürfe, hängt völlig in der Luft, seitdem er selbst gezeigt hat, daß es auf Gesetze und Gericht nicht mehr ankommt. Solange das Auflösungsdekret besteht, ist nun einmal, wie der Abgeordnete Coloma betonte, Chile kein Rechtsstaat mehr! Daran kann auch nicht die Zustimmung des Verfassungsgerichts etwas ändern. Mit seiner Unterstützung des Präsidenten bauen sie sogar deutlicher noch die Doppelmoral auf, die durch die Beseitigung der Gewaltenteilung geschaffen wurde. Moralischer Mut und geistige Unabhängigkeit fand man noch in den Spalten des „Mercurio", aber nicht mehr in den „demokratischen" Institutionen. Es fragt sich, ob dieser Widerstand genügt, um den Weg in den Sumpf noch rechtzeitig abzubrechen. Chile auf den Marmorklippen!

Wenn man den deutschen Außenminister Genscher erkannt hat als einen der aktivsten Zimmerleute der Neuen Weltordnung, so wollen wir nicht mit weiteren Beispielen zuwarten, sondern schon jetzt etwas über seine Arbeitsmethode sagen: Da er souverän die Welt-

anschauung beherrscht, die gefordert wird, kann er es sich erlauben, aus anscheinend eigenem Impuls in die politische Welt einzugreifen. Die Welt ist ihm Spielball seiner Träume. Einer idealen Zukunft verpflichtet, setzt er von dort aus den Maßstab seines Handelns. Interesse an einem bestimmten Erdenstück hatte er kaum. Wenn etwas bei ihm Sinn hatte, dann war es sicher nicht in Verbindung zu bringen mit dem Wort „deutsch". Er erkannte frühzeitig, daß ein utopisches Konzept nicht vom Präsidentenstuhl aus gefördert werden konnte. Das Arbeitsgebiet eines Außenministers war da weitaus einträglicher. Vor allem in einer Umbruchzeit, in welcher das Einflußgebiet noch nicht geographisch begrenzt wurde und andererseits die (nicht gerade neuen) utopischen Zeile so unbegrenzt waren, daß es nicht schwer fiel, die geographische Unterlage ins Unendliche, d.h. einmal über den ganzen Globus auszudehnen. Diese Kombination erst machte Vorgänge wie die Erpressung der chilenischen Regierung im Rahmen des „Krieges" gegen die „Colonia Dignidad" möglich und verhinderte gleichzeitig eine wirksame Verteidigung des Angegriffenen. Der Aufbau seines Reiches läßt sich mit dem des British Empire vergleichen. So wie damals England die Meere beherrschte und seine Kriegsschiffe an ungeschützte fernste Küsten beordert werden konnten, so konnte Genscher seine Männer und seine Gelder ungehindert in Richtung auf seine Opfer bewegen, ohne daß diese gleichwertige Waffen auffahren konnten. Er wußte, daß überall der Schrecken an die Tore klopfte, in Gestalt der zusammenbrechenden Wirtschaftssysteme wie auch der verendenden Natur. Für überflüssige Späße hatte man keine Zeit. So kam niemand den von ihm ausersehenen Todeskandidaten zu Hilfe. Im Gegenteil: er hatte keine Probleme mit der Öffentlichen Meinung. Sie folgte blindlings den ausgegebenen Schlagwörtern. Kontrollieren konnte (und wollte) ihn niemand.

Dieser **„Durchschnittsmensch"** macht in utopischer Außenpolitik. *„Der Durchschnittsmensch hat die besten wie die wichtigsten Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingenommen . . . Das bedeutet aber, daß ein Typus Mensch alle wichtigen Entscheidungen bestimmt, der diesen Entscheidungen in keiner Weise gewachsen ist."* (160). Nicolson überträgt die Folgen dieser Entwicklung auf das Gebiet der Diplomatie und spricht von *„einer chaotischen Verwirrung der Nachkriegszeit, die die Auffassungs- sowohl wie die Führerfähigkeit eines jeden einzelnen Gehirns überstieg."* Er bezog sich dabei auf die Zeit, die den akkumulativen Wahnsinn von Versailles, Trianon, Sevres, St. Germain, Unterstützung der soeben geborenen Sowjetunion, Instichlassen der Kurden und Armenier, Beseitigung von drei Kaiserreichen, Erfindung Jugoslawiens und der Tschechoslowakei produzierte. Doch, ist es so unangebracht, ein ähnliches Urteil zu fällen für die in Jalta und Potsdam ausgeheckten Produkte, Teilung des Reiches, Umerziehung, Vereinte (Sieger-) Nationen, millionenfache Menschenvernichtung, Nürnberg? Der Typ des heutigen Durchschnittsmenschen hat *„drei Kennzeichen: 1) eine unbefangene Gewißheit, daß das Leben leicht, reichlich, ohne schicksalsbestimmte Grenzen ist. Darum ist jedes durchschnittliche Einzelwesen* (in unserem Beispiel mit Namen Hans-Dietrich Genscher) *von einem Herrscher- und Siegesgefühl durchdrungen, daß es bestimmt, 2) sich selbst, wie es da ist, zu bejahen, seine sittliche und geistige Habe für gut und vollständig zu erklären. Diese Selbstzufriedenheit führt es dazu, keine Autorität neben seiner eigenen anzuerkennen, auf nichts und niemanden zu hören, seine Meinungen nicht in Zweifel zu ziehen und die Existenz des fremden Du zu ignorieren. Das innere Gefühl von Machtvollkommenheit reizt den homo vulgaris unausgesetzt, sein Übergewicht geltend zu machen. Er wird also handeln, als gäbe es auf der Welt nur ihn selbst und seinesgleichen und wird, 3) in alles hineinreden und ohne Rücksichten, Überlegungen, Vorbereitungen seine banalen Überzeugungen durchsetzen."* (161).

„Es ist beispielsweise völlig ausgeschlossen, daß der Außenminister eines großen Staates einige hundert Reisen im Jahr macht, die Mehrzahl der Länder dieser Erde besucht und dabei die jeweils vorliegenden Probleme konkret übersieht. Die Folge ist eine Simplifizie-

Ein Dokument deutscher Schande im fernen Südamerika:

Der deutsche Sozialarbeiter MdB CDU Werner Schreiber fordert von Chiles Präsidenten Aylwin, das Genscher in Bonn vor Jahresfrist gemachte Versprechen im „Fall Dignidad" zu erfüllen und teilt im gleichen Atemzug mit, daß die 111 Millionen DM bewilligt sind.

Mercurio, 14/8.90

Diputado Alemán Espera Ayuda del Gobierno Chileno Para el "Caso Dignidad"

- Werner Schreiber se entrevistó ayer con el Presidente de la República.

El diputado alemán Werner Schreiber, expresó en la tarde de ayer en La Moneda su confianza en que el Gobierno de Chile en conjunto con el de la República Federal Alemana puedan lograr solucionar el problema de Colonia Dignidad.

El parlamentario extranjero que se entrevistó con el Presidente Aylwin, señaló al término de la reunión que Colonia Dignidad "sigue siendo un problema de actualidad y esperamos que el Gobierno de Chile contribuya a encontrarle una solución junto con nosotros".

De igual modo, Schreiber informó que recientemente se firmó un convenio bilateral, mediante el cual se dispondrá asistencia financiera a Chile por un monto de 111 millones de marcos, y que en el futuro se seguirá colaborando con los programas de desarrollo de nuestro país.

rung und Schematisierung, eine ungeheure, geradezu nihilistische Einebnung aller Vielgestaltigkeit, die allein ein Handeln im globalen Maßstab ermöglicht." (162). Kommt dann hinzu, daß der hypothetische Außenminister alle Vielgestaltigkeit ideologisch verneint, eine nihilistische Einebnung bereits vor Antritt seiner Reisen vorgenommen hat, dann braucht man sich nicht mehr über die katastrophale Diplomatie zu wundern, die Genscher uns, etwa im Falle Jugoslawiens vorsetzt.

Es hat auch in Chile nicht lange gedauert, bis man den Pferdefuß erkannte, der da aus Bonn hereinspaziert war. Man brauchte nicht erst an den 30. Juni 1934 erinnert zu werden („Was Recht ist, bestimme ich!"), um zu erkennen, wohin die Genschersche Erpressung einen Rechtsstaat geführt hatte. Am 15. September 1991 legt darum der Senator Sergio Diez dem Kongreß einen Gesetzesentwurf vor, wonach für die Auflösung von juristischen Personen an die Stelle der Zuständigkeit des Präsidenten die Gerichte das Sagen haben. (163).

Der Sieger hat immer recht

Wenn man schon die Geschichte Chiles im Schatten des „Diktators Pinochet" ansehen soll, so sei es gestattet, sich einmal ein sachliches Bild zu machen von einem Chile, in welchem es keinen Pinochet gegeben hätte. Es ist gar nicht so schwer und bedarf nicht vieler Phantasie, denn wir haben doch eine ganze Reihe von konkreten Beispielen für eine solche Entwicklung. Fassen wir nur einmal zusammen, was in allen jenen Fällen geschah, da der Marxismus nicht aufgehalten wurde, sondern an die Macht gelangte.

Beginnen müssen wir da natürlich mit dem Schicksal des kerenskischen Rußland. Es war der Beginn einer Lawine von ähnlichen Ereignissen. Solschenitzyn hat einmal zusammengefaßt, was diese Lawine an Menschenleben gekostet hat:

	UdSSR 1917 - 1978:	69.700.000
	China	63.000.000
	Katyn	10.000
	deutsche Vertreibung	2.923.700
	Kambodscha	2.500.000
	Ostberlin, Budapest, Baltikum	500.000
hinzu kommen:	Äthiopien	2.000.000
	Angola	2.000.000
	Kuba	2.000.000
	Spanien	1.500.000
	Jugoslawien	800.000
	Ungarn 1919	800.000
	Insgesamt	157.723.700

In Chile war der Mord von 10.000 Menschen vorgesehen. Die entsprechenden namentlichen Listen wurden gefunden. Es war der „Plan Z". Der Massenmord sollte am 18. September stattfinden. Pinochet kam dem um eine Woche zuvor. Die vorgesehenen Opfer des bereits angelaufenen Terrorregimes konnten ihre Namen in den Listen aufgezeichnet sehen, die die entsprechenden Mordkommandos bereits in den verschiedenen Städten in ihren Händen hatten. Das waren die chilenischen „Stasiakten".

Die zivilen Behörden waren entmachtet. Das zivile Höchste Gericht zeigte die Verfassungsbrüche an. Die Contraloría, d.h. die zivile Staatskontrollbehörde, klagte die UP systematischer Nichtbeachtung der Verwaltungsgesetze an. Die Abgeordnetenkammer als zivile Gesetzgebende Gewalt, ersuchte ausdrücklich um ein militärisches Eingreifen, um

der subversiven Guerilla, den Folterungen oppositioneller Politiker und weiterer vielfältiger Mißbräuche der UP ein Ende zu setzen. Zivile Privatpersonen warfen beleidigende Hühnerfedern in die Gärten der Offizierswohnungen und in die Kasernen wegen des feigen Nichteinschreitens der Wehrmacht und weil nichts unternommen wurde gegen die illegale Bewaffnung und die zunehmende totalitäre Bedrohung Chiles durch die UP (164). Viele hatten bereits alle Hoffnung verloren, als endlich das Militär in allerletzter Minute eingriff. Der Schreiber dieser Zeilen war Zeuge, daß Frauen chilenischen Offizieren ins Gesicht spuckten, wiel sie alles immer schlimmer werden ließen. Es waren jene Tage, da das Schicksal ganz Südamerikas an einem Manne hing: General Pinochet. Und es war die unübertroffene Disziplin des chilenischen Heeres, der Luftwaffe und der Marine, daß stillgehalten wurde bis dann der Befehl zum Einschreiten kam und die Menschen, nicht nur in Chile, sondern weit herum auch im Ausland, sich freudig und erleichtert zuriefen: Das Militär hat eingegriffen! Kein Wunder, daß den Roten, die sich schon als Beherrscher Chiles und ganz Lateinamerikas sahen, kein Mittel der Verleumdung, der Lüge, der Entstellung schmutzig genug war, sich selbst als Heilige vorzustellen und als arme Opfer der Uniformierten. Schnell wurde auch das Werkzeug der **„Kronzeugen"** (auf deutsch: gekaufte Zeugen) wieder aus dem Antifawaffendepot hervorgeholt, das in Nürnberg so mannigfaltige Dienste geleistet hatte (165). Insbesondere die Namen Dr. Friedrich Gauss und SS-Obergruppenführer Von dem Bach-Zalewski nennen die Historiker (166).

Wer von den Verbrechern konnte, floh damals über die Grenzen. Die restlichen konnten vielfach verhaftet werden. Die Geflüchteten fanden gute Aufnahme aber nicht nur bei ihren Genossen im Ausland, sondern auch bei fast allen anderen Parteien und Regierungen. Sie überschwemmten die Welt mit ihren Greuelmärchen und stellten sich selbst als Unschuldsmänner hin. In Helsinki versammelten sich im März 1974 die „westlichen" Menschenrechtsorganisationen in amtlicher Vertretung ihrer Staaten und stellten klar: Verschiedene Zeugen erklärten, daß die Militärjunta in Chile etwa 15.000 Personen während und nach dem Staatsstreich getötet hat, und dieses zu dem einzigen Ziel, ein Klima des Terrors zu schaffen. Es wurden verschiedene politische Flüchtlinge aus Chile vernommen, unter ihnen der Justizminister in der Regierung Allendes, Sergio Insunza und der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Volodya Teitelboim.

Achtzehn lange Jahre wurde dieses Ergebnis und diese Zahl von 15.000 Ermordeten bei jeder angebrachten oder unangebrachten Gelegenheit der Weltbevölkerung vorgesetzt. Der Name „Pinochet" stand für „Teufel", das Militärregime in Chile (nicht etwa „Militärregierung"!) stand für „Verbrecherische Organisation". Die tatsächlichen Vorgänge, das tatsächliche Geschehen wurde nirgends zur Kenntnis genommen. Wer auch nur den leisesten Versuch machte, in Chile oder auch hier im benachbarten Argentinien, eintreffende Deutsche (u.a.) auf das unrichtige ihres Bildes aufmerksam zu machen, wurde kurzerhand überfahren mit der Bemerkung: „Wir wissen alles. Sie brauchen uns nichts zu erzählen."

Jetzt, im Jahre 1991 kam nun tatsächlich endlich auch eine Zusammenstellung der Welt zu Gesicht, die von der Regierung Aylwin, also von den politischen Nachfolgern der damals so zu unrecht verjagten lieben Marxisten in Auftrag gegeben worden war. Es war der bereits erwähnte „Informe Rettig", Benannt nach dem chilenischen Juristen (167), der im Auftrage der Regierung aufforderte, ihm Unterlagen über Tote und „Verschwundene" zu übergeben. Das Ergebnis sind 2.300 behauptete Fälle.

Die Veröffentlichung (vom 4. März 1991) wird natürlich sofort in der ganzen Welt vorgelegt, nicht nur als Bestätigung des bisher Gesagten, sondern auch als Grund zu neuer Anklage. Daß jetzt nur ein Siebtel der fast zwei Jahrzehnte lang behaupteten Zahl damals über die Klinge gesprungen sein soll, wird einfach totgeschwiegen. An sich ist es doch wohl ein Unterschied: 15.000 oder 2.300 Umgekommene. Darüber einfach schweigend hinweg-

Aufstellung über die von 1923 bis zum Januar 1933 von Kommunisten ermordeten und verletzten Nationalsozialisten.

Ermordete:

	SA.	SS.	HJ.	Pg.	Zusammen
1923	21	—	—	—	21
1924	4	—	—	—	4
1925	8	—	—	—	8
1926	4	—	—	—	4
1927	5	—	—	—	5
1928	5	—	—	—	5
1929	8	—	—	1	9
1930	15	1	—	1	17
1931	32	6	3	1	42
1932	68	10	2	4	84
Januar 1933	5	—	1	—	6
Insgesamt:	170	17	6	7	200

Verletzte:

	SA.	SS.	HJ.	Pg.	Zusammen
1928	—	—	—	—	360
1929	—	—	—	—	881
1930	—	—	—	—	2506
1931	—	—	—	—	6307
1932[20])	6466	1060	267	1922	9715
Januar 1933	357	75	31	87	550
				Insgesamt:	20319

Diese Zahlen stammen aus dem Buch
Bewaffneter Aufstand
das 1933 in Berlin erschien.

Nachweisung

über die Zahl der im Kampfe gegen die K.P.D. in den Jahren 1918 bis 1933 verletzten und getöteten preußischen Polizeibeamten (Schutzpolizei, Landjägerei, Kriminalpolizei, Gemeindevollzugspolizei).

a) Ermordete:

Jahr	Schutz-polizei	Land-jägerei	Kriminal-polizei	Gemeinde-vollzugs-polizei	Zusammen
1918	1	—	—	—	1
1919	6	1	3	11	21
1920	93	4	—	8	105
1921	38	2	—	2	42
1922	2	—	—	1	3
1923	9	3	1	4	17
1924	6	1	1	1	9
1925	1	1	—	1	3
1926	—	—	1	—	1
1927	—	—	—	—	—
1928	1	-	—	—	1
1929	—	—	—	—	—
1930	—	1	—	—	1
1931	7	—	—	—	7
1932	2	—	—	—	2
1933	2	—	—	1	3
Insgesamt:	168	13	6	29	216

b) Verletzte:

Jahr	Schutz-polizei	Land-jägerei	Kriminal-polizei	Gemeinde-vollzugs-polizei	Zusammen
1918	1	2	1	3	7
1919	11	6	4	20	41
1920	229	4	2	9	244
1921	59	7	3	5	74
1922	20	5	2	5	32
1923	94	15	30	49	188
1924	42	4	2	5	53
1925	40	7	1	12	60
1926	52	7	—	4	63
1927	39	7	1	6	53
1928	53	5	—	8	66
1929	105	19	3	18	145
1930	153	38	6	77	274
1931	197	56	8	71	332
1932	189	37	2	76	304
1933	24	5	1	10	40
Insgesamt:	1308	224	66	378	1976

gehen, ist doch mit einer recht häßlichen Mißachtung menschlichen Lebens gleichzusetzen. Doch es gibt da noch erheblich ernsteres festzustellen.

Nicht nur Chile 1973 wird vorgeworfen, sich gegen den Kommunismus erfolgreich verteidigt und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur verhindert zu haben. Wir haben ja das gleiche in Deutschland erlebt. Jenem Menschenwall, der sich dort dem Kommunismus entgegenwarf, wurde mit übler Nachrede gedankt und diese perversen Feststellungen wurden sogar zum amtlichen Geschichtsbild erhoben. Übersichten wie die beiden folgenden, will man nicht wahrhaben. Welcher Unterschied besteht zwischen KPD und Stasi?

Wie erwartet, hat sich sofort **die Wehrmacht** zu Wort gemeldet. In der Erklärung des Heeres heißt es: *„Das chilenische Heer in Treue zum Vaterland, in Erinnerung an diejenigen in seinen Reihen, die ihr Leben opferten . . . hat den Beschluß gefaßt, die folgende Erklärung abzugeben . . . Es geschieht in der Absicht, die Tatsachen und Umstände in ihren sachlichen Dimensionen einzuordnen . . . Die Erfüllung seiner Pflichten hat das Heer dazu geführt, mit mehrheitlicher Zustimmung der Bevölkerung neue und festere Grundlagen für die Normen des Zusammenlebens zu schaffen, die heute in der chilenischen Gesellschaft herrschen. Frieden und Ruhe und die Möglichkeit, in Recht und Demokratie Fortschritte zu machen, wären nicht möglich gewesen ohne die patriotische, grundsätzliche und entscheidende Aktion der Wehrmacht und der Polizei.“* Sodann wird darauf hingewiesen, daß ein Vertreter des Heeres bereits im Mai 1990 den Dr. Rettig darauf hingewiesen hatte, daß seine Tätigkeit möglicherweise eine ungebührliche Einmischung in einen Tätigkeitsbereich darstellt, der in Chile immer ausschließlich den Gerichten zusteht. Und daß die eventuelle propagandistisch-politische Ausnutzung der Ergebnisse durch Sektoren zu befürchten ist, die ein Interesse daran haben, bestimmte Personen und Institutionen anzugreifen.

„Das Heer muß heute zumindest feststellen, daß diese vorgebrachten Sorgen begründet waren. So steht fest, daß der Bericht nicht sachlich widergibt, was im Lande wirklich geschah; es wurden Anzeigen in zu kurzer Zeit zusammengetragen, von Personen, die in Untersuchungen nicht geschult sind; die nebenamtliche Tätigkeit der Kommissionsmitglieder; die Delegierung der Verhöre an Beamte einer Behörde, die nicht zur Kommission gehörte; die öffentliche Stellungnahme einiger der Kommissionsmitglieder in Sachen der Staatssicherheit; die Berücksichtigung parteiischer und einseitiger Versionen von Vorgängen; und nicht zuletzt der enge historische Rahmen, in welchen man das Ganze preßte. In der Tat spiegelt der Bericht eine unverzeihliche Unkenntnis der wirklichen Gründe wider, die die Wiederaufrichtung der Nation vom 11. September 1973 an motivierte. Außerdem ist bewiesen, daß die Kommission sich juristische Funktionen anmaßte, indem sie nicht nur über fundamentale Normen der Republik und eines jeden Rechtsstaates hinausging, indem sie nicht nur Kenntnis nahm von Tatbeständen, sondern sich auf das Gebiet der Nennung von Verantwortlichen begab . . . Die öffentliche Meinung ist Zeuge des Sensationalismus, mit dem einige Presseorgane die durchgeführten Untersuchungen beschrieben haben. Das hat, bedauerlicherweise, extremistische Umtriebe angeheizt und geehrt, und zwar von Personen, die nicht etwa die nationale Versöhnung wollen, sondern Rachegefühle und Revanchismus denen gegenüber befriedigen wollen, die ihr totalitäres Projekt zerschlugen. So ist es denn auch dazu gekommen, daß die unbegründete Behauptung, der Bericht stelle die Wahrheit dar, zum Anlaß wurde für eine Spirale von Gewalttaten und Feindseligkeiten, also dem genauen Gegenteil von dem, was der Präsident mit diesem Bericht erreichen wollte.“ (168).

Die Gruppe der in den Ruhestand getretenen **Luftwaffengenerale** wendet sich in ähnlichen Worten an die Öffentlichkeit: *„Wir erinnern daran, daß die UP die Regierung übernahm mit einem Handelsüberschuß von 78 Millionen Dollar. Im September 1973 wies*

dann der Handel ein Defizit von 438 Millionen Dollar aus. Auf sozialer Ebene kam die Unbeugsamkeit in politischen Forderungen zu ihrem Gefrierpunkt. Diese Intransigenz schuf das Klima von Gewalt, Haß, Disqualifizierung und das Aufbauen von Fronten, die von der Regierung geschaffen wurden, um die bestehende Ordnung zu zerstören. Es wäre falsch, denjenigen die Schuld aufzuladen, die gerufen wurden, einer solchen Lage ein Ende zu bereiten und die aus den Ruinen das Land neu aufbauten . . . Truppen sind geschaffen, um reguläre Gegner zu bekämpfen, aber das war nicht der Gegner, der sich am und nach dem 11. September präsentierte. Die Regierung der UP kann nicht abstreiten wollen, daß sich im Lande eine starke Gruppe von Ausländern befand (Kubaner), die ein irreguläres Heer in Chile darstellten, das dazu vorgesehen war, die Revolution zu unterstützen und die Wehrmacht zu ersetzen. Es handelte sich um einen ungesetzlichen Gegner, der sich nicht konventionellen und international angenommenen Normen unterwarf." (169).

Was mit Chile geschehen wäre, wenn die Wehrmacht damals nicht eingeschritten wäre, sieht man an den Beispielen von **Äthiopien** und **Angola**, Ländern, in denen den Kubanern keine Gegenkraft entgegengestellt wurde.

In der entsprechenden Darstellung der **Marine** heißt es: *„Die Art und Weise, wie der Bericht die Dinge aufbaut und seine, Überzeugung' mitteilt, ist weit davon entfernt, die minimalsten Erfordernisse zu erfüllen, die man von einem Prozeß erwarten muß, und die notwendig sind, damit der Richter eine unangreifbare Wahrheit befinden kann. So wird das ganze zu einer simplen Meinung, die man teilen kann oder zurückweisen."* (170).

Im Hinblick auf die konstante betrügerische Irreführung, wie sie weiterhin in Deutschland praktiziert wird, möge der Leser es verstehen, wenn wir hier noch ein wenig mehr berichten. Herr Kohl selbst hat bei seinem — noch von uns zu kommentierenden — Besuch in Chile davon gesprochen, daß die geographische Entfernung nicht das Wesentliche ist bei den deutsch-chilenischen Beziehungen. Sie ist sogar das unwesentlichste, denn die Lehren, die uns Chile erteilen kann, sind — will man sie wirklich zu Herzen nehmen — kostbar, könnten dem deutschen Volk viele Ausgaben ersparen, bei Selbstbesinnung viele im eigenen Lande notwendige Erkenntnisse nach chilenischem Vorbild auswerten. Also, da lesen wir („El Mercurio", 27.11.1991) folgende Darstellung:

„Vor einigen Tagen versuchte die Mutter der Brüder Vergara Toledo (sie übergoß sich mit Benzin) *sich gegenüber dem Regierungsgebäude zu verbrennen. Es geschah aus Protest wegen der Straflosigkeit jener, die 1985 und 1988 ihre Söhne umgebracht hätten. Glücklicherweise wurde die Frau daran gehindert, ihren Vorsatz auszuführen. Aus diesem Anlaß schrieb nun der Pater Roberto Bolton in ‚El Siglo': ‚Die unmenschliche Diktatur, vom Tode gezeichnet, richtet ihren militärischen Blick auf diese Familie, die gläubig den Gott des Leben anbetete . . . Sie erschoß Eduardo von hinten, gab Rafael einen Genickschuß und ließ Pablo in die Luft sprengen'."*

„Der Präsident führte in denselben Tagen, als er seine methodische Befreiung von Terroristen rechtfertigte, aus: ‚Es gibt viele blutige Ereignisse in diesem Lande, die nicht nur weder untersucht noch aufgeklärt worden sind, sondern straffrei bleiben. Es besteht eine klare Ungerechtigkeit darin, daß die Justiz die einen belangt und die anderen nicht'."

„Alles dieses veranlaßte mich zu etwas völlig unnormalem in einem Lande der gewaschenen Gehirne: die Wahrheit festzustellen. Und, ach, so sieht sie aus: Am Abend des 29. März 1985 hielt ein Kraftwagen der uniformierten Polizei an der Ecke von Las Rejas und 5 de Abril an, um drei Verdächtige zu vernehmen. Als sich der Unteroffizier Marcelo Muñoz Cifuentes ihnen näherte, erhielt er einen Schuß in die Brust und einen weiteren in den Fuß. Seine Kameraden verfolgten die Angreifer und erreichten sie im Innern der Villa Kennedy, wo sich ein Feuerwechsel ergab, in dessen Verlauf zwei von dem Trio, die Brüder Rafael und Eduardo Vergara Toledo starben."

„Einige Tage darauf wurden sie beerdigt, unter den Fahnen der Terroristenorganisation MIR. Ihr Vater tat sich stolz damit, ‚Söhne zu haben, die ernstlich bereit sind, ihr Leben für die übrigen hinzugeben.' Die Mutter gab zu, daß ihr Sohn Rafael ‚zutiefst revolutionär' gewesen sei."

„Der Informe Rettig nun behandelt den Fall in dem Abschnitt ‚Die falschen Zusammenstöße' und behauptet, daß einer der Brüder ‚von staatlichen Agenten hingerichtet wurde', gibt aber im Widerspruch zu der Kapitelüberschrift zu, daß es einen Zusammenstoß gegeben habe. Weder verneint er, noch erklärt er die schweren Verwundungen des Unteroffiziers Muñoz. Wie es den Anschein hat, waren die Rechte dieses Mannes nicht genügend ‚menschlich'."

„Im November 1988 zerstörte eine Explosion einen Hochspannungsmast in Temuco. Das Personal, das dann eintraf, um den Dienst wieder herzustellen, fand am Fuß desselben zwei Leichen, einen Mann und eine Frau. Nach den bei ihnen gefundenen Dokumenten handelte es sich um Eduardo Duran und Alicia Sanhueza. So veröffentlichte es auch die Presse. Sie hatten bei sich einen Koffer mit weiteren Kabeln und Sprengstoff. Einige Tage darauf konnte festgestellt werden, daß die Dokumente falsch waren. Der Tote nannte sich Pablo Vergara Toledo. Der Informe Rettig erwähnt diesen Fall nicht."

„Wenn man das Gesagte bedenkt, frage ich mich, wo da die ‚Straffreiheit' besteht. Vielleicht hätten die Kameraden des Unteroffiziers Muñoz sich umbringen lassen. oder flüchten sollen, anstatt ihre Angreifer zu verfolgen? Hätten die Sicherheitsbeamten in Temuco sich mit dem gefundenen Sprengstoff, den Pablo Vergara nicht mehr anbringen konnte, etwa selbst umbringen sollen?"

„Denn es sieht ganz so aus, als ob heute diejenigen, die in Chile sich dem Terrorismus entgegenstellen, um Entschuldigung bitten müssen, daß sie nicht ermordet wurden."

„Ja, und was soll das bedeuten, daß ‚die Justiz die einen belangt und die anderen nicht'? Die Amnestie im Jahre 1978 war für alle gleich und gestattete es, mehr als 2000 von den Militärgerichten Prozessierte und Verurteilte zu befreien, und dazu noch viele Flüchtlinge und Untergetauchte. Von da an konnten und können alle Delikte untersucht werden. Die einzigen Privilegierten sind die mehr als 300 Linksterroristen, die vom Herrn Präsidenten begnadigt oder wegen der Sondergesetze Cumplido bevorzugt behandelt wurden."

Doch, in einem Lande der Gehirnwäsche kann man egal was sagen, und es geht durch, es sei denn, klar, man sage die Wahrheit."

Die Art, wie der „Militärputsch" seinerzeit in Deutschland bekanntgemacht wurde, veranlaßte damals auch die **Deutsch-chilenische Industrie- und Handelskammer**, eine Darstellung über „die Ereignisse in Chile und ihre Hintergründe" herauszugeben. Es werden eine ganze Reihe von Rechts- und Verfassungsbrüchen der Regierung Allende festgestellt: *„Allende hatte, wie er wiederholt erklärte, sich das Recht vorbehalten, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und welche Richtersprüche vollstreckt werden dürften"!* (171). *„Wegen der ungesetzlichen, ständigen Einmischung der Verwaltung in Akte der Justiz kennzeichnet der Präsident des Höchsten Gerichts, das bedeute bereits nicht mehr eine Krise des Rechtsstaates, sondern ein vorsätzliches, alsbaldiges Zerbrechen der Rechtsordnung des Landes."*

Wir haben in dem vorigen Kapitel bereits festgestellt, daß wir im Jahre 1991 in Chile vor dem gleichen ernsten Problem stehen. Der Unterschied zwischen damals und heute besteht darin, daß damals die Sympathie des Auslandes für die Staatszerstörer und Vernichter der Demokratie sich erst nach dem rettenden Eingreifen Pinochets zeigte, während Aylwins Übergehen von dreißig Jahren juristischer Tätigkeit im Falle „Dignidad" schon während des Aufbaus dieser Ungesetzlichkeiten die Zustimmung und Bezahlung durch die Bundesrepublik Deutschland in der Person ihres Außenministers Hans-Dietrich Genscher

erlebt. Und es ist für Chile trotz allen Ehrgefühls eben doch nicht das gleiche, ob man einer Gruppe von Ausländern ihr Hab und Gut stiehlt oder das ganze Land verwüstet.

Doch nicht nur das Löschungsdekret in Sachen „Dignidad" erinnert an die Gefahren, die Chile 1973 lief.

Wie ernst es zu nehmen ist, wenn man von einer Verbindung zwischen Methodisten und der „Frente Autonomo Manuel Rodriguez" spricht (entspricht etwa der „Rote Armee Fraktion" in Deutschland), versteht man, wenn man am 6. März 1991 in den Zeitungen Chiles liest, daß man bei Angehörigen dieser Extremistengruppe Pläne zur Ermordung von zwei Ministern des Höchsten Gerichts fand. Der Präsident jenes Tribunals, Luis Maldonado sagt daraufhin in einer Ansprache, daß der Feldzug der Beschimpfungen und Angriffe gegen das **Höchste Gericht** in der Presse bereits einen Umfang angenommen habe, der nicht mehr hingenommen werden kann. Die politischen Morde nehmen zu. 22 terroristische Attentate gegen Personen verzeichnet das Jahr 1990 in Chile. *„Niemals gab es in Chile mehr terroristische Anschläge als in dem ersten Jahr der demokratischen Regierung."* (172). *„Besonders nachdem die von Aylwin bestellte Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Rettig) ihren Bericht über Menschenrechtsverletzungen unter der Diktatur Pinochets vorgelegt hatte, nahmen die Terrorakte zu"* (H.Z. aus Santiago am 11. April 1991 in der NZZ).

Und immer geht es um Gegner der an der Regierung beteiligten Linken, die beseitigt werden. Was in anderen südamerikanischen Ländern, vor allem gerade auch in Mittelamerika leider zur Tagesordnung gehört, war in Chile jahrzehntelang unbekannt. Aber Chile ist dabei, seinen Status eines friedlichen, aufstrebenden Landes schon im ersten Jahr der „Demokratie" wieder zu verlieren. Am schlimmsten wird es tatsächlich nach der Veröffentlichung des „Informe Rettig". Man sieht darin die Ursache für die Verschlechterung des innerpolitischen Klimas. Den ersten besonderen Anlaß zu bitteren Kommentaren gibt der Mord an Jaime Guzman, einem der vorbildlichsten Politiker, geachtet von allen, *„Leider fand das Verbrechen in einer so scheußlichen Weise und so voraussehbar statt. Denn nur wenige Tage davor wurde es von den Tätern in einem Flugblatt angekündigt. Die gleichen, die ein gewisser Prälat (Bischof Camus, der uns schon als übler Hetzer gegen ‚Dignidad' auffiel) als ‚Helden' einstufte, ziehen es vor, auf unbewaffnete Zivilisten zu schießen als auf Militärpersonen, die das Feuer erwidern würden. In diesen Tagen begannen ‚Kurse, die drei Millionen Chilenen über den Informe Rettig unterrichten sollen. Demzufolge diejenigen, die den Auftrag hatten, die Subversion zu bekämpfen, Verletzer der Menschenrechte waren und die Subversiven Unschuldige, deren Verwandte wir um Entschuldigung bitten und entschädigen sollen."*

Als das Opfer dieser offiziellen Gehirnwäsche, **Jaime Guzman,** zu Grabe getragen wird, geben ihm viele Tausende das letzte Geleit. Eine umfangreiche Sondernummer des „Mercurio" veröffentlichte die Gedenkreden. Der Senator Sergio Fernandez sagt von dem Ermordeten: *„Das Land verlor eine überragende Persönlichkeit. Jaime Guzman gehörte zu jenen auserwählten Persönlichkeiten, die man nur ab und zu in der Geschichte der Völker erlebt."* In der Tat gehört er zu den ganz großen Unersetzlichen. Das Geschehen erinnert an die Ermordung Verwoerds (173), durch die auch ein Unersetzlicher beseitigt wurde. Und wenn man schon amtlich (in Deutschland wie in Chile) von selektionierendem Terrorismus spricht, so hat man sich zu fragen, wer es ist, der die Auswahl vornimmt. Welche absolut böse Macht ist da am Werk? Denn wir schließen uns nicht der Meinung an, daß „der Antichrist" die Hand im Spiel hat. Hier handelt es sich um Menschenwerk. Hier ist eine weltweit aktive Macht an der Arbeit, die Welt zu zerstören. Eine Macht, die bis in die Vorzimmer der Präsidenten reicht und es erwirkt, daß keine wirksame Gegenwehr aufgebaut wird und daß sich immer wieder freiwillig entsprechend erzogene Rekruten

für das offenbar in die Neue Weltordnung einbezogene Mordhandwerk zur Verfügung stellen. Wer aber sind diese Bundesbrüder des Terrors? Welche Bande der Verschwiegenheit und des Gehorsams halten sie zusammen? Was ist ihr letztes Ziel, nachdem sie alle menschliche Größe ausgeschaltet haben? Nicht nur mit der Kugel, sondern auch mit Rock und Drogen, mit der Verleumdung aller Autorität, mit der Untergrabung aller Sauberkeit und Disziplin, mit der Vernichtung ethnischer Identität durch Import minderwertiger Fremdlinge, mit der Fälschung der Geschichte — nicht nur in Chile, mit dem alles korrumpierenden Hedonismus. In Chile errichtet die an die Wand gedrängte Regierung Aylwins schnell eine Sicherheitsbehörde, „um den Terrorismus wirksamer zu bekämpfen", doch die gewollte oder erwartete Unfähigkeit (ineptitud) der Regierung, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, bleibt die gleiche. (174). Weitere Opfer werden fallen!

„Als eine Dienststelle des Heeres vorhatte, die vollständige Wahrheit bekanntzumachen, indem sie den Satz des derzeitigen Präsidenten, den dieser 1973 ausgesprochen hatte, zitierte, wonach er die Existenz einer ‚Parallel-Armee' der Extremisten anzeigte, da wurde das als eine ‚Beleidigung seiner Exzellenz' von einem seiner Minister bezeichnet." (175). Natürlich entsprach man auch nicht der Forderung einiger Senatoren, daß Innenminister und Justizminister zurückzutreten hätten, weil sie die Sicherheit der Bürger nicht mehr garantieren könnten.

Sehr ernst stimmt auch, was der Strafrechtler Hernán Montealegre Klenner aufdeckt (176): *„Der Präsident der Republik, Don Patricio Aylwin Azocar, brachte der nation die Untersuchungsergebnisse der Kommission Rettig zur Kenntnis . . . Man muß in diesem Zusammenhang von schweren grundsätzlichen Irrtümern sprechen, die sowohl der Präsident wie der Rettig-Bericht ausgesprochen haben."*

„Nach siebzehn Jahren, in denen Einstimmigkeit zwischen allen Personen und Organisationen der Menschenrechte herrschte, die in Chile tätig waren, nach 40 Jahren Rechtsprechung und einstimmiger internationaler Doktrin in allen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen auf der ganzen Welt, beschlossen der Präsident von Chile und seine beratende Kommission (Rettig), die Kriterien zu ändern, die die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten aufgerichtet hat."

„Irrtümer in den Grundsätzen können ernste praktische Konsequenzen zeitigen . . . Wenn es heute einen hauptsächlichen Grundsatz in der Welt gibt, so ist es der der ‚Verletzung der Menschenrechte'. Von der richtigen Deutung dieses Grundsatzes hängen viele lebenswichtige Fragen für unser Privatleben ab. Die internationale Gemeinschaft hat, mit ihrer Doktrin der Tratadisten, der Rechtsprechung von in der Materie tätigen spezialisierten Organen, den regionalen Gerichtshöfen in Amerika und in Europa, einschließlich des International Gerichtshofes in Den Haag in seinem Spruch von 1971 über Südafrika, kategorisch festgelegt, daß unter diesen Begriff Verletzungen internationaler Menschenrechtsverträge fallen, ‚die von einem Staat oder seinen Agenten' begangen wurden. Das ist der eigentliche juristische Wirkungskreis in diesem Sachbereich, und zwar nach tiefen und systematischen Überlegungen. Ich kenne absolut keinen einzigen Text zu diesem Thema, und auch keine abweichende Stimme irgendeines Richters in irgendeinem für diesen Straftatbestand zuständigen internationalen Organismus, der das Gegenteil besagt. Mehr noch, das letzte Mal, daß sich die Internationale Gemeinschaft in der Sache aussprach, d.h. in den Vereinbarungen gegen die Folterung im Rahmen der Vereinten Nationen 1984 und der OEA, die natürlich auch von Chile unterzeichnet wurden, wird ‚Folterung' in den Artikeln 1 und 3 definiert als eine Tat, die begangen wird von Beamten (funcionarios públicos)."

„Die Europäische Menschenrechtskommission stellte im Fall ‚Irland' 1971 fest, daß ‚das System des Schutzes der Menschenrechte, wie es in der Konvention festgelegt wurde, gestaltet ist in der Form von Verpflichtungen, die die Staaten zu erfüllen haben'. ‚Prozeß-

rechtlich' — fügt man hinzu — ,bedeutet das, daß die Anzeigen einer Verletzung gegen die Staaten als Angeklagte zu richten sind. Verletzungen der Menschenrechte sind somit Regierungsakte'."

„Anträge mit Anzeigen gegen Terroristen und Subversive in Nikaragua, El Salvador und Guatemala wurden von der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte immer abgelehnt."

„Mit Grund — macht der brasilianische Jurist G. E. de Nacimiento F. Silva aufmerksam — sind es gerade die Terroristengruppen, die sich immer wieder darum bemühen, daß man ihnen auf dem Wege über Handlungen, die sie begehen, irgendeinen Grad internationaler juristischer Persönlichkeit zugesteht und das ist gerade das, was die internationalen Organisationen furchtlos zurückgewiesen haben, indem sie den Terrorismus Einzelner nicht als eine Sache der Menschenrechte zuließen. Ein solcher Einschluß terroristischer Gruppen in den Bereich der Menschenrechte würde bedeuten, die terroristischen Organisationen auf gleichen Fuß zu stellen mit den Regierungen. Die terroristischen Organisationen wären höchstbefriedigt, wenn man sie behandelte, als wären sie eine Regierung."

Diese Klärung ist von fundamentaler Bedeutung für das, was man als Neue Weltordnung anstrebt. Würde man den Terroristen Rechtspersönlichkeit zuerkennen, dann wäre der Terrorismus ein anerkannter, völkerrechtlich gewerteter Teil derselben. Es sieht so aus, als gäbe es in der Regierung Aylwin Elemente, die danach streben. Montealegre fährt denn auch fort:

„Zutiefst bedaure ich es, daß ich jetzt hören muß, wie der vom Volk demokratisch gewählte Präsident sagt und nach so vielen Jahren des Martiriums in unserem Lande wiederholt — und damit dem bewiesenen Kriterium und der internationalen Erfahrung in dieser Frage widerspricht — daß ,die Terroristen die Menschenrechte verletzen' und daß also damit in der soeben abgeschlossenen Periode in der Geschichte unseres Landes die Menschenrechte verletzt wurden sowohl von der Regierung wie von Privatpersonen. Er kann nicht juristisch begründen, das zu sagen, und politisch möchte ich mich darüber nicht auslassen. Aber eine Frage muß doch gestellt werden: Wenn keine Klarheit herrscht in diesem Punkt, so wird nicht nur der Sache der Menschenrechte ein schlechter Dienst erwiesen, es würde auch den Kampf gegen den Terrorismus beeinträchtigen."

„Schutz der Menschenrechte" ist also ein Gegenstand des Völkerrechts. Daß durch Verwässerung dieses Tatbestandes der internationale Terrorismus völkerrechtliche Anerkennung als Völkerrechtssubjekt zu erlangen versucht, und auf diesem Umwege die sittliche Grundlage der völkerrechtlichen Beziehungen beseitigt werden soll, zeigt, wohin es führt, wenn neben die Strafgesetzbücher mit ihren in fast zweitausend Jahren errungenen Normen und Definitionen, mit den Begriffen Täter und Tatbestand und Richter und Bestrafung ein zusätzlicher Straftatbestand durch Zusammenfassung längst bekannter Straftatbestände und unter Mißachtung der persönlichen Verantwortung des (vorsätzlich oder fahrlässig handelnden) Täters aus ideologisch-philosophischen Motiven geschaffen wird. Aber nicht nur die notwendige Klarheit der Rechtsprechung und der Bestrafung wird dadurch beseitigt, sondern in politisch (außen- wie innenpolitischen) Fällen eine und dieselbe Tat zwei verschiedenen juristischen Erwägungen unterworfen und sogar eine straßenpolitische Beeinflussung der unabhängigen Gerichte erreicht. Das ist dann das Ende der Demokratie, wie sie von einem Montesquieu gedacht worden war und wie sie allen vorschwebt, die an eine Neue Weltordnung denken. Der chilenische Historiker Bernardino Bravo Lira führt dazu aus (177):

„Heute spricht man mehr denn je von den Menschenrechten. Es ist das eines der Themen, auf die man immer wieder in unserem Jahrhundert zurückgreift, vielleicht besessen von den Schrecken, die — ohne Vergleich in der Geschichte — es uns vorgestellt hat. Alle

Welt und in aller Welt redet man von ihnen . . . Wenig fehlt und man stiftet einen Kult der Menschenrechte."

„Und trotzdem fehlt es nicht an skeptischen Stimmen zu diesem neuen Idol. Nicht nur bei gewöhnlichen Mitmenschen, sondern auch gerade unter Juristen und Geistlichen. Man bezeichnet die Menschenrechte gleichzeitig als überflüssig und unbrauchbar."

„Überflüssig, weil sie nichts dem hinzufügen, was man schon immer gewußt hat, selbst in den kulturlosesten Völkern. Nämlich, daß Mord und Raub und irgendein anderer Angriff auf Leben, Eigentum und Freiheit eines Menschen ungesetzlich und strafbar sind. Das, was sich im Laufe der Zeiten und unter verschiedenen Völkern geändert hat, ist vielmehr die Form, in welcher die Personen gegen solche Angriffe geschützt wurden. In dieser Hinsicht bringen aber die Menschenrechte nichts neues."

„Das ist gerade der Grund dafür, daß sie in der Praxis zu nichts beitragen. Es ist eben Tatsache, daß alle die Proklamationen und Erklärungen der Menschenrechte nicht das Anwachsen der Schrecken in diesem Jahrhundert verhinderten, die, wie ich sagte, in der Geschichte der Menschheit nicht seinesgleichen finden . . . So haben wir Menschen des XX. Jahrhunderts uns daran gewöhnt und es als Teil unserer Welt anzusehen: die Rassentrennung — legalisiert oder nicht —, den Gulag — ebenfalls legalisiert oder nicht —, die massive Sterilisation, die Abtreibung in großem Maßstab und die Millionen und Millionen ausgebürgerter und flüchtender Menschen. Kurz gesagt, die Gewalttätigkeiten erreichen Grenzen, die nur die fortgeschrittene Technik unseres Jahrhunderts möglich gemacht hat. So stellen es Zeitung und Fernsehen unerbittlich vor."

„Streuen Sie sich keinen Sand in die Augen. Vor dieser Lawine nützen die Menschenrechte kaum etwas. Sind sie nicht gerade überflüssig und unbrauchbar, wie einige behaupten, so sind sie doch ganz bestimmt unzureichend . . ."

„Das, was in unserem XX. Jahrhundert Not tut, vielleicht sogar mit größerer Dringlichkeit als zu anderen Zeiten, das sind weder pompöse Erklärungen der Menschenrechte noch wildwuchernde Organisationen, die von einer bequemen Tätigkeit des Denunzierens von Verletzungen leben. Das, was man in Wirklichkeit braucht, sind wirksame Mittel, um Angriffen auf Personen zuvorzukommen und sie zu bekämpfen. Angriffen, die sich dank der Technik dauernd noch vermehren. Wir leben nicht in einer idealisierten und weichen Welt, in der die guten Vorsätze herrschen. !Wir leben in einer Welt des Kampfes, der oft genug brutal ist, und in der sich das Gute und die Vernunft, weit davon entfernt, sich von selbst Gültigkeit zu verschaffen, nur sehr mühselig zum Preis von viel Talent und vieler Anstrengung voranarbeiten."

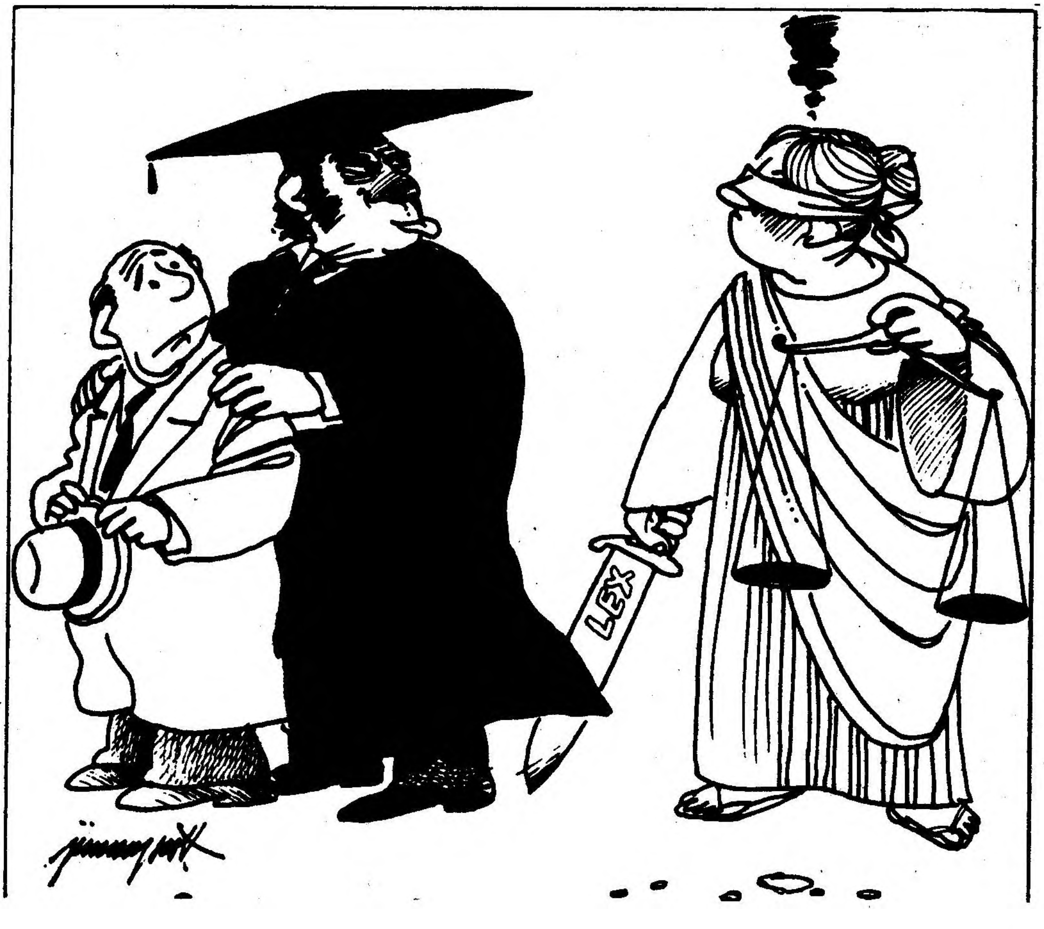
„Man gewinnt gar nichts damit, den Katalog der Menschenrechte oder die Liste seiner Verletzungen zu erweitern. Viel aber würde man damit gewinnen, wenn man das Geld, das man in Erklärungen und Anzeigen verpulvert, in sichtbarere Dinge steckte, wie etwa die Vervollständigung und Erweiterung der konkreten Mittel, über die heute die Personen zu ihrem Schutz verfügen."

„Diese Mittel bilden einen weiten Fächer, der von der Organisation der Gerichte bis zu den Informationsmitteln reicht und dabei über die Polizei geht. Beispielsweise gehören dazu: Rechtsmittel wie das des Schutzes, genügend pflichtbewußte Richter, Unabhängigkeit der Gerichte, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, Zügigkeit bei den Verfahren, schnelle und genaue Erfüllung der Urteile, eine gut ausgerüstete Polizei, wirksame und einwandfreie Untersuchungsorgane, Publizität durch verantwortungsbewußte und der Wahrheit verpflichtete Medien. Niemand wird bestreiten wollen, daß es hier überall sehr viel zu tun gibt. Grund genug, nicht bei der Retorik der Menschenrechte einzuschlafen."

Dieses Buch ist übervoll von Beispielen für das soeben gesagte. In dem gleichen Atemzug, da ein Präsident davon spricht, den Menschenrechten volle Geltung zu verschaffen,

wird ein ganzes Volk im Norden des Irak ausgelöscht, werden andere Völker von frisch belieferten Volksarmisten Granaten in die Schlafzimmer geschossen, wird ein Staatspräsident und seine Komplizen für den Diebstahl eines ganzen Dorfes und seiner dem Kies abgerungenen Felder und Gärten mit einhundertelfmillionen DM belobigt. Da man nicht mehr verheimlichen kann, daß alle diese Untäter unter sich im geheimen verbunden sind, stellt sich von stelbst die weitere Frage: Sind die dauernd zunehmenden Schrecken unseres Jahrhunderts, von denen Professor Barnardino Bravo Lira sprach, nicht vielleicht sogar eine direkte F o l g e der Erklärung der Menschenrechte? Bedeutet die demagogische Erfindung dieser Gruppe von staatlichen Unrechtstatbeständen nicht den böswilligen Versuch, durch eine Überlastung und Ablenkung der Justiz und durch die dadurch geschaffene politische Abhängigkeit derselben von den jeweiligen Mordgesellen die Massenverbrechen erst denkbar und möglich gemacht zu haben?

Es sieht sogar — fragt man sich nach dem Grund für die Erklärung der Menschenrechte (am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet) — so aus, als habe man diesen politischen Lärm für notwendig gehalten, um die bestehende Rechtsordnung aus ihren Angeln zu heben, als sei die im Rahmen der Französischen Revolution am 27. August 1789 erfolgte Erklärung der Menschenrechte Teilbestand des



Vorgehens einer Gruppe, um bestehende Machtpfeiler der bisherigen Weltordnung zu zerstören und eigene an ihre Stelle zu setzen. Trotz erneutem Aufweckens dieser Vorgänge 1948 scheint die Wachablösung nicht gelungen. Die alten Formen wurden entleert und die neuen haben keine Seele.

Jedenfalls wird dadurch, daß man den Scheinwerfer der Öffentlichen Meinung auf diese unbestimmten und vielfarbigen Vorgänge richtet, zugleich eine von irrealer Toleranz geprägten und oft genug erwiesenermaßen korrupten Strafjustiz im Inneren der Staaten möglich. Denn dort wird das Vakuum zu Rechtsmißbrauch ausgenutzt.

Zu diesem Thema darum gleich noch eine Karikatur, die wir bei einem Aufsatz des Anwalts Alvaro Ortúzar Santa María im gleichen „El Mercurio" fanden. Der Text dazu lautet: *„Das Recht ist eine Angriffs- oder Verteidigungswaffe, doch, ebenso wie es im Dienst einer edlen und gerechten Sache angewandt werden kann, ebenso kann es unheilvollen und destruktiven Zielen dienstbar gemacht werden. Viele gegenwärtige Vorfälle enthüllen das vermehrte Auftreten von Anwälten mit Charaktereigenschaften, die der Gesellschaft zu schädlich werden. Sie sind gewöhnlich genauso fähig wie unwissend und skrupellos."* (178).

Man regt sich in Chile in Regierungskreisen darüber auf, daß man in den USA amtlich davor warnt, Ferienreisen nach Chile zu unternehmen, da dort die Städte unsicher seien. Es wird in Santiago (mit Recht) darauf hingewiesen, daß das viel eher auf amerikanische Städte zutrifft. Aber man hat Pech. Einen Tag darauf wird ein deutscher Turist im Zentrum von Santiago am hellichten Tage überfallen und ihm sein Bargeld gestohlen. Einen Tag darauf erleiden zwei weitere Turisten das gleiche Schicksal. *„Die Regierung ist es, die dem Verbrechertum grünes Licht gegeben hat"*, stellt Joaquín Lavín (UDI) fest, angesichts dieser unter Pinochet nicht gekannten Unsicherheit. Er fordert erneute Anwendung der Todesstrafe, Schluß mit der präsidentialen Begnadigung von Terroristen und ein generelles Vorgehen mit harter Hand.

Wir deutsche Soldaten haben es im II. Weltkrieg erlebt, wie man uns Freischärler, Partisanen entgegenstellte, die sich anmaßten, Teil zu haben an der Weltregierung nach dem Kriege. Trotz aller noch so scheußlichen Verbrechen hatten sie immer sofort das Placet unserer Gegner. Immer wieder wurde in der Nachkriegszeit diesen gewöhnlichen Verbrechern das ganze Instrumentarium des Landkriegsrechts zugesprochen und dem ersten Schritt der „Anerkennung" der Partisanen folgte die Anerkennung der „Volksbefreiungsarmeen" und dieser die Anerkennung linksextremer Staaten. Es ging Schritt um Schritt vor sich und wurde dann gedeckt durch Volksabstimmungen mit 99,9%iger Zustimmung, die ein Hohn auf die Demokratie waren. Marschall Tito wurde beim Besuch der Vereinten Nationen in New York mit stehendem Applaus geehrt.

Wer als deutscher Soldat so handelte, wie es einem Kriminellen gegenüber gesetzlich war, der wurde als Kriegsverbrecher angeklagt, weil er einem Kombattanten entgegengetreten war. Es nimmt uns nicht wunder, daß Herr Aylwin auch hier sich schützend vor die Genossen von links stellt. Er hat in Deutschland nicht wenige Verbündete. Der Mann ist weit mehr als nur der „Dieb von Parral". Dazu S. 284.

Wir Deutsche in Südamerika nehmen zur Kenntnis und unterschreiben, was Kardinal Joseph Ratzinger (179) von unserer Zeit sagte: *„Wo das entscheidende Kriterium für die Anerkennung von Rechten das der Mehrheit ist, dort wo das Recht zur freien Meinungsäußerung mehr wiegt als das Recht der Minderheit, die keine Stimme hat, da hat sich die Macht zu einem Kriterium des Rechts gewandelt."* Und mit Blick auf „Dignidad" zitieren wir die weiteren Sätze des Kardinals: *„Heute sind wir Zeugen eines regelrechten Krieges der Mächtigen gegen die Schwachen, ein Krieg, der die Beseitigung der Minderwertigen will, derjenigen die eine* **Belästigung** *darstellen, einschließlich aller derjenigen, die eben*

einfach arm und unnütz sind in einem jeden Augenblick ihrer Existenz." Der Botschafter Aylwins in Deutschland, Hunaeus, drückt es vom hohen Roß der Demokratie her so aus: *„‚Dignidad' ist eine* **Belastung** *der zwischenstaatlichen Beziehungen und muß darum verschwinden.*"

Kohls Besuch in Santiago

Vier Tage lang befand sich Bundeskanzler Helmut Kohl in Chile. Am 19. Oktober begann dieser „historische Besuch". Ihn begleiteten mehr als 150 Personen, Qnternehmer, Gewerkschaftler, Politiker, 74 Journalisten und nicht zu vergessen Arbeitsminister Norbert Blüm. Wo Kohl sich sehen ließ, wurde er auf deutsch begrüßt, über die Straße hinweg kam er den Menschen entgegen und schüttelte ihnen die Hand. Alles war darauf eingestellt, aus dem Besuch ein freudiges Ereignis zu machen, ein Ende der bösen Verleumdungen Chiles in Deutschland, Millionenhilfe für die befreundete demokratische Regierung. Doch aller guter Wille endete in einem Scherbenhaufen! Verbittert wurde gerade von den Chiledeutschen erneut ein Schlußstrich gezogen unter die so ersehnten guten Beziehungen zur alten Heimat der Vorfahren. Empört und auf das allertiefste beleidigt verließen dreißig Parlamentarier den zur Ehre Kohls tagenden Kongreß. Was war passiert?

Gehen wir chronologisch vor. Am Ankunftstag selbst empfing er die Führung der chilenischen Christdemokratischen Partei. Abgesehen von einer kurzen Begrüßung seines „Freundes", dem Präsidenten Aylwin, war das die erste offizielle Handlung.

Der kommende Tag begann mit einer Kranzniederlegung am Ehremal des chilenischen Befreiers O'Higgins. Dann wurde im Regierungsgebäude ein Inversionsschutzvertrag unterzeichnet und ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit. Anschließend ehrte ihn die staatliche Universität von Chile mit dem Ehrendoktor *„wegen seiner außerordentlichen Führungsleistung bei dem Schmieden der deutschen Einheit und seiner entscheidenden Mitarbeit bei der Schaffung einer Neuen Weltordnung"*. Dann aber war es auch schon höchste Zeit, zur Hundertjahrfeier der Deutschen Schule zu eilen. Es war herrlichstes Wetter und Kohl selbst schenkte das eingeflogene deutsche Bier an die durstigen Seelen aus. Fotos, die man davon in der chilenischen Presse brachte, machten ihn beinahe zum Volkshelden.

Am Montag den 21. Oktober boten Aylwin und Kohl den Journalisten eine **Pressekonferenz** an im Regierungsgebäude La Moneda. Wir folgen dem ausführlichen Bericht in Chiles weitaus bedeutendster Zeitung „El Mercurio".

„Aylwin wie Kohl bestätigten zu Beginn der Konferenz, daß sie bei ihrem privaten Zusammenkommen bereits die Lage der **Colonia Dignidad** *berührt hätten.*" In den dann vor den Journalisten abgegebenen einleitenden Worten betonte Kohl: *„Deutsche und Chilenen sind sich verbunden in der Ausübung des Glaubens an die Demokratie, den Pluralismus und den* **Rechtsstaat**, *und vor allem die Menschenrechte.*" Die Betonung des „Rechtsstaates" als einer Forderung an seinen Gesprächsparter bezog sich eindeutig auf die uns bereits bekannten schweren Vorwürfe, die Aylwin gemacht worden waren, weil er die Rechtspersönlichkeit der Colonia Dignidad durch ein Höchstes Dekret gelöscht hatte, anstatt sich der Justiz zu beugen. Das Vorgehen Aylwins wurde sofort, wie wir bereits hörten, mit dem „Maßnahmenstaat" (Sebastian Haffner) Adolf Hitlers verglichen. Wir wiederholen kurz, was wörtlich dazu gesagt worden war, nachdem 17 Senatoren die Verfassungsmäßigkeit anzweifelten, *„Dieser Vorgang hat etwas mit der Tatsache Chiles als Rechtsstaat zu tun"*



(der Abgeordnete Coloma). *„Es ist ein Rechtsbruch“* (der international angesehene Geschichtsprofessor Bernardo Bravo Lira), usw.

„Der deutsche Kanzler bestätigte“, heißt es weiter in „El Mercurio“, *„daß er vollauf dem Präsidenten Aylwin und seiner Regierung vertraue, die schwebenden Fragen zu diesem Thema in Übereinstimmung mit den* **Grundsätzen des Rechts** *und der Demokratie zu lösen.“* Einen solchen einleitenden Satz spricht man nicht grundlos aus. Er enthält eine Warnung, eine Forderung. Es müssen ihm Zweifel aufgekommen sein, Tatsachen unter Umgehung der Genscherschen Zensur zu Ohren gekommen sein, die diese Bewertung erforderlich machen. Aylwin sieht auch diesen Hintergrund. Das ergibt sich aus seiner Antwort. Sie war offensichtlich von langer Hand vorbereitet worden. Sie wich den Kohlschen Worten aus: *„Seinerseits sagte der chilenische Regierungschef, er habe Kohl über die Maßnahmen (!) unterrichtet, die seine Regierung getroffen habe, um die Herrschaft der* **chilenischen Gesetze** *im Gelände von Dignidad sicherzustellen.“* Er weitet diese völlig daneben

gehende Antwort sogar noch aus, indem er von *„Mißbräuchen auf dem Gebiet der Gesundheit, der Erziehung, des Arbeitsrechts und der Menschenrechte"* sprach (die allesamt längst, wie wir berichteten, als unehrlich oder unzutreffend zurückgewiesen worden waren).

„Rechtsstaat" und „chilenische Gesetze" sind etwas völlig verschiedenes. Das muß auch Kohl sofort klar gewesen sein (abgesehen davon, daß dieses Wortgeplänkel schon seit Wochen gedruckt war). Er ließ es jedoch auf sich bewenden, keine Antwort auf seine Forderung erhalten zu haben. Da auch kein Journalist von Dignidad anwesend war, meinte man, so über die Runden zu kommen. Die Tatsache, daß das chilenische Oberste Gericht im Laufe von 23 Jahren mehrfach festgestellt hatte, daß strafbare Handlungen seitens Angehöriger von Dignidad nicht vorliegen, wurde nicht erwähnt. Aylwin durfte gestrost in den Fußstapfen Hitlers wandeln. Das war geblieben von „Rechtsstaat und Demokratie".

Nach diesem Auftakt war Kohl an der Reihe, die „schwebenden Fragen" beim Namen zu nennen. Ohne sich im mindesten um die reale Lage zu kümmern, malte er nach den sattsam bekannten Vorbildern in „Stern" und „Quick" usw. einen Zustand aus, den es überhaupt nicht gab: *„Für mich ist der Gedanke unerträglich, daß es Mauern auf dieser Welt gibt, die Personen einschließen und voneinander trennen. Wenn man die Mauer von Berlin zerstören konnte, so muß es auch möglich sein, noch bestehende weitere Mauern einzureißen. Denn, Mauern aufrichten bedeutet Mißtrauen und Angst vor den übrigen."* Er legte Wert auf die Feststellung, *„daß es für die Deutschen sehr wichtig sei, zu wissen, ob freier Zugang zu der Kolonie besteht, daß man die Anwendung der chilenischen Gesetze garantiert und niemand Gegenstand unmenschlicher Behandlung ist."* Wir kennen diese Litanei. Seit Jahren wird sie vorgebracht. Diese herrlichen Worte strotzen nur so von völliger Unkenntnis der Tatsachen. Es war doch gerade, wie wir bereits darstellten, die Bundesrepublik gewesen, die von der chilenischen Regierung verlangt hatte, in dieser Richtung klärend vorzugehen, und es war ein Richter des Obersten Gerichts, der nach der Vernehmung von mehr als 400 Personen bei insgesamt 600 Vernehmungen (!) seine Tätigkeit mit dem Urteil beendigte, wonach *„das Bestehen von Tatsachen oder Vergehen, die die internationalen Beziehungen berühren könnten, verneint wurde."* Dieses Ergebnis wurde der Bundesrepublik am 31. August 1989 mitgeteilt. Nicht ein einziges der befragten Mitglieder von Dignidad fühlte sich in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Herr Kohl wußte offensichtlich nichts davon!

Dieser sehr seltsamen Pressekonferenz, der — wie gesagt — eine Unterhaltung hinter verschlossenen Türen vorausgegangen war, folgte dann einen Tag darauf im **Kongreß** der erschreckende Beweis dafür, *„daß Kohl nicht weiß, was in Chile geschehen ist." „Die Unruhe begann, als Kohl bei seiner Rede vor dem zu seinen Ehren zusammengetretenen Kongreß die Lage in der DDR mit der in Chile verglich." „Die Erbschaft der regierenden Kommunisten im Osten unseres Landes ist unheilvoll. Eine zusammengebrochene Wirtschaft, ohne Leistungsfähigkeit, Dörfer und Städte in Ruinen, die Verbindungen in jämmerlichem Zustand, eine schwer angeschlagene Umwelt. Doch, vor allem — und diese Erfahrung teilen wir mit dem chilenischen Volk (!) — das Regime der Ungerechtigkeit schuf tiefe Wunden in den Herzen. Es ist notwendig, die von der Diktatur begangenen Ungerechtigkeiten zu klären und zu analysieren, Verantwortlichkeiten herauszustellen und den Opfern gegenüber Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, soweit das möglich ist." „Er rief dazu auf, denjenigen, die schuldig waren, die Rechnungen vorzulegen." „Wir folgen mit großer Sympathie den chilenischen Anstrengungen in Richtung einer nationalen Versöhnung. Wir verstehen vollständig die enormen psychologischen Schwierigkeiten, die auf diesem Wege zu überwinden sind."*

„Als dieser Teil der Rede vorgebracht wurde, verließen etwa 30 Abgeordnete und Se-

natoren den Ehrensaal des Kongresses aus Protest, dem einige von ihnen laut Ausdruck verliehen.“ Kohl, sichtlich bestürzt, rief den Weggehenden nach, *„es sei gut, wenn sie auch den zweiten Teil seiner Rede hörten.“* In diesem brach er eine Lanze für eine stärkere Integration Amerikas und eine Erweiterung der Märkte.

Die verletzten Abgeordneten und Senatoren versammelten sich daraufhin im Café des Parlamentsgebäudes, gefolgt von den deutschen Journalisten, die sich sehr darum bemühten, den Vorgang zu verstehen. Der Abgeordnete Teodoro Ribera unterrichtete sie in bestem deutsch über die neuere Geschichte Chiles, die auch ihnen nicht bekannt war. *„Für die deutschen Journalisten war das vielleicht die wichtigste Nachricht“,* meinte Ribera.

Einige der Proteste wurden dann veröffentlicht. Sie zeigen, wie tief Chile verletzt wurde. Der Autor dieses Buches war selbst in Chile dabei und mußte feststellen, mit welcher außerordentlichen Bitterkeit die angesprochenen Deutsch-Chilenen, aber auch eigentlich alle Gebildeten, diesen Vorfall zur Kenntnis nahmen. Mit tiefer Bestürzung fragt man sich, ob es einem achtzig Millionenvolk nicht endlich möglich ist, sich eine anständigere Führung zu wählen. Wir bringen Zitate: *„Ich bedaure, daß dieser Mann, den wir bewundert haben und dem wir bei seinen Schritten zur deutschen Vereinigung gefolgt sind, kommt und uns Lehren erteilen will und eine neue Spaltung der Chilenen provoziert. Es ist völlig undenkbar, daß er uns mit den kommunistischen Ländern vergleicht, wo wir doch den Kommunismus 1973 besiegt haben. Der Kanzler ist sehr schlecht informiert.“* (die Abgeordnete Angélica Cristi). *„Ich empfand es als eine Beleidigung, daß in diesem Parlament ein fremder Kanzler kommt und die Opfer der Diktatur in Ost-Deutschland mit den Opfern von hier vergleicht. Ein gut erzogener Besucher tut so etwas nicht.“* (der fließend deutsch sprechende Senator Bruno Siebert, unter Pinochet Minister für Öffentliche Arbeiten und damit Kronzeuge für den Riesenschritt nach vorne, den Chile unter der Militärregierung nahm). *„Es ist vollständig unannehmbar und eine Beleidigung für das chilenische Volk, die Militärregierung mit dem kommunistischen Regime in Ostdeutschland zu vergleichen. Das ist ein Irrtum! das ist falsch! Das ist eine Lüge! Es bedeutet zu vergessen, daß es die Militärregierung war, die es verhinderte, daß wir zu einem Regime kamen, wie es in Ostdeutschland bestand. Der polemische Vergleich verletzt unser politisches Denken, unser Selbstverständnis, unsere Geschichte, unsere Lebensart. Wir Chilenen haben niemals eine Regierung gehabt, die der von Ostdeutschland ähnelt, und auch niemals eine Nazipartei.“* Er betonte, *„in Sachen Demokratie und was freiheitliches Denken anbelangt, so sind die Deutschen Lehrlinge. Sie sollten sich Rechenschaft darüber ablegen, daß wir die Krise einer kranken Demokratie erlebten. Die Rede Kohls beweist, daß ihm noch viel durchzudenken fehlt, um das Konzept der Freiheit zu begreifen und die Wege, die die Völker wählen.“* (der Senator Sergio Diez). Senator Diez dürfte, gutunterrichtet, wie wir ihn kennen, gewußt haben, in wie vielfacher Weise diese Bemerkungen auf das heutige Deutschland mit Verfassungsschutz und politischer Justiz und auf die versuchte Knebelung von Slowenen und Kroaten in einem erwünschten Jugoslawien zutrifft. *„Der Kanzler Kohl hat sich darum gesorgt, die Deutschen zu vereinen und ist gekommen, die Chilenen zu trennen.“* (der Senator Miguel Otero). *„Ich fühlte es wie einen Tiefschlag. Ein fremder Regierungschef hat nicht das Recht, hierher in den Kongreß zu kommen, um sich in unsere innere Politik einzumischen. Seine Feststellungen waren unbegründet, ungerecht und weit weg von unserer Wirklichkeit. Es ist nicht möglich, Chile nach dem geordneten Übergang von einer autoritären Militärregierung zu einer Demokratie mit dem zu vergleichen, was in Ostdeutschland passiert ist, wo der Kommunismus zusammenbrach. Uns gelang es, uns des Kommunismus vor 18 Jahren zu entledigen und deswegen verdammt uns die ganze Welt. Und heute, da sie das gleiche tun, kommen sie hierher und verurteilen unsere Regierung, die mit dem Kommunismus Schluß machte. Niemand begreift das!“* (der Senator

Arturo Allessandri).

Von unserem Wissen her, muß hier noch hinzugefügt werden, daß es ja tatsächlich zum guten Ton in der Welt von 1973 gehörte, mit dem Kommunismus zu paktieren. Damals war ein schwarzes Schaf, wer „Antikommunist" war. Damals hatte Kohl selbst noch behauptet, *„der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen"* (XII, 84). Damals waren die Stasis gut Freund. Wie erinnerlich, sprach man von „Koexistenz" und die Kubaner hatten freie Bahn von Angola bis Chile! Das war die damals befohlene Weltordnung. Es war ein Verbrechen, kommunistische Mordpläne zu durchkreuzen.

Man wirft Chile vor, Stasis schon vor 18 Jahren bekämpft zu haben — als es ganz kurz vor der kommunistisch-kubanischen Machtergreifung stand, der sich niemand im demokratischen Westen entgegenstellte! Der Retter hieß Pinochet, und das hat man im dankbaren Chile (44% stimmten mit JA!) nicht vergessen. Im prokommunistisch unterrichteten Deutschland hat man es niemals erfahren! Und die Bundesrepublik hat mit etwa insgesamt 300 Millionen DM die Mitstreiter der Kommunisten und diese selbst in Chile an die Macht gebracht. *„Das, was Kohl sagte, war schlimmer noch als das, was uns gedruckt vorgelegt wurde. Beide Formen sind unannehmbar. Die Konfusion, die Katalogisierung, die er von unserem institutionellen Prozeß machte und die er für die Streitkräfte vornahm, ist in meinen Augen einfach-unzutreffend und unannehmbar bei einem Kanzler, einer Person von seiner Stellung und Relevanz."* (der Senator Eugenio Cantuarias).

„Ich fühlte mich belästigt, wie ich gestern abend die Rede hörte. Ich kam zu dieser Sitzung, um die Größe des chilenischen Volkes zu zeigen. Mir gefielen die hochstehenden Reden der Präsidenten beider Kammern, aber als dieser Herr anfing mit seinen haßerfüllten Vergleichen, meinte ich, daß seine Intervention, gelinde gesagt, fehl am Platze war, bedauerlich und ausgesprochen dumm. Unglaublich für einen Mann, dessen moralische Eigenschaften ich anerkenne. Vielleicht der, der ihm diese Rede vorbereitete." (der Senator William Thayer). *„Der Herr Kanzler hätte nicht kommen sollen, um uns Lehren zu erteilen. Er hätte solche vielmehr von uns bekommen können, dennw ir sind seit 18 Jahren in der Lage, sie zu geben."* (der Abgeordnete Sergio Correa de la Cerda).

Der Senat rief zu einer Sondersitzung auf. Die Parlamentarier der Opposition bekräftigten dabei ihre Aussagen. Das gleiche taten die Senatoren der Regierungsparteien.

Der Verteidigungsminister, Patricio Rojas, dagegen meinte zu dem Vorfall: *„Das wichtige ist, daß das chilenische Volk begreift, daß hier einer der drei wichtigsten Männer der Welt gekommen ist, der die zweitstärkste Nation führt, und der etwas gesagt hat, was uns Chilenen sehr angeht. Er hat nämlich gesagt, er werde dafür sorgen, daß die GATT-Runde erfolgreich werde."* Aber es ging um etwas mehr als nur um Narrenfreiheit für den Gast. Es ging, wie es auch gesagt wurde, um die Würde Chiles. Das sind Maßstäbe, die von einem deutschen Kanzler nicht angelegt werden und die auch ein Minister Aylwins schwerlich hat. Für sie gilt die jeweilige Weltordnung, in die sich Chile auch auf Kosten seiner Freiheit und seiner Kultur einzuordnen hat.

Aylwin äußerte sich wie vorauszusehen: *„Das Spektakel, das die Parlamentarier gaben, als sie den Vorfall hervorriefen, zeigt, daß sie wenig demokratische Reife besitzen."* Natürlich ist es immer den Diktatoren der Demokratie angenehmer, wenn man Beleidigungen hinunterschluckt, aber wenn das Verlassen eines Saales aus Protest undemokratisch ist, dann frage ich mich, was dann zu sagen ist über den Vorgang, der sich ereignete, als ein deutscher Bundestagspräsident den Abgeordneten etwas geschichtlichen Nachhilfeunterricht erteilen wollte und diese daraufhin den Saal verließen.

Noch am gleichen Tage, da Kohl versuchte, die chilenische Geschichte zu fälschen, liest man in „El Mercurio" sehr ernste Worte: *„Man hat mir vorgeschlagen, die schweren Fortlassungen, Ungenauigkeiten, parteiischen Urteile und Halbwahrheiten des ‚Informe*

Rettig' (der von 2.200 politischen Toten in Chile spricht) *in einem ,Contra-Informe' zusammenzufassen. Doch meine Familienangehörigen warfen mir sofort vor, damit mein und ihr Leben in Gefahr zu bringen. Tage nur, nachdem mein Freund Jaime Guzmán öffentlich Stellung genommen hatte gegen eine Verfassungsänderung, die die Terroristen bevorteilte, und mit der sich trotzdem erst in diesen Tagen Präsident Aylwin gebrüstet hat, wurde er ermordet. Wenn es heute Angst in Chile gibt, dann kann niemand ableugnen, daß es sich um eine sehr berechtigte Angst handelt."* (180).

Genau sechs Tage nach der beleidigenden Rede Kohls veröffentlichte man amtlich in Berlin, *„daß 180.000 Personen während der kommunistischen Diktatur in Mitteldeutschland im Gefängnis starben oder aus politischen Gründen hingerichtet wurden!"*

Wollen wir abschließend zu dem Thema Chile etwas Wesentliches sagen, so paßt hierher nichts besser als die Warnung vor der „Contrarevolución Silenciosa", vor der Stillen Gegenrevolution. Denn, so wie die Revolución Silenciosa (Titel eines brühmten Buches von Joaquin Lavin), die Stille Revolution, unbemerkt von den „Demokraten" in der großen Zeit Pinochets Chile beschreibt, die Tatsache, daß und wie unter Pinochet Chile sich verändert hat, zum Vorbild wurde für ganz Lateinamerika, so *„erlebt Chile heute — ein Jahr nur nach dem Regierungsantritt Aylwins — das ungute Gefühl einer stillen Gegenrevolution. Man fühlt es, man fühlt es . . . Es fühlen die Unternehmer und auch die Bevölkerung. Nichts grausiges, kein Katastrophensignal, aber von jedem ein bißchen, woraus sich ergibt, daß die Wirtschaft ihre Dynamik verliert, die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu, die Inversionen nehmen in diesem Jahr um 15 bis 18 Prozent ab. Der Präsident der mächtigen Copec (Tankstellen) meint, das kommt davon, ,daß es Leute gibt, die nicht mehr an etwas glauben'."* Lavin schrieb noch in seinem Buch 1987: *„Das Neue Chile entstand aus drei Gründen: die Änderungen in der Welt, die größere Integrierung des Landes in diese Welt und der größere Rahmen, den man in Chile den Menschen gab und so den Weg freimachte für Erneuerungen. Dieses Experiment (Pinochets) schuf eine explosive Mischung: Millionen von Chilenen, die freie Entscheidungen trafen, denen alle Information zur Verfügung stand, verbunden mit einer Welt, die mit Überschallgeschwindigkeit vorangeht, brachten eine regelrechte Revolution zuwege."*

„Heute geht man in umgekehrter Richtung vor. Anstatt daß man den Einzelnen mehr Macht gibt, zentralisiert man erneut in den Gewerkschaftsspitzen — mittels der Zwangsbeiträge, oder in der Politik, indem man die Finanzierung der Parteien vorantreibt. Man erweitert den Spielraum des Staates anstelle der Personen, macht ein Ende mit den Privatisierungen, indem man den Kanal 11 dem staatlichen Kanal eingliedert oder anordnet, daß die städtischen Lehrer wieder öffentliche Beamte werden. Das gleiche geschieht mit den Einnahmen. Die Erhöhung der Steuern bedeutet mehr Einnahmen für den Fiskus und weniger für die Personen." „Schweigend summieren sich die Tatsachen", stellt Eliodoro Matte fest, *„und auf regionaler Ebene hat man den Eindruck, daß die Sachen nicht marschieren."* Lamarca fügt hinzu: *„Wenn wir investieren wollen, große Projekte machen, stellt sich der Staat dagegen." „Es häufen sich die Gründe, einige leichter faßbar als andere"* (Pilar Molina Armas im „Mercurio" 3.11.1991). Wir nennen die Überschriften: *„Ein Klima der Gegnerschaft gegen die Unternehmer. Das Gesetz zum Schutz des Verbrauchers (Aylwin vor den Gewerkschaften: ,Mein Vorgänger (Pinochet) hatte sich um die Reichen gekümmert, denn sie gaben das Geld, aber ich verteidige die Armen . . .') Die Staatsbetriebe werden hingestellt als das beste was es gibt. Die weitere Ausbreitung der Staatsbetriebe. Die Beendigung der Privatisierungen und des Volkskapitalismus (die Arbeiter erhielten unter Pinochet Aktien der privatisierten Betriebe). Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung. Schwierigkeiten bei Kreditgesuchen. Nicht zu vergessen die zunehmende Kriminalität und Unsicherheit für den Bürger (in meiner Gegenwart sagt mir der Besitzer einer*

Fabrik: ‚Ich komme sofort. Muß nur erst mein Werkzeug einschließen. Es wird wieder gestohlen wie früher vor Pinochet)‘. Zentralisation der Erziehung (Lavin konnte noch mitteilen, daß die Zahl der Studenten in sechs Jahren um 74 Prozent stieg, dank der neuen Privatuniversitäten, technischer und Berufsschulen, und in vier Jahren wurden 2.700 subventionierte Privatschulen gegründet.“

Selbst dem Besucher Chiles fällt auf, daß der Enthusiasmus, der noch allgemein vor etwa zwei Jahren herrschte, nach einer Übergangszeit bedächtiger Beobachtung ganz langsam, aber um so sicherer, umzuschlagen beginnt in Unruhe und sogar Angst vor der Zukunft. Nicht ohne zu lächeln nehmen wir dabei zur Kenntnis, daß etwa aus Anlaß des Besuches des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl im Oktober 1991 eine Reihe deutscher Unternehmer ihren Wunsch äußerten, in Chile einzusteigen. Sie hatten mit zweijähriger Verspätung davon gehört, daß es in Chile aufwärts geht, und werden vielleicht in weiteren zwei Jahren merken, daß sie besser getan hätten, wenn sie sich etwas besser über Chile informiert hätten, als es dpa und „Condor“ zu tun pflegen. Die vielen Personen, die Pinochet wegen seiner weisen Staatsführung lobten (und die wir in unseren früheren Büchern zu Worte kommen ließen), werden sich keineswegs genötigt sehen, etwas von diesem Lob zurückzunehmen. Vielleicht kommt es den Bürgern der BRD nicht zur Kenntnis, aber schon heute scheint es unvermeidbar, Pinochet nicht nur an seinem verbrecherischen Vorgänger zu messen, sondern auch an seinen populistischen, mit Ideologie überladenen Nachfolgern. Er bewies, daß man weiterkommt mit einem natürlichen Gefühl der Ausgewogenheit in nationalen wie sozialen Fragen als mit sensationalistischen, unehrlichen Parolen. Die Bundesrepublik Deutschland hat denkbar schlecht abgeschnitten, als sie mehrfach vor die Frage gestellt wurde, wie sich dem Phänomen Chile gegenüber zu verhalten. Sie hat vor dieser geschichtlichen Probe elendiglich versagt.

Gerade der schon mehrfach erwähnte Besuch Kohls in Chile gibt die Möglichkeit, auf die unwahre Grundlage der deutschen Chilepolitik hinzuweisen. Vor der deutsch-chilenischen Industrie- und Handelskammer spricht er am 22. Oktober von der *„Regierung meines Freundes Patricio Aylwin“*, und fährt fort: *„Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet sind bereits jetzt Erfolge unübersehbar. Diese ermutigende Entwicklung wird sich mit wachsendem Vertrauen zwischen Regierung, Unternehmerschaft und Arbeitnehmern zum Wohle aller fortsetzen.“* Das ist kein korrektes Bild von der Lage in Chile! Das stellt die Dinge auf den Kopf! Es sind keineswegs „bereits jetzt Erfolge“ zu verzeichnen, sondern eher „die Erfolge Pinochets noch heute spürbar“. Es geht nicht um eine „ermutigende Entwicklung“, sondern um eine „beunruhigende Entwicklung“! Pablo Ihnen vom „Instituto Libertad y Desarrollo“ belegt (am 5.12.1991 in „El Mercurio“), daß die öffentlichen Unkosten 1991 um 12% gestiegen sind, um doppelt so viel als die Zunahme des Bruttosozialprodukts und um 4 Prozent höher als sie ursprünglich vom Kongreß für dieses Jahr genehmigt waren. Und er belegt, daß für das kommende Jahr mit einer Steigerung der Kosten um weitere zehn Prozent gerechnet werden muß. In einem Interview mit der Tageszeitung „La Nación“ (Gonzalo Cáceres) am Vortage, teilt Kohl mit, *„Im nächsten Frühjahr wird eine hochrangige Delegation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie neue Impulse für eine Ausweitung des Handels und des Austausches und für weitere deutsche Investitionen in Chile geben. Was die Regierungen angeht, so werden wir gemeinsam während meines Besuches ein Abkommen über Schutz und Förderung von Investitionen unterzeichnen.“*. Hoffentlich geht es den Investierenden besser als der „Colonia Dignidad“.

stilgerecht im Bild



Carlos Menem, junto al canciller Guido Di Tella, al anunciar ayer que la Argentina abandonaba el grupo de países No Alineados. "No se trata de un gesto de complacencia", enfatizó.



Raúl Alfonsín en el CARI después de su virulento discurso contra el gobierno ante los diputados radicales. Lo rodean Carlos Bastianes, Carlos Muñiz, el embajador alemán Herbert Limmer y Enrique García Vázquez.

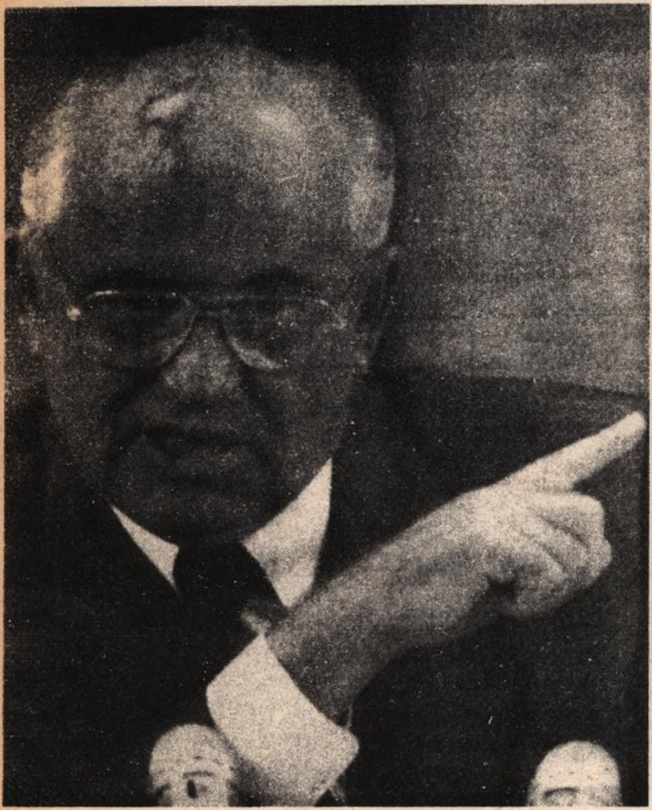


Die Präsidenten von Brasilien, Paraguay, Argentinien und Uruguay bei der Unterzeichnung des Abkommens zur Errichtung eines südamerikanischen Wirtschaftsraums. (Bild Reuter)

IV. Die Sowjetunion

Eine Supermacht am Ende

Anlaß für die häufige Erwähnung einer Neuen Weltordnung als Ziel der gegenwärtigen politischen Bemühungen war die Tatsache, daß die beiden Supermächte sich Seite an Seite darum bemühten, ein wichtiges Grundgesetz für eine solche durchzusetzen: *„Eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet."*





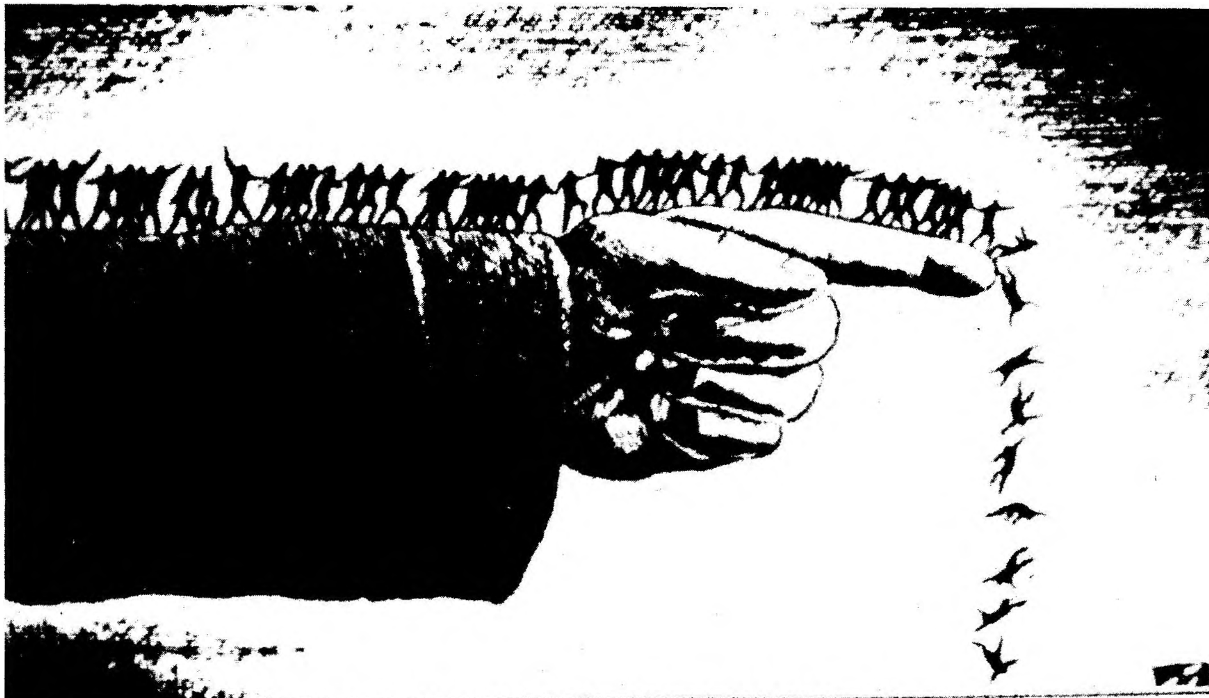
Eduard Schewardnadse

Seit den Tagen des II. Weltkrieges, da man sich gemeinsam mit allen damals zugelassenen Staaten der Welt als „Vereinte Nationen" vorgestellt hatte, war es endlich wieder einmal soweit gekommen, daß Ost und West sich an einen Tisch setzten. Der „Kalte Krieg" wurde zu Grabe getragen. Das Ereignis war Gegenstand überschwenglicher Begleitmusik, obwohl der Neue Bund schon während seiner ersten Kraftanstrengung sich als recht gebrechlich erwies. Mit Ach und Krach konnte er nur durchgehalten werden, bis zu einer gemeinsamen Feuereinstellung. Die Bezahlung der blutigen (und manchmal peinlich an Dschungelverhalten erinnernde) Einleitung zum Weltfrieden, die in so generoser Weise die

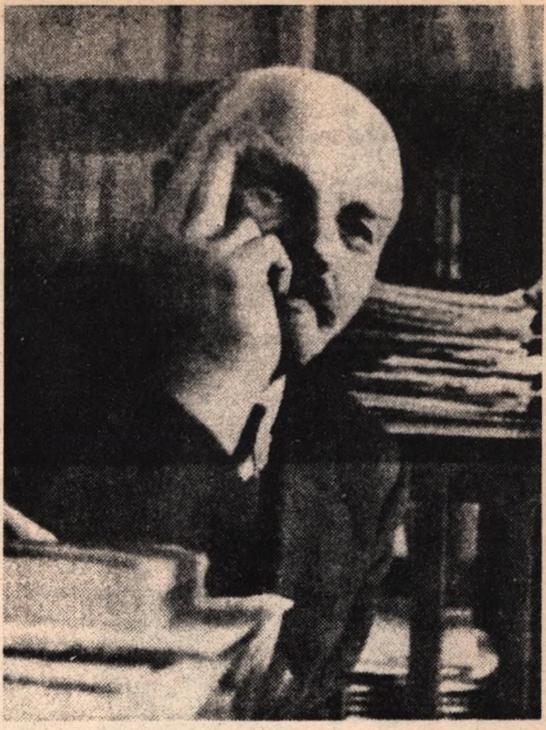


Jalta — Es ging nur um den Stier, unglücklicherweise saß aber Europa darauf . . .


Die Union und ihre Republiken
SPITZBERGEN
NOWAJA SEMLJA
KAMTSCHATKA
SACHALIN
Tallinn
Riga
Vilnius
Minsk
Kiew
Chisinau
Leningrad
Petrosawodsk
Moskau
Syktywkar
Joschkar-Ola
Tschebokssary
Saransk
Kasan
Ischewsk
Swerdlowsk
Ufa
Wolgograd
Wolga
Ural
Omsk
Nowosibirsk
Krasnojarsk
Ob
Jenissej
Lena
Jakutsk
Baikal-See
Ulan-Ude
Kysyl
Amur
Elista
Tbilisi
Eriwan
Baku
Schwarzes Meer
Kaspisches Meer
Aral-See
Balchasch-See
Nukus
Taschkent
Alma-Ata
Frunse
Aschchabad
Duschanbe
Die 15 Republiken
Austritt aus der Union:
1. Estland
2. Lettland
3. Litauen
6. Moldova
7. Georgien
erklärten ihre Unabhängigkeit:
4. Weißrußland
5. Ukraine
8. Armenien
9. Aserbaidschan
10. Turkmenien
11. Usbekistan
12. Kasachstan
13. Kirgisien
14. Tadschikistan
15. Russische Föderation
Die 20 Autonomen Republiken:
1. Karelische
2. der Komi
3. Jakutische
4. Burjatische
5. Tuwinische
6. Baschkirische
7. Udmurtische
8. Tatarische
9. der Mari
10. Tschuwaschische
11. Mordwinische
12. Kalmükische
13. Abchasische
14. Kabardino-Balkarische
15. Nordossetische
16. Tschetscheno-Inguschische
17. Dagestanische
18. Adscharische
19. Nachitschewanische
20. Karakalpakische
Republikshauptstadt
Hauptstadt der Autonomen Republik
Sonstige Städte
1000 km
Copyright F.A.Z.-Karte Sturm



Keine Probleme? Karikatur von Aleksej Merinow; Abb. aus: „Ruge, Stalinismus - eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte“. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991, 136 S., 10 Abb., 18,80 DM



Lenin in seinem Büro im Kreml 1920. (Bild Nowosti)

reicheren, weil tüchtigeren ehemaligen „Feindstaaten" aus irgendwelchen nicht klar erklärten moralischen Gründen zum beträchtlichen Teil vornahmen, sorgte denn auch dafür, daß jene Supermacht, die ihre modernsten Waffen ausprobieren und ihre Ölinteressen sichern konnte, wenigstens für einige Monate in der Hoffnung schwebte, nunmehr über ihre wirtschaftliche Rezession hinwegzukommen. Viel weiter aber leuchtete das Fanal am Himmel der Weltgeschichte nicht. Das, was vor dem Schlachten als diplomatisches Hauptziel an die Fahnen geheftet worden war, eine **Nahostkonferenz**, die die friedenfressenden Probleme jener zentralen Weltregion lösen sollte, kam nicht zustande.

Schlimmer noch verbuchte man, daß die andere Supermacht, die ohnehin nur mit reichlichem Zögern den Krieg gegen ihren Bundesgenossen Irak in deutlichen Grenzen gebilligt hatte, in immer größere wirtschaftliche und innerpolitische Schwierigkeiten geriet. Nur mit mächtiger Unterstützung von deutscher Seite konnte Gorbatschow sich Anfang Juli 1991 Zutritt zur Tagung der Sieben Großen in London von Bush erkämpfen. Und wenn man dessen ablehnende Stellungnahme zu aller weiteren finanziellen Unterstützung der Sowjetunion mit dem vergleicht, was sein Weltbundesgenosse dann in London doch erreichte, ist es erlaubt, von einem Sieg Gorbatschows zu sprechen. Auf sein Drängen hin wurden alle Bestimmungen aufgehoben, die einen Technologie-Transfer in die Union verhinderten. Kanada gewährte einen Weizenimportkredit von 130 Millionen Dollar und vor allem wollte man ihm Zugang zu Weltbank und Weltwährungsfonds gewähren. Es war vorerst Gorbatschows letzter Sieg auf der internationalen Bühne.


SOWJETUNION
RUSSISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK
LITAUEN
LETTLAND
ESTLAND
WEISS-RUSSLAND
UKRAINE
MOLDOVA
GEORGIEN
ARMENIEN
ASERBAIDSCHAN
KASACHSTAN
USBEKISTAN
TURKMENISTAN
KIRGISIEN
TADSCHIKISTAN
Kola
Poljarny
Seweromorsk
Olenegorsk
Jokanka
Ignalina
Rowno
Chmelnizki
Daraschnja
Sychow
Bobrujsk
Leningrad
Jedrowo
Smolensk
Tschernobyl
Twersk
Klin
Kurst
Perwomajsk
Nikolajew
Kostroma
Telkowo
Moskau
Obninsk
Koselsk
Woronesch
Saporoschje
Krim
Joschkar Ola
Bilibino
Tatischtschewo
Balakowo
Perm
Nowopetrowsky
Dimitrowgrad
Belojarsk
Swerdlowsk
Tscheljabinsk
Troizk
Kartaly
Schewtschenko
Aral-See
Nowosibirsk
Alejsk
Uschur
Belaja
Irkutsk
Baikal-See
Olowjannaja
Schangistobe
Taschkent
Balchasch-See
Aleksjewka
Swobodny
Sachalin
Wladiwostok
Petropawlowsk
Kamtschatka
Kernkraftwerk
Rüstungsbetrieb
Bomber-Stützpunkt
Raketenbase
Atomschiffshafen
Antiraketenstützpunkt
Quelle: The Economist
F.A.Z.-Karte Sturm

Denn einen Monat darauf, an dem Tage, an welchem ein neuer Unionsvertrag von den Sowjetrepubliken unterschrieben werden sollte, kam es zu einem Staatsstreich konservativer „faschistischer" Kräfte. Gorbatschow selbst wurde in seinem Ferienort im Kaukasus festgehalten. Der Putsch brach jedoch in drei Tagen zusammen. **Jeltsin** war der Held der Stunde.

Es war ein recht seltsamer **Putsch.** Wir greifen einiges von dem auf, was Professor Dr. Diethelm Brüggemann in „Fraktur" am 25. August 1991 dazu zu sagen hat. Es ist etwas mehr als was man in der „Lizenzpresse" liest.

„Genau wie in den westlichen Ländern, herrschen auch in der UdSSR — und zwar in Verbindung mit den internationalistischen Strategen im Westen — keinerlei Kräfte, die nicht unter internationalistischer Kontrolle stünden. Die neuen Gruppen, Parteien, Bewegungen, die angeblich neuen Männer, sie alle sind genauso Produkt des Systems wie die angeblich demokratischen ‚Bewegungen' in der ehemaligen DDR, die dort 1989 und 1990 angeblich den Sturz des Kommunismus erzwangen. Die erste Frage: Warum wurde außer Gorbatschow nicht auch der sogenannte Radikalreformer **Jelzin** *von den Putschisten verhaftet? Zur Erklärung dieses sonderbaren Umstandes mutet man uns zu, an die Befehlsverweigerung verschiedener sowjetischer Militärs zu glauben, die, statt Jelzin ‚einzukassieren', sich im Gegenteil zum Schutz Jelzins zur Verfügung gestellt hätten . . . Am Dienstag den 20. August, also am Tag nach dem ‚Putsch' berichteten AP/dpa: ‚Am Abend setzen sich zehn Panzer der Sowjetarmee von ihrem Verband ab und stellten sich, mit russischen Fahnen bedeckt, als Schutz vor das russische Parlamentsgebäude in Moskau . . . An zwei Stellen der sowjetischen Hauptstadt stellten sich Gruppen von Demonstranten der Panzerkolonne entgegen und zwangen sie zum Halten. Vor dem Parlamentsgebäude kletterte Jelzin auf einen Schützenpanzer und rief die Menge zum Widerstand auf. Der Kommandeur der dort eingesetzten sowjetischen Einheit erklärte: ‚Ich werde meinen Soldaten nicht befehlen, auf Boris Jelzin zu schießen'."*

„Wir sollen also glauben, daß sich einfach so mir nichts, dir nichts zehn Panzer ‚absetzen' können, ohne daß sie nicht gleich vom Rest der größten Militärmacht der Weltgeschichte zusammengeschossen werden! Weiterhin sollen wir glauben, daß ‚Gruppen von Demonstranten' Panzer ‚zum Halten zwingen' können? . . . Die Szenerie sieht eher so aus, als wenn sie in der Tat eine Theaterszenerie gewesen wäre, die es dem ‚tapferen Jelzin', dem ‚Helden dieser Tage' ermöglichen sollte, dekorativ auf einen Panzer zu klettern . . ."

„Am Mittwoch den 21. August berichteten die Zeitungen über den zweiten Tag des ‚Putsches'. Berichteten sie wirklich über den zweiten Tag des Putsches? Nein, sie berichteten über Jelzin. Einen solchen Putsch hat man nämlich noch nie erlebt . . . Die ‚Putschisten' hatten sich offenbar nach ihrem ‚Putsch' in den Sessel zurückgelehnt und Däumchen gedreht. Nur gegen Jelzin hatten sie einen ‚Haftbefehl' erlassen. Der große Jelzin dagegen füllte die Spalten. ‚Per Dekret' übernahm er die Kommandogewalt über sämtliche in Rußland stehenden Truppen, während die ‚Putschisten' Däumchen drehten. Zentrum des Widerstandes ist das Parlament . . . Von dort aus kann Jelzin sogar mti dem Präsidenten Bush telefonieren, denn die ‚Putschisten' drehen ja die Däumchen, anstatt ihm die Telefonleitung zu zerschneiden . . . Das Wüten von Jelzins ‚Demokratie' setzte am Donnerstag im russischen Parlament ein, wo meist ‚ohne Abstimmung' alles angenommen wird, was von dem Trio Jelzin, Silajew und Chasbulatow kommt . . . Im Parlament herrscht Jubel und Trubel. Es ist nicht mehr zu unterscheiden, was Vorschlag, was Forderung, was Antrag ist. Würdenträger aller Ränge werden für abgesetzt erklärt, kurz: es herrscht ‚demokratische' Volksjustiz in Reinkultur." (der hier herangezogene Aufsatz enthält noch eine bedeutende Menge weiterer Einzelheiten!)

Diese Vorgänge waren es, die in wenigen Tagen das Wesen der Sowjetunion änderten.

Nach dem Putsch: **(dazu S. 138)**



Jelzin befiehlt Gorbatschow: Lesen Sie!

Genscher im Kreml 17/12/91



Offensichtlich in bester Stimmung empfing der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow gestern im Kreml in Moskau Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. **Seite 2**

R64

Dabei machte dieser Verlauf der Ereignisse — mehr noch als die direkten Folgemaßnahmen des Golfkrieges — klar, was man in einer Neuen Weltordnung zu erwarten hat. Die kommunistische Partei wurde verboten, die Chefs von KGB, Heer und Luftwaffe wurden entlassen.

EG: Baltenstaaten unabhängig

Wirtschaftshilfe für Balten und UdSSR / Zusammenarbeit mit Moskauer Zentralregierung



In Bonn begrüsste Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher (vorn) die Aussenminister der drei baltischen Staaten, deren Unabhängigkeit alle EG-Staaten anerkannthaben. Von links: Lennart Mery (Estland), Janis Jurkans (Lettland) und Algerdis Saudargas (Litauen).

Die baltischen Staaten

Erwartungsgemäß nutzte sofort eine Reihe von Staaten die Lähmung Moskaus aus und schritt zur Anerkennung der drei Baltenstaaten Litauen, Lettland und Estland, ein Glücksfall, der es erlaubte, sogenanntes „Völkerrecht“ zu umgehen. Mit einem merkbaren zeitlichen Abstand beschloß denn auch die reaktionäre EG (und mit ihr also gezwungener-

maßen auch die BRD) am 28. August den gleichen Schritt zu unternehmen. Die USA hatten es in Gehorsam zu ihrer „internationalen" Politik noch weniger eilig mit der Befreiung dieser Völker vom Bolschewismus. Am 2. Dezember erst gaben sie Laut. Die peinliche und weltweit indigniert von den Völkern zur Kenntnis genommene Verzögerung umschrieb Bush mit der Entschuldigung: *„Ich denke, die Tatsache, daß wir gewartet hatten, ist nicht nur von Gorbatschow verstanden, sondern auch geschätzt worden, und — ich hoffe — auch von anderen in der Sowjetunion."* Dabei hatte man schon früher ein auch in allen anderen Fällen vorgesehenes Sicherheitsventil eingebaut, in dem Sinne nämlich, daß im Falle der Verselbständigung nicht „echte Nationalisten" sondern „gezinkte" (181) in die zukünftigen Führungsstellen einrücken werden. *„Zu den echten Nationalisten in Litauen gehörte die Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskiene, zu den gezinkten Litauens Landbergis* (181), *Gorbunow und Godmanis-Lettland und Savisaar-Estland." „Die Flucht von Frau Prunskiene* (sie verschwand in der Versenkung) *ist ein Symbol für die Neue Weltordnung. Der ‚Nationalismus' der Balten ist fest in internationalistischer Hand.".* (182). Deutlich wurde es auch schon weiteren Kreisen mit der gemeinsamen Erklärung der baltischen Republiken und Jelzins an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar am 15. Januar 1991, da der Versuch gemacht wurde, international bewährte Instanzen einzuschalten. Bestätigt wurde *„die zweite Phase, daß die baltische Nationalitätenbewegung voll in der Hand des Internationalismus ist und als Instrument im Puppenspiel eingesetzt werden kann."* (183), mit dem hier wiedergegebenen Foto.

Nicht nur in diesem Fall steht Genscher seinen Mann. Nicht ein Wort fällt von deutscher Seite über **Memel.** Erwähnt wird dieser niemals an Litauen abgetretene Teil des Deutschen Reiches sogar in der deutschen Presse höchstens versteckt als „Klaipeda" (zum Beispiel bei den Absichten, Handelsverbindungen im Sinne der Hanse zwischen Ostseestädten aufzubauen), um nicht im deutschen Volk durch korrekte Berichterstattung Geister zu wecken (184).

Der Ministerpräsident Kanadas war ehrlich genug, den Grund, der für seine nachhinkende Anerkennung der Baltenstaaten bestimmend war, zu nennen: Quebec. Im übrigen hat er eine Serbin zur Frau.

Turkestan

Gleichzeitig erklärte sich nach dem Putsch eine Sowjetrepublik nach der anderen souverän. Die Vorherrschaft Moskaus war ja der dauernde Stein des Anstoßes gewesen und hatte das Streben auf Trennung von der Sowjetunion bewirkt. Berücksichtigt man, mit welchen stalinistischen Methoden man erst auf der nächsten Regierungsstufe sogenannte „Autonome Republiken" gebildet hatte, so steht damit noch die Antwort auf die nicht unwichtige Frage aus, wie sich diese jetzt auf Souveränität drängenden Republiken verwaltungsgemäß einrichten werden. Den 15 Unionsrepubliken (gezählt noch einschließlich der drei Balkenstaaten) folgen eine Etage tiefer zwanzig Autonome Republiken und 129 weitere Territorien und Regionen, also etwas mehr als die in Großbritannien zusammengeschlossenen England, Schottland und Wales. Von einer mitbestimmenden Teilnahme an einer Neuen Weltordnung ist zunächst keine Rede.

Die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eroberten turkestanischen und kaukasischen Gebiete sind es vor allem, die heute „frei" werden wollen. Nicht immer hatte Rußland das gleiche Gesicht gezeigt, doch änderte es selbst nach dem revolutionären Wandel nicht seine Asienpolitik. *„Das atheistische Gesicht des Sowjetstaates blickt in* **Turkestan** *ebenso wie zur Zeit des Zaren das orthodox-klerikale, in die Augen eines standhaften Mohammedanismus"* (185). Die aus militärischen Gründen vorgenommene verwaltungsmäßige Organisation der zentralasiatischen Gebiete wurde von Lenin weiter ausgebaut unter Hervorhebung der ethnischen Gegebenheiten. Es geschah unter dem Schlagwort einer „neuen Nationalitätenpolitik" und sollte eine Union vortäuschen, wo es sich doch nur um ein divide et impera handelte. *„Sozialistisch im Inhalt, national in der Form"* war die bolschewistische Parole. Sie war klug den begrenzten Herrschaftsmitteln angemessen, die nach dem I. Weltkrieg in dem Riesenreich zur Verfügung standen. Bolschewistische Volkstumsforscher stellten eilfertig auf dem Boden des früheren Kaiserreiches Rußland über 180 einzelne Völkerschaften fest. *„Und die Sowjetregierung bemühte sich, jeder von ihnen ein eigenes lateinisches Alphabet, eine eigene Grammatik, mit anderen Worten, eine eigene, von den verwandten Volksgruppen möglichst nicht verstandene Sprache zu geben."* (186). Es wird ein nationales Scheinleben aufgebaut. Verankert wird diese Vielfalt in der Verfassung der 1923 geschaffenen **„Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken"**. *„Das Vorhandensein ethnologisch, kulturell, soziologisch und nach Dialekten differenzierter Volksgruppen in Turkestan schuf die Möglichkeit für die Generalgouverneure, noch mehr aber dann für die Bolschewiken, die administrative Aufgliederung des Gaues nach Gesichtspunkten vorzunehmen, die der Zentralgewalt durch Vermeidung von gemeinsamen Widerstandszentren Vorteile bringen mußten."* (187).

Diese „nationale Aufgliederung" Russisch-Mittelasiens ist im April 1925 im wesentlichen abgeschlossen. Dabei wird dieses Gebiet, insbesondere aber die zweitgrößte Republik **Kasakstan** im Laufe dieses Jahrhunderts mehr und mehr zu einem wirtschaftlich wichtigen Teil der Sowjetunion. Am Anfang dieser Entwicklung steht das Wort Baumwolle, steht das Autarkiebestreben in Fragen der Textilindustrie England gegenüber. Daß Turkestan, und da eben wieder vor allem Kasakstan, erhebliche Bodenschätze besitzt (Erdöl, Kohle, Salz, Kali, Blei, Kupfer, Zink, Mangan u.a.) macht dieses Gebiet nach Beendigung der Zwänge einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer Region, die für eine Neue Weltordnung nicht unbedeutend sein wird.

Der Widerstand gegen den bolschewistischen Zentralismus heizt sich darum zunächst weniger an wirtschaftlichen Fragen auf, als vor allem an der fremdartigen, lauten und soziologisch als störend und ärgerlich empfundenen Gottlosenpropaganda. Der Autor hatte im II. Weltkrieg Gelegenheit bei Unterhaltungen mit Angehörigen ihm unterstellter Verbände aus Turkestan breitgefächerte Beispiele zu erfahren für die Macht, die noch damals die mohammedanischen Geistlichen auf die Geister hatten. Doch galt für damals im allgemeinen, was Cleinow 1941 sagt: *„Alles, was an gelegentlichen Aufständen in den Annalen des turkestanischen Widerstandes zu verzeichnen war, blieb verzettelte Einzelaktion, trug den Charakter lokaler Unzufriedenheit und Eigenbrötelei und hinterließ nach den unvermeidlichen Schlappen nur das zermürbende Gefühl tiefer Niedergeschlagenheit und Ohnmacht im Volk, das durch die Erbitterung der wenigen, fast nicht in Erscheinung tretenden geistigen Führer nicht nachhaltig beeindruckt zu werden vermochte."* Es war weniger aktiver Widerstand als Schlamperei, wenn nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung russisch gelernt hatte und wenn es nicht gelang, genügend Russischlehrer auszubilden.

Soll es also bei einer Neugliederung des Sowjetraumes keine Veränderung der inneren Grenzen geben, so ist das Thema der **äußeren Grenzen** schon gar nicht auf der Tagesordnung. Selbst im Gefolge der vorübergehenden Besetzung **Afghanistans** durch die Bolschewisten kamen keine Grenzdiskussionen auf. **China, Indien und Iran,** die gelegentlich als Fernziele zaristischer Expansion genannt worden waren, liegen hinter längst anerkannten Grenzen. Der russisch-englische Vertrag von 1907 über Zentralasien wurde 1917 von den Bolschewisten zerrissen. Iran, Afghanistan und Tibet wurden damals bereits auch de facto souveräne Staaten. Auch darf bei einer Beurteilung der heutigen Vorgänge in Zentralasien nicht vergessen werden, daß dieses Gebiet, das seine völkerrechtliche Existenz dem Auslaufen der seinerzeitigen russisch-englischen imperialistischen Bestrebungen verdankt, ein halbes Jahrhundert n a c h der Beseitigung des britisch-indischen Reiches auseinanderfällt. Waren schon in den Umwälzungen, die dem I. Weltkrieg in Turkestan folgten, niemals Grenzänderungen vorgenommen worden, handelte es sich damals nur um die Veränderung innerer Verwaltungsgrenzen, um diese der unterschiedlichen Botmäßigkeit der Völkerschaften anzupassen, so steht dieses für unsere Zeit noch deutlicher fest. Die Kräfte innerhalb der bisherigen Union sind unter sich und können nicht auf Unterstützung oder Widerstand von außen rechnen, wenn es um Grenzen geht.

Aus Anlaß der Anerkennung der drei Baltenstaaten durch die EG betont der britische Außenminister **Douglas Hurd** am 28. August: *„Was wir heute bezüglich der baltischen Staaten taten, sagt gar nichts darüber, wie wir unsere Beziehungen zu anderen Republiken der Sowjetunion oder natürlich auch Jugoslawiens in die Hand nehmen werden."* Hunderte von Völkern haben bei der Errichtung einer Neuen Weltordnung kein Mitspracherecht. Die Worte von Bush in diesem Zusammenhang lauten: *„Was wir tun werden ist, daß wir jeden Fall für sich betrachten werden. Aber ich meine, daß wichtiger als das, was wir tun können, ist, was offensichtlich dort in der Sowjetunion vor sich geht, ein Übereinkommen zwischen dem Zentrum und den Republiken und daß eine jede Unionsrepublik ihre eigene Zukunft bestimmen kann."* (188). An der „Nationalitätenpolitik" Stalins wird nicht gerüttelt. Wer seinerzeit in der Sowjetunion nicht Mitspracherecht hatte, wird auch heute überhaupt nicht erwähnt. Zur Ordnung der Welt werden nur fünfzehn Stimmen in der Sowjetunion zugelassen.

Seit Jahrzehnten spricht man in der Sowjetunion von „freien und souveränen mohammedanischen Gliedstaaten" in **Turkestan.** (Olzscha S. 432). Mit dem Rückzug aus Afghanistan, der Einstellung aller Hilfssendungen der Sowjetunion an die afghanische Regierung im September 1991 sowie der chinesischen Autonomiegarantie für Tibet scheint es keine Frage mehr, daß die Erbmasse Tamerlans „endgültig" verteilt worden ist. Wenn der

britische Ministerpräsident Major bei seinem Besuch in Peking Anfang September 1991 von **Tibet** spricht, dann geht es um den Versuch, auch dort „menschenrechtliche" Gesellschaftsformen durchzusetzen, wie sie für die gesamte Neue Weltordnung Gültigkeit haben sollen. Es geht nicht um die Veränderungen von Grenzen. Nach der vorliegenden Informationslage ist es auch unwahrscheinlich, daß kulturelle Kräfte in Turkestan die Zeit des Bolschewismus von 1923 bis 1991 in gestaltungsstarkem Umfang überlebt haben. Nur aus diesen ortsgebundenen Kräften könnte sich ein Aufleben der von den Russen blutig erstickten großturkestanischen Träume ergeben. Für eine solche Entwicklung spricht höchstens, daß tatsächlich in anderen Teilen der islamischen Welt **Fundamentalisten** heute in den Vordergrund rücken. Wenn heute — in Moskau und in Kiew sowohl wie im „Westen" — die Verfechter eines geordneten Übergangs von der UdSSR in eine neue Staatsordnung in Mittelasien sich zu Worte melden, so steht hinter der Besorgnis um eine ansonsten „chaotische Entwicklung" die Furcht auch hier vor einer nicht von den Herrschenden gelenkten Weiterentwicklung, Herrschenden, die bis zur Stunde der Leninschen staatsmännischen Weisheit mit ihrem reaktionären Festhalten am status quo nicht entfernt das Wasser reichen können, deren Sorge um die Zukunft also zum nicht geringen Teil aus bösem Gewissen (und aus utopischer Verkrampftheit) geboren ist. Daß dieses ausgesprochen werden kann, zeigt, daß die Umgestaltung der Sowjetunion zwangsläufig Betrachtungsgegenstand jener Kräfte werden muß, die an der Neuen Weltordnung bauen.

„Das (britische) *Parlament wird über Asien fast ebenso gut Bescheid wissen müssen wie über Europa. Die Zeit wird kommen, wo die Kenntnis und das Interesse für Asien nicht das Steckenpferd einiger weniger, sondern die Sache der ganzen Nation ist"* meint Curzon bereits 1898. Heute, da wir beschämend feststellen müssen, daß selbst deutsche Außenpolitiker sich durch Unkenntnis nicht erst in Asien, sondern in Europa selbst, etwa in Jugoslawien, auszeichnen, ist dies um so ernster zu nehmen:

Es wäre wünschenswert, wenn man der heranwachsenden deutschen Jugend Gelegenheit gäbe, einen sachkundigen Personalbestand aufzubauen, der über das bisherige Zentrum und Endziel Moskau hinaus sich mit den mächtigen, frei werdenden Staaten in Zentralasien befaßt. Ganz im Gegensatz zu den Forderungen, die unsere Zeit der Jugend stellt, ist ja von einem enthusiastischen Aufbruch zu neuen Horizonten außer Demoparolen nichts zu erkennen. Der Autor vergleicht mit dem, was er 1933 mitmachte: fremde Sprachen lernen, studieren, arbeiten — ohne einen Pfennig in der Tasche. Wo bilden sich heute die Fachleute für die kommende Neue Weltordnung? Aufrufen zur Arbeit an der Zukunft findet man nur in Logenzirkeln und Logenzeitungen! Man ist dabei, eine Sternstunde des Deutschen Volkes zu verpassen, in einem Augenblick, da schon der Volkstod nach ihm greift!

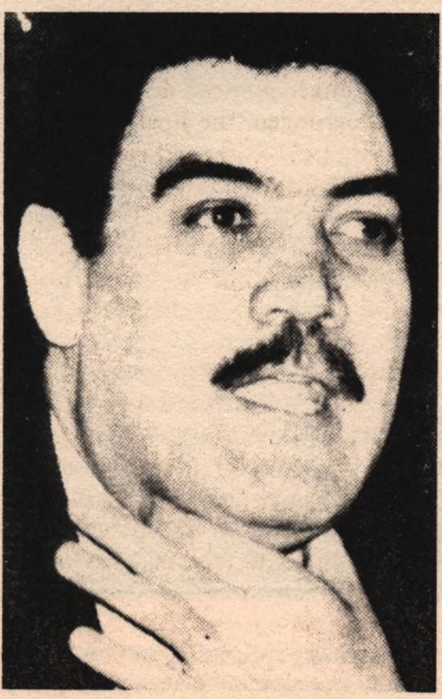
Die Lockerung der inneren Kontakte in der Sowjetunion bringt es mit sich, daß die Republiken in Turkestan mit wachsendem Interesse seitens der dortigen nichtrussischen Anrainer rechnen können. Es liegt völlig im Rahmen internationaler Erfahrung, daß ein Machtvakuum Bewegung in die Szene bringt. Nun kann man in Zentralasien ganz im Gegensatz zu den Vorgängen vor etwa einem Jahrhundert, als die Grundlage gelegt wurde für das, was wir „Rußland in Asien" nannten, nicht mehr von engagierten abendländischen Imperien sprechen. Heute handelt man dort aus eigenen Stücken. So *„beauftragte die iranische Regierung Außenminister Velayati am 1. September 1991, die Ereignisse in den muslimischen Sowjetrepubliken zu beobachten. Angesichts der Unabhängigkeitserklärungen einiger Sowjetrepubliken und des Desinteresses der westlichen Staaten an den Muslimen seien deren Angelegenheiten vorrangig zu behandeln, hieß es im iranischen Fernsehen. Nach Azerbeidjan hatten am am 31. August auch Usbekistan und Kirgisien ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt."*

„In Teheran wird derzeit zwar viel von der ‚natürlichen' Solidarität mit den islamischen Republiken gesprochen, doch hat Teheran — im Gegensatz zu Ankara — Azerbeidjan bisher nicht anerkannt. Immerhin wurden die engen Beziehungen zu dieser Sowjetrepublik kürzlich durch einen Besuch des azerbeidjanischen Präsidenten Ajas Mutalibow bekräftigt. Mutalibow hielt sich in Teheran auf, als Präsident Gorbatschow gestürzt wurde."

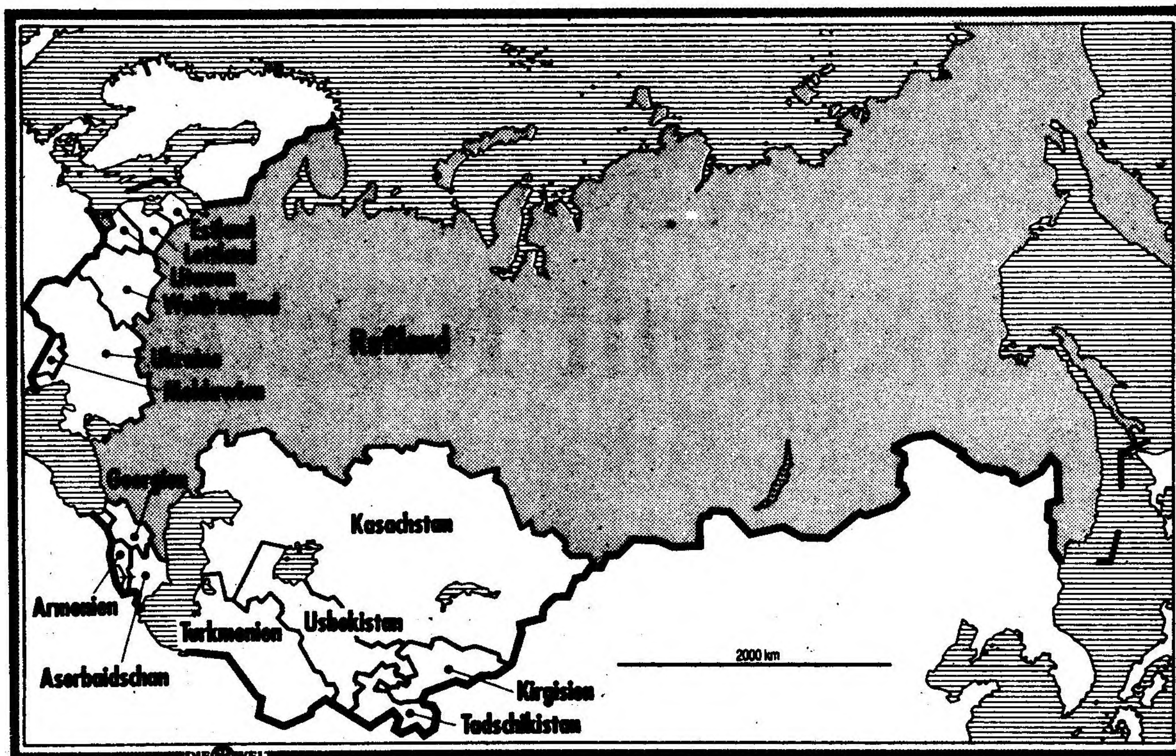
„In der iranischen Presse kommen die verschiedensten Meinungen bezüglich der Politik zum Ausdruck, die gegenüber den muslimischen Sowjetrepubliken zu verfolgen sei. ‚Djomhuria', den Fundamentalisten nahestehende Zeitung, fordert, Teheran müsse sich an die Spitze der Länder stellen, die die Unabhängigkeit dieser Sowjetrepubliken anerkennen." (189).

Den nächsten Stein setzt die Türkei. Es heißt schon drei Wochen später: *„Die Türkei und die Republik Kasakstan haben ein Abkommen über Zusammenarbeit in allen Bereichen abgeschlossen. Der Vertrag wurde vom kasakischen Präsidenten Nasarbajew und vom türkischen Staatsoberhaupt Özal unterzeichnet. Nasarbajew war einen Tag davor zu einem viertägigen Besuch in Ankara eingetroffen . . . Ankara will Kohle, Erdgas und Rohstoffe aus Kasakstan einführen, während es Elektrogeräte, Fernmeldetechnologie und andere Industrieprodukte exportieren möchte."* (189).

Kurz danach geht die Meldung durch die Presse, daß Nasarbajew sich in London aufhält. In seiner Republik leben mehrere Millionen ehemaliger Wolgadeutscher und er hat gar nichts dagegen, wenn diese in seiner Republik bleiben. Sollte es nicht möglich sein, aus diesen jenes vermittelnde Fachpersonal auszuwählen, welches dem deutschen Handel und der deutschen Industrie den Zugang zu einem Lande verschafft, das „mandschurische" Wirtschaftsmöglichkeiten hat? Man könnte sich auf Sympathien stützen, die seit dem II. Weltkrieg mit jenen Regionen bestehen. Doch, wann und wem schreibe ich dieses?



Najibullah
(Afghanistan)


Rußland
Georgien
Kasachstan
Armenien
Aserbaidschan
Turkmenien
Usbekistan
Kirgisien
Tadschikistan
2000 km
DIE WELT

Kaukasien

Die turkestanischen Überlegungen treffen auch auf das allerdings sowohl religiös wie biologisch anders geformte **Kaukasien** zu. Auch hier handelt es sich um die Weiterentwicklung eines staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Zustandes, der unter militärischen Vorzeichen im vorigen Jahrhundert eine Eingliederung in das Russische Reich erlebte und der dann die heutige organisatorische Form der Gliederung in Sowjetrepubliken nach einer radikalen Veränderung der Gesellschaft durch die Bolschewisten erfuhr. Dabei wurde von den Bolschewisten zerschlagen, was sich am Nordrand am Fuß des Gebirgsstockes ihnen entgegenstellte. Die Reste wurden als autonome Gebiete in die russische Sowjetrepublik eingegliedert und bewegen daher in unserem geschichtlichen Augenblick noch nicht die übernationale Lage. Es ist unausgesprochener Leitsatz, unterjochte Völker und Volksreste nicht international zu berücksichtigen. Soweit es vorübergehend notwendig war, so etwas wie ein Weltgewissen zu zeigen, wie es im Falle der Kurden soeben der Fall gewesen war, ist man sich schnell darüber einig, das Schicksal solcher Menschengruppen wieder in geschichtliches Dunkel zu schieben. Das ist ein streng befolgter Leitsatz der Neuen Weltordnung. Gleichberechtigte Sowjetrepubliken schuf man erst jenseits des Kaukasus. Diesen müssen wir uns also hier zuwenden.

„Der Kaukasus bedeutet für Rußland viel mehr als das russische Zentralasien“ (190). *„Die Bindungen zwischen Rußland und dem Kaukasus sind stark und echt . . . Der Kaukasus ist durch die Werke der großen russischen Dichter Puschkin, Lermontow und Tolstoi zu einem Teil der nationalen Tradition geworden.“* So kann der amerikanische Rußlandkenner Walter Kolarz noch 1956 behaupten. Und trotzdem beeilen sich gerade die drei (trans-)kaukasischen Sowjetrepubliken **Georgien, Armenien und Azerbeidschan,** von Moskau unabhängig zu werden. Besonders erregend ist dieser Schritt im Falle der beiden Erstgenannten.

Denn Kolarz, dem wir hier folgen wollen, kann darauf aufmerksam machen, daß *„der Gewinn, den Rußland aus dem Besitz Transkaukasiens zog, dem vergleichbar ist, den ein Emporkömmling in der Ehe mit einer Prinzessin von königlichem Geblüt findet, nämlich die Möglichkeit, sich die Traditionen, die ihm fehlen, anzueignen. Indem Rußland z.B. Bande mit armenischer Geschichte schmiedete, gewann seine eigene Geschichte eine Verbindung mit dem Altertum, mit dem alten Ägypten, mit Assyrien und Persien, mit Alexander dem Großen und schließlich auch mit dem Römischen Reich. Sowjetische Historiker erinnern nun voller Stolz daran, daß es die Armenier, ‚ein Volk der Sowjetunion‘, waren, die unter der Führung ihres Königs Tigran des Großen die ‚unbesiegbaren römischen Legionen‘ des Lucullus geschlagen hatten.“*

„Sowohl Armenier wie Georgier besaßen ein geschriebenes Alphabet tausend Jahre vor der Einführung der kyrillischen Schrift, auf der das russische Alphabet schließlich aufgebaut wurde. Neuerliche Entdeckungen von sowjetischen Gelehrten haben sogar zu der Annahme geführt, daß das georgische Alphabet kaum später als im siebenten Jahrhundert vor Christi Geburt entstanden ist.“

„Die Geschichte der Völker des russischen Zentralasien, geht zwar auch auf das Altertum zurück, aber Rußland war durch die Eingliederung Armeniens und Georgiens in der Lage, sich nicht nur allgemeine historische Traditionen wie im Falle Zentralasiens, sondern auch eine uralte christliche Tradition anzueignen. Sowohl Armenier wie Georgier wa-

ren am Anfang des vierten Jahrhunderts zum Christentum bekehrt worden, das heißt, früher als die meisten westlichen Völker und etwa 700 Jahre vor den Russen."

Georgier

Die endgültige Annahme der Lehnsherrschaft über **Georgien** durch Rußland geschah auf Wunsch der Georgier selbst. 1783 wurde dieses christliche Königreich russisches Protektorat. Zar Alexander I. gliederte dann 1801 Ostgeorgien in das Russische Reich ein. Doch die Zeiten änderten sich. Für die georgischen Nationalisten, die nach der russischen Oktoberrevolution einen unabhängigen georgischen Staat aufbauen wollten, bedeuteten weder das säkularisierte Istambul noch das chiitische Teheran noch eine Gefahr. Eine solche konnte nur noch aus Moskau kommen. Dennoch hat das traditionelle Band noch lange gehalten. Georgien hatte einen deutlich höheren Bildungsstand als andere Republiken. Georgier waren als Beamte und Offiziere führend tätig. *„Während des II. Weltkrieges leisteten die Georgier einen viel größeren Beitrag zur Verteidigung der UdSSR als die meisten anderen nichtrussischen Völker der Union. Sie hatten einen hervorragenden Anteil an der Absperrung Transkaukasiens gegen den deutschen Andrang. Sie kämpften gewöhnlich in besonderen georgischen Regimentern und unter der Führung georgischer Offiziere, und sie hielten den deutschen Vormarsch an den Grenzen Georgiens auf. Es war also nur recht und billig, daß in symbolischer Anerkennung der georgischen Kriegsverdienste es einem georgischen Sergeanten gestattet wurde, zusammen mit einem russischen Soldaten die Siegesfahne über dem Berliner Reichstag aufzuziehen."* (191). Nicht nur Ordschonikidse, Jenukidse, Berija und Stalin waren Georgier, auch der große Außenminister der Perestroika, Shevadnadse, stammt von dort. Daß Georgien dennoch 1991 zu den schärfsten Verfechtern einer Trennung vom Russischen Reich gehörte, gibt daher in mehrfacher Hinsicht zu denken. Moskau hatte das Gefühl einer unwürdigen Abhängigkeit groß werden lassen. Die Mißachtung traditioneller Lebensformen bestimmten das Verhalten als der Bolschewismus sich nicht nur als Auslaugung des Lebens erwies, sondern die Gefahr eines wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenbruchs an die Wand malte.

Bei dem Wettrennen um die Loslösung von der Sowjetunion ist Georgien Spitzenreiter. Als Ende Januar 1991 Moskau zu einem Referendum für den 17. März aufrief, ob man die Union der Sowjetrepubliken aufrechterhalten wolle, entschied das georgische Parlament sich für eine Volksabstimmung am 1. April „über die Zukunft Georgiens". 99,04% der Bevölkerung stimmten für die Unabhängigkeit des Landes (der in Georgien liegende Autonome Bezirk **Abjasien** wies bei nur 60% Wahlbeteiligung 97% für die Unabhängigkeit aus). Abgestimmt wurde über die Wiederinkraftsetzung der Unabhängigkeitsakte vom 26. Mai 1918, die von den Sowjets 1921 nach Besetzung des Landes annuliert worden war. Unter dem nicht weit hergeholten Vorwand, die ethnischen Unruhen in dem georgischen Bezirk **Ossetien** einzudämmen, verhängte Moskau den Ausnahmezustand und entsandte Truppen. Doch, wie auch in anderen ähnlichen Fällen einer „Einmischung" war das Erscheinen der Truppen nur Anlaß zu einem Anschwellen der Bürgerkriegssituation in Ossetien. Georgiens Präsident, Zviad Gamsajurdia rief auf zum Streik der Eisenbahnen und der Schwarzmeerhäfen. Neun Tage nach der Volksabstimmung erklärte das georgische Parlament die Unabhängigkeit des Landes. Doch Gamsajurdia erklärte, *„daß dieser Akt nicht den de facto Rückzug der Sowjetunion bedeutet. Zwei, drei Jahre noch wird man die gesetzlichen Maßnahmen ausarbeiten, um die Autonomie zu verwirklichen."*

Am 2. Mai geht eine Meldung durch die Presse, wonach *„der Parlamentspräsident von Georgien, Akaki Asatiani sich für die Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen hat. Asatiani befindet sich in Spanien, um mit dem dort lebenden georgischen Thronerben Jorge de Bagratión Kontakt aufzunehmen. Jorge wurde 1944 im Exil geboren. Die Rückkehr zur Monarchie werde in Georgien immer populärer, sagte Asatiani. Sogar der Präsident der Republik habe sich dafür ausgesprochen."* (192).

Gamsajurdia war im April zum provisorischen Präsidenten gewählt worden. Im Mai 1991 wurde ihm dieses Amt mit 87% der abgegebenen Stimmen bestätigt. Doch wird diese Zahl in Zweifel gestellt. Man spricht von einem Terror Gamsajurdias, weswegen es sich mehr oder weniger um eine Angstwahl handle. (193). Die Festnahme des Oppositionsführers Georgy Chanturia Mitte September führte zu Kundgebungen zugunsten und gegen den Präsidenten. Es ist der schiedsrichterlichen Aktivität des Patriarchen der Orthodoxen Kirche zu verdanken, daß diese eingedämmt werden konnten. Immerhin hat Georgien trotz aller Probleme das Glück, daß sich keine EG einmischt. Georgien soll dann, abgesehen von Azerbeidjan, die einzige Republik der bisherigen Union sein, die die neue Wirtschaftsunion zunächst nicht unterzeichnet.

Armenier

Peter der Große rief im Jahre 1723 die **Armenier** auf, nach Rußland zu kommen. Das führte dazu, daß das ganze XVIII Jahrhundert hindurch Armenier in großer Zahl nach Rußland kamen. Sie wurden zur wirtschaftlichen Stütze im Nordkaukasus. Im Jahre 1828 schlossen Rußland und Persien den Vertrag von Turkmantschai, in dem Persien an Rußland etwa das Gebiet abtrat, das der heutigen Armenischen Sowjetrepublik entspricht. Auch aus der Türkei wanderten zahlreiche Armenier in dieses russische Gebiet ein. In dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 eroberte Rußland das von Armeniern besiedelte Gebiet in Ost-Anatolien, doch mußte es im Vertrag von Berlin alles bis auf das Gebiet von Kars wieder den Türken überlassen. Man hatte eine Minderheitenklausel vorgesehen, jedoch keine Sanktionen für deren Nichteinhaltung. So kam es, wie Kenner des Türkischen Volkes vorausgesehen hatten. Warnend hatte noch Lord D'Abernon von den Türken gesprochen, als *„diesem Krebsgeschwür der Menschheit, dieser marodierenden Herde, der einzigen Rasse, die in Jahrhunderten unbegrenzter Möglichkeiten niemals das geringste zur Aufklärung oder Fortschritt der Menschen auf irgendeinem Gebiet beigetragen hatte."* (194). Es kam Ende des vorigen und zu Beginn dieses Jahrhunderts zu den fürchterlichen Massakern (195) unter Sultan Abdul Hamid, *„die als das barbarischste Verbrechen gegen die Menschheit im modernen Zeitalter angesehen werden muß."* (196). Die Stimmung in Rußland zugunsten der verfolgten Armenier schlug dann unter dem Eindruck der Befreiungsbewegung Kemal Paschas um. *„Die kemalistische, antiimperialistische Revolution war vom Standpunkt Sowjetrußlands aus gesehen ein Ablenkungsmanöver großen Stils, das zur Konsolidierung des Sowjetregimes im allgemeinen und zur Festigung der bolschewistischen Herrschaft im Kaukasus im besonderen führte . . . Es kam gar nicht mehr in Frage, daß Sowjetrußland auf Gerechtigkeit für die Armenier in ‚Türkisch-Armenien' bestehen konnte."* Innerhalb der Sowjetunion gelangten viele Armenier wegen ihrer Sprachbegabung in den diplomatischen Dienst, andere, wie Mikojan, der langjährige Volkskommissar für den Außenhandel, in wirtschaftlich führende Stellungen. Doch ließ sich die Politik Moskaus dem armenischen Volk gegenüber dadurch nicht beeinflussen. Getreu dem

auch hier angewandten divide et impera wurde das Gebiet von Nachitschewan — auf türkischen Wunsch hin — Azerbeidschan zugesprochen und das Gebiet von Karabach, zu 90% armenisch besiedelt, durfte sich nicht Sowjetarmenien anschließen. Es wurde als autonomes Gebiet Azerbeidjan zugeordnet. Taktische Gründe sind es darum, warum Armeniens Präsident Levon Ter-Petrosian mit dem Präsidenten von Azerbeidjan, Mutalibow in Baku verhandelt. Es geht ihm um eine friedliche Lösung des Problems der armenischen Enklave Nagorni Karabach. Der Kriegszustand zwischen Armenien und Azerbeidjan sticht deutlich ab von der übrigen Lage in Transkaukasien. Im Juli 1991 tauschten Azerbeidjan und Georgien diplomatische Vertreter aus. Die beiden Präsidenten, Zviad Gamsajurdia und Ayaz Mutalibow unterzeichneten einen Freundschaftsvertrag. Seit 1988 werden Armenier in steigendem Umfang aus ihren Dörfern in Azerbeidjan vertrieben. Man spricht von 318.000 Armeniern, die Azerbeidjan verlassen mußten und von 203.000 Azerbeidjanern, die in umgekehrter Richtung wanderten (197). Noch vor dem Moskauer Putsch war in Armenien ein Referendum angesetzt worden, in welchem die Bevölkerung über den zukünftigen Kontakt mit der Sowjetunion entscheiden sollte, nachdem bereits im August 1990 das gewählte Parlament eine Unabhängigkeitserklärung abgegeben hatte.

Die Volksabstimmung am 21. September ergab 92% für die völlige Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Lediglich wirtschaftliche Beziehungen sollen weiterbestehen. Und Ter-Petrosian meint in einem Interview mit „El Mercurio" sogar, *„daß man an eine Erweiterung dieser Verbindungen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft denkt. Die Presse teilt sodann mit, daß Armenien die UNO um Aufnahme ersucht hat."* (198). Während man noch vor dem Putsch am 19. August bereit gewesen wäre, die Unabhängigkeit in einer — von Moskau angeordneten — Übergangsperiode von fünf Jahren zu realisieren, erklärt der Präsident Armeniens nach dem Wahlsieg vom 21. September: *„Die Unabhängigkeit beginnt bereits am nächsten Montag. Sie ist ein politischer Akt, gegen den es keine Argumente gibt."*

Azerbeidjan

Der dritte, transkaukasische Staat, **Azerbeidjan,** gehört in die Welt des Islam. Eine tiefe Kluft trennt dort noch heute die internationale Ölstadt Baku, die Hauptstadt der Republik, von dem übrigen, von Mohammedanern dünn besiedelten Land.

Wie auch in anderen sezessionswilligen Gebieten ist die nationalistische Tendenz auch im **Kaukasus** sofort mit einer Verschärfung der Gegensätze zu den anderen Opfern der gleichen unehrlichen Nationalitätenpolitik bei der Hand. Diejenigen, die unter dem Vorwand allermöglichen Ausreden moralischer und wirtschaftlicher Herkunft die Einheit der Sowjetunion bewahren wollen, haben es darum nicht schwer, bei derartigen blutigen Bürgerkriegsaffekten Bundesgenossen in dem an sich feindseligen Lager der Befreier zu finden. Anstatt an den Vorgängen zu lernen, die tiefe Verwurzelung völkisch gewachsener Kultur zur Kenntnis zu nehmen, die Tatsache, daß den von dort kommenden Impulsen niemals die ideologischen Anordnungen, die aus irgendwelchen philosophischen Konstruktionen geboren werden, paroli bieten können, daß eine jede philosophisch erdachte Herrschaftsform zeitlichen Grenzen gehorcht und von heute auf morgen zusammenbrechen kann, ohne auch nur die kleinste Kulturleistung weiterzugeben, wird sich zwangsläufig auch an dem werdenden Experiment einer Neuen Weltordnung wiederholen müssen, wenn diese nicht erneut auf ideologischem Sand aufbauen will. Jede Verfälschung der ei-

gentlichen Freiheitswünsche russischer Republiken (wie auch solcher Jugoslawiens usw.) muß mit einem Fehlschlag enden — den wir uns kaum noch erlauben können.

Die Weiterentwicklung soll nach dem Willen der meisten Führenden in den Sowjetrepubliken unter dem Zeichen der freien Marktwirtschaft stehen. Solange eine messianisch ausgerichtete Planwirtschaft bestand, hatte man nicht zu Unrecht vor allem in den Vereinigten Staaten vor einer damals empfohlenen Weltordnung mit ‚fortschrittlichem' Vorzeichen gewarnt. Wir erinnern an die damalige langwährende Lage mit den Sätzen, die Robert Welch 1958 veröffentlichte (199): *„Weitere Beschneidung unserer Freiheiten bedeutet es, das amerikanische System dem russischen anzugleichen, unsere wirtschaftliche und politische Struktur zu ändern, so daß die Vereinigten Staaten ohne Schwierigkeiten eines Tages mit Rußland in einen Topf geworfen werden können."* Es waren das damals keine unnützen Warnrufe. Es gab (und es gibt!) starke Kräfte, die unberührt von der Tagespolitik auf eine Unterhöhlung unserer abendländischen traditionellen Werte und auf eine Nivellierung hinarbeiten. Wenn gemeldet wird (200), daß die Vertreter des Parlaments der Russischen Republik, Sergei Filatov und Eugeni Ambartsumov sich auf mehrere Monate in die USA begeben werden, um dort das Funktionieren eines föderativen Staates zu studieren, so wird damit einer „Amerikanisierung" Vorschub geleistet, die für europäische Augen kaum wünschenswert ist. Es gab (und es gibt) noch heute beinahe tonangebende Zirkel, die mit den gleichen Zeichen und Kennworten wie etwa die Herren Bush, Kohl, Genscher usw. auf eine „Neue Weltordnung" hinarbeiten, damit aber etwas anstreben, das seine wichtigste Realisierung in der soeben abgeschlossenen Phase „Sowjetunion" hatte (201). Die Einweltler, die von den Emporen „Washington Post", „New York Times", „Baltimore Sun", „International Herald Tribune", „Los Angeles Times" usw. uns zwei Generationen lang zeigten, wohin der Weg gehen soll (202), sind allesamt noch am Schreiben.

Und es gibt noch ein weiteres Neues in der Entwicklung. Am 2. Februar 1959 meinte der spätere amerikanische Präsident Johnson: *„Von jetzt an muß jede Entscheidung der Vereinigten Staaten unter dem Licht der Tatsache getroffen werden, daß ein großer Teil dieses Landes (von russischen Atombomben) zerstört werden kann . . . Ein Sieg ist nicht mehr möglich."* Diese Bedrohung will man heute nicht mehr wahrhaben. In dem neuen russischen Unionsvertrag ist ausdrücklich vorgesehen, daß ausscheidende Republiken auf Nuklearwaffen verzichten müssen. Aber ebensowenig besteht noch eine balance of power zwischen zwei Supermächten. Das amerikanische Übergewicht wurde deutlich genug am Golf vorgeführt. Eine sehr ernste Frage ist es jedoch, ob dieser Zustand wünschenswerter ist als der bisherige. Solange man nicht der Meinung ist, daß von jetzt an die Vernunft herrscht, *„daß ein neues Zeitalter beginnt"* (deutscher Fernsehkommentator), muß man die Befürchtung hegen, daß die noch vorhandenen Atombomben eines Tages irgendwo abgeworfen werden! Denn niemand wird das für immer verhindern können und wollen — sieht man auf eine Welt, in der das Machtdenken nach wie vor gilt. Dieses mag dann nicht in staatlichem oder geographischem Rahmen begründet werden.

Die unabsehbaren Probleme mit der Umweltvernichtung, der Dezimierung von Fauna und Flora, die Vermehrung der Weltbevölkerung, die Verschwendung ausgehender zivilisationswichtiger Rohstoffe, die Zunahme unheilbarer Krankheiten, die organisierte Beschimpfung ganzer Völker, das Vorenthalten politischer Freiheit bei anderen, die Beseitigung aller Eliten, die weiterhin vorangetriebene nationale Entwurzelung im zwischenstaatlichen Verkehr können dazu führen, daß das Erlangen von Macht als letzte Rettung aus lebensgefährlichen Entwicklungen angesehen wird. Dann könnte es sein, daß man das Ausfallen einer zweiten Supermacht bedauern könnte.

Für den Augenblick nimmt die Welt zur Kenntnis, daß der britische Regierungschef Major am 30. August 1991 eilig eine Reise nach Moskau unternahm, um festzustellen und

sicher zu gehen, daß der Code für einen Atomkrieg, der bei Beginn des soeben mißglückten Aufstandes noch in den Händen Gorbatschows war, nicht in die Hände der Putschisten fiel.

Es war, wie wir wissen, im wesentlichen e i n e Person, die die Gefahr einer Einen Welt unter rotem Vorzeichen bannte. Es war nicht Folge einer Geisteswandlung bei deren Verfechtern. Und es war schon gar keine amerikanische diplomatische Tüchtigkeit, die dahin führte. Es geschah auf unsichtbaren Wegen und es wurde mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Wir haben darum wenig Grund, in der nächsten Zukunft auf besondere Tüchtigkeit amerikanischer und anderer Diplomaten zu setzen. Sie stehen vielmehr zunächst einmal alle im Verdacht, bei einer anderen Entwicklung ebenso „treue" Diener gewesen zu sein. Eine Säuberung findet nur im ehemaligen sozialistischen Bereich statt. Dabei kann man, wie wir bereits ausführten, keineswegs von einem einheitlichen ideologischen Bild im Bereich des Kapitalismus sprechen.

Abschließen können wir das kontroverse Kapitel „Azerbeidjan" mit der Feststellung, daß Azerbeidjan (nebst Georgien) im Gegensatz zu den Nachbarn die neue sowjetische Wirtschaftsunion zunächst nicht unterzeichnet.

Neue Unionsversuche

Jelzin als Präsident der weitaus größten Unionsrepublik versuchte, sich im Trubel der niedergeschlagenen Revolte zum Herren der Sowjetwirtschaft zu machen. Doch hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ausländische Banken waren es, die darauf hinwiesen, daß eine Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität der Union die Folge seines vorschnellen Handelns sein müßte. Daraufhin verzichtete er auf eine Unterstellung der Zentralbank (Gosbank) und der Außenwirtschaftsbank (Vneshekonombank) unter von ihm eiligst ernannten Direktoren. Größere Unruhe noch bewirkte seine Erklärung, daß einer neue Union eine Revision der inneren Grenzen vorhergehen müsse. Er sprach von Donbass und von der Krim sowie vom nördlichen Kasakstan als Gebieten, die der russischen Unionsrepublik zugeschlagen werden müßten. Doch auch hier mußte er bereits vierundzwanzig Stunden danach zurückstecken und sich zu einer Erklärung bereit finden, *„daß es keine inneren Grenzveränderungen geben werde"*. Der Grund war sogar recht blamabel. Der Präsident von **Kasakstan**, Nursultan Nasarbajew, hatte Jelzin bei der Einleitung von Wirtschaftsgesprächen so ganz nebenbei gesagt: *„Wir sind eine Nuklearmacht."* (ZDF 6.9.1991).

Den schönsten Moment Jelzinscher Großspurigkeit konnte man sogar im Fernsehen weltweit festhalten. So lautet denn der Text von Reuter aus Moskau, wiedergegeben unter dem Foto (siehe S. 125) in der IHT am 24. August 1919: *„Während der Parlamentssitzung am Freitag den 23. August unterbrach Jelzin den Sowjetführer von seinem Sitz gegenüber dem Rednerpodium aus und verschaffte so seiner neuen Macht gegenüber Gorbatschow eine dramatische Illustration. Herr Jelzin, Präsident der Russischen Republik, bestand darauf, daß Herr Gorbatschow einen Bericht zu ende lese, über eine Kabinettssitzung, die am Montag den 19. August abgehalten worden war* (als es noch so aussah, als würde der Putsch gelingen), *um die Mitschuld sowjetischer Minister klarzustellen. ‚Ich habe das noch nicht gelesen', protestierte Gorbatschow. ‚Gut, dann lesen Sie es jetzt!' forderte Herr Jelzin vor dem Parlament und vor zehn Millionen Fernsehzuschauern."* Doch, ebensowenig wie im Falle der erstrebten Grenzveränderungen kam Jelzin auch hier zum Ziel.

Beibehaltung der inneren Grenzen galt im internationalen Gerangel als eine der aprobierten Patentlösungen für die Zukunft.

Weiter führte dann ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit Rußlands mit Kasakstan und Kirgisien, das auch weiteren Republiken den Beitritt anbot. An die Stelle eines von Moskau zentral gelenkten Wirtschaftsablaufs sollte es zu einer Gleichberechtigung und höheren Verselbständigung der Handelsteilnehmer kommen. Abgelöst wurde damit eine wirtschaftliche Zusammenarbeit des gesamten turkestanischen Gebietes, die seit der Mitte der zwanziger Jahre auf der Basis planwirtschaftlicher Arbeitsteilung funktionierte. Das neue Abkommen war dann Vorläufer der kurz darauf von Gorbatschow neugeordneten sowjetischen Gesamtwirtschaft.

Der Unionsvertrag, der am 20. August 1991 von den Republiken der Sowjetunion hätte unterzeichnet werden sollen, fand in der bisherigen Form nach dem zusammengebrochenen Staatsstreich vom 19. bis 21. August 1991 keine Beachtung mehr. Aber es gelang Gorbatschow am 2. September in Zusammenarbeit mit den Präsidenten von zehn Republiken dem bisherigen Kongreß der Volksdeputierten einen Vorschlag vorzulegen und zur positiven Abstimmung zu bringen, der für die bisherige Sowjetunion einen neuen Namen und neue Organe vorsieht. Die entsprechende Erklärung wurde von dem Präsidenten von Kasakstan, Nursultan Nasarbajew verlesen. Unterschrieben wurde sie sodann nach manchem Hin und Her am 4. Dezember 1991 von den Präsidenten der

Russischen Federation (Boris Jelzin)
Weißrußland
Usbekistan
Kasakstan
Kirgisien
Turkmenistan
Tadschikistan

Nicht unterschrieben also Armenien, Moldau, Georgien, Azerbeidjan und vor allem die von Gorbatschow sehr umworbene **Ukraine**. Letztere wünscht die Verteilung der Reserven an Gold und Diamanten. In einer Volksabstimmung wurde am 2. Dezember 1991 der Unabhängigkeit zugestimmt. Allerdings erklärte der deutsche Außenminister bereits bei seinem Besuch in Kiew Mitte Oktober, daß derzeit eine diplomatische Anerkennung der sowjetischen Republiken, die sich für unabhängig erklären, nicht in Frage komme. Er wies im übrigen sowohl in Kiew wie vorher bereits in Alma-Ata (Kasakstan) darauf hin, daß er als Vorbild für das Zusammenleben der sowjetischen Republiken die EG betrachte, nämlich mit ihrer geplanten Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Kongreß der Volksdeputierten löst sich selbst auf (so geschehen dann am 3. September 1991). Vorgesehen ist ein auf 5 Jahre direkt gewählter Präsident, sowie eine unabhängige Justiz. Den neuen Staaten wird eine eigene Währung gestattet.

Drei neue Organe entstehen:

ein Repräsentativrat, bestehend aus je 20 Vertretern der Republiken, mit legislativer Vollmacht zur Ausarbeitung der neuen „Union Souveräner Staaten“.

Ein Staatsrat als Exekutive, dem der Präsident und hohe Vertreter der Staaten angehören sollen.

Ein vorläufiges interrepublikanisches Wirtschaftskomitee, in dem Vertreter von 12 Staaten entsprechend der Bevölkerungszahl sitzen. Dieses hat Anfang Dezember 1991 ein Angebot der Industrienationen (G 7) angenommen und alle Rückzahlungen der Auslandsschuld der Sowjetunion (jedoch nicht die Zinszahlungen) bis zum 1. Januar 1993 ausgesetzt. Die Gläubiger wurden entsprechend verständigt.

Vorgesehen ist sodann ein Verteidigungsabkommen, welches die Erhaltung der Vereinigten Streitkräfte in dem bisherigen strategischen Raum vorsieht. Betont wird die Anerkennung aller internationalen Abkommen und Verpflichtungen der Sowjetunion. Garantiert werden die bürgerlichen Rechte und Freiheiten sämtlicher Bewohner der Union, ungeachtet ihrer Nationalität, Parteizugehörigkeit oder politischen Ansichten. Die Rechte der Minderheiten werden anerkannt.

Den bisherigen Sowjetrepubliken steht es frei, das Maß zu bestimmen, in welchem sie der neuen Union angehören wollen.

Aus vielen fallenden Bemerkungen folgt, daß man meint, dort anknüpfen zu können, wo infolge des bolschewistischen Eingreifens die bürgerliche Februarrevolution des Freimaurers **Kerenski** 1917 ihr blutiges Ende fand. Wir wollen dazu die Bemerkung eines Insiders, nämlich Ernst Jüngers aufgreifen, die wir in seinem Tagebuch „Strahlungen“ unter dem Datum des 16. Oktobers 1943 fanden: *„Freilich erlebte Rußland auch sogleich (nach dem ersten Weltkrieg) gewaltige Zerstörungen an Gut und Leben, doch das beruht auf einem Grunde, der außerhalb der Planung liegt.“* War also der Bolschewismus nicht „geplant“, dann war sein Ende heute auch nur eine Wegbegradigung unter dem Anfangsnamen „Perestroika“. Diese Begradigung wurde so schleppend vollzogen, daß drei Generationen ein unnützes Leben führen mußten. Seelenruhig wird das in der „Planung“ übergangen. Denn diese „Planungen“ erfolgen von Philosophen, denen Erlebnisfähigkeit längst zugunsten von Gedankengebäuden abgetötet wurde. Gorbatschow also gliederte Rußland wieder in die „Planung“ ein. Das ist seine weltgeschichtliche Bedeutung, sein Anteil am Aufbau einer Neuen Weltordnung.

Die Art, mit der die Bevölkerung (mit den Ausnahmen, bis jetzt, von Dniester und Gagausien in Moldau, Ossetien in Georgien, Tartarien und Chechen-Ingush in der russischen Federation) und auch die Führungen, insbesondere Jelzin, mit den Problemen fertig wurden, spricht dafür, daß die Wende im wesentlichen wenigstens ebenso unblutig verlaufen wird, wie dieses bei der Umwandlung des Empire der Fall war. Vor allem spricht dafür die offenbare Tatsache, daß ja alle Revolutionen in Europa in den letzten 200 Jahren von Freimaurern geschürt worden waren, ohne diese niemals stattgefunden hätten, und daß heute die Freimaurerei, selbst im Sattel sitzend, keine derartigen Absichten hat, daß das Experiment also im wesentlichen gelingen wird. Die großen Schwachpunkte, die darin liegen, daß auch der zukünftige Staatsverband die Verwirklichung eines utopischen Gedankengebäudes darstellt und daher die Gefahr läuft, unglückliche, unzufriedene, entseelte Menschen zu schaffen, werden bestimmt genauso Ursache von Demonstrationen und Aufruhr werden, wie dieses bereits in der übrigen Welt der Fall ist. Das ganze Vokabular der maurerischen Verwirrung wird die folgenden Jahre füllen. Verständnislosigkeit wird das Echo nordamerikanischer und europäischer Versuche auch hier sein, ohne Eingreifen den Dingen auch dann seinen Lauf zu lassen, wenn dieses den Völkern das Gefühl der Unterstützung einer Diktatur erneut nahebringt. Es sei nur daran erinnert, was dem Präsidenten George Bush bei seinem Besuch von Kiew Anfang August 1991 die Ohren füllte. Der damalige Präsident der **Ukraine,** Leonid Kravchuk empfing den hohen Gast mit den Worten: *„Die Ukraine geht Schritt für Schritt den Weg, der hinführt zu seinem höchsten Ziel, der Souveränität“.* Bush meinte: *„Es gibt Leute, die meinen, wir sollten Stellung beziehen, entweder Gorbatschow unterstützen oder die Ukraine und die übrigen Republiken. Ich bin der Meinung, daß das eine falsche Option ist.“* Nationalistische Ukrainer riefen Bush und seiner Begleitung bei der Fahr durch die Stadt feindselige Sprüche zu. Die starke Zurückhaltung, die die USA in Frägen der Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion (ganz im Gegensatz zu Bonn) üben, blieb ebenfalls nicht unbeachtet. In gewisser Weise kann man einen Rückschlag in dieser Haltung der USA sehen, wenn man daran erinnert, daß Baker noch



Leonid Krawtschuk

kurz vor dem Golfkrieg im Kongreß sagte (und man seine damaligen Worte nicht taktisch herabwürdigt): *„Mit einem neuen Gefühl der Bescheidenheit müssen wir die Probleme nach dem Krieg anpacken. Die Respektierung der Souveränität der Völker muß dabei unser Denken bestimmen* (vk in NZZ).

Ein halbes Jahr danach sagt man, die USA seien nicht interessiert an ethnischen Problemen in anderen Staaten und zitiert dazu Bush und Baker (so auch Abel Dimant in „Ambito Financiero"). Es war noch wichtig, zu wissen, wer in irgendeiner Weltecke regiert, solange es ein Verbündeter der anderen Supermacht sein konnte. Doch, seitdem diese Überlegung fortfällt, ist es relativ uninteressant, wer etwa in Addis Abeba oder in Kabul herrscht. Wenn das aber so ist, dann ist unausgesprochen die Neue Weltordnung eine **Pax Americana.** Es ist die Folge einer Art negativen Kompetenzkonfliktes. Keiner will mehr zuständig sein. Die Pax Americana richtet sich nach dem, was die USA interessiert (gäbe es so etwas nicht mehr, dann wäre es das Ende der Geschichte, jedenfalls was Außenpolitik angeht). Es gibt also in der Neuen Weltordnung Konflikte, die unwichtig sind, auch wenn es sich um sehr blutige, grausame, ungerechte, ja um solche handelt, die von amerikanischen Präsidenten wie Wilson, F.D. Roosevelt oder Reagan seinerzeit geschaffen wurden, und wo man daher eine amerikanische Verpflichtung zu ihrer friedlichen Lösung sieht. In solchen Fällen aber muß — wie sich bereits ergeben hat — erst besonderer Nachdruck international organisiert werden, müssen Präsidenten über den Atlantik fliegen, wünscht man ein nordamerikanisches Eingreifen. Der (einzig mögliche!) Hebel ist dann, daß auch neumoralische Weltgrundwätze ins Gefecht geführt werden, wie etwa die Apartheid in Südafrika oder die sogenannte „Fremdenfeindlichkeit" in Westeuropa. Ohne solche Gesichtspunkte geschieht schon gar nichts mehr, kann die Welt zugrunde gehen.

Die Neue Weltordnung präsentiert der Menschheit daher keine homogenen Handlungen und wird darum für (oft sogar gigantische) Verbrechen deswegen verantwortlich, weil sie trotz ihrer anderen Ansprüche keine generelle weltpolizeiliche Verpflichtung der Führungsmacht vorsieht, während diese gleichzeitig aus Sorge um ihren Alleinherrschaftsanspruch den Aufbau anderer Verteidigungsorgane (insbesondere in Europa) zu verhindern sucht. Sie wird den Menschen ein Gefühl von Unsicherheit geben, von Enttäuschung, von Rechtlosigkeit. Es wird an der Tagesordnung sein, daß selbst Hohe Beamte Baphomet falsch interpretieren werden, Firmen „verbotene" Geschäfte abschließen, Parlamentarier nicht wiedergewählt werden und man mit einem Wald von Zeigefingern versucht, auf der Scheibe zu bleiben. Eine verdammt wacklige Angelegenheit, eine recht komische Weltordnung.

Obwohl die Ukraine zunächst auf die Pläne einer neuen Ordnung in der Sowjetunion positiv reagierte, wurde dann am 18. Oktober nicht, wie vorgesehen, das interrepublikanische Wirtschaftsabkommen unterschrieben. Die Unterschrift erfolgte erst (zusammen mit Moldawien) am 5. November! Einige wenige Tage darauf, im Oktober, stimmte das ukrainische Parlament dann sogar der Schaffung einer eigenen Marine, Luftwaffe und eines eigenen Heeres zu, allerdings ausdrücklich ohne Atombewaffnung. Diesbezüglich wurde nur betont, daß die in der Ukraine lagernden Atomwaffen zurückbehalten werden bis sie von internationalen Fachleuten zerstört worden sind. Anlaß zu politischem Ärger ist es, daß die seit 1920 Ukraine zugeschlagene Halbinsel der Krim im wesentlichen russisch bevölkert ist. Man spricht davon, daß die Ukraine die Schaffung eines weiteren Kriegshafens neben dem bestehenden strategisch wichtigen Sewastopol vorsieht.

Doch der von Gorbatschow entwickelte Unionsvertrag ist nicht das letzte Wort. Am 8. Dezember 1991 schließen sich in Minsk die drei slawischen Republiken Rußland, Weißrußland und die Ukraine zu einer „Gemeinschaft selbständiger Staaten" zusammen. Unter der Bedingung, als Mitbegründer zu gelten, schließen sich nach einer Zusammenkunft in Alma-Ata, der Hauptstadt von Kasakstan, auch sämtliche übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme von (dem darum mit Bürgerkrieg überzogenen) Georgien dieser Gemeinschaft an. Die EG, unter Führung der Bundesrepublik, erkennt diese ehemaligen Republiken der Sowjetunion am 23. Dezember als selbständige Staaten an. Azerbeidjan wird bezeichnenderweise auch sofort als Vollmitglied gleichzeitig in die vom Iran gesteuerte Wirtschaftsunion zwischen Iran, Türkei und Pakistan aufgenommen. Der wesentliche Unterschied zu der bisherigen „Union" besteht darin, daß diese Gemeinschaft kein gemeinsames übergeordnetes Organ mehr besitzt. somit ist Gorbatschow „überflüssig". Er selbst kommentiert: *„Meine Lebensarbeit ist beendet. Doch jetzt teilen sie das Land auf wie eine Torte."* (Reuter 14.12.91). Der Sprecher der EG: *„Die Sowjetunion hat aufgehört zu existieren."*

Obwohl noch wichtige Fragen offen stehen (in wessen Händen liegt die Verantwortung für die Atomwaffen? — Wird Rußland den Sitz der UdSSR im Sicherheitsrat einnehmen! — Wird es ein gemeinsames Heer geben oder nationale Verbände? Aufschlüsselung der Auslandsschuld der UdSSR auf die neuen Staaten), erlauben es die letzten Vorgänge, hier einen Festpunkt in der Errichtung der Neuen Weltordnung zu sehen.



Moldawien

Im Sommer 1940 annektierte die Sowjetunion **Bessarabien**, das Gebiet zwischen Pruth und Dnjestr. Wenige Wochen darauf, am 2. August 1940 wurde die **Sowjetrepublik Moldau** geschaffen. Doch schon im Juni 1941 wurde das Gebiet von deutschen Truppen besetzt. Der Autor erlebte den Jubel der überwiegend rumänischen Bevölkerung dieses Gebietes, das er damals mit seinem Krad als Verbindungsoffizier zwischen deutschen und rumänischen Einheiten kennenlernte. Das Gebiet wurde noch im gleichen Jahr den Rumänen zurückgegeben. Nach dem verlorenen Krieg wurde es erneut russisch und Rumänien mußte im „Pariser Frieden" 1947 diese Besitzlage anerkennen. Im Juni 1990 erklärte sich die Sowjetrepublik Moldau selbständig. Rumänisch wurde Amtssprache. Die Uhrzeit und die Fahne wurden von Rumänien übernommen. Eine Mißachtung der noch auf dem Papier und in den Außenministerien der übrigen Welt bestehenden Grenze bedeutete es, daß im Juni 1990 tausende von Rumänen über die Zäune kletterten und ihre Landsleute jenseits des Pruth besuchten und im Juni 1991 die Behörden zu beiden Seiten des vorübergehenden Grenzflusses Feiern, Musikveranstaltungen und Gottesdienste abhalten ließen zur „Bekräftigung der Einheit der Rumänen in der ganzen Welt.".

„Am 27. August 1991, unter dem Eindruck des fehlgeschlagenen Putsches in Moskau, zog man dann die Entwicklung vor, und das Parlament der bisherigen russischen Moldaurepublik erklärte ohne Gegenstimmen die volle staatliche Unabhängigkeit von der Sowjet-

union. Dabei gilt dies nur als Provisorium, da eine umgehende **Wiedervereinigung mit Rumänien** *vorgesehen ist. Auch Rumänien änderte abrupt seine bisherige Politik (Noch im April Abschluß eines Vertrages über gute Nachbarschaft, Zusammenarbeit und Freundschaft mit der UdSSR und Schaffung eines Staatssekretariats für Moldovia in Bukarest) und erkannte sofort als erster Staat den neuen Staat an, ebenfalls mit der Betonung, daß man einer baldigen Wiedervereinigung zustrebt. Ab sofort werden die Interessen von Moldawien in aller Welt in den rumänischen diplomatischen Vertretungen wahrgenommen. Die rumänische Nationalhymne ist auch die der Moldaurepublik. Im Rahmen der Unabhängigkeitserklärung bekannte man sich zum Minderheitenschutz. Die beiden Führer der in Moldawien lebenden hunderttausend* **Gagausen** *hatte man allerdings wegen Beteiligung am Aufstand in Moskau kurz vorher verhaften lassen. Zu klären wird jetzt das Schicksal der von den Russen vertriebenen Deutschen und von Millionen nach Sibirien deportierter Rumänen sein. Eine Veränderung der Grenze zur Ukraine ist denkbar durch Austausch des russisch besiedelten Raumes um Tiraspol gegen an die Ukraine verlorene Gebiete in der Nordbukowina. Damit wäre in Gehorsam zum Selbstbestimmungsrecht der Völker hier eine dauernde friedliche Lösung geschaffen worden."* (203).

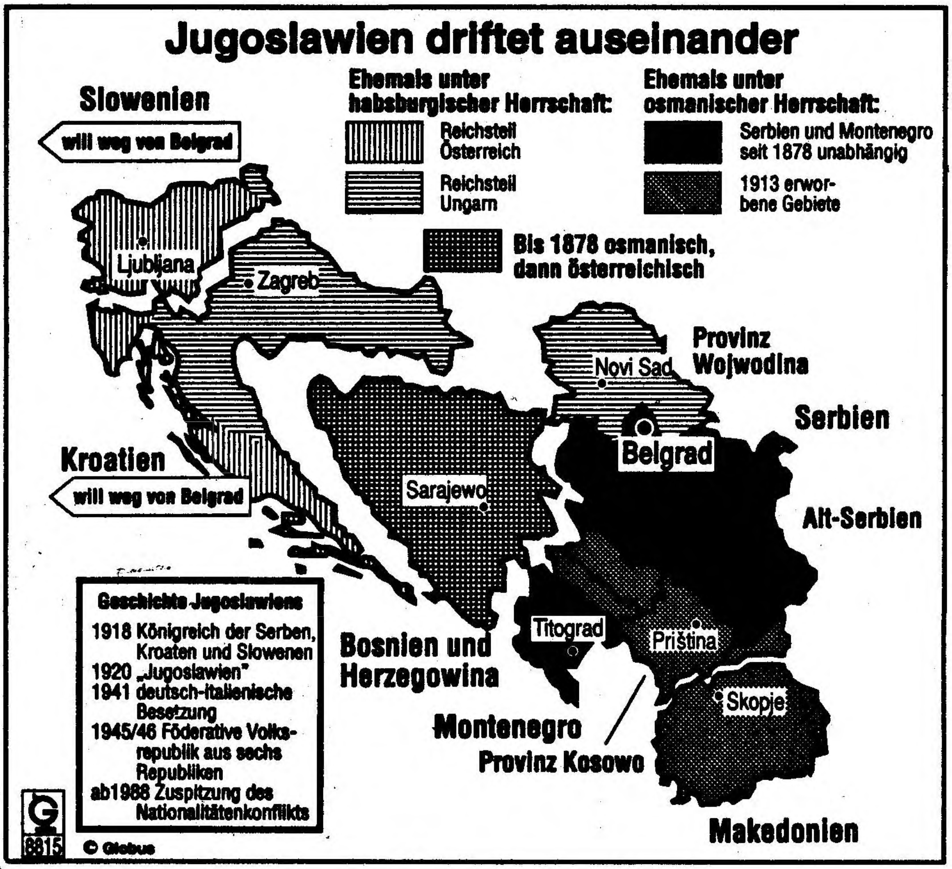
Siebenbürgen

„Zwei Tränen auf dem Antlitz Europas" nennt Vadim Tudor, Herausgeber der nationalistischen Zeitung „Romania Mare" (Großrumänien) die noch von den Sowjets besetzten Gebiete Bessarabien und Bukowina. Doch für die rumänische Rechte und für die rumänische Regierung sind das nicht die einzigen Forderungen. Eine nationalistische Welle wendet sich vor allem gegen die Minderheiten im Lande. In diesem Rahmen wurde der 23. August als bisheriger Nationalfeiertag von dem 1. Dezember abgelöst. Iliescu, der durch den Staatsstreich vom 22. Dezember 1989 an die Macht gekommen war, wählte damit jenen Tag, da 1918 durch Urteilsspruch der Siegermächte das damals mehrheitlich von Ungarn und Deutschen bewohnte Siebenbürgen Rumänien zugewiesen wurde. Die rumänischen Schulbücher sprechen in balkanischer Geschichtsklidderung von der „Vereinigung des dritten rumänischen Fürstentums mit dem Königreich".

Der 1. Dezember war so seit 1918 der Tag, an welchem schärfste Unterdrückung gegen Deutsche und Ungarn auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Dieses Datum jetzt ins Zentrum rumänischer Innenpolitik zu stellen, macht klar, daß „in Rumänien die Zeichen auf nationalistischem Sturm stehen" (204). Mit welchen Dingen gerechnet werden muß, ergibt sich aus dem konsequenten Aufbau eines Polizeistaates. Die von Ceaucescu angeordnete und einige Monate nicht beachtete Verordnung über die Beaufsichtigung aller Ausländer ist wieder voll in Kraft. Von der Diktatur wollte man nach den Wahlen vom 20. Mai 1990 zur Demokratie gelangen. Doch ein Chaos war die Folge. Man stellte zunächst ehemalige Mitarbeiter des recht vorschnell ermordeten Ceaucescu wegen „Völkermordes" vor Gericht, um sie dann mit allen Mitteln von jeder Schuld freizusprechen. Die Neuen geben die Preise frei, ohne auch nur einen Mindestbestand an Waren zu sichern. Sie bekämpften die Privatisierungspläne der Opposition und jetzt spielen sie die Betriebe in die Hände von zwielichtigen Personen. Auf der politischen Parteibühne spielen „Romania Mare" und die ebenso chauvinistische „Vatra Romaneasca" die Hauptrolle. Doch am ernstesten ist der Aufbau eines neuen Geheimdienstes SRI zu beurteilen, der unverändert das Personal der Securitate übernahm. Chef ist der ehemalige Stellvertreter des Securitate-

Chefs. Ziel ist der Aufbau eines demokratisch scheinenden Überwachungsstaates. Der Sohn des Altkommunisten Valter Roman ist heute Premierminister, der Sohn des Ceaucescu-Ministers Dr. Marinescu ist heute Gesundheitsminister. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Radu Ciontea, Führer der „Vatra Romaneasca" nennt in einer staatlich organisierten Massenkundgebung in Karlsburg (Alba Julia) das Ziel: *„Wir alle tragen in unserem Herzen zwei Rumänien, — ein kleineres, das das heutige Rumänien ist, und ein größeres Rumänien, welches das morgige sein muß."* Die chauvinistische Hetze fand ihre Taufe im März 1991 bei den blutigen Ereignissen in Neumarkt (Tirgu Mures). Ziel ist die physische Vernichtung aller nichtrumänischen Elemente. (205). Durch Auswanderung in die Bundesrepublik hat sich die Zahl der **Deutschen in Rumänien** auf etwa 90.000 vermindert. Der rumänische Ministerpräsident Dr. Petre Roman einigte sich im November 1990 mit Bundeskanzler Kohl dahingehend, *„daß die deutsche Minderheit im Lande bleibt und in früheren Jahren ausgereiste Rumäniendeutsche zurückkehren."* Das war für Roman *„das Interesse seines Landes."* Kohl bekräftigte, *„die Deutschen in Rumänien auch weiterhin bei der Erhaltung ihrer Kultur und Tradition zu unterstützen und ihre materiellen Lebensumstände zu erleichtern."* Doch bald schon danach haben Regierung und Parlamentsmehrheit in Rumänien mit einem neuen „Bodengesetz" und mit der Behandlung der Minderheiten alle Ansätze einer neuen Vertrauensbildung zunichte gemacht. Die Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien geht weiter. Für eine Rückkehr gibt es keinen Anreiz. Mitte März 1991 traten der evangelische Bischof D. Dr. Christoph Klein und Hauptanwalt Hans-Gerald Binder mit einer Protestnote an Roman heran, die auch vom Bundeskanzleramt nicht ignoriert werden kann. Danach *„steht fest, daß die rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität offenkundig benachteiligt werden gegenüber den anderen Bürgern, unrechtmäßige Praktiken und sogar Übergriffe der lokalen Behörden verübt wurden, die den rumänischen Staatsbürgern deutscher Nationalität Hindernisse und Schikanen entgegenstellen, beginnend mit der Weigerung, ihnen die nötigen Formulare auszufolgen, die Ansuchen anzunehmen, Grundbuchauszüge auszustellen und bis zum Verschwinden von Eigentumsnachweisen."* Bischof Klein stellt fest, *„daß bei dem Bodengesetz die Chance versäumt worden ist, das von der deutschen Minderheit seit 1945 erlittene Unrecht wiedergutzumachen. Text und Geist dieses Gesetzes sind eine Festschreibung dieser Diskriminierung."* (206). Das Stillschweigen, das Genscher demgegenüber wahrt, muß als eine Ermunterung der rumänischen Regierung zum Vorgehen gegen die dortigen Deutschen angesehen werden. Es läßt sich schwerlich widersprechen, daß dieses Verhalten nicht mit seinem Eid als Außenminister zu vereinbaren ist, da er schwor, *„Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren."* Da diese gleiche Haltung zu gleichen Unrechtszuständen auch in anderen Staaten führt, darf man sich fragen, ob diese antideutsche Färbung der internationalen Lage anerkannt werden soll als gewolltes Charakteristikum einer Neuen Weltordnung oder ob es sich um persönliche Eskapaden eines Beamten handelt.

Genschers Eid scheint auch sonst wenig ernst genommen worden zu sein. Unter diesem Titel teilt „Das Ostpreußenblatt" (207) mit: *„Bonns Oberstaatsanwalt Irsfeld bewahrte Außenminister Genscher vor einem Verfahren wegen Eidesbruch. Genscher soll nach Berichten von Zeitungen und Pressediensten Gerüchten zufolge ein sowjetisches Angebot zum Rückkauf von Nord-Ostpreußen ohne Verhandlungen zurückgewiesen haben. Darin sah ein bayrischer Kreisrat den Bruch des Eides, ‚Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren', den der Außenminister laut Grundgesetzartikel 64, Absatz 2, zu leisten hat, und brachte den Vorfall zur Anzeige. Der Oberstaatsanwalt begründet die Abweisung jetzt damit, daß der Amtseid eines Ministers ‚kein gerichtlicher Eid' sei!"* Was ist es denn? fragen wir.



V. Slowenen, Kroaten und Serben

Einheit oder Selbstbestimmung

„Jede Geburt — selbst die leichteste — ist bekanntlich schwer, und was dabei herauskommt, ein strammes, gesundes Menschlein oder eine Mißgeburt, das merkt man erst hinterher.“

„Die Geburt, von der hier die Rede sein soll, das ist die der **‚Neuen Weltordnung‘** *“*

„Es soll hier sehr wohl darauf hingewiesen werden, daß diese Geburt der Neuen Weltordnung in vollem Gange ist, und daß sie gar nicht so problemlos verläuft, wie das einige gern gehabt und — wider besseres Wissen — der Welt vorgegaukelt hätten . . .“

So lesen wir es im „Donauschwaben“, Ende Juli 1991. Also in einer Zeitung, die geschrieben und gelesen wird von Menschen, die wissen, um was es geht, wenn das Wort „Jugoslawien“ fällt. Im Gegensatz zu der erschreckenden Paarung von eklatanter Unwis-

senheit und blödelndem philosophischen Missionseifer, die sich nach einem Zeigefingerwink so ziemlich in der gesamten deutschen Presse breitmacht, kann sich „Der Donauschwabe" — auf unsagbares Leid gegründet — sachkundig und zuständig an BRD und EG und KSZF und USA wenden: *„Nein, meine Herren, man kann nicht unter großem Trara im Namen der neuen Weltordnung für Kuwaits Unabhängigkeit in einen blutigen, sündhaft teuren und umweltzerstörerischen Krieg ziehen und im selben Atemzug anderen Völkern im Namen derselben neuen Weltordnung die Unabhängigkeit verweigern wollen!"* (208).

Die Unehrlichkeit und Verlogenheit vor allem auch bei amtlichen deutschen Stellen beginnt schon mit dem, was uns Deutsche an erster Stelle an Jugoslawien erinnert, die Vernichtung einer deutschen Volksgruppe, eben der **Donauschwaben.** Das deutsche Bundesministerium des Innern gibt einen Führer heraus: „Ostdeutsche Museen und Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich". *„Die Tatsache, daß in diesem Museumsführer mit eherner Impertinenz euphemistisch nur von der ‚Vertreibung' der Jugoslawiendeutschen gesprochen wurde, veranlaßte Lm Nikolaus Dietrich, sich an das Bundesministerium des Innern mit folgenden Fragen zu wenden":*

„Bei allen anderen Ostgebieten wurde die Zahl der Umgekommenen erwähnt, nur bei Jugoslawien nicht. Warum eigentlich?"

„Warum heißt es immer nur Vertreibung, warum werden die gezielten Mordaktionen der jugoslawischen Partisanen sowie die titoistischen Vernichtungslager für Kinder und alte Menschen nicht erwähnt?"

„Auf diese Frage teilte Dr. Antoni vom Bundesinnenministerium mit, daß die grausamen Verhältnisse in den Lagern zwar bekannt seien, über Jugoslawien aber nur wenig gesichertes Material vorliege . . . Dem widerspricht Herr Dietrich unter Hinweis auf die sehr genauen Zahlen in der ‚Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band V.' und schreibt dann nach Bonn: ‚Ihre Gründe für die Nichterwähnung kann ich nicht anerkennen . . . Die Zivilverluste der Jugoslawien-Deutschen kann man auf ca. 69.000 beziffern.' ‚Die Gründe für diese Nichterwähnung kann man nur vermuten'. Die Überschrift der Mitteilung lautet: ‚Gelogen im Dienste Belgrads'.

Es paßt zu dem Bild, das wir uns von den amtlichen Beziehungen Bonns zu Belgrad seit dem Besuch Kohls bei der jugoslawischen Ministerpräsidentin im Juni 1985 machen. Unter das Foto, auf dem die beiden eine Ehrenformation der Jugoslawischen Volksarmee abschreiten, schrieben wir: *„Vorsicht Herr Kohl! Nicht stolpern! Sie gehen über Leichen!"* Und weiter, an den Leser gewandt: *„Schauen Sie sich bitte die beiden Gesichter an. Hinter den Masken liegt eine Welt voller Schrecken, die nicht gewesen sein soll. Doch es ist viel mehr noch als eine Maskerade. Mit dem lieben Lächeln Kohls bei dieser Gelegenheit nimmt das Unmenschliche ein Ausmaß an, das schlicht unerträglich ist . . . Die Maske der Frau Milka Planina bezog sich auf neue Verbrechen: Bonn sollte angegangen werden, die Exilkroaten in der BRD zu verfolgen. Der ‚Völkerrechtler' Jugoslawien sollte mit deutscher Hilfe erhalten bleiben."* (209).

Es ist 1991 nicht uninteressant, sich an dieses langjährige Bonner Verschweigen schlimmster Verbrechen durch jugoslawische Truppen zu erinnern. Dieser Rückblick soll uns helfen, das unverständliche, unmenschliche Vorgehen eines Genscher und eines Kohl 1991 zu klären.

Dabei war „Jugoslawien" für alle, die es kennengelernt hatten, eine ganz fürchterliche Mißgeburt. Wir werden Stimmen bringen, die Entschuldigungen dafür vorbringen, daß sie an einer Aufrechterhaltung der Einheit Jugoslawiens festhalten; für die Verlängerung eines eindeutig verbrecherischen Zustandes, der seit seiner ersten Gedankenwerdung im Attentat von Sarajewo und in den Vorschlägen Wilsons und Beneschs während des I. Weltkrieges das Ergebnis einer Verschwörung gegen den Frieden und den Anstand in Europa

war. Hinter einer künstlich geschaffenen staatlichen Fassade war eine bekannte Gruppe von internationalen Gangstern 72 Jahre lang tätig, (sei es unter monarchischen, demokratischen oder bolschewistischen Vorzeichen) jede ruhige und friedvolle Entwicklung immer wieder in Blut und Zerstörung zu ersticken. Mit jedem dieser in Belgrad ausgeheckten Schritte wurde es grausamer. Der von England bezahlte Putsch vom 27. März 1941 leitete den weitaus blutigsten Teil der jugoslawischen Geschichte ein (dazu I, 486). Von einer jugoslawischen Staatsraison konnte bezeichnenderweise nur unter dem grausamen Regime Titos gesprochen werden (210). Wenn wir im folgenden auf substantielle Unterstützung jugoslawischer Überlebensanstrengungen durch westliche Politiker stoßen, so taucht selbst für den unvoreingenommensten Zeugen der Gedanke auf, daß hier unsichtbare Bindungen zu jener Verbrecherzentrale hin bestehen, die Jugoslawien geschaffen und sich seiner dann bedient hat.

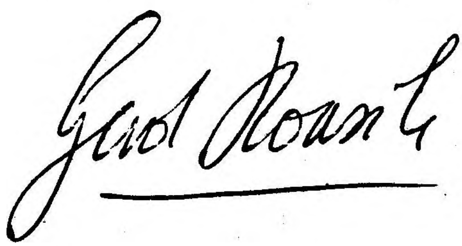
Die Unruhe in diesem Vielvölkergefängnis nahm bereits 1988 einen Umfang an, daß Landeskenner die Gefahr eines „neuen Libanon" sahen (211). Anlaß zu dieser Besorgnis war damals der serbische Schlachtruf „Tod den Skipetaren". Der Sekretär des Bundesvorstandes der jugoslawischen Ex-Partisanen, Dusan Pekic könnte Recht behalten, wenn er bei solchen Forderungen voraussieht: „Haß und Bürgerkrieg, ein europäischer Libanon" *„Die einst seriöse Belgrader Tageszeitung ‚Politika' ist unter Milosevic zu einem nationalen Kampfblatt im Stil des ‚Stürmer' geworden. Seitenweise werden Untaten der Albaner im Kosovo beschrieben . . . Texte serbischer Kriegs- und Kampflieder werden gedruckt, die zu Titos Zeiten nicht gesungen werden durften, weil sie nur wenig geeignet sind, Brüderlichkeit und Einigkeit zwischen den Völkern Jugoslawiens zu fördern. Darin wird an Serbiens ‚ruhmreiche Vergangenheit' erinnert, in der sich die Heldenahnen an den fremdgläubigen ‚Ungeheuern' rächten und ‚überall heißes Blut strömte'. Für ‚die Freiheit muß man sterben'."* (212). Das geschah, als noch nirgends anderswo in Jugoslawien ein einziger Schuß gefallen war, als noch keine Republik ihre Unabhängigkeit erklärt hatte. Mit deutlichem mehrjährigen Vorsprung hatten so die Serben damals Bürgerkriegsverhältnisse mit der chauvinistischen Unterdrückung der Albaner im Kossovogebiet geschaffen. Auf Vorschlag des damaligen serbischen Staatspräsidenten wurden in jedem Dorf in Kossovo nichtalbanische Sicherheitskräfte stationiert (213).

Miroslav Solevic *„peitscht als neuer Volksführer und ohne Rücksicht auf ideologische Schranken allen Serben den Gedanken an nationale Einheit und einen ‚dritten serbischen Aufstand' ein. An einen nationalen serbischen ‚Befreiungskrieg', dem diesmal die verhaßten Albaner zum Opfer fallen müssen"* (214). Seitdem geben die Serben den Ton an. Daß dennoch die führenden Staatsmänner im Westen ihre Augen vor solchen Tatsachen verschlossen und Washington (u.a.) weiterhin Jahr um Jahr an Belgrad Waffen lieferte, sich aber gleichzeitig rücksichtslos gegen die mehr als berechtigten Befreiungswünsche jugoslawischer Völker wandten, ist deswegen von höchster Bedeutung, weil mit dem Golfkrieg (dem ebenfalls amerikanische, englische, französische sehr umfangreiche Waffenexporte an Saddam Hussein vorausgingen) eine jede außenpolitische Handlung zugegebenerweise Teil einer konstruktiven Politik hin in Richtung einer neuen Weltordnung ist.

Am 9. Dezember finden **Parlamentswahlen in Serbien** und den daran geketteten Regionen Wojwodina und Kosovo statt. *„Die Welt ist wieder in Ordnung, die Neostalinisten um den Volkstribun Slobodan Milosevic errangen einen klaren eindeutigen und überwältigenden Sieg. Er war so klar, daß sie sich zum Wahlsieger erklärten, bevor die Stimmen überhaupt ausgezählt waren, so eindeutig, weil mit allen Tricks und Kniffen das Ergebnis an den Urnen vorbei zustandekam, und so überwältigend, weil die Opposition tatsächlich überwältigt wurde, durch Fälschung, Betrug, Drohung, Rechtsbeugung und offene Gewalt. Gar nicht extra erwähnt muß werden, daß Montenegro selbstverständlich dem gro-*

DIE NEUE WELTORDNUNG: VERSAILLES UND ST. GERMAIN!

Die neue Weltordnung ist die alte Weltordnung. Der Welt-Terrorist, die Vereinigten Staaten von Amerika, verweigern nun Slowenien und Kroatien den Nationalstaat. Also das Selbstbestimmungsrecht. Wie sie Kuwait, wie sie Kurdistan, wie sie Palästina das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Wie sie Südtirol, Österreich, dem Elsaß und einst Danzig und dem Sudetenland das Selbstbestimmungsrecht vorenthielten. Und wie sie ganz Europa, indem sie ihm die „Multikulturelle Gesellschaft" gegen den Willen der Völker aufzwingen, des Selbstbestimmungsrechtes berauben.
Sie lieben Staaten, die größer sind oder kleiner sind als ein Volk. Den Volksstaat aber hassen sie, weil er homogen ist. Also schwer zu beherrschen.
Der Nationalstaat ist das Selbstbestimmungsrecht.
Sein Todfeind heißt wie 1920, 1938 und 1945 auch 1991: USA! United States of America.



ßen Bruder treu auf dem Fuß folgte . . . Das serbische Wahlspektakel wirkt jedoch nicht nur innerhalb der Grenzen, es sind die Schwesterrepubliken, die fast schon allergisch reagieren: Makedonien und Bosnien-Herzegowina können sich an den Fingern abzählen, daß sie wieder zum Hauptgegenstand des serbischen Expansions- und Dominierungswillens werden, der erst vor einem Jahr mühselig in seine Schranken verwiesen wurde . . . Angesichts dieser Entwicklung könnten die spektakulären Warnungen aus den Kreisen der jugoslawischen Volksarmee nicht nur als Einschüchterungsversuche aufgefaßt werden. Sie stellen wohl den letzten Versuch dar, das alte Jugoslawien titoistischer Provenienz am Leben zu halten. Die Drohung des Verteidigungsministers, General Veljko Kadijevic, die Armee werde ein Auseinanderbrechen Jugoslawiens nicht dulden und halte am Sozialismus fest, dem seiner Meinung nach die Zukunft gehöre, richtet sich zweifelsohne gegen die Separatisten in Laibach und Agram." (215).

Im Januar 1991 beginnt dann ein zweiter Akt im Jugoslawischen Todeskampf. Die Zentralregierung stellt Slowenien und Kroatien ein Ultimatum, ihre Milizen bzw. Territo-

rialverteidigung zu entwaffnen. Am Montag den 21. Januar teilt Kroatiens Präsident Franjo Tudjman mit, daß die Armee um Mitternacht nach Ablauf des Ultimatums ausrücken werde, um die kroatischen Milizen zu entwaffnen. Gleichzeitig teilt Sloweniens Ministerpräsident Lojze Peterle mit, daß die Territorialverteidigung Befehl hat, bei einem Putschversuch der Armee bewaffneten Widerstand zu leisten. In Agram stehen in den Nebenstraßen hunderte mit Schotter beladene Schwerlaster und Autobusse bereit, um Zugangsstraßen und Brücken zu barrikadieren. Über die Stadt donnern Kampfhubschrauber der Volksarmee. In Belgrad spricht der amerikanische Botschafter Norman Zimmermann bei dem Präsidenten Jovic vor und erklärt kategorisch, daß die USA eine militärische Lösung der jugoslawischen Staatskrise nicht hinnehmen werde. Seine Worte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Gleichzeitig liest man aber in „Los Angeles Times" (216) und „The Washington Post" (217), *„daß die amtliche nordamerikanische Politik die Aufrechterhaltung des jugoslawischen Bundesstaates unterstützt, zu dessen Geburtshelfern Präsident Wilson nach dem I. Weltkrieg gehörte."* und informiert weiter: *„Aus verschiedenen Gründen sehen weder die Vereinigten Staaten noch die EG mit Enthusiasmus auf die Geburt eines unabhängigen Sloweniens. Nordamerikanische Diplomaten warnten, daß ‚Einheit und Demokratie untrennbar seien'."* Doch Peterle in Laibach: *„Wir möchten nicht an ein sinkendes Schiff angekettet sein."* Wilson am Anfang und Genscher am Ende dieser Mißgeburt. Man darf sich fragen, für wen von beiden es vorteilhafter ist, zugleich mit dem anderen Klugscheißer in einem Atemzug genannt zu werden. Jedenfalls werfen sich wieder einmal Rote und Reaktionäre die Bälle zu.

Nachdem mit Müh und Not in letzter Minute noch einmal der Bürgerkrieg abgewendet werden konnte, indem sich sowohl die Volksarmee wie die kroatischen Polizeieinheiten in ihre Kasernen zurückgezogen hatten, versuchte man in einer **Krisensitzung in Belgrad**, Einigkeit über die Zukunft Jugoslawiens zu erreichen. Vom 27. Januar vertagte man sich auf den 8. Februar, doch inzwischen jagt eine böse Nachricht die andere. Jugoslawiens Verteidigungsminister Veljko Kadijevic, *„an der US-Generalstabsakademie ausgebildet, aktivierte in der Armee den titoistischen* **‚Bund der Kommunisten'**, *beklagt den Untergang des Warschauer Paktes und sorgt sich nach der Vereinigung Deutschlands um das Gleichgewicht in Europa. Er sieht sein Land jetzt von der NATO umzingelt, die versucht, Jugoslawien mit Hilfe ‚antisozialistischer Kräfte' im Lande aufzuteilen. Er ist gegen eine ‚von außen kommende, bei uns undurchführbare politische Pluralisierung' und hält dies für einen ‚Angriff antijugoslawischer Kräfte, bei denen es sich um die selben handelt, die Jugoslawien schon einmal zerschlagen haben — um Faschisten'. Aber seine Armee werde sich erneut schlagen."* (218).

Kroatiens Präsident Tudjman richtet einen „Aufruf an den Westen zur Verteidigung Kroatiens". Er verhallt unerhört. Vielmehr gibt es Versuche, Kroatien den schwarzen Peter hinzuschieben. *„Jugoslawiens zweitgrößte Republik Kroatien hat die Streitkräfte des Bundes zu einem gefährlichen Zweikampf herausgefordert . . . Die Armee muß jetzt beweisen, daß sie kein ‚Papiertiger' ist und den kroatischen Verteidigungsminister auch wirklich festnehmen kann. Die Streitkräfte müssen"*, rät dpa-Korrespondent Thomas Brey am 4. Februar, *„wollen sie sich nicht lächerlich machen, auch auf einer vollständigen Entwaffnung der kroatischen Polizei- und Parteiverbände bestehen . . . Kroatien sieht aber jedes Eingreifen der Armee als ‚Atttacke auf die Souveränität' an."* (219). Noch etwas deutlicher und linientreuer wird Albrecht König einen Tag darauf im „Darmstädter Echo": *„Die Selbstbestimmung ist ein großes Thema unserer Zeit, aber sie darf nicht mit einem Rückfall in den kleinkarierten Nationalismus verbunden sein. Die Lösung kann nur in einem großen Europa der Völker liegen. Es ist daher äußerst zweifelhaft, ob Sloweniens Weg tatsächlich in die richtige Richtung führt."* Wie hier gehört es zum täglichen Erlebnis

Noch lachen sie:



Die EG-Aussenminister anlässlich der Sondersitzung zu Jugoslawien. (Bild epa)

in fast allen Zeitungen im Westen, daß man überhaupt nicht mitfühlt, was sich eigentlich im Südosten Europas (und auch in großen Teilen der Sowjetunion) tut. Immer wieder legt man Maßstäbe an, die für die westliche Wohlfahrtsgesellschaft zutreffen würden, die aber von Serben und Kroaten und Slowenen usw. verworfen werden. Dazu gehört es, daß man die Volksführer warnend darauf hinweist, daß doch mit der Loslösung eine sehr schwierige wirtschaftliche Situation entstehen werde. Man meint, so etwas werde vor dem Kampf um die Freiheit abschrecken. Auch die später noch zu nennenden dauernden Versuche, Genschers Warnungen an die Adresse Belgrads damit konkreter zu machen, daß man von einer Isolierung Serbiens und von „schweren Folgen" redet, treffen auf taube Ohren. Wir stehen vor Bewegungen, die ebensowenig mit Geld zu beeinflussen waren wie alles, was in tausenden von Jahren Geschichte gemacht hat. Ebensowenig wie die Mauer vor drohenden Zeigefingern fiel, ebensowenig wie der Irak unter den Posaunen Jerichos zusammenbrach, ebensowenig kann ‚Vernunft' erfolgreich Völker, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen wollen, dazu zwingen, sich einkerkern zu lassen. So platzt auch die zweite Krisensitzung am 8. Februar, Slowenien und Kroatien bleiben ihr einfach fern. Sie haben kein Interesse, in der „Lynch-Atmosphäre in Belgrad" (Tudjman) zu verhandeln. Es kommt zur dritten und zur vierten Runde mit gleichem Ergebnis Null.

Die slowenische Führung hat also Grund genug, aus der Erkenntnis, daß Jugoslawien auch nicht mehr als loser Staatenbund erhalten werden kann, die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Am 20. Februar beschließt das Parlament in Laibach mit einer Gegenstimme, daß alle Verfassungsbestimmungen außer Kraft gesetzt werden, welche die Stellung Sloweniens im Rahmen Jugoslawiens regeln. *„Damit hat sich Ljubljana endgültig vom jugoslawischen Rechtssystem abgekoppelt und den Grundstein für die Trennung vom Gesamtstaat gelegt."* (220). Einen weiteren Tag darauf beschließt auch das kroatische Parlament, die Gesetze Kroatiens über jene des Bundes zu stellen. Gleichzeitig wird dem Staatspräsidium in Belgrad das Recht abgesprochen, ohne Eiwilligung der Agramer Volksvertretung in Kroatien den Ausnahmezustand auszurufen. Die Lage ist, daß jetzt bis auf Serbien, (und das von ihm abhängige Montenegro) das sich alle Gebiete mit serbischen Minderheiten einverleiben will, alle Republiken für die Unverletzbarkeit der internen Grenzen plädieren. Franje Tudjman: *„Ein drittes Jugoslawien wird es nicht mehr geben. Nach dem Königreich zwischen den beiden Weltkriegen und dem kommunistischen Staat ist die Aufteilung Jugoslawiens und die Trennung seiner Völker offenbar beschlossene Sache."*

Auch in **Serbien** klärt sich das Bild der Zukunft. Der Sabor, die Vereinigung der 24 serbischen Bischöfe, wählte einen neuen Patriarchen, den 76jährigen **Pavle Stojcevic**. Er löst den Patriarchen German ab, der *„mit Hilfe der serbischen kommunistischen Geheimpolizei vor 30 Jahren gewählt worden war. Die Wahl ist also ein Abschied vom kommunistischen Jugoslawien. Dieser machte sich schon merkbar in dem Auftreten von Popen gegen den ‚gottlosen Kommunismus', der ‚für alles Übel und Leid verantwortlich ist', die die Serben aufforderten, dies ‚nie zu vergessen und nicht zuzulassen, daß Tito jetzt durch einen neuen bolschewistischen Führer in Verkleidung ersetzt werden soll'. Gemeint ist nicht nur Serbiens Präsident Milosevic, sondern auch Jugoslawiens Verteidigungsminister Kadijevic, der mit einer kommunistischen Militärdiktatur droht."* (221). Diese Vorgänge in der serbisch orthodoxen Kirche schließen sich an die eigenen Erfahrungen an, die ich früher bereits schilderte (222). Seit 1945 mit Patriarch Eftimi serbische Geistliche in Belgrad auftraten, hatten sie Gelegenheit, die verschiedenen Besatzungsmethoden der jeweiligen Sieger miteinander zu vergleichen.

Die sich abzeichnende Unabhängigkeit **Sloweniens** beunruhigt Belgrad sehr und man versucht, Slowenien außenpolitischer Abenteuer zu verdächtigen, und so allfällige Sympathie vor allem in Österreich zu dämpfen. *„Aus der jugoslawischen Regierung sind am*



Lojze Peterle (Bild hf.)



Der slowenische Präsident Kucan (links) im Gespräch mit Präsident Cossiga. (Bild Reuter)

7. Februar Befürchtungen laut geworden, daß sich Slowenien nach der Trennung von Jugoslawien Österreich anschließen werde. Aleksander Bajt, jugoslawischer Wirtschaftsfachmann in einem Interview im Wiener ‚Standard': ‚Slowenien wird, sollte es selbständig werden, über kurz oder lang Österreichs zehntes Bundesland werden.' Der Preis, den Slowenien für seine Unabhängigkeit zu zahlen habe, sei die ‚offene Germanisierung', auch weil Österreich ein ‚dezidiertes politisches und wirtschaftliches Interesse an Slowenien' habe." (223).

In Beantwortung der kroatischen Parlamentsbeschlüsse sagte sich am 2. März das **„Autonome Serbische Gebiet der Kraijina** von **Kroatien** los. Es handelt sich um das hauptsächlichste Siedlungsgebiet der in Kroatien lebenden 600.000 Serben mit dem Hauptort Knin. An dem gleichen Ort hatte der Autor während des II. Weltkrieges als Abwehroffizier seinen Dienstsitz. Die Probleme waren damals wie heute die gleichen. Wenn also im folgenden Kritik erhoben wird gegen bundesdeutsche Auffassungen und Maßnahmen, so stützen sich diese auf persönliche Erfahrungen. Es sei erlaubt, vorwegzunehmen: Sowohl damals wie auch heute mangelt es in Deutschland (ganz im Gegensatz zu Österreich) an Fachkundigen. Damals wie heute wird aber das Urteil von Personen, die Bescheid wissen und die den Ernst der Vorgänge miterlebten, in Deutschland abgelehnt. Damals wie heute geht man mit ideologischer Voreingenommenheit und unbelehrbar vor. Damals wie heute wird die ursprüngliche weitverbreitete Hoffnung auf Hilfe von den Deutschen durch Maßnahmen oder Unterlassungen zerstört, die nicht den Frieden, sondern Blutvergießen zur Folge haben. Wenn der Europaparlamentarier Otto v. Habsburg schreibt, „an den Händen Genschers klebt Blut", so ist ein solcher Satz leider keineswegs übertrieben. So eine Beurteilung mag fleißigen Fernsehkunden befremdend sein. Wir, die wir Herrn Genscher bereits in seiner Chilepolitik kennengelernt haben, sehen darin nur eine weitere Bestätigung unseres feststehenden negativen Urteils.

Kroatien hatte ebenfalls Autonomie für die von Serben bewohnten Gebiete vorgesehen, doch innerhalb des kroatischen Staates. Im Dezember 1990 hatte sich Kroatien eine neue Verfassung gegeben. In deren Präambel heißt es: *„Die Republik Kroatien ist der Nationalstaat des kroatischen Volkes und der Staat der Angehörigen anderer Völker und Minderheiten, die seine Bürger sind, nämlich der Serben, Muslime, Slowenen, Tschechen, Slowaken, Italiener, Ungarn, Juden und anderer."* So wurden die dort lebenden Serben zu einer nationalen Minderheit herabgestuft: *„Die Kritik der Serben richtet sich vor allem gegen den Paragraphen 12, in dem es heißt, daß in Kroatien die kroatische Sprache und die lateinische Schrift amtlich gebraucht werden. In einigen Gebieten können, so lautet ein Zusatz, auch andere Sprachen* (die serbische wird nicht ausdrücklich erwähnt) *sowie die kyrillischen Buchstaben diese Funktion erfüllen."* (224). *„Mangel an Fingerspitzengefühl"*, nennt es Stieger. Erinnert man an das Morden der Ustascha im II. Weltkrieg, das in der Kraijina wütete, dann kann man es verstehen, daß die Serben sich in einer Notwehrlage fühlen.

Es geschah damals, als die Deutschen rechtlos und wie Wild abgeknallt wurden. Wie kann man von ihnen heute verlangen, ein Augenmerk auf das geworfen zu haben, was damals den Serben geschah? *„Es geht um den gräßlichsten Kreuzzug neuester Kirchengeschichte, die katholischen Massenmorde im faschistischen Kroatien in den vierziger Jahren unseres Jahrhunderts. Fast eine dreiviertel Million orthodoxer Serben wurden samt ihren Priestern und Bischöfen bestialisch abgeschlachtet. All dieses geschah unter Förderung und aktiver Beteiligung papsthöriger Katholiken. Franziskaner beteiligten sich sogar als Kommandanten von Konzentrationslagern."* (225).

Kroatien eröffnete also den Reigen und die serbische Führung ergriff sofort die Gunst der Stunde. Es war nicht schwer, den Serben in der Kraijina eine kroatische Gefahr vorzu-

stellen. Doch wesentlich und erstrangig für eine blutige Entwicklung war dann die tollpatschig und unbelehrbare Taktik Genschers und seiner Kollegen in der EG. Man versprach den Serben nicht mehr und nicht weniger als nicht militärisch einzuschreiten, beschränkte sich auf schulmeisterliche Drohungen und verweigerte den Republiken aus völlig unrealen Gründen die Auflösung des Völkergefängnisses. Was, gemessen an einer ganzen Reihe anderer gleichzeitiger Beispiele unblutig in die Zukunft hätte führen können, wurde so hier in einen an sich vermeidbaren Bürgerkrieg geleitet.

Zu ersten schweren Zusammenstößen wegen dieser Differenzen kam es in der Stadt **Pakrac** in Slawonien in Ostkroatien. Serbische von der Volksarmee bewaffnete Cetniks und kroatische Polizisten lieferten sich Feuergefechte. Die Zivilbevölkerung begann, aus den strittigen Gebieten zu flüchten. Die Armee bekommt den Befehl, die Kämpfenden zu trennen, doch wirft man ihr vor, proserbisch zu handeln.

In der serbischen Hauptstadt Belgrad kommt es gleichzeitig zu schweren Unruhen, den schwersten seit 1945. Mehrere zehntausend Oppositionelle fordern mehr Sendezeit im Fernsehen. Die in den Dezemberwahlen unterlegene Opposition sieht kaum Möglichkeiten, ihre Politik darzustellen. Die Sendezentrale wurde von starken Polizeikräften und Wasserwerfern abgeriegelt. Der Sprecher der Opposition, Vuk Draskovich verhaftet. Die Folge waren Studentendemonstrationen in den nächsten Tagen, auf denen die Bestrafung der Schuldigen für die Polizeibrutalitäten (ein Demonstrant getötet) und die Freilassung Draskovic gefordert wird. Diese erfolgt und der Opposition wird Sendezeit zugebilligt.

Ein Interview mit dem kroatischen Vertreter im achtköpfigen jugoslawischen Staatspräsidium soll folgen: *„Ich rechne damit, daß sich die Lage gerade in den nächsten Wochen wieder dramatisch zuspitzen wird . . . Unverhohlene Kritik äußert der Regierungschef Manolic an den Westeuropäern und insbesondere den Deutschen, ‚die es nicht wahrhaben wollen, daß die jugoslawische Krise entweder den Tod oder die Wiedergeburt bedeutet. Die Bonner Außenpolitik ist konservativ (wir sagen: reaktionär). Man schaut noch auf Titos Jugoslawien, auf ein einheitliches, scheinbar stabiles Land anstatt die demokratischen und marktwirtschaftlichen Bestrebungen der Kroaten und Slowenen zu unterstützen.“* (226).

Das slowenische Parlament beschließt, vorerst keine Rekruten mehr zur Volksarmee zu senden.“ (227).

„Nur Mord und Totschlag, so scheint es, beschwört heute derjenige herauf, der an der Fiktion von Titos Jugoslawien festhält, daraus das Recht ableitet, das Land dürfe notfalls mit Gewalt zusammengehalten werden.“ (228). Staatspräsident Jovic bemühte sich, den Ausnahmezustand zu erreichen. Als dieses im Präsidium nicht gelang, trat er am 16. März zurück. Mit ihm verließen die von Serbien abhängigen Vertreter der Wojwodina und Montenegros das Präsidium. Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Kosovo lehnten es ab, das Land unter das Krisenmanagement der Armee zu stellen. Damit wurde Jugoslawiens Staatsspitze verhandlungsunfähig. „Jugoslawien steht am Rande des Bürgerkriegs“, „Mobilisierung der Landesverteidigung in Kroatien!“, „Angst vor Militärputsch und Bürgerkrieg“ sind die Überschriften der Zeitungen in Wien am 18. März. „Der Kurier“ kommentiert: *„Der jugoslawische Staatspräsident Jovic, eine Marionette des serbischen ‚Führers‘ Milosevic tritt zurück, weil er im Staatspräsidium mit seinem und dem Wunsch der Armee, den Ausnahmezustand zu verhängen, nicht durchgekommen ist. Im Grunde ein ‚legaler Putsch‘, der das Eingreifen der Generäle wegen ‚Unregierbarkeit‘ provozieren soll.“*

„Wachen jetzt die letzten Naivlinge in Österreichs Führungsspitze und in einigen Medien auf? Nimmt man jetzt den Machtwillen der serbischen National-Stalinisten endlich ernst? Der jugoslawische Einheitsstaat in seiner jetzigen Form kann nicht gerettet werden.

Jugoslawien kann höchstens dann wieder Jugoslawien werden, wenn sich die anderen Republiken nicht mehr vor serbischen Vorherrschaftsansprüchen fürchten müssen."

Auch wenn man entschuldigend meint, Straßburg läge weiter weg von Jugoslawien als Wien, so ist dennoch erstaunlich, was die Zeitung „Europa-Parlament" als Standpunkt des Europäischen Parlaments verkündet: *„Es hat sich der vom Rat und den EG-Außenministern vertretenen Position zugunsten der Einheit und territorialen Integrität Jugoslawiens angeschlossen und damit für eine auf dem Verhandlungswege im Staatspräsidium auszuarbeitende Verfassung ausgesprochen, die unter Wahrung der Rechte aller jugoslawischen Völker ein Fortbestehen Jugoslawiens ermöglichen soll . . . Die Völker Jugoslawiens sollten keine ethnischen oder nationalistischen Positionen vertreten, da diese mit einer europäischen Perspektive für unvereinbar gehalten werden."* Mit anderen Worten, sieht man auf die Geschichte Europas und auf die Entstehung seiner heute in der EG versammelten Staaten: Slowenien und Kroatien und Serbien und Mazedonien und die Albaner kommen einfach zu spät zum Appell. Mit Freiheitskämpfern wie es die Geusen in Holland waren, ist es heute aus! So will es die Bande der in Den Haag versammelten Außenminister der inzwischen frei und reich gewordenen. Wer frei sein soll, das bestimmen wir! Im Namen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Der Feind heißt heute für alle Regierungen „die Nation", „das Volk". Ihn gilt es in allererster Linie zu bekämpfen, zu vernichten. Das ist die zentrale Aufgabe aller Freimaurer heute, rund um den Globus. Wer sich gegen deren Angriffe wendet, sei es in der Asylantenfrage oder bei der Befreiung der Völker in Osteuropa und andern Ortes, der wird mit einem Stimmen- und Kraftaufwand bekämpft, der schon damit anzeigt, daß man den Hauptnerv der Weltordner getroffen hat. Wie weit diese sich von den Grundlagen der europäischen Geschichte entfernt haben, zeigt so manches Zitat. Stefan Zweig etwa: *„Vielleicht ist der Nationalismus ein letzter, verzweifelter Versuch, sich gegen die Gleichmacherei zu wehren."* Diese Gleichmacherei aber kommt aus den **Vereinigten Staaten.** Was das bedeutet, sagt uns Henry de Montherlant: *„Eine Nation, der es gelingt, die Moral, die Qualität des Menschen auf fast der gesamten Erdoberfläche in die Tiefe stürzen zu lassen, das hat es nicht gegeben, seit der Globus existiert!"* Und Joachim Fernau dringt in uns: *„Verliert kein Mitleid! Ich sage: Haßt! Haßt, was da über uns kommt! Wenn ich das sage, mache ich nicht in Wahrheit Platz für die Liebe? Kann nicht auch Gott nur annehmen, indem er zugleich verwirft? Verdammt er nicht um der Liebe willen? Ja, wer liebt, muß zugleich verwerfen. Deshalb, aus Liebe zu dem, wonach wir hungern und was man kaputtgemacht hat, deshalb sage ich: Haßt! Die Liebe ist machtlos geworden. Dort drüben, jenseits des Ozeans, steht der Schuldige."* (228). *„Bush ist ein Internationalist"* (Sonnenfeld), die Internationalisten Amerikas haben mit den (seit 1789) in Europa eröffneten Filialen europäische Vollstreckungsgehilfen herangebildet, die nun mit KSZE und EG die Qualen der Völker in Jugoslawien fortsetzen wollen. Es reicht nicht mehr aus, nur Allgemeinheiten festzustellen, man muß konkret werden und die Feinde der Welt beim Namen nennen: es sind die Freimaurer!

Man stellt es als unvereinbare Gegensätze hin, in Brüssel das Bemühen zur Europäischen Einheit und in Jugoslawien der Wunsch zur Trennung. „Ethnische Positionen vertreten verträgt sich nicht mit einer europäischen Perspektive", zitierten wir soeben vom Europäischen Parlament. Dieser Satz enthält aber einen folgenschweren Denkfehler. Und wir vertreten die Auffassung, daß man hier bewußt Verwirrung stiftet, um einen anhaltenden, einem europäischen Aufbau dienlichen Frieden verhindern möchte. Denn die beiden Vorgänge, die man da im Auge hat, die Schaffung Europas einerseits und die Beseitigung Jugoslawiens andererseits, dürfen niemals gleichzeitig gesehen werden und vor sich gehen. Das, was in Jugoslawien vor sich geht, ist ein Vorgang, den fast das gesamte übrige Euro-

pa, vor allem Westeuropa längst erfolgreich durchgemacht hat. Alle europäischen Staaten, die heute bereit sind, auf Teile ihrer Souveränität zu verzichten, um ein gemeinsames Europa zu bauen, haben sich vorher ihre jeweilige Souveränität erkämpft. Erst in diesen Kämpfen, die oft Jahrhunderte währten, wurde die Identität errungen, die ihren völkerrechtlichen Ausdruck in dem Begriff der Souveränität fand. Daß der Krieg der Vater aller Dinge ist, hat sich erneut im Werden Europas bewiesen. Keine einzige nationale europäische Kunst, kein einziges Nationalmuseum, kein einziges Denkmal auf irgendeinem zentralen Platz in Rom und in Paris und in London und in Madrid und in Berlin und in Genf und in Moskau und in St. Petersburg und in Wien und in Athen sind denkbar ohne die mitklingenden Namen von Feldherren und Schlachten.

In keinem Falle war auch nur einer der heutigen europäischen Staaten das Produkt irgendeiner philosophischen Erfindung oder das Produkt einer blutleeren Konferenzdiplomatie. Erst die Opfer, die gebracht werden mußten, um einen jeden dieser Staaten zu schaffen, häuften auch den Kraftvorrat an, der das vom Stapel gelaufene Staatsschiff durch die Zeiten steuerte. Erst die hohen Worte, die auf dem Boden dieser Opfer geboren werden konnten, brachten Literatur und Musik hervor, an denen sich die Völker im Fortgang ihrer jungen Geschichte aufrichten konnten. Das gilt von Cervantes bis Goethe, von Beethoven bis Berlioz. Wir kennen heute noch nicht, was sich in dem den Slowenen und Kroaten aufgezwungenen Freiheitskampf formen wird, aber ohne eine solche Unterlage würde kein einziger Vertreter dieser Völker in Brüssel für vollwertig angesehen werden. Ganz bestimmt würde man das heutzutage nicht zum Ausdruck bringen, denn es ist bei den fertigen Europäern verpöhnt, von der eigenen Geburt zu sprechen und man hat Angst vor Rückfälligkeit. Aber es würde sich auf Schritt und Tritt bemerkbar machen. Nur ein Volk, das sich einen eigenen souveränen Staat erkämpft hat, ist auch in der Lage, aus eigener Kraft Souveränität abzutreten zugunsten einer weiträumigeren Ordnung. Das ist der Gang der Geschichte. *„Der heftige Impuls der Nationalitäten und die Forderung, eigene Staaten zu bilden, erfolgt nicht zum Nachteil einer internationalen Zusammenarbeit und Integrierung."* (229).

Der Abgeordnete im Europa-Parlament, der Franzose Jean-Marie Le Pen stellt klar: *„Europa ist ein überwölbender Begriff und kein Ersatz für unsere geschichtlichen Nationen. Um gute Europäer sein zu können, müssen die Deutschen Deutsche bleiben, die Italiener Italiener usw. Ebenso wie die Polen oder Tschechoslowaken Polen, Tschechen oder Slowaken bleiben wollen, was niemanden geschockt hat, wohingegen die gleichen Ansprüche in Westeuropa mit Chauvinismus und Kleingeist abgetan werden. Sich dem nationalen Ideal verbunden fühlen, bedeutet keineswegs die Ablehnung Europas."* (230).

Im Vatikan nimmt sich eine Synode der Bischöfe im Oktober 1991 ebenfalls des Themas „Europa" an. Bei dieser Gelegenheit denunziert der Erzbischof von Utrecht, Kardinal Adriano Simonis *„den gegenwärtigen Nationalismus, der die Form des Nationalsozialismus angenommen hat, einer Ideologie, die Europa und der Welt soviele Katastrophen gebracht hat... Die Kirche muß darum einen eigenen Raum für die Minderheiten im Schoß des Staates suchen."* In dem „Sumario", das dann als Ergebnis der Synode herausgegeben wird, heißt es: *„Das Böse dieses Nationalismus besteht in seinem Inhalt eines nationalistischen Idealismus, der in der Nation das Höchste der Dinge sieht, den höchsten Wert, und der so den Terrorismus der Ideen produziert und die Verabsolutierung eines relativen Wertes als die Totalität von allem. In dieser Lage muß man den authentischen Sinn der nationalen Identität suchen."* („El Mercurio", EFE).

Und man muß sich bemühen, diese zur Grundlage der Staatenwerdung zu machen. Diese Bemühungen aber dürfen nur aus eigener Kraft vorangehen. Diesbezüglich muß das Prinzip der Nichteinmischung volle Gültigkeit haben.

Mit diesen Worten wäre der Rahmen für die kommenden Verhandlungen gegeben. Er wird dauernd gesprengt, sowohl in Jugoslawien selbst wie vor allem auch in den übrigen europäischen Kanzleien. Das geschieht zum Nachteil und Schaden ganz Europas.

Ganze fünf Tage war Jovic auf eigenen Wunsch hin nicht mehr Staatspräsident. Dann widerrief er am 22. März seinen Rücktritt, offenbar auf Betreiben des serbischen Präsidenten Milosevic. Und dann treffen sich „im geheimen" Tudjman und Milosevic am 26. März in der Grenzstadt Karadjordjevo und sind sich einig in dem Wunsch, Jugoslawien wirtschaftlich am Leben zu erhalten. Fast gleichzeitig finden sich auf dem Donauschiff „Mozart" in Wien die litauische Ex-Premierministerin Kazimiera Prunskiene und Sloweniens Ministerpräsident Lojze Peterle auf Einladung von Vizekanzler Riegler und beide sagen fast das gleiche: „Weg von Moskau!" bzw. „Weg von Belgrad!". Am 3. April kann man der Welt neue Differenzen melden. Das illegale Parlament der „Kraijina", des von Serben bewohnten Gebietes in Kroatien, beschließt, sich an Serbien anzuschließen. In dem Nationalpark von Plitvice kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten.

Am 4. April trifft eine aus den Außenministern von Luxemburg, Italien und den Niederlanden zusammengesetzte **Delegation der EG** in Belgrad ein. Vorgesehen sind Gespräche mit dem jugoslawischen Außenminister Loncar, Präsident Jovic und Ministerpräsident Markovic. Sie haben vor, einen Appell der Europäischen Gemeinschaft zu erklären, den die EG-Außenminister im März an Jugoslawien gerichtet hatten und in dem zu einer friedlichen Lösung der Krise aufgerufen wird. *„Die EG befürwortet weiter die Einheit Jugoslawiens und unterstützt die Abspaltung einzelner Landesteile vom Vielvölkerstaat nicht. Die Republiken Slowenien und Kroatien, die sich als Staaten selbständig machen wollen, hatten im Vorfeld des Besuches die westeuropäischen Länder wegen dieser Haltung kritisiert. Die Vertreter der EG hätten es nicht verstanden, daß Völker mit so unterschiedlicher zivilisatorischer Herkunft nicht in einem Bundesstaat zusammenleben könnten, erklärte Sloweniens Präsident Kucan."* (231). Wenige Stunden nach der Abreise der 3 EG-Außenminister haben die Präsidenten der sechs jugoslawischen Teilrepubliken erneut eine gemeinsame Tagung in Belgrad. Sie geht ergebnislos auseinander wie alle früheren. *„In den beiden nordwestlichen Teilrepubliken ist allerdings die Meinung weit verbreitet, daß auch die serbische Führung das Interesse an einem gemeinsamen föderativen Jugoslawien verloren habe und daß sie nun vielmehr mit allen Mitteln versuche, einen* **großserbischen Staat** unter Einbeziehung aller von Serben besiedelten Gebiet zu errichten. (232). In der Tat soll sich dieses in den folgenden Monaten bestätigen. Auch in Serbien baut man lieber auf eigene Kraft als auf philosophische Phrasen der EG.

Der jugoslawische Innenminister beschuldigt den kroatischen Verteidigungsminister Martin Spegelj, einen bewaffneten Aufstand organisiert und vorbereitet zu haben. In Agram beginnt der Prozeß vor dem Militärgericht, wird jedoch schleunigst wieder auf unbestimmte Zeit verschoben wegen der „Umstände und der Atmosphäre vor dem Gerichtsgebäude". Mehrere tausend Personen hatten sich eingefunden, „um gegen die Willkür der Armee zu protestieren." Spegelj bewegt sich frei in Agram trotz vorliegendem Haftbefehl.

Der serbische Innenminister Radmilo Bogdanovic wird zum Rücktritt gezwungen. Konsequenz des von ihm vor einem Monat in Belgrad befohlenen brutalen Polizeieinsatzes gegen antikommunistische Demonstranten, bei dem zwei Tote und 100 Verletzte zu beklagen waren.

Das jugoslawische Verfassungsgericht hob zahlreiche Gesetze der Republiken Kroatien und Serbien auf, die in den vergangenen Wochen zu einem regelrechten Wirtschaftskrieg geführt hatten.

Dann kamen die Serben mit dem Vorschlag eines jugoslawischen Volksentscheides, ob

Bundesstaat oder ein lockerer Bund souveräner Einzelstaaten (Konföderation). Slowenien lehnte ab: *„Wir haben uns schon entschieden."* (233). Das war auch eine Antwort an die EG.

„Das Recht der in Jugoslawien lebenden Völker auf Selbstbestimmung wurde zwar schon seit Ende des II. Weltkrieges in allen bisherigen Verfassungen Jugoslawiens erwähnt, aber es fehlten die Ausführungsbestimmungen. Dafür fand man eine eigenartige Erklärung: Aufgrund ihres ‚Selbstbestimmungsrechts' hätten sich alle Völker Jugoslawiens schon während des II. Weltkrieges durch Teilnahme am ‚antifaschistischen nationalen Befreiungskampf unter Führung Titos dafür entschieden, nach Kriegsende wieder einen gemeinsamen Staat, das ‚Neue Jugoslawien', zu gründen. Durch diesen ‚Beschluß' hätten die Völker Jugoslawiens ihr Recht auf Selbstbestimmung für ewig ‚konsumiert'." (234).

Da sich dann nach und nach die **Kraijina** zum Hauptkampfplatz entwickelt, eine Übersicht über die Entwicklung dieses Gebietes: Ende des 15. Jahrhunderts zog sich die Grenze gegen die Türken nach deren Besetzung von Bosnien etwa entlang der Linie Senj - Karlovac - Sisak - Drau. Die laufenden Türkeneinfälle bewog die bodenständige Bevölkerung, abzuwandern. In dieses öd-verlassene Vakuum zogen dann aus dem benachbarten Bosnien politische Flüchtlinge und solche, die im nichttürkischen Gebiet bessere Wirtschaftsverhältnisse erhofften. Um ein Weiterwandern zu verhindern, errichtete Österreich eine „Militärgrenze". Den Bewohnern dieses Grenzstreifens wurden als Ausgleich für Wehrpflichten weitgehende Privilegien eingeräumt: nationale, kirchliche und kulturelle Autonomie, Befreiung von der Leibeigenschaft, Landzuteilung usw. Ab 1918 wurden diese Serben als Angehörige des Befreiervolkes gegenüber den Kroaten weiter bevorzugt. Die kaum lesekundigen Hinterwäldler suchten gerne staatliche Karrieren. Nach der Ermordung kroatischer Politiker im Parlament am 26.6.1928 und der Ausrufung der Königsdiktatur am 6.1.1929 wurden alle politischen Parteien und nationalistische kroatische Aktivitäten verboten. *„Von da ab machten Gewehrkolben der Gendarmen (bis zu 90% Serben), vielfach Nachkommen der Grenzer, die Innenpolitik. Das bewirkte eine Stärkung der Untergrundbewegung der Ustascha in Kroatien, gab aber auch die ersten Adepten ab für Titos Partisanen. Als dann 1941 Deutschland gezwungen wurde, seine Rußlandpläne zu verschieben und den Putsch in Belgrad niederzuwerfen, kam es sofort zu einem selbständigen Kroatien unter Ante Pavelic und Kwaternak und zu einer Begleichung der Rechnungen mit den Serben durch heimgekehrte Ustascha-Flüchtlinge aus Italien. Die serbische Bevölkerung, soweit sie überlebte, floh aus den serbischen Enklaven Kroatiens in die Wälder. Mit Kriegsende kam es erneut zu Racheakten, diesesmal in umgekehrter Richtung: kroatische und serbische Partisanen zogen gegen die Ustascha zu Felde und setzten sodann ihr proserbisches Handwerk von den erhaltenen Regierungspositionen aus fort. Mit dem Zusammenbrechen des Kommunismus fiel es einem Milosevic nicht schwer, den Serben in Kroatien eine erneute kroatische Gefahr vorzuspiegeln, sie zu bewaffnen und ihnen die Hilfe der Volksarmee zu versprechen."* (235). Damit war der neueste Bürgerkrieg erreicht. Der nächste steht bereits vor der Tür mit dem Überfall von Serben und Volksarmee auf kroatische Städte und Dörfer. Dabei werden die zum Einsatz kommenden Waffen immer großkalibriger und verheerender. Erleichtert und ermuntert wurde diese Entwicklung in allen Phasen vom Ausland her. Immer hatte man nur die jeweils augenblickliche Lage im Auge und unterstützte den gerade überfallenen Teil gegen die brutalen Übergriffe des anderen Teiles ohne sich um das sofort erfolgende Ausschlagen des Pendels nach der anderen Seite zu kümmern. Es war eine Folge einerseits emotional-ideologisch motivierten Eingreifens und andererseits fehlender Kenntnisse über die implizierten Volkscharaktere und Volkserfahrungen.

Am 19. April treffen sich die sechs jugoslawischen Präsidenten im mazedonischen

Ohrid. Auffällig ist die starre Haltung des Serben Milosevic, der betont, *„es gibt keine souveränen Republiken in Jugoslawien. Der Gastgeber, der mazedonische Präsident Gligorov, widerspricht sofort, denn auch Mazedonien bezeichnet sich als ‚souverän'. Man stellt fest, daß sich die Haltung Milosevics gegenüber der letzten Sitzung wieder versteift hat. ‚Vielleicht', so Gligorov im Gespräch, ‚glaube der serbische Führer, das letzte Mal zuviel zugestanden zu haben. Mitgewirkt habe indessen möglicherweise auch die internationale Unterstützung, welche die Vertreter eines zentralistischen Kurses in Jugoslawien wieder erhalten hätten, so seitens der EG und des amerikanischen Präsidenten Bush. Diese Unterstützung scheint es Milosevic wieder zu ermöglichen, wie zu Beginn der Krise seine großserbischen Ansprüche unter der Flagge der jugoslawischen Integrität zu verfolgen. Diese Unterstützung, so sagen Vertreter vor allem der westlichen Republiken, erweise sich als Einmischung und wirke sich im Sinne einer Verschärfung der inneren Gegensätze in Jugoslawien aus, verkehre also die Absichten ins Gegenteil. Jene Kräfte, die sich der zentralen Institutionen für ihre Zwecke bedienen möchten, hätten davon Vorteile. Besonders die Haltung der EG sei, wie die Präsidenten Sloweniens und Mazedoniens sagen, zunehmend unverständlich. Die EG erkläre, daß ihre Mitgliedsstaaten nur mit den jugoslawischen Bundesbehörden sprechen sollten, aber einer ihrer Staaten,* **Griechenland,** *habe jetzt den serbischen Präsidenten Milosevic offiziell wie einen Staatsgast ampfangen und ihm sogar erlaubt, über die Existenz einer jugoslawischen Republik Mazedonien einfach hinwegzugehen."* (236).

Die mehrtägige offizielle **Griechenlandreise,** die Milosevic am 16. April antrat, ist allerdings bemerkenswert. Auf dem Programm standen Gespräche mit Staatschef Karamanlis (237), Ministerpräsident Mitsotakis und Außenminister Samaras *„Der Serbe scheint sich von seiner Griechenlandreise vor allem Vorurteile bezüglich des Verhältnisses Jugoslawiens zur Europäischen Gemeinschaft zu erhoffen. In der Tat betont Premierminister Mitsotakis immer wieder die Intention Athens, als Brückenbauer zwischen Brüssel und den Balkanländern zu fungieren. Bis zu einem gewissen Grade erfolgt der Griechenlandbesuch des serbischen Präsidenten wohl auch mit dem Blick auf die innere Gärung in Jugoslawien.* (238). In Athen sieht man die slawo-mazedonische nationalistische Agitation in Skopje genauso ungern wie in Belgrad. Für Athen aber ist dieses Gespräch mit Belgrad nur Teil einer außenpolitischen Aktivität, in deren Rahmen erst vor vier Tagen der sowjetische Außenminister Besmertnych in Athen einen Freundschaftsvertrag abschloß. Mitsotakis erfüllt mit seinem „Brücken bauen" ersichtlich Funktionen bei dem „Aufbau einer Neuen Weltordnung", wie es Bush ihm dann — wie wir im Kapital Zypern berichteten — am 19. Juli in Athen abforderte. Und Milosevic läßt sich gerne die Maske eines demokratischen Gesellen am Weltenbau aufsetzen. Daß uns ein solches Theater nicht ganz unberührt lassen sollte, betont Johanna Grund in der Deutschen Rundschau (April 1991): *„Am Horizont wird uns Deutschen in der Mitte dieses Kontinents, mit einer Staatengemeinschaft (der EG) verbunden, deren ungewählte Überregierung eine politische Union ohne Austrittsrecht oder Austrittsmöglichkeit wegen der inzwischen irreversibel gewordenen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, aber mit einer ‚Unionsarmee' anstrebt, ein Horrorszenario sichtbar. Soll die erste oder zweite Generation nach uns in die gleiche verzweifelte Lage geraten, wenn sie Deutschlands Selbständigkeit wieder anstrebt wie heute Slowenen und Kroaten im Kampf um die Unabhängigkeit ihrer Völker?... Was heute vor unserer Haustüre auf dem Balkan geschieht, ist ungemein lehrreich. Diese Lehre achtlos in den Wind zu schlagen bedeutet letztlich die Zerstörung unserer eigenen nationalen Existenz."*

Was seit dem Zusammenbruch des Kommunismus die Völker überall bewegt, macht die Frage notwendig: Wann erwachen nationalistische Strömungen? Dann, wenn die Menschen Mangel leiden, wenn man ihnen etwas nehmen will, sei es ihre Heimat, die Erzie-

hung sauberer und tüchtiger Kinder, das Andenken an ihre Väter, das Recht auf Arbeit, den Hausfrieden, kurzum etwas, was ihnen wesentlich für Glück und Zufriedenheit erscheint.

Ein Staat, in welchem Moral und Ordnung herrschen, derartige Eingriffe nicht vorgenommen werden, hat nationalistische Bewegungen nicht zu befürchten. Dort gliedern sie sich ein.

Ängste, die erst aus dem Diebstahl lebenwichtiger Elemente erwachsen, werden zwangsläufig zu militanten politischen Forderungen. Nationalismus als Maßstab für politisches Erleben rückt erst dann in den Vordergrund, wenn Überlebensgefahr droht. Es ist eine natürliche Warnreaktion des betroffenen Volkskörpers. Versucht man, sich ihm zu widersetzen, wird die Reaktion aus biologischen Gründen nur heftiger.

Die Produktion von „Ausländerfeindlichkeit" in Deutschland in den letzten Jahren ist symptomatisch für eine solche Entwicklung.

Die verschiedensten Unruheherde auf der Welt lassen sich darum verhältnismäßig leicht unter einen Hut bringen. Es ist nicht so wie etwa einst: Berlinkrise, Zypern, Suezkanal, Tongking, Schweinebucht. Heute hat das alles einen einzigen Titel: „Versuchte Volksbefreiung". So ist es im Baltikum, in Kurdistan, in Albanien, in Kroatien, in Sri Lanka, in Kambodscha, in Eritrea, in Algerien.

Wenn das aber so ist, dann müßte es auch einen gemeinsamen Nenner für den Feind geben, einen gemeinsamen Feind, der in allen Kontinenten handelt. Er hat kein eigentliches Aktionszentrum, sondern handelt überall mit den gleichen Zielen. Es ist ein international organisierter Feind aller Völker.

In dem widerrechtlich gebildeten serbischen Gebiet **Krajina** in der Republik Kroatien befindet sich die von Kroaten bewohnte Siedlung Kijevo. Die dortigen Bewohner klagten über dauernde Belästigung durch die illegale serbische Polizei. Daraufhin wurde ein kroatischer Polizeiposten in den Ort gelegt. Am 28. April umstellten daraufhin gepanzerte Fahrzeuge der Volksarmee die Station. Es geschah mit Zustimmung des Staatspräsidiums (gegen die Stimmen Mazedoniens, Kroatiens und Sloweniens), *„um mögliche Zusammenstöße zwischen bewaffneten Serben und der kroatischen Polizei zu verhindern."* (239). In Agram meint man, daß damit der endgültige Beweis erbracht sei, daß sich die Armee in den Dienst der großserbischen Politik gestellt hat. *„Wenn man auch in Kicevo nachgebe"*, warnt ein Kommentator des kroatischen Fernsehens, *„dann würden bald andere Dörfer und Städte Kroatiens, etwa Split und Zadar, fallen."* Schon die nächsten Tage bringen neue Zusammenstöße. Das Verfahren ist fast immer das gleiche: *„Professionelle Aufständische der serbischen Minderheit zetteln die Unruhen an und sofort erscheinen gepanzerte Einheiten der Volksarmee, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen."* (240). *„Die Serben nutzen dann die Anwesenheit der Armee zur Vorbereitung des ‚Anschlusses' der Enklaven an Serbien."* (241). Mit der vermehrten und noch ausgedehnter vorgesehenen Aktivität der Truppen wird es notwendig, Reservisten einzuberufen. (242). Mit kyrillischen Buchstaben wird die **Münchner Paulskirche** am 17. April nach einem Bombenanschlag mit den Worten „Tod den Kroaten" beschmiert. Ein Kreuz, Bestandteil des serbischen Wappens, wurde von den Tätern in roter Farbe an zwei Stellen in der Nähe des Tatortes aufgetragen. Das „Darmstädter Echo" setzt folgende Überschrift: „Verübten Jugoslawen den Anschlag auf die Münchner Paulskirche?" Meint man mit derartiger Information ablenken zu können von einer Verfolgung der serbischen Täter?

Eine serbische Tschetnikformation in Stärke von 15.000 gut bewaffneten Anhängern, „bereit zum letzten Gefecht gegen die kroatischen Faschisten". In Borovo Selo werden von einem 700 Mann starken Kommando die dortigen 20 kroatischen Polizisten niedergemacht. Kurz darauf kam es zu einer Belobigung von 14 Kämpfern in einer Zeremonie in

Ravna Gora. *„Die beiden anwesenden Tschetnikchefs ließen sich den Berichten zufolge von 10.000 langhaarigen, bärtigen Anhängern in schwarzen Hemden huldigen, die mit Messern in der Luft herumfuchtelten. Drei Tschetnikbrigaden sollen in Kosovo stehen, um gegen Albaner vorzugehen."* (243).

Am 15. Mai kam Kroatien turnusgemäß für ein Jahr an die Reihe, den Vorsitzenden des Staatspräsidiums zu stellen. Aufgestellt war Stipe Mesic. Er wäre der erste Nichtkommunist an diesem Posten geworden, doch es kam nicht dazu. Die erforderliche Mehrheit von fünf Stimmen kam nicht zustande, da Serbien und die von ihm abhängigen Kosovo und Woiwodina dagegen stimmten. Man vermutet, daß die serbische Führung mit ihrem Votum die Verhängung des Ausnahmezustandes und also die Machtübernahme durch die von serbischen Offizieren geführte Armee erreichen wollte. (244).

Am 19. Mai holt **Kroatien** nach, was Slowenien schon im Dezember 1990 durchführte: Eine **Volksabstimmung** über die Selbständigkeit und Souveränität des Staates Kroatien. Während die Slowenen dem mit fast 90 Prozent zustimmten, lautete das Ergebnis in Kroatien auf 94,3% der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent. Tudjman dazu: *„Serbien hat die Grundlage Jugoslawiens zerstört."* Wenn es um „demokratische" Dinge geht, kommt man überall zu weitaus geringerer Wahlbeteiligung. Auch das zeigt, mit welcher Inbrunst die Völker Jugoslawiens ihre Freiheit anstreben.

Die uns schon bekannte **Pentagonale** (245) gibt nach einem Außenministertreffen in Bologna am 20. Mai eine Jugoslawienerklärung heraus, die weit entfernt ist von Einmütigkeit. Österreichs Außenminister Mock kritisiert Serbiens Haltung gegenüber den Albanern und erkannte das Selbstbestimmungsrecht für Kroaten und Slowenen an. Der Italiener De Michelis *„erachtete Einheit und Integrität Jugoslawiens als ein in erster Linie zu schützendes Gut"*. Ungarns Vertreter wies darauf hin, daß Serbien die zum Teil von Ungarn besiedelte Vojvodina *„in fragwürdiger Weise gleichgeschaltet habe"*. In dem Enddokument wird festgestellt, daß *„die Völker Jugoslawiens allein das Recht haben, über ihre Zukunft zu entscheiden."*

Am 23. Mai erklärt der **Erzbischof von Belgrad**, Francisek Perko, *„daß es ein demokratisches Jugoslawien in Einheit nicht mehr geben werde."* Am gleichen Tage wird der folgende Ausspruch der neuen französischen Ministerpräsidenten **Chesson** bekanntgegeben: *„Jugoslawien kann nur als Ganzes Teil von Europa sein"*. Man hat das Gefühl: Der Groß-Orient meldet sich wieder zu Wort.

Am 22. Mai sagt der US-Botschafter in Belgrad, Warren Zimmermann vor jugoslawischen Wirtschaftsführern, daß eine Besserung der Beziehungen der USA zu Jugoslawien davon abhänge, daß Mesic die Präsidentschaft übernehme. In der vergangenen Woche trat die „Empfehlung Nichols" in Washington stillschweigend in Kraft, wonach Jugoslawien von amerikanischer Hilfe wegen der Verletzung der Menschenrechte der Albaner im Kosovo ausgeschlossen sei. Ein amerikanisches Veto könnte verhindern, daß Jugoslawien vom Weltwährungsfonds einen Kredit von 5 Md. Dollar (!) erhalte. (246). Am 20. Mai hatte der jugoslawische Ministerpräsident Markovic noch mit Bush telefoniert und dieser soll ihm zugesichert haben, eine Einfrierung der US-Hilfe noch einmal zu überdenken. (247). Kurz darauf wird mitgeteilt, *„daß die amerikanische Regierung die Wirtschaftshilfe an Jugoslawien wieder aufnimmt. Zur Begründung hieß es, Washington wolle der Regierung von Ministerpräsident Markovic bei dem Versuch, das Land zusammenzuhalten, keine Steine in den Weg legen"* (248). Das chilenische Fernsehen teilt dann später im Oktober 1991 mit, daß die jugoslawische Auslandsschuld von 25 Md. Dollar Anfang 1991 auf inzwischen 52 Md. angestiegen ist. Hat Belgrad mit dem Geld Waffen gekauft? Die Republiken fragen, wo das Geld geblieben ist. Und man rechnet bereits aus, wieviel Washington dabei verdient hat. Am 30. Mai meldet die „Deutsche Welle", Delors habe der jugoslawi-

schen Regierung einen EG-Kredit von 4 Md. Mark angeboten, um Jugoslawien zu retten. Am 31. Mai meldet das „Darmstädter Echo" aus Belgrad (dpa): *„Bundeskanzler Kohl und der französische Präsident Mitterand veröffentlichten bei ihrem Treffen in Lille den eindringlichen Aufruf, den Staat Jugoslawien zu erhalten."* Am 31. Mai (so Reuter aus Belgrad) erklärt Luxemburgs Regierungschef Santer als Repräsentant der EG-Präsidentschaft, in der jetzigen Lage müsse das Land als staatliche Institution erhalten werden. Es gelte auch, Jugoslawiens äußere und innere Grenzen sicherzustellen. *„Zu einer Zeit, da alle Länder in der EG und auf dem europäischen Kontinent in einem* **Prozeß der Integration** *begriffen sind, muß Jugoslawien in diesem Geist seinen Platz in der europäischen Architektur* (man beachte diesen freimaurerischen Begriff!) *finden, die wir bauen."*

Doch die projugoslawische Front beginnt zu bröckeln. In **Washington** empfiehlt der einflußreiche Senator Robert Dole die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens (12.9.). Reagan warnt Bush: *„Im Gegenteil, wenn man nicht baldigst Kroatien und Slowenien anerkennt, läuft man die Gefahr, daß das jugoslawische Heer mit stalinistischer Taktik und Strategie sich zu einem Keim wiedererwachenden Marxismus-Leninismus in Europa entwickeln kann. Und der Präsident des soeben erst befreiten Litauens betont, ‚daß die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens nicht nur auf dem Wege des Völkerrechts liegt, sondern der einzig realistische Schritt bedeutet, um einen dauerhaften Frieden in Mittel-Osteuropa zu schaffen."* (249).

In „Die Welt" berichtet Carl Gustav Ströhm (250): *„Die serbischen Terroristen sind über die Donau gekommen, die hier die Grenze zwischen Serbien und Kroatien bildet. Offensichtlich war die kroatische Polizei für einen Kampf dieser Art weder bewaffnet noch ausgebildet. Vier verwundete kroatische Polizisten wurden von den Angreifern regelrecht verstümmelt und massakriert. Noch lebende Schwerverletzte wurden auf die Straße gelegt, anschließend fuhr ein Lkw über die Köpfe. Ein blutender Verletzter wurde über einen Kanaldeckel gehalten, bis er ausgeblutet war. Einem Kroaten schoß man mit automatischen Waffen in die Beine. Die Verstümmelten wurden dann, wie Stipe Mesic gegenüber Radio Belgrad erklärte, durch Genickschüsse getötet. Dann seien ihnen die Köpfe abgeschnitten worden."* Der Vorgang erhielt den Titel „Polizistenmord in Borovo".

Wenn „Die Welt" und andere Zeitungen diese Scheußlichkeiten melden, dann rechnet man damit, daß sich in der Lesergemeinde eine Ergriffenheit formt, die auf Abstellung derartiger Verbrechen zielt. Doch wäre es völlig verfehlt, mit derartigen Meldungen irgendwelchen Einfluß auf die Haltung der EG-Außenminister, insbesondere auch auf Herrn Genscher auszuüben. Gerade in einem solchen Beispiel erkennt man, wohin die von Professor Bernardino Lira (siehe Chile) gegeißelte Einführung der Menschenrechte führt. Nicht mehr das Einzelschicksal, die verbrecherische Tat, das vernichtete Leben gelten noch, sondern nur die Verletzung einer philosophischen völkerrechtlichen Regel. „Menschenrechte" sind etwas eiskaltes, blutleeres, phrasenhaftes. Ihre ersatzweise Einführung soll es geradezu bewirken, daß die Menschen sich nicht mehr erregen, aufregen, Mitleid empfinden, mitfühlen, zur Ergreifung der Täter das Gewehr in die Hand nehmen, den Täter aus der Gemeinschaft ausschließen, überhaupt irgendeine Reaktion zeigen. „Menschenrechte" schützen soll vielmehr Sache von dazu bestellten Beamten werden, die sechs Stunden am Tag nach internationalen Bestimmungen vorgehen und alles verhindern sollen, was nach Strafe oder gar Wiedergutmachung aussieht. Es ist das gleiche, was wir auf dem gesamten Gebiet der menschlichen Beziehungen heute erleben, wo eine Unzahl von internationalen Organisationen sich um das Kind und die Mutter und die Familie kümmern und gleichzeitig mit einer Reihe von neuen Gesetzen die bisherige Familie zerstören. Mit Konsequenz wird so dem Menschen alles wirklich Menschliche genommen und übrig bleibt ein Computergegenstand. Die bösartige Entwicklung der Dinge in Mitteldeutsch-

land nach der so begeistert empfundenen Vereinigung mit der BRD ist eine direkte Folge dieser Entmenschlichung der Beziehungen. Weil man nicht Familie und Betrieb und Schule und Freundschaften und Kindergärten und Polikliniken, sonder G E L D will, deswegen geht alles in Trümmer. Und — nocheinmal sei es gesagt — das ist nicht das Werk eines einzelnen oder einer Partei, das ist das Werk der Freimaurerei.

Bei dem Treffen der sechs Staatspräsidenten in **Sarajewo** am 6. Juni nähern sich alle Anwesenden einer Kompromißlösung, doch ist man weit entfernt von einer Einigung. *„Alles in allem läuft die Entwicklung wie sich im Übergang zu einem ‚Jugoslawien der sechs Präsidenten' zeigt, den politischen Zielen der Serben entgegen. Die entschlossene Haltung sowohl der Slowenen wie der Kroaten wie zuletzt auch der bosnischen Muselmine dürften auf Serbien ernüchternd gewirkt haben. Ein ‚Groß-Serbien' zu verwirklichen scheint heute gewagter als noch vor einigen Monaten."* (257). Ein loser Staatenbund in der Art der EG ist im allgemeinen Gespräch. Es ist das, was die EG zu verhindern sucht. Es ist kein Zufall, daß in diesem Augenblick auch **der Papst** Westeuropa eine deutliche Warnung zukommen läßt: *„Wir Polen brauchen nicht erst in Europa einzutreten. Denn wir sind bereits in Europa. In gewisser Weise sind wir immer in Europa gewesen, denn wir haben es geformt, mit mehr Kraft als jene, die sich die Schaffung Europas zuschreiben oder diejenigen, die sich das Patent der Europäischen Identität zuerkennen . . . Das beleidigt die große christliche Kultur, an der wir teilhaben."* (252). Sieht man auf das tägliche Bild in den Straßen und Plätzen Europas, so fragt man sich, mit welchem Recht diese degenerierte Welt sich ausgerechnet in das Schicksal jener Völker einmischen will, die noch vor unseren Augen hunderte von Märtyrern finden, das Abendland gegen Bolschewismus und Balkan zu verteidigen.

Ende Mai und dann Mitte Juni begeben sich die Präsidenten Kroatiens und Sloweniens mit ihren Außenministern nach **Rom**, um diesem benachbarten EG-Mitglied die Lage zu erklären. *„Präsident Cossiga empfahl den Vertretern Sloweniens, weiterhin auf dem Verhandlungsweg eine Lösung zu suchen. Wenn das Zusammenleben zerrüttet sei, müsse freilich auch die Möglichkeit der Scheidung anerkannt werden. Außenminister Rupel nahm aus dem Quirinal die tröstliche Formulierung mit, niemand werde Slowenien und Kroatien opfern, nur um Jugoslawien zu retten."* (253).

Kurz darauf treffen sich die Präsidenten von Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina in **Split** und stimmen darin überein, daß die Republik Bosnien-Herzegowina nach nationalen Gesichtspunkten aufgeteilt werden soll. (254).

US Außeniminster James Baker wird in Belgrad erwartet. Das Klima für den Besuch wird vorbereitet, indem noch einmal im gleichen Atemzug darauf hingewiesen wird, daß *„die EG ungeachtet der tatsächlichen Kräfteverhältnisse immer noch strikt an der Einheit des jugoslawischen Bundesstaates festhält"* (255). Doch derselbe Informant meint: *„Die alles überschattende Frage ist das Verhalten der jugoslawischen Armee."*

Slowenien und Kroatien stellen sich darauf ein, am 25. Juni ihre Unabhängigkeit zu erklären. Die unmittelbare Folge ist eine noch größere, kaum noch zu überbietende Unruhe auf internationaler Ebene. Tag für Tag folgen sich Meldungen, mit denen man hofft, die beiden Sklaven von ihrem Schritt in die Freiheit abzuhalten, aber dabei ganz das Gegenteil erwirkt: eine Versteifung der Fronten.

17.6.1991: Die „Deutsche Welle" teilt mit, Bush habe seinen Außenminister Baker angewiesen, bei seinem bevorstehenden Besuch in Belgrad keinen Zweifel daran zu lassen, daß die USA ein geeintes und demokratisches Jugoslawien wünschen.

18.6.1991: Carl Gustaf Ströhm aus Zagreb: *„Bei einem Besuch in Laibach (Ljubljana) suchte der Bundesministerpräsident slowenische Regierungsmitglieder und Parlamentarier einzuschüchtern, indem er zu verstehen gab, daß der Weg nach Europa ausschließlich über*

Belgrad und über Jugoslawien führe; daß Slowenien und Kroatien sich keine Illusionen machen sollten, der Westen werde sie separat bei sich aufnehmen; und daß schließlich er, Markovic, gewissermaßen der Vertrauensmann Westeuropas und der Amerikaner in Jugoslawien sei . . . Die jüngste Variante lautet, Markovic solle als starker Mann die Macht in ganz Jugoslawien übernehmen — mit Hilfe der Armee. Es wird sogar behauptet, die EG und die Amerikaner hätten ihre Zustimmung gegeben.“

19.6.1991: Auf der **KSZE-Tagung in Berlin** forciert Genscher über alle unterschiedlichen Meinungen hinweg die Normierung eines Dringlichkeitsmechanismus, wonach in akuten Fällen der Antragsteller die Unterstützung von 12 weiteren Mitgliedern haben muß. Vor wenigen Tagen erst wurde nach einem Besuch Genschers in Tirana Albanien in die KSZE aufgenommen. Die Tagungsteilnehmer erklärten („Deutsche Welle“ 19.6.) *„daß sie ein einheitliches Jugoslawien wünschen und daß sie dasselbe unterstützen würden.“*

23.6.1991: *„US-Außenminister James Baker machte in Belgrad noch einmal klar, daß ‚wir die territoriale Unversehrtheit und die Bewahrung der Einheit Jugoslawiens unterstützen‘. Die Gespräche mit Markovic und seinem jugoslawischen Amtskollegen Budimir Loncar seien ‚sehr, sehr erfolgreich‘ gewesen, sagte Baker ohne Nennung von Einzelheiten.“*

24.6.1991: dpa aus Belgrad: *„US-Außenminister Baker hatte am Ende seiner Gespräche in Belgrad eine pessimistische Bilanz seiner Vermittlungsbemühungen gezogen: ‚Alles das, was ich hier gehört habe, hat meine Besorgnis nicht einmal ein wenig beschwichtigt‘. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug hatte aus der Umgebung Bakers erfahren, daß dieser ‚entmutigt über die Aussichten auf eine friedliche Lösung der jugoslawischen Krise‘ abgereist sei.“*

Im kroatischen Parlament hält man der Bundesregierung unter Markovic in Belgrad vor, sie lasse sich für den großserbischen Imperialismus im Lande einspannen. Der Fraktionsvorsitzende der kroatischen Regierungspartei, Veselica, sagt unter langanhaltendem Beifall: *„Es ist ein historischer Irrtum, daß Jugoslawien ein Schmelztiegel der Nationen sein kann.“* (256)

Das Trommelfeuer der Freimaurerei geht weiter:

24.6.1991: dpa aus Luxemburg: *„Die Europäische Gemeinschaft ist nicht bereit, die Unabhängigkeit jugoslawischer Republiken anzuerkennen. Darauf haben sich in Luxemburg die Außenminister der EG verständigt. Sie reagierten damit insbesondere auf die Loslösungsbestrebungen Kroatiens. Wie der amtierende EG-Ratspräsident, Luxemburgs Außenminister Jacques Poos, erläuterte, will die Gemeinschaft damit erreichen, daß es in Jugoslawien unter den Republiken sowie zwischen den Landesteilen und der Zentralregierung zu einer Verständigung kommt.“*

24.6.1991: Weizsäcker bei Cossiga in Rom. „Deutsche Welle“: *„Die beiden Staatsoberhäupter stimmen darin überein, daß die Einheit Jugoslawiens gewahrt bleiben müsse.“*

24.6.1991: „Deutsche Welle“: *„Markovic warnte in Belgrad vor der in 2 Tagen fälligen Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens. An eine Durchsetzung der Einheit mit Waffengewalt denke man jedoch nicht.“*

24.6.1991: Eigener Kommentar am gleichen Tage: Wie besessen geht man in dem Problem „Jugoslawien“ in die entgegengesetzte Richtung der Wünsche aller Beteiligten und aller Sachkenner. Vollkommen verstockt soll das Freimaurerprodukt J. aufrechterhalten bleiben, koste es, was es wolle, an Blut und Geld. Alle Welt hatte sich erhofft, daß man im Sinne des Neuaufbaus im jugoslawischen Raum vorgehen würde. Statt dessen soll das alte, verhaßte nolens volens beibehalten werden. Das ist eine Außenpolitik, die weder dem inneren noch dem äußeren Frieden dient, die alle humanitären Verpflichtungen mißachtet, die sich prosozialistisch und prokommunistisch auswirken muß, die Westeuropa in Osteu-

ropa in schweren Mißkredit bringen muß und auf lange Sicht sich noch auswirken wird.

25.6.1991: Kroatien und Slowenien ziehen ihre Unabhängigkeitserklärung um einen Tag vor! Es geschieht, weil die Gefahr eines bewaffneten Eingreifens der Volksarmee bestand. Beruhigend meint der Kommentator der „Deutschen Welle" am Abend des 25. Juni: *„Es gibt keine völkerrechtliche Möglichkeit, die beiden neuen Staaten anzuerkennen. Kein einziger Staat hat Slowenien und Kroatien anerkannt."*

26.6.1991: dpa muß aus Wien mitteilen: *„Österreich zeigt offen sein Wohlwollen und Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien. Wenn die österreichische Bundesregierung auch eine offizielle Anerkennung der beiden Länder zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließt und keine Regierungsmitglieder nach Laibach entsendet, nehmen hochrangige Landespolitiker wie die Regierungschefs der an Slowenien angrenzenden Bundesländer Kärnten und Steiermark und der Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, an den Feierlichkeiten teil. Zilk sprach offen aus, was viele Österreicher denken: Ihm fehlt jedes Verständnis für die Haltung der EG und der USA. ‚Die Presse' ist überzeugt, daß sich langfristig Österreich durchsetzen wird."*

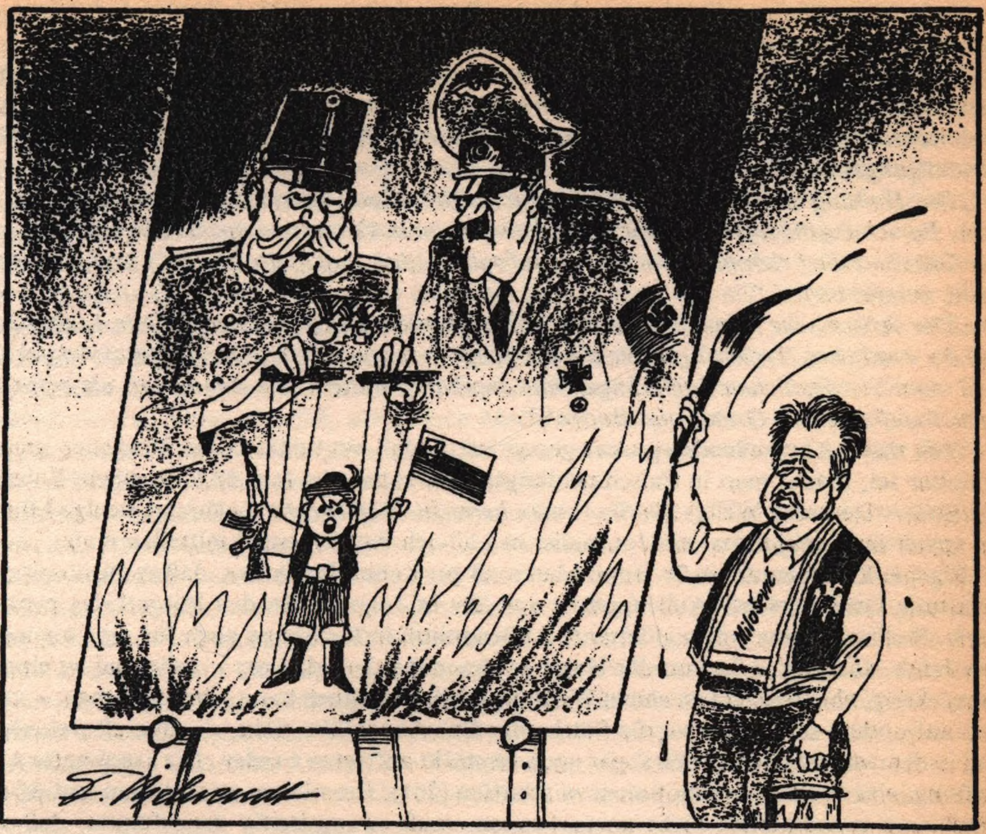
27.6.1991: *„Genscher spricht in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Gesandten die dringende Erwartung aus, daß jegliche Gewaltanwendung unterbleibt. Im Bundeskabinett wurde die Forderung nach der Bewahrung staatlicher Einheit bekräftigt. Scharfe Kritik an der EG übten unterdessen die Unionspolitiker Karl Lamers und Karl-Heinz Hornhues. Lamers forderte die Gemeinschaft auf, entschlossen auf jede Androhung von Gewalt der jugoslawischen Zentralregierung gegen Slowenien und Kroatien zu reagieren. Die internationale Glaubwürdigkeit der EG steht um so mehr auf dem Spiel, als sie bisher in einer fehlgeleiteten Politik versucht hat, durch wirtschaftliche und finanzielle Einflußnahmen die Einheit und den Zusammenhalt Jugoslawiens zu erzwingen. Horhues wies darauf hin, daß Slowenen und Kroaten lediglich dem Dominanzstreben der serbischen Kommunisten eine Absage erteilt hätten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Recht der Slowenen und Kroaten auf Selbstbestimmung unterstrichen und warnte gleichzeitig Belgrad vor dem Einsatz der Armee."* (257).

27.6.1991: Eigener Kommentar: Mit Schrecken und auch ein wenig Stolz kommt über uns ein Bild, wie es europäischer Rückzug vor der Macht schon mehrfach bot: die Jesuiten in Paraguay, die Buren am Kap mit ihrem Grooten Treck, Colonia Dignidad in unseren Jahren in Chile. Aus dem Lande, aus der Erde, aus den Pflanzen und Tieren versuchte man autark zu leben, ohne Hilfe von draußen, von dort, wo die Macht herrschte, die alles unterwerfen wollte. Soll das gleiche den Kroaten und den Slowenen geschehen? Schon spricht Tjudman davon *„in die Berge zu gehen"*. Soll also das gleiche Schicksal den Slowenen und Kroaten blühen? Sollen auch sie nicht zugelassen werden in der Zeigefingergesellschaft? Sollen auch sie draußen bleiben müssen? Oder wird aber die Gier der Mächtigen auch hier entdecken, daß es doch ganz nützlich wäre, sie „hereinzulassen" und dann ihnen zu gestatten mitzuschuften, Zinsen zu zahlen für gewährte Kredite, Mitglied zu werden einer Weltbank, indem man ihnen gestattet, eine eigene Fahne zu hissen?

26.6.1991: Das jugoslawische Parlament faßt einen Beschluß: *„Die Regierung und alle anderen jugoslawischen Einrichtungen, einschließlich jener der Sicherheit und des Volksheeres, haben die Pflicht, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine Neuordnung Jugoslawiens oder eine Veränderung seiner Grenzen zu unterbinden."* (258).

26.6.1991: *„Wir werden die Trennung weder fördern noch anerkennen. Die Vereinigten Staaten erkennen weiterhin die territoriale Integrität Jugoslawiens an und unterstützen diese"*, sagt ein Sprecher des amerikanischen Auswärtigen Amts. (259).

27.6.1991: *„Einige Kommentare im westlichen Ausland sind der Meinung, daß die westlichen Regierungen die Situation falsch interpretieren. ‚Financial Times' in London*



Slowenische Provokation aufgedeckt

ermahnt sie in einem Leitartikel ,in radikal anderer Weise zu reagieren. Unter den gegebenen Umständen ein vereintes Jugoslawien aufrechtzuerhalten, heißt zur Unbeständigkeit beizutragen. Die öffentliche Rhetorik der Weststaaten stärkt die Stellung Serbiens, der größten der Republiken, auf Kosten der schwachen demokratischen Regierungen in den anderen Republiken.“ (260).

Der Überfall auf Slowenien

Es kommt zum **Einrücken der Volksarmee nach Slowenien.** Mit Brutalität bahnten sie sich ihren Weg. Die Slowenen verteidigen sich mit unerwartetem Erfolg gegen die Panzer, von denen fast 500 zerstört oder erobert werden.

28.6.1991: Österreich und Italien setzen Schritte in Gang, die soeben erst auf der KSZE-Tagung in Berlin vorgesehen worden waren. Sie fordern Jugoslawien auf, Erklärungen für die ungewöhnliche militärische Aktivität abzugeben.

In London kommen Institute, die sich mit Balkanfragen befassen, zu Wort: *„Während die Vereinigten Staaten weiterhin sich sträuben, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens aus Angst vor einer Welle von Sezessionen im Osten anzuerkennen, beginnen Analy-*

tiker die westliche Haltung in Zweifel zu ziehen. Sie sagen, die Haltung des Okzidents Jugoslawien gegenüber, treibe das Land in den Bürgerkrieg anstatt daß man so die Einheit Jugoslawiens halten könne."

„Indem man das Gewicht auf die nationale Einheit legte und alle anderen Gesichtspunkte darüber vergaß, machte die internationale Gemeinschaft einen Bruderkrieg nur noch wahrscheinlicher (Lawrence Freedman, Professor für Kriegsstudien am Zentrum für Verteidigungsstudien in London)."

„Die Haltung des Westens ermutigt ein vollständiges Auseinanderfallen, sagt James Gow, Forschungsbeauftragter für Sicherheitsfragen in Osteuropa mit Sitz in London . . . Der Okzident darf sich nicht festbeißen auf seiner Idee, daß Jugoslawien, koste es was es wolle, vereint bleibe."

„Der slowenische Ministerpräsident Lojze Peterle erklärte in einer Rede in Ljubljana, daß die westlichen Regierungen für die Vorgänge verantwortlich sind. ‚Es hätte viel geholfen, wenn die westlichen Regierungen uns anerkannt hätten. Die Armee tut, als befände sie sich auf eigenem Grund und Boden'."

Weil man ja in **Luxemburg** usw. gesagt hatte, daß ein militärisches Vorgehen unannehmbar sei, macht man in Falschmeldungen und behauptet (am 28.6. in einem Buletin aus Bonn - Deutsche Welle) *„in Slowenien herrscht Waffenruhe"* während wenige Minuten später im Funkjournal ein Journalist in Laibach das Gegenteil mitteilen muß.

Eigener Kommentar am 28. Juni: Man muß zur Kenntnis nehmen, daß es die utopische Belastung Genscherscher Außenpolitik war, die in Jugoslawien den Bürgerkrieg provozierte. Stellt man eine solche dilettante Außenpolitik in Rechnung auch für die kommenden Jahre, so kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß es, wie diesmal zu einem Bürgerkrieg, ebenso leicht zu einem **Weltbürgerkrieg** kommen kann, eben weil man — von sich auf andere schließend — die Stärke der Emotionen übersieht, die überall weiterhin und in dem wachsenden Druck sogar noch verstärkt auftreten werden. Die krankhafte Anmaßung, eine Welt ohne Emotionen zu schaffen (261), Emotionen zu verbieten und deren Ergebnisse grundsätzlich nicht anzuerkennen, muß zwangsläufig dazu führen, daß sie überborden, daß die Völker in wachsender Verzweiflung einen Ausweg aus dem ihnen bereiteten kalten Gefängnis suchen.

Heute kann man feststellen, daß es **Genscher** ist, der mit Rückendeckung von Bush und unter dem Beifallsgeheul der europäischen Außenminister den Weg nimmt, der hinführt zu Blutvergießen und zu einer Katastrophe, die ganz Europa in Mitleidenschaft zieht. Da eine Änderung der Genscherschen Wegrichtung (zumindest ohne geheime Vorbehalte) nicht zu erwarten ist, ja, die maurerische Herkunft seiner gefährlichen philosophischen Richtlinien nicht einmal als entscheidend offen dargelegt wird, muß darauf notwendigerweise eine weitere Verunsicherung und ein Ausbreiten militärischer und anderer Unterdrückungsmaßnahmen entsprießen. Sie wird bereits in den Zeitungen vermerkt mit Namen wie Tamilen, Algerier, Eriträer, Kurden. Da eine endgültige Besiegung der Beunruhigten, ihre seelische Kastration undenkbar ist, führt das ganze zu einem längerwährenden Abnutzungskrieg. In dessen Verlauf werden aber noch weitere Kräfte als quasi Verbündete der Sklaven auftreten, die heute noch nicht ins Feld geführt werden: Umweltzerstörung, biologische Vermehrung in der Dritten Welt, Völkertod im Okzident, Auslaufen der Resourcen für die (zahlenden!) Industriestaaten, Anwachsen der Kriminalität, Korruption als Regierungsform, Epidemien und Seuchen, Panzerdemokratie usw. Das Ergebnis ist ein **Weltenkollaps.**

Meint man denn, daß es wirklich auf ewig nur Theorie bleibt, was so viele heute an die Wand malen? Meint man denn, daß man mit Geheimgesellschaften immer wieder die Freiheitsbewegungen unterwandern kann? Daß man den Protest der unterdrückten Völker im-

mer wieder abbiegen kann? Wie war es denn zu Beginn dieses Jahrhunderts mit den Indern in Südafrika? Schalten wir doch einmal zurück. Es ist gar nicht so uninteressant für uns: *„Gandhis erster Versuch einer Massenaktion des Zivilen Ungehorsams führte bald zur Überfüllung der Gefängnisse, in deren Zellen Tausende von Indern eingeliefert wurden. Gandhi sagte, freie Männer sollten lernen, ins Gefängnis zu gehen, ‚so willig, wie der Bräutigam ins Brautgemach'. Dadurch, daß ein Mann willig ins Gefängnis gehe, wenn ein Gesetz sein Gewissen verletze, könne er dem ungerechten Gesetz Widerstand leisten, während er zugleich seiner Achtung vor dem Gesetz schlechthin Ausdruck verleihe. Schwerlich könne größere Achtung bezeugt werden, als wenn die Minderheit zur Mehrheit sagt: ‚Wir können eurem Gesetz nicht gehorchen, weil wir es für ungerecht halten. Aber wir bestreiten euch nicht das Recht, Gesetze zu erlassen. Bis wir euch von der Notwendigkeit einer Gesetzesveränderung überzeugen können, gehören wir ins Gefängnis. Wir hoffen, daß unser Leben im Gefängnis euch zu neuem Nachdenken zwingt'. Ziviler Ungehorsam ist das Arsenal der Macht. Nicht sich schwächlich dem Willen des Tyrannen stellen. Durch Seelenkraft wird es jedem möglich, der ganzen Macht eines ungerechten Reiches zu widerstehen, um seine Ehre, seine Religion, seine Seele zu retten und den Grund zu legen für den Sturz oder die Erneuerung dieses Reiches."* (262).

Gandhi war sich bewußt, daß er die Grenzen der überlieferten Demokratie beträchtlich ausweitete. Ist es nicht ein recht gewagtes Unternehmen, heute alles davon abhängig zu machen, daß nicht wieder ein Gandhi auftritt und — sagen wir, in Europa — den reaktionären Außenministern der EG vor Augen führt, was das Volk unter Demokratie versteht, etwa in Laibach und in Agram und in Bozen und in Pressburg und auch in einem von Asylanten überschütteten Hoyerswerda? Man sagt, vor solchem Ansturm schützt der dicke Bauch der Bürger. D e r wird schon bald zu schrumpfen beginnen. Dann wird man moralischere Gründe für die kapitalistische Mißwirtschaft suchen müssen — falls es solche überhaupt gibt. Und dann kommt die Abrechnung, mit Recht m i t l e i d s l o s.

Doch, man übersieht nicht nur die Stärke der Emotionen, man vermeidet konkrete Ergebnisse. Nach dem I. Weltkrieg, also vor etwa siebzig Jahren, charakterisiert Harold Nicolson (S. 47) die Diplomatie seiner Zeit. Wir wissen inzwischen, wohin sie geführt hat. Erschreckender noch aber ist unsere Erfahrung mit der gleichen Art von Diplomatie heute. Damals schrieb der englische Diplomat: *„Es gibt heutzutage Bestrebungen (und bis zu einem gewissen Grade sind sie als heilsam zu bezeichnen), die sich gegen die salbungsvolle Ohnmacht, die grellbeleuchtete Selbstgerechtigkeit, das zaghafte Herumtasten, den erschreckenden Dilettantismus der* **demokratischen Diplomatie** *wenden und für die wirksameren fachkundigen Methoden der alten Schule einsetzen"* . . . *„Jede diplomatische Erörterung muß sich auf zweierlei stützen: erstens auf Kenntnisse und zweitens auf Klarheit. Es gibt zwei Bestandteile erfolgreicher Diplomatie, die mir manchmal in Vergessenheit zu geraten scheinen. Der eine ist, über seine eigenen Absichten im klaren zu sein, der zweite, sie die anderen wissen zu lassen."* Die darin enthaltene Kritik der demokratischen Diplomatie ist ebenso endgültig wie scharfsinnig.

Fragen wir uns doch einmal, von was Politiker wie Bush und Kohl und Genscher begeistert sind. Etwa für das Hellenentum wie es bei Lord Byron, bei Guilford oder Gladstone der Fall war? Nicht im geringsten. Gerechtigkeit gegenüber einem vertriebenen Emir? Gegenüber einer mit Füßen getretenen Souveränität? Kein Mensch nimmt so etwas ernst. Im Gegenteil, das verächtlichste, was es heute gibt, ist „heiliger Ernst" (mit Ausnahme der Titel in der Freimaurerei, wo man von dem „Venerable" Meister vom Stuhl und von „ehrwürdigen Werkzeugen und Schurzen" spricht). Oder etwa Kreuzzugsvorstellungen Kreuz gegen Halbmond? Die Zusammensetzung der Mitstreiter im **Golfkrieg** strafte sie Lügen. Der Heldenkampf für Unterdrückte und Benachteiligte, für überfallene friedliche Men-

schen? Kurzum für eine bessere Welt? Das eine Wort „Schlesien" macht sie zu Heuchlern, „Colonia Dignidad" zu Pharisäern. Bleiben von dem ganzen Strauß begeisterungsfähiger Möglichkeiten nur zwei, soweit man auf den Golfkrieg sieht: kriegerischer Ausweg aus dem tödlichen Dilemma Israels und — das Öl als Grundlage für weitere 250 Jahre Weltherrschaft. Sind das aber Dinge, für die man sich b e g e i s t e r n kann? Man kann sie verfechten, kann sie erstreben, doch klebt nicht allzuviel Blut daran, um da noch von Begeisterung sprechen zu können? Ja, und wie steht es mit Jugoslawien? Für was setzt man sich da ein? Es gibt Begeisterung, allerdings, und sie ist das heilige Feuer in den Herzen von Völkern, die man jetzt in alle Zukunft weiter versklaven will! In Brüssel und Den Haag kämpft man auch, nämlich um eine Weltordnung, die man erzwingen will. Aber nicht etwa mit Begeisterung, sondern mit philosophischer Berechnung.

Carl Schmitt hat darauf hingewiesen, daß ein Krieg — und vielleicht mehr noch ein Bürgerkrieg — gerade dann ins Bösartige gerät, wenn er hochmoralisch ums angeblich Gute, um das Absolute, für die Ideale einer gerechten und rechtgläubigen Gesellschaft geführt wird. Daher haben sich die religiösen Kämpfe des XVII. Jahrhunderts und die weltanschaulichen unseres Zeitalters als besonders inhuman erwiesen, im Gegensatz zum XVIII. und XIX. Jahrhundert, als in Europa die Kriege weitgehend ohne moralischen Ballast als reine Machtfragen ausgetragen wurden (Krockow, S. 173). Darum ist das Vorgehen der EG-Philosophen in Jugoslawien auch so völlig unberührt von dem blutigen Ergebnis ihres Handelns.

Man spricht davon, daß sich die westlichen Außenminister an ihrer Idee festbeißen. Dieser Ausdruck ist berechtigt. Und wir betonten bereits, daß es sich dabei nicht um wohlbedachtes Aufwallen der Gefühle, um einen Strom leidenschaftlicher Hingabe oder nur um Großmäuligkeit handelt. Es sind Äußerungen einer philosophischen Doktrin. Aber, und das soll hier geklärt werden, es geht wohl um die Erfüllung eines „Eides", der keinen kurzen Wortlaut hat, der sich in jahrelanger induzierter Geisteskneblung formiert, und der darum auch nicht seinem Wortlaut gemäß eingefordert werden kann. Er wurde keiner bestimmten Person gegenüber geleistet, er erfolgte nicht auf ausdrücklichen Befehl, er beinhaltet Gefolgschaftstreue nicht einem Präsidenten, einem Führer, einem General gegenüber, und wird doch bindend empfunden. Weil aber keine derartigen konkreten festumrissenen Eidesformeln bestehen, kann er auch niemals zurückgenommen werden! Selbst noch so klare Erkenntnis, gewachsen an bitteren und schmerzlich empfundenen Erfahrungen (die man eigentlich niemals so empfinden darf!) ermächtigt dazu, diesem „Eid" zuwiderzuhandeln oder zu widersprechen.

Darum dauerte es so lange, bis auch Herr Bush die **Baltenstaaten** anerkannte. Darum quält sich Genscher mit dem Ergebnis seines eidgehorsamen Vorgehens und muß doch immer wieder in die gleiche falsche, blutige Richtung nachstoßen. Niemand kann ihn von seiner Verpflichtung erlösen, die er sich selbst unter dem Einfluß der Logenthemen erdacht hat. Bei jedem Auftauchen eines „Zeichens" fühlt er erneut den inneren Impuls, weiterzumachen, weiter zu marschieren in Richtung der Einen Welt, ohne jegliche Rücksicht auf alles, was er vordem als Mensch noch berücksichtigt hätte.

Auf allen Stufen der Bühne rund um ihn herum stehen andere, die auch bereits das Blut des Rachegrades geleckt haben. Sie helfen jedem Zaudernden, durchzuhalten. Soeben sage ich einem Meister vom Stuhl, den ich auf der Straße treffe: „Schlimm, was da in Jugoslawien passiert." Seine Antwort: *„Ja, Sie haben recht, aber wir können da von hier aus nichts dagegen tun."*

27.6.1991: Zilk/Wien: *„Die Anerkennung wird kommen, so sicher wie das Amen in der Kirche."*

Während die Kämpfe in Slowenien dank eines Abkommens zwischen dem sloweni-

schen Verteidigungsminister Janez Jansa und dem Oberkommandierenden der zuständigen 5. Armee mit einer Feuerpause unterbrochen werden, begeben sich die drei Außenminister von Luxemburg, Holland und Italien im Auftrage der EG als Vermittler nach Belgrad. Sie erreichen, daß Slowenien und Kroatien die Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit für drei Monate aussetzen. Im übrigen: In der FAZ (263) meint man: *„Angesichts der Zuspitzung der Lage in Jugoslawien schien sich ein gewisser Meinungsumschwung über die bisher verlangte Bewahrung der staatlichen Einheit anzubahnen. Am weitesten ging Mitterand. Er sagte, es sei schwierig für die Einheit Jugoslawiens zu plädieren, wenn Gewalt angewendet wird. Auch andere Gipfelteilnehmer sprachen sich für eine stärkere Gewichtung des Selbstbestimmungsrechts gegenüber der Wahrung des derzeitigen Staatsgebildes aus."* In einem Aufsatz von Johann Georg Reissmüller auf der 1. Seite der FAZ liest man endlich einmal etwas Wahres: *„Jugoslawien war von vornherein ein Mißgebilde"* und es wird auf eine **Kulturgrenze** hingewiesen, die quer durch das Land geht... *„Der Belgrader Staat wird nicht fortbestehen. Doch Belgrad wollte davon nichts wissen, beharrte auf dem Alten. Nun, da es gegen Slowenien und Kroatien Krieg führt, ist auch eine Konföderation nicht mehr möglich."* Oh Wunder, es sind doch noch nicht alle Bundesdeutschen verblödet, ist man versucht, auszurufen. Als Jacques Poos dann von einer ‚erfolgreichen Vermittlung' gesprochen hatte, meinte ein Mitarbeiter des Informationsministeriums in Ljubljana: *„Er (Poos) hat vermutlich ein völlig anderes Land besucht."* (264).

29.6.1991: Der slowenische Informationsminister Jelko Kacin teilt mit, daß in einigen von der Bürgerwehr eroberten T 72 Kampfpanzern mehrere Granaten mit chemischem Kampfstoff entdeckt worden sind. (265).

Perez de Cuellar meint: *„Die Vorgänge in Slowenien sind eine inner-jugoslawische Angelegenheit, in die sich die Vereinten Nationen nicht einmischen."* Ein aufgehaltener deutscher Lkw-Fahrer: *„Wenn Slowenien so wichtig wäre wie Kuwait, hätten die Amis sicher schon was gemacht."* (266).

„Mit ihrem Vorgehen bringen die Regierungen von Kroatien, Serbien und Slowenien nichts anderes hervor als wirtschaftliches Chaos, interethnische Rivalitäten innerhalb und unter den Republiken. Weit davon, daß das ein Triumpf der Demokratie ist, handelt es sich bei der Sezession Sloweniens und Kroatiens von Jugoslawien um die Manifestation der finsteren Kräfte des Nationalismus, die die europäische Poltik bereits in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriege stürzte." (267).

Hans-Dietrich Genscher erklärte dann im Deutschland-Funk (268), daß die Finanzhilfen Bonns und der EG an Jugoslawien gesperrt seien. Zentral forderte er, daß der Einsatz der jugoslawischen Streitkräfte unterbunden werde. *„Der FDP-Politiker wies den Vorwurf zurück, die Bundesregierung sei nicht früh genug aktiv geworden."* Ein Satz, der so abwegig und unsachlich wie nur irgend etwas klingt, nimmt man hinein, was an Untätigkeit Genschers noch in den folgenden Monaten bei täglich neuen Toten in die europäische Geschichte eingehen wird. Erneut forderte gleichzeitig im Saarländischen Rundfunk der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers ‚eine wirklich neue Politik gegenüber Jugoslawien.' Sachlich gesehen ist längst der Augenblick gekommen, wo ein Katastrophenpolitiker wie Genscher abtreten müßte. Das Maß war schon lange voll mit Dignidad, Schlesien, Golfkrieg, Südwestafrika, Baltenstaaten. Und jetzt das Versagen gegenüber Jugoslawien! Der Verantwortliche für das jetzt vergossene Blut heißt GENSCHER! Mit einer weniger utopisch belasteten Außenpolitik, mit etwas mehr Mitgefühl für das Unglück, das er da aufgehäuft hat, mit etwas mehr Verständnis für die heißesten Sehnsüchte der Völker und der Menschen hätte diese Katastrophe für Europa vermieden werden können! Unsere (und die europäische) Außenpolitik wird nicht von Deutschen und nicht von Europäern geführt, sondern von Mitgliedern einer Philosophenschule, die

von Anfang an den Kontakt mit der menschlichen Wirklichkeit verloren hatte. Welches ist denn auch die Begleitmusik in diesen Tagen in der übrigen Welt? Der Mord an Rajni Ghandi durch eine an der Knebelung ihres Volkes verzweifelten Tamilin, Panzer gegen Fundamentalisten in Algier, tausende von ‚Neonazis' fordern in Mitteldeutschland nicht mehr als geschichtliche Wahrheit und Schluß mit der völkermordenden Asylantenpolitik. Ist denn das alles wirklich so seltsam und so schwer zu begreifen? Mit diesen letzen Worten stand eine weinende Frau vor einem DDR-Polizeioffizier und bat flehentlich darum, einmal durch das Brandenburger Tor gehen zu dürfen. Unter den vorwurfsvollen Augen seiner eigenen Untergebenen nahm er sie dann unter den Arm und das ZDF zeigte der Nation, wie sie dann beide Arm in Arm durch das Tor gingen. Es geschah gegen den Befehl der Regierenden. Es ergriff die Nation, ließ aber die gesamte Freimaurerklique eiskalt. Genauso wie von jetzt an die täglichen Meldungen weiterer erschossener Menschen in Jugoslawien. Es geht ja nicht um Nebensächlichkeiten wie Tote und Verwundete, zerschossene Krankenhäuser und Kirchen, es geht ja um ein erstes heiliges Produkt der Einen Welt!

Überall auf der Welt wächst die Unruhe. Mehr und mehr wird die Hinterhältigkeit der Großen spürbarer, manifestiert sich brutal die Panzerdemokratie gegen die Völker. Zutiefst besorgt fragt man sich, ob es immer noch nicht ausreicht, was da bereits angerichtet wurde. Muß man sich nicht fragen, ob es mit dieser Panzerdemokratie immer so weitergehen soll? Merkt man nicht, daß die Welt immer tiefer in einem Verzweiflungskrieg gegen die Übernationalen versinkt? Daß man schon die Länder zählen kann, in welchen noch n i c h t Panzer gegen das Volk auffuhren? In welchen noch Volksabstimmungen gestattet sind? In denen noch nicht der Freiheitskampf der Völker entbrannt ist? Wie ihn die Ibos und Katanga kämpften, wie ihn Chinesen und Kurden und Tibeter und Deutsche und Südtiroler und Slowenen und Kroaten und Slowaken und Litauer und Bretonen und Lappen und Letten und Esten und Eriträer und Tamilen und Algerier und Malgachen und Tuaregs und Ukrainer und Iren und Armenier und Georgier in unseren Tagen bestehen. Wie einst **Metternich** die Reaktion zusammenfaßte und gegen Deutsche und Griechen und Ungarn und Italiener marschieren ließ, so trifft sich heute unter Genschers Leitung die Bande der Brüder Außenminister, um ihr **KSZE-Regime** in einem vaterlandslosen Europa zu errichten. Wie soll man gewichten, wenn ein Herr Kohl zum Kampf gegen „Neo-Nazis" aufruft und am gleichen Tage einen Verbrecherstaat Jugoslawien retten will? Ob es wohl „Neo-Nazis" gäbe, wenn wir eine ehrlichere, sauberere DEUTSCHE Regierung hätten? Dabei versinkt die Welt in Mafia und Korruption und Bürgerkrieg und Arbeitslosigkeit und Familienverfall und Kriminalität und Epidemien und Seuchen. Wer will das alles noch leugnen? Hat wirklich der böse Hitler Schuld daran, wie die Schulbücher und die Zeitungen meinen? Was sollen die dauernden Aufrufe, „die böse Vergangenheit nicht zu vergessen", wenn man in einer millionenfach böseren Gegenwart lebt? Ist es nicht ernstlich höchste Zeit, einem Genscher das Handwerk zu legen und Europas Völkern den längst verdienten Frieden zu geben? Was hat Herr Bush, dieser Nachfolger der Lafayette und Franklin und Wilson und F.D. Roosevelt und anderer Unglücksapostel noch in Europa zu suchen?

„Je länger der Jugoslawien-Konflikt dauert, um so deutlicher wird, daß EG und USA mit ihrer früheren Erklärung, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens nicht anzuerkennen und statt dessen auf die Karte des kommunistischen Regimes in Belgrad zu setzen, einen verhängnisvollen Fehler gemacht haben. (269).

Der **Krieg gegen Slowenien** dauerte vom 27. Juni bis zum 3. Juli und scheiterte an der Entschlossenheit des ganzen slowenischen Volkes. *„Dabei war diese militärische Aktion möglicherweise Teil eines umfassenden Plans gewesen, der die Absetzung der slowenischen Regierung zum Ziele gehabt haben soll. Die Regierung entging nur knapp einem*

Umsturzversuch *durch den militärischen Geheimdienst Jugoslawiens (KÖS). Der stellvertretende Chef des jugoslawischen Geheimdienstes in Slowenien, Oberst Nedovic, soll Vorbereitungen für den Sturz der Regierung um Präsident Kucan und Ministerpräsident Peterle und für die Einsetzung einer ‚Übergangsregierung' getroffen haben. Die Slowenen erfuhren jedoch von dem Plan und ließen Nedovic am 30. Juni, als die Kämpfe mit der jugoslawischen Armee am heftigsten tobten, in seiner Wohnung in Ljubljana (Laibach) verhaften."* (270).

Der Überfall auf Kroatien

Nach dem Scheitern des Angriffs auf Slowenien im Juni setzt die Militärführung Anfang Juli zu einem Angriff auf Kroatien an. Dabei haben sie es eilig, denn auf Anordnung von drei Republiken stellen sich dort keine Rekruten mehr und die Einstellung der Zahlungen an das Heer macht klar, *„daß das Offizierskorps nicht tatenlos zusehen kann, wie man ihm finanziell und personell den Boden wegzieht."* (271).

Am 1. Juli besinnt sich dann die Staatsspitze und der Kroate Stipe Mesic wird nun doch auf ein Jahr von den Präsidenten der Republiken zum Staatspräsidenten gewählt. Dieser aber ist gesetzlich der Befehlshaber der Armee. Slowenien lehnt die Befolgung eines Ultimatums des Heeres ab, das eroberte Kriegsmaterial zurückzugeben. Lediglich zu einem Austausch der Gefangenen kommt es.

Der neugewählte Präsident erklärte nach dem Abschluß einer dreimonatigen Feuerpause und Zurückstellung aller Absichten auf Selbständigkeit: *„Wir müssen versuchen, ein neues Modell zu finden, das die Interessen aller schützt. Slowenische und kroatische Beamte sagten den Journalisten, daß keine Konzessionen gemacht würden in Richtung auf die Souveränität. Alles, was die Minister der EG sagten, war, daß wir in drei Monaten in jeder Hinsicht frei sein werden wenn wir das Abkommen erfüllen. Gegen Ende September werden wir wissen, ob wir zu einem Einvernehmen mit den anderen Republiken gekommen sind oder aber wir werden die Welt informieren, daß es nicht zu einem solchen Übereinkommen gekommen ist und wir werden unsere Forderung auf Anerkennung als souveräne Staaten vorbringen"*, sagte Tudjman. (272).

In diesen Tagen wird in Österreich *„eine rege diplomatische Tätigkeit entwickelt. Die Massenmedien und die führenden Politiker werfen der EG und den USA vor, die Situation nicht richtig eingeschätzt zu haben. Vranitzky: ‚Die anderen Staaten haben vielfach noch nicht begriffen, worum es eigentlich geht.'* (273). Auf einer Konferenz von rund 100 Parlamentariern aus den Mitgliederländern der KSZE in Wien betonte Vranitzky als Gastgeber noch einmal, *„daß Europa keinen Krieg toleriert."* (274).

Am 3. Juli 1991 tagt in Klagenfurt in einer außerordentlichen Vollversammlung die **Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria.** Einstimmig werden von den vertrauten Nachbarn alle Staaten, und insbesondere die Mitglieder der KSZE aufgefordert, „das Selbstbestimmungsrecht, die Unabhängigkeit und die Souveränität der Republiken Slowenien und Kroatien anzuerkennen, um damit die Basis für einen demokratisch legitimierten Staatenbund zu schaffen." Diese Mitglieder sind der Gastgeber, der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck, der slowenische Regierungspräsident Lojze Peterle, der bayrische Ministerpräsident Dr. Max Streibl, der Regionalpräsident Ing. Giuseppe Giovenzaha aus der Lombardei und Adriano Biasutti aus Friaul, Julisch Venetien sowie

die Landeshauptleute Hans Sipötz, Josef Krainer, Hans Katschthaler und Christof Zernatto, sowie die Komitatsvorsitzenden von Zala und Györ-Sopron, sowie Vertreter der Komitate Vas, Baranya und Somogy. *„Belgrad wird aufgefordert, auf jede weitere Gewaltanwendung zur Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Jugoslawiens zu verzichten und jede Gewaltanwendung durch Befehlende und Ausführende unter Strafaktionen zu stellen. Ferner wird Jugoslawien aufgefordert, allen Teilrepubliken alle Rechte und demokratischen Freiheiten einzuräumen . . . Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria sieht in den dramatischen Vorgängen in Jugoslawien auch einen Prüfstand für die Bewährung des Föderalismus und der Subsidiarität in einem Europa der Regionen.“* (275).

Mesic kündigte an, *„er werde die Zentralregierung von Ante Markovic und den Generalstabschef Blagoje Adzic für den Überfall auf Slowenien zur Verantwortung ziehen.“* (276).

Genscher hatte dann in Belgrad Besprechungen mit Mesic, Loncar, Markovic und Milosevic. Er sagte, daß der Einsatz der Streitkräfte durch nichts gerechtfertigt werden könne. *„Die dafür die Verantwortung tragen, haben eine schwere Schuld auf sich geladen“*, meinte er. Viele dachten dabei an ihn selbst.

Es ist die Anwendung der sogenannten **Stimson-Doktrin**, über die hier noch etwas mehr gesagt werden soll. *„Die streng und grundsätzlich isolationistische Außenpolitik der Nachfolger Wilsons erfuhr im Jahre 1932, anläßlich der Eroberung der Mandschurei durch Japan, eine Durchbrechung ihres Prinzips. Eine Note vom 7. Januar 1932 an die japanische und chinesische Regierung erklärte, die Vereinigten Staaten könnten Gebietsänderungen, die sich aus kriegerischen Ereignissen ergeben hätten, nicht anerkennen. Diese Note ist später als Stimson-Doktrin bezeichnet worden, nachdem der damalige Außenminister Henry Stimson (1867 - 1950) ihr in einem Vortrag vom 8. August 1932 einen prinzipiellen Charakter verliehen hatte. Die neuartige Praxis der Anerkennung und Nichtanerkennung, mit der sich die USA zum Richter über die inneren Angelegenheiten anderer Staaten erheben und die den überlieferten Grundsätzen des Völkerrechts widerspricht, wird damit zum ersten Mal auf ein Gebiet außerhalb der ‚westlichen Hemisphäre‘ übertragen. Stimson bezieht sich dabei ausdrücklich auf den Briand-Kellog-Pakt von 1928, der den Krieg mit der Logik und in der Sprache der Geschichtsphilosophie als Instrument der Politik kriminalisiert.“* (277).

Diese Umwandlung der Welt hin zu einer friedlichen und industriellen Zivilisation ohne völkische und religiöse Schmutzflecken haben die USA ja dann als ihnen in ihrer Eigenschaft als fortgeschrittenster Nation zustehende Mission aufgefaßt. In diesem Rahmen haben sie eine Million deutscher Gefangener ermordet und japanische Städte mit Atombomben beworfen. Doch alle Mißerfolge dieser amerikanischen Einmischung und Förderung in Korea, Vietnam, Kambodscha, Panama, Nikaragua, Angola und Äthiopien haben nicht bewirken können, daß sich die zivilisierte Welt ihrer Völkerrechtsprinzipien wieder erinnert. Wir werden noch darauf zurückkommen müssen, wie sogar noch 1991, und zwar gerade im Hinblick auf Jugoslawien, in Berlin ein KSZE-Instrumentarium aufgestellt wird, das — wie sich sofort zwischen Drau und Donau zeigen sollte — nicht etwa Frieden bewirkt, sondern sich als bester Impuls von **Bürgerkriegen** gut eignet. Es lähmt die sachkundigen Nachbarnationen (in diesem Falle Jugoslawiens) und ermächtigt Ignoranten, die den Erfolg ihres Handelns an utopischen Idealen anstatt an der Zahl der Toten messen, jedes positive Eingreifen zu unterbinden.

„Die Bonner Regierung hat als Reaktion auf den Armee-Einsatz in Slowenien ihre bisherige Haltung im Jugoslawienkonflikt korrigiert. !Sie betont jetzt stärker das Selbstbestimmungsrecht der jugoslawischen Völker. Bonn geht aber mit Rücksicht auf die Haltung anderer EG-Partner nicht so weit, Slowenien und Kroatien völkerrechtlich anzuerkennen.



Mesic

Aus Union und SPD gab es erneut Kritik an der Haltung Genschers. Die SPD warf dem Außenminister und seinen westeuropäischen Amtskollegen eine Mitverantwortung an dem brutalen Vorgehen der Soldaten in Slowenien vor." (278).

„Unter dem Eindruck des Versuchs, die Unabhängigkeitsforderungen Sloweniens mit Gewalt zu ersticken, kippt die öffentliche Meinung **Italiens** *zugunsten Sloweniens um. Die Präsidenten der Regionen Veneto, Friaul-Julisch Venetien und Trient-Südtirol statten Ljubljana einen Sympathiebesuch ab. Unter Abgeordneten läuft eine Unterschriftensammlung, welche die Regierung auffordert, Slowenien und Kroatien diplomatisch anzuerkennen. Für einen solchen formalen Akt treten Linksdemokraten, Neokommunisten, Radikale, Grüne, Liberale und ein erheblicher Teil der Christdemokraten ein."* (279)

„Am 2. Juli lassen sowohl **die USA** *wie Deutschland durchscheinen, daß die Anerkennung der abgetrennten Republiken nur noch eine Frage der Zeit sei. Damit macht Baker eine Kehrtwendung von 180 Grad, behauptet aber im gleichen Augenblick, ‚die Linie der amerikanischen Außenpolitik sei immer die gleiche'. Slowenische Journalisten halten ihm darum eine Reihe von gegenteiligen früheren Äußerungen vor. Genscher droht: ‚Wenn die Panzer nicht in die Kasernen zurückkehren, werden wir Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten anerkennen'."* (280).

„Bei seinen Bemühungen um die Beilegung der jugoslawischen Staatskrise ist der rastlose deutsche Außenminister unversehens selbst zwischen die Fronten geraten. Während CDU-Generalsekretär Volker Rühe und andere Unionspolitiker dem FDP-Mann Hans-Dietrich Genscher ‚schwere Fehler' beim Krisenmanagement vorwerfen, macht sich bei den EG-Partnern die Angst breit, Bonn könnte mit Hilfe der KSZE des Guten zu viel tun. Karl Franz Lamers kreidet Genscher unverändert außenpolitische Fehler an: zuviel Rückendeckung für die Zentralregierung in Belgrad, zuwenig Verständnis für die Slowenen und Kroaten . . . Daß Genscher den offen ausgesprochenen Forderungen nach staatlicher Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht ohne weiteres beipflichten kannt, hat gute Gründe . . . Die Warnung vieler EG-Staaten vor einer einseitigen Überbetonung der

Selbstbestimmung zu Lasten der übrigen KSZE-Prinzipien liegt an deren Furcht, selbst einmal in eine ähnliche Lage kommen zu können. Italien denkt da an Südtirol, Frankreich an Korsika, Großbritannien an Nordirland, Spanien an die Basken. Sie weisen darauf hin, daß die KSZE-Prinzipien nicht nur aus dem Selbstbestimmungsrecht bestehen — Demokratie, Minderheitenrechte und vor allem (!) staatliche Integrität stehen gleichberechtigt in demselben Katalog und alle befinden sich in einem Spannungsverhältnis.“ (281).

Zu den Vorgängen während des Armeeüberfalls auf Slowenien erfährt man noch aus einem amtlichen Schreiben des Oberkommandos in Belgrad an die Presse: *„Die slowenische Polizei verhaftete alle Militärpersonen, die außerhalb der Kasernen angetroffen wurden. Auch zivile Angehörige wurden beim Betreten oder Verlassen militärischer Wohnquartiere festgenommen. Die slowenische Territorialverteidigung blockierte die Lebensmittellieferungen an die Kasernen und unterbrach an manchen Orten die Wasser-, Strom- und Telefonleitungen. Außerdem wurden über Radio und Fernsehen ständig Aufrufe zur Desertierung aus der Bundesarmee erlassen.“*

Jasper von Altenbockum wird in der FAZ am 5. Juli Platz gegeben für einen Aufsatz aus Ljubljana, in welchem es heißt: *„So abgedroschen diese Weisheit auch ist, für die europäische Politik scheint es wieder eine Neuigkeit zu sein, wenn Europa ohne Völker gedacht wird, die jenseits aller ökonomischen Errungenschaften keinen Hehl daraus machen, erst einmal national zu sein. Das gilt für Slowenien, Kroatien, das Baltikum. ‚Europa wird entweder aus Menschen bestehen, die sowohl Individuen sind wie einer Nation angehören, oder es wird gar nicht sein‘, sagt der slowenische Kulturminister Capuder.“*

Bezeichnend für die Blindheit westeuropäischer Besucher Jugoslawiens ist der Stoßseufzer, den Cyrill Stieger (282) von sich gibt: *„Es ist für einen Außenstehenden nur schwer zu verstehen, wie am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts viele Serben mit der gleichen Unerbittlichkeit und dem gleichen Fanatismus um die Lösung der nationalen Frage kämpfen, wie das vor hundert Jahren im Zeitalter der Bildung von Nationalstaaten die Anhänger der im osmanischen Reich entstandenen Freiheitsbewegungen getan haben. Im Vordergrund steht die nationale Idee; alles andere wird ihr untergeordnet.“* Einer solchen Betrachtungsweise liegt ein belehrender Dünkel zugrunde, der dabei ein Leben anbietet, das lauer, flacher, nichtssagender, werteloser ist als das, was völkische Unabhängigkeit zu bieten hat. Aber, selbst wenn dem nicht so wäre, auch dann, wenn „Europa“ (EG, KSZE, NATO, EWU) ein glücklicheres Zusammenleben garantieren würde, auch dann ermächtigt eine solche Möglichkeit doch noch lange nicht dazu, auch anderen Völkern ein solches „Glück“ aufzuzwingen. Allem europäischen Vorgehen in Jugoslawien liegt ein Wunsch zum Missionieren zugrunde, dem jegliche Legitimität fehlt. Zu behaupten, es sei Ausfluß einer Weltsicht, die in einem besseren Utopia mündet, kann recht feierlich klingen, kommt aber von Menschen, die als Visitenkarten Friedensdiktate vorlegen und die Pilze von abgeworfenen Atombomben, und Massenschlächtereien ihres Vorreiters Tito im selben Kroatien. Auch der neuerliche Verzicht auf Atomwaffen macht die Reisenden in Menschenrechten noch lange nicht zu Heiligen in den Augen der Slowenen, Kroaten und Serben. Es würde der Welt nicht schaden, wenn man sich in Washington und in Bonn und in Paris und in Den Haag daran gewöhnt, daß es Menschen gibt, die mit der Alternative „Nationalismus“ leben möchten. Und die den seichten Internationalismus als historisches Degenerationsprodukt auffassen. Man erlebt es erst soeben, daß ein „Sicherheitsrat“ dem Irak vorschreibt, wieviel Öl er exportieren darf. Wir haben mehrfach aus Freimaurerzeitschriften zitiert, wonach die Mitglieder dieses Bundes angestachelt werden, ihre Pläne täglich weiter voranzutreiben. Und wir erleben es laufend, daß es als rückschrittlich und oftmals gar als verbrecherisch angesehen wird, diesen permanenten Revoluzzern ein „Halt!“ zuzurufen, und die Befreiung der Völker aufs Panier zu schreiben. In der Tat, es ist die gleiche

Lage wir vor hundert Jahren, nämlich die gleiche Freimaurerei, die nicht müde wird, Hekatomben von Toten zu opfern, um ihrem Wahnsinnsziel näher zu kommen. Unsere Zeit ruft dringend nach Weltordnung, doch nicht im Sumpf und Schlamm, sondern auf dem schwer errungenen festen Boden der Nationen. Die sich gegenseitig anerkennen müssen, die sich gegenseitig achten müssen. Die sich nicht provozieren lassen und nicht mit Phantasieschöpfungen wie „Jugoslawien" ködern lassen.

In **Slowenien** sind in den vergangenen Tagen mehr als 2300 Bundessoldaten und 130 Bundespolizisten in slowenische Gefangenschaft geraten. 56 Menschen wurden bei dem jugoslawischen Überfall getötet. *„Wir sollten erlauben, daß Slowenien sich abspaltet"*, sagte der Regierungschef der mit Serbien eng verbündeten Republik Montenegro, Djukanovic, nach Belgrader Presseberichten. (283).

In Pristina, dem Hauptort des **Kosovo** erklärte ein albanischer Spitzenpolitiker, daß die rund zwei Millionen Albaner, 90% der Bevölkerung des Kosovo nur dann im jugoslawischen Staatsverband bleiben, wenn dieser in ein lockeren Bund souveräner Einzelstaaten umgewandelt werde. (284).

„Ungarn und Bulgarien haben Jugoslawien gewarnt, gegen die Rechte der ungarischen und bulgarischen Minderheit zu verstoßen. So eine gemeinsame Erklärung des bulgarischen Premierministers Dimitar Popoff und des ungarischen Verteidigungsministers Lajos Füra in Sofia am 6 Juli. Die beiden Staaten schlossen ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Sofia hatte zuvor ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Griechenland geschlossen; wie man in Belgrad behauptet, um sich den jugoslawischen Teil Mazedoniens zu teilen." (285).

Gleichzeitig *„bekräftigte Albaniens Präsident Alia die Entschlossenheit seines Landes, sich für den Schutz der albanischen Bevölkerung in Kosovo einzusetzen. Alia empfing in Tirana den Vorsitzenden der demokratischen Liga Kosovos, Ibrahim Rugova und betonte dabei, ohne Einbeziehung der Albaner und ohne Respektierung ihrer Rechte werde es keine Lösung für die jugoslawische Krise geben."* (286). Schon am 26. Juli empfängt Ramiz Alia den mazedonischen Ministerpräsidenten Kljusev und äußert dabei Befürchtungen, daß die Destabilisierung Jugoslawiens nicht nur eine Gefahr für den Vielvölkerstaat, sondern auch für die nahezu drei Millionen Albaner in Jugoslawien darstellen könne. Er betonte dabei die „neue Etappe in der Zusammenarbeit zwischen Albanien und Mazedonien." (287).

In Belgrad fühlt man sich belästigt von den sich mehrenden Stimmen für einen endgültigen Abschied von Jugoslawien und man sucht die Urheber. Was liegt näher, als wieder einmal ausgerechnet die Deutschen damit zu „belasten". *„Serbien hat der BRD vorgeworfen, Jugoslawien zerschlagen zu wollen, um ein von ihr beherrschtes Europa errichten zu können. Das behauptet Rechtsprofessor Budimir Kosutic, der als Sprachrohr von Serbiens Präsident Slobodan Milosevic gilt, in der weitverbreiteten serbischen Zeitung ‚Politika Ekspress'. ‚Der blutige Plan', lautet die Schlagzeile. Ziel der Deutschen sei ‚eine neue Architektur Europas, in dessen Zentrum das wiedervereinigte Deutschland steht', hieß es. ‚Um Deutschland werden sich dann die Länder versammeln, die auch Verbündete des faschistischen Deutschlands im II. Weltkrieg gewesen sind. Unter die ersten Länder, die zerstört werden müssen, fiel Jugoslawien. Der entscheidende Schlag ist gegen das serbische Volk gerichtet.' In der auflagenstärksten Zeitung ‚Vecernje novosti' liest man: ‚Deutschland strebte immer nach Osten, aber auch nach Süden und Südosten. Österreich und Deutschland bemühen sich, so oder so zu den Häfen und Küsten der Adria zu gelangen'."* (288). *„Das neueste Verhalten von Österreich und Deutschland zeigt klar das Ziel der Destabilisierung Jugoslawiens und des Anschlusses von Kroaten und Slowenen an ein zukünftiges Viertes Reich."* „Politika Ekspress": *„Lobenswert sind die Franzosen, die den*

entscheidenden Kampf gegen die wildgewordenen Ambitionen eines Großdeutschlands und eines neuen Vierten Reiches führen.“ (289).

In einem Tagesbefehl an seine Soldaten sagt der stellvertretende Kommandeur des 5. Militärbezirks Agram-Laibach, General Andrija Reseta: *„Jugoslawien ist eingekreist, seit sich die früheren Warschauer Pakt-Staaten in den Dienst des Westens gestellt haben. Eine Koalition aus NATO, katholischer Kirche und USA betreibt den Sturz der Regierung Serbiens. In Belgrad soll — wie in Slowenien, Kroatien und Mazedonien — ein Marionettenregime eingesetzt werden.“* (290).

Ein außerordentliches Ministertreffen in **Den Haag** zeigte, daß die EG-Mitglieder in der Frage, ob angesichts der Gewaltanwendung eine Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens in Betracht gezogen werden solle, unterschiedliche Auffassungen haben. Gemeinsam verkündete man, daß sich die EG bei weiteren Verletzungen des Waffenstillstandes vorbehält, ihre Haltung gegenüber Belgrad zu überprüfen.

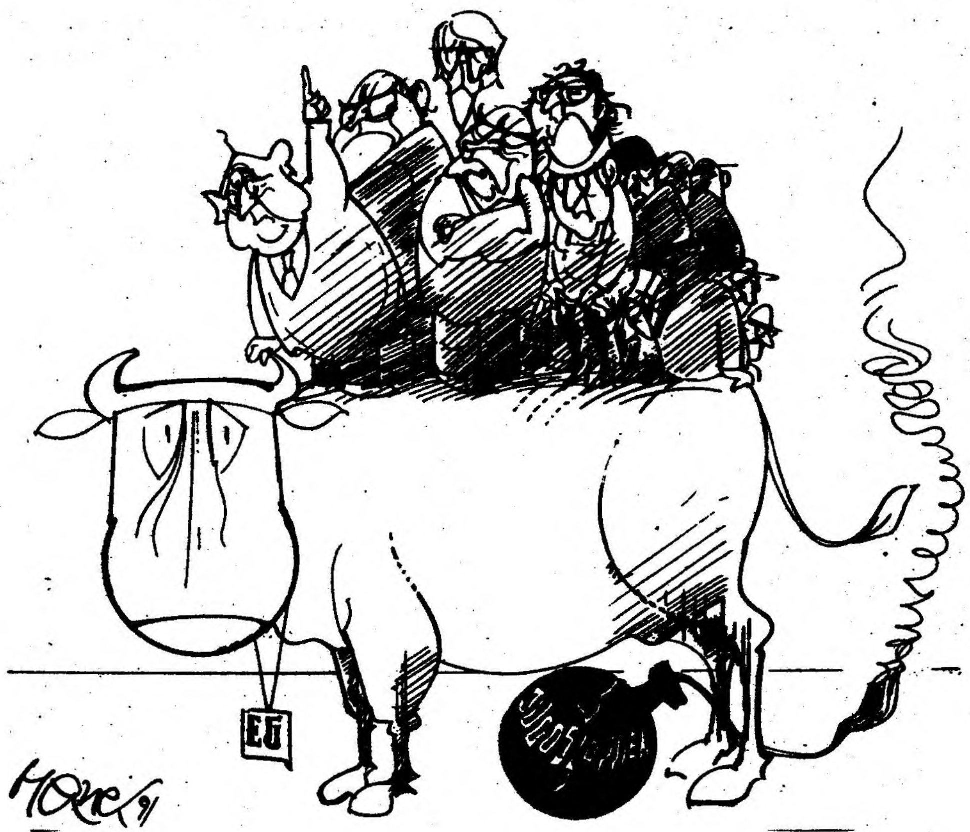
„Diese gemeinsame (fast nichtssagende) Position bleibt hinter den Drohungen des deutschen, des belgischen und des dänischen Außenministers zurück, gegebenenfalls die Unabhängigkeit der Teilrepubliken anzuerkennen. Nach Meinung von Genscher und Ellemann-Jenssen hätten Slowenien und Kroatien bei anhaltendem Druck der jugoslawischen Armee gar keine andere Wahl, als sich unabhängig zu erklären. Im Kreise der Außenminister vermochten sich aber die gemäßigten Vertreter von Frankreich, Portugal und der Niederlande Gehör zu verschaffen, die keine explizite Drohung mit einer Anerkennung wollten. Zu dieser zweiten Gruppe, die nach wie vor für die Erhaltung der territorialen Integrität des Vielvölkerstaats eintritt, gehören auch Großbritannien und Spanien. Der französische Außenminister Dumas meinte dazu, es sei jetzt nicht angebracht, durch einen Positionswechsel Öl ins Feuer zu gießen. Ohne die Bundesrepublik und Österreich zu nennen, verwies er ferner darauf, daß es zu verhindern gelte, daß die nördlichen Republiken unter starken ausländischen Einfluß kämen. Er drückte damit eine Sorge aus, die in Paris offensichtlich zunehmend unter dem Stichwort **Pangermanismus** *zusammengefaßt wird.“* (291).

„Die Zeitung ‚Politika‘ schreibt, die Armee sei von der Regierung in einer Art und Weise eingesetzt worden (gegen Slowenien), die zum vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei. Dies sei auch die eigentliche Absicht gewesen, im Bestreben, ein Chaos zu verursachen, um die jugoslawische Krise zu internationalisieren oder gar eine Intervention ausländischer Mächte zu provozieren. So sei einer der ‚grausamsten, inhumansten und brutalsten Kriege der letzten Zeit geführt worden.“ (292). Man sieht, es wird ein Prügelknabe für die blamable Niederlage der Volksarmee in Slowenien gesucht.

Weiter heißt es in der ‚Politika‘: *„Eine Abspaltung Sloweniens bedroht jedoch keine vitalen Interessen des serbischen Volkes. So wird die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes vorgeschlagen, in dem Sloweniens Ausscheiden aus dem Bundesstaat geregelt werden soll.“*

„Das Parlament der Teilrepublik **Montenegro** *hat sich laut Agenturangaben gegen den Versuch ausgesprochen, die Einheit Jugoslawiens mit Gewalt zu erhalten. Vor einer allfälligen Abspaltung irgendeiner Teilrepublik müßten jedoch die Frage der Grenzen geregelt werden.“* (293).

Die Konferenz der Fünfunddreißig **KSZE-Mitglieder in Prag** endete damit, Jugoslawien ihre Dienste zur Erleichterung des Dialogs zwischen den beteiligten Parteien anzubieten. Andreas Doepfner geißelte dies in der NZZ am 7.7.1991 mit „Leisetreterei“ der Hohen Beamten in Prag und sagt von der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in **Wien** (CSBM): *„In der fünfstündigen Debatte war eine erschreckende Unkenntnis der Situation in Jugoslawien zutage getreten. Außer in den Stellungnahmen*


EU

Österreichs und der Schweiz war kaum die Rede davon, daß die Slowenen und Kroaten vor den gegenseitigen Kriegshandlungen friedlich und demokratisch ihre Unabhängigkeit demonstriert hatten.“

Eine solche Beurteilung auch des nicht namentlich genannten deutschen Außenministers ist uns nichts neues. Genscher spielte seine Rolle immer auf recht persönliche Art. Ihm fehlte nicht ein gewisser Sinn für Bühnenwirkung, nicht nur beim konkreten Tonfall des Wortes, sonder auch vor allem bei dem richtigen Zeichen im passenden Augenblick. So macht er es leicht, den Sinn hinter seinen Handlungen zu entziffern. Genscher hat sich in ausnahmslos allen wichtigeren Vorgängen, die er eigenwillig in die Hände nahm, dadurch ausgezeichnet, daß er Ergebnisse schuf, die man unwidersprechbar als ideologisch begründeten, sachlich nicht vertretbaren brutalen Eingriff in heiligste und intimste Lebenswünsche der jeweils Beteiligten bezeichnen muß. Es belegt die Abhängigkeit unserer gesamten Regierung von geheimgesellschaftlichen Direktiven, die die Errichtung einer ganz konkreten Art von Weltbeherrschung unterstützen. Sie hatten in keinem Falle das Wohl und Glück der betroffenen Völker im Auge, sondern deren Unterwerfung. Man hat Genscher mit Metternich verglichen, der sich ja auch gegen den Freiheitswillen der Völker, gegen einen Kossuth und einen Garibaldi wandte, doch der Vergleich schmeichelt ihm. Metternich stellte dem Erneuerungswillen die geistige Kraft der katholischen Kirche gegenüber. Genscher sieht sich auf der einen Seite keineswegs Revoluzzern gegenüber, sondern Völkern, die mit Waffengewalt durch Brüder seines eigenen Geheimbundes am Ende des I. Weltkrieges in Fesseln gelegt worden waren, und hat auf der anderen Seite mehr als 70 Jahre staatlichen Lebens seines Jugoslawiens vorzulegen, das nur geistesverwirrte Freimaurer als nachahmenswert und fortsetzungswert ansehen können.

Erkennt man auch nicht überall die Ursache (oder wagt sie nicht auszusprechen) für die linkischen Bemühungen Genschers, Außenpolitik zu machen, so hat sich doch eine recht allgemeine Malaise verbreitet. Man hat zumindest festgestellt, daß dahinter die „Freimaurerpartei“ FDP steckt. So kann dpa aus München am 15.6.1991 in der HNA berichten: *„Als ‚Schranke gegen die politischen Kapriolen‘ Außenminister Genschers hat die CSU die Schaffung eines Europaausschusses im Bundestag begrüßt. Damit habe der Bundestag einen ‚Schlußstrich unter den Alleinvertretungsanspruch‘ von Genschers FDP in europäischen Angelegenheiten gezogen. Die ‚klaren Zielsetzungen‘ des Kanzlers in der Europapolitik müßten künftig nicht mehr unter den ‚politischen Kapriolen Genschers‘ leiden, meinte Bayerns Bundesrats- und Europaminister Thomas Goppel (CSU).“*

Man darf wohl sogar noch einen Schritt weiter gehen und Herrn Genscher und den von ihm entsandten Hohen Beamten nicht etwa entschuldigend Unkenntnis zubilligen, sondern regelrecht böswillige Verdrehung von Tatsachen, die die ihm unterstellten 51.000 Mitarbeiter ihm bestimmt zugetragen haben. Er müßte sich selbst das Zeugnis beruflicher Unfähigkeit ausstellen, wollte er leugnen, nicht etwa von den Volksabstimmungen gehört zu haben, die sowohl in Slowenien wie in Kroatien in so eindeutiger Form den Willen dieser Völker zur Trennung von einem Staatsgebilde forderten, das diesen von seiner Geburtsstunde an aufgezwungen worden war. Uns Deutsche reißt die Unrast dieses Außenministers in einen Strudel mafioser geheimgesellschaftlicher Unterwelt. Wir Deutsche haben — im Gegensatz zu Herrn Genscher und seinen Komplizen Kohl und von Weizsäcker — es in keinem Augenblick an Verständnis mangeln lassen für den Freiheitswunsch der Slowenen und Kroaten. Das verbrecherische Ziel seines Bundes, Völker und Religionen zu beseitigen und die Menschen zu leeren Hülsen ideologischer Schwätzereien zu machen, wurde und wird ja von anderen Brüdern und FDP-Parteigenossen im gleichen Augenblick an uns Deutschen selbst praktiziert. Der Asylantenimport, die Grenzen, die errichtet wurden, um ein Zusammenleben mit unseren Volksgenossen im Osten zu verhindern, die an-

haltende Verfälschung unserer Geschichte, die Verziehung unserer Jugend, das alles sind gemeinsam zu betrachtende Teile des gleichen unmenschlichen Komplotts, dem man in anderer Form auch Slowenien und Kroatien opfern will, und das sich „Neue Weltordnung" nennt.

Mesic gelang es, die Rückkehr der Truppen, die **Slowenien** überfielen, in die Kasernen zu erreichen und zu einem Ausgleich bezüglich der Grenzen Sloweniens zu kommen. Dort wird slowenische Polizei stationiert, aber die Zolleinnahmen werden nach Belgrad überwiesen. Doch, während sich so die Lage in Slowenien beruhigt und festigt, hört man täglich von bewaffneten Überfällen von serbischen Tschetniks auf kroatische Polizei in der Kraijina.

Am 7. Juli reisen zum dritten Mal **Vermittler der EG** nach Jugoslawien. Die Außenminister Luxemburgs, (Poos), der Niederlande, (Van den Broek), und Portugals, (Pinheiro), treffen sich auf **Brioni** mit Mesic, Markovic, Vertretern aus Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien. Die von Mesic angeordneten Maßnahmen werden von Slowenien in Brioni angenommen, dann aber zum Teil nicht erfüllt, da man keinen Schritt mehr zurückgehen will. Während man in Laibach die Annahme der Beschlüsse von Brioni als einen ersten Schritt zur Anerkennung Sloweniens ansieht, meint man in Serbien, Brioni bedeute die Aussetzung der Unabhängigkeitserklärung. Am 10. Juli stimmt das slowenische Parlament mit großer Mehrheit dem Brioniplan zu, doch erklärt Parlamentspräsident Bucar: *„Indem wir diese Erklärung annehmen, geben wir keineswegs unsere Souveränität auf, lassen Sie mich das laut und deutlich sagen."* Man betont, daß Waffenstillstand und Verzicht auf feindliche Aktivitäten für alle Seiten gelten müsse. Eine Verstärkung der in slowenischen Kasernen stationierten Truppen durch Armee-Einheiten von außerhalb Sloweniens seien darum ein flagranter Bruch der Abmachungen von Brioni. Man macht auf offene Fragen aufmerksam: die im Gang befindliche beschleunigte Mobilisierung von Reservisten der Armee, insbesondere in Serbien, das Problem der Sicherheit der während des Grenzkrieges desertierten Soldaten und Offiziere, Sloweniens Wunsch nach freier Rückkehr seiner in der Armee dienstverpflichteten Bürger und den Schadensersatz für die von der Armee in Slowenien angerichteten Schäden. (294).

In **Den Haag** wurden am 10. Juli Einzelheiten bekannt für eine von den Jugoslawischen Parteien anerkannte **Beobachtermission.** Sie soll aus 50 Personen bestehen, soll zunächst in Slowenien eingesetzt werden, mit Operationsbasis der deutschen und italienischen Generalkonsulate in Agram bzw. Laibach, und haben den folgenden Arbeitsrahmen: Sicherstellung der vereinbarten Feuerpause; Überwachung der dreimonatigen Aussetzung weiterer Maßnahmen infolge der Unabhängigkeitserklärungen; Beobachtung der Entlassung und Rückkehr der Gefangenen. Der Auftrag endet Mitte Oktober, kann aber verlängert werden.

„Vor dem Europa-Parlament stellen Außenminister Van den Broek und EG-Kommissionspräsident Delors fest, daß ‚die jugoslawische Föderation in ihrer jetzigen Form ausgedient hat. Alle Versuche, durch militärische Gewalt diese Einheit aufrechtzuerhalten, sind zum Scheitern verurteilt.' Van den Broek fügte hinzu: ‚Die Lösung der Krise in Jugoslawien ist von der Entscheidung der jugoslawischen Bevölkerung abhängig. Die mögliche Unabhängigkeit der Republiken kann nicht die Folge einseitiger Abspaltung, sondern nur das Ergebnis gemeinsamer Verhandlungen aller beteiligten Parteien sein'." (295) In Brioni hatten sich die Konfliktsparteien darauf festgelegt, bis zum 1. August Verhandlungen über die politische Neuordnung Jugoslawiens aufzunehmen.

Es geht recht langsam mit dem Erscheinen der EG-Überwacher. Erst am 16 Juli erscheinen die 50 in Agram. Ihr Anführer erklärte, sie würden nur in Slowenien eingesetzt werden. *„Aber die wütende Reaktion einiger Mitglieder der EG bewirkte, daß ein Beamter*

des holländischen Auswärtigen Amts erklärte, man werde auch die Rückkehr der Truppen in ihre Kasernen kontrollieren, die sich in Kroatien befinden. " (296). Der stellvertretende serbische Staatschef betonte am gleichen Tage in Belgrad: *„Die Armee muß in noch größerem Maße als bisher eingespannt werden. Der von Kroatien geforderte Rückzug der Volksarmee in die Kasernen würde den Beginn eines Bürgerkrieges in Kroatien bedeuten.* " (297). Van den Broek ist mit einer Serbin verheiratet.

Der Tschetnikführer Vojislav Seselj erklärt: *„Wenn die Volksarmee die kroatischen paramilitärischen Verbände nicht bis zum 18. Juli entwaffnet, kann man eine Generalerhebung der Serben in Kroatien erwarten.* " Seselj verlangt die Anexion der Republiken Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Die regierenden Sozialisten unter Milosevic fordern dagegen eine Abstimmung in den serbisch besiedelten Teilen Kroatiens und Bosniens über einen Anschluß an Serbien.

Am 19. Juli verfügt das Staatspräsidium Jugoslawiens, daß die noch an den Grenzen zu Italien, Österreich und Ungarn stehenden Verbände der Volksarmee sich sofort zurückzuziehen und den Grenzdienst der slowenischen Zivilverteidigung zu übertragen haben. Außerdem sind alle im Militärdistrikt Ljubljana stationierten Truppenteile nach Serbien und alle im Distrikt Maribor stationierten Einheiten nach Bosnien zu verlegen. Mesic selbst, Präsident von Jugoslawien, stimmt gegen diesen Beschluß. *„Er befürchtet, Belgrad könne Slowenien aus der jugoslawischen Föderation hinausdrängen, um Kroatien dann in einer handlicheren Operation gegegenüberzutreten. Ein Beamter in Zagreb stellte fest, daß der Entscheid Kroatien und die Stellung von Mesic schwächt.* " (298).

Die USA sprechen ein **Waffenembargo** gegen Jugoslawien aus. Dieses trifft natürlich nicht das bewaffnete Jugoslawien, sondern die sich erst jetzt bewaffnenden Teilrepubliken.

„Der Generalstabschef der Volksarmee, Blagonje **Adzic** (seine Familie wurde im II. Weltkrieg von kroatischen Ustaschaangehörigen ermordet) bestätigt die Befürchtung von Mesic. Seinen Offizieren erklärt er: *„Der Rückzug der Bundestruppen aus Slowenien ist nur ein taktisches Manöver. Im Herbst wird die Armee zum Großangriff auf Kroatien und Slowenien antreten. ‚Der Krieg fordert vielleicht 10.000 Tote, aber dann ist Ruhe in Jugoslawien', soll Adzic wörtlich gesagt haben. Nach Informationen, die er von einem Zuhörer erhielt, sagt Sloweniens Verteidigungsminister Janez Jansa auf einer Pressekonferenz in Ljubljana: ‚Danach hat Adzic für sein Bürgerkriegszenario auch einen detaillierten Aufmarschplan vorgelegt: Mit einem Vorstoß der Bundestruppen zur Adriaküste soll das südliche Dalmatien mit Split und Dubrovnik, Zentrum des Fremdenverkehrs, vom restlichen Kroatien abgetrennt werden. Alles ‚ordinäre Lügen', dementierte die Führung der Volksarmee lau, als die Pläne ruchbar wurden'.* " (299).

Auch von anderer sachkundiger Seite wird gemeldet, daß die serbische Armee längst einen **Angriff auf Syrmien-Slawonien** beabsichtigte und daß die Kämpfe mit dortigen serbischen Freischärlern schon seit Monaten nicht abreißen. *„Im serbisch-kroatischen Grenzgebiet ist bisher wenig von Entspannung zu bemerken, trotz des Abkommens von Brioni, trotz der hilflosen EG-Vermittlungen und trotz der Bekundungen, sich drei Monate lang nicht die Köpfe einzuschlagen. Nichts an Klarheit zu wünschen übrig ließ denn auch Adzic in Belgrad vor ausgewählten Offizieren gemachte Ankündigung, die Armee bereite sich auf einen zweiten Waffengang zum Erhalt der Einheit Jugoslawiens vor. Die Truppen würden verstärkt und müßten sich auf den massiven Einsatz aller Mittel vorbereiten. ‚Wir haben die besten Chancen, einen maximalen Effekt zu erzielen. Große Verluste sind unvermeidlich, die technische Überlegenheit ist auf unserer Seite.' Er stellte fest, daß die politischen Gegner der Volksarmee sumarisch erschossen würden. ‚Das Feuer muß auf alle eröffnet werden, die Widerstand leisten oder sich unserer Aktion entgegenstellen'.* " (300).

„Daß die Volksarmee alles andere als neutral auftritt, wurde notorisch, als ein Oberstleutnant und ein Major beim Verteilen von Schnellfeuerwaffen und Munition an serbische Zivilisten in Virovitica von kroatischen Polizisten verhaftet wurden . . . Der Haß und die Feindschaft, die in den vergangenen Tagen und Wochen zwischen Donau und Drau neu hinzugekommen sind, werden wieder für mehrere Generationen ausreichen, das Zusammenleben zu vergiften. Daran werden auch noch so viele Waffenstillstandsabkommen und Verhandlungsreisen einer hilflos reagierenden — zum Agieren reicht es allemal nicht — EG nichts ändern." (301).

Wir erinnern noch gut diese Tage. Überall hier im Freundeskreis, unter Slowenen und Kroaten und Serben und Deutschen, in Chile und Argentinien und Paraguay und Brasilien hörten wir Abend für Abend die Meldungen der „Deutschen Welle" und unsere Sorgen wurden von Mal zu Mal größer. Immer fing es mit Sätzen an wie „Vormarsch der Volksarmee", „Kämpfe dehnen sich aus", „Panzerkolonnen rücken an". Und dann kamen andere Sätze: „EG-Vermittler sind eingetroffen." „Die EG tagt". Und wir alle, die wir aus eigenem Erleben wußten, um was es ging, warteten auf einen rettenden Entschluß. Doch dann kam jedesmal das fürchterliche, das Blut in den Adern gefrierende Wort: „Man ist bemüht, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten!" Entsetzt und verzweifelt riefen wir uns an: „Hast du gehört?" Genau das Gegenteil mußte man erleben von dem, was alle Vernunft, was die Not der Stunde erforderte. Hätte es damals einen einzigen wirklichen Staatsmann in Europa gegeben, wie hätte doch alles noch zum Guten ausgehen können! Aber da waren nur wirrköpfige „Internationalisten" (Sonnenfeld) in Amt und Würden und jagten Tausende in den Tod, einen Kontinent in Haß und Bruderzwist! Damals lautete doch so eindeutig die Forderung der Stunde: „Anerkennung der Souveränität Sloweniens und Kroatiens und Mazedoniens". Die SPD forderte es, der außenpolitische Sprecher der CDU forderte es von Genscher, Österreich flehte darum in Rom und Bonn, die ganze Region Alpen-Adria mit allen ihren Provinzen in Ungarn, in Österreich, in Italien empfahl es händeringend. Doch die geistigen Ketten eines von Rachegraden angeführten Philosophenbundes erzwangen das tausendfache Todesurteil im Herzen von Europa!

Am 7. September 1991 betitelt K.F. in der FAZ eine minutiöse Darstellung der bisherigen EG-Aktivität in Sachen Jugoslawien mit den Worten **„Bislang nur Aktionismus, Appelle und falsche Prämissen"**. Ja, falsche Prämissen sind es, mit denen man daran geht, die Welt neu zu ordnen. Am Golf und in der DDR und in Schlesien und in der Tschechoslowakei. Von falschen Voraussetzungen geht man aus und will die Welt in das Prokrustesbett einer Utopie hineinzwängen, die alles andere als Frieden stiftet. Und diese irrsinnigen Bemühungen gehen täglich weiter, völlig unangefochten von den allen anderen sichtbaren blutigen Ergebnissen. Worte und gut gemeinte Aufklärung führen da nicht mehr zu einer reuigen und einsichtigen Wegänderung. Entweder man läßt verzweifelt den Dingen ihren Lauf in den Abgrund oder aber man setzt sich mit anderen wirksameren Mitteln zur Wehr, solange man noch nicht auch überfahren wurde von dieser Flut.

Wie soll diese Gruppe von apokalyptischen Reitern, die da in unserem Namen handeln, das jemals wieder gutmachen? Wie die Toten ins Leben zurückrufen, wieder aufbauen, was da im Sommer und Herbst 1991 in Jugoslawien geschehen durfte, gestattet wurde, ungehindert vor den Augen einer entsetzten Welt ablief, weil Europa keine Führung hatte, weil man die Völker Europas wehrlos gemacht hatte und Europa darum zu schwach und zu feige war, den geschichtlichen Auftrag der Stunde zu erfüllen? Weil Europa in geistigen Fesseln lag, gelähmt von todbringenden philosophischen Richtlinien.

Und vielleicht das schlimmste: Daß bis zur Stunde niemand dieses ausspricht, obwohl es inzwischen von so vielen gewußt ist. Daß man die Schuldigen, die Unterlasser im Westen und die Täter im Südosten nicht einmal beim Namen nennt. Daß man sie allesamt in

ihren Ämtern beläßt und weitab von irgendwelcher tätigen Reue weiter arbeiten läßt in der gleichen zerstörenden Richtung! Und damit die überlebenden Seelen verkrüppelt und in ihnen Widerstand und Haß und Sorge anstaut, und bei den Herrschenden Falschheit und Renommiererei mit Lorbeeren, die weiß Gott sich von den Außenministern und Regierungspräsidenten kein einziger von Portugal bis Moskau erwarb. Der Traum von einem friedlichen, glücklichen Europa, er wurde (wieder einmal) in Blut erstickt, noch bevor er in Maastricht und andernorts gebildet wurde. Gräßliche, blöd dreinschauende Gesichter werden uns dann vorgestellt, mit dem Zeigefinger in die Luft weisend, und wir sehen das Blut an ihren Fingern. Sie aber bilden sich ein, daß mit ihrer weisen Zurückhaltung ein goldenes Zeitalter eingeläutet wurde.

Von nun an wird es diese beiden Menschengruppen auf dem ganzen Erdball geben: Die „Internationalisten" und die Volksbewußten, die legitimen Terroristen und die Anständigen. Es ist das gleiche Bild von Chile bis Jugoslawien. Es ist das grausige Bühnenbild einer Neuen Weltordnung, das sichtbar wurde, nachdem sich im Golfkrieg 1991 der Vorhang hob. Es bedeutet gleichzeitig das Ende aller Schönheit, aller Natur, aller Liebe. Weinende Frauen, deren Männer die EG in den Tod gejagt hat, umsäumen es. Und fleißige Familienväter, die vor den Trümmern ihrer brutal zusammengeschossenen Habe stehen, während Herr Bush Golf spielt.

Wir wollen noch genauer sein. Was tat Herr Genscher? Er drohte. Er warnte davor, zu schießen. Wenn das weiterginge, dann würde eine Anerkennung möglich sein. Mehrfach tat er sein Sprüchlein. Und er merkte gar nicht, wie lächerlich, ja kontraproduzent diese „Drohung" einem Serbien gegenüber war, das nichts anderes wollte, als ausgerechnet die Trennung von dem nichtserbischen jugoslawischen Ballast, das gerade die Anerkennung selbst auch für sich herbeizwingen wollte. Und — ohne sich über diese Lage im klaren zu sein — es war eine Drohung, die niemals wahrgemacht wurde, selbst dann nicht, als täglich hunderte von seinen Belgrader de facto Bundesgenossen niedergeknallt oder von Panzern niedergewalzt wurden. Hat es jemals einen unehrlicheren, böswilligeren deutschen Außenminister gegeben? Er kann sich auch nicht auf Befehlsnotstand herausreden und darauf hinweisen, daß er mit seiner Meinung in der EG nicht durchgekommen wäre. Dann hätte er sein Amt niederlegen müssen. Es ging um Menschenleben!

Anliegend zwei Kommentare aus „Die Welt" und aus der FAZ. Warum hat man es bei Worten bewenden lassen?

Die Geschichte tat auch in den folgenden Monaten noch vieles, um den Völkern **Europas** zu zeigen, daß dieser führungslose Kontinent **eine Lebensgefahr** ist für uns alle auf diesem Globus, und daß es darum Pflicht aller Zeitgenossen ist, mit allen Mitteln diesen Zustand zu ändern.

Wir berichten weiter: Erneut treffen sich die Präsidenten der jugoslawischen Republiken und der Staatspräsident Mesic, diesmal im mazedonischen **Ohrid.** Man bestürmt die EG, ihre Beobachtungsaufgaben auf Kroatien auszudehnen. Mesic betont: *„Europa ist wie ein Haus. Wenn da in einer Wohnung ein Brand ausbricht, steht bald das ganze Gebäude in Flammen."* (302). Die frischen Nachrichten von den Kämpfen in Kroatien veranlassen Mesic zu der alarmierenden Feststellung, daß es noch viele Tote geben werde. Es ist das die Folge der auf Gewalthandlungen ausgehenden serbischen Politik, die irgendeine friedliche Lösung der Krise unmöglich macht. „Politika Ekspress" behauptet, die Regierung verheimliche die wahre Zahl der Gefallenen. Am gestrigen Tage sei die Zahl höher gewesen als an irgendeinem Tag im II. Weltkrieg. Man spricht von 700 Desertierungen in der Volksarmee.

Kohl und Mitterand treffen sich in **Bad Wiessee** und erklären, *„daß der Augenblick für eine Anerkennung der Selbständigkeit Kroatiens und Sloweniens noch nicht gekommen ist*

So urteilt die deutsche Presse:

Feiges Zögern

CARL G. STRÖHM

Nach einem Treffen mit den Außenministern Kroatiens und Österreichs, Zvonimir Separović und Alois Mock, hat Kommissionspräsident Jacques Delors erklärt, er werde den EG-Mitgliedsstaaten die diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens empfehlen. Österreich will in den nächsten zwei Wochen mehrere Staaten für eine gemeinsame Anerkennung gewinnen. Falls dies nicht gelingen sollte, schließt Wiens Außenminister einen österreichischen Alleingang nicht mehr aus.

Wenn man Kroatien und Slowenien jetzt nicht anerkenne, so formulierte der österreichische Außenminister, dann werde in Jugoslawien eine Situation entstehen, die Europa und den Westen zu einem militärischen Eingreifen zwinge. Aber auch jetzt konferiert die europäische Politik immer noch hoffnungslos hinter der Realität her.

Der Entwicklung hinterher

Mangelnden Eifer wird dem niederländischen Außenminister van den Broek, dem gegenwärtigen Präsidenten des EG-Rats, kaum jemand nachsagen. Seit dem 1. Juli hat er dreimal als Leiter der „Troika" die Verhandlungen mit den kämpfenden Parteien in Jugoslawien geführt, neben einem regulären Treffen zwei Sonderräte über Jugoslawien zusammengerufen sowie zwei Treffen wegen der Entwicklung in der Sowjetunion – Putschversuch und baltische Unabhängigkeit – organisiert. Es sind Aktivitäten auf dem Weg zu einer politischen Union der Zwölf, zu der auch eine gemeinsame Außenpolitik gehören soll. Der 54 Jahre alte Niederländer gilt als eifriger Befürworter einer solchen Union.

Allerdings gerät sein Eifer zunehmend in Gegensatz zu seinen Ansichten. Zwar fällt dem Land, das den Vorsitz der EG innehat, die Rolle zu, die Standpunkte der Gemeinschaftsmitglieder vorbereitend zu koordinieren, um später eine möglichst einmütige Beschlußfassung herbeizuführen; doch geprägt wird diese Rolle auch von persönlichen Ansichten wie nationalen Interessen. van den Broeks Führung wirkt nicht initiativ, sondern zunehmend bremsend, wenn es darum geht, Entscheidungen zu fällen. Sein Ruhm als erfolgreicher Vermittler, den er durch das Zustandekommen des Brioni-Abkommens erworben hatte, ist verflogen.

Und warum dieses Zögern?
Der Leser erfährt es auf S. 362.

wegen der herrschenden militärischen Unruhen." (303).

Dabei kann man jetzt bereits etwas mehr sagen, als nur die Tagesnachrichten bringen. *„Um die Einheit Jugoslawiens wiederherzustellen, richtete Ende Juni 1991 die Jugoslawische Volksarmee mit ihren Panzern in den slowenischen Dörfern Massaker an und zerstörte durch Bombenabwürfe die zivilen Flugplätze. Die jugoslawische Volksarmee war zu diesem in der europäischen Geschichte beispiellosen Schritt durch die demokratischen Länder im Westen ermutigt worden. Die Vereinigten Staaten, Kanada und die Europäische Gemeinschaft haben es abgelehnt, die auf demokratische Weise zustandegekommenen Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens zur Kenntnis zu nehmen. Durch einseitige Stellungnahmen westlicher Politiker, in denen die jugoslawische Zentralgewalt mit ihrer Armee als einzige ‚legitime' Vertretung anerkannt wurde, hatte der Westen bei der jugoslawischen Armee den Eindruck erweckt, sie sei dazu aufgerufen, ‚Ordnung' zu schaffen. Das Ergebnis war fatal, nicht nur für die vielen unschuldigen Opfer unter der Zivilbevölkerung, sondern auch für die Politik des Westens.*" (304).

Es darf nicht vergessen werden, daß die streng kommunistische und serbisch kommandierte Volksarmee jahrzehntelang Milliarden Dollar westlicher Hilfe erhielt. Sie kaufte damit modernste sowjetische Waffensysteme und Lizenzen zum Bau und Export sowjetischer Waffensysteme in die Dritte Welt. Wie erinnert das an die militärische Ausrüstung Saddam Husseins! Vergessen wir doch auch nicht, daß Tito seine Tätigkeit anfing mit Hilfe von mehr als einer Milliarde Dollarkredit!

Manche Meldungen erscheinen regelrecht unwahrscheinlich. So die folgende: *„Holland, das die EG in der heutigen Sitzung präsidiert, ist entschlossen, daß die Gemeinschaft die Härte und Strenge ihrer Außenpolitik auch dann nicht abschwächen soll, wenn dieses bedeutet, Jugoslawien ungewünschte Initiativen aufzuerlegen.*" (305).

Tag für Tag folgen sich jetzt die Meldungen von schweren Kämpfen in **Slawonien**, der Kornkammer Kroatiens.

Am 27. Juli trifft sich die jetzt als **Hexagonale** mit Einschluß Polens gebildete Pentagonale in Dubrovnik. Sie setzt sich also zusammen aus Jugoslawien, Ungarn, Tschechoslowakei, Italien, Österreich und Polen.

Für das Ansehen der EG kann es nicht nützlich sein, daß sie ihre außenpolitische Tätigkeit damit beginnt, europäischen Völkern die Selbständigkeit zu verweigern. Erschwerend kommt im vorliegenden Falle hinzu, daß es sich um Gebiete dreht, die zum EG-Raum gerechnet werden. Die EG schränkt sich also selbst ein und das sogar gegen den Willen der dort wohnenden. Die Motive dieser seltsamen Handlungsweise wiegen die sichtbaren Nachteile nicht auf: Liebedienerei zu anderen Mächten, die um ihren eigenen Bestand fürchten, und antivölkische maurerische Ideologie. Im ersten Falle sollten sich die Großmächte der Auflösung des britischen Imperiums erinnern. Diesem war es mehr gedient, Zug um Zug den Wünschen der Überseegebiete entgegenzukommen als ihnen Widerstand zu leisten. Mit ihrer hervorragenden Diplomatie verstanden sie, den Zeitpunkt der jeweiligen endgültigen Trennung immer wieder so weit hinauszuschieben, daß inzwischen Organe und Institutionen aufgebaut und Nachwuchs herangezogen werden konnte, der nach der Sezession Ersatzaufgaben und vor allem den weitergehenden, nicht unterbrochenen Handel übernehmen konnten. Im zweiten Falle, dem der Beugung vor philosophischen Richtlinien, ist es keineswegs gesagt, ob die reaktionäre Wiederholung metternichscher Legitimitätspolitik mit der unvergessenen brutalen Verfolgung der Freiheitshelden in Südosteuropa besser maurerischen Präzepten entspricht als eine Befreiung von Slowenien, Kroatien, Slowaken, Baltenstaaten, Moldavien und Südtirol, um die wichtigsten Problemkreise in diesem Raum aufzuzählen.

Sucht man nach der Ursache für den **Mißerfolg der EG-Vermittlung**, so muß an erster



Genscher mit Baker zu Besuch in Halle. (Bild Reuter)

Stelle betont werden, daß diese sich den Kämpfenden nicht nur mit der Aufforderung der Waffensenkung näherten, sondern ihnen zugleich vorhielten, mit ihrer Motivation unrecht zu haben. Man stempelte sie zu Rebellen gegen die Weltordnung. Man setzt darum vom ersten Berührungsmoment an das Anknüpfen funktioneller Beziehungen ernsten Gefahren aus. Man fühlt, daß die Friedensvermittler gerade die heiligsten Wünsche der Empörten nicht befriedigen wollen. Friede ist aber auf einer solchen Ebene nicht denkbar, wie Mesic es ausdrückte. Vielleicht zum Teil unbewußt, wird darum den Vermittlern mit ihrer vollständigen Fehleinschätzung der Kriegsgründe und mit ihrer Verachtung heiliger völkischer Prinzipien jede eigentliche Autorität abgesprochen. Man nimmt sie nicht für voll, auf keiner Seite der Fronten. Der Wiener Kongreß dauerte neun Monate und *„ging gedankenarm den unfertigen neuen Ideen der Zeit ängstlich aus dem Wege"* (Treitschke). Die EG will in kurzen Wochen Frieden stiften und beschimpft offen die Ideen, die unsere Zeit bewegen. So muß das Ergebnis unter Metternich dem Zweiten vehementer noch vor der Urgewalt der Völker zerbrechen, als jenes der Heiligen Allianz.

Die Stunde der Freiheit wird kommen! Alle perversen Versuche, das Ergebnis abzubiegen, mit gekauften Brüdern den Lauf der Dinge abzubiegen, führen nur zu einer weiteren Reihe von Morden. Der Freimaurerei muß klar sein, daß sie mit der bisherigen Politik der Beseitigung der Gegner (Calvi, Palme, Kennedy, Verwoerd, Jaime Guzman, Diem) nicht mehr weiterkommt. Rajni Ghandi, die Flucht Mengistus, Ceaucescu, sind Warnungen an die Ideologen, ihre Außenpolitik mit weniger philosophischem Ballast und mit mehr Ver-

ständnis für die Völker anzugehen.

Zuversicht und Optimismus ist für alle heute noch unterdrückten Völker angebracht. Denn deren Stärke wird wachsen. Die Sklavenhalter aber werden schwächer werden. Die Unterdrückten bilden überall diejenigen Teile der heutigen Sklavenstaaten, in denen mehr gearbeitet und mehr gedacht wird, in denen man vorankommt, vergleicht man mit den Slums und den Elendsvierteln in den Siegerstaaten.

Doch eine solche Entwicklung muß gesteuert werden. Sie muß gelenkt werden. Der Augenblick für ein mögliches Zerreißen der Ketten muß erkannt und genutzt werden. Die Anwendung von Atombomben dagegen ist sinnlos, wie schon der kluge Mao lächelnd einem nordamerikanischen Sendboten sagte.

Alle zusätzlichen staatlichen Aufgaben müssen denjenigen zugeschoben werden, die sich so sehr darauf gespitzt hatten, diesen Zustand zu erhalten und ihn zu beherrschen. Die Unterjochten müssen den Peitschenträgern und Panzerherren und Zinseintreibenden so wenig Geld wie möglich aushändigen und ihnen laufend Schwierigkeiten bereiten. Ein Dauerprotest muß sie zermürben. Die Umweltverschmutzung muß sie krank machen. Von den aus dem Herzen kommenden Festlichkeiten und Feiern müssen sie ausgeschlossen werden. Sie sollen sich mit Mickymaus und Donald Duck befassen, mit „The Wall", aber nicht mitsingen dürfen, wenn sich das Volk erhebt. Stündlich muß ihnen klar gemacht werden, daß sie Diebe sind, daß sie Unrecht haben, daß sie böse sind, daß sie unsere Freiheit mit Füßen treten und meinen, sie hätten damit eine Friedensaufgabe übernommen.

So etwas kann in Westdeutschland vielfach nicht mitgemacht werden. Umso mehr aber in Mitteldeutschland und im verarmten Übersee.

Und es müssen Querverbindungen zwischen den gequälten Völkern eingerichtet werden. Man muß Erfahrungen austauschen und gemeinsame Aktionen abstimmen, vom Baskenland über Nordirland bis nach Südtirol und nach Kroatien und Slowenien. Das muß vorbereitet werden von Sendboten, die nicht offen in Erscheinung treten. Auf internationalen Kongressen muß sodann vermieden werden, daß sich etwa die Absichten versklavter Völker kreuzen. Alle Unstimmigkeiten auf Völkerebene sind zurückzustellen bis die Großen zusammengebrochen sind.

Schaut man sich einmal an, wer alles in dieser Front steht, und wer alles auf sie schießt, dann sollte es nicht schwerfallen, sich hier des Textes eines Liedes zu erinnern, das ein dann ermordeter Pfarrerssohn vor sechzig Jahren schrieb: *„Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren in unseren Reihen mit!"* Und von einem anderen großen Revolutionär nehmen wir eine weitere Erkenntnis: *„Auf dem Wege zum Endziel, sagt Lenin, sind die ehernen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und die konkreten geschichtlichen Bedingungen der jeweiligen Epoche genau zu beachten. Zu diesen Bedingungen gehört in der Übergangsperiode des ‚Kapitalismus' zum Kommunismus die Existenz und damit die Realität einer Vielfalt von Staaten und Völkern."* Beobachten wir darum geduldig und immer auf dem Sprung die Verbrechen der Kapitalisten gegen die Völker, und insbesondere Genscher und Kohl im Kampf gegen das wahre Europa.

Am 31. Juli bombardierten dann erstmalig zwei jugoslawische Flugzeuge die kroatische Stadt Kostajnica, wobei eine Klinik, eine höhere Schule und ein Kindergarten in Flammen aufgingen. Mesic, der gerade aus Belgrad kam, sagte dazu: *„Es handelt sich um einen Eroberungskrieg, in welchem die jugoslawische Volksarmee sich nicht scheut, irgendwelche Waffen anzuwenden und in welchem ganz bestimmte Kommandanten mit Wehrpflichtigen zusammengehen. Es handelt sich um einen Konflikt, der erdacht wurde, um das Gebiet der serbischen Republik auf Kosten von Kroatien zu vergrößern."* (306).

Die Agramer Regierung ruft weitere Reservisten ein und wiederholt das Angebot, den Serben auf kroatischem Boden Autonomie zu gewähren. Verhandelt aber werde nicht mit

Terroristen (= Tschetniks), sondern nur mit demokratisch gewählten Vertretern der Volksgruppe. (306).

Am 1. August verläßt Mesic die Verhandlungen in Belgrad, weil Serbien einen proserbischen Montenegriner Branko Kostic als Führer einer Spezialkommission zur Überwachung der Feuereinstellung in Kroatien ernennen wollte. *„Die Serben versuchen mit allen Mitteln die Ankunft des Triumvirats der EG zu vereiteln, das am 3. August eintreffen soll."* (307).

Am 2. August läßt sich der unbelehrbare, indoktrinierte Außenminister der Großmacht Luxemburg, Jacques Poos von London aus vernehmen: *„Es könnte ein militärisches europäisches Eingreifen notwendig werden, um die Teilung Jugoslawiens zu verhindern. Wir müssen das verhindern, denn die Teilung ist keine Lösung, denn wenn das anfängt, werden in der einen oder anderen Form auch alle anderen inneren und äußeren Grenzen Jugoslawiens in Frage gestellt werden . . . Die Teilung muß gebremst werden. Man muß sie verbieten."* (308).

Am 4. August bringt ein Kommentator des amtlichen Deutschen Senders „Deutsche Welle", Harry Schleicher, die folgende recht kaltschnäutzige Zukunftsaussicht: *„Es wird jetzt eine lange Zeit des Bürgerkrieges bis zur beiderseitigen Ausblutung einsetzen. Erst wenn beide Seiten erlahmt sind, kann man von Frieden sprechen."*

Unsere Meinung ist, daß dieser **Bürgerkrieg** hätte vermieden werden können, nämlich mit einer militärischen Besetzung der gefährdeten Gebiete, d.h. der serbisch bewohnten Enklaven in Kroatien, bevor die Volksarmee aufmarschierte und die Serben bewaffnete und bevor Kroatien Polizeieinheiten herbeiführte. Aber das hätte ja bedeutet, daß man Jugoslawien aufgab und eine Lösung nach dem Willen der dortigen Völker suchte. Die unbezweifelbare Tatsache, daß keine einzige Stimme in der ganzen Welt, die sich sonst doch für eine neue Weltordnung stark macht, sich erhob und zum HANDELN aufrief, daß man den Dingen den freien Lauf ließ, was eindeutig und vorhersehbar bedeutete, daß die Stärkeren, d.h. die Serben, jene Positionen erobern konnten, die sie für ihr Großserbien anstrebten, stempelt die Initiatoren einer neuen Weltordnung hier zu Hauptverantwortlichen für ein schweres Blutvergießen, das leicht hätte vermieden werden können.

Welche Verhöhnung der wirklichen Gegebenheiten liegt schon darin, daß man die Gernegroßen aus Luxemburg, Holland und dem soeben nach dem Verrat an Angola erst in die EG aufgenommenen Portugal als Vertreter von E u r o p a nach Jugoslawien schickt! Eine solche Handlungsweise atmet so recht die blasierte Großspurigkeit der Freimaurernullen. Vor ihrem eigenen nichtswerten Selbst haben sie es notwendig, dem Kontinent der Kultur, den Völkern des Ursprungs unserer Geschichte zu zeigen, daß jetzt nicht mehr Können und Größe und Leistung und Charakter gelten, sondern einzig und alleine das gehorsame Stillsitzen in der Loge, hinter dem sich verdrängt krankhafte Wichtigtuerei von Menschen verbirgt, die es zu etwas Besserem und Ordentlichem im Leben nicht haben bringen können. Und dann noch die Aufgabe dieser lächerlichen Zwerge: „Separatismus" beseitigen, die Einheit ihres Produkts „Jugoslawien" zu retten. Ja, aber wie sind denn diese drei Zwergstaaten selbst entstanden? (Man kann sich nur wundern, daß man nicht gleich Andorra, San Marino und Monaco eingespannt hat) Für wen stehen denn diese da als armselige **Abfallprodukte der europäischen Geschichte**, entstanden durch nichts anderes als eben Sezession. Quärulanten und Krämer, die mit der Kolonialisierung fremder Rassen ihre Scheuern füllten. Durch die Auflösung des Deutschen Bundes wurde Luxemburg 1866, bis dahin deutscher Bundesstaat, obwohl Zufallsergebnis dynastischer Querelleien großmütiger Nachbarn, selbständig, zählt heute keine 400.000 Bewohner und meint, anderen Völkern, mit Jahrhunderte alter ruhmreicher Geschichte und eigenständiger lebendiger Kultur, die noch eine Aufgabe vor sich sehen, Vorschriften machen zu dürfen.

Und der Abfall der Niederlande von Spanien, der **1648** mit der Sezession vom Deutschen Reich als Ergebnis kriegerischer Ereignisse endete, wie sie heute (und zwar trotz weitaus demokratischerer Form!) bei der Sezession von einem Kunstprodukt ausdrücklich nicht staatsbegründend sein sollen. Und wie sieht es aus mit der Befreiung Portugals von kastilischer Besetzung? Mußte sich nicht auch Portugal seine Unabhängigkeit erkämpfen unter Johann IV.? Gibt es überhaupt ein einziges Mitglied der EG, das sich nicht seine Souveränität erkämpft hätte? Für kurze Jahrzehnte konnte man sagen Bella gerant alii, tu felix Austria nube. Doch gerade dieser Satz erinnert an die Regel in der europäischen Geschichte. Nur gegen die Gefängnismauern der Logenprodukte Tschechoslowakei und Jugoslawien soll niemand anrennen dürfen. Wird die Uhr in Europa wirklich stillstehen, nur weil diese von sich so eingenommenen Psychopathen es möchten?

Am 4. August faßt der holländische Außenminister Hans van den Broek das Ergebnis der von ihm angeführten Friedensmission mit der kläglichen Feststellung zusammen: *„Wir machen Serbien verantwortlich für das Scheitern unserer Mission.“ „Sie haben damit die gleiche Optik wie die anklagenden Kroaten“* Broek fährt fort: *„Die Troika hatte alles versucht, um Jugoslawien weiterzuhelfen, damit die Tötungen aufhörten und es zum Dialog komme. Ich bin zutiefst beunruhigt über die Zukunft des Landes, das sich in Richtung einer Tragödie und einer Katstrophe bewegt.“* Und Jacques Poos bricht in die erstaunliche Feststellung aus: *„Serbien ist verantwortlich für dieses Scheitern, weil es versucht sein Gebiet auf Kosten Kroatiens auszudehnen.“ „Der Präsident Kroatiens, Franjo Tudjman teilte mit, daß er sich an die Vereinten Nationen und an die Konferenz von Helsinki wenden werde, um die Einberufung einer internationalen Konferenz zu verlangen und das Einschreiten einer Friedenstruppe.“* (309)

Van den Broek teilt weiter mit: *„Die Troika stieß auf den Widertand politisch Verantwortlicher einer der Republiken, die sich jeglicher ausländischen Präsenz im Lande widersetzt, sei sie ziviler Natur oder bewaffneter. Diese Republik ist Serbien.“ „Es ist nicht zweifelhaft, daß die serbischen Führer die jugoslawische Krise auf ihre Weise lösen wollen, ohne Einmischung des Auslandes. Sie hatten dem wohl in Slowenien zugestimmt, aber wollen unter keinen Umständen fremde Einmischung in Kroatien dulden.“* (310).

Der nächste Tag bringt weitere Neuigkeiten. Zunächst einmal tritt **Rußland** auf den Plan mit einer von Tass verbreiteten Regierungserklärung, in der es — an die in **Den Haag** versammelten EG-Minister gerichtet — heißt: *„Partei ergreifen — egal ob nicht gewollt oder in egoistischer Absicht — für eine der beiden kämpfenden Parteien, könnte automatisch mit anderen Staaten, innerhalb oder außerhalb Jugoslawiens Konflikte hervorrufen. Und dieser Konflikt könnte sich über ganz Europa ausdehnen. Diejenigen, die heute vorschlagen, bewaffnete internationale Truppen nach Jugoslawien zu schicken, haben schlecht die Folgen bedacht, die daraus entspringen könnten.“* (311).

Es ist nicht das erste Mal, daß die Sowjetunion sich zu Worte meldet. *„Bereits vor Wochen waren aus Moskau massive Drohungen gegen Österreich in Umlauf gesetzt worden. Zusammen mit* **Frankreich** *hatte das Sowjetregime damals alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Abspaltung Sloweniens zu verhindern. Am 29. Juli heißt es in einem Schreiben des sowjetischen Botschafters in Prag, Juri Derjabin, an das in Wien sitzende Krisenkommando der KSZE, daß die sogenannte Troika ihren Verpflichtungen nur unbefriedigend nachkomme . . . Es sei ‚äußerst wichtig‘, daß alle Staaten die Einheit und terriroriale Integrität des Balkanstaates garantieren.“*

„Nach Ansicht Derjabins habe **Österreich** *nur mit dazu beigetragen, die Lage auf dem Balkan zu verschärfen, es stelle geradezu ein Hindernis für einen innerjugoslawischen Frieden dar. Massiver noch die Worte von Sowjetaußenminister Bessmertnych: ‚Wenn Österreich weiterhin Slowenien und Kroatien unterstützt und versucht, sie seinem Staats-*

gebiet einzugliedern, wird Moskau aufgrund Artikel 4 des Staatsvertrages eine Botschafterkonferenz der vier Siegermächte einberufen, um Wien zur Raison zu bringen'."

„Im serbischen Parlament wurde von allen Parteien eine Resolution eingebracht, laut der Deutsche als Beobachter im Rahmen einer Friedensmission der EG unerwünscht seien. Und sollte Österreich sich an der geplanten vergrößerten Beobachtungsgruppe (unter Einschluß Kroatiens, wie berichtet) beteiligen, soll auch dieses Land daran gehindert werden. ,Serbische Söhne und Töchter sterben in Kroatien wie im Jahre 1941 durch faschistische Ordnungskräfte, die mit modernsten Waffen schießen, welche Deutschland und Österreich geliefert haben, denn diese beiden Länder haben einen schweren historischen Komplex, weil sie zwei Weltkriege gegen Serbien verloren haben. (Soweit die Resolution)."

„Der **Tschetnik-Wojwode** *Vojislav Seselj wird noch etwas deutlicher: Der ,Washington Post' gegenüber verkündet er, ,seine Freischärler würden die Angehörigen einer EG-oder UNO-Friedenstruppe erbarmungslos umbringen. Er betrachte alle Vermittler als Instrument einer gegen Serbien gerichteten Aggression, die vom Vatikan ausgehe. Gegen Kroatien kündigte Seselj einen Krieg ohne Gnade und ohne Gefangene an. Wir werden ihre Nahrungsmittel und ihr Wasser vergiften, vor keinem Mittel zurückschrecken'."* (312).

Auf der soeben erwähnten Sitzung in Den Haag beschlossen sodann die Außenminister, die Kreditlinien und die **Finanzhilfe** an die Parteien in Jugoslawien wieder zu öffnen mit dem Ziel, damit bei der Lösung des ethnischen Konflikts zu helfen, der das Land teilt. Deutschland öffnete am 10. August wieder die Exportgarantien für Lieferungen von Ersatzteilen und Medikamenten nach Slowenien und Kroatien, die seit Wochen gesperrt waren.

Die EG verlängert die ursprüngliche Frist für eine interne Lösung der Probleme Jugoslawiens vom 1. August auf den 15. August. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß dann eine solche Lösung bei Ablauf der dreimonatigen Frist einer Aussetzung der Unabhängigkeit durch Slowenien und Kroatien fertig ausgearbeitet ist.

Etwa ein Drittel Kroatiens ist von der Volksarmee besetzt. Das macht darauf aufmerksam, daß *„das Völkerrecht verlangt, daß ein neuer unabhängiger Staat, bevor er anerkannt wird, Kontrolle über sein gesamtes Staatsgebiet haben muß."* (313).

Der holländische Außenminister erklärt, daß die EG bereit sei, Jugoslawien zu helfen. Es müsse dessen Einheit bewahrt bleiben, um eine Kettenreaktion in Osteuropa zu vermeiden. (314).

Wenn man eine **Kettenreaktion** von Sezessionen befürchtet, so gibt man damit offen zu, daß der status quo nicht dem Willen vieler Völker entspricht. Wer eine solche Lage aufrechterhalten will, will also einen Zustand aufrechterhalten, der anerkannterweise undemokratisch ist. Die Begründung der Haltung der EG verstößt aber nicht nur gegen das völkerrechtlich immer wieder, gerade auch in der KSZE anerkannte, **Selbstbestimmungsrecht,** es belastet und beeinträchtigt das Bild, das die Welt sich von der neuen Weltordnung formt. Die weitere Idee, man könne eine Verlängerung der Abhängigkeit und Unterwerfung durch Geld wettmachen, beweist außerdem mangelhaftes Verständnis für die Gründe der nationalen Explosion in Osteuropa. Die gegenseitigen Vorwürfe bedürfen einer Klarstellung. Denn den Aufbegehrenden wirft man vor, sei seien ausländerfeindlich, egoistisch, wollen die Isolierung, kleinkarierte Nationalisten, eine völkisch orientierte Gesellschaft bis hinein ins Familienleben. Den Weltenplanern wirft man vor, sie wollten übernationales Zusammengehen, Verzicht auf Eigenstaatlichkeit, Mißachtung der eigenen Identität, Gleichheit aller Menschen an allen Orten, egal welcher Kulturstufe und Hautfarbe.

Im Zentrum des Hexenkessels schaut die ethnisch gemischte Bevölkerung von **Bosnien-Herzegowina** auf die Entwicklung der Dinge. Schon haben die Serben eine bosnische Krai-

jina, anliegend an die kroatische geschaffen und eigene Milizen dort aufgestellt. Die Serbische Demokratische Partei fordert den Anschluß weiter Teile Bosniens an Serbien. Dabei gleicht die völkische Karte Bosniens einem „Leopardenfell" (Stieger). Um die Einheit Jugoslawiens bemühen sich eigentlich nur **die Muslime**, denn sie haben niemanden, an den sie sich anschließen könnten. Sie fühlen sich aber nicht nur von den Serben bedroht. Auch der Kroate Tudjman erklärte kürzlich einer englischen Zeitung, daß die Aufteilung Bosniens-Herzegowina zu empfehlen sei, wobei die Muslime, die zahlenmäßig größte Nation der Teilrepublik, so etwas wie einen islamischen Pufferstaat zwischen den beiden alten Rivalen bilden sollten. Man munkelt sogar von entsprechenden Geheimverhandlungen zwischen Tudjman und Milosevic. (315).

Am 18. August droht Mesic mit seinem Rücktritt, wenn die Kämpfe nicht eingestellt werden.

Die Eskalation der Kämpfe in **Slawonien** ist an den Meldungen erkennbar. Die jugoslawische Luftwaffe greift mehrfach ein. Man spricht an verschiedenen Orten von schweren Artillerieduellen. Der kroatische Verteidigungsminister Sime Djodan befürchtet bereits am 17 Juli *„eine massive Intervention der jugoslawischen Volksarmee mit neun Divisionen."* (316). Nach dem Scheitern der Tagung in Ohrid rief Tudjman am 23. Juli *„die Bevölkerung dazu auf, sich auf einen möglichen Krieg vorzubereiten."* (317).

Der Abgeordnete im Europa-Parlament **Dr. Otto von Habsburg** kommt im „Donauschwaben" am 18. August zu Wort. Wir zitieren aus dem längeren Aufsatz: *„Besonders unglücklich war der Auftritt der EG-Troika bei ihrem ersten Besuch im Krisengebiet. In Zagreb versuchten sie, den slowenischen Präsidenten Kucan dazu zu bringen, die Unabhängigkeitserklärung seines Landes zu widerrufen oder auszusetzen, was dieser nach der eindeutigen Volksabstimmung und mehreren Parlamentsentscheidungen auch dann nicht hätte tun können, wenn er es gewollt hätte. Daß dies die bolschewistisch-nationalistischen serbischen Generäle der jugoslawischen Volksarmme als Aufforderung verstehen mußten, zuzuschlagen, ist klar. Somit läßt sich ohne Wenn und Aber sagen: An den Händen der meisten westlichen Außenminister klebt Blut . . . katastrophale Fehleinschätzung der Lage . . . Kroatien erließ am Tag seiner Unabhängigkeitserklärung eine ‚Charta zum Schutz der serbischen und anderer Nationalitäten'. . . . Auch das serbische Volk hat ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, für das die Slowenen und Kroaten, aber auch die Kosovo-Albaner die Vorkämpfer waren . . . Man kann nicht Tag und Nacht von Demokratie reden und dann alten europäischen Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht verweigern, denn dieses ist nichts anderes als die Übertragung des demokratischen Prinzips ins internationale Leben . . . Die Außenminister der zwölf nationalen Regierungen haben so die Zwölfergemeinschaft in Verruf gebracht. Es geht in Slowenien und Kroatien auch um die Glaubwürdigkeit Europas."*

Der Papst nutzte seinen Aufenthalt in **Ungarn** dazu, in der Grenzstadt Pecs eine Messe zu lesen und auf slowenisch Gläubige anzusprechen, die aus Slowenien und Kroatien angereist waren. Er sprach von den ‚legitimen Aspirationen Kroatiens' und hoffte, bald Kroatien besuchen zu können.

Ein Brief, unterzeichnet vom **Patriarchen** der serbisch-orthodoxen Kirche Pavle, von 14 Mitgliedern der Serbischen Akademie der Wissenschaft und der Künste und von dem Präsidenten des deutsch-serbischen Kulturvereins „Vuk Karadzic" wird am 5. August im „Spiegel" veröffentlicht: *„Der deutschen Öffentlichkeit werden die Serben als unheilbare Kommunisten vorgestellt. Leider wird in Deutschland vergessen, daß die demokratische Tradition der Serben durch die kommunistische Diktatur gewaltsam unterbrochen worden ist. In Deutschland werden die in Kroatien lebenden Serben als Chauvinisten und Terroristen bezeichnet, dabei wird die Wahrheit vernachlässigt, daß die kroatischen Faschisten*

während des Zweiten Weltkrieges in diesen Gebieten das serbische Volk massenweise vernichteten. Die überlebenden Reste der dort ansässigen Serben wehren sich jetzt in Todesangst gegen das nationalistische, nicht entnazifizierte Regime. Wir befürchten, daß durch unwahre Informationen der deutschen Öffentlichkeit beim serbischen Volk der Eindruck hervorgerufen wird, daß alte Bündnisse und Feindseligkeiten aus beiden Weltkriegen wieder entstehen werden. " Und an dieser Stelle muß daran erinnert werden, daß es der serbische Wojwode Momcilo Djujic war, der mit anderen in den USA lebenden ehemaligen Cetniks vor dem Gebäude der Vereinten Nationen gegen den Besuch des Diktators Tito protestierte und die Welt anklagte, einen Massenmörder bei sich aufzunehmen (dazu X, 182).

Am 11. Juli 1974 wurde in München der Bruder des antikommunistischen jugoslawischen serbischen Politikers Ljotic, Jacob Ljotic, mit einer Krawatte erdrosselt. Es war ein Ritualmord. Jugoslawien sollte niemals umgebildet werden in einen selbständigen Staat. Die Freimaurerschöpfung sollte ein Werkzeug der Freimaurerei bleiben. Darum waren schon vorher Antifreimaurer wie General Nedic und Rupnik von den Alliierten an Tito ausgeliefert und von diesem erschossen worden (dazu I, 487, und IV, 483, und X, 239 ff). Es ist kaum anzuzweifeln, daß dann, wenn man Jugoslawien nicht mehr retten kann, das Bemühen erkennbar werden wird, die neuen Staaten zu Freimaurerrepubliken umzuformen. Es würde geschehen in Verfälschung der ursprünglichen Volkswünsche, genauso wie man den Willen des Volkes in der DDR verfälscht hat, indem man auch dort Zeigefingerhelden an die Macht brachte.

Von Anfang an wurden nicht die notwendigen Schritte unternommen, um ein Blutvergießen zu verhindern bzw. ihm dann Einhalt zu gebieten. Mit sträflichem Leichtsinn ging man vor, der nur zu verstehen ist aus der nebulosen, instabilen eigenen Haltung, mit der man meint, eine Aufgabe übernehmen zu können, die ihnen niemand auftrug, die ebenfalls aus dem Kochtopf philosophischer Phantastereien entsprang. Die schwächliche Haltung, die nicht der Härte der Gegensätze entsprach, ein Ziel, das dem Willen aller Beteiligten entgegengesetzt war, die egoistische Begründung der Inaktivität und die persönliche Unehrlichkeit der Sendboten im Hinblick auf ihre eigene Geschichte, das alles gab Kräften freien Lauf, die ihre Stunde gekommen sahen, mit brutalen Machtmitteln eine ihnen günstige Lösung zu erzwingen. Wie von diesen vorausgesehen, hielt niemand sie auf. Als die Unterhändler mit erhobenem Zeigefinger die Serben warnen wollten, ernteten sie nicht nur deren Hohngelächter, sondern die Verachtung der ganzen Welt.

Am 24. August bestellt sich der deutsche Außenminister Genscher den jugoslawischen Gesandten und eröffnet ihm *„die tiefe Besorgnis der deutschen Regierung wegen der schweren Verletzungen des Waffenstillstandes in Kroatien durch irreguläre serbische Verbände und die Volksarmee. Er fügte warnend hinzu, daß die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens in ihren heutigen Grenzen ernstlich ins Auge gefaßt werden müsse, wenn das Blutvergießen nicht eingestellt wird. Niemand solle glauben, er könne vollendete Tatsachen mit Waffengewalt schaffen im Hinblick auf die Ereignisse in der Sowjetunion* (gemeint ist der damals noch laufende Putsch gegen Gorbatschow). Die inneren und äußeren Grenzen dürfen nicht mit Waffengewalt geändert werden." (318).

„Während die Welt voll in Anspruch genommen wurde von der sowjetischen Krise in dieser Woche, empfing Genscher den kroatischen Außenminister Zvonimir Separovic und den slowenischen Kollegen Dmitri Rupel. " (319).

Die **Vorgänge in Moskau** verhalfen in Belgrad auch den Serben, sofort Oberwasser zu bekommen. *„Der jugoslawische Vizepräsident Branko Kostic sagte gestern den Regierenden in Kroatien, daß der Sturz des Sowjetleiters Mijail Gorbatschow ihnen als Lehre dienen möge in dem Sinne, daß auch sie nicht auf ewig geduldet werden. Die Vorgänge in der*

Sowjetunion sollten die kroatischen Autoritäten zu der Überlegung veranlassen, daß die Geduld auch hier endgültig Grenzen hat. " (320). Diese Radiosendung aus Belgrad bestätigt so viele in Westeuropa bisher nicht ernstgenommene Befürchtungen über die Kräfte hinter dem Auftreten der Volksarmee und Serbiens. Es ist wohl denkbar, daß diese Warnung an Kroatien und mehrere gleichzeitige Pressekommentare in Belgrad zu dem Staatsstreich in Moskau heute am liebsten vergessen werden.

„Am 27. August 1991 fordert die EG Serbien ultimativ auf, das Blutvergießen in Kroatien zu unterbinden und einer internationalen Überwachung des Waffenstillstandes zuzustimmen. Sollte Serbien diesen Forderungen nicht bis zum 1. September nachkommen, will die EG ‚zusätzliche Maßnahmen' ergreifen. Dazu gehören auch ‚gemeinsame internationale Aktionen'. Bundesaußenminister Genscher nannte den EG-Beschluß eine ‚letzte ernste Warnung'. Als mögliche internationale Aktionen erwähnte er eine internationale Friedenskonferenz, ein Handelsembargo gegen Serbien, den Einsatz des KSZE-Krisenrates oder die Einschaltung des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen. Militärische Aktionen wurden ausgeschlossen. Kritiker weisen darauf hin, daß derartige ‚hohlwangige Drohungen' auf längere Frist Serbien kaum von der bisherigen Haltung abbringen werden. Das Ultimatum sei vor allem deshalb zustandegekommen, um eine internationale Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu verhindern. nach wie vor sei es die erklärte Politik der Mehrheit der EG-Länder, den jugoslawischen Staat in seiner bisherigen Form aufrechtzuerhalten. Jugoslawiens Außenminister Jovanovic kritisierte in einer ersten Erklärung den EG-Beschluß als ungerecht und einseitig. Er stellte ihn auf eine Stufe mit dem österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien von 1914 und den deutschen Überfall auf Jugoslawien im Jahre 1941. " (321).

Doch in dieser sehr ernsten Lage sorgen die Blindgänger in Luxemburg manchmal für Gelächter. Versuchen wir, mit Humor zu nehmen, was da Unglaubliches in der amtlichen Wochenzeitschrift **„Das Parlament"** am 5. Juli aus Bonn von Herrn Hartmut Hausmann mitgeteilt wird, und zwar wörtlich: *„Die EG — weltweit als wirtschaftlicher Riese in einer Spitzenposition — versucht ihr Image abzuschütteln, zugleich politisch ein Zwerg zu sein. Auf dem Abschlußgipfeltreffen der luxemburgischen Ratspräsidentenschaft reagierten die Staats- und Regierungschefs der EG ungewöhnlich schnell auf den blutigen Armeeeinsatz in Jugoslawien. Zumindest auf dem eigenen Kontinent wurde erstmals ein politischer Führungsanspruch demonstriert, zumal eigene Interessen berührt waren . . . Ohne die außenpolitische Aktion* (man spricht im gleichen Aufsatz von den „Risiken einer Veränderung der Nachkriegslandkarte in Europa und erinnert daran, daß die EG doch erst unmittelbar vor der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens ein Finanzprotokoll mit Jugoslawien unterzeichnete, das Kreditzusagen von mehr als 16 Milliarden Mark vorsah!) *wäre das Treffen von Luxemburg als glatter Mißerfolg zu werten . . . Im übrigen aber habe eine ungewöhnliche Harmonie geherrscht, bemühten sich alle Teilnehmer zu berichten.* " „Lächle und verbirg die Tränen", heißt der Titel der Memoiren des letzten nationalsozialistischen Bürgermeisters, Lippert, von Berlin. Uns Zeitgenossen wird das Versagen der EG unter dem Titel vorgestellt: „Außenpolitische Blitzaktion rettet Luxemburger Gipfel!"

Am 26. August macht der italienische Außenminister De Michelis nach wie vor die Anerkennung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit abhängig von einem gemeinsamen Beschluß der EG (322). Täglich werden schwere Kämpfe um die kroatischen Städte Osijek, Vukovar und Vinkovci gemeldet. *„Der internationale Druck auf Serbien, diese Kämpfe einzustellen, nimmt zu"* ist der deutsche Pressekommentar (323). Worauf sich eine solche Sicht stützt, ist schwer zu sehen. Eine Guppe christdemokratischer deutscher Studenten erkundigt sich direkt in Agram. Man führt den jungen Leuten Verwunde-

Die Hexagonale (zu Seite 186)



Die Präsidenten Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens, Antall, Havel und Walesa (v. l. n. r.), in Krakau.

te vor, die Opfer von Dum-Dum Geschossen und Napalm sind. In Gesprächen mit dem **Kardinal Kuharic** erfahren sie, *„die serbischen Verbände zerstören in den eroberten Landstrichen gezielt alle Symbole der katholischen Konfession Kroatiens."* Man sagt den Rückkehrern in Bonn: *„Nach Angaben aus Bonner Koalitionskreisen ist bei Fortdauer der Kämpfe nächste Woche mit der Anerkennung Kroatiens zu rechnen."* (324).

Dreitausend **Frauen** reisten jetzt nach Belgrad, um von den Militärbehörden die Freilassung ihrer wehrpflichtigen Kinder zu verlangen. Als man ihnen unterwegs die Omnibusse nimmt, wandern sie zu Fuß weiter. *„Ob die Klage der Mütter in Belgrad etwas erreicht? Und wenn nicht dort — ob sie die westlichen Regierungen aus ihrer Trägheit weckt?"* (325). Ist es wirklich nur „Trägheit"?

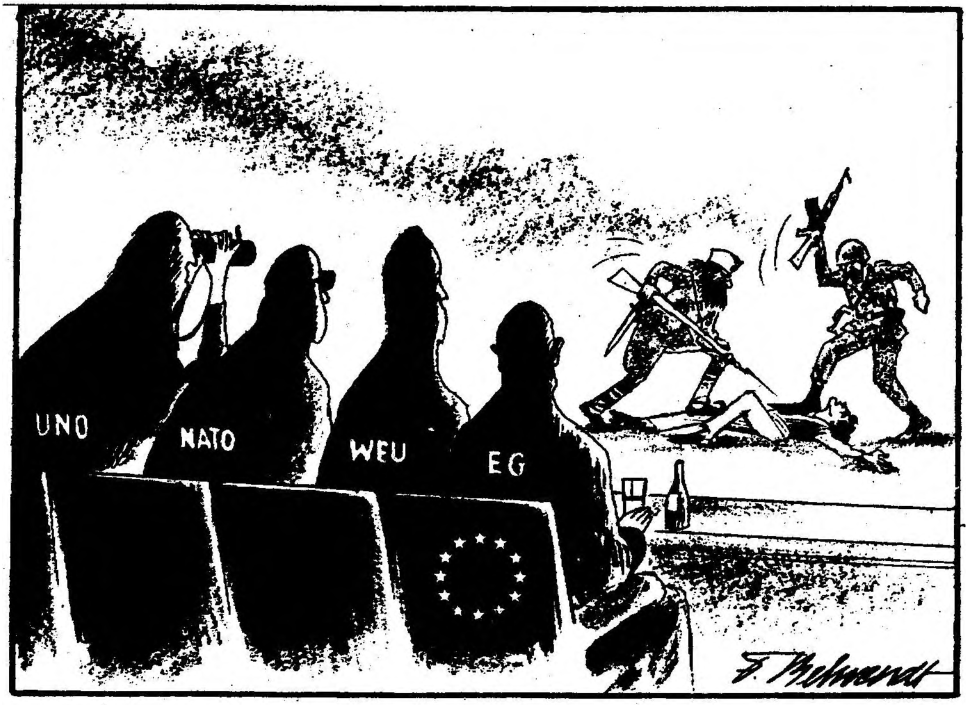
Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau schlägt die Stunde für eine Anerkennung der drei **Baltenstaaten.** Noch Mitte August erklären Kohl und Gorbatschow in Moskau, daß eine Anerkennung von Kroatien und Slowenien nicht in Frage komme, weil das ein schlechtes Beispiel für die Baltenstaaten sein würde. Jetzt, da diese aber anerkannt werden, wird die vorherige Haltung nicht revidiert. Wir dürfen diese deutsche Diplomatie einmal mit dem vergleichen, was der schon genannte britische Diplomat und Theoriker Harald Nicolson über die Erfordernisse einer guten Diplomatie zu sagen hat. Er schreibt (326):

„Die Quintessenz einer guten Außenpolitik ist Bestimmtheit. Eine unbestimmte Politik ist immer schlecht, Heuchelei. Die demokratische Außenpolitik ergeht sich in der — unter heutigen Verhältnissen — rein gefühlsmäßigen Fiktion, daß die Beziehungen zwischen Staaten geregelt werden können auf der gleichen moralischen Grundlage wie diejenigen zwischen Einzelmenschen. Als ein Ideal ist das eine Theorie, die ich von Herzen unterstütze. Aber als Darstellung dieser Beziehungen, wie sie wirklich sind, kann ich sie nur als eine falsche Darstellung erachten. Die Beziehungen zwischen Einzelmenschen sind letztlich beherrscht vom Gesetz, die Beziehungen zwischen Staaten jedoch nicht." Diese 1930 niedergeschriebenen Worte sind auch heute trotz KSZE und UN-Sicherheitsrat kaum überholt, sieht man auf die wirkliche Situation etwa im Irak, in Israel oder in Jugoslawien. Wir dürfen daher fortfahren: *„Es kann keine wahre Analogie bestehen zwischen den ethischen Werten einer organisierten und denjenigen einer anarchistischen Gemeinschaft. Die demokratische Diplomatie ist bestrebt, diese unbequeme Tatsache zu vertuschen und die Realitäten der Gewalt unter dem Anschein der Einmütigkeit zu verbergen. An die Stelle der vollblütigen Lügen des fünfzehnten Jahrhunderts hat sich die Praxis selbstgerechter Halbwahrheiten gesetzt. Dadurch zerstört sie das Vertrauen, und Vertrauen ist nächst klarer Bestimmtheit das wichtigste Element einer guten Außenpolitik."*

„Unwirklichkeit. Die demokratische Außenpolitik — wiederum von der fälschlichen Gleichsetzung von Staaten und Einzelmenschen ausgehend — zollt der Lehre von der Gleichheit der Nationen Lippendienst. Das führt zu jenem Dunst von Unwirklichkeit, der alles umwölkt, was sie tut. Nikaragua ist nicht gleich den Vereinigten Staaten, und Santo Domingo ist nicht gleich Frankreich (und Luxemburg nicht gleich Deutschland). *Eine solche Gleichheit theoretisch behaupten, heißt etwas Unsinniges und Unwirkliches behaupten. Demokratische Außenpolitik ist dank ihrer bedenklichen schwächen höchst gefährlich. Unter ‚demokratischer Außenpolitik' verstehe ich die Ausübung der Außenpolitik durch die Staatsmänner selbst, beziehungsweise vermittels ungeschulter Unterhändler, die sie aus ihren Anhängern oder persönlichen Freunden* (in der Loge) *ausgewählt haben. Dadurch, daß man es verabsäumt hat, einen scharfen Unterschied zu machen zwischen ‚Politik' und ‚Verhandlung', ist man der irrtümlichen Anschauung verfallen, alle wichtigen Verhandlungen müßten geführt werden nicht von Männern mit Erfahrung und ohne politische Bindung, sondern von denen, die ein Mandat vom Volke haben. In seiner extremen*

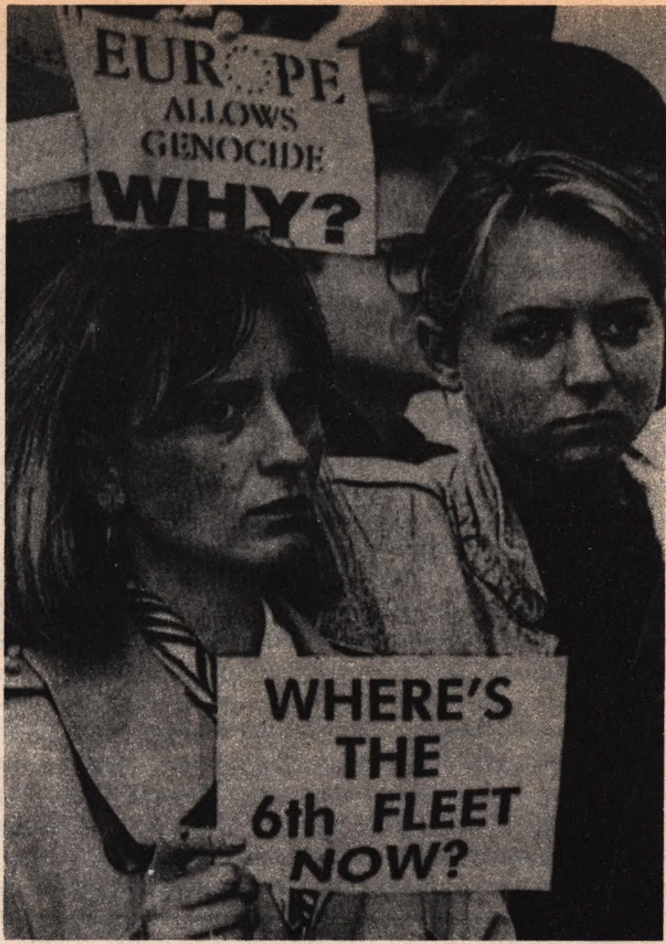

"Bitte aufhören"

Form hat dieser Irrtum zur **‚Konferenzdiplomatie'** *geführt — wohl der unseligsten diplomatischen Methode, auf die man je verfiel."*

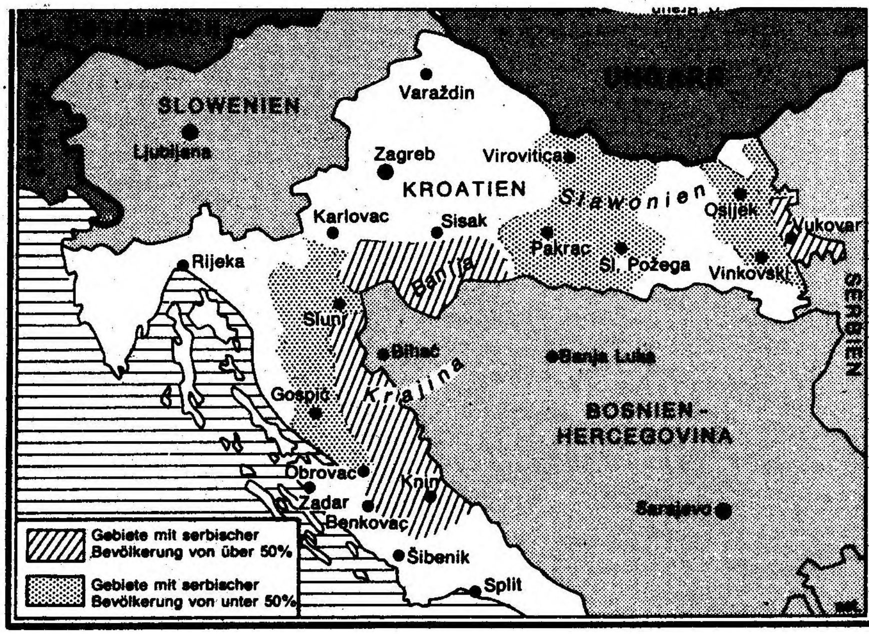


„Zweifellos gibt es Fälle, wo eine internationale Verständigung nur durch mündliche Aussprache der bevollmächtigten Staatsmänner erzielt werden kann. Es gibt auch Fälle, in denen so lebenswichtige und unmittelbare Interessen in Frage stehen, daß es dabei um ‚Politik' und ‚Verhandlung' zugleich geht. In solchen Fällen müssen die Unterhändler identisch sein mit den führenden Staatsmännern, und auf den Kongressen und Konferenzen, zu denen es dabei kommt, müssen die Ministerpräsidenten und Außenminister der beteiligten Mächte anwesend sein. Es sollte indessen gelten, daß dergleichen Fälle die Ausnahme sind, und zwar eine gefährliche Ausnahme. Man sollte sich auf dergleichen Konferenzen nur einlassen nach sorgfältiger Vorbereitung, aufgrund eines bis ins einzelne ausgearbeiteten und im voraus angenommenen Programms, unter den Augen einer wachsamen öffentlichen Kritik und in dem vollen Bewußtsein, daß es ohne monatelange Besprechungen nicht abgehen wird. Dazu sollten die zur Debatte stehenden Fragen strengstens beschränkt bleiben auf diejenigen, die eine politische Entscheidung erfordern, während alle Angelegenheiten zweiten Ranges, bei denen es nur um Verhandlung geht, den Händen der Sachverständigen überlassen bleiben sollten."

Nicolson fährt dann sogar noch fort, indem er praktische Beispiele bringt: *„Man vergleiche die sachverständige Durchführung von Konferenzen wie derjenigen in Washington, Lausanne und Brüssel mit den überhasteten Komödien von Genua und Cannes."* und wagt eine Voraussage, die allerdings leider in keinem Punkt für unsere Zeit und für unser Thema zutrifft: *„Konferenzdiplomatie ist heute so in Verruf geraten, daß die Gefahr ihres*



Wiederauflebens als internationale Verhandlungsmethode allem Vermuten nach nicht mehr besteht.“ Nach vielen weiteren Überlegungen kommt Nicolson sodann zu folgenden Schlüssen, die wir gleich mit einem Seitenblick auf unseren Außenminister anhören wollen: *„Der Hauptnachteil, unter dem der Staatsmann zu leiden hat, ist der, daß er ein Staatsmann ist. Mit anderen Worten: seine Stellung und künftige Laufbahn sind abhängig von der Billigung der Allgemeinheit* (und der der personell anonymen Loge, würden wir heute sagen müssen). *Der Berufsdiplomat hingegen stellt das nationale Interesse im Enderfolg über den Augenblicksbeifall der Volksstimmung* (wobei wir heute derartige Berufsdiplomaten mit der Lupe suchen müssen. Viele Missionschefs waren sogar Journalisten) . . . *Ich habe es bei so mancher Konferenz erlebt, daß ganze Stunden mit rein künstlicher Dialektik vergeudet wurden. Der Politiker hat immer seine Zuhörerschaft im Sinn, der geschulte Diplomat nur die Verhandlung. Der Grund, warum Rechtsanwälte immer die schlechtesten Diplomaten gegeben haben, ist der, daß ihre streiterischen Qualitäten immer auf dem Sprung sind. Verhandlungen sollten nie in Wortstreit ausarten, sondern immer auf dem Niveau einer Besprechung bleiben.“* Ich habe versucht, eine modernere und eine deutsche Quelle zu diesen doch nicht unwichtigen Themen zu finden. In die Hand geriet



mir das Buch des ehemaligen deutschen Botschafters bei der NATO, Wilhelm G. Grewe: „Spiel der Kräfte in der Weltpolitik". Für Grewe ist das was Nicolson „demokratische Diplomatie" im Gegensatz zur verschwindenden aristokratischen nennt, so etwas selbstverständliches, daß er nicht den Versuch unternimmt, für die gesamte Einrichtung Gültiges herauszuarbeiten. Daß das Fehlen einer solchen Analyse einer in unseren Jahren in den Vordergrund rückenden staatlichen Betätigung von Nachteil ist, erkennt man an dem Wucher einer nirgends gebremsten und beaufsichtigten Außenpolitik und an den bereits deutlichen, nachteiligen Folgen: Unverantwortlichkeit, Subjektivität, Unbestimmtheit, Heuchelei und Unwirklichkeit. Nach den Erfahrungen die nicht nur wir Deutsche, sondern die ganze Welt in den vergangenen Jahrzehnten mit außenpolitischen Vorgängen gehabt hat, mit den dauernden Bemühungen, konkrete nationale Wünsche zugunsten von undefinierten überstaatlichen Plänen abzuwürgen und mit dem irrationalen Beantworten von dadurch hervorgerufenen Explosionen muß es doch wohl gestattet sein, die Frage zu stellen, ob eine derartige Entwicklung wirklich notwendig ist, ob es wirklich nicht anders geht, als überall unzufriedene, unglückliche Völker zu schaffen. Man pflegt auf die Interdependenz der heutigen Staatenwelt hinzuweisen (die man selbst dauernd künstlich mit GATT und UIT und UNESCO usw. a toute outrance fördert), um damit zu beweisen, daß nur noch im Sinne des Internationalismus gedacht und gearbeitet werden dürfe. Alles andere sei rückständig und darum zum Scheitern verurteilt. Die schweren Unruhen und Kämpfe, die die „östliche" Welt erschüttern seitdem den Menschen dort das Brett vor dem Kopf genommen wurde, sollten doch richtig ausgelegt werden als das was sie sind, als ein kollektiver Akt der Befreiung, und es sollte doch zugegeben werden, daß ganz der gleiche Akt der anderen Welthälfte für den Augenblick bevorsteht, da auch der längst fällige Kapitalismus mit seiner Zinsknechtschaft zusammenbricht. Dann wird auch jener Teil der Menschheit nach einem Halt suchen, den ihm nur die Erinnerung geben kann an das, was

v o r der Schaffung der Neuen Welt bestanden hat. Die millionenfache Falschinterpretation der Vorgänge auch gerade im zwischenstaatlichen Verkehr wird dann zusammenbrechen.
Das Diktat der EG an Slowenien und Kroatien sticht deutlich ab von dem Wortlaut der neuen Unionsverfassung des Sowjetreiches, in der es nach dem fehlgeschlagenen Putsch heißt, daß es den Republiken freigestellt wird, über ihre Zukunft selbst zu entscheiden.

Doch in Brüssel zieht man bei der EG andere Schlüsse. Von dort heißt es (327): *„Genscher präzisierte das mögliche weitere Vorgehen: Handelsembargo gegen Serbien und erneuten Einsatz des KSZE-Krisenrates sowie Anrufung des UN-Sicherheitsrates. Van den Broek schloß militärische Maßnahmen aus. Es fällt auf, daß die Zwölf in ihrem Schlußkommuniqué nicht mehr mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien als selbständige Staaten drohen. Noch am 27. August hatte Genscher in Bonn diese Möglichkeit vor dem jugoslawischen Außenminister* **Loncar** *erwähnt. Es ist kein Geheimnis, daß der Einsatz dieses politischen Instruments in der Gemeinschaft kontrovers beurteilt wird. Vor allem die* **Niederlande,** *die dank ihrem EG-Vorsitz gegenwärtig außenpolitisch stärker zur Geltung kommen, zeigen sich so zurückhaltend, daß sich andere Mitgliedländer erlauben können, vorerst zu dieser Frage gar keine Stellung zu beziehen . . . Während die Anerkennung der beiden Republiken zu Beginn der Auseinandersetzungen für die EG noch als Möglichkeit ernsthaft in Betracht gezogen wurde, macht es heute den Anschein, als seien die Außenminister von einem solchen Schritt weiter entfernt denn je. Unverändert konzentriert sich die Haltung der Zwölf deshalb darauf, die gewaltsame Veränderung der inneren Grenzen zu verurteilen. Noch vor einem Monat konnte man in Brüssel hören, daß eine Anerkennung deshalb problematisch sei, weil die EG sonst hinsichtlich der Unabhängigkeitserklärungen im Baltikum in einen Argumentationsnotstand komme. Diese Betrachtung ist inzwischen völlig überholt* (als Ergebnis des gescheiterten Putsches in Moskau). *Aber inzwischen drängen sich angesichts der zerfallenden Sowjetunion bereits andere, näherliegende Parallelen mit Jugoslawien auf.“* Die — so sollte man hier fortfahren — in der Sowjetunion zu Lösungen führen, aber in Jugoslawien in einen also vermeidbaren Bürgerkrieg münden. Wer schob den Internationalisten van den Broek zu diesem Zeitpunkt in die entscheidende Stellung in der EG?

2.9.1991: Der kroatische Präsident ruft Außenminister Genscher persönlich an, um ihm mitzuteilen, daß die Serben und die Volksarmee trotz Waffenstillstand weiterkämpfen. Genscher bestellt sich daraufhin den jugoslawischen Gesandten, um ihn zu warnen. Das sei ein Verstoß gegen den soeben unterschriebenen Waffenstillstand und hätte ernste Folgen (328). Zugleich macht es den Eindruck, als wolle Genscher der völlig ins Abseits gedrängten Regierung **Markovic** wieder Stellenwert geben.

Drei der sechs jugoslawischen Republiken weigern sich, weiter Rekruten zu stellen (Slowenien, Kroatien, Mazedonien) und Bosnien-Herzegowina erwägt eine gleiche Maßnahme. Rekruten werden also nur noch Serbien und Montenegro stellen. Mazedonien blockierte eine Rekrutierung durch Konfiskation der Register und Dokumente in den militärischen Amtsstuben. (329).

Am 4. September erklärt Genscher erneut im Bundestag, daß *„Deutschland nicht lange stillhalten werde, wenn die Volksarmee weiterhin gegen die beiden Republiken kämpfe. Die Stunde der Anerkennung der beiden Staaten rückt mit jedem Geschoß näher, daß Ihre Kanonen und Tanks abschießen. Wir können nicht mehr lange nur beobachten und hoffen.“* Wir werden es schon bald darauf erleben, was man von derartigen leichtfertigen Phrasen Genschers zu halten hat. Man erinnert einen Ausspruch Bismarcks aus dem Jahre 1872, *„daß es ein gewöhnlicher Fehler deutscher Politik ist, sich zu früh auf die Ereignisse in einer bestimmten Richtung vorzubereiten.“*

An jenem Tage wurde Kroatien durch Besetzung einer Überlandstraße durch die Volksarmee von Slawonien getrennt. In dem abgetrennten Teil werden erbitterte Kämpfe ausgetragen (330). Das Belgrader Nachrichtenmagazin „Nin“ jubelt: *„Eine überzeugende Mehrheit der Serben betrachtet Slobo Milosevic als militärischen Triumphator, als denjenigen, der im ersten serbisch-kroatischen Krieg den Sieg errungen hat.“* (331).

Erneut also warnte Genscher die jugoslawische Armee, daß es zu ernsten Folgen käme, wenn die vereinbarte Waffenruhe nicht eingehalten wird. Das ist derzeit das vierte Mal, daß eine solche Warnung ausgesprochen wird. Offensichtlich steht hinter diesen Warnungen keine Durchsetzungskraft. Auf diese Weise manövriert sich Genscher in eine diplomatische Sackgasse. Vergleichbar ist es mit den ergebnislosen gleichzeitigen Bemühungen Bakers, zu einer Nahostkonferenz zu kommen. Wird diese **Sackgassenpolitik** zu einem Merkmal heutiger Außenpolitik? Sie stünde damit im Widerspruch zu dem, was man bisher von einer Außenpolitik erwartete. Will man den Unterschied erkennen, so höre man, was Harold Nicolson von der britischen Außenpolitik (als es noch eine solche gab) sagt: *„Was für ein großes Bankhaus der Kredit ist, das ist für die Leitung des Britischen Imperiums das* **Prestige.** *Dieses Prestige beruhte auf bestimmten, klar nachweisbaren Methoden: niemals einzugreifen, sofern das Eingreifen nicht entscheidend wurde; niemals etwas zu versprechen, sofern nicht das Versprechen erfüllt werden konnte; sich nicht darum zu kümmern, was für Hintergedanken der andere haben mochte, ihn aber nicht im Zweifel über die Bestimmtheit unserer Absichten zu lassen. Gerecht zu sein, großzügig und vor allem zuverlässig.“* (332).

Wie erschreckend weit ist Genscher doch von solchen Kriterien entfernt! Den festen Boden der Wirklichkeit verlassen, Unerfüllbares versprechen, muß die Folge davon sein, der Außenpolitik eine unwirkliche und unbestimmte Zielsetzung aufzuerlegen. Dann wird Außenpolitik zu einem Poker, an dem mitzuspielen es allerdings keines Prestiges bedarf. Doch, fordern wir nichts Unmögliches! Setzen nicht die Nicolsonschen Forderung einen souveränen Staat voraus? Ist nicht die bestehende Unzuverlässigkeit eine Folge der stillschweigenden Entmachtung aller Staaten, ohne daß aber die an dieser Entmachtung arbeitenden Kräfte schlagkräftige Ersatzinstrumete für ein geordnetes internationales Zusammenleben schufen?

Daß Undank der Welt Lohn ist, muß auch Genscher erfahren. Trotz seiner dauernden Katzbuckelei gegenüber den „Siegern“ „spielen längst vergessen geglaubte Animositäten gegenüber den Deutschen eine unangemessene Rolle“, muß er selbst feststellen. *„Nicht nur in Den Haag wächst die Besorgnis vor Bonner Alleingängen. Auch in Italien, Großbritannien und Frankreich geht das diplomatische Engagement zugunsten des jugoslawischen Zentralstaates zunehmend einher mit der Angst vor einer neuen deutschen Großmachtstellung in Zentraleuropa. Am deutlichsten drücken sich die französischen Diplomaten aus. Ein Spitzenbeamter von Außenminister Roland Dumas stellte klar, warum die prokroatische Politik der Deutschen gestoppt werden müsse: ‚Weil sie sonst als nächstes die Selbstbestimmung für Schlesien und das Elsass verlangen‘.“* (333).

Friedenskonferenz

Auf der „Friedenskonferenz der EG“ auf die wir nunmehr zu sprechen kommen müssen, hört man geduldig dem serbischen Vertreter zu, der Jugoslawien nach seinen Worten vor der Zerstückelung retten will und dem die umgestimmten EG-Außenminister vorhal-

ten, daß es zunächst einmal um eine **Waffenruhe** geht. Denn während in Den Haag Friedenspläne geschmiedet werden, greift die Volksarmee weiter an und überzieht ganz Kroatien mit Krieg. Man glaubt den Zusicherungen und Unterschriften, die in Den Haag gegeben werden und sieht wieder einmal nicht, was im Gelände vor sich geht. Denn: Es wäre sogar überhaupt nicht zu verstehen, daß etwa ausgerechnet das weiterhin in Sozialismus und Kommunismus verankerte Serbien sich gegen nationale Befreiungsbewegungen wendete. Ist doch für **Lenin** das Nationale eine aus der historischen Situation begründete Übergangsform auf dem Wege zum Endzustand. Lenin versteht unter dem Selbstbestimmungsrecht vor allem die politische Selbstbestimmung, d.h. das Recht auf Sezession und die Bildung eines eigenen unabhängigen Nationalstaates. Mit der „Freiheit der Sezession" ist bei Lenin die „Freiheit der Vereinigung" aufs engste verbunden. **Stalin** seinerseits hat schon 1913 zusammengefaßt: *„Die Nation kann sich nach eigenem Gutdünken einrichten. Sie hat das Recht, ihr Leben nach den Grundsätzen der Autonomie einzurichten. Sie hat das Recht, mit anderen Nationen in föderative Beziehungen einzutreten. Sie hat das Recht, sich gänzlich loszutrennen."*

„Die Nation ist souverän und alle Nationen sind gleichberechtigt." Der angestrebte Endzustand aber ist das Menschheitskollektiv. Wenn aber das Nationale eine notwendige Zwischenstufe auf dem Wege zum Endziel darstellt, dann ist eine Bindung an diesen Grundsatz, soweit dem keine lebenswichtigen proletarischen Interessen entgegenstehen, nicht nur zulässig, sondern erwünscht. Von daher muß man es verstehen, daß sich die serbisch geführte Volksarmee darum bemüht, eindeutige nationalgefärbte Siedlungsgebiete zu schaffen. Sowohl die Forderung auf eine Änderung der kroatischen Grenzen im Bereich der Kraijina wie auch die Zwangsvertreibungen von Kroaten in Slawonien, der Voywodina und vielleicht auch eines baldigen Tages in Bosnien sollen eine Bereinigung im Vorfeld zu weiteren weltrevolutionären Plänen darstellen. Die Kraft nationaler Befreiungsbewegungen soll für die Weltrevolution nutzbar gemacht werden und sie ist naturgemäß dann am stärksten, wenn Staatsgebiet und Siedlungsgebiet übereinstimmen. (334).

Um so erstaunlicher ist es, daß sich die Außenminister der EG von Serbien hinters Licht führen ließen. Sie merken nicht, daß Serbien mit der militärischen Überlegenheit zwei Trümpfe in der Hand hat. Es steuert mit dem militärischen Einsatz einem und demselben Ziel unter zwei verschiedenen Überschriften zu: Entweder ein konföderatives Jugoslawien oder eine Reihe von souveränen Republiken, deren wichtigste Großserbien heißt. Jeder Schuß, jede Truppenbewegung kann in der einen oder der anderen Weise interpretiert werden.

Schon gar nicht scheint man im Westen die Möglichkeit zu sehen, dem weisen Lenin nachzufolgen und auch bei ihren Weltplänen das Nationale als wichtige Zwischenstufe einzubauen.

Dabei ist zu beachten, daß „national" und „national" in Paris, bzw. Agram etwas völlig anderes bedeutet. In Paris ist es der Staat, dem man angehört. Wer in der Kategorie der Nationalstaaten denkt, der ist ein Nationalist. Und diese Nationalstaaten bestehen in Westeuropa schon seit mehreren Jahrhunderten. In Südost- und in Osteuropa bezeichnet „national" aber die Zugehörigkeit zu einem ganz bestimmten Volk. Da ist es ein Begriff mit völkischen, rassischen und religiösen Merkmalen. Wie in Frankreich ist eine ganz bestimmte Kultur das Ergebnis, doch ist hier die Kultur sehr fest verankert im völkischen Zusammenhalt, nicht in der staatlichen Verwaltung und Hierarchie. Korsen und Basken und Elsässer gehören zur französischen Nation. In Kroatien lebende Serben gehören nicht zur Nation, sie sind eine Minderheit.

Das übersah man am Ende des I. Weltkrieges, als man die Völker Osteuropas von ihren bisherigen Klammern (Türkei, Rußland, Österreich) „befreite" und sie mit einer neu-

en, rein philosophisch erdachten Klammer beglückte, anstatt ihnen endlich die Freiheit zu geben, die sich Westeuropa auf den Katalaunischen Feldern und vor Liegnitz vor Jahrhunderten erkämpfte.

Der 1991 dann unternommene Versuch, in Osteuropa einen westlichen Begriff Nation zwangsweise einzuführen bevor man eine solche Nation schuf und anerkannte, führt zu schwersten Erschütterungen ganz Europas (dazu Gustav Norgall in MZ 13.7.1991).

Es sieht so aus, als hätten die EG-Außenminister während ihrer Friedensbemühungen erkannt, daß sie nichts anderes taten, als Korn in Belgrads Scheuern zu fahren. Es war ein geschicktes Spiel, das die serbische Führung trieb: Mit dem Angriff der Volksarmee (den man nach den beruhigenden Friedensbetörungen der Serben in Den Haag unterschätzte), brachte man die EG in Harnisch und veranlaßte die Herren Außenminister, sich als Förderer einer doch notwendig werdenden begrenzten Sezession stark zu machen, gegen ihren ursprünglichen Willen und gegen ihre eigenen Weltpläne, in dem (irrigen) Glauben, sich damit den serbischen wahren Absichten zu widersetzen. Inzwischen aber baute Serbien sich seinen Staat mit Waffengewalt bis an die Siedlungsgrenzen aus, ungehindert im wesentlichen, weil man ja in Serbien den Garanten der jugoslawischen Einheit sah. In Wirklichkeit aber zogen sowohl EG wie Serbien am gleichen Strang und in der gleichen Richtung. Die EG dachte an Slowenen, Kroaten und Mazedonier, die Serben an Großserbien.

Gäbe es einen Staatsmann in Europa, so sollte es ihm also verhältnismäßig leicht fallen, beide Seiten an einen Tisch zu bringen und sogar eine gemeinsame Prozedur in Richtung eines Friedensplanes auszuarbeiten. Er würde sich „einfach" auf das von allen jetzt anerkannte Nationalitätenprinzip stützen. Keine der Parteien hätte es dann aus Angst vor dunklen Hintergrundmächten noch nötig, einen solchen Weg als Zwischenstufe zu einer Eingliederung aller neu entstehenden Staaten in ein gemeinsames Europa abzulehnen.

Das war ursprünglich nicht vorherzusehen, denn die EG (und auch die USA) mußten erst einmal völlig umdenken, und die neuen Länder mußten bereit sein, auch bezüglich ihrer eigenen Grenzen die Folgerungen aus dem von ihnen auf den Thron gehobenen Nationalitätsprinzip zu ziehen.

Um eine solche Entwicklung möglich zu machen, und in Erkennung der Tatsache, daß militärische Macht nicht zu solchen Zielen eingesetzt werden darf, heißt der erste Schritt **„Waffenruhe"**. Ist diese wirklich einmal erreicht, dann sieht die ganze Geschichte sofort ganz anders aus. Dann gilt nur noch die Fähigkeit, zu verhandeln. Und diese ist dann allen anderen weit überlegen, wenn sie sich auf eine unsichtbare Fronde von Verschwörern stützen kann, die ihre Karten unter dem Tisch austauschen, wie es bei der Freimaurerei der Fall ist, und wie es schon erkennbar wird.

In den Berichten über die kommenden Wochen und Monate werden wir jetzt Zeugen einer Entwicklung im jugoslawischen Raum sein, die gleichzeitig verschiedenen, gegensätzlichen Motoren gehorcht. Da verteidigen Kroatien und Slowenien die erklärte Unabhängigkeit gegen vermehrte, massive Angriffe der Volksarmee und den von ihr bewaffneten und mit ihr verbündeten serbischen Freiwilligenformationen, die ihrerseits entweder ein von Serbien dominiertes Jugoslawien oder ein Großserbien nach einem auseinandergefallenen Jugoslawien herbeiwünschen. Weniger bedeutend, aber in ihren Wohngebieten entscheidend sind außerdem die Mazedonier, die Albaner in Kossovo und die Ungarn. Sie sind Gegenstand dauernder serbischer Angriffe. Während so alles in Jugoslawien auseinanderstrebt, tritt die „Europäische Gemeinschaft" zunächst immer noch auf den Plan mit dem gegenströmenden Ansinnen, Jugoslawien mit so viel Attributen wie nur möglich (Wirtschaft, Geld, Außenpolitik) zu erhalten, und meint dabei, in der jugoslawischen Regierung unter Markovic einen Gesprächspartner zu finden. Selbst als man bereits von einer (nicht klar definierten!) neuen Föderation „souveräner" Republiken spricht, behält man

in der Hinterhand die Möglichkeit einer Paktierung mit dieser im Auge. Je nachdem, wer das ominöse Wort „Frieden" ausspricht, gibt ihm also seinen besonderen Sinn. Diese Sprachverwirrung geht so weit, daß die dann von der EG einberufene „Friedenskonferenz" von den Menschen in den jugoslawischen Teilrepubliken als ein Unternehmen erlebt wird, das zum totalen K r i e g führt. Die Gleichzeitigkeit dieser verschiedenen Eingriffe erschwert das Verständnis der Vorgänge.

Am 1. September unterzeichnet der EG-Ratsvorsitzende, der holländische Außenminister von den Broek zusammen mit dem Vorsitzenden des jugoslawischen Staatspräsidiums, Stipe Mesic, dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Ante **Markovic** und den Präsidenten der sechs Republiken einen **unverzüglichen Waffenstillstand** und ordnet die Ausdehnung der EG-Beobachtermission auch auf Kroatien aus. Wir werden uns noch an die Tatsache gewöhnen müssen, daß trotz solcher Abkommen weitergeschossen wird.

Gleichzeitig verstärkt sich der Angriff auf kroatische Städte, die einem späteren Großserbien geographisch im Wege stehen würden. In Brüssel rufen über 1000 kroatische Frauen vergebens vor dem Gebäude der EG-Kommission „Rettet unsere Söhne!" und „Stoppt den Krieg!" Angesichts der beginnenden Einschließung von Wukowar und schwerer Angriffe auf die Stadt Kostajnica nimmt Kroatien eine Teilmobilmachung vor.

Nachdem es zu dieser Unterzeichnung eines Waffenstillstandes gekommen ist, *„treffen sich am 3.9.1991 in Den Haag die Außenminister der EG, um die Einzelheiten einer* **Friedenskonferenz über Jugoslawien** *zu beraten."* (335). Es wird sogar bereits eine **Schlichtungskommission** aufgestellt, die aus fünf Verfassungsrichtern besteht, je einem aus der BRD, Italien und aus Frankreich. Sie soll sich mit denjenigen Fragen beschäftigen, die sich im Rahmen der Verhandlungen nicht lösen lassen. Beobachter der KSZE wurden ebenfalls in die Gespräche integriert. *„Die Tatsache, daß Serbien sogar den Waffenstillstand mit unterzeichnet hat, bestimmt van der Broek dazu, von vorgesehenen Sanktionen gegen Serbien abzusehen."* (336). Der genannten Schlichtungskommission wird sogar bereits der Friedenspalast in Den Haag zur Verfügung gestellt. Wegen der Erweiterung der Anzahl der Inspektoren auf 200 werden sofort solche aus Kanada, Schweden, der Tschechoslowakei und Polen in Marsch gesetzt. Spanien, Portugal, Dänemark, Italien, Frankreich und Holland haben die Sendung von verschiedenen Dutzenden solcher Beobachter in den nächsten Tagen vorgesehen. (336). Doch, es wird weitergeschossen. Kroatien meldet, daß die Autobahn Zagreb-Belgrad unterbrochen ist, da serbische Verbände die Stadt Kosovac angriffen. Der kroatische Außenminister Zvonimir Separovic beklagte sich, *„daß die EG zu wenig und zu spät getan hat, um das Blutvergießen in Kroatien zu vermeiden, insbesondere in den Spannungsgebieten an der Grenze zu Serbien."* Doch die Kämpfe werden nur noch stärker, obwohl Mesic betonte, daß *„ein Versagen des von der EG patronisierten Waffenstillstandes Folgen in ganz Europa haben wird."*

Mit gemischten Gefühlen begeben sich die Komparsen zur Friedenskonferenz nach Den Haag. Am 7. September läuft die Eröffnung derselben vom Stapel. Sehr ernste Warnungen für den Fall eines Mißerfolges werden vergebens ausgesprochen. *„Europa steht am Rande eines großen Unglücks wegen der jugoslawischen Frage"*, meint Hurd. Carrington, der als Moderator auf der Konferenz auftritt: *„Nachdem man heute morgen einige der Erklärungen angehört hat, ist bewiesen, daß es erhebliche Schwierigkeiten geben wird."* Stipe Mesic und Ante Markovic brachten ihre Sorge wegen der Verletzungen des Waffenstillstandes zum Ausdruck.

Die Präsidenten der Oppositionsparteien von Serbien, Slowenien und Kroatien treffen sich am 8. September in Genf und unterzeichnen dort nach längerer Sitzung ein Dokument „der guten Absichten", in welchem jedoch nicht das Problem der Minderheiten berührt wird. Es ist nicht mehr als der Versuch, einen weiteren Bauern im Felde zu haben, der sich

als projugoslawisch-antikommunistisch ausweisen kann.

Die Drohung mit einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens stand nicht mehr auf dem Programm. Van der Broek meinte, es sei jetzt die Aufgabe von Lord Carrington, erst einmal für Waffenruhe zu sorgen. Der slowenische Außenminister bemängelte, daß neben Französisch und Englisch nur Serbokroatisch, nicht aber Slowenisch und Mazedonisch Verhandlungssprache seien. Von Deutsch sowieso keine Rede.

Ein erneuter Vorschlag Kroatiens für einen Waffenstillstand am 8. September wird von dem jugoslawischen Verteidigungsminister Veljko Kadijevic abgelehnt. Er bestätigte sogar, daß seine Truppen sich anschickten, eine entscheidende militärische Operation gegen die Separatisten zu starten. (337).

Am 9. September stimmen etwa 75% der Stimmberechtigten in **Mazedonien** für die Souveränität der Republik. Es steht damit nach allgemeiner Meinung fest, daß Mazedonien nicht in einem zerstückelten, von Serben beherrschten Jugoslawien verbleiben würde.

Am 10. September unterzeichnet der EG-Sonderbotschafter, der niederländische Botschafter in Paris, Henri Winaendts, mit dem selbsternannten Regierungschef der serbischen Bevölkerung in der kroatischen Kraijina Milan Babic, in Knin „nach langem Widerstand" einen Vertrag, in welchem *„die Angehörigen der Territorialverteidigung der Kraijina künftig nicht als erste das Feuer eröffnen werden." „Damit ist die formelle Voraussetzung für die Entsendung von EG-Beobachtern in das dalmatinische Hinterland erfüllt."* (338). Damit ist aber auch eine Anerkennung dieser serbischen illegalen Tschetnikformation auf kroatischem Boden als kriegführende Partei erfolgt!

Am 11. September wird von Mitterand und Antall in Paris ein französisch-ungarischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Aus diesem Anlaß erklärt der ungarische Ministerpräsident Antall: *„Es ist eine Schande für ganz Europa, daß die Welt machtlos dem Blutvergießen in Jugoslawien zuschaut. Die EG, die USA und andere europäische Länder samt der neuen Sowjetführung müßten in Jugoslawien eng zusammenarbeiten."* (339).

Am 12. September spricht Präsident Mesic von einem **Putsch** der jugoslawischen Armee, die den auch von ihrer Führung unterzeichneten Waffenstillstand nicht einhält, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, einzuschreiten. Die für diesen Tag angesetzte Friedenskonferenz wird auf den folgenden Tag verschoben.

Lord Carrington beabsichtigt, „in den nächsten Tagen", heißt es am 13. September, eine Reise nach Jugoslawien zu unternehmen. „Themen der Besprechungen mit Milosevic und Tudjman seien die Möglichkeiten einer Neuordnung des Landes beispielsweise als Union souberäner Republiken, sowie die Einhaltung der Minderheiten- und Menschenrechte." (340). Es ist das, was hier noch als „beispielsweise" bezeichnet wird, was dann als „Friedensplan" ultimativ vorgelegt werden wird.

Nach zweitägigen Beratungen in Venedig in Gegenwart der deutschen und italienischen Diplomaten auf dem Balkan, sprachen sich am 14.9.1991 Genscher und sein italienischer Kollege De Michelis für einen sofortigen Rückzug der jugoslawischen Armee aus Kroatien aus. Das geht weiter als die bisherige Forderung nach einem Rückzug in die Kasernen.

Aus Brüssel vermittelt Manfred Rist am 16.9.1991 in der NZZ den Eindruck, daß es *„tiefe Risse in der Jugoslawienpolitik der EG gibt."* Großbritannien und die Niederlande wollen von einer Anerkennung Kroatiens und Sloweniens nichts wissen, im Gegensatz zu den Meinungen aller anderen Außenminister, die allerdings untereinander abweichende Auffassungen vertreten.

Die FAZ überschreibt einen Kommentar über die Friedenskonferenz mit den Worten „Blamage in Den Haag".

Die EG schlug Slowenien und Kroatien vor, ihr dreimonatiges Stillhalten einer Realisierung der Unabhängigkeit bis auf den 12. Oktober zu verlängern. Der Vorschlag wird

von beiden abgelehnt. Der kroatische Außenminister erklärt in Den Haag, die Friedenskonferenz habe Frieden zu stiften, sich aber nicht mit der zukünftigen Ordnung in Jugoslawien zu befassen. Sprach's und reiste ab.

Truppen aus Bosnien werden an die **Adria** verlegt. Es kommt zu bosnischen Straßensperren auf ihrem Wege. Die Truppen sind dazu bestimmt, die jugoslawischen Garnisonen an der Adria zu verstärken. Genannt werden Split, Benkovac und Sibenik. In Sturmbooten werden Truppen von **Montenegro** an die dalmatinische Küste transportiert.

Die jugoslawische Aggression gegen Kroatien wird damit begründet, daß man die von Kroaten belagerten **Bundeskasernen** in Kroatien entsetzen müsse. Nach kroatischen Schätzungen stehen bereits 150.000 Serben gegen 40.000 kroatische Milizangehörige auf kroatischem Boden. Der holländische Außenminister meint dazu, *„die Kroaten betreiben eine bewußte Eskalation der Gewalt."* (341).

Ihn kontert daraufhin ein Sprecher des Auswärtigen Amts in Bonn: *„Die Auffassung des holländischen Außenministers entfernt sich von der Auffassung, die der deutsche und der italienische Außenminister gestern in Venedig zum Ausdruck brachten. Danach ist das Vorgehen der jugoslawischen Volksarmee verantwortlich für die Zuspitzung der Dinge in Jugoslawien."* Die CDU/CSU forderte am gleichen Tage von der Bonner Regierung eine Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Man befürchtet die Schaffung „libanesischer Zustände" in Jugoslawien.

Die soeben erwähnte Belagerung der jugoslawischen Kasernen in Kroatien wird von dem holländischen Außenminister kritisiert: *„Das heizt die Lage an."* Dabei steht fest, daß eine Freigabe dieser Kasernen der Volksarmee sofort bedeutenden Nachschub von Waffen bedeuten würde. Eine derartige Bemerkung beweist nicht nur ein mangelhaftes Demokratieverständnis. Es beweist auch erneut die Unehrlichkeit der Parolen dieses EG-Repräsentanten. So erinnert es an das, was schon vor mehr als 70 Jahren erkannt wurde als *„raffinierte, sinnfälschende Phraseologie der Freimaurerei in der Politik."* (342). Fritsch stellt bereits vor zwei Generationen fest: *„Alles, was ihnen* (den Freimaurern) *hinderlich ist, bezeichnen sie als reaktionär, freiheitsfeindlich und despotisch."* Heute sind wir Zeugen der bereits in weiten Kreisen erkannten Tatsache, daß sich — so sollten wir sagen — die herrschenden Politiker unter Zeichen und Taten der Freimaurerei als reaktionär (status quo nennen sie es), freiheitsfeindlich (unverletzliche Staatsgrenzen. Wer sich auflehnt ist ein Rebell, ein Aufrührer und kein Freiheitsheld) und despotisch (Friedensdiktate) verhalten. Man könnte sogar keine passenderen Ausdrücke finden, um den Kampf der EG und der USA und der KSZE gegen die Völker in Jugoslawien zu umreißen.

„Raffiniert" und „sinnfälschend" werden vor allem heute auch die beiden Worte „Staat" und „Chaos" ins Feld geführt. Die EG schwingt sich auf zum Verteidiger der Staatlichkeit Jugoslawiens. Denn, wenn man diese fallen ließe, drohe das Chaos. Mehrfach wird das wörtlich von den Wortführern der EG ausgesprochen. Dabei zeichnen sich die gleichen Prototypen der Freimaurerei auf der ganzen Welt dadurch aus, daß sie alles daransetzen, den Staat zu schwächen. Man nimmt ihm die Wehrhoheit, die Finanzhoheit, die Bildungshoheit, den Anspruch auf Traditionen und Geschichte. Man privatisiert seine Dienstleistungen, verwässert den Sinn seiner Grenzen, verpöhnt seine Verteidiger in Vergangenheit und Gegenwart, summa summarum, man tut alles, um ihn lächerlich und kraftlos zu machen (gerade wird ein Japaner Ministerpräsident, der seit dem Lockheadskandal eine schmutzige Weste hat. Gerade klagt das venezolanische Parlament den ehemaligen Präsidenten Jaime Lusinchi wegen Korruption während seiner Amtszeit an. In den USA wird ein Neger Oberster Richter, der einen unsittlichen Lebenswandel führt, usw.!). Ausgerechnet aber im Falle Jugoslawiens soll der Staat erhalten bleiben. Denn man befürchtet von seiner Auflösung ein Chaos, während man derartige Folgen anderswo

nicht sieht, ja ausgesprochen herbeizieht, etwa in der Drogenszene, dem Asylantenmißbrauch, der Unterwühlung der Erziehung, den Milliardenverschuldungen der Öffentlichen Hand, den ungehinderten mannigfaltigen ökologischen Verbrechen (am 6. November 1991 wird endlich die letzte brennende Ölquelle in Kuwait gelöscht,), der tolerierten wachsenden Kriminalität, dem immer deutlicher organisierten selektiven Terrorismus (etwa im post-Pinochet-Chile).

Ausgerechnet da, wo die Völker sich erheben, um allen diesen sichtbaren Gefahren entgegenzutreten und ihr Schicksal in feste eigene Hände nehmen wollen, da soll ein Chaos drohen! Diesen unseren Sätzen ist nichts entgegenzuhalten, doch könnte man ihnen seitenweise weitere Beweise hinzufügen. Sie beweisen darum, daß die Ansicht hinter dem Vorgehen der EG und der UNO und der KSZE und der NATO etwas ganz anderes sein muß. als das, was man vorgibt. Es geht nicht um Staatserhaltung und Chaosvermeiden. Es geht um die Verhinderung der Bildung sauberer, starker Staaten mit zufriedenen, ausgewogenen Menschen. Man will Ordnung verhindern und ein Chaos schaffen. Als Vorstufe zu einer ausgedachten, utopischen Welt, in der die Herrschaft einer geheimbündlerisch verpflichteten Minderheit über ein Milliardensklavenheer verankert ist. Eine Weltherrschaft, die aufgebaut ist auf Maximen, die seit dem Entstehen der alten Kulturen im Zweistromland als „böse" erkannt wurden. Das Erstaunliche nur ist, daß man derartige Warnungen gegen die „Gnostiker" schon seit so langem aussprach, daß sich immer wieder neue Beweise für ihre Richtigkeit anhäuften, daß aber immer noch bis heute sich Stimmen hören lassen, die so etwas als übertriebene Spinnerei auffassen. Immer wieder fallen die Menschen herein auf sinnfälschende Redensarten. Noch der vorletzte, in Ketten gelegte Mensch wird der Toleranz der Einweltler Glauben schenken.

Doch ist es ein Charakteristikum unserer Zeit, daß die Widerstände gegen diese unehrliche Freimaurerpolitik derart zunehmen, daß die Regierenden gezwungen sind, ihre Masken fallen zu lassen. Mit jedem Tag wird es deutlicher, daß die Freimaurerei sich auf einem Wege befindet, auf dem sie sich selbst laufend höhere Widerstandsberge anhäuft. Vielleicht ist es nicht einmal mehr verfrüht, festzustellen, daß die Verlogenheit des freimaurerischen Vorgehens nur so lange durchzuhalten war, als immer wieder Menschengruppen gefunden werden konnten, zu deren (augenblicklichen) Gunsten man angeblich vorging. Daß aber dieses dauernde Ausspielen gegeneinander, die Parteinahme immer zugunsten des jeweils schwächeren, nicht mehr funktioniert, seitdem die g a n z e Welt von den Logenplänen betroffen ist. Darum mehren sich überall auf der Welt fast gleichzeitig und immer wieder unter den gleichen Emblemen die Widerstände gegen die künstliche Eine Welt.

Am 16. September schlägt **Belgien** vor, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Anerkennung Jugoslawiens als Mitglied zurückziehe, wenn die Volksarmee nicht aus Kroatien abrücke. Sie kann sich auf einen Präzedenzfall berufen. Im Mai 1941 wurde der jugoslawische Gesandte in Moskau, Gavrilovic, ins sowjetische Außenkommissariat berufen, wo Wyschinski ihm mitteilte, die Sowjetunion sehe seine Mission als beendet an, da Jugoslawien seine Souveränität verloren habe. (Dazu II, 532). *„Wir sollten ein Ultimatum an Serbien richten"*, meint Belgiens Außenminister Eyskens.

Am 17. September spricht sich der in London weilende jugoslawische Außenminister **Loncar** gegen eine bewaffnete Intervention vom Ausland her aus. Es ist die Antwort auf die niederländische Anregung in der Westeuropäischen Union WEU-Friedenstruppen nach Jugoslawien zu senden, um die Arbeit der EG-Beobachter zu sichern, *„die zunehmend erschwert werde"*. Genscher berief daraufhin den WEU-Ministerrat nach Den Haag für den 19. September ein.

Kohl erreicht in Washington eine gemeinsame Erklärung mit Bush, wonach Änderun-

Empeñados en sofocar la rebelión de los croatas

RIO NEGRO, sábado 2 de noviembre de 1991

Al retirarse de Dubrovnik, rebeldes critican a Occidente

DUBROVNIK, Yugoslavia (Reuter)

Rebeldes croatas atrapados rechazaron toda rendición

El Ejército y la Armada mantienen un rígido bloqueo en Dubrovnik

BELGRADO (Reuter) -

Für die argentinische Presse sind die Kroaten Rebellen.
Reuter liefert dazu die Meldungen.

gen infolge militärischer Operationen nicht anerkannt werden sollen.

Lord Carrington begibt sich auf den angekündigten Weg in das heiß umkämpfte Dubrovnik. Welche Bedeutung das hat, ergibt sich aus dem weiteren Schicksal dieser Stadt. Am 17. September gelingt es Lord Carrington dann nach vierstündigen Verhandlungen im bosnisch-kroatischen Grenzgebiet einen neuen Waffenstillstand abzuschließen, den Tudjman, Milosevic und Kadijevic unterzeichnen. Die Beteiligten nannten es *„eine letzte Friedensmöglichkeit“*. (343)

Am 19. September muß der kroatische Verteidigungsminister dann mitteilen, daß die Bundesarmee mit einer weiteren Offensive gegen Kroatien begonnen hat, deren Ziel die Eroberung der kroatischen Städte Wukowar und Esseg (Osijek) ist.

Der Präsident von **Mazedonien** begibt sich nach Sofia, wo er ein bulgarisch-mazedonisches Abkommen gegenseitiger Wirtschaftshilfe abschließt.

Am 18. September erklärt Mesic, er werde am 7. Oktober sein Amt als Staatspräsident niederlegen, *„denn Jugoslawien besteht nur noch auf dem Papier.“* Später widerruft er diesen Schritt, *„da die Völker Jugoslawiens noch seine Hilfe brauchen.“*

Der Präsident von Mazedonien sucht Genscher auf und betont die Notwendigkeit einer Souveränität der Republiken.

An der Adria werden mehrere Häfen von der jugoslawischen Marine blockiert. In Slawonien dauern die Kämpfe an.

Von Weizsäcker äußert sich bei einem Essen mit Mitterand: *„Selbstbestimmungsrecht, aber es ist auf friedlichem Wege durchzusetzen.“*

Am 19. September werden weitere 10.000 Rekruten in Serbien für die Volksarmee ausgehoben. Eine Kolonne von 400 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen fährt von Belgrad in westlicher Richtung ab. Man erfährt am kommenden Tag, daß der größere Teil nach Kroatien eindringt, während der Rest sich nach Bosnien begibt. Carrington betont, er werde seine Bemühungen um eine Kampfeinstellung fortsetzen. Auch in Bosnien wird jetzt mobilisiert. 17.500 von den 23.000 Aufgerufenen melden sich. Dabei wählen die Moslems und die Kroaten die Polizei und die Serben die Volksarmee. Die Partei des bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic und die Demokratische Bewegung, die in Agram regiert, fordern die Bevölkerung auf, die Durchfahrt militärischer Konvois aus dem serbischen Montenegro zu unterbinden.

Nirgends wird mehr bezweifelt, daß seit Eröffnung der „Friedenskonferenz“ eine erhebliche Erweiterung des Kriegsschauplatzes in Kroatien stattgefunden hat. Es ist eine Folge des jetzt sichtbarer gewordenen Machtvakuums, das die internationalen Organe geschaffen haben.

Gleichzeitig bemerken wir hier in Südamerika, daß sich eine proserbische internationale Sprachregelung in gewissen Kreisen etabliert. Wo es angeht, wird in den dicken Zeitungsüberschriften nicht mehr von „Kroaten“ gesprochen, sondern von „Rebellen“, von Aufrührern. Das geschieht insbesondere dann, wenn es sich um Meldungen von Reuter handelt. Es ist die Fortsetzung der Reuterschen Brunnenvergiftungen, die wir im Laufe der deutschen Vereinigung erlebten (dazu XII). Man kann nicht umhin, das als einen Versuch anzusehen, die EG in das englische projugoslawische Fahrwasser zu ziehen. Im übrigen paßt es gut zu der in Eruopa bereits zur Kenntnis genommenen Greuelpropaganda serbischer Politiker und Zeitungen, wobei sich „Nazis, Faschisten, Ustascha, Klerikale“ den guten Demokraten gegenüberstellen (344).

Zu Beginn eines offiziellen Besuches in **Budapest** behandelt der österreichische Bundeskanzler Vranitzky mit seinem ungarischen Kollegen Antall auch das Jugoslawienproblem. Vranitzky betont, *„beide Staaten seien dafür, alles zu unternehmen, daß die Kampfhandlungen eingestellt werden, daß ein Rückzug der Streitkräfte erreicht und damit eine*



„Schieß nur weiter – wir sagen einfach, die Deutschen seien an allem schuld!"

Grundlage für einen vernünftigen Aufbau neuer politischer Strukturen geschaffen werde. " Antall betont die Entschlossenheit Ungarns, sich eventuell EG-Sanktionen gegenüber Jugoslawien anzuschließen. Die Frage der Anerkennung hänge von der künftigen politischen und militärischen Lage ab. (345).

In der regierungsnahen Zeitung Borba (Belgrad) wird am 20.9.1991 mitgeteilt, daß der jugoslawische Premierminister Ante **Marcovic** seinem Verteidigungsminister Veljko Kadijevic den Befehl gegeben habe, die ihm unterstellten Truppen in Kroatien zurückzuziehen. Doch dieser verstärkte nur den Truppennachschub und ließ weitere Reservisten ausheben. Da sich die Fälle der Desertion häufen, werden die Gestellungsbefehle zum Teil nachts ausgehändigt und der Betreffende muß sofort mitkommen.

In dem genannten Artikel in Borba wird weiterhin mitgeteilt, daß **Markovic** von Kadijevic eine Stellungnahme zu den Behauptungen erwarte, die in der Presse davon sprechen, daß er nach Aussagen eines serbischen Generals beteiligt sei an dem Projekt der Schaffung eines Großserbiens, in welches alle von Serben bewohnten Regionen in anderen Republiken eingeschlossen werden sollen.

Frankreich hat nach Übernahme des Präsidiums im **Weltsicherheitsrat** eine dringende Sitzung der Außenminister angeordnet. Es geht um die Entsendung einer Friedenstruppe. Australien und Deutschland hatten bereits ebenfalls die Einschaltung des Sicherheitsrates gefordert. (346).

In der „The New York Times" kann man gleichzeitig lesen: *„Unglaublich ist es, daß die leitenden europäischen Männer so tun, als könnten sie sich einfach die Hände waschen angesichts dieser Katastrophe auf dem leicht entzündbaren Balkan. Diese ganze grandiose*



Van den Broek

Rhetorik in den letzten Monaten über neue kollektive Sicherheitsvereinbarungen in der Periode nach dem Kalten Krieg scheint wirklich nicht mehr als bombastischer Wortschwall . . . Ein Vorgehen der UNO ist kompliziert, weil Jugoslawien, obwohl es im Augenblick nur noch eine politische Erfindung ist, immer noch Mitglied der UNO ist. (Wir werden es wahrscheinlich doch erleben, daß man nicht die Flinte ins Korn werfen will, bevor nicht klar ist, daß man nicht doch noch die schöne Erfindung „Jugoslawien" retten kann). *Doch die Charta der UNO macht auch da ein Eingreifen möglich, wie es das Vorgehen gegen den Irak beweist."*

Ratlosigkeit herrscht in Straßburg in der Debatte im **Europaparlament** am 10. September 1991. Am 21. September richtet es eine Empfehlung an seine 25 Mitgliedstaaten, *„die Anerkennung der Republiken, die ihre Unabhängigkeit erklärten, ins Auge zu fassen."* Mit 62 gegen 51 Stimmen wurde dieser Beschluß gefaßt. Es ist der erste Schritt einer internationalen Organisation in Richtung der Anerkennung. Die Unabhängigkeit sei nach diesem Beschluß zu vollziehen *„in Achtung der Menschenrechte* (ohne das geht's nicht) *und der Minderheitenrechte, sowie unter Befolgung der geltenden internationalen Verträge."*

Frankreich teilt mit, daß es beabsichtige, eine Sitzung der Minister im Sicherheitsrat einzuberufen. Frankreich stellt, wie gesagt, derzeit den Präsidenten dieser Organisation. Österreichs Außenminister Mock begibt sich nach New York, um ebenfalls eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats zu fordern, *„denn der Sicherheitsrat ist die einzige Welteinrichtung, die das Recht hat, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um dem Völkermord in Kroatien ein Ende zu bereiten."*



Nachdem sechs Minister zurücktraten, fehlt der jugoslawischen Regierung von Ante **Markovic** jede Legitimität. Markovic fordert den Rücktritt seines Verteidigungsministers Kadijevic. Er wirft ihm vor, mit dem inzwischen abgesetzten russischen Außenminister Dmitri Yasov (der am Putsch gegen Gorbatschow beteiligt war) die Aushändigung modernster Waffen unter Umgehung der Belgrader Regierung in einem schriftlichen Vertrag im März 1991 vereinbart zu haben.

Der ehemalige DDR-Botschafter in Belgrad, Ralf Hartmann, kommt in der „Politika Ekspress" zu Wort: *„Der Aggressor ist nicht Serbien, sondern die Bundesrepublik Deutschland, deren Regierung mit einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens Jugoslawien zerschlagen und den deutschen Einfluß über Österreich, Slowenien und Kroatien bis zur Adria ausweiten will, um auf den Trümmern Jugoslawiens ein großgermanisches IV. Reich zu errichten."* (347).

Noch einmal wird versucht, die Internationalisten zur Vernunft zu bringen: *„Vielmehr scheint, daß man die nationale Phase im Leben eines Volkes so wenig überspringen kann, wie es möglich wäre, eine Steinzeitgesellschaft übergangslos in ein High-Tech-Zeitalter zu katapultieren. Märchenhafte Vorstellungen werden nicht deshalb wahr und realitätsnah, weil sie schön sind. Utopisches Fernweh und Zukunftsträume sollten mindestens aus der harten Tagespolitik herausgehalten werden. Im Zeitalter der Superatomraketen könnte es das Ende der Menschheit herbeiführen."* (348).

„Hier wird ein schrecklicher, blutiger Krieg geführt. Wir versuchen, unsere Minderheit zusammenzuhalten und mit den anderen in Verbindung zu bleiben. Unsere Lage ist sehr schwierig und wir haben wieder Angst vor der Fahndung, wie sie schon einmal zu Kriegsende mit all den schrecklichen Folgen passierte." Diese Sätze stammen aus einem Hilferuf, den der **Verein der Deutschen und Österreicher aus Esseg** (Osijek) an die Österreichische Landsmannschaft richtete. Während Mazedonien und Ungarn deutliche Warnungen an Belgrad richteten, ihre Minderheiten nicht anzurühren, ist uns von einem ähnlichen Schritt aus Bonn nichts bekannt geworden. (349).

Die Meldungen am 23. September lauten: Frankreich, England und Belgien haben um die Einberufung des Sicherheitsrates wegen Jugoslawien angesucht. UN-Generalsekretär Perez de Cuellar will nach Belgrad fliegen, doch überläßt er die Reise dann Cyrus Vance, wie wir noch mitteilen werden.

Zu einem kleinen Erdrutsch an der unbeweglichen Weltfront kommt es dann im Gefolge von der von Genscher ausgelösten Sitzung der WEU in Den Haag, auf der die Entsendung einer Hilfstruppe für die EG-Beobachter nach Jugoslawien Gesprächsthema ist. Die USA beeilen sich, mit ihrer NATO im Spiel zu bleiben und bekunden, daß sie bereit seien, sich bei einer Truppensendung, die über die NATO erfolgt, zu beteiligen. Das bedeutet eine völlige Kehrtwendung der bisherigen isolationistischen Politik Washingtons (350).

Man spricht von einem Waffenembargo der UNO, aber keine Entsendung von Truppen ist vorgesehen.

In Kroatien weiterhin schwere Kämpfe in Slawonien und an der Adria. Genscher teilt aus New York mit, daß die UNO die Friedensbemühungen der EG unterstützen würde. Die Friedenskonferenz soll in Den Haag erneut am 26. September tagen.

Am 25. September hält **Genscher** eine Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Man betont, es sei die erste Rede eines gesamtdeutschen Außenministers, gibt ihr also grundsätzliche Bedeutung. Man kann also programmatische Bemerkungen erwarten. Solche fallen auch. Nach Genscher sind die zu lösenden Probleme die Armut, die Überbevölkerung, die Ökologie. Von dem derzeit brennendsten Problem, dem der Selbstbestimmung der Völker innerhalb einer Weltordnung fällt kein Wort. Genscher kneift.

Am 26. September zieht sich das jugoslawische Heer (wie sich herausstellen sollte, vorübergehend) von dem belagerten Vinkovci zurück und verspricht den Rückzug einiger Einheiten aus Bosnien. Zugleich beschließt die Konferenz in Den Haag, ihre Arbeiten zu beschleunigen, um vor dem 7. Oktober Beschlüsse vorlegen zu können. Denn an jenem Tage erlischt die Stillhaltefrist, die sich Kroatien und Slowenien auferlegten. Das angekündigte **Waffenembargo** wird vom Sicherheitsrat erlassen. Die Konferenz beschließt, drei Arbeitsgruppen zu bilden:

1. um die Minderheitsfragen zu studieren.
2. Änderungen der Verfassung des Bundesstaates.
3. Die zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Republiken.

Mesic fliegt nach Washington, eingeladen vom nordamerikanischen Senat. Ebenfalls am 28. September läuft in Kosovo eine heimliche Volksabstimmung an, die aus technischen Gründen sich über mehrere Tage hinziehen wird. Ihr Ergebnis ist dann, daß 94% der Bevölkerung die Proklamation einer **Souveränen Republik Kosovo** fordern. 90% der Bevölkerung von Kosovo sind Albaner. Vor zwei Jahren verlor der Kosovo seine verfassungsmäßige Autonomie durch einen serbischen Staatsstreich.

Am 29. September kann man mitteilen, daß das Heer entschied, sich aus den Kasernen von Sibenik und Zadar (Zara) zurückzuziehen. Es gelingt, die Kontrolle der EG auf Bosnien-Herzegowina auszudehnen, verkündet der Chef der jetzt 200 EG-Beobachter, der



Wer bestimmt eigentlich in Serbien?



Der Uno-Vermittler Vance (rechts) beim serbischen Präsidenten Milosevic. (Bild ap)

(Dazu Foto in VI, 198)

Engländer Simon Smits.

Kroatien veröffentlicht eine **Teilbilanz der bisherigen Kriegsführung.** Danach wurden zwischen dem 15. und 27. September 214 Panzer und Truppentransporter erbeutet. Außerdem wurden 208 weitere schwere und leichte gepanzerte Fahrzeuge außer Gefecht gesetzt und 41 Flugzeuge abgeschossen und verschiedene weitere beschädigt. Somit verlor die Volksarmee 248 Panzer (davon 112 zerstört) und 174 Panzerfahrzeuge (davon 76 zerstört).

Die erwähnten Rückzugsbewegungen des Heeres sind eine Folge der kroatischen Zusage, die Belagerung der Kasernen zu beenden. Die Bewegungen erfolgen im Zuge des am 22. September unterzeichneten neuen Waffenstillstandes.

Doch kommt es dann erneut zu einem starken Aufflammen der Kämpfe im Raum im das begehrte **Dubrovnik.** Am 2. Oktober zählt man alleine 700 Tote. Während sich diese Kämpfe noch fortsetzen, begibt sich Tudjman nach Rom, um Italien zu bewegen, die kroatische Unabhängigkeit anzuerkennen. Er spricht mit Spadolini und mit dem Papst. Spät abends des gleichen Tages erklärt das slowenische Parlament mit großer Mehrheit die für den 8. Oktober angesetzte Unabhängigkeit. Den gleichen Schritt tut das kroatische Parlament ohne Gegenstimmen am 9. Oktober 1991.

In Belgrad kommt es zu einem **weißen Staatsstreich.** (In Südamerika nennt man so etwas einen „auto-golpe"). Die vier restlichen Republiken im Staatsrat, alle mit serbischer Orientierung, etablieren sich als „Jugoslawien". Diplomaten in Belgrad erklären, daß dieser neue Staat nicht anerkannt werden wird. Der Vorgang erinnert verteufelt an den Putsch unter General Simovich mit Unterstützung des britischen Obersten Donovan am 27. März 1941. Wir kommen noch einmal darauf zurück.

Wir sprachen bereits von dem Besuch von Milosevic in **London,** von der Erklärung Hurds, daß England sich für die Erhaltung der Einheit Jugoslawiens einsetzen wird, daß die wichtigste Voraussetzung für eine solche Verwirklichung, ein Waffenstillstand, von Engländern wie Lord Carrington und dem Chefbeobachter Smits vorangetrieben wird. Diese auffällige, eigenwillige Haltung Englands im Jugoslawienkonflikt fußt auf einer ungebrochenen Tradition. Denn England war es, das hauptverantwortlich für die Gründung und Stellung Jugoslawiens seit dessen Anfängen zeichnet. Um das Verständnis dort aufzufrischen, wo es notwendig ist, zitieren wir Theodor Fritsch (S. 13 ff.): *„Auch die tschechische und südslawische Bewegung stand unter dem Einfluß der Entente-Logen. Das tschechische Aktionskomitee unter der Leitung des Prof. Masaryk hatte seinen Sitz bei dem Großorient von Frankreich. Von hier aus erhielt die tschechische Unabhängigkeitsbewegung ihre Weisungen."*

„Die Südslawen spielen in Englands politischen Plänen von jeher eine wichtige Rolle. Sie mußten helfen, Österreich zu schwächen, ihm den Zugang zur See zu sperren und es zu einem bedeutungslosen Binnenstaat herabzudrücken, zugleich aber ein Gegengewicht zu bilden gegen ein allzu kühn emporstrebendes Italien. Allen solchen Machenschaften hing man ein schmückendes, beschönigendes Mäntelchen um durch das Schlagwort ‚Schutz der kleinen Nationen'."

„Um ihre Ziele durchzusetzen ist die gefälschte Entente-Freimaurerei niemals vor politischen Morden zurückgeschreckt. Die serbische Verschwörergesellschaft Narodna Obrana stand nachweislich im Dienste der serbischen Großloge. Sie vollzog den Mord am österreichischen Thronfolger. Der serajewoer Hochverratsprozeß hat die verbrecherischen Machenschaften der Entente-Freimaurerei unzweideutig aufgedeckt. (Ausführliches darüber in Dr. Wichtls Buch ‚Weltfreimaurerei'). Der Bombenwerfer Caprinowic erklärte vor Gericht, daß Ciganovic und Tunkosic, die führenden Persönlichkeiten der Narodna Obrana, die geistigen Urheber des Attentats und Freimaurer seien. Es kam dabei auch zutage,

daß in L o n d o n ein ‚Agitationsamt zur Verwirklichung politischer Ziele' besteht, das die Ausführung politischer Morde besorgt und im Budget des Foreign Office mit einem Jahresaufwand von 5. Mill. Pfund (100 Mill. Mark) vorgemerkt ist. Dieses Amt war auch an den Mordanschlägen gegen Jaurès, Witte, Casement, Rasputin und die Könige von Bulgarien und Griechenland beteiligt. Die Entente-Freimaurerei ist weiter beteiligt an der Ermordung des Königspaares von Portugal, dem Königsmord in Belgrad, der Ermordung des Ministerpräsidenten Canalejas und an Oberdanks Attentat auf den Kaiser Franz Josef.“

Bei der Zusammenfassung von **Morden der Freimaurerei** in Buch X (Frieden, Krieg und ‚Frieden') auf Seite 501 war uns klar, daß die Aufzählung unvollständig war. Wir müssen an dieser Stelle einige weitere Opfer der Freimaurerei nennen: (dazu auch II, 531).

Jean Paul Marat, 1793
Ferdinand II. von Sizilien, 1859
Humbert II. von Italien, 1900
Ministerpräsident José Canalejas, Spanien, 1854
König Carlos von Portugal, 1908
dessen Sohn Ludwig Philipp, 1908
Portugals Präsident Sidonio Paes
der Öst. Graf Latour, 1848
Ministerpräsident Graf Stürgkh, 1916
Zar Alexander II., 1881
Innenminister Rußlands Trepow, 1881
Gustav III von Schweden, 1792

An anderer Stelle dieses Buches befassen wir uns mit dem TERRORISMUS. In der Tat ist dieser, in Fortsetzung zu den **Fürstenmorden** des vorigen Jahrhunderts, ein Charakterzug der Neuen Weltordnung, obwohl sich auch gerade führende Freimaurer darum bemühen, ihm ein Ende zu setzen. Da er jedoch im Gegensatz dazu allgemein zunimmt, muß die Freimaurerei sich den Vorwurf gefallen lassen, „wie Pharisäer zu handeln“.

Erneut tritt **England** dann in Belgrad auf den Plan. Wir haben ausführlich die Vorgänge in unserem ersten Buch („Die Große Rebellion“ S. 485, ff.) beschrieben. England sorgte dafür, daß **Tito** die Macht ergreifen konnte. In keinem Augenblick jener Entwicklung hatte **Deutschland** die Absicht, seine Macht auf dem Balkan auf Kosten Jugoslawiens auszudehnen. Deutschland befolgte eine ausgesprochene Friedenspolitik und bemühte sich um einen tragbaren Ausgleich der Interessen auf dem Balkan. England war jedoch daran interessiert, den II. Weltkrieg auch auf den Südosten Europas auszudehnen. Ebenso klar wie Englands Kriegstreiberei im Falle Polens 1939 war, liegt sie vor allen Historikern heute im Falle Jugoslawiens klar. Allerdings wird man eine unglückliche Hand bei der dem belgrader serbischen Putsch folgenden Lenkung der kroatischen Dinge nicht von der Hand weisen können. Die deutsche politische Führung stärkte kroatischen extrem nationalistischen Unternehmen leider den Rücken.

Die folgenden Monate werden klären, ob **England** endgültig imperialistischen Konzepten abgesagt hat, oder ob es erneut unter irgendwelchen kosmopolitischen Verwänden eine Art **Gleichgewicht** auf einem Kontinent herstellen möchte, auf welchem von deutscher Seite Gewichtslosigkeit der bisherigen Mächte angestrebt wird. Major gilt als Fortsetzer der Thatcherschen Maximen. Sie führten zum Malwinenkrieg und stellten sich laufend gesamteuropäischen Plänen entgegen. Vor allem *„zeigt die Entwicklung der Verhältnisse mittlerweile immer deutlicher, daß die entscheidenden Siege oder Niederlagen auf kulturellem Gebiet fallen. Es heißt darum, verstärkt den* **Kulturkampf** *fortzuführen.“* (351), den Kampf gegen die aus Nordamerika importierte Unkultur der Freimaurerei.

Nicolson, den wir schon mehrfach zitieren konnten, schreibt zwischen den beiden Weltkriegen: *„Die Erfordernisse des Krieges hatten gewisse geheime Verträge notwendig gemacht."* Haben wir nicht heute eine sehr ähnliche Situation? Was anderes sind die maurerischen utopischen Verpflichtungen der Außenminister als im vornhinein abgeschlossene **geheime Verträge**? Sieht man nicht deutlich, wie sich alle auf die Weltbühne tretenden Schauspieler eines Wortschatzes, einer Pantomime, einer Taktik, einer Absicht verschreiben, die nicht den Interessen des eigenen Landes, nicht denen Europas und schon gar nicht denen der manipulierten angegriffenen Völker entsprechen? Die aber konform gehen mit Vorsätzen, die ganz woanders früher schon unvorsichtigerweise ausgesprochen wurden. Man erinnert da z.B. an die erst neuesten Datums (1987) im Europaparlament von dem erklärten Sozialisten und Freimaurer Fajardie ausgerufenen Sätze: *„Wir Freimaurer sind die Männer, deren Prinzipien die Völker Europas einigen sollten."* Oder etwa an die Eröffnung in dem Buch von Curtis B. Dall, dem Schwiegersohn F.D. Roosevelts: *„Für gewöhnlich sind die sorgfältig geheimgehaltenen ‚Hauptdarsteller' von einer kleinen Gruppe lange vor dem Wahltag ausgesucht, und zwar für beide großen Parteien, so daß das Risiko gleich null ist"*.

Genscher (und ebenso alle anderen europäischen Außenminister) fühlt sich als Verwalter einer Weltanschauung, nicht als deutscher Beamter. Konflikte zwischen dem, was Genscher öffentlich zur Begründung seiner bizarren Handlungen darstellen muß und dem, was er in Wirklichkeit schaffen half, konnten daher nicht ausbleiben. Doch — wie auch auf so vielen anderen Feldern, wurde der breiten Masse nicht klar, was eigentlich geschah. Der **Monopolanspruch auf Wahrheit und Macht**, den die Weltanschauung stellte, wurde in Formen gekleidet, die dem gierigen Bürger Augenblicksvorteile in den Vordergrund schoben und die Zwangsfolgen verschwiegen. Man gestattete wieder eine „Weltanschauung", nämlich die des **Kapitalismus**, aber man belegte mit harten, wirtschaftlich treffenden Strafen, wer vom genehmigten Denkschema abwich. Das ging viel weiter als die sehr sporadischen Bücherverbrennungen eines Goebbels und die Schauprozesse eines Freisler. Der Apparat, der da heute eingesetzt wurde, war nicht überall sichtbar, aber er schlug überall zu. Buchhandlungen, Zeitschriften, sogar Bundestagspräsidenten, die eine eigene Meinung verkündeten, waren sofort, genau: sofort! am Ende ihrer Möglichkeiten, zur allgemeinen Meinungsbildung weiterhin beizutragen. Es gab nicht gerade Massengräber wie in Mitteldeutschland, es gab keine Betonmauern, aber es gab Berufsverbote, Absatzschwierigkeiten, Hausdurchsuchungen für den, der zu beweisen versuchte, daß die Regierung weltanschaulichen Weisungen folgt, die genauso mit Vertreibung oder Schierlingshaft enden werden wie bisher ausnahmslos alle philosophischen Experimente. Zunächst noch installiert sich diese Geheimregierung weiter. Was man 1952 noch als deutschfeindlich den Besatzern vorwarf, das wirft man mit ganz den gleichen Worten 1990 den regierenden Parteien vor. Und es sind bereits die Folgen von Gesetzen und unterschriebenen internationalen Vereinbarungen voraussehbar, die als katastrophal bezeichnet werden müssen und die doch kein Mitglied unserer Regierung zu verhindern versucht.

Daß man in Westdeutschland nichts von allem jenem angenommen hat, was nach dem Fall der Mauer uns von den Brüdern in Mitteldeutschland angeboten wurde, Kindergärten und Polikliniken, Jugendweihe, Absage an dekadente Kunst und Musik und Kleidung, persönliche Bescheidenheit, Ruhe als erste Bürgerpflicht, Staatssicherheit, geschah weisungsgemäß, geschah nicht etwa auf persönlichen Wunsch der Wessies hin. Man verschrie dies alles sogar, überrannte es mit hunderten von Filialen der eigenen Banken, und alle diejenigen, die in dem „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden" oft unter schwersten Opfern treu ihre Pflicht getan hatten, wurden bestraft, indem man rückwirkend die Gesetze des verhaßten und verfluchten Kapitalismus auf sie anwandte. Wer da-

mals in der Stasi war und half, die DDR vor den USA zu schützen, wurde heute dafür von den brutalen Anhängern der damaligen Feindmacht des Landesverrats angeklagt, durfte nicht mehr Lehrer und nicht mehr Richter sein und sollte betteln gehen! Ja, Landesverrat wurde genannt, was Ablehnung einer bösen, antideutschen, antieuropäischen, antichristlichen Weltanschauung ist. Das war die Bruderhand, die man Mitteldeutschland entgegenstreckte. Man bekommt es fertig, vom „verstockten Schweigen der Väter" zu sprechen, nachdem man sie noch vor der Beendigung eines ersten Satzes der Begrüßung von der Bühne meinte jagen zu dürfen und die gleichen, die vor einer Generation stolz waren auf die Spruchkammern, erfrechen sich, das gleiche schamlose Bild ein zweites Mal zu wiederholen. Dies alles ist der Hintergrund, vor dem man in Jugoslawien eine kommunistisch indoktrinierte Truppe morden läßt. Konsequentes Denken ist in der Loge nicht gefragt. Herr Freimaurer v. Weizsäcker meint am Jahrestag des britischen Massenmordes in Dresden (den er hinunterspielt und mit dem deutschen Luftangriff auf die Industriemetropole Coventry gleichsetzt): *„Aber, wer kann es verantworten, Unrecht und Gewalt tatenlos geschehen zu lassen? Wer kann beruhigten Gewissens zusehen, ohne zu handeln, wenn der Friede gebrochen und das Menschenrecht mit Füßen getreten wird?"* Aber, Herr Bundespräsident, die Antwort ist doch so einfach: Sie (und Ihr Bundeskanzler und Ihr Außenminister), Sie können beruhigten Gewissens zusehen, ohne zu handeln, wenn in Kroatien europäische Städte vernichtet werden und täglich tausend junge Menschen ihr Leben lassen müssen, **weil SIE n i c h t handeln!** Sie selbst sagen es: *„Würde die Untätigkeit am Ende nicht weit höhere Opfer fordern als verantwortungsbewußtes Handeln?"* Wir stehen mit unserer Berichterstattung gerade an jenem Zeitpunkt, da ein führender Jugoslawe mit einem europäischen Krieg drohen kann, weil Sie philosophische Hemmungen haben, den Rubikon endlich zu überschreiten. Wie lange soll Europa immer noch größere Opfer bringen, nur weil Sie nicht verantwortungsvoll handeln?

Am 27. Mai 1832 ließ Philipp Jacob Siebenpfeiffer unter den revolutionären schwarzrotgoldenen Fahnen am Hambacher Schloß „ein jedes Volk hochleben, das seine Ketten bricht!" Wo bleibt da Ihre Stimme, Herr v. Weizsäcker.

Die Völker warten auf Signale!

„Die EG versucht zur Zeit, die Wirksamkeit einer gemeinsamen Außenpolitik auszuprobieren." So beginnt ein Kommentar von NZZ-Redakteur Christian Kind am 22. September 1991. Zynischer kann man das Geschehen wirklich nicht benennen: A u s p r o b i e r e n von Außenpolitik, am lebenden Objekt, blind für die dringenden Appelle aller Sachkundigen! Doch der Leitartikel enthält noch eine ganze Reihe weiterer beachtenswerter Glossen. Wir zitieren und bringen dazu in Klammern unsere Meinung. Man wird sehen, daß es sich lohnt, hier einmal einen führenden schweizer Maurer festzunageln.

„Der Zufall wollte es, daß die Unabhängigkeitserklärungen der beiden nordwestlichen Republiken Slowenien und Kroatien in dem Zeitpunkt erfolgten und die bewaffnete Intervention der Bundeswehr provozierten (es darf daran erinnert werden, daß es sich um einen illegalen Putsch bei den Angriffen auf Slowenien und auf Kroatien handelte, der von der Staatsspitze nicht befohlen worden war!), als die Regierungschefs der Zwölf sich gerade über weitere Schritte in Richtung . . . auf eine politische Union mit außen- und verteidigungspolitischen Funktionen klarzuwerden suchten. Die scheinbar günstige Gelegenheit, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, wurde eifrig ergriffen. (Es geschah ausdrücklich mit dem Blick auf Belgrad, daß man in Berlin zu einem Procedere der KSZE im Laufschritt gelangte, wie wir dargestellt haben. Von einem „Zufall" kann überhaupt keine Rede sein. Das Eingreifen der EG war Absicht. Man wollte aktiv werden, um den wirklichkeitsfremden Europaplan vor dem Zorn der aufstehenden Völker zu retten). *Mit großem Elan stürzte sich der niederländische Ratsvorsitzende in die vermeintlich nur guten Willen*

erfordernde Befriedungsaufgabe (es handelte sich nicht um Befriedung, denn dann hätte man sofort die notwendigen Mittel eingesetzt, um die Volksarmee aus den besetzten Republiken zurückzuzwingen, wie man es mit Saddam Husseins Truppen in Kuwait getan hatte. Es ging vielmehr um Schaffung einer Lage, in welcher der Volksarmee freie Hand für weiteres Erobern gegeben wurde. Es war keine „Befriedungsaufgabe", sondern die Förderung eines Bürgerkrieges, um Jugoslawien zu retten. Von „gutem" Willen kann also bei Herrn Van der Broeck schon gar keine Rede sein. Es war vom ersten Augenblick seines Auftretens an Böswilligkeit, was ihn leitete, der böse Wille nämlich, ein Gefängnis aufrechtzuerhalten und den Völkern Jugoslawiens die Freiheit zu versagen) . . . *Den jugoslawischen Wirren gegenüber befindet sich die europäische Gemeinschaft in einem Lernprozeß, in dem sie sich ihrer Möglichkeiten und vor allem ihrer Grenzen bewußt werden muß.* (Die EG hat allerdings aus der Tatsache, daß sie sich gegen den Zug der Zeit nicht hatte durchsetzen können, nicht die an sich einzig anständige Lösung gefunden, nämlich das Feld zu räumen und den Staaten Europas, die etwas mehr Erfahrung in Diplomatie haben wie die eingebildeten Bengel der außenpolitischen Logenschule, wieder das Ruder in die Hand zu geben, das sie mit ihren erfahrenen Diplomaten sicher besser gehandhabt hätten. Eine ganze Zahl von renommierten Fachleuten hat sich in europäischen Presseorganen und auch vor dem Europaparlament hören lassen und sehr massiv davor gewarnt, die Geschichte auf Rückwärtsgang zu schalten. Die blasierte Maurerklique hatte keine andere Antwort als den Zeigefinger und die Brille und die Krawatte. Sie wußte es besser, ohne Rücksicht auf Verluste. Und als letzte Erkenntnis meint nun ein Herr aus dem schweizer Zürich von „Grenzen" und „Möglichkeiten" der EG-Diplomatie sprechen zu dürfen, wo es nicht um das Abstecken eines Feldes geht, sondern darum, daß man grundsätzlich kein Recht und keine sachliche, schon gar keine moralische Grundlage hat, um überhaupt das Feld zu betreten. Die Tätigkeit dieser Brüsseler Herren ist vom ersten Schritt an dilettantisch, lebensgefährlich für die Betroffenen, auf propagandistische Wirksamkeit angelegt, aber nicht auf Frieden.) *Dann wurde man der religiösen, kulturellen und nationalen Gegensätze von Serben und Kroaten gewahr* (zog aber daraus bis heute nicht die zwingenden Folgerungen). *Über die Kompliziertheit der geographischen Aufsplitterung der Nationalitäten und der geschichtlichen Wurzeln der Grenzziehung unter den Republiken beginnt sich erst allmählich das Bewußtsein zu erhellen* (es ist noch viel schlimmer! Mir ist nicht bekannt, daß da irgendeine Universität oder Volkshochschule oder Journalistenausbildungsstätte oder der Bundestag oder in der Bundesregierung der Unterricht begonnen habe. Er muß ja ansetzen zu Themen, die bis zu diesem Tage ganz absichtlich und bewußt n i r g e n d s Lehrgegenstand gewesen sind. Es handelt sich darum, unter dem Krachen von Granaten ein Pflichtfach nachzuholen. Und das geht nicht von einem Tag zum andern. Das dauert Semester. Und der etwaige Versuch, trotzdem noch befehlen zu wollen, wäre eine Amtsanmaßung, die kein verantwortungsvoller Wähler mitmachen kann.) *Europa muß auch mit sich zu Rate darüber gehen, was es überhaupt bezweckt* (das hätte man doch wohl v o r h e r tun sollen, meine ich. Was ist hier überhaupt „Europa"! Ist EG wirklich noch Europa, nach diesem blutigen katastrophalen Fehlschlag in Kroatien? Das wäre für Europa wohl kaum noch wünschenswert).

Etwa zur gleichen Zeit, am 14. September, kommt auch die FAZ mit einem Kommentar (von G.H.) zu Worte, der allerdings etwas anders ausfällt: *„Einer großen Macht, auch wenn sie nur wirtschaftlicher Natur ist, kann nichts Schlimmeres zustoßen, denn als Papiertiger verschrien zu werden. In dieser Gefahr steht die EG, seit sie beschlossen hat, sich in die Jugoslawienkrise mit den ihr geläufigen Mitteln einzuschalten, derweil Serbien den Krieg forciert. Bei den Beratungen in Den Haag, die das Signum ‚Friedenskonferenz' kaum verdienen, versucht man, durch allerlei Einfallsreichtum den Tag hinauszuzögern,*

an dem die EG sich zu Taten bekennen muß.“

Kroatien verschärft sodann am 25. September seine Bedingungen für einen Waffenstillstand. Hieß es bisher, daß das Heer sich aus dem nicht von Serben bewohnten Teil Kroatiens zurückziehen werde, wenn Kroatien die Belagerung der serbischen Kasernen aufgibt, so fordert Kroatien jetzt den Rückzug der Volksarmee aus ganz Kroatien unter Zurücklassen allen Kriegsmaterials. (352).

Am 25. September verhängt der Sicherheitsrat in Ergänzung zur EG ein Waffenembargo auf Jugoslawien. Dabei ist zu beachten, daß der jugoslawische Außenminister Loncar vor diesem Beschluß das Wort ergreifen konnte und diesen Vorgang nicht als Einmischung in innere Angelegenheiten Jugoslawiens bezeichnete. Er *„begrüßte es vielmehr, daß sich der Sicherheitsrat mit der Krise befaßt, die den Frieden und die Sicherheit in großem Umfang bedroht. Loncar sagte, daß sich sein Staat mit sich selber im Konflikt befindet und in den letzten Jahren und Monaten so viel geschehen sei, daß Jugoslawien nicht mehr repariert werden könne, sondern neu definiert werden müsse.“* In der entsprechenden Meldung heißt es weiter: *„Die Erklärung Bakers hat neue oder zumindest klarere Akzente gesetzt. Im offenkundigen Bestreben, den zeitweise entstandenen Eindruck zu korrigieren, Washington messe der Einheit Jugoslawiens auf Kosten der Kroaten höchste Priorität zu, wies Baker der jugoslawischen Bundesarmee und der serbischen Führung unverblümt die Hauptverantwortung für die Misere zu . . . Der serbischen Führung wurde von Baker auch direkt vorgehalten, daß sie in Zusammenarbeit mit der Bundesarmee offenkundig ein Großserbien anstrebe, in dem die ‚Art von Repression‘ herrschen würde, welche die serbischen Behörden während etlicher Jahre in Kosovo ausübten‘.“* (353).

Am 30. September wird gemeldet, daß erneut eine Kolonne von mehr als 100 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen von Belgrad aus in Richtung Kroatien gefahren sei.

In Bosnien-Herzegowina wird das Bestreben der Bevölkerung, den Krieg fernzuhalten, von lokalen serbischen Maßnahmen sabotiert. *„Für große Unruhe unter der muslimischen und kroatischen Bevölkerung der Republik sorgt die von den Serben in verfassungswidriger Weise vorangetriebene Regionalisierung. Man sieht darin den entscheidenden Schritt zur Zerschlagung der Republik. So sind in kurzer Zeit gegen den Willen der dort lebenden Angehörigen anderer Volksgruppen* **vier autonome serbische Gebiete** *gebildet worden, nämlich eines in der Nähe von Sarajewo, ‚Romanija‘ genannt, ein anderes im Osten der Herzegowina an der Grenze zu Montenegro und ein weiteres im Nordosten. Dazu kommt die bosnische ‚Krajina‘ an der Grenze zu Kroatien.“* (354).

Der jugoslawische Ministerpräsident **Markovic** kündigte Ende September eine Umbildung seines Kabinetts an, doch ist dieses am Widerstand der Republiken gescheitert. *„Das Bundesparlament, das seit drei Monaten nicht mehr zusammengetreten ist, scheint in aller Stille bereits entschlafen zu sein“*, meint Cyrill Stieger in der NZZ am 1. Oktober. Wir erwähnen diese Marginalien, weil es vor allem Genscher war, der sich in seiner Jugoslawienpolitik vielfach auf seinen Freimaurerbruder Markovic gestützt hatte.

Am 1. Oktober stellt man 455 Kriegsfahrzeuge auf der Autobahn in der Nähe der kroatischen Grenze fest und befürchtet eine Wiederholung der kroatischen Eskalation vom 19. September. Kämpfe um Dubrovnik an der Adria und um Wukowar werden in den nächsten Tagen gemeldet. In Agram hoffte man, daß die brutalen Angriffe auf die „Perle unter den Städten an der Adria“, das mittelalterliche Dubrovnik, zu einem Aufschrei der Empörung in der übrigen gesitteten Welt führen werde. Das Bestreben der serbischen Führung, einem zukünftigen Großserbien einen Zugang zur Adria zu verschaffen, ist offenbar. Der serbische Vizekommandant des V. Distrikts, zu dem Kroatien gehört, warnt: *„Wenn die Kroaten nicht die Angriffe auf Militärbasen einstellen, werden wir mit vermehrter Kraft die lebenswichtigen Einrichtungen in den Städten angreifen.“* Der kroatische Verteidi-

gungsminister Gojko Susak meinte dazu: *„Nicht einmal Hitler hat ein solches Ultimatum gestellt.“*

Am 3. Oktober kommt es dann zu dem bereits erwähnten internen Coup im Staatspräsidium. Nach dem Willen der serbischen Fraktion (Serbien, Kosovo, Vojvodina, Montenegro) kann das Präsidium in Zukunft Beschlüsse mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder fassen. Zugleich übernahm das Präsidium die Funktion des Bundesparlaments. Begründet wurde diese Machtergreifung mit einer „unmittelbaren Kriegsgefahr“. Der Beschluß wurde in Anwesenheit der Armeespitze, des Verteidigungsministers Kadijevic, seines Stellvertreters Brovet und des Generalstabschefs Adzic gefaßt. (355). Von Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien wird der Schritt in aller Schärfe als verfassungswidrig und illegal verurteilt. Der jugoslawische Verteidigungsminister hat sich noch am gleichen Abend voll auf die serbische Seite gestellt und die Möglichkeit einer Generalmobilmachung angedeutet. Hinzu kommt, daß die Stimmen von Kosovo und Voyvodina seit der Besetzung dieser Gebiete durch Serbien nicht als gültig angesehen werden. Man findet es auch beachtlich, daß sich die serbischen Mitglieder des Präsidiums demonstrativ hinter die Armeeführung stellten und die „bisherige Arbeit“ des Generalstabs und des Verteidigungsministeriums ausdrücklich gewürdigt haben. Es ist der Eindruck entstanden, daß jetzt alles auf die militärische Karte gesetzt wird und der Versuch unternommen wird, Kroatien militärisch völlig auszuschalten. In der bekannten allgemeinen Lage ist ein solches Vorhaben aber nur dann als Erfolg zu würdigen, wenn es in ganz kurzer Zeit erfüllt werden kann.

In Bonn nimmt man zu der Machtübernahme des serbischen Blocks in Belgrad in einer scharfen Erklärung Stellung. *„Die jüngsten Beschlüsse in Belgrad beschleunigen den Zerfall Jugoslawiens und stellten die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine friedliche Lösung in Frage . . . Die während Wochen von deutscher Seite weitgehend im Alleingang betriebene Androhung einer diplomatischen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens unterblieb indes völlig.“* (356). Als Lösung wird jetzt eine solche gesucht, die auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte und der Charta von Paris beruht. Mit den folgenden Erklärungen desavouiert Genschers Sprecher Schumacher seinen Chef und nimmt eine deutliche **Schwenkung der deutschen Außenpolitik** zum Problem Jugoslawien vor: *„Die EG müsse sich auf alle denkbaren Optionen vorbereiten, die einzelne Länder oder die Gemeinschaft unternehmen könnten. Kein Land der Welt sei bereit, mit Interventionsstreitkräfen einzugreifen. Das Schicksal der Verhandlungen liege in Carringtons Hand (!). Die EG sei bereit, weitere Schritte zu prüfen, wenn die sich aus den Verhandlungen oder der Entwicklung der Lage ergeben.“* Zur Frage einer völkerrechtlichen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens sagte Schumacher ausdrücklich, *„solange Carringtons Verhandlungen fortdauerten, werde Deutschland die Vermittlungsversuche nicht durch einseitige Schritte gefährden (!). Wenn Carrington seine Aufgabe indessen als gescheitert ansehe oder in Jugoslawien eine neue Situation eintrete, stelle sich auch die Frage der Anerkennung. Vogel (Regierungssprecher) fügte hinzu, Deutschland werde keinen Alleingang unternehmen. Solange es keine europäische Übereinkunft gebe, sei nicht mit einzelnen bilateralen Schritten Deutschlands zu rechnen. Auch sei es noch zu früh, darüber zu befinden, ob Verträge mit Jugoslawien als hinfällig gelten.“* (CG aus Bonn am 4. Oktober in der FAZ). Reuter meint, die Schwenkung in der Haltung Genschers sei eine Folge der wachsenden Kritik an der deutschen Außenpolitik.

Sowohl Slowenien als auch Kroatien lehnten jede Verlängerung der dreimonatigen Unterbrechung ihrer Unabhängigkeit ab. Beide Parlamente bekräftigen am 7. bzw. am 8. Oktober diesen Schritt.

Die Belagerung von Dubrovnik wird fortgesetzt. 50.000 Zivilpersonen sind dort einge-

schlossen. Es fehlt an vielem. Der serbische Belagerungskommandant Andrija Raseta fordert die bedingungslose Übergabe vergebens.

Am 5. Oktober wird in Kroatien die Generalmobilmachung angeordnet. Von Osten her wird Dubrovnik von montenegrinischen Reservisten und illegal mobilisierten Serben jetzt auch angegriffen.

Am 6. Oktober bekräftigen die Staatschefs von **Polen**, Ungarn und der CSSR den Wunsch auf regionale Zusammenarbeit. Bei dieser Gelegenheit meint Polens Präsident Walesa warnend, man müsse einen Präzedenzfall verhindern, der durch die stillschweigende Annahme der Vorgänge in Jugoslawien für die Aufteilung des alten Kontinents, der ja bekanntlich nach Einheit strebe, eintreten könnte. Der ungarische Ministerpräsident Antall nannte den Angriff auf Dubrovnik eine Schande für Europa und die Welt. Der Tscheche wird in der Presse nicht erwähnt.

Kriegsschiffe der jugoslawischen Marine blockierten erneut die kroatischen Adriahäfen Pula, Rijeka, Sibenik, Zadar, Split, Ploce und Dubrovnik.

Am 7. Oktober 1991 wird am Nachmittag Zagreb von Bombenflugzeugen angegriffen. Dabei wird auch eine Bombe auf das Präsidentenpalais geworfen, in welchem sich zu jenem Zeitpunkt Mesic, Tudjman und Markovic befinden. Nur wie durch ein Wunder entgehen sie der gezielt abgeworfenen Bombe und Markovic beschuldigt sofort den serbischen Verteidigungsminister Kadijevic des versuchten Mordes.

Angesichts der Verschlechterung der Lage in Jugoslawien droht Van den Broek mit Sanktionen.

Es versteht sich, daß der interne Druck in Deutschland gegen die Regierung wächst. Sowohl die CDU/CSU wie die SPD fordern, daß Bonn zur Anerkennung schreitet. *„Sicher werden uns andere europäische Staaten folgen, wir können nicht darauf warten, daß nur noch Trümmer und Asche übrig bleiben"*, meint Erwin Teufel, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Der Regierungssprecher Dieter Vogel meint jedoch, *„daß ein deutscher politischer Alleingang keine Hilfe für die Republiken sein würde, die unabhängig werden wollen."* Die von Reuter versandte Meldung sagt weiter: *„Bonn hat seine starke mündliche Unterstützung der dissidenten Republiken stark abgeschwächt angesichts des Mißtrauens, den das in Belgrad und Brüssel hervorrief."*

Italien verweigert den aus Slowenien abziehenden Truppen den Transit. Die gleiche Absage erteilt Ungarn einen Tag darauf.

Der Vollständigkeit halber wollen wir erwähnen, daß inzwischen eine weitere Waffenruhe mißachtet wird.

Der französische Außenminister Roland Dumas erklärte vor der Nationalen Versammlung in Paris: *„Jugoslawien hat aufgehört zu existieren, und die EG muß dem Recht auf Souveränität der jugoslawischen Völker willfahren. Die EG muß die Unabhängigkeit der separatistischen (so schreibt Reuter in dieser Meldung) Republiken Slowenien und Kroatien anerkennen."*

Wie weit es mit der Redlichkeit der Serben bestellt ist, zeigt auch der folgende Zwischenfall. Am 10. Oktober hatte der niederländische Außenminister nach fünfstündigen Gesprächen mit Milosevic und Tudjman und Kadijevic bekannt gegeben, daß sich die Konfliktparteien unter EG-Vermittlung in Den Haag darauf geeinigt hätten, daß die Armee sich innerhalb eines Monats aus Kroatien zurückzieht. Das Verteidigungsministerium in Belgrad schränkte dann einen Tag darauf die Übereinkunft mit dem Argument ein, *„das Abkommen sei nicht unterzeichnet worden."* (357). *„Das (Rumpf)präsidium gab an, ein Rückzug der Armee aus diesen Gebieten hätte die physische Vernichtung der Serben in Kroatien zur Folge. Die Armee müsse alle ihre Stellungen in Kroatien halten, solange keine politische Lösung des Konflikts gefunden sei."* (357).

Ein Querschuß ganz besonderer Art kann dpa am 11. Oktober aus Wien melden. **Slowenien** ist dabei, neue Banknoten herauszugeben. Diese zeigen den **Fürstenstein,** den Kärntner wie Slowenen als Teil ihrer Geschichte reklamieren. Die historische Steinsäule befindet sich im Kärntner Landesmuseum. In ungewohnter Einigkeit haben alle Kärntner Parteien die slowenische Provokation zurückgewiesen. *„Unter diesen Umständen kommt eine Anerkennung nicht in Frage"*, meint Jörg Haider, der sich bislang nachdrücklich für die Souveränität Sloweniens eingesetzt hatte.

Als Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs trifft dann der ehemalige US-Außenminister und Mitglied von CFR und Trilateraler Kommission Cyrus Vance in Belgrad ein. Sein erstes Zusammentreffen ist selbstredend mit dem jugoslawischen Außenminister **Loncar.** Als nächster war **Markovic** an der Reihe, sodann Kadijevic, Seine Unterredungen bezeichnete er als „hilfreich, zum Teil sehr hilfreich". Dennoch reist er dann völlig desillusioniert ab. Der alte Kontinent hatte ihm ein politisches und menschliches Panorama vorgeführt, mit dem er nicht klar kam und das zu dirigieren ihm unmöglich schien.

Unter großen Schwierigkeiten gelingt es: zwei Kolonnen mit Soldaten und mit Hilfspersonal konnten die Kaserne von Borongaj bei Zagreb verlassen.

In Sarajewo wird mit parlamentarischer Mehrheit nach Abzug der serbischen Abgeordneten am 14. Oktober festgelegt, daß **Bosnien-Herzegowina** einen souveränen, unabhängigen Staat in den bestehenden Grenzen bilden soll. Diese Entscheidung gilt nur dann nicht, wenn alle übrigen Republiken in Jugoslawien verbleiben wollen.

In Moskau hat Gorbatschow Unterredungen getrennt mit Tudjman und Milosevic, wobei die Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstandes konstatiert wird. Binnen vier Wochen sollen Friedensgespräche beginnen, *„die von hohen Vertretern Serbiens und Kroatiens geführt werden und alle Punkte betreffen, in denen es Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten gibt. Vor allem aber sollen sie mit der gebührenden Berücksichtigung der Interessen der jugoslawischen Völker angegangen werden."* (358).

Montenegro fordert von Kroatien die Abtretung von Dubrovnik. Man weiß nicht, ob man unter dem von Jugoslawien so verdunkelten Himmel ernst nehmen soll, was aus Paris am 16. Oktober gemeldet wird: *„Bonn und Paris haben ihre Vorstellungen über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG konkretisiert. Sie unterbreiten dem EG-Gipfel von Maastricht Vorschläge zum Ausbau der WEU zu einer mit der NATO zusammenarbeitenden Militärorganisation und beschließen bilateral eine vergrößerte deutsch-französische Truppeneinheit als Kern eines zukünftigen europäischen Armeekorps."* (359)

Unter dem Lärm einer neuen serbischen Offensive treffen sich am 16. Oktober in Brüssel die Präsidenten und Außenminister der sechs jugoslawischen Republiken, um einen EG-Plan entgegenzunehmen. Er schlägt eine Art Freihandelszone vor, für einen losen Verband mehr oder weniger souveräner Republiken, die sogar eine eigene Währung und eine eigene Armee besitzen könnten. Es sollte jedoch eine gewisse Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und juristischem Gebiet und eventuell auch in der Außenpolitik angestrebt werden. Milosevic erhob in wesentlichen Punkten Einwände. Die Auflösung Jugoslawiens bedürfe eines Referendums. Auch äußerte er sich kritisch über die Beibehaltung der Grenzen. Serbien machte geltend, daß Jugoslawien in der jetzigen Form nicht angetastet werden darf, der Plan sei daher illegal. Kostic betonte noch einmal in Radio Belgrad, daß Serbien den EG-Plan strikt ablehne, denn damit würde Jugoslawien einfach ausgelöscht. *„Unter keinen Umständen können wir darüber sprechen, denn Jugoslawien ist ein international anerkanntes Subjekt."*

Das konkrete Bild in Kroatien ändert sich trotz aller „Friedensbemühungen" nicht. Schwere Kämpfe, Mann gegen Mann in Wukowar, Dubrovnik wird vom Lande und von der See und aus der Luft dauernd angegeriffen. Carrington klebt weiter an seinem Frie-

densplan und hofft, auch Serbien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Sowohl in Belgrad wie in Agram werden weitere Reservisten eingezogen, in den von Serben überfallenen kroatischen Städten bricht unter dem Feuer der Artillerie ein Haus nach dem anderen in Trümmern zusammen. Die Bevölkerung hat längst den Glauben an die westliche Demokratie verloren. Die Gesichter der beiden kroatischen Frauen sprechen Bände, „Europa gestattet Völkermord. Warum?" heißt es auf dem einen Schild. „Wo bleibt die 6. Flotte jetzt?" fragt das andere. Fotos wie diese machen aus Genscher und Bush und Van den Broek keine Menschen, aber sie werden auch von anderen gesehen. Nicht nur in Europa, sondern, wie im Falle dieses Fotos, auch in Chile.

Am 25. Oktober will die EG einen modifizierten Vorschlag vorlegen. Danach soll Jugoslawien in einen freien Verband souveräner und unabhängiger Republiken verwandelt werden. Dieser Klub soll eine Freihandelszone bilden. Die Gebiete nationaler Minderheiten sollen entmilitarisiert werden. Die bestehenden inneren Grenzen sollen nicht angetastet werden. Für die serbischen Provinzen Wojwodina und Kossovo soll die von Serbien 1990 aufgehobene Autonomie wieder hergestellt werden.

Weder die Serben noch das seit dem 3. Oktober illegal bestehende Rumpfpräsidium Jugoslawien erschienen bei der „Friedenskonferenz" in Den Haag. Am Abend des 25. Oktober aber nahm das Rumpfpräsidium in Belgrad den neuen EG-Vorschlag an, lehnte jedoch ab, was über den Status der Serben in Kroatien vorgesehen war.

In **Bosnien** vertieft sich der Graben. Die Serben bilden ein eigenes Parlament unter Momcilo Krajisnik, das eine projugoslawische Rolle spielen will.

Die belagernde Volksarmee fordert die Evakuierung Dubrovniks, wo 50.000 Menschen eingeschlossen sind. Doch die Stadtverwaltung teilt mit, daß man die Heimat nicht verlassen werde. Man hat vor Augen, was in der Woiwodina mit den Menschen geschah. *„Durch gezielte Terroraktionen von Bundesarmee und Tschetniks wurden die Menschen aus der angestammten Heimat vertrieben. Zehntausende Ungarn haben dem Land mittlerweile ebenfalls den Rücken gekehrt und fanden in ihrem Mutterland Aufnahme. Die zurückgelassenen Besitztümer wurden sofort — dies hat ebenfalls seit langem Tradition und Methode — an serbische Aktivisten verteilt. Durch gezielte Pressekampagnen wurde in der serbischen Öffentlichkeit systematisch eine Pogromstimmung geschaffen, die von Anschlägen auf katholische Kirchen, Überfälle auf Priester und massenweisen Hausdurchsuchungen flankiert wurden. In der ganzen Woiwodina tauchten zum Beispiel Plakate mit der Drohung ‚Die Kroaten in die Erdlöcher' auf. Und daß derartige Ankündigungen keine leeren Worte darstellen, ist jedem klar, der mit Serben zusammenlebte oder lebt!"* (360).

Auf dem gleichen Niveau liegt es, wenn folgende Nachricht aus Belgrad kommt: *„Massive Drohungen richtete Branko Kostic, Vertreter Montenegros im jugoslawischen Staatspräsidium und Stellvertreter des ohnmächtigen kroatischen Staatschefs Stipe Mesic, an den Rest Europas." „Sollte ein Land es wagen", so Kostic, „die abtrünnigen Republiken Slowenien und Kroatien diplomatisch anzuerkennen, würde Jugoslawien mit militärischen Mitteln antworten. Der Krieg würde sich zwangsläufig auf das Gebiet dieses Landes ausweiten."*

Am 28. Oktober setzt die EG einen Termin: Bis zum Mittwoch den 6. November sollen die jugoslawischen Teilrepubliken sich in Den Haag entscheiden, ob sie den Friedensplan der EG annehmen oder nicht. Wer das Diktat nicht annimmt, dem drohen wirtschaftliche Sanktionen. Genscher hatte dafür plädiert, schon jetzt Sanktionen gegen Serbien auszusprechen. Am 7. November wollen sich die Außenminister der EG dann in Rom treffen, um das bereits ausgearbeitete Maßnahmenpaket zu starten. Als Problem sieht man die Notwendigkeit von Sanktionen auf eine Republik an, während andere nicht davon betroffen werden.

Englands Außenminister Hurd meinte dazu: *„Die Jugoslawen haben jetzt die Wahl, sich entweder weiter gegenseitig totzuschießen oder in Frieden zusammen (!) zu leben."*

Mesic begibt sich nach Dubrovnik und ruft von dort in seiner Eigenschaft als Präsident von Jugoslawien Europa und die USA auf, Kroatien zu helfen. *„Europa und die USA haben uns gegenüber eine Schuld. Sie wollten hier die Demokratie und jetzt tun sie nichts, um diese zu schützen."*

Doch auch bei der achten Plenarsitzung der Haager Friedenskonferenz am 5. November lenkte Serbien nicht ein. Serbien und Montenegro machten einen Gegenvorschlag, der von „Republiken und Nationen" spricht, wobei man wissen muß, daß eine „Nation" als Volk zu verstehen ist, also z.B. alle Serben in einem Staat zusammengefaßt. Milosevic meinte (mit Recht), daß die EG mit dem vorgelegten Plan ihrer bisherigen Politik widerspreche. Das aber bedeute eine Diskriminierung Jugoslawiens. Der slowenische Präsident Kucan wies darauf hin, daß die Fortsetzung der Friedenskonferenz bei anhaltenden Kämpfen in Kroatien sein Land in ein moralisches Dilemma stürze, denn es könne so aussehen, als werde der Krieg stillschweigend toleriert. In der Tat ist dieses wohl auch, was Herrn Carrington angeht, der Fall. Immer noch wollte Carrington nämlich eine politische Übereinkunft der sechs Republiken nicht ausschließen. Er habe, so sagte er, den Eindruck, daß niemand den Abbruch der Konferenz wünschte, da sie wohl den einzigen Weg zu einer friedlichen Lösung darstellte. (NZZ 5. November).

Am 4. November beginnt eine neue serbische Offensive. Man hat den Eindruck, daß die Serben weitere Geländegewinne erzielen wollen vor Ablauf des Ultimatums der EG am 7. November.

In letzter Minute, am 6. November, kommt man erneut den Serben entgegen und es wird jenen Republiken, die dieses wollen, „die Option offen gelassen, einen gemeinsamen Staat gleichberechtigter Republiken zu bilden" (NZZ 7. November), doch auch das ist den Serben nicht genug.

Die EG ordnet gegen „beide Konfliktparteien" in Jugoslawien am 8. November Sanktionen an. Was diese im einzelnen bedeuten, ist klar: Slowenien wird wegen seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Europa schwer getroffen, Serbien kann es bei seinem Rückstand auf mehr oder weniger Textilexporte nicht ankommen, an ein Ölembargo, das die Aggressoren treffen könnte, denkt man nicht, das will man der UN überlassen. Kroatien darf keine Waffen bekommen, aber Serbien die seinen, von den USA gelieferten, weiter voll einsetzen, „das ist die Moral der EG" (FAZ 9.11.1991).

Wir bringen jetzt Auszüge aus einem Aufsatz im „Donauschwaben" vom 3. November. In Klammern bringen wir dabei aus praktischen Gründen gleich von Fall zu Fall unsere Meinung: *„Noch bei der Eröffnung der Berliner KSZE-Tagung in diesem Sommer drückte Genscher seinem Kollegen* **Loncar** *unter allen europäischen Außenministern am längsten die Hand* (weil Loncar die freimaurerische jugoslawische Lösung darstellte). *Nach der Konferenz erklärte Genscher, Loncar habe ihm Frieden in Jugoslawien garantiert — obgleich die jugoslawische Armee schon vor 10 Jahren das Kosovogebiet okkupiert und damit das drittgrößte Volk in Jugoslawien, die Albaner, gefangen hält, und der Krieg in Kroatien bereits im August des vergangenen Jahres begonnen hatte, ohne Rücksicht auf das Echo im Ausland. Loncar war nicht einmal gefragt worden, Er war schon lange vor der Berliner Konferenz ein politisch Toter, dessen ‚Garantien' nur Lächeln hervorrufen konnten. Daß Loncar die* **Stütze der deutschen Außenpolitik** *in Belgrad war, kann nur mit einem völligen Versagen des Auswärtigen Amtes und seines emsigen Dienstchefs, des Bonner Außenministers, erklärt werden.* (Nein, die Erklärung ist, daß es sich um den gezinkten Mitarbeiter an der Jugoslawienkrise handelt. Die Größe der demokratischen Basis spielt keine Rolle. Auch Genscher ist ja niemals gewählt worden, sondern

blieb im Amt als Ergebnis von Balanceakten seiner kleinen FDP). *Hauptbetroffen von der Machtübernahme durch das jugoslawische (Rumpf-)Staatspräsidium ist Ministerpräsident Ante* **Markovic**, *gleichfalls ein Kroate, wie Loncar eine der letzten Hoffnungen des Westens im Dschungel des Belgrader Machtkampfes.* (Wir haben mehrfach Markovic in den vorhergehenden Abschnitten erwähnt und dabei seine besondere Rolle bereits begriffen). *Zwar haben Markovic und Loncar nicht die geringste demokratische Legitimation. Sie waren von einem jugoslawischen Parlament gewählt worden, das nur aus Kommunisten bestand. Aber sie hatten dem Westen* (unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sozusagen mit der Brille auf dem Tisch und der Hand an der Krawatte) *versprochen, Titos* (d.h. des Freimaurers Tito!) *Jugoslawien zu retten und schienen nach Einschätzung Washingtons und Bonns als Kroaten dazu ganz besonders geeignet zu sein. Markovic gründete nach dem Zerfall des ,Bundes der Kommunisten Jugoslawiens' eine eigene, schon in ihrem Namen projugoslawische Reform-Partei. Aber bei allen Wahlen in den jugoslawischen Republiken, bei denen sie antrat, erwies sie sich nur als Sekte* (und mehr brauchte sich auch nicht zu sein!) *neben einigen anderen, die auch weiter für Jugoslawien eintraten. Markovic und Loncar hielten sich nur mit Hilfe des Westens, der ihnen zur ,Rettung Jugoslawiens' neue Milliardenkredite zugesagt hatte, an der Macht* (wie erinnert das an die Zahlungen, die die Sozialisten in Chile von Bonn erhielten!). *Markovic sprach von ,zunächst' sechs Md. US-Dollar nach über 100 Md., die der Westen zur ,Stabilisierung' Jugoslawiens schon vergeben hatte. Markovic hielt sich an der Spitze der Regierung, indem er dem Westen Demokratisierung und wirtschaftliche Reformen in Jugoslawien und gleichzeitig der kommunistischen, aber geldhungrigen Armee . . . Geld versprach. Markovic kündigte an, er werde das neue Staatspräsidium nicht mehr anerkennen und seine Regierung möglicherweise aus Belgrad woanders hin verlegen . . . Der Westen hält dem ungewählten Regierungschef Markovic weiter die Treue, obgleich keiner auf ihn hört, ihn niemand in Jugoslawien will und keiner seiner Entmachtung und der des Außenministers Loncar eine Träne nachweint.*" (361). Wir erleben hier den Versuch, genauso wie im Falle der Baltenstaaten, eine „gezinkte" Lösung aufzurichten.

Am 21. Oktober beginnt im Hafen von Koper der Abtransport der jugoslawischen Volksarmee aus Slowenien, nachdem Ungarn und Italien, wie berichtet, einen Durchzug durch ihre Länder ablehnten.

Der Vorschlag der EG, Jugoslawien in eine Freihandelszone von sechs souveränen Republiken umzuwandeln, wird von Serbien abgelehnt, aber im wesentlichen von Montenegro angenommen.

Die Kämpfe um Dubrovnik an der Adria und um Wukowar in Slawonien halten an und nehmen noch an Heftigkeit zu. Die EG verurteilte das Vorgehen der Volksarmee gegen Dubrovnik als *„illegalen Akt, der deutlich in der Absicht der Eroberung einer zweifelsfreien kroatischen Stadt besteht."* (362). Deutlich hat man mit den wochenlangen Angriffen auf die mittelalterliche Stadt Dubrovnik die EG aufgebracht. Montenegro spricht denn auch nicht mehr von einer Anexion der Inselstadt, sondern nur noch von einem kleinen Gebiet an der Bucht von Kotor.

Am 8. November treten dann also die Sanktionen der EG gegen „Jugoslawien" in Kraft. Auf dem Parteitag der FDP in Suhl (Thüringen) wurde jetzt ebenfalls die Anerkennung von Slowenien und Kroatien gefordert.

Serbische Aufforderungen zur Waffenstreckung wurden von der belagerten Bevölkerung von Dubrovnik abgelehnt. Es wird bereits klar, daß es den Serben nicht gelingen wird, den Krieg vor Eintritt des Winters siegreich abzuschließen.

Am 9. November schließen sich die USA den europäischen Sanktionen gegen Jugoslawien an. Später werden sie auf Serbien und Montenegro beschränkt.

Am gleichen Tage richtet der jugoslawische Vizepräsident Branko Kostic ein Gesuch an die UNO zur Entsendung von Truppen, die auf der Grenzlinie der kroatischen und serbischen Siedlungsraumes stationiert werden sollen.

Trotz der dauernden Verletzungen der laufend neu abgeschlossenen Waffenstillstände hält man die „Friedenskonferenz" unter Lord Carrington in Den Haag offen. Das Phänomen „Jugoslawien" muß gerettet werden. Die „Entente-Freimaurerei" am Werk.

Am 21. November erscheinen in so ziemlich allen Zeitungen in allen fünf Kontinenten Riesenüberschriften: *„Die Kroaten werden angeklagt, 41 Kinder in einer Schule bei Wukowar massakriert / ermordet zu haben."* Die Meldung stammt natürlich von „Reuter", aus Belgrad am 20. November 1991. Manche Zeitungen stellen ihre Linientreue noch unter Beweis, indem sie gleich mehrfach die gleiche Meldung bringen. So z.B. „Rio Negro" nicht nur in Balkenlettern, sondern auch gleich neben einem Foto, das einen Soldaten bei Verkehrsregelung zeigt. Der Text dazu ist entsprechend: *„Das jugoslawische Heer beschuldigt kroatische Soldaten, 41 Kinder in einer Schule bei Wukowar ermordet zu haben, wie es ein Fotograf berichtete, der die Kadaver sah und zählte. Die Kinder zwischen fünf und sieben Jahren wurden im Erdgeschoß einer Schule in Borovo Naselje abgeschlachtet, nachdem die kroatischen Streitkräfte den Ort am Wochenende aufgegeben hatten. Goram Mikic, ein unabhängiger Fotograf, der gelegentlich Fotos an Reuter verkauft, sagte, er habe die Leichen am Dienstag gesehen, nachdem sie am Dienstag hinausgeschafft wurden, doch man habe ihm nicht gestattet, sie zu fotografieren. Die Soldaten, die den Zugang zu dem Ort abriegelten, sagten ihm, daß der Mord von Kroaten verübt worden sei, die von dort flohen."*

Am Tage darauf erscheint die folgende Berichtigung, in nicht ganz so dicken Buchstaben angekündigt: *„Ein jugoslawischer Fotograf, der mitteilte, daß in der Nähe von Wukowar 41 Kinder ermordet worden waren, und zwar vermutlich von kroatischen Truppen, nahm gestern Abstand von entscheidenden Einzelheiten seiner Geschichte und gab zu, daß er die Leichen weder gesehen noch gezählt habe. Reuter, der die Geschichten herausbrachte, entschuldigte sich vor den Medien, die von seinem Nachrichtendienst beliefert werden."* (363).

Am 20. November lud der chilenische Senat einstimmig den Präsidenten des kroatischen Parlaments ein, um über die Lage in seinem Lande Bericht zu erstatten. Außerdem ersuchte er die Regierung Aylwin, sich aktiver an den internationalen Bemühungen um ein Ende des Konflikts zu beteiligen.

Nächte hindurch Artilleriebeschuß auf das kroatische Zadar, schwere Artillerie gegen die kroatischen Städte Wukowar und Esseg. Deutschenhetze in den serbischen Zeitungen in Belgrad. Das ist das Bild, das Franz Marschang veranlaßt, im „Donauschwaben" eine **Zwischenbilanz** zu ziehen:

„Ob der jugoslawische Bürgerkrieg schon seinen Höhepunkt erreicht hat oder weiteren ‚Höhen' zustrebt, spielt keine Rolle. Die bisherigen Abläufe und Ereignisse erlauben es auf jeden Fall schon, eine ziemlich realistische Zwischenbilanz zu ziehen . . . Der Autor maßt sich nicht an, in dieser, über Jahrhunderte hinweg so emotions- und haßgeladenen Region eindeutig Schuldzuweisungen vornehmen zu wollen. Dennoch, wer analysiert, kann nicht umhin, nachstehende Tatsachen zu berücksichtigen:

1) Die Leute, die die Armee und damit den entscheidenden Zerstörungsfaktor in der Hand haben, sitzen in Belgrad. Sie geben sich zwar als die Sprecher des jugoslawischen Staatenbundes aus, sind jedoch de facto nur mehr das, was mittlerweile international als ‚serbisches Rumpfpräsidium' bezeichnet wird.

2) Die serbischen Hardliner in Belgrad haben in ihrem Politpoker offensichtlich auf die falschen Karten gesetzt. Sie rechneten wohl nicht mit einem einhelligen EG-Beschluß

gegen sie und schon gar nicht, daß sich auch prompt der US-Präsident öffentlich und voll hinter diesen Beschluß stellen würde.

Man könnte es auch so sehen, daß sie zwar ursprünglich richtig lagen, dann aber ihr Blatt maßlos überreizten. Einen totalen Vernichtungs-, Ausrottungs-, Vertreibungs- und Aushungerungskrieg gegen eine auf jeden Fall schuldlose Zivilbevölkerung kann die Welt nun einmal nicht auf überlange Zeit tatenlos zusehen."

„So weit, so gut! Die EG erwies sich bislang, trotz derzeit gegenteiligem Getue — wie übrigens auch schon zu Zeiten des Golfkrieges — als ein unfähiges Jammergebilde, in dem jeder seinen Vorstellungen von ‚eigenen nationalen Interessen' frönt.".

„Hätte man Belgrad von Anfang an unmißverständlich suggeriert, daß man ein gewaltsam-blutiges Aufrechterhalten von Titos Zwangs-Völkerbund nicht hinnehem würde, hätte man rechtzeitig die losstrebenden Teilrepubliken anerkannt, mit dem Zusatz, daß nur ein freiwilliger Nach-Zusammenschluß — wie immer er auch aussehen mochte — mit wirtschaftlicher Unterstützung der EG rechnen könne, man hätte diesen Bürgerkrieg vielleicht nicht verhindern (Nordirland läßt grüßen), ihn aber auf alle Fälle in engere Grenzen ziehen können."

„Man wird den Zerfall Tito-Jugoslawiens nicht verhindern, man wird um die Anerkennung autonomer Teilstaaten nicht herumkommen, doch nach welch grausigem Zwischenspiel!"

„Und sage keiner, dies alles wäre nicht vorauszusehen gewesen!"

„In der Tat, die EG zelebrierte bis zur totalen Lächerlichkeit ihr sogenanntes Friedensgerede; es wurde ein Dutzend ‚Waffenstillstandsabkommen' vereinbart, die jeweils nicht einmal einen Tag lang galten."

„Alles verkam so zum Alibi, das die Belgrader mitschufen, um dahinter seelenruhig und mit aller Brutalität ihre Kampfbomber fliegen und ihre Kampfpanzer schießen zu lassen."

„Alles war aber gleichzeitig auch ein Feigenblatt, hinter dem die EG ihre Uneinigkeit und Tatenlosigkeit verbarg, wobei mancher EG-partner im stillen hoffen mochte, die Belgrader würden alles schon schnell und so richten, daß man hinterher — jedenfalls alsbald — über das Zurückliegende hinweg zur gewohnten und ersehnten Tagesordnung übergehen könnte." (364).

Die Anerkennung

In einem Interview mit dem Carl-Schmitt-Interpreten Günter Maschke zur Außenpolitik Deutschlands finden wir in der „Jungen Freiheit“ (Juni 1991) den folgenden schwerwiegenden Satz des Befragten: *„Bei jeder Angelegenheit der großen Politik wird sich zeigen, daß wir nicht operationsfähig sind und es auch gar nicht sein wollen.“* Diese Feststellung bestätigt sich dann auch gerade in den kommenden Monaten, in denen die Lage regelrecht nach deutscher Handlungsfähigkeit und deutschem Einsatz schreit. Aus geographischen und geschichtlichen, aus menschlichen und moralischen Gründen. Um so erstaunlicher und direkt revolutionär mußte es daher anmuten, wenn der Bundeskanzler Kohl am 26. November 1991 vor dem Bundestag aus düsterem Himmel erklärt, *„daß dieses Problem* (die Anerkennung der Souveränität Sloweniens und Kroatiens) *noch vor Weihnachten entschieden werden muß.“* Genscher erklärte schon einen Tag vorher in Straßburg, *„daß Bonn sich bemühen werde, verschiedene europäische Länder zu überzeugen, daß sie die Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens anerkennen, nachdem am 10. Dezember ein Moratorium abläuft, welches separatistische Bewegungen in Jugoslawien untersagt.“* Man muß die Frage stellen, was die bisher so renitenten deutschen Politiker zu einer derartigen, völlig ungewohnten und unerwarteten Aktivität bewogen hat.

Die Erklärung Kohls vor dem Bundestag bedeutet einen ersten Schritt hin zum Handeln der Bundesrepublik in eigenem Namen. Er erfolgt in dem Augenblick, da Lord Carrington der Abschluß eines 14. Waffenstillstandes „ermuntert“ hat, und nachdem so propagandistisch in Optimismus der Versuch unternommen worden war, Jugoslawien doch noch zu retten. Das totgeglaubte, aber offensichtlich nur im Abseits bereitgestellte jugoslawische Parlament trat ebenfalls in Funktion. Es setzt sich zusammen aus der Kammer der Republiken und Regionen und der Bundeskammer. Erstere hatte ein Mißtrauensvotum gegen Markovic und Loncar am 15. November 1991 angenommen. Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten der Bundeskammer wandte sich aber gegen eine sofortige Abstimmung, die zur Entfernung von Markovic geführt hätte. Als Grund nannte man möglichen internationalen (sprich angelsächsischen) Widerhall als Folge. So wurde ein entsprechendes Mißtrauensvotum auf Anfang Dezember vertagt (und dann „vergessen“). Das geschah parallel zu ebenfalls deutlich gesteuerten Vorgängen in Genf. Dort wurde nämlich am 23. November 1991 bei der Unterzeichnung des neuen Waffenstillstandes von der Notwendigkeit gesprochen, daß die gegenwärtige Regierung überleben müsse. Das geschah also bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes durch die serbischen und kroatischen Führer und in Gegenwart des Chefs der Streitkräfte, General Veljko Kadijevic. Es wird mitgeteilt, daß es der jugoslawische Informationsminister, der Bosniake Mustafa Cengic war, der diesen Vorgang der Presse mitteilte, doch verschweigt diese Notiz, w e r so gesprochen haben soll. Genauso unbestimmt heißt es weiter: *„Diese Regierung erfuhr in Genf auch eine Unterstützung seitens der übrigen Welt, und ihr Überleben hat sich als Bedingung für die Fortsetzung des internationalen Dialogs über Jugoslawien herausgestellt“*, wie Cengic versicherte. Wer stellte diese Bedingungen? Bei dieser Pressekonferenz übergab der Informationsminister den Journalisten einige Dokumente, die bis dahin geheim waren (!), und die die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem derzeitigen Krieg in Kroatien enthalten. *„Aus diesen ergibt sich, daß die Bundesregierung von Anfang an für den Frieden war und man ersieht daraus, die enormen Anstrengungen, die sie unter-*

nahm, um zu verhindern, daß es zu dem Waffengang kam."

Wir dürfen hier einschalten, daß diese ehrlich oder unehrlich gemeinten Friedensbemühungen eine wertvolle Flankensicherung für das aggressive militärische Vorgehen der eben dieser Regierung unterstehenden Bundesarmee darstellte.

Natürlich mußte diese angebliche Aktivität geheim gehalten werden, denn sie widersprach dem, was Belgrad offen zuließ, bzw. förderte. Es hat den Anschein, daß die Friedensbemühungen Markovics weniger auf Frieden zielten als auf das Durchziehen einer jugoslawischen, von den Großlogen international anerkannten und geförderten Komponente bis hin zur von dort angeordneten Rettung ihres Staates „Jugoslawien". Wir machten bereits aufmerksam auf die auffällig brüderlichen Beziehungen zwischen Genscher und Markovic. Es kommt hier ein internationales Spiel ans Tageslicht, das frivol über Leichen geht.

Die staatliche Nachrichtenagentur Tanjug gibt gleichzeitig zu, daß die Möglichkeit eines Rückziehers Serbiens im Hinblick auf den internationalen Druck besteht, der sich zugunsten eines Weiterbestehens Markovics und seiner Regierung an der Spitze des Landes als letzte legale Bundesinstanz ausspricht. (365).

Außerdem hält es der Sicherheitsrat für notwendig, ausdrücklich dem Waffenstillstand zuzustimmen, bevor Vance erneut nach Jugoslawien fliegt. Das geschieht, obwohl überall weitergekämpft wird. Esseg wird mit Raketen beschossen. Die kroatische Regierung fordert die Bevölkerung auf, nicht aus Slawonien und aus Zadar zu flüchten, denn damit würde man nur tun, was der Feind wünscht. Die Volksarmee klagt „kroatische, paramilitärische Einheiten" an, unter allen Umständen die Adriaküste von Ston bis Mekovic zu verteidigen. Die Armee greift Novska, Nova Gradiska und Jasenovac an. Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug behauptet, die Kroaten griffen mit umgebauten landwirtschaftlichen Giftstreuflugzeugen an, woraufhin Agram mitteilt, daß Jugoslawien den Luftraum beherrscht, während sich *„unsere zivilen Flugzeuge in Italien und Österreich befinden"*. Die Bundesregierung erwägt die Möglichkeit, ihren Amtssitz von Belgrad, das gleichzeitig die serbische Hauptstadt ist, weg an einen sichereren Ort zu verlegen. Viele ihrer Minister arbeiten unter ungünstigen Bedingungen, werden bedroht, und Belgrad ist nicht mehr die offene Stadt, die es war (365).

Das Bild wird vervollständigt, wenn man die Schwierigkeiten erwähnt, denen die erklärten **Sanktionen** im Sicherheitsrat begegnen. Vertreter der Blockfreien wollen den Geltungsbereich einschränken, insbesondere Erdöl ausschließen, da man dieses grundsätzlich nicht vorenthalten dürfe, weil es sowohl für zivile wie militärische Zwecke verwandt wird. Dem **Sicherheitsrat** sitzt im übrigen turnusgemäß der Rumäne Aurel Munteanu vor. Es war im rumänischen Temesvar, daß sich noch vor dem UN-Waffenembargo sowjetische und serbische Militärs trafen, bei dem *„unter Einschluß der rumänischen Militärführung auch die Lieferung von Scud-Raketen an die jugoslawische Armee vereinbart worden sei. Falls die Generalstäbe in Moskau und Bukarest die Offensive der jugoslawischen Armee gegen die kroatische Adriaküste unterstützten, habe der jugoslawische General Aleksandar Vasiljevic, Chef des militärischen Nachrichtendienstes, den sowjetischen und rumänischen Militärs einen Ausgang zum Meer versprochen."* (366).

So wird es verständlich, daß man im Sicherheitsrat damit rechnet, daß das Embargo erst im Dezember in Kraft tritt. Erst nach dem Bericht Vances nach seiner Rückkehr von der jetzt vorgesehenen Reise nach Europa wird man über eine eventuelle Friedenstruppe von Blauhelmen entscheiden. Die deutsche Regierung ließ trotz dieses unwahrscheinlichen Ereignisses bereits vorsorglich mitteilen, daß sie wegen der geschichtlichen Vergangenheit in zwei Weltkriegen sich nicht an einer solchen Operation beteiligen werde, ganz abgesehen davon, daß es die deutsche Verfassung verbiete.

Das „Spiel“ der Angelsachsen wird deutlich. In dem Augenblick, da die Volksarmee das „serbische Gebiet“ so ziemlich erobert hat, und sich mit Volldampf daran macht, schnell noch die letzten vorgesehenen Ecken zu besetzen, wird die Trumpfkarte „Freimaurerbrücke Markovic“ hervorgeholt. Das Bühnenbild wird aufgebaut: Eine am Frieden arbeitende legale brüderliche jugoslawische Regierung als einziger Verhandlungspartner für EG und Sicherheitsrat. Alles übrige ist illegal. Aber dieser Schritt wird erst getan, nachdem er Serbien keinen Schaden mehr zufügen kann. Die erwünschten zukünftigen **Grenzen** hat die Volksarmee erreicht, und es würde genauso „wunderbar“ sein, wenn sich an diesen noch etwas änderte, wie es gegen Jahwes Willen wäre, wenn Israel sich wieder aus den besetzten palästinensischen Gebieten zurückzöge.

Die Zeitschrift „Borba“ (Belgrad) teilt am 27. November 1991 mit, daß die Serben bereits mit der **Besiedlung** der besetzten kroatischen Gebiete begonnen habe. Alleine in der Region von Esseg, das von Heereseinheiten und serbischen Milizen belagert ist, wurden danach etwa 5000 serbische Siedler angesiedelt. Die Neusiedler bewohnen die Häuser von verjagten kroatischen Familien. Es sieht so aus, als ob Serbien ethnisch homogene Regionen schaffen will, um so kroatischen Gebietsansprüchen den Boden zu entziehen. „The Washington Post“ teilt einen Tag zuvor mit, daß Serbien beabsichtigte, bis zu 20.000 vertriebenen Serben in der fruchbaren „befreiten“ **Baranja** nördlich von Esseg anzusiedeln. Diese serbische Kolonisation der Baranja sei ein Versuchsunternehmen für den vorgesehenen großen Austausch von hunderttausenden von Serben und Kroaten in dem zerfallenen Vielvölkerstaat. (367).

Die einzige Begründung (und die keine ist), die Kohl dafür vorbringt, daß die BRD zur Anerkennung schreiten will, lautet, *„daß dieses Problem nicht unbegrenzt aufgeschoben werden darf, daß es noch vor Weihnachten entschieden werden müsse.“* Wären das tatsächlich die Gründe, so fragt man sich, warum hat man dann nicht schon früher gehandelt? Warum hat man erst die Besetzung und Zerstörung und Ausmordung von einem Drittel Kroatiens abgewartet?

Tatsache ist, daß am 10. Dezember eine Frist abläuft, die ausgerechnet der niederländische Außenminister Hans van den Broek im Oktober gesetzt hatte, wonach *„es für die Zwölf spätestens in zwei Monaten Zeit sein wird, über die Anerkennung der Republiken zu entscheiden, die als Ergebnis eines demokratischen Prozesses unabhängig zu werden wünschen.“* (Der Spiegel, 50/1991, S. 25).

Das von Genscher in Straßburg als Startpunkt für die Anerkennung genannte Datum des 10. Dezembers ist abgestimmt mit dem **Maastrichter EG-Gipfel**, der am 9. und 10. Dezember stattfinden soll, und auf dem Fortschritte für „Europa“ erwartet werden. Kohl selbst betonte bei seiner Ankündigung, daß die Anerkennung nach dieser Konferenz stattfinde. Dabei legte er Wert auf die Feststellung, daß Deutschland keinen Alleingang vornehmen werde. Diplomatische Quellen rechnen in diesem Zeitpunkt mit einem Zusammengehen mit Italien und Österreich. (368).

So trifft denn auch schon am nächsten Tag Italiens Ministerpräsident Andreotti zu einem Kurzbesuch in Bonn ein und bestätigt, *„Italien werde Schulter an Schulter zu Deutschland stehen.“* Er fügt hinzu, *„zahlreiche andere Mitglieder der EG werden dem Beispiel von Deutschland und Italien folgen und Kroatien und Slowenien anerkennen.“*

Deutschland stellte Kroatien eine weitere humanitäre Hilfe in Höhe von 10 Millionen Mark zur Verfügung. Vorher waren bereits 6,7 Millionen Mark ausgehändigt worden.

Während dieses alles vor sich geht, greifen serbische Freiwillige Sisak an und Kroaten das serbisch besetzte Glina. Die Volksarmee unterbricht den vereinbarten Rückzug aus Kroatien unter dem Vorwand, daß serbische Soldaten und Fahrzeuge von Kroaten festgehalten würden. In der Baranja werden zum ersten Mal Raketenwerfer des Typs ORKAN

Das Weihnachtsgeschenk:



‚Welch ein Jubel, welch ein Trubel wird in diesem Hause sein!“ Bunt

von der jugoslawischen Armee eingesetzt. Reichweite 50 km. Das serbische Feuer richtet sich vornehmlich auf das Industrieviertel von Esseg. Die letzte bestehende Eisenbahnbrücke zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina bei Bosnisch-Shamas wird unterbrochen.

Es verstärkt sich der Eindruck, daß der deutsche Schritt erst in einem Augenblick erfolgt, da ein allzugroßer Widerstand von angelsächsischer (und auch serbischer) Seite nicht mehr zu befürchten ist. Denn man kann sich leicht vorstellen, daß ein Milovic etwa ausruft: *„Sollen sie ruhig mit den Trümmern bleiben!“* Selbst die endgültige Beseitigung der Regierung Markovic kann nicht mehr so tragisch genommen werden, wenn aus den

Ruinen ein Großserbien erwächst, das zuverlässiger und stärker ist als ein Rest-Jugoslawien.

Andererseits ist es wohl denkbar, daß ein Baker, Carrington oder Von der Broek nicht mit einer aktiven Rolle Bonns — entsprechend den bisherigen Erfahrungen — gerechnet haben. Das wäre ihnen weitaus dienlicher gewesen, hätte es doch bedeutet, daß Deutschland auf lange, lange Sicht hin in weiten Kreisen als Verräter am eigentlichen Europa empfunden worden wäre. Es hätte im Osten Europas sein schon stark angeschlagenes Gesicht endgültig verloren. Sicher war beabsichtigt, Kohl und Genscher in diese Ecke des Rings zu drängen. Und — ehrlich gesagt — das letzte Wort über den Sinn des deutschen Vorgehens ist noch nicht gesprochen. Es muß sowohl im Zusammenhang mit der Europa-Aktivität gesehen werden, als daß es seine Standhaftigkeit in den kommenden, langwierigen Verhandlungen erst noch unter Beweis stellen muß.

Recht lehrreich ist es, wenn man die bisherigen Nachrichten dann mit dem vergleicht, was nur 24 Stunden später der Welt mitgeteilt wird. Wir gehen ja hier telefonnah mit den Ereignissen mit und meinen, daß nur auf diese Art festgehalten werden kann, was sich neu tut und wie es im Augenblick des Geschehens aufgenommen wird.

Soeben noch erfuhren wir, wie der werte Leser erinnern wird, daß Carrington es für richtig hält, zu rufen: *„Ich bin ermuntert"*. Jetzt heißt es ganz plötzlich (369) von dem gleich Lord: *„Ich bin vollständig enttäuscht!"* Und während man gestern noch von abklingenden Kämpfen spricht, von sporadischen Gefechten, heißt es heute: *„Leider wurde dieser Waffenstillstand genauso wie die 13 vorhergehenden, fast völlig ignoriert."* (369).

Erstmalig kommt man auch mit Zahlen. Die Nachrichtenagenturen verschwiegen sie. Die Sonderberichterstatter der großen Zeitungen werden von diesen eingesetzt: *„Nach und nach beginnt die Lage der Zivilbevölkerung dramatisch zu werden. Ungefähr 140.000 Kroaten sind nach Ungarn geflohen. Die 60.000 Bewohner von Wukowar* (wir bringen noch Augenzeugenberichte über die Kapitulation und den dabei erfolgenden Massenmord) *haben ihre Häuser oder deren Trümmer verlassen und mußten auswandern nach anderen Zonen Kroatiens, auf dem Umweg über Bosnien-Herzegowina. Mehr als 30.000 Personen sind bereits aus Dubrovnik evakuiert worden und warten auf eine bessere Zukunft in Italien, Frankreich und Österreich. Das ungarische Heer mußte Flüchtlingslager für die Bewohner von Esseg und Wukowar einrichten, die ihr ganzes Eigentum zurücklassen mußten."* (369).

„Radovin, ein 19-jähriger Soldat aus Ud Serbia betrachtet ungerührt mehr als 50 Leichen, die im Garten eines Hauses in der Straße Lole Ribara in **Wukowar** *aufgehäuft sind. Der Gestank des Todes, verwesende Leichen, verkohlte Häuser, abgestorbene Bäume, zerrissene Tiere, liegt auf der Umgebung. ‚Man gewöhnt sich an alles'. ‚Ich bin ein verfluchter Befreier', Befreier von was? ‚von diesen Ruinen', meint er, ohne Bewegung. Radovic hat sechs Monate gedient, davon mehr als vier im Kampf. Jetzt sieht er die Ergebnisse. Der absolute Tod."*

„In Wukowar steht kein einziger Baum mehr, kein einziges Haus hat noch ein Dach, Fenster oder Wände, nur Trümmer. Häuser, die zu Staub wurden. In dem Staub liegen die Leichen. Menschen in der Uniform der kroatischen Polizei oder in Zivil. Junge und alte. Auch Frauen tot vor ihren Häusern. Einige Schädel mit der Axt entzweigeschlagen. Niemand sammelt die Leichen auf. Sie liegen überall herum: in den Straßen, wo sie nach den Kämpfen fielen, in den Häusern, wo sie eine Kugel ereilte, in den Kellern, wo sie sich zu schützen suchten vor den mehr als 2000 Granaten, die täglich auf Wukowar niedergingen, in den Gärten, wo man sie mit Schüssen oder mit dem Messer erledigte."

„Im Hospital hatten wir 400 Tote und etwa 2000 Verwundete, erklärt der Chirurg Juraj Njavro, der in mehr als drei Wochen nicht aus dem Sanitätsbezirk herauskam.

‚Manchmal kamen mehr als 90 Verwundete am Tag an. Es kam der Augenblick, wo wir nicht mehr wußten, was wir mit den Toten machen sollten. Wir mußten sie in den Gärten liegenlassen.' Man konnte die Leichen nicht beerdigen, denn auf dem Friedhof wurde gekämpft und es gab keinen Augenblick ohne Feuer. ‚Trotzdem glaube ich nicht, daß die meisten Toten bis zum Hospital kamen. Mehr als die Hälfte der Opfer waren Zivilisten. Mein letzter Patient war ein Baby von sieben Monaten, verletzt von einer Granate.' Mehr als 15 Frauen gebaren in den Gängen des Hospitals während der dreimonatigen Belagerung. Die Kinder kamen lebend zur Welt, obwohl einige Geburten ohne Wasser geschahen."

„Die Verwundeten und die Kranken sind jetzt, zusammen mit dem Sanitätspersonal evakuiert und müssen sagen, wohin sie wollen: nach Serbien oder nach Kroatien. In der Stadt lebten 24 ethnische Gruppen, wobei 44 Prozent der Bevölkerung kroatisch und 37 Prozent serbisch waren. Die meisten Familien sind ethnisch gemischt."

Männer mit blassen Gesichtern, verlorenem Blick, schmutziger Haut und schwarzen Händen kommen aus den Kellern und Unterständen. Tausende von Zivilisten versammelten sich im Velepromet, einem alten Geschäft, um identifiziert zu werden und um dann gehen zu können, wohin sie wollen. Auf die Frage, wohin sie gehen, antworten die meisten: ‚Ich weiß nicht. Ich habe kein Haus, wo ich bleiben könnte'."

„Die Zivilisten, die physisch die Hölle von Wukowar überlebten, versuchen, sich an das Tageslicht zu gewöhnen. ‚Ich war drei Monate in dem Keller. Das einzige Licht kam von einer Kerze. Wir waren zusammengedrängt, mehr als zehn Nachbarn, Serben, Kroaten, Frauen und Kinder', berichtet Mila, eine ausdruckslose junge Frau im fünften Monat. ‚Ich weiß nicht, wo mein Mann ist oder meine Eltern. Jetzt verschleppen sie mich wer weiß wohin."

„Die Zivilisten, die in Wukowar blieben, verloren unter sich den Kontakt vor zwei Monaten, als es unmöglich wurde, aus dem Keller zu gehen. Viele erlitten einen weiteren Schock, als sie herauskamen und das Gerippe dieser Stadt erblickten. Im Dunkel der Schutzplätze verloren sie den Zeitbegriff."

„In dem Maße, wie die Kämpfe in Wukowar vorangingen, konnten die Männer in kampffähigem Alter nicht mehr unten bleiben. Sie mußten sich einer der beiden Seiten anschließen. ‚Nur so konnte man überleben', erzählt Branko, ein Serbe aus Wukowar." (370).

Und ein zweiter Bericht:

„Gegenüber der Fabrik Borovo, außerhalb von Wukowar, einem Komplex, in dem 4000 Personen arbeiten, suchten mehr als 200 Zivilisten Schutz zusammen mit kroatischen Soldaten. Als sich die Fabrik ergab, wurden die Männer von den Frauen getrennt. Die Frauen, Kinder und Greise, viele auf Tragbahren und halbtot, begaben sich in Richtung des Flüchtlingszentrums. Die Männer wurden alle zur Untersuchung geführt. Wie man unterscheiden wollte zwischen denen, die kämpften und denen, die sich die Hände mit Blut besudelten, war schwierig."

„An die 80 Extremisten haben wir erschossen', gibt ein serbischer Freiwilliger aus Arandjelovac zu. Auf die Frage, wieso sie wußten, wer ein Extremist war, sagte der Freiwillige: ‚Die Leute zeigten uns sofort, wer Zivilisten getötet hatte, und wir haben sie sofort darauf mit einem Schuß erledigt. Ich war dabei'."

„Die Omnibusse, voll von Männern, die aus der Fabrik Borovo kamen, werden in dem Park angehalten. Unterschiedliche Blicke aus den Fenstern: Haß, Angst, Interesselosigkeit. Ein Kroate wendet sich durch das Fenser an einen serbischen Freiwilligen und ruft ihn mit seinem Spitznamen. Sie arbeiteten zusammen in der Fabrik: ‚Bitte rette mich', fleht er verzweifelt. ‚Du weißt, daß ich niemanden getötet habe'. ‚Ich weiß gar nichts.

Wenn du keine Verbrechen begangen hast, wirst du bei der Vernehmung die Möglichkeit haben, das zu beweisen. Ich kann dir jetzt nicht helfen', antwortet der Serbe."

„Ein Oberst des Heeres sieht auf die Journalisten und sagt voller Stolz: ‚Sie werden im Sinne der internationalen Verträge behandelt werden'. Ein serbischer Freiwilliger kommentiert die Worte des Kommandanten: ‚Der rettet alle die Ustascha (Faschisten), weil er nicht gekämpft hat. Seine Männer haben hier kein Blut vergossen'. Der Kommandant weigert sich, zu sagen, wohin die Omnibusse voll von Festgenommenen fahren."

„Niemand weiß, wieviel Tote es in Wukowar gegeben hat, vielleicht Tausende."

„Ein junger Tschetnik-Kommandant zeigt seine neuen nordamerikanischen Stiefel und eine schwarze Windjacke. ‚Die habe ich aus einem Lager der kroatischen Nationalgarde. Ich habe meine Pflicht getan, jetzt gehe ich nach Belgrad zurück. Ja, es stimmt, daß einige meiner Leute Kroaten getötet haben, aber niemals Zivilisten. Sie haben sie liquidiert nach den Mordereien, die die Kroaten an Frauen und Kindern begingen.' Der Junge, einen Arm in der Binde, schaut auf das Skelett des Justizgebäudes aus der österreichisch-ungarischen Zeit und sagt: ‚Jetzt plündern meine Leute. Ich kann es nicht verhindern. Viele von ihnen waren Zuchthäusler und Kriminelle. Glaubst du etwa, daß ein normaler Mensch hergekommen wäre, um hier zu kämpfen?'. Wukowar wurde befreit." (371).

Wie heute Außenpolitik betrieben wird, zeigt sich auch bei dem schon angeschnittenen Thema der von der EG verhängten **Sanktionen.** Ohne nachzudenken (oder war es sogar absichtlich?) hat man sie auf das ganze ehemals jugoslawische Gebiet angewandt. *„Die Regierung von Slowenien vertraut darauf, daß dieses Land so schnell wie möglich von den Sanktionen ausgenommen werde. Wenn sie andauern, wird das Land dauernden Schaden davon haben. Ich weiß nicht, ob es eine Idee der EG war, daß die Sanktionen Slowenien schwerer treffen als die anderen Landesteile.', meint der Finanzminister Dusan Sesow. ‚Wenn wir die EG als Markt verlieren, gibt es keinen Zweifel darüber, daß wir das nicht überleben werden.' Slowenien war immer jener Teil von Jugoslawien, der die engsten wirtschaftlichen Beziehungen zum übrigen Europa hatte. In der ersten Hälfte dieses Jahres gingen 69 Prozent der slowenischen Exporte nach Europa."* (372).

Es sind in dieser Lage eine Reihe von Fragen berechtigt. Eine davon lautet: „Hat es überhaupt Sinn, die von der EG und den USA und der UN zugelassenen und ermöglichten schrecklichen Massenverbrechen der Welt zur Kenntnis zu geben?" Deutsche in Übersee haben da die Möglichkeit, Vergleiche anzustellen. Vor 50 Jahren, genauer gesagt, am 4. September 1941 meldete „El Mercurio" in Santiago de Chile: *„Die deutsche Hauptstadt erlitt den bisher schwersten Luftangriff. Gruppen von schweren viermotorigen Bombern nahmen an dem Angriff teil. Es wurden Tonnen eines neuartigen Sprengstoffes abgeworfen, die eine schwerere Zerstörung bewirken als alles bisher bekannte. Eine einzige dieser Bomben zerstörte in Düsseldorf neunhundert Häuser."* Ist damals eine einzige Regierung auf der Welt aufgestanden und hat dieser angelsächsischen perversen, sinnlosen Zerstörungswut Einhalt geboten? Nichts ist in diesem Sinne erfolgt. Mit einer faustdicken Lügendecke wurde alles zugedeckt. Frauen und Kinder von „Verbrechern", von Nazis, von Ustascha und Faschisten töten, ihre Häuser zusammenschießen, das erreicht nicht das Niveau verletzter Menschenrechte! Ist dieses aber die Lehre des ersten Jahres der Neuen Weltordnung, dann kann man nur hoffen, sie finde keine Verfechter und die Völker lernen rechtzeitig, sich selbst zu helfen und zu verteidigen. Mit leeren Waffenarsenalen sich unabhängig erklären, ist allerdings in der heutigen Welt Selbstmord!

Die Antwort auf die andere, jetzt fällige Frage, warum jetzt auf einmal die unmenschlichen Tatsachen aus Kroatien gemeldet werden, hat man wohl in Westeuropa zu suchen. Dort hat die wachsende Ablehnung der übernationalen Untätigkeit zu einem Durchbruch geführt.

„Holländische und britische Hinhaltetaktik" ist eine Leserzuschrift in der FAZ vom 2. November überschrieben: *„Kroatien hat die EG um Hilfe vor Vernichtung und um Anerkennung gebeten, aber was die Vertreter der EG bis jetzt Kroatien angetan haben und noch weiter unter dem Vorwand der ‚Friedenstiftung' tun, ist schlicht und ergreifend ein Skandal (von der Blamage einmal ganz abgesehen). Die Tatsache, daß Kroatien unter Aufsicht der EG-Beobachter in Schutt und Asche gelegt wird, um dann noch verurteilt zu werden, wenn es sich wehrt, ist makaber. Das Lavieren des Holländers, die Hinhaltetechnik des Lord Carrington, um doch noch für Großserbien Vorteile zu zementieren, sind so durchsichtig wie deren Verhandlungen mit gehirnamputierten Generälen und Aggressoren vom Format Milosevics, die nicht im Traum daran denken, ihr satanisches Werk einzustellen solange nicht ganz Kroatien vernichtet ist. Vielleicht haben die EG-Schnelldenker, die Sozialisten Italiens und Hollands, die Lordschaften Englands, gemerkt, daß aber auch nicht eines der Völker des zerfallenen Jugo-Staates etwas mit Großserbien im Sinne hat. Vielleicht erinnert sich der Lord an Bleiburg 1945, wo Großbritannien Hunderttausende Kroaten seinem Verbündeten Tito zum Abschlachten ans Messer geliefert hat. Nun hat England wieder die Wahl, zu bewirken, dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten, oder zum zweiten Male dem Völkermord am kroatischen Volk zuzusehen. Die Demokratien Europas scheinen zuverlässige Partner der Serbo-Kommunisten zu sein. Ein Beispiel ist die Deportation der kroatischen Bevölkerung aus Ilok, wo die EG-Beobachter sich wie Erfüllungsgehilfen der Armee aufgeführt haben. Nun fordern die Generäle die Räumung Dubrovniks, also eilen die EG-Beobachter wieder zu Hilfe, um die Bewohner der Stadt zu deportieren. Anscheinend rangiert der Schutz von zugegebenermaßen wertvollen Kulturdenkmälern weit vor dem Schutz des Lebens der Bevölkerung dieser Stadt . . . Die Diplomaten haben sich mit den Serbo-Kommunisten bereits soweit arrangiert, daß die Berichte über den Völkermord in Kroatien schon als ganz gewöhnliche Tageslektüre dazugehören."* (Zora Trgovcic, Darmstadt).

Bereits am 24. August warnt die FAZ (Johann Georg Reissmüller): *„Schon mehrmals hat die Führung in Zagreb daran gedacht, alle Kroaten zum Kampf aufzurufen. Dann hätte die Jugoslawische Volksarmee es nicht mehr nur mit einer an Bewaffnung weit unterlegenen Truppe zu tun, sondern mit einem ganzen Volk . . . Würden, zum Beispiel, Italien, die Niederlande oder Frankreich den Kroaten auch dann noch jede Unterstützung versagen? Wenn ja, würden andere Länder allein das Zuschauen und Abwarten aufgeben? In einem allgemeinen Volkskrieg gegen die Jugo-Armee würden die Kroaten furchtbare Verluste erleiden. Aber auch jetzt blutet das kroatische Volk aus."*

„Es ist wahr, wie der Präsident Kroatiens, Franjo Tudjman feststellte, daß, wenn die **internationalen Truppen** *nicht sofort innerhalb von 7 bis 14 Tagen kommen und hier verteilt werden, wenn der Antransport hinausgeschoben wird, mit endlosen Debatten über die Einsatzorte, ist es das einzige, was sie erreichen werden, daß die Bundestruppen sich weiterer kroatischer Gebiete bemächtigen."* (373).

Sowjetische Parlamentarier und militärische Beobachter, die Wukowar nach der Kapitulation am 17. November besichtigten, bestätigten, *„daß es sich um einen der schrecklichsten Kriege unserer Zeit handelt, den sie kennenlernten."*

Angelaufen ist jetzt die neue serbische Großoffensive gegen **Esseg**, der mit 130.000 Einwohnern größten Stadt Slawoniens mit bedeutender Industrie. In **Wukowar** erklärt der neue serbische Bürgermeister Dokmanovic, daß die Stadt nach der Vertreibung der kroatischen Bevölkerung (50.000), *„niemals wieder kroatisch werden wird. Es wird als moderne serbische Stadt wieder aufgebaut."* Die evakuierten Ärzte des Krankenhauses berichten, wie es zuging: *„Mehr als 600 Menschen, darunter 38 Kinder, kamen in dem Krankenhaus um, das die Bundesarmee als Zielscheibe benutzte. Wir haben die Toten in Plastiksäcken*

in der Nähe abgelegt, denn es wurde zu gefährlich, sie noch zum Friedhof zu bringen. Selbst die Trauergäste wurden abgeknallt." (rga 28.11.91).

Endlich, am 1 Dezember 1991, ist Herr Vance erneut nach Belgrad geflogen. Seine erste Bemerkung auf dem Flugplatz: *„Ich bin enttäuscht über den Verlauf der Dinge, seitdem ich am 23.11. dem Abschluß des Waffenstillstandes beiwohnte.*" Er hat vor, sich in Belgrad mit den serbischen Autoritäten zu treffen und dann im österreichischen Graz mit Tudjman. Anschließend wird er nach New York zurückfliegen und Perez de Cuellar Bericht erstatten. Am Dienstag den 3. Dezember wird sein nachfolger Butros Ghali vereidigt werden. Perez wird dann noch selbst oder aber sein Nachfolger im Amt den Sicherheitsrat verständigen. Und dieser wird dann entscheiden, ob man Truppen schicken wird oder nicht. Das alles wird also noch in einer UNO erfolgen, die nach Auffassung der Industrienationen unter einer Überzahl von Beamten leidet. Ghali wurde überhaupt nur gewählt, weil er versprach, dieses Übel abzustellen. Vorgänge wie die in Jugoslawien sollen nicht mehr im Generalsekretariat bearbeitet werden, sondern unter einem noch zu ernennenden Vizegeneralsekretär als Vorsteher eines noch zu schaffenden Departements für Politik und Sicherheit. So kann man neugierig sein, wer, wie und wann eines Tages über Vances Bericht, falls es eines Tages überhaupt dazu kommt, entscheiden wird. Man kann nur hoffen, daß dieses zu pessimistisch gesehen wird.

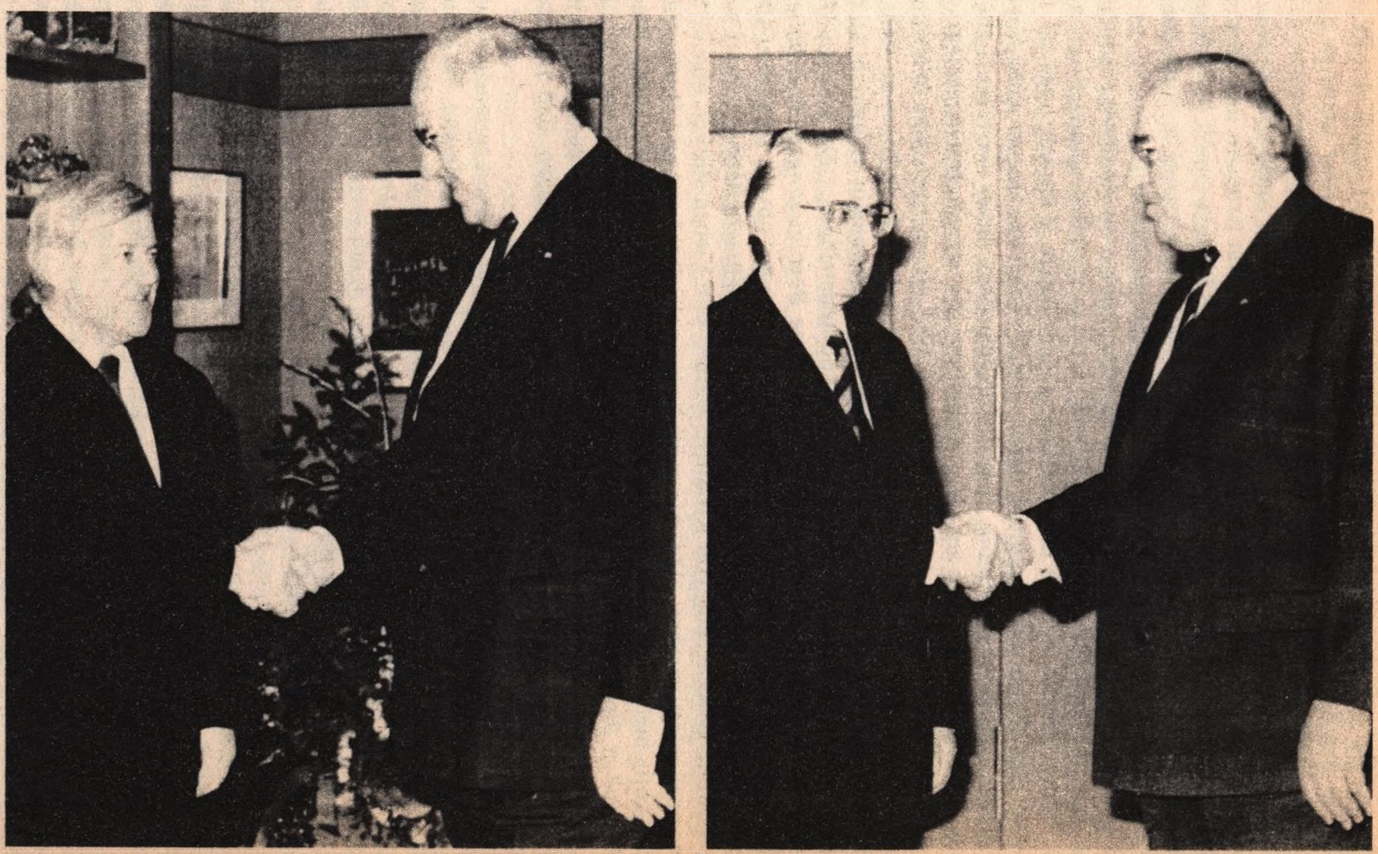
Das Versprechen Kohls und Andreottis, Kroatien und Slowenien anzuerkennen, wird einen Tag darauf noch aufrechterhalten. Es ist in der Tat erstaunlich. Andreotti stellt sogar vor dem Parlament in Rom fest, daß die Anerkennung am 18. Dezember 1991 erfolgen werde, während eines Ministerrates der EG, und meint sogar, daß sich dabei die gemeinsame Zustimmung der anwesenden Außenminister ereignen könnte. Kohl seinerseits zitierte inzwischen die Präsidenten von Slowenien (für den 3.12.) und Kroatien (für den 5.12.) nach Bonn. Man wird ihnen unter vier Augen die Bedingungen Utopias für ihre „Freiheit" mitteilen. Es wird der Augenblick kommen, da diese Bedingungen der Öffentlichkeit und vor allem den betroffenen Völkern bekannt werden.

Mittlerweile hat die selbsternannte Region **Kraijina** erklärt, daß sie keine ausländischen Truppen, auch keine Blauhelme, auf ihrem Gebiet dulden werde. Die Truppen müßten auf der von der Volksarmee eroberten Linie stationiert werden. Sollte das wirklich geschehen, so würde das im schärfsten Widerspruch geschehen zu der immer wieder von den UNO, USA, EG und BRD usw. ausgesprochenen grundsätzlichen Forderung, daß militärisch erzwungene **Grenzveränderungen** nicht anerkannt werden. Der kroatische Präsidentschaftssekretär Mario Nobilo meinte denn auch schon: *„Ich glaube, es wird sich um die aktivste Aufgabe der Blauhelme in ihrer Geschichte handeln.*" Wird es wirklich soweit kommen?

Am 22. November tritt nach Abstimmung im Parlament die neue Verfassung **Mazedoniens** in Kraft. Danach ist Mazedonien ein „souveräner, selbständiger, demokratischer und sozialer Staat", und zwar kein „Nationalstaat", sondern ein „Staat aller seiner Bürger", was insbesondere die albanische Minderheit im Raum Tetovo Gostivar anspricht. Präsident Gligorov sagt, man strebe die Aufnahme in die EG und in die Vereinten Nationen an. Anerkennung wurde dem neuen Staat bereits versprochen von Bulgarien, Albanien und der Türkei. Griechenland steht einstweilen in Freundschaft zu Serbien bockig abseits. Die jugoslawische Volksarmee ist nach Gligorovs Auffassng nur noch „Gast" im Lande. (FAZ 22.11.)

Erstmalig nennt man jetzt auch **Verlustzahlen.** Sie liegen ein Vielfaches über den bisher genannten. Tudjman spricht in einer Pressekonferenz am 31. November von 10.000 toten Kroaten. Der kroatische Sozialminister Bernardo Jurlina spricht von 320.000 Umsiedlungen von Bewohnern Kroatiens und von weiteren 230.000, die in andere jugoslawische Ge-

Auf die Zeigefinger kommt es an: (Text S. 245)



Kanzler Kohl, Präsidenten Kučan, Tudjman*: Nach der Rumpf-Republik das neue, kühnere Deutschland

biete auswichen. Das ist die Begleitmusik zu der plötzlichen Anerkennungseuphorie und stellt diesen diplomatischen Akt an einen Zeitpunkt, da bereits allen anderen versklavten Völkern gezeigt werden kann, was es kostet, wenn man frei sein will. Um es auch immer wieder ins Gedächtnis zu rufen, schließt kaum eine einzige Meldung von Reuter aus Belgrad ohne den Zusatz: *„Sie starben in einem Krieg, der vor fünf Monaten ausbrach und veranlaßt wurde durch die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens im Juni."* (374).

Wir schreiben den 1. Dezember 1991. Heute klärt sich auch, warum Kohl bei seiner aufsehenerregenden Ankündigung der Anerkennung von Kroatien und Slowenien ausgerechnet einen Aufschub bis nach dem Maastrichter Europa-Gipfel hinzufügte. Was hat dieser Gipfel mit dem Jugoslawienproblem zu tun? Er verschaffte Kohl das genügende diplomatische Kleingeld, um die Anerkennung durchzudrücken.

Jetzt wird nämlich mitgeteilt, daß es **Großbritannien** als einzigem europäischen Staat als ganz große Ausnahme (nach den Vorverhandlungen in Scheveningen) gestattet werden wird, seinen Beitritt zu einer europäischen gemeinsamen Währung noch bis 1997 aufzuschieben. Das also ist die Bezahlung dafür, daß der schärfste Gegner eines Abschiedes von Jugoslawien, einer Anerkennung, sich nun doch auch zu dieser bereit erklärt! Großbritannien wurde zugestanden, von der „Irreversibilität" der wirtschaftlichen Integrierung Europas Abstand zu nehmen. An deren Ende soll 1997 eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame europäische Zentralbank stehen. Im Ausgleich dafür — so sieht es für den Beobachter aus — wird es sich im Lichte dieser Bevorzugung in Maastricht an der von den übrigen Europäern vorzunehmenden Anerkennung beteiligen. *„Die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft können diese Bevorzugung nicht erhalten"*, erklärt der holländische Finanzminister. Für alle anderen beginnt am 10. Dezember 1991 der irreversible Weg hin zur Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion. Jetzt weiß also die ausgebombte Bevölkerung von Kroatien, warum ihre Lieben starben und ihre Häuser in Trümmern gelegt wurden, (374) bis endlich ein englischer Lord und Hochgradfreimaurer es für richtig hielt, nicht noch weiter gegen den Strom der Zeit zu kämpfen. Für den 9. Dezember lud er die Präsidenten der sechs jugoslawischen Republiken nach Den Haag, dem Sitz seiner Friedenskonferenz. Er hatte ihnen dabei nichts neues zu sagen. Es war nur der Versuch, mit einer solchen lächerlichen Demonstration zu zeigen, daß Jugoslawien noch besteht.

Die Freimaurerei hatte die Chance gehabt, einen Unterschied zu machen zwischen „ihrem" ursprünglichen „Jugoslawien" und dem, das Tito dann gründete. Sie hätte sich dann zu dieser zweiten Schöpfung objektiv und vernünftig äußern können, hätte also die Aufrechterhaltung dieses kommunistischen Jugoslawiens n i c h t auf ihre Fahnen zu schreiben gebraucht. Doch hatte sie sich selbst diesen Weg damit verbaut, daß sie 1945 den Massenmörder Tito als einen der Ihren bei sich aufgenommen hatte. Wenn also die derzeitige unmenschliche Haltung der EG und der UNO und der USA eine Folge der Koexistenz mit Tito ist, dann ist alles, was wir 1991 in diesem Sinne an Widerstand gegen den Freiheitswillen der dortigen Völker erlebt haben, eine Folge davon, daß diese internationalen und angelsächsischen Mächte noch nicht den Schritt gemacht haben, den Osteuropa 1989 tat! Es steht im Widerspruch zu ihrer sonstigen Außenpolitik, genauso wie sich Deutschland mit seiner Chilepolitik auf dem amerikanischen Kontinent in Widerspruch zu seiner ansonsten „antikommunistischen" Politik stellte. Die Ideologisierung der neuen Weltordnung hat also deutliche und erhebliche Lücken und Widersprüche! Wenn man dabei daran erinnert, daß sowohl das Chile wie das Kroatien der Ordnung und der Sauberkeit und des Selbstbewußtseins und der Treue zu den eigenen Traditionen in der Vergangenheit in schwersten Jahren zu Deutschland hielten, so kommt der sehr schlechte Geschmack auf, daß es sich bei den Angriffen auf das chilenische und auf das kroatische Volk um Auswirkungen einer

antigermanischen Haltung handelt. Von einer UNO, die noch heute in ihrer Verfassung die **„Feindstaatenklausel"** hat, kann man dann nichts anderes erwarten, als das, was ihr auf Abruf stehender Generalsekretär Perez de Cuellar am 12. Dezember „warnend" verkündete: *„Eine Anerkennung von Kroatien und Slowenien erschwert die Befriedung Jugoslawiens."*

Ein solcher Satz ist nur dann zu verstehen, wenn man unter „Befriedung" Jugoslawiens einen Friedhofsfrieden nach gelungenem Völkermord an den Kroaten und Slowenen versteht.

Die EG sollte im übrigen nur ja nicht glauben, daß sie sich mit ihrer Tatenlosigkeit freikaufte von der Möglichkeit, daß morgen vielleicht schon ein gleiches Unheil über den einen oder den anderen ihrer Staaten hereinbricht, noch ein wenig weiter nach Europa hinein. Das Prinzip der „Toleranz" ist ein tödlicher Bumerang! *„Jedes Festhalten an der alten politischen Struktur Jugoslawiens kommt einem nicht wieder gutzumachenden Verbrechen gegen die dortigen Menschen gleich."* (375)

Vom 11. bis 13. September 1991 tagt in Paris die „Konferenz der Demokratischen Union". An ihr nehmen teil: der Präsident des kroatischen Parlaments, Zarko Domljan, Sloweniens Präsident Peterle, der Präsident von Bosnien-Herzegowina, Izetbegovic, Ungarns Ministerpräsident Antall, und dessen Außenminister, der Ministerpräsident der Tschechoslowakei Baudys, der slowenische Ministerpräsident und sein polnischer Kollege Bielecki,die drei baltischen Präsidenten und ein Vertreter Jeltsins, sowie die Vorsitzenden von 24 europäischen Parteien. Am Rande der Konferenz wird der Kroate Domljan von der „Neuen Solidarität" interviewt. Er schließt seine Darstellung mit den Worten: *„Die Serben gegen alle anderen, das ist das wirkliche Problem."* Und hinter den Serben stehen die Angelsachsen, muß man hinzufügen.

Unsere Skepsis gegenüber dem CFR-Mitglied Cyrus Vance war berechtigt. Er kehrt nach New York zurück und teilt seinem Auftraggeber am Eastriver mit, daß die Absendung einer „Friedenstruppe" nicht möglich sei, weil die Kämpfe andauern. So schiebt man die Schuld auf die Opfer.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, bekommt das große Zittern und wird noch etwas energischer. Am 13. Dezember schreibt er einen Brief an den uns schon bekannten holländischen Außenminister Van den Broek, der am 16. Dezember die entscheidende Jugoslawiensitzung der EG-Außenminister in Den Haag präsidieren wird: *„Mich beunruhigt es ernstlich, daß eine überstürzte und teilweise Anerkennung den gegenwärtigen Konflikt ausdehnen könnte und eine explosive Situation insbesondere in Bosnien-Herzegowina und auch in Mazedonien schaffen könnte. In der Tat könnte das ernste Folgen für den gesamten Balkan haben."* Es gehört schon einige Dummdreistigkeit dazu, von einem Schritt, der nach monatelangem ermöglichten Bürgerkrieg endlich gefaßt werden soll, als von „überstürzt" zu sprechen. Im übrigen sind die von ihm angeführten Gründe für seine ernste Beunruhigung kaum stichhaltig, wenn man die in den beiden Republiken erst kürzlich erfolgten Volksabstimmungen berücksichtigt. Seien wir doch ehrlich: die eigentliche Sorge dieses Hochgrades geht darum, daß dem Willen der Völker entsprochen und einem ihm (im Ernst!) hochheiligen Maurerprodukt das Ende beschert wird. Dabei zweifeln wir sogar keineswegs daran, daß seiner Partei jedes (!) Mittel recht ist, um den Krieg auszudehnen. Uns ist noch in sehr guter Erinnerung, wie flau im Vergleich zu seinem jetzigen Engagement er sich für die Erhaltung des Friedens im Irak einsetzte. Man erinnert ja gerade in diesen Tagen auch, was Freimaurer von „Frieden" halten, in der Erinnerung an den von Roosevelt provozierten japanischen Angriff auf Pearl Harbour, der der frevlichen Ausdehnung des II. Freimaurerweltkrieges diente (376).

Aus serbischer Sicht ist das, was heute geschieht, eine verständliche Folge, hat seine

Vorgeschichte. 1877/78 hatte Rußland das Osmanische Reich besiegt, doch England war es, das dann durchsetzte, daß im Interesse eines „europäischen Gleichgewichtes" nicht etwa die ernsten Probleme der wirtschaftlichen Sanierung des seit 400 Jahren von den Türken ausgeplünderten Balkans angegangen wurden, sondern vielmehr sogar protürkische Grenzziehungen erfolgten, die keineswegs dem militärischen Sieg der Russen entsprachen. Die Folge war der **Balkanbund** (Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland), der unter englischem Wohlwollen die Beseitigung der europäischen Türkei im 1. Balkankrieg anstrebte. Doch als Bulgarien dann seinen Anteil an der Beute aus einem Kriege, in welchem es die Hauptlast getragen hatte, in einem weiteren, dem 2. Balkankrieg forderte, unterlag, mußte es. u.a. auf fast ganz **Mazedonien** zugunsten Serbiens verzichten. Das war nur ein Jahr vor dem Ausbruch des I. Weltkrieges und von damals an ist Englands Hand ohne Unterbrechung in Belgrad sichtbar. Die Teilüberschriften lauten: Mord von Sarajewo, Gründung von Jugoslawien, Mord des antifreimaurerischen Königs in Marseille, Verrat an Draga Mihailowitsch, Auslieferung des slowenischen Generals Rupnik und der Kroaten an Tito, Bestätigung der jugoslawischen Grenzen 1945, volle Unterstützung Titos und dessen Ausmordung der Deutschen, bis hin zur Tätigkeit von Lord Carrington und der (noch hier darzustellenden) dauernden Brunnenvergiftung durch die britische Nachrichtenagentur Reuter.

Der Tonfall in den serbischen Zeitungen und in den Kaffeestuben in Belgrad ist heute der gleiche wie vor Princips Schüssen. Und solange das soeben ohne Kriegserklärung eroberte Großserbien in Frage gestellt ist, ist das Vokabular das gleiche: Pistolen, Bomben, Verschwörungen, Attentate. Die Feinde heißen Österreich, Ungarn, Deutsche und Italiener. Daß diese Politik den Siegern von heute Ödland, zerbombte Industrien, ausgemordete Dörfer, verwüstete Felder, eine chaotische Verwaltung, Anarchie und diktatorielle Willkür selbsternannter Regierungschefs in den „befreiten Gebieten" beschert, ficht die Armee nicht an, solange man sich der Unterstützung geheimbündlerischer Elemente rühmt, die seinerzeit schon über Apis (siehe V, 484) alias Oberst Dragutin Dimitriewitsch die Waffen und Bomben für das Attentat gegen FF (Franz Ferdinand) aus Frankreich zur Verfügung stellten. Es ist die gleiche Front, die in der EG die Anerkennenden von den Befürwortern der Einheit trennt. Es ist ein Teil der Geburtswehen eines selbstbewußten Europas. Seit hunderten von Jahren ist es Englands Politik, irgendwo quer durch Europa einen Graben zu ziehen. London stand hinter j e d e m europäischen Krieg. Das sollte man sich auch in dem vorliegenden Falle immer vor Augen halten.

Derzeit heißt Englands Festlanddegen „Serbien". *„Die Führer in Belgrad wissen, daß ihnen niemand in den Arm fällt, nicht einmal bei den Grausamkeiten, die ihre Armee begeht. Soeben haben serbische Wehrpflichtige in Belgrad berichtet, daß ihre Einheiten in Kroatien ohne Anlaß Kroaten ‚schlachten'. Diese jungen Serben sind Teil einer Minderheit ihres Volkes, die den Krieg ablehnt. Doch das geschundene Kroatien kann nicht auf den ungewissen Tag warten, da die Minderheit vielleicht Mehrheit sein wird. Nur militärische Hilfe kann Kroatien retten. Wer das vor sich verschweigt, belügt sich. Darin aber hat es die ‚freie Welt' im Angesicht des serbischen Krieges gegen Kroatien zur Meisterschaft gebracht. Sie unterschlägt, worauf es ankommt, redet statt dessen über Nebensachen. Zum Beispiel über die Wirtschaftssanktionen der EG gegen Serbien, die nicht ernst zu nehmen sind. Eine verantwortungslose Politik. Aber die Reden der Politiker sind voll von Redensarten über ‚Verantwortung'."* (FAZ 7.12.1991).

Es wird aber nicht nur von Nebensachen geredet, es wird auch **falsch unterrichtet.** Wir wissen aus eigener bitterer Erfahrung, daß die Engländer seit 1914 darin Meister sind. Wir bringen jetzt Beispiele dafür, in Klammern eigene Bemerkungen:

Reuter, am 14. Dezember aus Belgrad: *„Neue Kampfausbrüche in Kroatien, während*

der Generalsekretär der UNO, Javier Pérez de Cuellar noch im letzten Moment eine Aufforderung an Deutschland und andere europäische Länder richtet, sie mögen nicht die Unabhängigkeit dieser separatistischen Republik anerkennen . . . Tausende von Personen starben schon in den Kämpfen und hunderttausende flüchteten aus ihren Heimstätten, seitdem Kroatien im Juni seine Unabhängigkeit erklärte und so eine Rebellion der serbischen Minderheit provozierte, die in jener Republik lebt. Die Fortdauer der Kämpfe verminderte die Möglichkeit, daß die UNO Friedenstruppen nach Jugoslawien sendet. In New York warnte Pérez de Cuellar die europäischen Länder vor nicht koordinierten Einzelaktionen der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Er sagte: ,Es beunruhigt mich ernstlich, daß eine überstürzte und teilweise Anerkennung den gegenwärtigen Konflikt ausweiten und eine explosive Lage schaffen könnte, insbesondere in Bosnien-Herzegowina und auch in Mazedonien. In der Tat könnte das ernste Folgen haben für den gesamten Balkan.' Seine Bemerkungen stehen in einem Brief, den er an den holländischen Außenminister Hans van den Broek als Präsidenten der nächsten Sitzung der EG in Brüssel richtete. Beobachter der EG in Kroatien erklärten, daß eine Anerkennung die Kämpfe und ihre Heftigkeit verstärken könnte und diese ausdehnen könnte auf das benachbarte Bosnien-Herzegowina mit einer gemischten Bevölkerung aus Serben, Kroaten und Muselmanen."

REUTER am 15. Dezember: *„Die Entscheidung Deutschlands, Kroatien und Slowenien anzuerkennen, weckte in den übrigen vier jugoslawischen Republiken die Angst, daß sich das Blutbad auf das ganze Land (Jugoslawien) ausdehnt. ,Die einseitige Anerkennung wird irreversibel zu einem stärkeren Zerfall der Lage und der allgemeinen Stabilität führen', meint das jugoslawische Präsidium. Sechs Monate nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens vom 25. Juni, teilte Deutschland mit, daß es die Absicht hat, die beiden Republiken als souveräne Staaten anzuerkennen. Der Außenminister Hans-Dietrich Genscher wiederholte gestern die Ankündigung, ungeachtet der Warnungen der UNO in dem Sinne, daß die juristische Zulassung Kroatiens und Sloweniens die Friedensbemühungen in Mitleidenschaft ziehen kann . . . Doch andere jugoslawische Republiken gesellten sich den Vereinigten Staaten, der UNO und den EG-Beobachtern in Kroatien an die Seite, indem sie apokalyptische Urteile gegen eine Zulassung der kroatischen und slowenischen Unabhängigkeit verkündeten. So etwas, betonen sie, annuliert die Friedensbemühungen, heizt die Heftigkeit in anderen Zonen des Landes an und zerstört das Gleichgewicht (!) auf dem Balkan . . . ,Die Schaffung neuer Europäischer Staaten, und dies nicht nur in Jugoslawien, bringt Grenzveränderungen mit sich,* (die in Wirklichkeit längst als fait-accompli von der Bundesarmee und den Tschetniks geschaffen wurden!) *und damit eine schwierige Kontrolle. So wird sich die europäische Integration verzögern mit entsprechenden Risiken für die kontinentale Sicherheit'."*

RUBEN GUILLEMI, Sonderberichterstatter der arg. Zeitung „Clarin" bringt am 16.12.1991 ein Foto mit der Unterschrift: *„Ein serbisches Kind spielt in der Stadt Budimci in der Nähe eines Bunkers, der konstruiert wurde, um vor sporadischen Angriffen der kroatischen Streitkräfte schützen soll."* Und im Text heißt es weiter: *„Die Montenegriner hören von Deutschland sprechen und erinnern sich dabei an den 10. April 1941, als deutsche Truppen, unterstützt von italienischen, ungarischen und bulgarischen Verbänden Jugoslawien überfielen* (der Einmarsch geschah in Beantwortung auf den von dem englischen Oberst Donovan finanzierten Putsch in Belgrad gegen die rechtmäßige jugoslawische Regierung, die dem Antikominternpakt beigetreten war) *und der Kroate Ante Pavelic die mit den Nazis (!) verbündete unabhängige Republik Kroatien gründete."*

„Die Versorgung Kroatiens mit Waffen durch Westeuropa, dient nur der Ausdehnung des Konflikts", meint der Sprecher des Bundesheeres in Herceg Novi, Major Milojica Pavicevic. *„Die Streitkräfte dieser Region erhielten den Befehl, die kroatische Erhebung in*

Dubrovnik (!) niederzuschlagen. Die Angriffe der Bundesarmee und die derzeitige Kontrolle der historischen Stadt gingen von den umliegenden Hügeln aus. ‚Die Absicht des Heeres ist nicht die Besetzung von Territorien, sondern zu verhindern, daß sich in der Region ein Pulverfaß bildet', meint der Offizier. Befragt, warum die Sache der Kroaten mehr Unterstützung findet als die des Bundesheeres, meint er: ‚Die Kroaten betreiben seit Jahren eine starke Porpaganda und heute ernten sie deren Früchte . . . Über die Verluste bei der Zivilbevölkerung haben wir keine Unterlagen, denn diese flüchtete zum größeren Teil nach Dubrovnik (!)"

REUTER am 16. Dezember 1991: *„Die 12 Außenminister der EG verhandelten gestern in Brüssel über die Anerkennung von Kroatien und Slowenien, die ihre Unabhängigkeit am 25. Juni erklärten. Deutschland wiederholte, daß es die Anerkennung der beiden Republiken noch vor Weihnachten aussprechen werde und machte so die entgegengesetzten Aufforderungen der Regierung in Washington, der UNO und Serbiens zunichte. Serbien lobte die Anstrengungen anderer Länder, die den deutschen Entscheid ablehnen. Der jugoslawische Vizepräsident Branko Kostic* (er ist uns bereits bekannt) *erklärte am Wochenende, daß sein Land Repressalien gegen Deutschland ergreifen werde, wenn die Bonner Regierung zur Anerkennung Kroatiens schreiten sollte. Der deutsche Botschafter Hans Jörg Eiss wird ferienhalber Belgrad verlassen. Die Vertreter von Österreich und Ungarn befinden sich bereits zuhause."* Natürlich paßt dann die folgende Unterschrift unter ein Foto dazu: *„Eine Serbin* (natürlich war es keine Kroatin, was an sich das wahrscheinlichste ist), *die einige Habseligkeiten in den Trümmern ihres Hauses zusammensucht, das in den Kämpfen zwischen dem Bundesheer und dem kroatischen Heer zerstört wurde* (nur, daß eben dieses Haus in einer kroatischen Stadt war und daß es von den Serben 86 Tage lang beschossen worden war)."

REUTER am 16.12.1991, kommt dann mit schwererem Geschütz: *„Erster Zusammenstoß nach Maastricht?"* heißt die Überschrift, und im Text heißt es: *„Ganze fünf Tage nachdem die EG übereinkam, eine gemeinsame Außenpolitik zu schmieden, trafen sich gestern die Außenminister der EG, um eine angehende Polemik zu beschwören, die sich zwischen Deutschland einerseits und seinen elf Bundesgenossen auf der anderen Seite darin abzeichnet, ob Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten anerkannt werden sollen. Bonn war von Anfang an Parteigänger einer Anerkennung, aber ein Zusammenstoß in der EG könnte höchst unpassend sein nachdem der kürzliche Gipfel sich über einen Vertrag einigen konnte, um die politische und die Währungsunion zu bilden, was eine gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik beinhaltet."*

REUTER am 17.12.1991: Zunächst kann man nicht umhin, das Brüsseler Ergebnis mitzuteilen: Alle zwölf Mitglieder der EG werden Kroatien und Serbien am 15. Januar 1992 anerkennen. Und dann kommen serbische Freunde zu Worte: *„Das ist ein Akt der Aggression gegen die Souveränität und die Unabhängigkeit Jugoslawiens"*, meint der führende Serbe in Bosnien, Radovan Karadzic. Er nannte den Entscheid von Brüssel eine *„Unterstützung und Einladung an alle Separatisten, mit ihren einseitigen Forderungen fortzufahren."* Der stellvertretende serbische Außenminister Dobrasav Veizovic: *„Die EG hat ihre Kompetenzen überschritten, denn sie hätte uns alle mögliche Hilfe angedeihen lassen sollen."*

„Was hat Kohl dazu veranlaßt, die Kritiken des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und lebenswichtiger Bundesgenossen wie die USA, Frankreich (?) und Großbritannien zu ignorieren? Die Antwort aus Bonn ergibt sich vor allem aus dem neuen Konzept eines vereinigten Deutschlands im Herzen Europas. Das Recht zur Selbstbestimmung, der Grundsatz der freien Wahl eines Staates, der die Vereinigung der beiden Deutschland im vergangenen Jahr leitete, ist der von den Führern in Bonn meistgenannte Grund, um die

Separation Kroatiens und Sloweniens zu erklären. ‚Wir wollen, daß auch andere Demokratien das erhalten, was wir in einem günstigen Augenblick der Geschichte erhalten haben', erklärte Kohl unter donnerndem Beifall in einem Kongreß der CDU in Dresden. Deutschland, das Land, das am meisten von dem Ende des Kalten Krieges profitierte, ist beunruhigt, daß ein anhaltender Konflikt in Jugoslawien eine neue Ära des Friedens und der Harmonie in Mitteleuropa zunichte machen könnte. ‚Sich an Strukturen klammern, die das Volk ablehnt, verursacht Spannungen in Europa', erklärte Genscher."

Diese Meldungen wurden an tausende von Zeitungen und Rundfunkstationen um den ganzen Erdball versandt und waren die Grundlage für deren millionenfache Veröffentlichungen. So wurden Millionen von Menschen aufgehetzt gegen Deutschland. Wir haben es zweimal bereits in der Geschichte unseres Volkes erlebt, daß derartige Aufwiegelungen zum Kriege führten, — wohin sie führen sollten! Möglicherweise nehmen geistesverwirrte Logenbrüder auf ihrem Wege nach dem Weltfrieden so etwas nicht für ernst. Unsere Meinung ist es, daß diese Deutschenhetze mit einer aggressiven deutschen Meinungsbildung beantwortet werden sollte. dpa ist völlig ungeeignet dafür, das haben wir am Beispiel von „Dignidad" lange genug erlebt. Die Namen der dpa-Vertreter nehmen da heute die Stelle ein, die ein Sefton Delmer vor dem II. Weltkrieg einnahm. Wir haben dafür dokumentarische Beweise vorgelegt.

Natürlich hat Serbien noch lange nicht seine Dominierungspläne aufgegeben. Der serbische Außenminister Vladislav Jovanovic begab sich darum ohne Zeitverlust bereits am 18. Dezember 1991 nach Kairo, um sich mit dem zukünftigen Generalsekretär der UNO, Butros Ghali zu unterhalten.

Die Idee zu dieser Reise war nicht auf eigenem Mist gewachsen. In Brüssel hatte der Niederländische Van den Broek die mögliche Anerkennung aufschieben wollen auf nach der Amtseinführung des neuen UNO-Generalsekretärs Butros Ghali, auf einen Zeitpunkt um den 20. Februar herum! Und in der Tat bemühen sich die jugoslawienfreundlichen Diplomaten um eine verstärkte Einschaltung der UNO. Cyrus Vance beeilt sich, noch vor Ablauf der Amtszeit seines Patrons Cuellar ein fünftes Mal schnell noch einmal nach Belgrad zu fliegen, zwei Tage bevor Ghali die Aufgaben des Generalsekretärs übernimmt, und verspricht, wenigstens eine Woche in Jugoslawien zu bleiben. Damit liegt für den Neuen das Programm fest. Dieser bestätigt denn auch ausdrücklich Vance in seiner Aufgabe.

Um den deutschen Prestigeverlust so gering wie möglich zu halten, der durch die Verschiebung der EG-Anerkennung auf nach Weihnachten entstand, spricht der Bundestag dann bereits am 18. Dezember die Anerkennung aus und außerdem richtet der Bundespräsident von Weizsäcker ein Anerkennungsschreiben an die Präsidenten von Kroatien und Slowenien.

Bereits am 3. bzw. 5. Dezember hatte Kohl die Präsidenten von Slowenien und Kroatien empfangen. Ihr Händedruck mit ausgestrecktem Zeigefinger zeigte im dpa-Foto, daß Genscher wußte, was er sagte, als er am 15. Dezember in Brüssel die s o f o r t i g e Anerkennung vorschlug, *„weil diese beiden Staaten die verlangten Kriterien bereits jetzt erfüllten."*

Der genannte Beschluß der EG stellt es allen jugoslawischen Republiken frei, ihre Anerkennung als souveräne Staaten bei der EG zu beantragen. Bedingung für eine solche Anerkennung ist lediglich:

eine demokratische Regierungsform
Minderheitenrechte
Anerkennung der bestehenden Grenzen, die nicht
mit Waffengewalt geändertwerden dürfen.

Kroatien und Slowenien erfüllten diese Bedingungen. Bosnien-Herzegowina und Mazedonien beantragten sodann ebenfalls ihre Anerkennung.

Am 21. Dezember stimmten dagegen die in **Bosnien-Herzegowina** lebenden Serben ab und entschieden sich für die Bildung einer eigenen, mit Serbien verbündeten Republik, um dem Schicksal eines Einschlusses in einen unabhängigen Staat zu entgehen.

Diese Vorgänge werden erneut von REUTER am 23. Dezember in einer Form mitgeteilt, die deutliche Distanz von den europäischen Wünschen zeigt: *„Deutschland erkannte gestern formell die Unabhängigkeit der jugoslawischen Republiken Kroatien und Slowenien an und kam damit zum Endziel eines Feldzuges, der Fragezeichen bezüglich der neuen Führerrolle Bonns in der europäischen Politik setzt. Deutschland wurde scharf von seinen Gesellschaftern in der EG kritisiert wegen seiner tatkräftigen Kampagne zugunsten von Slowenien und Kroatien. Tausende von Personen starben in den Kämpfen, die sich in Kroatien kroatische Streitkräfte mit der serbischen Minderheit in der Republik lieferten, wobei letztere von der Bundesarmee unter dem Kommando von serbischen Offizieren unterstützt wurden. Mehrere Vertreter von EG-Staaten meinten, daß die Anerkennung nicht das Blutvergießen beenden werde."* Mit keinem Wort wird berührt, daß sich das kroatische und das slowenische Volk in Ausübung des ihnen von der gültigen jugoslawischen Verfassung zugebilligten Selbstbestimmungsrechts in demokratisch klarer und einwandfreier Form dafür entschieden, den jugoslawischen Staat zu verlassen und ihre staatliche Unabhängigkeit zu verwirklichen. Die rückwärts gewandten Kräfte auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien haben auf diesen Akt der Selbstbestimmung mit einer militärischen Aggression geantwortet, der viele tausend Menschen zum Opfer fielen und die in ihrer Brutalität sich mit dem amerikanischen Vorgehen im soeben beendeten Golfkrieg messen kann. Systematisch werden Kraftwerke, Wasserwerke, Nahrungsmittelfabriken, Krankenhäuser, Kirchen, Klöster, Bibliotheken und Museen, ja ganze Kulturstätten wie Dubrovnik und Wukowar zerstört. (Aufruf in der FAZ vom 30.11.1991).

Und noch einmal zurück zu dem Junktim **Maastricht-Den Haag**, d.h. Europa-Jugoslawien. In dem Augenblick, da man in Europa begreift, daß Jugoslawien und seine Befürworter am Ende ihres 1914 gesponnenen Lateins sind, gründet man ein Europa als Superjugoslawien und gibt offen die gleiche Problematik zu mit der Schaffung eines Hilfsfonds für die ärmeren Mitglieder. Dieses Europa aus der Logenretorte bedeutet die Versklavung der west- und nordeuropäischen Staaten und die Zwangsunterstützung für faule und dreckige Gesellen im Süden und Südosten. Das aber bedeutet Dauerbürgerkrieg in ganz Europa. Ihm mögen eingangs die haßerzeugenden Blutorgien fehlen, die Jugoslawien erlebte, aber viele andere Koordinaten gleichen sich. Keineswegs hat man aus „Jugoslawien" gelernt, obwohl man immerhin Verständnis für die dortigen Befreiungswünsche zeigt. Doch gerade die Errichtung eines neuen Staatenverbandes „Europa", in welchem morgen erneut auch die Völker Jugoslawiens eingegliedert werden sollen, läßt den Gedanken an einen großen Betrug aufkommen.

Die Beseitigung Jugoslawiens durch die Anerkennung erfolgt einige Tage n a c h d e m aus Europa ein Superjugoslawien geschaffen wurde. Gäbe es keine Anerkennung, so könnten diese neuen Länder auch niemals hinterher auf Souveränität usw. verzichten! Ein großer Teil des derzeitigen Disputs und Lärms ist daher nur Augenwischerei. Allzuviel hat Bonn mit der Anerkennung in diesem fatalen Augenblick nicht zediert. Kohl und Genscher haben niemals im Sinne gehabt, ein Europa der Vaterländer zu schaffen. Das ist nicht nur für sie das allerletzte, sondern ebenso für Herrn van den Broek. Das Wort „Anerkennung" beherrscht die Geister und man vergißt darüber die fürchterlichen Zerstörungen, die mit Hilfe einer untätigen EG und eines betriebsamen Lord Carrington erfolgen konnten. Inzwischen gliedern sich die zukünftigen neuen Europäer linientreu ein. In

Agram wird der „extreme Nationalist“ Dobroslav Paraga verhaftet. Seine „Rechtspartei HOS“ wird als Nachfolgerin des kroatischen Staates während des II. Weltkrieges bezeichnet und tritt für einen verschärften Krieg gegen Serbien ein.

Nach dem EG-Beschluß vom 15. Dezember 1991 treten wir in einen Zeitabschnitt ein, der gekennzeichnet wird von betontem Pessimismus auf Seiten der Ententefreimaurer (die Anerkennung führe hin zu weiterem Blutvergießen) und von betontem Optimismus auf Seiten der Europäer. Entsprechend versucht man, aus Jugoslawien Meldungen zu bringen, die die jeweilige Voraussage unterstützen. Nachdem der massive Druck auf Deutschland in den vergangenen Wochen nicht durchdrang, kommt man jetzt mit einer Verurteilung der Deutschen, indem man sie verantwortlich macht für das, was jetzt kommen muß.

REUTER am 23. Dezember aus Bonn: *„Verschiedene Mitglieder der EG betonten, daß die Anerkennung nicht das Blutvergießen abstellen wird, und malen die Gefahr an die Wand, daß sich der Krieg auf die zentrale Republik Bosnien-Herzegowina ausdehnen wird, in der Kroaten, Serben und Muselmanen zusammenleben.“*

REUTER am 27.12.1991 aus Belgrad: *„Gestern erreichte die Artilleriebeschießung von Karlowac einen neuen Höhepunkt . . . Die in Kroatien lebende serbische Minderheit widersetzt sich mit allen Mitteln, Teil eines unabhängigen Staates zu werden, den Kroatien proklamierte und der von der EG wahrscheinlich am 15. Januar anerkannt werden wird.“*

REUTER am 28.12.1991 aus Belgrad: *„Außerdem ersuchten die Republiken Bosnien-Herzegowina und Mazedonien um Anerkennung durch die EG . . . Die von Serben dominierten jugoslawischen Autoritäten* (wer sind das?) *beeilten sich, Kontakte aufzunehmen mit Cyrus Vance, um ihm den Plan eines ‚neuen Jugoslawiens‘ vorzulegen und den Kollaps der wackligen Föderation zu verhindern. Serbien und seine Bundesgenossen luden darum am 26. Dezember die Parteien zu einer Konferenz für den 3. Januar ein, um eine Reform des Staates zu besprechen. Milan Babic (Kraijina) machte den serbischen Standpunkt klar: ‚Jene Staaten, die der Meinung sind, daß es in ihrem Interesse liegt, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten, werden zu entscheiden haben, ob das neue System eine engverbündete Gemeinschaft darstellt oder ein Bündnis souveräner Staaten mit einer einzigen Währung und einem bestimmten Niveau bewaffneter Streitkräfte. Aber Slowenien und Kroatien werden nicht einmal ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit akzeptieren. In diesem Falle muß das ‚neue Jugoslawien‘ Slowenien anerkennen und es gibt keinen Grund, daß es das nicht auch mit Kroatien täte, wenn auch erst dann, wenn die Frage der Grenzen definitiv gelöst ist. Auch die serbische Republik der Kraijina stimmt mit der ethnischen und historischen Berechtigung des serbischen Volkes überein, die in diesem Gebiet wohnt. Wer die serbische Kraijina verlassen will, um nach Kroatien zu ziehen, kann es tun, und umgekehrt. Und jeder Staat muß die Bürger- und Menschenrechte anerkennen.“*

Kroatiens Präsident Tudjman erklärt am gleichen Tage: *„Wir haben die Pflicht, auf die Interessen der 800.000 Kroaten zu sehen, die in Bosnien-Herzegowina leben. Sie können und müssen unter den Schutz der kroatischen staatlichen Polizei gestellt werden.“*

REUTER findet erneut Stoff für seine Berichte mit der Ankunft von Cyrus Vance am 30. Dezember in Belgrad: *„Im Augenblick kennt man noch nicht das Programm, das Vance abwickeln will, aber es ist denkbar, daß es Gespräche mit den Präsidenten der sechs Republiken Jugoslawiens und den kämpfenden Gruppen beinhaltet. Der Krieg, in welchem die serbische Minderheit in Kroatien, unterstützt von der Bundesarmee, kämpft, um nicht Teil eines unabhängigen Kroatiens zu werden, ist eng verbunden mit den politischen Problemen des zukünftigen Jugoslawien.* (Damit versucht Reuter, den serbischen Freischärlern einen völkerrechtlichen Standard zu geben). *Die Präsidentschaft Jugoslawiens* (wir wissen, daß das nur noch Serbien ist) *verkündete, daß die EG ihre Glaubwürdigkeit verlor mit dem Angebot einer Anerkennung der secessionistischen Republiken zum gleichen Zeit-*

punkt, als sie zu vermitteln versuchte (damit wird klar, zu welchem Zweck — um den Serben Argumente zu verschaffen — Lord Carrington trotz aller Fehlschläge immer weiter in ‚Friedensbemühungen' machte.)"

„Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug behauptet, Vance werde mit einem Vorschlag kommen, dessen Hauptinhalt es sei, den Konflikt in drei Jahren zu beendigen. Die Initiative des Ex-USA-Außenministers erwägt die Aufrechterhaltung einer von Serbien und Montenegro gebildeten Föderation, der sich Mazedonien und Bosnien-Herzegowina verbinden und schließendlich werden diese vier Republiken ein Bündnis eingehen mit den unabhängigen Kroatien und Slowenien. Analytiker machen darauf aufmerksam, daß dieser Vorschlag von wirtschaftlichem Gesichtspunkt aus Sinn hat, daß er aber nicht die Frage der Grenzen zwischen den Republiken löst (es ist beachtenswert — und es war vorauszusehen —, daß man also unter Anerkennung der serbischen Waffenerfolge die früheren Grenzen nicht mehr als selbstverständlich ansieht!). *Die Serben Kroatiens und Bosniens proklamierten bereits ihre Unabhängigkeit und nahmen vorweg, daß sie ein Bündnis mit Belgrad eingehen werden, um im alten Jugoslawien zu bleiben."*

REUTER kann dann am 2. Januar 1992 mitteilen: „Der Plan der UNO (Vance) sieht vor, daß sich das Bundesheer aus Kroatien zurückzieht und daß UNO-Truppen an 3 Krisenpunkten stationiert werden: In Teilen von Ostslawonien, in Westslawonien und in der Kraijina. Vance hatte Besprechungen mit Milosevic, Kadijevic und den (ebenfalls serbischen) *Vertretern der Bundespräsidentschaft.*

So kommt es zu einem neuen Waffenstillstand. Belegt wird er mit dem schwülstigen Titel „Absoluter Waffenstillstand", datiert vom 3. Januar 1992. Es war Nummer fünfzehn. Wird er eingehalten, so kann an die Entsendung von UN-Truppen gegangen werden. Lord Carrington spürt wieder Oberwasser und sagt den Journalisten, er werde die Präsidenten der sechs Republiken zu einer Friedenskonferenz in Brüssel für den 9. Januar zusammenrufen.

REUTER gibt seine Meinung zu: *„Die Kämpfe, die die Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens ausgelöst haben, sind auf das engste verbunden mit der politischen Zukunft Jugoslawiens, dessen Grenzen 1918 gezogen wurden."*

Störender als die hier und dort weiterhin stattfindenden Kämpfe wirkt sich für diese Pläne aus, daß Milan Babic, der Präsident der selbsternannten Kraijina in einem Brief an Vance und an den Sicherheitsrat mitteilt, daß die irregulären serbischen Verbände ihre Waffen nicht niederlegen werden, wenn die kroatische Nationalgarde die ihren behält. Auch widersetzte er sich dem Rückzug der Einheiten der Volksarmee (Hauptpunkt des Friedensplans). Die UN-Truppen dürften nicht auf dem Gebiet der Kraijina stationiert werden, sondern nur an deren Grenzen. Babic stellt sich so in Gegensatz zu Milosevic, der den Friedensplan unterzeichnet hatte.

Noch ein wenig ernster war es für den Augenblick, daß am 8. Januar 1992 ein Hubschrauber der EG-Beobachter von einem jugoslawischen Kampfflugzeug abgeschossen und fünf Personen dabei getötet wurden. Diese von der EG verwandten Hubschrauber sind deutlich weiß gestrichen und tragen das Wappen der EG. Der Sicherheitsrat verhandelte sofort hinter verschlossenen Türen, doch überwog die Absicht, den Vorgang nicht hochzuspielen und nur eine Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen zu verlangen. Auf serbischer Seite verstieg sich Babic dabei zu der Behauptung, daß es sich um eine kroatische Verschörung gehandelt habe: Kadijevic sei halber Kroate und der Kommandant der jugoslawischen Luftwaffe, Zvonko Jurjevic sei Kroate. Man hätte auf diese Weise den Frieden sabotieren wollen.

In diesem Klima hatte also Carrington am 9. Januar 80 Minuten lang Gelegenheit, noch einmal „Jugoslawien" vorzuführen. Man ließ die Führer zu Worte kommen. Milose-

vic bestand darauf, daß *„die Völker, die es wünschen — er bezog sich dabei auf Serbien und Montenegro — Jugoslawien, Gründungsmitglied der Vereinten Nationen* (von daher weht der Wind!), *aufrechterhalten.“ „Ohne die EG frontal anzugreifen“*, teilt REUTER mit, *„wiederholte er, daß die UNO eine angemessenere Einrichtung als die EG ist, um den Friedensprozeß in seinem Lande voranzutreiben.“*

Im klaren Gefühl des politischen Vakuums erklärten die Serben in Bosnien-Herzegowina schnell noch ihre eigene Republik. Sie umfaßt etwa ein Drittel der Bevölkerung dieser Provinz. Diese Erklärung erfolgte *„als Protest gegen die Bemühungen der bosnischen Regierung, eine Anerkennung durch die EG zusammen mit drei anderen Republiken zu beantragen. ‚Bosnien-Herzegowina ist nicht mehr vereint, denn Jugoslawien ist nicht mehr vereint. Jugoslawien hat sich gewandelt‘, sagte Radovan Karadzic, der Führer der 1,4 Millionen in Bosnien lebenden Serben.“* (REUTER, 9.1.1992).

Alles dieses verschlug Vance nicht den Atem. Die EG nahm ihre Beobachtertätigkeit wieder auf, einen Tag nur bevor, wie REUTER es ausdrückt, *„die Mitgliedstaaten der EG entschieden, ob sie die Unabhängigkeit Kroatiens und weiterer drei jugoslawischer Republiken anerkennen wollen. Die Bemühungen der EG-Mitglieder, eine gemeinsame Haltung in der Frage der Anerkennung einzunehmen, scheinen schwer zu verwirklichen . . . Großbritannien hat noch Zweifel.“* Wie irreführend dieser Text ist, belegt der amtliche Text der EG-Erklärung von Brüssel am 15. Dezember: *„Die Gemeinschaft und ihre Mitglieder vereinbaren die Unabhängigkeit aller jugoslawischen Republiken anzuerkennen“*, die den von uns erwähnten Grundsatzkatalog erfüllen. Weiter heißt es: *„Die Umsetzung dieser Entscheidung wird am 15. Januar 1992 stattfinden.“* So ist es ebenso irreführend, wenn Reuter am 12. Januar meint, *„noch ist es nicht klar, ob die EG als Ganzes die separatistischen Republiken anerkennen wird oder jedes einzelne der Mitglieder.“*

Am 9. Januar tritt Kadijevic als jugoslawischer Verteidigungsminister zurück. Er hatte bereits am Monatsanfang eine entsprechende Ankündigung gemacht. Jetzt bringt man den Rücktritt in Zusammenhang mit dem Abschuß des EG-Hubschraubers. Sein Nachfolger wird vorerst der Generalstabschef Blagoje Adzic. Man erwartet darum eine weitere Verschärfung der serbischen Linie.

Einen Tag vor dem Anerkennungstermin treffen im ehemaligen Jugoslawien etwa 30 Verbindungsoffiziere der UNO ein. Ihre Aufgabe ist es, den 15. Waffenstillstand vom 3. Januar zu überwachen und im Falle einer tatsächlichen Waffenruhe das Eintreffen von 10.000 UN-Blauhelmen vorzubereiten. Tudjman meint dazu, *„er vertraue darauf, daß eine Friedensoperation der UNO Kroatien helfen werde, das Gebiet wieder zu erlangen, das es in einem sechsmonatigen Krieg gegen serbische Freischärler und die Bundesarmee verloren hat. Aber er fügte hinzu, daß dann, wenn die Friedenstruppen der UNO nicht die Rückgabe des Gebietes garantieren könnten, das kroatische Volk sein gesamtes Gebiet befreien werde.“*

Zu dem Datum des 15. Januar liest man in der Zeitung RIO NEGRO, Argentinien, als Überschrift: **„Jugoslawien, in einem Klima des Heroismus geboren, liegt im Todeskampf“**. Sätze wie diese zeigen, daß die Auffassung der Völker in Europa noch keineswegs Eingang gefunden hat in vielen Redaktionsstuben. Die gemeinten Heroen sind nämlich Massenmörder Tito und seine Partisanen! Das aber ist gleichbedeutend mit einer weltweiten Unterstützung von längst überholten Entente-Zielen und der daraus geborenen Koexistenz mit dem Bolschewismus und mit dem Terrorismus. Es ist der Versuch, die Perestroika zu annulieren und es verlohnt sich, die verschlagenen reaktionären Parteigänger des Kommunismus im westlichen übernationalen Bereich näher unter die Lupe zu nehmen. Bürgerkrieg droht überall in Europa!

Entgegen der Prognostik der Agentur REUTER erkennt am 15. Januar 1992 die EG einstimmig die Staaten **Kroatien** und **Slowenien** als selbständig an. Trotz Erfüllung aller Bedingungen geschieht das gleiche noch nicht mit **Mazedonien**, da Griechenland sich als einziger EG-Staat dem widersetzt.

VI. Die Verfemten

Slowaken

Inzwischen (in Fortsetzung unserer Meldungen in XII, 280) hat man Bilanz gezogen über die Tschechoslowakische Sozialistische Republik. In den Jahren von 1948 bis 1989 wurden etwa 2 Millionen Menschen aus politischen Gründen verfolgt. Über 200 politisch motivierte Todesurteile wurden vollstreckt. Rund 10.000 Menschen wurden in Gefängnissen zu Tode gefoltert oder „auf der Flucht erschossen". Über 400.000 Personen wanderten aus, vor allem in die USA und in die BRD. Rund 50.000 kamen in Arbeitslager. Zweieinhalb Millionen Deutsche, die 1945 vertrieben wurden, sind in diesen Zahlen natürlich nicht mit erwähnt.

Die Ungeduld der Slowaken im Hinblick auf ihre Befreiung von der Bindung an die Tschechen, machte sich am 14. März 1991 im Gedenken an die Ausrufung der unabhängigen Slowakei vor 52 Jahren Luft. Der tschechisch-slowakische Präsident Vaclav Havel sah sich genötigt, nach Pressburg (Bratislava) zu reisen und sich dort direkt an die Slowaken zu wenden. Im Fernsehen erklärte er: *„Es deutet alles darauf hin, daß die Slowakei vor einer historischen Entscheidung steht. Zur Wahl steht der Weg in die Familie fortgeschrittener europäischer Demokratien oder der Vorrang nationaler Hoffnungen. Er könne nur ersteres empfehlen. Einen dritten Weg gibt es nicht. Wenn der slowakische Landtag den Entwurf der Unabhängigkeitserklärung annehme, dann sei der Landtag auch gezwungen, dem gegenwärtigen Verfassungsrahmen der CSFR zu entsagen, der der Slowakei den Status einer Teilrepublik zugestehe. Dann wäre auch dem freigewählten Bundesparlament in Prag und allen von ihm erlassenen Gesetzen die Rechtsgrundlage entzogen. Dies wäre der Anfang einer chaotischen Auflösung unseres Staates, das Ende seines internationalen Anspruchs auf Vertrauen und wahrscheinlich auch der Beginn einer langen Periode tiefer wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, einer langen Periode des Leidens und der Anarchie, aus der es nur einen einzigen Ausweg gibt: eine neue Diktatur"* (377). Wieder einmal die uns bereits bekannte Sinnverfälschung der Tatsachen. Herr Havel vergißt, daß gerade die tschechische Landwirtschaft, einstmals die produktivste in Osteuropa, vor dem Zusammenbruch steht. *„Niemand weiß, wie man die Landwirtschaft in einer freien Marktwirtschaft zu organisieren hat"*, sagt Frantisek Trnka, der Präsident der Agrarpartei, zwei Jahre nach dem Sturz des kommunistischen Regimes (362). Und daß an dem Tage, da Havel zu den Slowaken sprach, am Grabe des von den Kommunisten hingerichteten letzten

Präsidenten einer freien Slowakei, Tiso, ein Doppelkreuz errichtet und hunderte von Blumengebinden niedergelegt wurden. Havel selbst, der unangemeldet in die Nähe der Veranstaltung kam, wurde ausgepfiffen, beschimpft und angerempelt (378). *„Ohne eine Portion Nationalismus kann sich in der Slowakei im Moment keine politische oder kulturelle Organisation verkaufen, egal ob sie Föderation, Konföderation oder einen selbständigen slowakischen Staat fordert. Der Prager Zentralismus hat die Slowaken jahrzehntelang geschädigt. Den Tschechen wird von den Slowaken vorgeworfen, die gemeinsame Kasse für Deviseneinnahmen, Auslandsstipendien oder Investitionen ungerecht verteilt zu haben"* (378). Die 1918 versprochene Autonomie wurde den Slowaken nie gewährt. Sie wurde 1960 sogar vollständig abgebaut. Sie wurde de jure 1969 wieder in Kraft gesetzt, aber niemals in die Tat umgesetzt. Auch jetzt geht man mit Intrigen vor. Nicht etwa eine Abstimmung in der Slowakei soll über deren Schicksal entscheiden, sondern eine Abstimmung in der gesamten Tschechoslowakei (in der 10 Millionen Tschechen und fünf Millionen Slowaken leben). Es erinnert an die Abstimmung in Nordschleswig, wo man am Ende des I. Weltkrieges Abstimmungsräume schuf, in denen mehr Dänen als Deutsche wohnten, anstatt die deutschbesiedelten Gebiete alleine über sich entscheiden zu lassen.

Im April setzt das Präsidium des slowakischen Nationalrats den slowakischen Ministerpräsidenten **Vladimir Meciar** ab. Doch hinter diesem stehen nach Meinungsumfragen 90% der Slowaken. Als neuer Regierungschef wird Jan Carnogorsky ernannt. Es kommt zu Tumulten in Pressburg und man fordert Neuwahlen. Unterstützt wird diese Forderung von der Tatsache, daß sich die wirtschaftliche Lage gerade in der Slowakei sichtlich verschlechtert. Mehrere slowakische Parteien fordern einen **Staatsvertrag,** doch Prag lehnt ein solches Unterfangen ab, weil ein solcher die Existenz zweier souveräner und unabhängiger Staaten voraussetzt. In der CSFR sei jedoch die Föderation alleiniges internationales Rechtssubjekt (379).

Während slowakische Politiker den Neubau von unten fordern, kommt man ihnen also mit der Drohung internationaler Forderungen entgegen und fordert, daß diese zuerst berücksichtigt werden müßten. Es ist das gleiche undemokratische Vorgehen, das wir im Falle Jugoslawiens erlebten. Es ist ein weiterer Beweis für die Behauptung, die Welt habe sich bereits in ein Völkergefängnis verwandelt. Nur die Gefängniswärter und ihre Vorgesetzten nennt man nicht. *„Die meisten Slowaken halten die Idee von einer Föderation für eine tschechische Erfindung, die dazu diene, ihr Land für immer den Prager Interessen unterzuordnen und die negativen Begleiterscheinungen der Wirtschaftsreform auf die Slowakei abzuwälzen."* (380).

Doch nicht nur politische Parteien melden sich zu Wort. Nicht unbedeutend für die slowakische völkische Stimmung ist die **Matica Slovenska,** *„die integrative Kraft der nationalen Bewegung, eine überparteiliche, christlich orientierte Kulturorganisation, die 1863 mit dem Ziel der Förderung der nationalen Anliegen gegründet wurde und heute rund 200.000 Mitglieder zählt. Matica Slovenska ist im Land wesentlich stärker verwurzelt als die politischen Parteien. ‚Die föderale Regierung in Prag', sagt ihr Vorsitzender Jozef Markus, ‚verkörpert die Fremdherrschaft der Tschechen und einiger assimilierter Slowaken'. Markus: ‚Entweder es gibt eine Konföderation, also einen Staatenbund statt eines Bundesstaates, oder es bilden sich zwei unabhängige Staaten, die nach dem Beispiel Belgien und Luxemburg eng kooperieren. Beide Varianten zielen auf die europäische Integration auf der Basis der nationalen Souveränität."* (381). Und die Arbeitslosenrate ist im Juni 1991 in der Slowakei doppelt so hoch wie in der tschechischen Republik.

Prag kommt in den Dauerverhandlungen mit Pressburg entgegen und wäre einverstanden mit einem Staatengebilde, das nur noch die Währung, Verteidigung und Außenpolitik gemeinsam hat. Doch dieses „nur noch" ist Pressburg viel zu viel. Das Ziel ist ein **Staaten-**

bund, keine noch so lockere Föderation. Hinzu kommt eine massive Einmischung von außen. Herr v. Weizsäcker „empfiehlt" den Slowaken bei einem Banquett in Prag am 7. Oktober, *„man müsse jetzt zusammenbündeln anstatt auseinanderzureißen"*. In der österreichischen und deutschen Presse macht man den Slowaken sogar einen Vorwurf, daß sie sich mit Wehmut an die wenigen Jahre der Selbständigkeit erinnern, weil diese mit deutscher (nationalsozialistischer) Hilfe errungen worden war. Der slowakische Ministerpräsident Jan Carnogorsky sagt: *„Das Verschweigen der staatlichen Eigenständigkeit der Slowaken zwischen 1939 und 1945 ist eine Beleidigung der Gefühle der slowakischen Nation."* Der Journalist Karl-Peter Schwarz meint dazu: *„Ihm darin zu folgen, ist wirklich schwierig für Prag, für Bonn und für alle demokratischen Gemeinschaften in Europa."* Dieser Kommentar ist Gold wert. Besagt er doch nicht mehr und nicht weniger, als daß nationale Eigenständigkeit nur denen gewährt werden darf, die „demokratisch" gesinnt sind, die alles das, was damit verbunden ist, vom Kapitalismus bis zum Ökumenismus, mitmachen. Havel meint, den Gordischen Knoten zerschlagen zu können, indem er einen **Volksentscheid** anberaumt. Solange nicht die europäische Vergangenheit bewältigt ist, solange nicht die Kriegstreiber von 1939 und die Massenmörder von Katyn bis Prag und bis Pressburg beim Namen genannt werden dürfen, angeklagt und verurteilt werden, solange man die „herrschende" Meinung ausdrückt, wenn man die Slowakische Selbständigkeit als *„ein Kapitel ihrer Geschichte bezeichnet, über das sie besser Schweigen sollten"*, solange gibt es kein Europa.

Bezeichnend für die nach wir vor recht großspurige und arrogante Art, mit der sich Prag die Welt vorstellt, sind die Vorfälle vor dem Abschluß des **deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages.** Herr Ministerpräsident Marian Calfa war „erzürnt" über die Forderungen der Sudetendeutschen! Bayerns Ministerpräsident Max Streibl meinte, die Sudetendeutschen müßten um Vergebung bitten! Dabei kommt der österreichische Völkerrechtler Ermacora auf einen Vermögensverlust der Sudetendeutschen von mehr als 100 Milliarden Mark. Ein vollwertiger Schutz der heutigen deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei (etwa 50.000 Personen) wird abgelehnt, da das *„die Begehrlichkeit der magyarischen Minderheit wecken könnte."* Vielleicht wäre es doch besser gewesen, die englische Großloge und der Großorient von Frankreich hätten 1914 nicht den Thronfolger ermordet. Die Nachfolgegebilde der Österreichisch-ungarischen Monarchie können zu ihrer Daseinsberechtigung recht wenig positives in den seitdem vergangenen 77 Jahren vorweisen, weder in Prag noch in Belgrad. Es spricht nicht gerade für die modernen Staatenlenker und Weltdirigenten, daß sie das noch nicht gemerkt haben.

Süd tiroler

Es ist selbstverständlich, daß jetzt auch die immer noch offenstehende Forderung auf Wiedervereinigung von Nord- und Südtirol in Angriff genommen werden muß. Genauso wie in allen anderen ähnlich gelagerten Fällen stößt das auf den Widerspruch der herrschenden, reaktionären Kräfte. Genauso wie in allen anderen Fällen sind solche Wünsche nur dann von Erfolg gekrönt, wenn das Volk sie erzwingt. Freiwillig und gutwillig wird keine einzige Grenze, und sei sie auch noch so ungerecht und untragbar geändert. Siegen wird in dieser Lage überall immer nur derjenige, der mit den besseren Bataillonen kämpft. Und wer sich nicht einen Augenblick lang täuschen läßt von den falschen, unehrlichen Phrasen und von angeblich so selbstlosen Vermittlern. Es wimmelt nur so von trojani-

Südtirol,

ein deutsches Volk in Ketten!

Jeder **ehrlich Deutschgesinnte** will wissen, wie es jenseits des Brenners steht.
Dies sagt die Zeitung:

„Der Südtiroler"

Wer sie hält und für ihre Verbreitung sorgt, hilft mit am Rettungswerk.
Das ist uns allen **heilige Pflicht!**

Deutschsüdtiroler Trutzlied.



Und starrt von Feindeshorden
Des Brenners Scheidewand
Und trennt vom deutschen Norden
Deutsch-Südtiroler Land;
Ob es zerrissen werde,
Daß heißes Herzblut sprüht,
Es bleibt Tiroler Erde,
Es bleibt der deutsche Süd!

Ob niemand uns zu retten
Die kühne Lanze bricht?
Ihr könnt die Hände ketten,
Doch unsre Herzen nicht!
Mit Flammenlettern schreiben
Wir unser trutzig Lied:
Wir woll'n Tiroler bleiben,
Wir sind der deutsche Süd!

Erhebt nun eure Hände
Zum Schwure hoch und hehr,
Wir führen es zu Ende
Und rasten nimmermehr.
Bis auf die Berge nieder
Der Freiheit Sonne glüht,
Und wir Tiroler wieder
Im frei'n deutschen Süd!

Text von Ehrentraut Lanner.
Melodie von Depolo-Mühlberger.

Das Lied ist samt Musikbegleitung auch in der Musikalienhandlung Groß, Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 37, erhältlich.

schen Pferden. Nicht Worte und Versprechungen zählen, sondern nur noch handfeste Tatsachen.

Die Kämpfer an der Front wissen Vieles zu diesem Thema zu sagen. Von mir aus im Rahmen der Abgeltung einer großen Dankesschuld, die ich für das treue und schöne Südtirol immer empfinden werde, nur diese wenigen Worte. Sie sollen an dieser Stelle zeigen, daß die täglich wachsende weltumspannende Front gegen eine geplante Weltdiktatur auch auf deutschem Siedlungsboden unbesiegbaren Widerstand aufbaut.

Im April 1991 trat der Verzichtspolitiker Silvius Magnago, seit 30 jahren Obmann der Volkspartei, sein Amt ab. Das *„Selbstbestimmungsrecht eines Volkes ist ihm unumstößlich, doch der Rückkehr nach Österreich kam er keinen Schritt näher. Nach seiner Lebenserfahrung wäre es unklug und kontraproduktiv gewesen, das Selbstbestimmungsrecht in diesem Augenblick auszuüben. Vor zwei Jahren trat der Vorkämpfer der Autonomie die Regierungsämter an Luis Durnwalder ab, und jetzt die Parteiämter an Roland Riz. Beide sind der Fortsetzung des Werks von Magnago verpflichtet."* (382). Was das bedeutet, sieht man an dem neben diesen Text gesetzten Foto von Roland Riz, mit der Brille in den Händen. Zehntausend Tiroler sperren am 15. September 1991 die Brennerstraße, um ihrer Forderung nach Wiedervereinigung mit den 280.000 Brüdern im Süden Gehör zu verschaffen. Nach den Erfahrungen aller anderen unterdrückten Völker in diesem Jahre wird man auch in Südtirol den tatenlosen Weg verlassen müssen, um Tirol endlich von den Welschen wieder zu befreien.

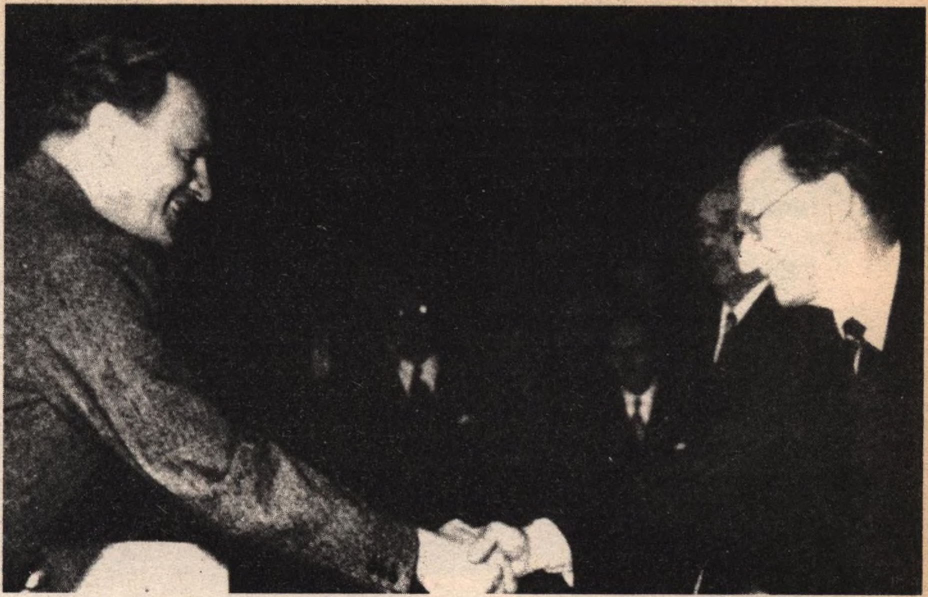
Kontakt aufnehmen durch Bezug der Zeitschrift „Der Tiroler", Postfach 210 143, D-8500 Nürnberg, oder über den „Tiroler Heimatbund", Postfach 20, A-6122 Fritzens, Nordtirol. Schriftleitung Dr. Robert Detzel.

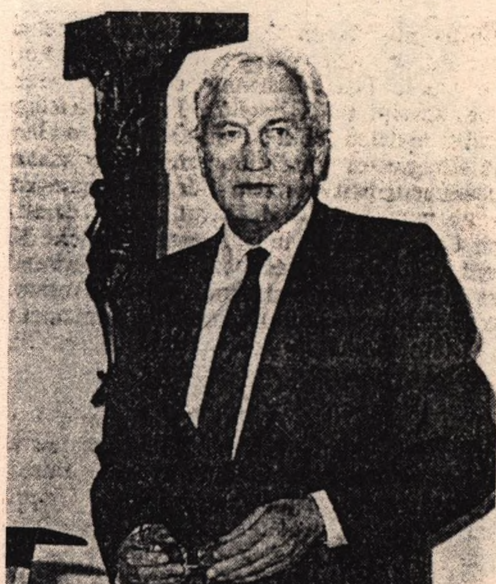
„Kapitulation in Paris" heißt das bedeutendste Buch über Südtirol. Vorgestellt wird es mit einem Foto von dem Freimaurerhändeschlag zwischen Karl Gruber und Alcide De Gasperi bei Abschluß des „Pariser Abkommens".

Nur ein Wort noch, das auch uns aus persönlichem Kontakt mit dem hier zu Ehrenden eine innere Verpflichung ist: *„1960 und 1961 vollbrachte* **Dr. Bruno Kreisky** *zusammen mit seinem Staatssekretär Dr. Franz Gschnitzer eine politische Meisterleistung. Es gelang ihm, das Südtirolproblem auf die Tagesordnung der Vereinten Nationen setzen zu lassen. Damit war diese Frage zu einer international bedeutsamen politischen Frage geworden, was die UNO noch durch den Auftrag an die beiden Streitparteien Italien und Österreich unterstrich, diese Frage durch politische Verhandlungen zu lösen . . . Kreisky ist der Sache der Südtiroler bis zu seinem Lebensende verbunden geblieben . . . Alle Südtirolfreunde, ungeachtet ihrer politischen Herkunft, erinnern sich des Dr. Kreisky als eines warmherzigen Freundes, eines klugen Politikers und als eines ehrlichen und rechtschaffenen Patrioten."* (383).

Auch im Falle Südtirols können die Feinde unseres Volkes (und diejenigen, die sich diesen enger verbunden fühlen als dem eigenen, dem deutschen Volk), nicht lassen, uns Belehrungen zukommen zu lassen, die — in diesem Falle — der italienischen Gesittung eher angepaßt wären. Ich beziehe mich auf den Aufsatz von Heinz-Joachim Fischer „Wo Südtirols Interessen liegen" in der FAZ vom 14. September 1991. Vorsicht ist geboten, denn *„die Auflösung der Nachkriegsordnung hat das lange Zeit folgenlos deklamierte Recht auf Selbstbestimmung der Völker zu einem respektierten Ausdruck ihres politischen Willens wachsen lassen. Deshalb verdient Aufmerksamkeit, wenn jetzt Südtiroler auch für ihre Volksgruppe deutscher Sprache in der italienischen Provinz Bozen dieses Recht anmahnen."* Doch wird es für angebracht gehalten, zu warnen: *„Wenn jetzt manche ungestümen Südtiroler Luftballons namens ‚Freistaat' oder ‚Wiedervereinigung mit Österreich' steigen lassen, so werden sie die italienische Minderheit (28% der Bevölkerung) offen-*

Kapitulation in Paris





Roland Riz, die
Brille in der Hand



15.September: Südtirol-Kundgebung an der Unrechtsgrenze am Brenner.

[redacted]

Nebenstehende Fotos stammen von der machtvollen September-Südtirol-Treuekundgebung an der Brenner-Unrechtsgrenze.-Helfen a u c h S i e unserem Südtirol im Ringen um Freiheit und Recht! Unsere Blätter: SÜDTIROLER RUF (gegr.1954), FREIHEIT FÜR SÜDTIROL (gegr.1961), GESAMTTIROLER SCHÜTZENZEITUNG (gegr.1975). Jahresbezug: S 28o.- bzw. DM 45.-.Zentrale Anschrift der ÖSTERR. UNION FÜR SÜDTIROL: lo41 Wien, Fach 216.

[redacted]





sichtlich ebensowenig vergessen, wie sie als Minorität in Italien übersehen sein wollen." Das ist — so ausgedrückt — glatte Unverschämtheit. Man hätte doch besser so schreiben können: „*Es versteht sich von selbst, daß die Südtiroler die italienische Minderheit ebensowenig vergessen werden, wie sie leider bis heute von Rom vergessen wurden.*" Aber, da geht man lieber den Weg, der schon bei Polen Anstoß erregt hat und bezeichnet die Deutschen erst einmal als mutmaßliche Chauvinisten, während rund um das Deutsche Reich dieser Ausdruck doch gerade für unsere Nachbarn — die eben deswegen von uns als „Feinde" bezeichnet wurden — zutrifft. Wer zählt die deutschen Gräber, von der Batschka bis Pommern? Hat man denn immer noch nicht begriffen, daß es die schulmeisterliche Behandlung der überlebenden Deutschen ist, die erneut böses Blut macht? Für uns gilt eben nicht, was die Lizenzpresse und was die Bonner Vertreter verkünden, sondern die Toten, die von keinem De Gasperi und keinem Walesa und keinem Havel wieder erweckt werden können. Und wir empfinden es als ausgesprochen gemein und häßlich, uns in dem Augenblick, da wir ehrlich darum bemüht sind, unserem Volke eine tragbare, friedliche Zukunft zu schaffen, meint, mit erhobenen Zeigefinger drohen zu müssen. Das ist unerträglich! Das ist dumm! Ohnehin haben auch wir bemerkt, daß Minderheiten im Bereich der EG nur dann zu ihrem Recht kommen, wenn sie Bomben legen, und wir trauern mit um die Opfer der modernen Metterniche in Spanien und in Franreich und in Irland, und wir hoffen mit ganzem Herzen, daß eine solche Entwicklung in Südtirol nicht notwendig werden wird. Aber mit Belehrungen und auch mit Warnungen (dann ginge der Fremdenverkehr zurück, dann leide der deutsche Export nach Italien, wie es die FAZ ausspricht) kommt man bei Menschen nicht weiter, die im generationenlangen Grenzkampf aufgewachsen sind. Die wissen von sich aus, was richtig ist und die haben eine Werteordnung, die von der in den von der FAZ als amtlichem Publikationsorgan verschiedener deutscher Börsen abgedruckten abweicht. Wenn man schon nicht versteht, wie die Weltenuhr heute läuft, wenn man nach wie vor „Nationalismus" als etwas Böses ansieht, dann allerdings kann man kein Verständnis für Südtirol in Frankfurt erwarten, dann erwarte man aber auch umgekehrt jenseits der derzeitigen deutschen Grenzen kein Verständnis für das, was man uns in deutschsprachigen Zeitungen anraten möchte. Es ist sehr traurig, daß diese Sätze provoziert wurden. Leider macht das den Eindruck, daß da noch so mancher Bonner Elefant Porzellan zerschlagen wird, bis wieder alles in Scherben liegt. Sie haben es in Kroatien erst bewiesen, wie gut sie es können.

Die Verzichtler waren nur um ein Weniges auf dem Kongreß der Südtiroler Volkspartei im November 1991 in der Lage, zu verhindern, daß man von Italien die Rückgängigmachung aller Verletzungen der Minderheitenrechte seit 1969 forderte. Von der NZZ (Rudolf Stamm aus Rom) wird das begrüßt: „*Unter Aufbietung aller Kräfte konnte die Parteiführung die Annahme dieser aussichtslosen (!) Forderung verhindern.*" Wer „nicht die Autonomie, sondern die Forderung nach Selbstbestimmung auf seine Fahnen schrieb", gilt bei der gleichen Quelle (und bei der übrigen deutschsprachigen Presse im Allgemeinen) als „populistischer Kritiker". Man hält es für selbstverständlich, daß Südtirol in Ruhe hinnimmt, daß „*der oberste italienische Gerichtshof einige Vergünstigungen für die Minderheit als nicht verfassungskonform rückgängig gemacht hat.*" Auch in Südtirol stellt man das Volk auf die Probe. Doch die Weltentwicklung wird ihm helfen, dem Wort „Demokratie" d e n Sinn wieder zu geben, den es ursprünglich gehabt hat. Die Inhaber der Macht werden dann von „Extremismus" und von „Rebellion" schreien. Sie haben ihrem eigenen Verhalten diese Entwicklung zuzuschreiben.

Flamen

So de Oude songen,
so pypen de Jongen.

Wir haben in den bisherigen Seiten dieses Buches erlebt, mit welcher Zähigkeit und Verbissenheit die Freimaurerei im zwischenstaatlichen Rahmen für die Verwirklichung ihrer Weltpläne kämpft. Dieser Kampf wird auch weiterhin in Zukunft ausgetragen werden müssen. Die Freimaurerei wird nicht erlahmen. Es ist der Inhalt ihrer wöchentlichen Zusammenkünfte, die Brüder immer wieder anzutreiben. Wir haben es erlebt, daß Brüder Außenminister pausenlos herumjagen, um das Weltgefängnis zu errichten. In keinem Falle steht hinter dieser wilden Jagd ein nationaler Auftrag, eine Wählerforderung. Der Motor ist geheimbündlicher Natur. Oder finden Sie einen anderen Grund für die Hatz eines Genscher oder eines Baker? Gäbe es einen solchen, unsere guten Journalisten, die ein Watergate und Noriegas CIA-Beziehungen aufdeckten, hätten es längst gefunden.

Doch diese Bauklötze, die da bewegt werden sollen und die den Namen dieses oder jenes Staates tragen, sie können dann leichter bewegt werden, wenn die Menschen in einem Staate keinen Widerstand leisten, wenn sie sich nicht mehr darum interessieren, was man mit ihnen und mit ihrem Staat macht.

Man tut sehr viel, um sie abzulenken, um sie zu lahmen Zuschauern umzuformen, die nicht mehr mit Herz und Seele bei der Sache sind. Man zerstreut sie mit Fernsehen und mit Sensationen, mit aufreizender Pornographie und schwächenden Drogen. Und man schneidet ihnen die Wurzeln zu ihrer Herkunft ab. Man zieht ihre Dichter aus dem Verkehr und lehrt den Kindern nicht mehr, ihre Lieder zu singen.

Die Flamen sind den Freimaurern ein Dorn im Auge. Sie treffen sich nicht nur alljährlich an dem Mahnmal in Dixmuiden. Man hatte es nach den II. Weltkrieg gesprengt, doch die Flamen haben es wieder aufgebaut. Und die **Ijzerbedevaart** ist ihr alljärliches Nationalfest. Aber die Flamen singen auch und sie haben alljährlich auch ihr „Zangfeest". Gelang es nicht in Dixmuiden, so versucht man jetzt hier anzusetzen. Freimaurer d'Espallier wurde mit den im Dunkeln abgegebenen Stimmen seiner Brüder zum Propagandachef des Singfestes ernannt und er ist so töricht, seine Pläne mit dem Zeigefinger vorzubringen, nicht ahnend, daß die Freimaurerei auch in Flandern umstellt ist und beobachtet wird.

Der Zeitschrift „De Standaard" erklärt er, was er vorhat: *„Was ist mit dem Singfest? Offensichtlich muß es modernisiert werden. Die Zeit ist vorbei, daß das Singfest der erträumte Augenblick ist, um die sogenannten flämischen Batterien aufzuladen, um dann hinterher wie aufgezogen durch die Straßen zu marschieren."*

Und „De Standaard" meint dazu: *„Der Herr vergißt, daß ‚Batterien aufladen' gerade das ist, warum die Flamen zum Singfest gehen, ebenso, warum sie nach Dixmuiden gehen. Jawohl, auch um ein Lied zu singen, ein Lied für Flandern, das dabei auch ein kräftiges und hartes Streitlied ist. Um zu kämpfen, um anzuklagen." „Nein"*, sagt der Programm-Direktor, *„für mich ist das Singfest nicht mehr ein archaisches flämisches Zusammenkommen an der Klagemauer"* und er will auch keine *„aufrechten Kerle mehr in schmucken Uniformen."*

In dem anliegenden flämischen Text lesen Sie, daß man mit den Plänen des Zeigefin-



Het Zangfeest

Het motto: "Vlaanderen moet nog een eeuwigheid mee !" Inderdaad. En het Zangfeest?

Blijkbaar moet het gemodernizeerd worden. Ten minste dit is het oordeel van de propaganda-chef d'Espallier. In een gesprek met "De Standaard" verklaarde hij: "De tijd is voorbij dat het Zangfeest het gedroomde ogenblik is om de zogenaamde Vlaamse batterijen op te laden, waarna men "gedreven" de straat opstapt."

Die meneer vergeet dat "batterijen opladen" nu precies de reden is waarom de Vlamingen naar het Zangfeest gaan. Zoals naar de IJzerbedevaart trouwens. Jawel, ook om een lied te zingen, een liefdelied voor Vlaanderen, maar ook daarbij een koppig en wrokkig strijdlied. Om te waarschuwen. Om aan te klagen. Nee, zegt de programma-direkteur: "Voor mij is het Zangfeest niet langer een archaische Vlaamse bijeenkomst aan de klaagmuur." En hij wil ook "geen stoere knapen meer in strakke uniformen."

Weg met de Vl.Nationale Jongeren, met Oranje-Jeugd, met de Chiro-jongens, enz. Wij vermoeden da het Zangfeest de bijeenkomst moet worden van slampampers lijk die van Torhout-Werchter en diergelijke. Maar - wat komt zo iemand op het Vlaams Nationaal Zangfeest doen ?

Niet slecht. Niet goed. Hier uit de toespraak van ANZ-voorzitter Richard Celis: "Vlaanderen waar de lepra aan de kalksteen van onze katedralen vreet,waar de weg naar ons werk in files verstart, waar de rivieren tot riolen worden, de kouters tot kavels en de polder tot een drijfmestdépot..." En verder:

- We kunnen geen gebetonneerd geduld blijven uitoefenen: de faciliteiten moeten weg omdat de Franstaligen in de rand (van Brussel) zelf het voortbestaan door brutale bezettingsdrang onmogelijk maken. Het is aanpassen of verhuizen." Zeer goed !

Het Zangfeest zelf ? Klank en belichting perfekt. Zoals het moet, samenzang van een twintigtal liederen. Elke minuut werd daarenboven opgenomen door TV2 en op twee grote schermen geprojekteerd. Daar is al een uitzending van een vol uur van gekomen op BRT. (Vorig jaar: 180.000 kijkers.)

Intussen zeggen onze trouwe vrienden daar in het vaderland, dat het Zangfeest dit jaar niet slecht was. Ook niet zeer goed. Wij hopen dat ook het A.N.Z. het Algemeen Nederlands Zangverbond, zal beseffen, dat op die manier het Zangfeest geen eeuwigheid meer zal meegaan.

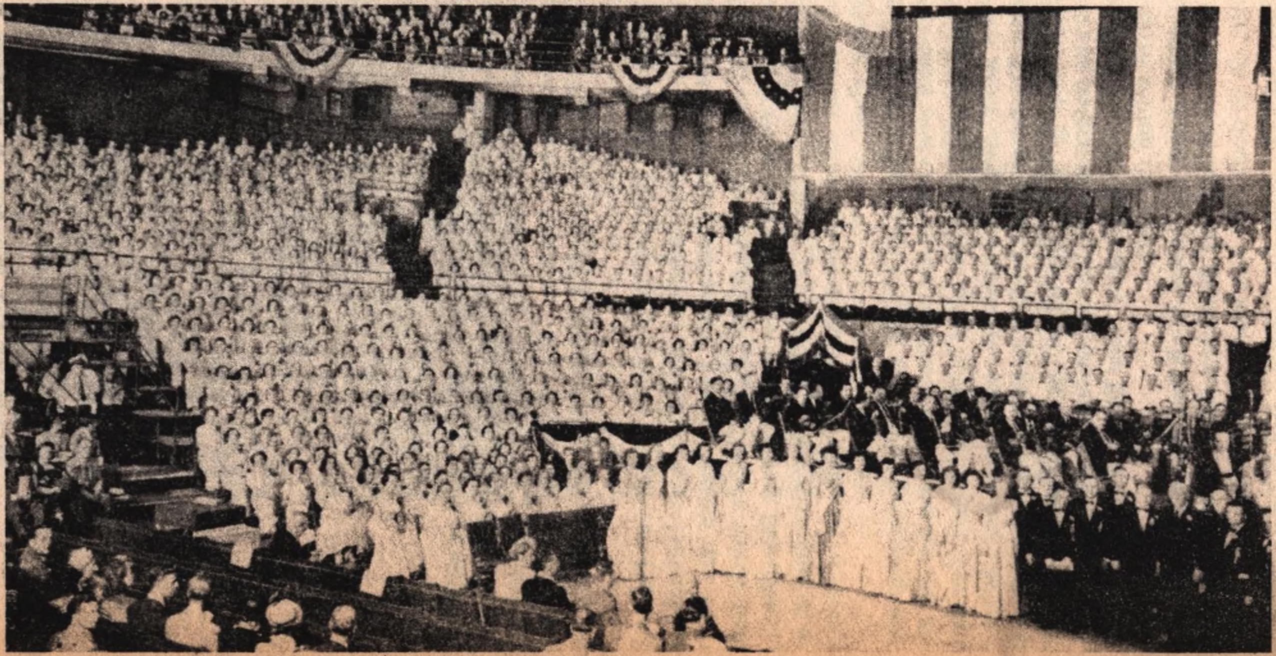
gerhelden nicht ganz einverstanden ist, daß in diesem Jahr 180.000 Menschen es miterlebten, daß *„es nicht schlecht war, wenn auch nicht gerade sehr gut. Klang und Beleuchtung waren perfekt“* meint der Vorsitzende der Festorganisation, Richard Celis. *„Und das bedeutet viel beim Zusammenklingen von zwanzig Liedern.“* Man kann nur hoffen, daß man erkannt hat, von welcher Seite in Flandern angesetzt werden soll, um die Reaktion am Ruder zu halten.

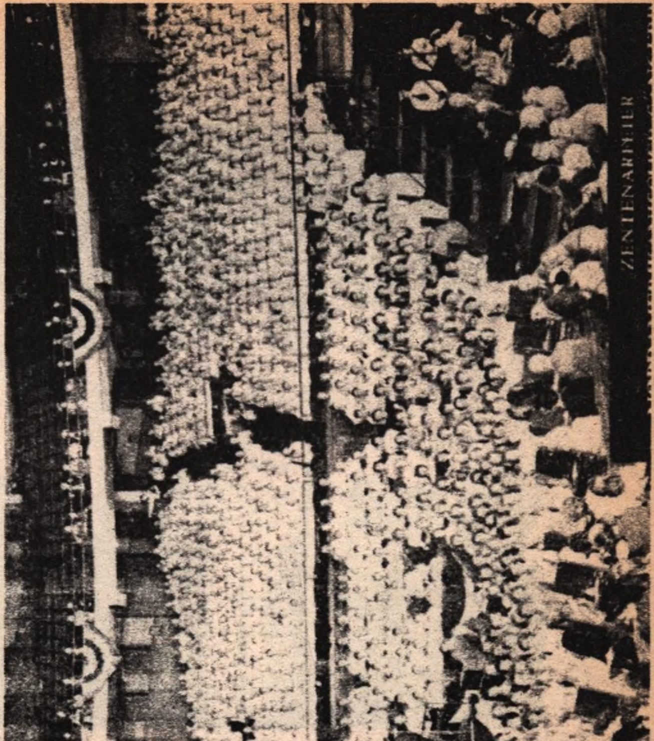
1961 wurde die Flämisch-Nationale Jugend von dem Architekten Jacque van Haerenborgh gegründet. Jetzt feierte man ihr 30jähriges Bestehen. Erschütternder Höhepunkt war, als die frühere Führerin der „Dietschen Meisjescharen“, Letje Claessen das VNJ-Ehrenzeichen von der Führerin des VNJ, Ledy Broeckx erhielt. Letje Claesen wurde nach 1945 zum Tode verurteilt! 15 Monate saß sie im Gefängnis — immer in dem Bewußtsein, daß jeden Morgen die Hinrichtung stattfinden konnte. Ihre Todesstrafe wurde dann in lebenslänglich umgewandelt und kurz darauf wurde ihr befohlen, ihre Heimat zu verlassen. Argentinien nahm diese echte Asylantin auf.

Ledy Broeckx betonte in ihrer Festansprache: *„Der VNJ ist noch nie eine parteipolitische Bewegung gewesen, ist es jetzt nicht und wird es nie werden . . . Wir wollen mit der Flämischen Bewegung ein freies, unabhängiges Flandern, auch in einem Europa, von dem Brüssel NIE die Hauptstadt werden kann. Uns wird speiübel, wenn man uns ‚Belgier‘ nennt. Wir wollen keine Bürger eines Landes sein, das seine ungeborenen Kinder vernichtet, einem Lande das mit Vorbedacht nach 1945 242 Morde auf sein Gewissen lud.“* Alle Darbietungen wurden mit Begeisterung aufgenommen (wir geben hier den Bericht in „Europa vorn“ wieder), und mit den „drei nationalen Liedern“ (das Südafrikalied, das Wilhelminuslied und der Vlaamse Leeuw) schloß die Feier.

Auch in der BRD hat man so seinen Ärger mit einem **Liederbuch.** Die PDS-Gruppe fordert Auskunft, wieso in dem neuen Liederbuch der deutschen Soldaten das **„Panzerlied“** aufgenommen werden konnte, da es doch 1934 von einem Offizier der Reichswehr verfaßt worden war. *„Es soll erläutert werden, wozu das Absingen von kriegstreibenden,*

100 Jahrfeier des Nordamerikanischen Sängerbundes, Chicago 1949





ZENTENARFEIER



Der Männerchor von Colonia Dignidad

nationalistischen, heimatklitschigen und sexistischen Liedern gut ist." (384).

Und wenn Sie, werter Leser(in) nach Chile kommen, dann versuchen Sie auch, den schönen Chor in der „Colonia Dignidad" anzuhören — und mitzusingen. Jedermann wird Ihnen dort gerne den Weg dahin weisen.

Das deutsche Lied ist den Maurern ein Dorn im Auge. Wir zitieren aus der Rundfunkzeitung Gong Nr. 39/91:

„Auf Schützenfesten, in Norddeutschland, ertönt sie häufig, die norddeutsche Hymne, das Lied der Niedersachsen ‚Von der Weser bis zur Elbe, von dem Harz bis an das Meer'. Allerdings beschränkt sich die Textkenntnis dabei meist auf den Refrain: ‚Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen, heil, Herzog Wittekinds Stamm'."

„Als Anfang dieses Jahres Gotthilf Fischer mit seinen Chören die Platte ‚Deutschland, deine Hymnen' aufnahm, war das für etliche NDR-Hörer Anlaß, sich das Niedersachsenlied fürs Wunschkonzert ‚Hörerhits' zu bestellen. Doch der Übertragung lauschten nicht nur diese Hörer, sondern auch Lea Rosh, die neue Funkhausdirektorin des NDR Hannover. Und die war schockiert über die ‚eindeutig faschistischen Tendenzen' des Liedes. Denn wie heißt es da? ‚Wo fielen die römischen Schergen? Wo versank die welsche Brut? In Niedersachsens Bergen, an Niedersachsens Wut'. Die komplette Fassung wird jetzt nicht mehr gespielt. Eine Referentin von Frau Rosh dazu: ‚Frau Rosh hat kein direktes Verbot erteilt. Das war auch gar nicht nötig. Nach einer Diskussion im Hause waren die Redakteure sofort ihrer Meinung (!!!), daß derartige Texte nicht in den NDR gehören'." (385).

WANN WIR SCHREITEN



2. Einer Woche Hammerschlag, einer Woche Häuserquadern zittern noch in unsern Adern. Aber keiner wagt zu hadern. Herrlich lockt der Sonnentag.

3. Birkenlaub und Saatengrün: Wie mit bittender Gebärde hält die alte Mutter Erde, daß der Mensch ihr eigen werde ihm die vollen Hände hin.

4. Wort und Lied und Blick und Schritt, wie in uralt ew'gen Tagen wollen sie zusammenschlagen. Ihre starken Arme tragen unsre Seelen fröhlich mit.

5. wie 1.

Worte: Hermann Claudius Weise: Armin Knab
Möseler Verlag, Wolfenbüttel

Deutsche

Der geduldige Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, wird damit zahlreiche Beweise für die Behauptung gesammelt haben, daß der Einfluß der Freimaurerei auf den Gang der Dinge in unserer Zeit nicht gerade unwichtig ist. Er wird auch zu unterscheiden verstehen zwischen dem sehr ernst zu nehmenden Kern der freimaurerischen Bemühungen und dem darum gewobenen Firlefanz. Im folgenden nun zunächst eine Auswahl von Bildern. Sie zeigen, mit welch unermüdlichem Fleiß dieser Bund in Deutschland an seinem Weltenteppich webt. Die darin sichtbaren Zeichen (Zeigefinger, Griff an die Krawatte, Brille, Händedruck usw.) sind ja bereits früher mehrfach erklärt worden.

„Europas kompliziertes Staatssystem hat sich in Jahrtausenden herauskristallisiert, und dieses mit so viel Mühe und so großen Verlusten an Menschenleben aufgebaute System ist vor unseren Augen mit einem Dilettantismus und einer Brutalität zerschlagen worden, welche nur eine Geschichtsforschung späterer Zeit charakterisieren, beurteilen, ver-

Verzicht ist Verrat

a n d e n V e r t r i e b e n e n u n d a m g a n z e n d e u t s c h e n V o l k !

Der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister der BRD haben die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkannt. Mit diesem geschichtlich wie völkerrechtlich unhaltbaren Verzicht haben sie einmal mehr den zwar nicht strafbewehrten, aber doch sittlich verpflichtend geschworenen Grundgesetz-Eid gebrochen,

(ihre) Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden und (ihre) Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen So wahr (ihnen) Gott helfe!

Alle diesem schändlichen Tun zustimmenden deutschen Parteien sind des erwiesenen Reichsverrates überführt!

Niemand hat das Recht, unsere Heimat aufzugeben und damit ein Viertel deutschen Reichsgebietes zu verschenken!

Um diesem Verrat zu begegnen, sind die

Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

(amtliches Kürzel: VLDO; amtlicher Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Länder)

als Bundesstaat im Vertriebenenstand (Exilstaat)

gegründet worden. Das ist der einzige deutsche Staat, der die völkerrechtliche Vertretung der ostdeutschen Reichsgebiete einschließlich des Sudetenlandes auf Grund des

S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t e s

übernommen hat.

Werdet Mitglied der **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)**, einer öffentlichrechtlichen Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechtes. Sie sammelt alle ostbewußten, volks- und reichstreuen Deutschen, die diesen Staat tragen. Ausführliche **Auskunft** über die rechtlichen und politischen Grundlagen des unabhängigen ostdeutschen Exilstaates, die VLDO, erhält jeder Deutsche gegen Fundstellen-Angabe dieser Anzeige und Übersendung eines Unkostenbeitrages von mindestens DM 5,00 in BRD-Briefmarken bzw. DM 6,00 (europäisches Postausland) und DM 10,00 (überseeisches Postausland) – auch in Geldscheinen beliebiger, jedoch in der BRD frei austauschbarer Auslands-Währung – an die

Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO), Maximilianstraße 14 in D-8900 Augsburg.

Bargeldlose Hilfen für den ostdeutschen Exilstaat n u r an die Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO) auf deren alleiniges Konto **233 6650** bei der **Bayerischen Vereinsbank Augsburg** (Blz 720 200 70)! D a n k e !

urteilen und beim rechten Namen nennen können wird. (Sven Hedin). Wir sind dazu verdammt, als Zeugen hinter kugelsicherem Glas zu beobachten, wie heute Musterschüler der Zerstörer von Versailles, Jalta und Potsdam das Satanswerk fortsetzen und weitere Staaten ins Elend stürzen, Städte in Schutt und Asche legen, Haß und Blut und Tränen säen. Mit der gleichen Brutalität und dem gleichen Dilettantismus, mit dem man 1919 begann, in Europa Außenpolitik zu betreiben. Man besitzt die Frechheit, diesen Wahnsinn als Ausdruck einer Neuen Weltordnung zu loben. Wir haben den Trauermarsch, den europäische Völker 1991 auf Weisung von Lord Carrington und anderen Außenministern antreten mußten, so nahe wie möglich an der Seite klarer Daten und Aussprüche, Ihnen, werte Leser, dargestellt. Was noch fehlt, ist, das aufzuzeigen, was man unter der gleichen Überschrift einer Neuen Weltordnung mit den Deutschen vorgenommen hat. In seiner Boshaftigkeit, seiner philosophischen Verblendung und Kurzsichtigkeit soll es als Flankensicherung für die verbrecherischen Pläne in Kroatien dienen, stellt aber dabei eine geistige Schwächung Europas dar, die die Errichtung einer lebensfähigen Weltordnung unmöglich macht. Das deutsche Volk ist eindeutig Ende 1991 vergewaltigter Teil einer *„gequälten und irregeführten Menschheit“* (Sven Hedin) (386).

„Heute ein Kind in die Welt zu setzen, zeugt von grenzenlosem Optimismus. Ich persönlich sehe allerdings dafür keine Grundlage, diesen Optimismus in Ost(Mittel)deutschland zu haben“, so die Bundestagsabgeordnete Christina Schenk. *„Durchschnittlich ein Drittel weniger Kinder als im Jahr zuvor erblickten seit dem Sommer 1990 das Licht der Welt.* (Nur wenige Wochen später teilt dpa mit, daß die Zahl der Geburten 1991 in den neuen Bundesländern um etwa 50 Prozent zurückgeht!). *Das Wort vom* **‚Wende-Knick‘** *macht die Runde.“ „Vor der Wende ließen sich bei uns fünf bis sechs Frauen sterilisieren, jetzt sind es fast 25 in der Woche“* sagt Dr. Günter Morack, Arzt in einer Frauenklinik im Ostteil Berlins. *„Über die Ursachen des Geburtenrückganges sind sich Ärzte und Frauenrechtlerinnen einig: Soziale Unsicherheit in den neuen Bundesländern. Sozial verunsicherte Frauen wollen keine Kinder mehr haben.“* (Morack). *„Natürlich sind die Frauen von der schlechten Lage des mitteldeutschen Arbeitsmarktes am stärksten betroffen. Die Bonner Regierenden stellen zu wenig Geld für Arbeits- und Kindergartenplätze bereit; Zukunftsunsicherheit macht sich breit. Die Bereitschaft, ein Kind unter diesen ‚miserablen‘ Bedingungen großzuziehen, sinkt zwangsläufig.“* (Marinka Körzendörfer). *„Die Sicherheit, die die Frauen in der DDR hatten, ist nicht mehr vorhanden“* (Christina Schenk, UFV).

„Die SED-Führung hatte den Baby-Boom in der DDR heraufbeschworen. Der vom Staat gestellte Ehekredit über maximal 7000 Mark konnte durch Kinderkriegen getilgt werden — ‚abkindern‘ hieß das im Volksmund. Vier Kinder kamen der Rückzahlung des Vorschusses gleich. Neben dem Schuldenerlaß gab es zusätzlich Kindergeld. Viele Eheleute nutzten das Angebot. ‚Ich habe fünf Kinder und liebe sie alle. Aber wenn ich gewußt hätte, wie das hier mal alles wird, hätte ich mir das sicher überlegt‘, sagt eine arbeitslose Ostberlinerin heute.“ (387).

Gibt es eine schwerere Anklage gegen Bonn? Wer steht hinter diesem Völkermord? Was soll man auf die Vorwürfe antworten, daß es sich hier um die Neuauflage des Morgenthauplanes handelt?

Im Einigungsvertrag wurde bestimmt, daß die Bundesregierung bis zur Jahresmitte 1991 einen Zuschuß zur Sicherung der Kinderbetreuungsplätze zahlt, damit die Einrichtungen erhalten bleiben können. Doch das Datum ist unzureichend. Die Bundesfrauenministerin Angela Merkel meinte bereits im Februar 1991 vor dem Bundestag, daß *„das Recht auf Kindergartenplatz gesetzlich verankert werden müsse.“* Bis heute wird daran herumgeknausert.



Bei seinem ersten offiziellen Besuch in Thüringen wurde Bundespräsident von Weizsäcker von Ministerpräsident Duchac begrüßt. FOTO: DPA



Auch am Mittwoch im Kabinett war die Spannung zwischen Kohl und Genscher noch nicht ganz abgebaut, wie ihre Mienen zu zeigen scheinen.



Diepgen

In Deutschland geht nichts mehr ohne Geheimzeichen.



Murmann



Neuber



Vogel



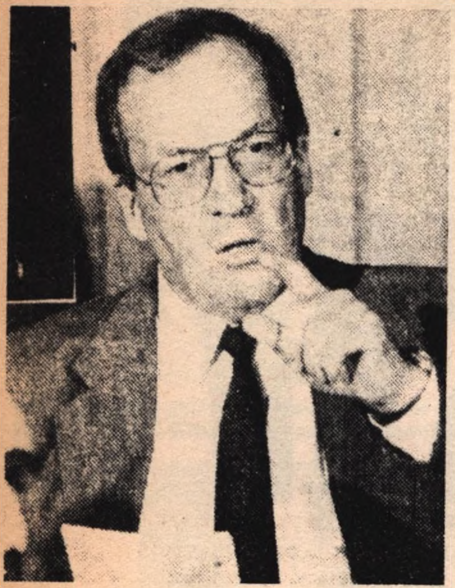
Kohl und Seiters



Modrow



Hans Eichel



Rommel



Koschnick



Überraschend besuchte gestern Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe (links) das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück. Er diskutierte mit Bürgern über den umstrittenen Supermarkt (im Hintergrund). Foto: AP



Genscher



Gomolka



Rohwedder

Nicht nur solche Erfahrungen mit der deutschen Bundesregierung sind die Ursache dafür, daß *„die Deutschen in Ost und West die Zukunftsaussichten seit langem nicht mehr so pessimistisch sehen wie jetzt"*. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Allensbachinstituts, die im Wiener Standard mit unverhohlenem Abscheu veröffentlicht wurde (389). In diesem Rahmen waren die Antworten auf die Frage, was Eltern ihren Kindern mit auf den Weg geben sollten bemerkenswert. Rangierte in den West-Ländern die Ehrlichkeit (81%) als erzieherisches Ziel auf dem ersten Platz, gefolgt von Umweltbewußtsein mit 71%, hat dagegen in den neuen Ländern das Erziehungsziel ‚Höflichkeit und gutes Benehmen' mit 85% ganz hohen Rang.

Das Gelddenken der BRD hat nicht alles in der DDR zerstört. *„Früher gab es bei den Feiern zur DDR-***Jugendweihe** *vor allem die passende Antwort auf die wichtige Frage: ‚Seid ihr bereit, für die große und edle Sache des Sozialismus zu kämpfen?' Und die festlich gekleideten jungen Menschen, meistens um die 14 Jahre alt, antworteten im Chor: ‚Ja, das geloben wir'. Zwei Jahre nach der Wende hat sich das Ritual kaum verändert. Nur die Verpflichtung auf den Sozialismus fiel fort. 1990 nahmen 150.000 der insgesamt rund 200.000 mitteldeutschen Jugendlichen an den Feiern teil. In diesen Tagen, 1991, werden es 85.000 junge Menschen sein, die in Dorfgasthäusern, Schulen, Jugendheimen und Gemeindesälen feierlich in den Kreis der Erwachsenen aufgenommen werden. Sagt ein Berliner Pfarrer: ‚Die Feiern waren für viele Menschen ein großes Ereignis, an das sie immer noch positive Erinnerungen haben'. Kein Wunder, daß sich nach der Wende überall Jugendweihe-Vereine bildeten, die die alte Tradition mit neuen Inhalten weiterhin pflegen wollen. Doch die Behörden schalten auf stur. So hat Werner Sobetzko (CDU), Kultusminister von Sachsen-Anhalt, kürzlich die Schulräte angewiesen, keine Lehrer als Festredner abzustellen und keine Feiern in Schulgebäuden zu erlauben. Die Menschen stören sich auch zunehmend an der Vergangenheit vieler Funktionäre. Der Chef der Berliner Interessen-Gemeinschaft Jugendweihe, Werner Riedel, ist FDP-Kulturstadtrat im Berliner Stadtteil Hellersdorf und der Geschäftsführer Siegfried Jahn, früher im Zentralausschuß für Jugendweihen, ist heute FDP-Mitglied."* (390). Siegfried Jahn meint: *„Wir wollen Hel-*

fer und Wegbegleiter bei der Suche nach dem Sinn des Lebens sein". Warum soll sich die Freimaurerei nicht nur (weltweit) mit so viel Erfolg der Pfadfinder annehmen? (391). *„Wir sind ein Volk"*, sagt der Ossi. *„Genau, wir auch"*, antwortet der Wessi. Ein Witz aus dem Berliner Alltag. *„Wo Ost und West nach 30 Jahren Trennung ungebremst aufeinanderprallen und sich die Bürger aus dem Prozeß der Vereinigung nicht so heraushalten können wie der Rest der Westrepublik, scheint sieben Monate nach den Jubelfeiern am Brandenburger Tor die steinerne Grenze abgelöst von der gedachten. Die alte ‚Insel-Mentalität' ist auf beiden Seiten wieder da. ‚Besser, man hört und sieht vom anderen nichts'. Lustlosigkeit ob des einig Vaterlands hat viele erfaßt. ‚Wenn ich durch den (ehemaligen) Grenzübergang durch bin, dann atme ich auf'. Dieser Satz einer 17jährigen Ostberlinerin könnte auch von einem Jugendlichen aus dem Westen kommen."* (388).

Bonner und Berliner zeigen mit Fingern aufeinander

Es ist das gleiche Erlebnis, das ich in Deutschland mehrfach hatte, als ich noch meinte, es lohne sich, in die „alte Heimat" zu reisen. Ich versuche es, auf die folgenden Gefühlsregungen zu reduzieren: In Westdeutschland weiß man nicht, was es bedeutet, in Übersee nach 1945 eine Existenz aufgerichtet zu haben, wie oft man gerade als aus Argentinien kommend, sofort als „Nazi" angesehen wurde. Hinzu kommt, daß meine Gesprächspartner sehr schnell belegten, daß sie unpraktischer, bequemer, selbstgefälliger, trotz ihrer fehlenden Handfertigkeit reicher und wohlhabender waren, es viel leichter hatten, sich viel mehr leisten können und gerne damit protzen. Dann tun mir meine Familienangehörigen leid, für die man nicht so viel hat schaffen können, weil man unter einer dauernd weiter verfallenden Währung lebt. Und dann wird es unerträglich, sich obendrein noch von Menschen, die man verachtet, hochmütig abfertigen zu lassen. Wir Überseedeutschen haben seit dem I. Weltkrieg vieles hinunterschlucken müssen. Lastenausgleich? Den Flüchtlingen aus dem kubanisch besetzten Angola forderte man das Geld zurück, das sie erhielten, um (ohne Hab und Gut) nach Deutschland fliegen zu können. Haargenau, wie soeben von Berlin beschrieben, geht es uns hier, wenn wir etwa einem deutschen Turisten begegnen: „Besser, man hört und sieht von so einem nichts!" Sollte man aber auf den Fehler verfallen, so einem Wessi die abgrundtiefe Verachtung für sein unnützes Dasein ins Gesicht zu schleudern, so würde man nur volle Verständnislosigkeit erleben. Das Thema ließe sich noch ausführlicher behandeln.

Denn, wie spricht und schreibt man von uns in Deutschland seit mehr als vierzig Jahren! Das geringste, was man uns vorwirft (!) heißt „unverbesserlich". Von dem, was wir hier ohne Marshallplan aufbauten, spricht niemand. Haben wir unter dem Neid der Umgebung zu arbeiten, dann stellt man sich in Deutschland sofort auf die Seite der Verleumder, wie es in Dignidad so typisch zur Schau getragen wird. Wenn in den Zeitungen ein Deutscher in Südamerika als „Nazi" verschrien wird, wenn sein Geschäft boykottiert wird, dann stimmen die deutschen Zeitschriften sofort ein in den Chor. Es ist ein abgekar-

tetes Spiel und erinnert an das, was man jetzt dankenswerterweise hinterher von den Stasi-Methoden in der DDR erfährt: *„Als bewährte, anzuwendende Formen werden da aufgeführt: Systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener, wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben; systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge usw.“* Hier in Bariloche erschien erst vor einigen Wochen ein Buch, das die Deutschen hier als „Nazis“ beschimpft. Eine örtliche Zeitung nennt es unterstützend „Demaskierung eines Teils der Gesellschaft“. So fing es überall an, in Chile, auf dem Balkan, in den USA, in Brasilien. Es endete mit der Ermordung, mit der Vertreibung, mit der Enteignung. Am Anfang steht eine deutsche Vertretung, die sich nicht einschaltet und nicht nur alles geschehen läßt, sondern sogar alle Möglichkeiten bei den wilden Behauptungen offen läßt.

Doch, irren wir nicht vom Thema ab. *„als Reaktion verklären und romantisieren viele Ostler* (schon dieser Ausdruck ist doch eine Beleidigung; wir befinden uns nicht im Osten!) *die Ex-DDR. Nachdem die linke Ost-West-Zeitung ‚Freitag‘ die Leseaktion ‚Mir geht es gut. Dir auch?‘ startete, schrieben viele: ‚Früher war es besser‘ und ‚menschlicher‘.“* (388). *„Ost-Berlin ist für mich wieder ein weißer Fleck‘, sagt eine Abiturientin aus Kreuzberg. Wie viele ihrer Altersgenossen ist sie voll Verachtung für die ‚Zonies‘, die brav und angepaßt seien. Nicht weniger geringschätzig urteilt eine junge Kellnerin vom Prenzlauer Berg über die West-Typen: ‚Das sind richtige Ausstattungsaffen. Immerzu rennen sie in Kaufhäuser, um zu sehen, welche Jeans gerade angesagt sind‘. Sie will bei dem ‚Lieblingsspiel der Westler‘ — mehr zu scheinen als zu sein — nicht mitmachen und ‚deshalb können die mir gestohlen bleiben‘.“* (388).

Es gibt Leute, die meinen, da nicht helfen zu können. *„So ist es der ‚Geburtsfehler‘ des Einigungsvertrages, die innere Einheit Deutschlands durch formelle Übertragung bundesdeutscher Gesetze erreichen zu wollen. Bei der inneren Einheit haben wir es mit einem lang andauernden Prozeß zu tun. Insbesondere sind die Entwicklungslinien in der alten BRD einerseits und in der ehemaligen DDR andererseits so extrem unterschiedlich verlaufen, daß jegliches ‚Homogenitätsfundament‘ fehlt.“* (392). Professor Isensee fordert ein Notstandsverwaltungsrecht für die neuen Länder. Vergangenheitsbewältigung ist zweitrangig. *„Wenn in den nächsten drei bis vier Jahren nichts Entscheidendes passiert, gibt es eine unabsehbare Katastrophe, in der gelehrte Grundrechtsdiskussionen dann auch nicht mehr weiterhelfen.“* Entscheidendes aber kann nur geschehen, wenn in Deutschland sich ein Großer profiliert, dem alle zuhören und alle beipflichten, weil er das Gemeinsame fand. Und dieses Gemeinsame kann nur der gemeinsame Aufbau einer Nation sein. Deutscher Arbeitsdienst mit der Schaufel und dem Computer, in einer Heimat, die nicht nach Ausländern stinkt. Und wo dann im Schweiß der gemeinsamen Arbeit und in der Freude des gemeinsamen Feierabends die unterschiedliche Vergangenheit vergessen wird. Wobei allerdings solche Arbeit und solche Feiern in deutschen Händen liegen müssen und dafür strengste Sorge zu tragen ist, daß sie nicht unter geisteskranken Parolen stattfinden wie etwa „Verbrüderung“, „Klassenlose Gesellschaft“, „Pluralismus“, „Menschlichkeit“, „Demokratie“, „Weltfrieden“, „Toleranz“ und ähnlichen Schmarren. Solange man die Deutsche Vereinigung als Experimentierfeld für Neue Weltordnungen ansieht und von hierher beurteilt, was finanziell zu fördern ist und was nicht (z.B. Kindergärten), steuert alles auf eine Katastrophe zu, mit der verglichen die Jahre etwa nach 1945 ein Kinderspiel waren. Dann zerbricht auch in Deutschland alles, was so ein Fettnäpfchenkanzler wie der jetzige anfaßt, wie es ihm erst soeben in Chile gelang. Endgültiges Lossagen von allen philosophischen Plänen und von allen Klubs und Geheimbünden, die diese verwirklichen wollen. Das ist die Forderung dieser Jahre! Die traurigen Ergebnisse der gleichen unbelehrbaren Kli-

que in anderen Erdteilen, die immer höher steigenden Rechnungen, die das Leben solchen Experimenten vorlegt, alleine die jährlich gemeldete Anzahl der Toten und der zusammengeschossenen Häuser und der Umweltschäden und der Seuchenkranken sollte zu der Überzeugung führen, daß es mit Ungehorsam vor solcher Obrigkeit nicht mehr getan ist.

Es wäre denkbar, daß man eine andere Weltordnung als wünschenswert ansieht, wie es die Freimaurerei vorsieht. Doch nur die Freimaurerei hat sich daran gemacht, an einem solchen Ziel zu arbeiten. **„Wir sind vor neue Aufgaben gestellt. Was bisher war, was bisher geleistet und erreicht wurde, ist plötzlich nur Etappe auf einem weiteren Weg . . . Möge ein jeder von uns, wenn er abends von der Arbeit entlassen wird, sagen können: ‚Ich habe meinen Teil dazu beigetragen!'.“** (393)

Es gibt meines Wissens auf der ganzen runden Erde keine Organisation, die an einem Weltenplan arbeitet, der die Eine Welt der Freimaurerei mit ihren ermordeten Völkern und vernichteten Religionen ausstechen möchte und an die Stelle einer utopischen Weltordnung eine natürliche Weltordnung setzen möchte. Im Gegenteil, die ganze übrige Weltbevölkerung ist glücklich, wenn sie mit ihrem täglichen Brot gerade so über die Runden kommt und das Erraffte behalten kann. Das ist weiß Gott nicht der einzige Grund dafür, daß die kriminelle Dimension der Neuen Weltordnung (noch) unterschätzt wird. Trotz aller in steigendem Umfang aufgedeckten Korruption, trotz der Millionen ermordeter Deutscher und anderer Antikommunisten am Anfang dieses Weges, trotz des gigantischen Gebietsraubes und der Vertreibung ganzer Völker, trotz der Knebelung der Justiz und der Meinungen.

Am 19. Oktober 1991 erschien in „Die Welt“ ein Artikel von Jürgen Serke. Unter einer Überschrift, die die Brüder sofort aufschrecken muß („Dem brodelnden Nationalismus muß eine Absage erteilt werden“), wird der verzweifelte Versuch unternommen, eine Richtungsänderung der Freimaurerei zu verhindern. Nicht mehr und nicht weniger. Der Historiker und Publizist Dr. Wolfgang Venohr (Jahrgang 1925) spießt den Vorgang auf unter der Überschrift „Der westdeutsche Separatismus lebt“. (In Junge Freiheit, Dezember 1991). Doch die Lanze für Bonn ist nur ein — wenn auch für Deutsche besonders deutlicher — Teil des Angriffs, der da gegen ganz Europa geritten wird. Es ist die glasklare Fortsetzung der Entente-Freimaurerei, wie Karl Heise bereits am Ende des I. Weltkrieges die politische Degenerierung und Abwendung der Freimaurerei von „der wahren Freimaurerei“ (Heise) nennt.

Es geht im eigentlichen nicht gegen den Nationalismus, sonder für die angelsächsische Dominierung der Welt. Denn Nationalismus war ein Begriff, der europäischen Freimaurern heilig war. Es geht gegen die Schaffung politischer Gebilde, die geschichtliche und geographische und biologische Wurzeln haben. **Japan** gehört dazu und **Europa.** Niemals kann dazu **Amerika** gehören. Von dort her kommt das Gelddenken und die Anbetung der Technik. In solchen Köpfen ist kein Platz für Berlin. Da genügt vollständig Bonn.

Was anderes ist mit dem hier wiedergegebenen Satz aus der FAZ gemeint (S. 272), als die Feststellung: Zwei verschiedene Freimaurersysteme beschuldigen sich gegenseitig, auf dem falschen Weg zu sein. Sie zeigen mit Fingern aufeinander. Der KRIEG läuft auf vollen Touren. Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch Deutschland war ein Sieg der Europäischen Freimaurer, wenn wir sie einmal provisorisch so nennen wollen. Denn **Jugoslawien** war vielleicht das typischste der politischen Produkte der Entente-Freimaurerei am Ende des I. Weltkrieges. Und dieses liegt am Boden. An anderer Stelle dieses Buches berichten wir ausführlich, was sich bei diesem Krieg zutrug. Er ist noch lange nicht zu Ende.

Und jetzt, was uns Venohr dazu zu sagen hat: *„Sie kauen daran herum, an dem schrecklichen Wort DEUTSCHLAND. Sie kauen verbissen an den Worten RUSSLAND*

oder UKRAINE oder SLOWAKEI, die ihnen partout nicht über die Lippen gehen wollen. Sie ersticken fast vor Haß auf die Ex-DDR-Deutschen, die die Wiedervereinigung erzwangen . . . Für sie waren die BRD und das geteilte Deutschland, in dem die Amis und die Sowjets das Sagen hatten, die Erfüllung ihrer antinationalen Wunschträume . . . Es brach ihnen fast das Herz, als sich der Bundestag am 20. Juni 1991 für Berlin entschied. Doch nun haben sie sich gefangen. Jetzt treten sie zum Gegenstoß an. . . Seit den blutigen Bürgerkriegswirren in Jugoslawien haben sie endlich ein neues Feindbild entdeckt, das sie wieder nennen und das sie als Schreckgespenst an die Wand malen dürfen: Es ist dies der böse Nationalismus, der an allem schuld ist, der als Riesengefahr über Europa heraufzieht . . . Wieder, wie im Kampf gegen die Wiedervereinigung, wird die Gefahr beschworen, das Ausland könne böse werden, könne sich gegen Deutschland zusammenschließen."

Wir schalten ein: In Wien hat man die gleiche Erfahrung: *„Man beweist uns von* **österreichischer** *Regierungsseite ständig, daß wir Österreicher in allen Bereichen fein heraus sind — zumindest verglichen mit dem Ausland. Immer und in allem wird verglichen mit dem Ausland. Das ist typisch, das ist auffällig. Nicht wie wir Österreicher selbst die Dinge sehen, ist entscheidend für die Regierung, sondern wie das Ausland sie sieht. Die Trends im Ausland, die sind bestimmend für unsere Regierung, für unsere Politiker. Die Meinung des Auslands über uns, die ist richtungsweisend für unsere Regierung, nicht die Meinung im Inland. Die nimmt sie nur mit äußerstem Widerwillen zur Kenntnis. Die sucht sie mit allen Mitteln, die sie hat, in die von ihr gewünschte Richtung zu lenken. Und die reduziert sich im Endeffekt wieder nur auf die Vorstellungen des Auslands, wie in Österreich gedacht, wie in Österreich gehandelt werden, wie es in Österreich gehen soll."* (Das Neue Volk, Dezember 1991).

Wir schalten weiter ein: In der **Schweiz** *„hat der Bundesrat beschlossen, den EWR-Vertrag als eine Etappe auf dem Ziel zu betrachten und dieses Ziel ist die vollständige Eingliederung in die EG"* (Bundesrat Felber). *„Linke Intellektuelle und missionierende Weltveränderer drängen die Schweiz in die EG. Daß die auf die Verfassung der Eidgenossenschaft vereidigten Bundesräte Delamuraz und Felber vor aller Welt von einem Weg der Schweiz in die EG sprechen, bevor das Volk nach umfassender Aufklärung entschieden hat, betrachten wir als einen Verrat an der 700 Jahre alten Eidgenossenschaft . . . Bevor das Volk nicht entschieden hat, kann nicht vor aller Welt erklärt werden, die Schweiz sei zur EG-Mitgliedschaft entschlossen."* (Emil Rahm). Und wieder die Argumente der Regierenden: *„Schweden und Österreich haben sich entschlossen, ein Beitrittsgesuch zu stellen . . . Es gibt auch anderswo Leute, die sachlich denken und abwägen."* Dabei gilt als „sachliche" Stimme im Ausland nicht etwa, was man aus einem politischen Erdrutsch heraushören muß, wie er in den Wahlen in Österreich erfolgte, sondern was Zeigefingerhelden von sich geben, die nicht demokratisch legitimiert sind.

Zurück zu Serkes Angriff: *„Die alte Bundesrepublik war ein vertrauenswürdiger Staat . . . Deutschland kann sich keine nationalistischen Komplikationen in der Mitte Europas leisten. Die Bismarck-Linie deutscher Politik führte ins Verhängnis: Makler zwischen den Mächten zu sein, wobei man sich alle Optionen offenläßt und auf eine gute Gelegenheit wartet, um das Eigene zu erweitern."* Venohr dazu: *„Zu Adenauer und nach Bonn zieht es ihn (Serke) zurück, zum status quo der deutschen Spaltung, zur westdeutschen Rheinbund-Republik, in der man nicht mit diesen verdammten Preußen und Sachsen zusammenleben mußte. Und die bekommen es denn auch knüppeldick"* Serke: *„Die Ausschreitungen gegen Asylanten, die Mordlust eines ostdeutschen Mobs, der sich in Interviews äußerte, fanden im sächsischen Hoyerswerda ihren ersten Höhepunkt . . . Die dunkle Seite der Deutschen hat in der alten DDR überlebt, sucht und findet den Zugang in die Seele von Westdeutschen."* Venohr: *„Das sind hetzerische Sätze. Hier wird Pogrom-Stimmung*

und Spaltungsbereitschaft programmiert. So kennt man es aus der NS-Zeit, als die Juden an allem schuld waren. Jetzt sind die Mitteldeutschen — und damit die deutsche Einheit — an allem schuld." Serke: *„Die Mentalität im Osten Deutschlands ist ohne Demokratiebewußtsein. Schaut man dort zurück, dann schaut man auf Kommunismus, Faschismus und Wilhelminismus."* Venohr: *„Keine Silbe davon, daß es gerade die ehemaligen DDR-Bewohner waren, die sich mutig für die Freiheit erhoben — schon 1953! —, den Kommunismus verjagten und die Einheit Deutschlands erkämpften. Aber gerade das dankt ihnen Herr Serke nicht; gerade das nimmt er ihnen ja übel, daß sie mit ihrem — trotz Unterdrückung und Diktatur — ungebrochenen Nationalbewußtsein und ihrer Vaterlandsliebe den status quo der deutschen Spaltung beiseite fegten, daß sie in einem unblutigen Aufstand das separatistische Bonn überrollten und die Einheit Deutschlands schufen. Ganz blauäugig, mit fast entwaffnender Naivität schreibt Serke: ‚Zwei Weltkriege haben wir gebraucht, um eine gewisse Ordnung in Europa zu schaffen.' Ordnung? Ja, die Friedhofs-Ordnung der Spaltung Europas, die Ordnung von Mauern, Minen und Militärbündnissen. Er unterschlägt dabei, daß alle Querelen, die uns zur Zeit beschäftigen, die der Serben, Kroaten, Slowenen, die der Tschechen und Slowaken, die der Ungarn und Rumänen auf den Diktatbestimmungen von Versailles und Trianon beruhen, die 1945 in Jalta und Potsdam noch einmal festgeschrieben wurden. Das Unheil, das ganze Elend Europas liegt nicht im Nationalbewußtsein der Völker begründet, sondern im Wirken des Imperialismus . . . Der Angriff auf den Nationalismus dient der Spurenverwischung, dient der Behinderung einer sachlichen historischen Aufarbeitung . . . Vor allem ist er gegen den deutschen Nationalstaat, gegen die Einheit der deutschen Nation gerichtet. Dazu muß das Nationalbewußtsein in Verdacht gebracht, müssen ihm irrationale Sehnsüchte unterschoben werden . . . Nur keine Täuschung: die Bonner, die Rheinbündler, die Separatisten sind noch lange nicht tot. Sie haben die Medien in den Händen, täglich injizieren sie Giftspritzen, sie schrecken vor keiner Individual- oder Kollektivhetze zurück. Sie formieren sich rund um Bonn zum Gegenangriff."*

Zu diesem Gegenangriff gehört der Lärm um die Stasi-Vergangenheiten. Dazu gehört, was wir an anderer Stelle zusammentrugen von dem Dauerangriff von REUTER gegen Deutschland. Dazu gehört auch der Kampf gegen alles Preußische, der seinen derzeitigen neuen Höhepunkt findet in der Verweigerung von Rückgabe und Entschädigung für die von den Sowjets enteigneten Grundbesitzer in Mitteldeutschland. Obwohl die Sowjetunion nicht mehr besteht, behauptet man, daß aus Achtung vor dieser eine Rückgabe nicht erfolgen könne. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes als darum, das Wiedererstehen einer vorbildlichen Gruppe von Deutschen zu verhindern, die in Fleiß und Pflichterfüllung und Sauberkeit in preußischem Geist der Verproletarisierung in Deutschland einen Wall entgegensetzen würden. Das ist echt Bonner Arbeit: Hinter angeblichen Verpflichtungen dem Ausland gegenüber versteckt man das Eigentliche, die Erfüllung der maurerischen Pflicht vor der Zerstörung einer wertevollen Gesellschaft.

Wir wollen hier sodann aus einem Interview der „Jungen Freiheit" mit Professor Wolfgang Seiffert einige weitere Sätze bringen. Zunächst stellen wir Herrn Seiffert vor, ist doch sein Lebenslauf ein dauernder Kampf gegen die verschiedenfarbigen Polypenarme des Welt-Establishments. Wolfgang Seiffert, (65), Professor an der Universität Kiel, schloß sich nach vierjähriger sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1949 der westdeutschen KPD und FDJ an und wurde als führender FDJ-Funktionär nach deren Verbot vom Bundesgerichtshof zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Seiffert gelang es, 1956 aus der Haft in die DDR zu fliehen. Er studierte an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin und wurde dort 1967 Professor für internationales Wirtschaftsrecht, später Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht der DDR . . . Er sprach sich gegen die antinationale Verfassungsän-

derung durch die SED im Jahre 1974 aus (Verfassungsputsch). Seiffert heute: *„Die EG spielt geistig und politisch keine führende Rolle in Europa. Die Jugoslawien-Krise macht deutlich: Die Tage supranationaler Gebilde sind gezählt.“* Inzwischen bestätigte sich diese Aussage mit der „Anerkennung“, die nichts als Hilflosigkeit ist. als ein Eigentor, als Bekenntnis zur Bekenntnislosigkeit. Man schaue sich nur an, wie zitterig man vor dem Wort „Deutschland“ steht. Da schimpft man, daß die Deutschen nicht mitmorden im Irak, und da kommentiert man die Erklärung des deutschen Verteidigungsministers Stoltenberg (in CLARIN, 18. Januar 1992) mit der drohenden dicken Überschrift: „Deutschland will wieder eine Militärmacht werden“. Seiffert: *„Wir brauchen eine neue politische Elite und ein bestimmtes Quantum muß aus den neuen Bundesländern kommen.“*

Die Figuren, die solches in die Tat umsetzen, schneiden sich dabei aber in das eigene Fleisch. Blind für die wahren Werte, meinen sie, der Gegenwart alles abjagen zu dürfen, was nach Geld riecht. Und sie merken nicht, wie sie sich selbst und die gierigen Proleten in West- und Mitteldeutschland dabei ins schwärzeste Unglück jagen. Da ist man auf die herrliche Idee gekommen, nicht etwa neue Fabriken in Mitteldeutschland zu bauen, da verfrachtet man lieber die Arbeitslosen von dort in die Werke im Westen, damit die dortigen Maschinen mit einer weiteren Schicht besser ausgelastet sind und mehr Gewinn einbringen. Man hat diese Kapitalisten vor ihrer Kurzsichtigkeit gewarnt. Bruce Nußbaum schrieb 1987 in New York sein Buch „The World after Oil. The shifting Axis of Power and Wealth“ (zu deutsch: „Das Ende unserer Zukunft“). Vergessen hat man, daß die DM entstand aus einem nach Bombardierungen und Demontage zerstörten Deutschland, daß man damals, der Not gehorchend, modernste Fabriken aufbaute, während die Sieger sich mit überholtem Gelump abfinden mußten. Man übersieht heute, daß Japan laufend seine Maschinen modernisiert und mehr und mehr Computer und Roboter einsetzt. Man schaut auf ein biologisch niemals vorbildliches Amerika und ist in den oftmals überalteten Chefetagen der deutschen Industrie vielfach garnicht in der Lage, die technischen und wissenschaftlichen Entdeckungen zu verarbeiten. Man geht sogar so weit, den einzig noch verbleibenden Ansporn, der in der Konkurrenz liegt, durch protektionistische Maßnahmen und Absprachen zu beseitigen. Wer nach dem Besuch von Herrn Bush in Tokio im Januar 1992 in Deutschland sich noch bewogen fühlt, auf die USA zu schauen, der hat nicht begriffen, wohin die Welt rollt. Man soll nicht allzusehr simplifizieren, aber auch das Nachdenken nicht vollständig abschaffen. Die Gedanken, die wir in den letzten beiden Seiten anschnitten, sind alle miteinander verzahnt. *„England hat von jeher die heilige Mission übernommen, jede Vorherrschaft irgendeiner Macht zu verhindern“*, lobt im Jahre 1915 ACACIA, das Organ der Symbolischen Großloge von Italien. Lord Carrington setzt mit vielseitiger Hilfe heute diese Arbeit fort. Die Bonner helfen mit, indem sie eine größtmögliche Schwächung Deutschlands anstreben, mit schleppender Asylpolitik, steigender Arbeitslosigkeit in Mitteldeutschland, endgültiger Enteignung in der ehemaligen DDR, Brunnenvergiftung mit der Erfindung eines europafeindlichen Nationalismus, Bindung der deutschen Mark an schwindsüchtige Volkswirtschaften und gleichzeitiger Bewahrung Londons vor diesem Desaster. Wer diese kriegstolle Gegenwart verstehen will, der muß sich allerdings die Arbeit machen und sich eingehender mit den Vorgängen befassen. Diesem Zweck soll die vorliegende Arbeit dienen. Der Leser wird von sich aus dabei sicher noch eine Unzahl von weiteren Fakten aus seinem eigenen Wirkungskreis den gebrachten hinzugesellen.

Man hat so seinen lieben Ärger mit der Umerziehung der Deutschen in den neuen Bundesländern. Man spricht unverfroren von einer *„Fortsetzung der friedlichen Revolution“*, man will *„unmißverständlich Signale setzen, um die Revolution des Jahres 1989 mit rechtsstaatlichen Mitteln fortzusetzen“* (394). Ernten wir also zunächst einmal dabei diese

Auffassung, daß der Volksaufstand gegen den Kommunismus 1989 nicht ganz das richtige war nach dem Geschmack der Bonner. Signale sollen dabei die *„generelle Neuausschreibung aller Lehrstühle"* sein! *„Eine Überprüfung der einzelnen Mitarbeiter im Hochschulwesen auf ihre politische Integrität"* wird gefordert. Man kopiert die Nationalsozialisten von 1933. Nur mit dem Unterschied, daß es sich hier natürlich darum handelt, *„eine erstklassige Hochschullehrerschaft heranzubilden"*, während man damals im wesentlichen der Wissenschaft einen antisemitischen Filter aufzupfropfen versuchte. Die Empörung unter den Studenten läßt natürlich nicht auf sich warten. Als man den wissenschaftlichen Maulkorb in Berlin mit der „Abwicklung" (= Schließung!) von Fachbereichen an der Berliner Humboldt-Universität, d.h. *„die Beendigung der Arbeitsverträge in den ‚ideologisch belasteten' Fächern Geschichte, Jura, Erziehungs- und Wirtschaftswissenschaften sowie Philosophie seitens der Berliner Landesregierung ankündigte, da kündigte der Studentenrat einen Protestmarsch von Berlin nach Leipzig an und der Rektor der Universität äußerte, er werde die von den Studenten geplanten Aktionen unterstützen. Ilko-Sascha Kowalczuk, Sprecher des Studentenrates an der Humboldt-Universität sagte, der Protest der Studenten richte sich gegen die Einmischung von außen. ‚Wir müssen unsere Erneuerung allein machen — aufgrund der historischen Biographie dieser Universität in den letzten 40 Jahren'."*

Ist es zuviel gesagt, wenn man mit einem Blick auf die Revolte der Studenten in China und Burma und Berlin feststellt, daß die verstärkte Gangart der Einweltler und Geistesdiktatoren die gemeinsame Ursache für die Niederknüppelung der Jugend weltum ist? Ist es zu weit hergeholt, wenn man Namen wir Carl Schurz, Friedrich Schiller, Carl Anwandter (Valdivia in Chile), Ludwig Uhland, Koszuth, Garibaldi, Michael Kühnen, Rudolf Hess, Rainer Sonntag in einem Atemzuge nennt?

Ist es gewagt, wenn man behauptet, daß es sich dabei um Vorgänge handelt, die einmal mehr die Unrechtmäßigkeit, die erschlichene Autorität der Weltenplaner zeigen und einer sehr brutalen Weltdiktatur vorausgehen? Märtyrer sterben nicht!

„Bei Überfällen auf Kreditinstitute ist man bereits auf Weltniveau. zwei Drittel der ‚schweren Jungs' kommen aus der alten Bundesrepublik." Das kann die „Thüringer Allgemeine" am 27. März 1991 ihren Lesern mitteilen. Aus Berlin erfährt man von der Ausländerbeauftragten der Kriminalpolizei, Heike Elkins, in etwas verdrehter Darstellung: *„Zu bewaffnetem ‚Selbstschutz' haben in der Vergangenheit auch jugendliche Ausländergruppen gegriffen, die sich von Rechtsradikalen bedroht fühlen. So ist es schon vorgekommen, daß Gruppen von Ausländern sich in der Stadt auf die Suche nach Skinheads begaben, um sich für deren Gewalttaten zu rächen oder solchen vorzubeugen. Nach Einschätzung von Elkins findet mancher bei solchen Aktionen auch ein Ventil für andere Frustrationen: ‚Wenn ein Türke einen Skinhead platthaut, dann kriegt er in fünf Minuten die Anerkennung, die er braucht.' Berliner Jugendliche haben einen neuen ‚Modetrend' entdeckt: Der ‚coole Typ' geht nicht mehr ohne Messer in die Schule."* (355).

Es paßt zu diesem Bild, daß die Partei der Nichtwähler überall in Deutschland wächst. *„Besonders junge Menschen gehen immer weniger zur Wahl. Am 2. Dezember 1990 gingen in Bayern nur 58,2% zur Urne."* (396). Hamburgs Wahlbeteiligung Ende Mai 1991 war mit 67% die tiefste seit je. Doch auch andernorts ist die Wahlbeteiligung ein Indiz für den Stellenwert der Demokratie. In Spanien war die Wahlbeteiligung am 26.5.1991 49%, aber in Kroatien war die Beteiligung an der Unabhängigkeitswahl am 19. Mai 1991 81%. Von diesen stimmten 94,38% für die Unabhängigkeit des Landes von Jugoslawien. Genauso war man bei der Sache, als Kasakstan (1. Dezember 1991) seinen neuen Präsidenten (Nazarbajew) wählte. 90 Prozent der Wähler gingen zu den Urnen.

Der Graben, der sich überall auf der Welt zwischen den Völkern auf der einen Seite

und den Politikern auf der anderen Seite auftut, veranlaßt „El Mercurio“ zu einem Kommentar, der genauso in der übrigen demokratischen Welt geschrieben werden könnte: *„Eine heutige paradoxe Angelegenheit ist es, daß die meisten Menschen steigend Apathie und Uninteressiertheit für die Politik zeigen, während* **die Politiker**, *im Gegenteil, bei jedem Auftreten ihre Meinungen und Handlungen weiter ausdehnen. Einer nahezu Allgegenwärtigkeit der einen steht eine immer größere Gleichgültigkeit der anderen gegenüber. Die Politiker treten mit ihrer Meinung mit großer Autorität auf im Rahmen der Kunst, der Kultur, des Sports, des Kinos, der Erziehung, der Wirtschaftsgeschichte, und neuerdings auch der Moral. Im allgemeinen beschränken sie sich nicht darauf, eine Meinung zu äußern — wozu sie berechtigt sind — wie jeder andere Bürger auch, sondern bringen gesetzliche oder regierungspolitische Änderungen vor, um soziale Veränderungen auf jenen Gebieten zu schaffen.“*

„Hierher gehört das Treffen des Präsidenten der Bischofskonferenz mit den Dirigenten einiger politischer Parteien, bei welchem die moralische Lage Chiles besprochen werden sollte.“

*„Moral ist normativer Art und bemüht sich um die Vervollkommnung des einzelnen, und hat darum immer letzten Endes einen persönlichen Charakter. . . Trotzdem kennzeichnet die erwähnte Versammlung eine Tendenz zur ‚Publification‘ (Öffentlichmachung) der moralischen Themen, d.h. sie aus der Sphäre des persönlichen Gewissens herauszunehmen und sie zum Diskussionsgegenstand in der Öffentlichkeit auf dem Wege über die Politiker zu machen . . . Doch die Demokratie hat in der Form, in der sie meistens akzeptiert wird, einen rein instrumentalen Charakter, d.h. sie ist eine bestimmte Form des Vorgehens zur Annahme öffentlicher Entscheidungen. Aber in keinem Falle ist sie der Behälter für einen Inhalt, den man als böse oder gut, schön oder häßlich, wahr oder falsch bezeichnen kann. Die Güte oder Bosheit der Handlungen, die Vollkommenheit und Heiligkeit der Subjekte, die Wahrheit oder Schönheit einer Theorie oder eines Kunstwerkes sind nicht Verantwortung oder Triebfeder der Politiker, sondern der Priester, Erzieher, Wissenschaftler oder Künstler. Das ist ‚***die nüchterne Bedeutung der Demokratie***‘, wie es einmal ein Schriftsteller ausdrückte.“*

„Die Auftragserteilung an Politiker, über moralische Themen zu diskutieren und diese zu analysieren, eventuell gar sie zu entscheiden, schreibt ihnen eine Verantwortlichkeit und Autorität zu, die ihnen nicht zusteht, beinhaltet eine ungerechtfertigte Aufstachelung der Politik und ein gefährliches Vergessen der Nüchternheit, die die Demokratie auszeichnen soll.“

Eine solche Amtsanmaßung der Politiker ist nur möglich, weil und seitdem sie sich aus der Loge rekrutieren, wo ihnen beigebracht wird, daß sie eine omnipotente Elite darstellen. Die Völker haben längst begriffen, daß man ihnen in persönlichsten Dingen an den Wagen fahren will. Die zunächst heute noch unbestimmte Ablehnung dieser aufdringlichen, sehr gut bezahlten Eisenbärte wird sich aber (schon in Kürze) genauso vehement in „Politikerfeindlichkeit“ verwandeln, wie dieses als Antwort auf das erzwungene Zusammenleben mit Kulturfremden zur „Ausländerfeindlichkeit“ geführt hat. Mit schwacher Wahlbeteiligung fängt es an.

Zunehmen tut allerdings die Belegung der Geschlossenen Häuser für seelengestörte Rechtsbrecher. Sie sind überfüllt. *„Seit der Attentate auf Oskar Lafontaine und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble schnellt die Zahl der psychisch kranken Rechtsbrecher, die in Landeskliniken überwiesen werden, in die Höhe. Die entsprechenden Abteilungen sind überfüllt und platzen aus ihren Nähten.“* (397). Aus einer gewissen Entfernung betrachtet, hat man allerdings den Eindruck, daß es sich hier um Bluttaten von Geisteskranken an Geisteskranken handelt. Insofern gehören diese Attentate und der Terrorismus zur

derzeitigen politischen Szene. Auch sie sind Charakteristikum der utopischen Weltordnung.

„Wenn eine an ‚Luststeigerung', ‚Wohlstand', ‚Sicherheit', ‚sozialem Aufstieg' oder ‚Selbstentfaltung' orientierte Lebenseinstellung um sich greift und Kinder alle sozialen und ökonomischen Funktionen verlieren, die sie früher als Arbeitskräfte oder als Garanten der Alterssicherung unentbehrlich machten, dann kann die Rechnung am Ende eigentlich nur so aussehen, wie es die deutsche Bevölkerungsstatistik zeigt. Das nüchterne kalkulierende, genußsüchtige Individuum, das sein Leben selbst in die Hand nimmt und plant, verwirklicht sich am besten ohne Kinder oder mit allenfalls einem einzigen Erben. Die kinderlosen ‚Lebensgefährten' auf Zeit und zur Probe, die durch Bildungsaufstieg zu einem bürgerlichen Wohlstand gelangten Doppelverdiener mit höchstens einem Kind, bevölkern die Steak-Restaurants, die Antiquitätenmessen, die Nobelhotels und feinen Strände der Welt. Selbstbewußt und lässig, kritisch und tolerant, abenteuerlustig und risikoscheu, mit kleinkapitalistischen Manieren und solzialistischer Ideologie, verkörpern sie einen neuen Menschen, der in den Großstädten und in gewissen Milieus den Ton angibt und die Sitten bestimmt. Diese neue Figur verdankt die Vorteile ihrer sozialen Existenz hauptsächlich der erfolgreichen Geburtenkontrolle und der Abtreibung. Da sich dieser Neuadel insbesondere bei den Intellektuellen der jüngeren Generation bereits in der Mehrheit befindet, hat die Kritik an seinem Lebensstil wenig Chancen, in der Öffentlichkeit durchzudringen. Es ist gleichwohl offensichtlich, daß es sich hier um eine neue Form sozialen Parasitentums handelt." (398).

Das Bild wird vervollständigt durch einen Aufsatz von Professor Dr. Eberhard Hamer in „Die Welt" im Februar 1989, aus dem wir Auszüge bringen: *„In den unteren Lohngruppen bleibt vielen fleißigen Arbeitnehmern wegen der zu hohen Steuer- und Sozialabgaben oft weniger übrig, als sie aus Sozialtöpfen ohne Arbeit beziehen könnten. Manche Sozialleistungsnehmer leben besser als manche Arbeitnehmer. Am besten lebt, wer ohne Kinder, ohne Pflichten, ohne Opfer und ohne eigene Vorsorge sein Geld verurlaubt und verpraßt und wie selbstverständlich erwartet, daß Sparer, kinderreiche Familien und unsere Jugend später für ihn sorgen. Unser Rentensystem ist vom ‚Vertrag der Generationen' längst zum ‚Betrug der Generationen' geworden. Wir sind eine* **verantwortungslose Gesellschaft** *geworden. Wir genießen auf Kosten der Zukunft mehr, als wir zur Zeit selbst erwirtschaften und mehr als die nachfolgende Generation tragen und zurückzahlen kann."* Wir wiesen bereits an anderer Stelle darauf hin, daß nicht nur die zerstörte Bevölkerungspyramide zum Diebstahl zu Lasten der Kommenden verführt. Unser g e s a m t e s wirtschaftliches und politisches Denken ist auf dem gigantischen Diebstahl aufgebaut, den es bedeutet, heute Gelder zu verprassen, die als verzinst erklärt werden und so von der nächsten Generation zurückzuzahlen sind, von Menschen also, die das Geld niemals gesehen und ausgegeben haben. Es gibt keine einzige Handlung, keinen einzigen Bau, keine einzige Zahlung mehr, auf der ganzen Welt, die nicht mit gestohlenem Geld bezahlt wird! Es gibt keine einzige Volkswirtschaft mehr auf der Welt, die nicht in die Zukunft hinein verschuldet ist. Dort, wo das nicht der Fall war, etwa in **Chile**, da hat man sofort nach dem Einbruch der sogenannten „Demokratie" und „Menschlichkeit" alle Hebel in Gang gesetzt, um ebenfalls eine Staatsverschuldung zu erreichen. Dort, wo man sich mehr als siebzig Jahre lang von diesem System fernhalten konnte, in der **Sowjet-Union**, da hat man nichts eiligeres zu tun, als auch deren „Neuaufbau" mit Geldern vorzunehmen, die über den Weltwährungsfonds und die Weltbank gepumpt werden. Da die übrige Welt sich nur durch diesen Vorgriff in die Lage versetzte, einen technischen Fortschritt zu entwickeln, dessen Abwesenheit in einem Teil der Welt zu dessen Nachhinken führen würde, ist die Sowjet-Union gezwungen, bei dem bösen Vorgehen mitzumachen. Diese Dringlichkeit ist

sogar so groß, daß man die Hergabe des todbringenden, die Kinder versklavenden Geldes sogar noch mit einer Reihe weiterer schmutziger Bedingungen verbinden kann, die alle im Mantel der Menschlichkeit eingewickelt, aber im wesentlichen Peitschenhiebe einer Diktatur sind. Und Gorbatschow mußte zu allem „Ja“ sagen.

Die **Treuhand**-Chefin Breuel, die nach der Ermordung Rohwedders dieses Amt übernahm, konnte Anfang August 1991 mitteilen, daß 3000 ehemals volkseigene Betriebe von 9000 bereits privatisiert werden konnten. Mit dem Verkauf dieser Unternehmen konnten 650.000 Arbeitsplätze vertraglich abgesichert werden. Allerdings würden bis Ende 1991 noch etwa 400.000 Menschen arbeitslos werden. (399). Kohl behauptete in Washington (400): *„Der östliche Teil Deutschlands wird sich in den neunziger Jahren zu einem der weltweit modernsten Industriestandorte entwickeln. In drei, vier, fünf Jahren werden die Gebiete der früheren DDR blühende Regionen sein.“* Mitte September machte **Mitterand** einen Besuch in den neuen Bundesländern. Er teilte mit, daß inzwischen 30 französische Unternehmen in den neuen Ländern insgesamt 162 Betriebe gekauft haben und daß über weitere 40 Projekte noch verhandelt wird. Er kündigte an, Frankreich wolle in Leipzig ein Generalkonsulat errichten und Kulturzentren in Rostock, Dresden und Leipzig einrichten. Mit mitteldeutschen Universitäten sind Austauschbeziehungen geplant. (401).

Die Zahlen, die man nennt, geben ein sehr häßliches Bild von der Tat gewordenen Vereinigung. *„Die seit Anfang 1991 in die roten Zahlen abgesunkene deutsche Leistungsbilanz (= das zusammengefaßte Ergebnis von Außenhandel, Dienstleistungsverkehr und unentgeltlichen Übertragungen) schloß im März 1991 mit einem hohen Defizit von 5,3 Md. DM, verglichen mit 1,5 Md. DM im Februar. Ausschlaggebend für die weitere starke Passivierung waren die deutschen Zahlungen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg. Daraus resultiert für die ersten drei Monate ein Leistungsbilanzdefinzit von 8,9 Md. DM.“* (402).

Einen Monat darauf heißt es: *„Deutschland verzeichnet sein erstes Defizit in der Handelsbilanz seit 10 Jahren, mit 1,4 Md. DM. Als Grund wird vermehrter Import in die neuen Bundesländer angegeben.“* (403).

„Bei den mitteldeutschen Sparkassen stellen immer mehr Schuldner Stundungsanträge, weil sie sich außerstande sehen, ihre alten günstigen DDR-Kredite zu den neuen höheren Zinsen zurückzuzahlen. Vor allem zur Finanzierung von Eigenheimen und Wohnungsmodernisierungen hat es in der DDR früher Kredite zu null, ein oder vier Prozent gegeben.“ (404).

Eine andere Frage betrifft die Schwäche der einst „härtesten Währung der Welt“. Dr. Werner Becker, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank nennt als Grund *„politische Faktoren wie den Stimmungsumschwung in den USA nach dem militärisch erfolgreichen Ende des Golfkrieges, die wirtschaftliche Misere in den neuen Bundesländern mit Arbeitslosigkeit, die höheren Zinsen, sowie die Belastungen, die mit der katastrophalen Lage in der Sowjetunion wohl weiter auf die Kapitalmärkte der BRD zukommen werden. Wichtigste wirtschaftliche Ursache ist der geschmolzene Handelsbilanzüberschuß“* (405).

Triumphierend meldet man aus London: *„Die ersten waren die Franzosen. Im vergangenen Monat erreichten sie in 18 Jahren zum ersten Mal eine Inflation, die unter der deutschen liegt (3,3% gegen 3,5%). Jetzt kommt der Schlag aus Großbritannien. Da rechnet man bis Ende 1991 mit 4%, während Deutschland auf 5,8% kommen wird.“* (406).

Der Präsident des Deutschen Sparkssen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, stellt am 15.7.1991 fest: *„Alle Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden, einschließlich der alten DDR-Schulden, Bahn und Post, werden heuer auf 1.500 Md. DM steigen. Das kostet fast 100 Md. DM jährlich an Zinsen!“*

Das Bild ist eine Folge politischer Vorgänge. Die Abneigung gegen monetaristische

Spekulation, das Vertrauen alleine auf Produktion und Leistung ist gestört. Seither half uns immer wieder das unternehmende Leben auf die Beine, auch nach schwersten Kriegen und Unruhen. Welfen und Hanse, Askanier in Brandenburg, das Preußentum, Fugger und Welser, es wird in unseren Tagen der anderen Seite der Menschheit in der fleißigen Colonia Dignidad erneut zum Problem. Doch ansonsten fehlt der Wille zum Anpacken, wenn er nicht mit Aussicht auf blanken Gewinn verbunden ist. Wie wurde die Arbeitslosigkeit 1933 bekämpft? Mit Marshallgeldern oder mit optimistischem Anpacken? (407).

Ein Problem überdeckt das andere. Nirgends herrscht eine Verteidigung deutscher Interessen. Wer so etwas wagt, ist sofort ein „Neonazi". Wie war es noch, als Genscher mit zwei Zeigefingern auf Schlesien verzichtete? *„Die Grenzen sind überholt"*, meinte er beruhigend. Allerdings sind sie es. *„Die Polen benötigen zum Passieren der 434 km langen Grenze an der Oder und Neisse kein Visum mehr seit dem 8. April 1991. Es ist ein weiterer Schritt zur Überwindung der Teilung Europas. Doch, in dieser Nacht kochen die Emotionen hoch. Gerade in den grenznahen Orten gibt es kaum einen Bewohner, der die Polen vorbehaltlos mit offenen Armen empfangen will. Die Mitteldeutschen fürchten angesichts des Polen-Ansturms um ihre Arbeitsplätze und ein rapides Ansteigen des Schwarzhandels. Die Apelle der Politiker, die Polen mit offenen Herzen und Teleranz aufzunehmen, haben alte Ressentiments nicht ausräumen können. Man spricht von der ‚Polenplage'.* (408).

„20 Tonnen Schulbücher aus ganz Bayern sind das erste Sammelergebnis der landesweiten JU-Aktion ‚Bücher sammeln für den Deutschunterricht in Schlesien'. Federführend ist der JU-Kreisverband Amberg-Stadt. (409).

So etwas liegt Politikern quer im Magen. *„Die SPD hat die Bundesregierung aufgefordert, die Kulturarbeit des Bundes der Vertriebenen im Ausland zu überprüfen und die dafür vorgesehenen Etatmittel möglichst zu streichen. Es war außerdem offensichtlich, daß die SPD mit ihrem Antrag das Ziel verfolgte, einen Keil zwischen die Koalitionäere zu treiben. Duve (SPD) versuchte, den Eindruck zu vermitteln, daß es zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium einen Kompetenzstreit um die auswärtige Kulturpolitik gebe. Die FDP-Abgeordnete Lüder unterstützte den SPD-Antrag: ‚Die Kulturarbeit in den früheren deutschen Gebieten ist nach Auffassung seiner Partei allein Gegenstand der auswärtigen Kulturpolitik'."* Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt behielt sich vor, *„an allen Aktivitäten der Kulturarbeit im Ausland voll beteiligt zu werden."* Was das bedeutet, haben wir Überseedeutsche bei einer Unzahl von kleinen Schikanen bis hin zu massiven Verleumdungsfeldzügen wie etwa gegen Dignidad erlebt. Der Kulturreferent der deutschen Botschaft in Buenos Aires spricht kein deutsch.

Bei dem 25. Deutschlandtreffen der Schlesier Anfang September 1991 in Nürnberg hatte man Einladungen an Bonner Politiker nicht ausgesprochen. Erstmalig aber waren auch Besucher aus den neuen Bundesländern und aus Polen unter den 120.000 Anwesenden.

„In seiner Rede zu Beginn des Treffens sagte der Bundesvorsitzende, Herbert Hupka: ‚Niemand kann gezwungen werden, zu schweigen, wenn gegen das Recht und für das Unrecht entschieden wird.' Abgeschlossene Verträge sind zwar einzuhalten, doch lautet die Frage, unter welchen Umständen und Bedingungen. ‚Der Warschauer Grenzvertrag, so wie er vorliegt, ist ein **Grenzdiktat.** *Es ist ein modischer Stil geworden, die widerrechtlich gezogene Grenze an Oder und Neisse damit herunterzuspielen, indem auf die schwindende Bedeutung von Staatsgrenzen in einem freien Europa hingewiesen wird. Warum muß dann erst das Unrecht einer gewaltsamen Grenzziehung zum Recht erklärt werden, wenn sich ohnehin Grenzen in Nichts auflösen. Mit dem Grenzvertag wird Schlesien rechtswidrig zum Ausland erklärt . . . Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag ist übereilt, ungenau und lieblos abgeschlossen worden. Zwar werden darin die Deutschen in Polen als*

Minderheit anerkannt, doch fehlt jede für Polen verpflichtende Konkretisierung etwa zur Niederlassungsfreiheit und zu Eigentumsverhältnissen. Schlesien ist und bleibt eine offene Wunde.“ (410).

Ganz Supergescheite meinen, Gerechtigkeit habe etwas mit dem geringsten Widerstand zu tun. *„Die Kettenreaktion von immer wieder neuem Unrecht als vermeintlich gerechtfertigte Reaktion auf vorangegangenes Unrecht muß abgebrochen werden. Daß damit eine Seite benachteiligt wird — dies zu ertragen ist der deutschen Seite eher zuzumuten.“* (411). Eine solche Kettenreaktion setzt Dschungelverhältnisse voraus. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, Blutrache abzubrechen: Wiedergutmachung!

Es gibt auch noch andere Diktate. Unter dem Schlagwort „Junkerland in Bauernhand“ hatte man in den Jahren 1945 bis 1949 etwa 8000 Grundbesitzer in der DDR, die mehr als 100 ha besaßen, enteignet. Im Einigungsvertrag und den Gesetzen dazu ist festgelegt, daß diese auf besatzungsrechtlicher Grundlage erfolgten Enteignungen im Gegensatz zu späteren gleichen Maßnahmen in der DDR nicht rückgängig gemacht werden und auch nicht zu entschädigen sind. Justizminister Kinkel erklärte vor dem BVG, *„die deutsche Einheit wäre ohne einen Verzicht auf die Rückgängigmachung der bis 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone getroffenen Maßnahmen nicht erreichbar gewesen.“* (412).

Gilt also in den neuen Bundesländern heute der ausländische Kapitalist mehr als der deutsche Erbe?

Auf dem „Stadtforum in Berlin“ fallen im Dezember 1991 bemerkenswerte Worte. *„In der östlichen Gesellschaft hatte sich ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl herausgebildet, gab es mehr Selbsthilfe als im Westen — Wohnbezirksausschüsse, Hausgemeinschaftsgruppen der Volkssolidarität, die eine Art Gemeinwesen im Kommunalsystem bildeten. Vieles wurde gemeinsam gemacht: Ausbesserungen an den Wohnungen, oder gemeinsam verwaltet: Handwerkszeug; um vieles brauchten die Bürger sich nicht zu sorgen: Wohnungen, Kinderbetreuung, Gesundheit, Arbeit. Es gab ungezählte Clubs: Jugendclubs, Sportclubs, Frauengruppen.“* (Marion Gräfin Dönhoff in „Die Zeit“ 7.12.91). *„Die Jugendfreizeitgestaltung liegt seit der Wende brach; es gibt nur noch einen mickrigen Sportplatz (in Friedrichshain), keine ‚Bolzplätze‘. Es fehlen altengerechte Wohnungen, Seniorenclubs sowie besondere Beratung und Umzugshilfe für alte Menschen. Wo in diesem Gebiet etwas über Grundstücksverkäufe bekannt wird, geht es um verrückte Spekulationspreise.“* (Franziska Eichstädt-Bohling). Von der Großsiedlung Marzahn berichtet der zuständige Soziologe Bernd Hunger: *„Er klagt über die Medien, die den Plattenbau abwerten und ausschließlich negative Klischees verbreiten. Die arroganten Wertungen der außenstehenden Beobachter werden im allgemeinen von den Bewohnern nicht geteilt, lähmen jedoch deren Initiative und verweisen sie in den Rang der Zweitklassigkeit. Auch in Marzahn gibt es keinen Bereich, der nicht von besorgniserregenden Veränderungen betroffen wäre: Sorge um den Arbeitsplatz, um einen Platz im Kindergarten, um die unbezahlbar gewordenen Mieten. Die Selbsthilfe bröckelt, das Interesse an der Nachbarschaft schwindet, das soziale Netzwerk der Infrastruktur zerreißt. Die existentiellen Sorgen sind so groß, daß Entsolidarisierungs- und Segregationsprozesse sich abzuzeichnen beginnen. Von ehemals dreizehn Jugendclubs blieben nur drei bis vier in Betrieb. Gaststätten sind Mangelware.“* (Bernd Hunger).

In der Euphorie am Brandenburger Tor kam für Augenblicke das Wort von den auf uns zukommenden „Jahren der Erwartung“ auf. Das deutsche Volk hatte solche auch um 1870 erlebt. Und wie wurde damals die Erwartung verwirklicht? Eine Universität in Straßburg, eine Deutsche Akademie in Berlin, eine neue Bibliothek in Berlin. Der Sieg über Frankreich war durchaus auch ‚geistiger Natur‘. Und der Sieg über die Teilung als Folge der fremden Besatzungen? Universitäten werden geschlossen, Professoren auf die Straße

gesetzt. Nicht einmal aus freiem Herzen darf gefeiert werden. Alle Konsuln weltum erhalten den Befehl, sich zurückzuhalten. Nicht laut zu feiern. Sogar die Denkkategorien werden über den Haufen geworfen. Nachdem man Millionen Deutsche aus der Heimat vertrieb und andere Millionen ermordete und deutsche Kunstschätze in Millionen Wert stahl, wird ein Weltgesetz erlassen, wonach es überhaupt keine Deutschen mehr geben soll, nur noch „Menschen". So enthebt man sich der Entschuldigung und der Entschädigung der Deutschen. Wer sagt: „Ich bin ein Deutscher", der macht sich rechtlos! Deutscher Souveränitätsverlust oder Rückenmarkserkrankung? Dabei darf die Geschichtsfälschung und die Verleumdung der deutschen Soldaten nicht zu kurz kommen. Erst sie machen die antideutschen Ränke unserer so selbstherrlichen Regierung möglich. In der Weihnachtsnummer 1991 des „Spiegel" schießt man den Vogel ab:

Auf Seite 108 bringt man das folgende Foto mit der Unterschrift „Überführte Kriegsverbrecher". In der Erwartung, darüber mehr zu erfahren (mein Bruder stand als Infanterieoffizier vor Leningrad), lese ich den Text durch und erfahre: *„Nach Kriegsende wurden 1946 mehrere deutsche Offiziere in einem Prozeß der Ermordung russischer Zivilisten in Dörfern der Region Leningrad beschuldigt und öffentlich hingerichtet."* Und anschließend heißt es von dem damaligen Generalstabschef der 18. Armee, Friedrich Foertsch, *„er wurde von einem sowjetischen Gericht als ‚überführter Kriegsverbrecher' zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt."* Die Bemerkung vom „überführten Kriegsverbrecher" stand also n i c h t bei den erhängten deutschen Offizieren. Im Gegenteil, die Begründung des sowjetischen Vorgehens ist nur eine Wiederholung hunderttausendfach ähnlicher Vorgänge

Ermordung deutscher Offiziere als Volksbelustigung:



Hinrichtung deutscher Offiziere in Leningrad 1946: ‚Überführte Kriegsverbrecher'

im gesamten Osten und Südosten! Zivilisten, die als Waffenträger außerhalb der Genfer Konvention standen (Partisanen), waren an Ort und Stelle erschossen worden. Die damit befaßten deutschen Offiziere nannte man dann kurzerhand „Kriegsverbrecher". Und stellte die Moral auf den Kopf. Schon in Jalta hatte man sich ja auf die Erschießung von 100.000 deutschen Offizieren geeinigt. Eisenhower verhinderte das Zurückfluten von Soldaten und Zivilisten nach dem Westen, *„trieb mit Waffengewalt die Masse der Heeresgruppe Schörner am 9. Mai zusammen und übergab sie den nachdrängenden Russen."* (Truman-Erinnerungen und Dönitz). Dabei befanden sich auch Angehörige von osteuropäischen Völkern, die in der deutschen Wehrmacht freiwillig gegen den Bolschewismus gekämpft hatten und die somit den sicheren Tod erwarteten. Außerdem hatte die Sowjetunion dem Londoner Alliierten Büro zur Festnahme von „Kriegsverbrechern" lange Listen von deutschen Offizieren übergeben (70.000 alleine aus Jugoslawien), die bei Gefangennahme im Westen an die Sowjets übergeben wurden. Nicht nur in Einzelfällen, sondern oft in Massen bis über 100.000 Menschen wurden Gefangene ermordet. Wir erwähnten dazu bereits Bleiburg und Judenburg im Südosten. DER SPIEGEL selbst spricht von deutschen Offizieren, die „beschuldigt" wurden. Das aber genügte damals vollständig. Polen hat niemals die von den Sowjets ermordeten Offizieren als Kriegsverbrecher hingestellt. So etwas bleibt dem SPIEGEL im Falle deutscher gelynchter Offiziere überlassen. Kein Wort auch etwa zu der Ermordung deutscher 15jähriger Kinder in Aachen durch die Engländer als „Wehrwölfe". Das Vorgehen des SPIEGEL ist so nichts anderes als eine Fortsetzung des Versuches, den Sieg der Verbrecher von Jalta und Potsdam umzudeuten in einen Sieg der Moral. Ein nicht nur ekelhaftes Unterfangen, sondern auch eine reichlich starke Zumutung vor den offenliegenden Stasi-Akten, der endgültigen Klärung von Katyn, und dem angelsächsischen Morden von Zivilisten im Irak.

„Was bisher war, was bisher geleistet und erreicht wurde, ist plötzlich nur Etappe auf einem weiteren Wege." Diesen Befehl haben sich eine ganze Reihe von Freimaurern sehr eifrig zu Gemüte gezogen. Das Grundgesetz, vor gut 40 Jahren als Verfassung der alten Bundesrepublik erlassen, soll jetzt überarbeitet werden. Es ist zur Etappe geworden. Bis Ende 1992 soll eine neue Fassung vorliegen. Und wir alle werden so erleben, in wie mannigfaltiger Art hier eine neue Verfassung angestrebt werden wird, die der utopischen Auffassung von der Neuen Weltordnung entspricht. Einbauen wird man alles nur Denkbare, was hinführt zu Verschwommenheit, Absage an die Traditionen und die deutsche Geschichte, Stärkung der politischen Maulwürfe und Erschwerung der Verwirklichung des Volkswillens.

Ein Verfassungsausschuß befaßt sich bereits mit dem Gedanken, den Einfluß der Länder zu verstärken. *„Zunächst muß den Ländern ein verbindliches Mitspracherecht gegeben werden, wenn es darum geht, Hoheitsrechte auf die EG zu übertragen. Das ist bislang nicht der Fall. Die Finanzverfassung muß ebenso zugunsten der Länder verändert werden wie die Gesetzgebungskompetenzen. Es muß wieder zur Regel werden, daß zunächst einmal die Länder ihre eigenen Gesetze machen."* (413). Also zurück zu vorbismarckschen Zeiten!

„Außerdem muß man damit beginnen, sich mit der Neugliederung der Bundesländer zu befassen. 16 Länder von höchst unterschiedlicher wirtschaftlicher und sozialer Stärke sind zuviel. Konzentration tut not." Während also Dezentralisation gefordert wird, schließt Dr. Scholz mit dem Satz: *„Konzentration tut not."* Bezeichnend für die Unehrlichkeit des ganzen Vorhabens. *„Eine Zusammenlegung der alten nördlichen Bundesländer ist aber ebenso denkbar wie das Zusammengehen von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Man sollte allerdings darauf achten, daß diese* **Neugliederung** *nicht entlang der alten innerdeutschen Grenzen erfolgt. Sie darf nicht nachträglich bestätigt werden."*



RUPERT SCHOLZ



FDP auf klarem Kurs

Dr. Scholz wendet das gleiche Rezept der Identitätsverwischung an, was z.B. seine Brüder bei der Erfindung von Jugoslawien anwandten. Man fragt den Politiker: *„Wäre nicht mehr Bürgerbeteiligung wünschenswert? Wäre sie nicht gerade für die Mitteldeutschen ein Vehikel, um sich stärker mit ihrem neuen Staat zu identifizieren?* Die Antwort war vorherzusehen: *„Nein, es geht um Änderungen, nicht um eine neue Verfassung. Die beschließen Bundestag und Bundesrat jeweils mit Zweidrittelmehrheit. Einer zusätzlichen* **Volksabstimmung** *bedarf es nach meiner Ansicht nicht."*

Auch andere wollen aus der Etappe hinaus und am Tempel bauen. Professor Dr. Jens Hacker (Uni Regensburg) hält einen Vortrag im Kolpinghaus in Regensburg auf Einladung der Jungen Union: *„Während über die notwendige Revitalisierung der neuen Länder* (man war in der DDR ja schon einen Schritt weiter gegangen als in der BRD, hatte die geschichtliche Tradition der Länder abgeschafft, was erst jetzt erneut, wie Herr Dr. Scholz verriet, für die ganze BRD durchgeführt werden soll), *und damit über die föderative Struktur Deutschlands Einigkeit geherrscht habe, werde nun in den alten Ländern lebhaft die Frage diskutiert* (wo?), *ob es nicht opportun sei, die Eigenstaatlichkeit aller Länder zu stärken* (und also die Staatlichkeit der BRD zu schwächen!). *Der ‚kooperative' Föderalismus habe die Zuständigkeit des Zentralstaates* (schönes, neues Wort, nicht wahr?) *beträchtlich anwachsen lassen."*

„In der Diskussion über eine mögliche Modifizierung des Grundgesetzes spielten noch

„Was bisher war ist plötzlich nur Etappe auf einem weiteren Weg“:



Doppelte Premiere im Bundestag - die beiden neuen Fraktionsvorsitzenden von SPD und Union, Hans Ulrich Klose (links) und Wolfgang Schäuble, bei ihren Jungfernreden. (Foto: dpa)

zwei weitere Aspekte eine wichtige Rolle: Einmal die Frage, ob in die Verfassung in stärkerem Maße **plebiszitäre Elemente** *und zum anderen* **‚soziale Grundrechte‘** *aufgenommen werden sollten. Auf Länder- oder Regionalebene* (auch so ein ganz neuer Begriff!) *sei gegen eine Volksabstimmung nichts einzuwenden. Fragen der Verteidigung* (z.B. deutsche Soldaten an den Golf!) *oder der Steuern* (mehr Geld für Asylanten z.B.) *könnten aber so nicht entschieden werden.“* (414).

Herr Rupert Scholz, vorgestellt von „Die Welt“ als Staatsrechtler, bricht noch einmal eine Lanze gegen die Volksabstimmung. Er sieht es klar: Mit mehr direkter Demokratie gerät das erfolgreiche, vom Volk abgeschirmte System der parlamentarischen Demokratie ins Wanken: *„Der Ruf nach den plebiszitären Elementen verspricht nicht mehr Demokratie, sondern gefährdet eher diejenigen Institutionen und Verfahren, die uns über einen — ungeachtet mancher Schwäche im Detail — funktionierenden Parlamentarismus eine stabile und offene Demokratie beschert haben.“* Der täglich wachsende Unwille des Volkes mit den Parlamentsbeschlüssen, die offenkundige Tatsache, daß im Wahlkampf, bei der



Wahl der Parlamentarier im gemeinsamen Einvernehmen alle diejenigen Fragen ausgeklammert, verschwiegen werden, die schon Tage nach der erfolgten Wahl dann völlig anders im Parlament entschieden werden, als es das Volk gewünscht hätte, beweist, daß Dr. Scholz zu Unrecht von einer offenen Demokratie spricht. Er hat allerdings mit dem anderen Adjektiv recht: Es handelt sich um eine s t a b i l e Demokratie. Das aber heißt doch im Klartext: Die Zuchtmeister hinter den Parlamentariern haben ihre Gefolgsleute so fest am Band, daß das System als stabil angesehen werden kann. Aber gerade diese Stabilität ist das Ende der Demokratie! Sie verhindert, daß der Volkswille sich in brennenden Fragen durchsetzt. Die abnehmende Wahlbeteiligung ist ein deutliches Beispiel für diese Feststellung.

Für solche Stabilität sorgt es vor allem, wenn *„das Bonner Parlament trotz aller finanziellen Probleme den staatlichen Geldhahn weiter aufdreht"*. (415). *„Der vorerst letzte Coup der Abgeordneten ging erwartungsgemäß glatt über die Bühne. Ohne unerwünschtes Aufsehen haben die Bonner Parteien eine weitere ‚Schallmauer' bei der staatlichen Förderung durchbrochen: Erstmals steigen 1991 die direkten Zuschüsse für die Fraktionen auf über 100 Millionen Mark jährlich. In eigener Regie genehmigten sie sich dafür vor der Sommerpause einen kräftigen Nachschlag. Insgesamt stehen mehr als 104 Millionen Mark zur Verfügung."*

Dabei *„warnen Fachverbände und Hilforganisationen vor einer sozialen Katastrophe durch den dramatischen Anstieg der Obdachlosigkeit in Deutschland. Etwa 200.000 Menschen leben derzeit ständig auf der Straße. Insgesamt wird die Zahl der Bundesbürger, die*

keine oder keine menschenwürdige eigene Unterkunft haben, mit mehr als einer Million beziffert. " (416).

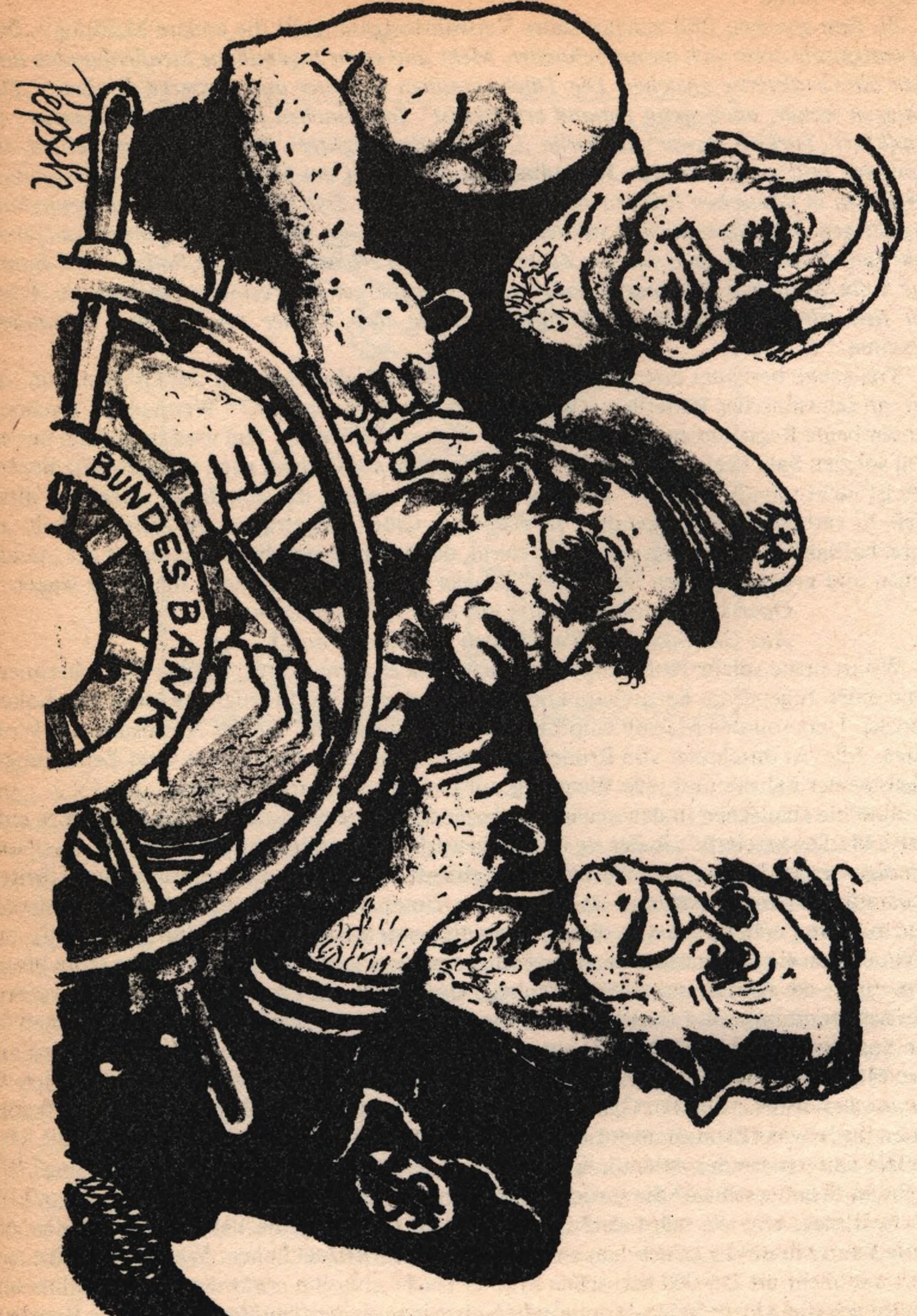
Zu dem gleichen Bild zunehmender Verwahrlosigkeit paßt die andere Meldung: *„Die Gewaltspirale dreht sich immer schneller. Mehr und mehr jugendliche Straßenbanden machen die Großstädte unsicher. Die Täter stammen mitunter aus ‚besseren Kreisen'. ‚Die schlagen weiter, auch wenn jemand erledigt ist'. In München heißen sie ‚Quarantas', in Frankfurt ‚Turkish Power', in Berlin ‚Cobra' oder ‚Fighter'. Sie rauben und stehlen, sie erpressen und vergewaltigen.* **Jugendbanden,** *orientiert am Vorbild der US-Streetgangs, verbreiten in deutschen Städten Angst und Schrecken. Seit 1990 ist ihre Zahl sprunghaft angestiegen. Die Jugendlichen werden immer brutaler. In München sind im vergangenen Jahr fünf Menschen nach solchen Zusammenstößen erblindet. Als die Polizei am S-Bahnhof Solln/München bei einer Razzia Jungen vorübergehend festnahm, bekam sie Ärger mit den Eltern — Ärzten und Anwälten, die ihre Kinder ungebührlich behandelt glaubten.* " (417).

Treitschke berichtet uns: Als die Nachricht vom Tode Friedrichs des Großen kam, da rief ein schwäbisches Bäuerlein: „Wer soll nun die Welt regieren?" Wenn einer, irgendeiner der heute Regierenden irgendwo auf der Welt stirbt, wessen Tod wird man dann mit einem solchen Satz begleiten? Wie oft wird man wohl sogar einen ganz anderen Satz hören: „Es ist nicht schade um ihn." Denn, wer von ihnen allen, die sich damit zerreißen, diese Welt zu verbessern, hat irgendwo zu größerem Glück beigetragen, zu Zufriedenheit, zu Ehrenhaftigkeit? Der schwermütige Hölderin, der ähnliche staatliche Ohnmacht der „tatenarmen und gedankenvollen Deutschen" schwer mittrug, konnte noch die Frage wagen:

Oder kommt wie der Blitz aus dem Gewölke kommt,
Aus Gedanken die Tat? Leben die Bücher bald?

Wo ist heute solche Hoffnung angebracht? Da es nicht nottut, Bücher zu verbrennen, denn einer Jugend am Fernsehapparat sind es totgeborene Erzeugnisse einer überholten Epoche. Und von den Medien empfohlen werden nur solche, die der Auflösung das Wort reden. Alles ist durchsetzt von Brüdern, die mit Frohlocken die Früchte ihrer Zersetzungsarbeit weiter nähren und jede Wendung mit Geld zu verhindern wissen.

Sind die Deutschen in den neuen Bundesländern freie Menschen? Man stellt sie in eine „freie Marktwirtschaft", in der sie in Wettbewerb treten sollen mit anderen, die alles Notwendige bereits haben, alle Werkzeuge, Gebäude, Tiere, Fahrzeuge, einen eingespielten Absatz ihrer Waren, während sie selbst alles dieses nur zweit- und drittrangig besitzen. Und niemand schützt sie vor dieser überwältigenden Konkurrenz. Und gleichzeitig bezeichnet man sie als dumm und rückständig, faul und ungebildet. Und macht seine bösen Witze über die Armut und Unbeholfenheit. Und beschimpft sogar ihren Staat als verbrecherisch, verdammt und verurteilt, wer ihm gedient hat. Nicht ein gutes Haar läßt man an den Sozialisten. Warum? Weil sie einen Wettlauf verloren haben, und doch gar keine andere Möglichkeit hatten. Die Kapitalisten selbst waren es bekanntlich, die die Sowjets in die von den Amis eroberten Gebiete einziehen ließen. Ohne den Rückzug der Amerikaner wären die Sowjets niemals nach Leipzig gekommen! Eine ungeheure Schuld haben die Missionare von jenseits des Atlantik auf sich geladen. Wo bleibt ihre Wiedergutmachung? Wo bleibt ihr Schadensersatz? Sie fordern frech deutsche Zahlungen für den sträflich angefachten Golfkrieg, aber sie selbst denken nicht daran, für das große Vernichtungswerk in der Mitte Deutschlands zu zahlen, das sie, und nur sie angerichtet haben. Wer hat Dresden zerstört und mehr als 250.000 Menschen in einer Nacht grausam ermordet, ebenso militärisch sinnlos wie die Abwürfe der Atombomben über japanischen Städten und wie die Bombardierung von Bagdad? Die Bluttaten der Kapitalisten standen am Anfang der deutschen Teilung. Sie ließen den Verfall zu, machten ihn überhaupt erst denkbar und möglich.


BUNDES BANK



Mit Gefühl für öffentliche Wirkung: Karl Otto Pöhl mit Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (Mitte bei einem Geburtstagsempfang für den früheren Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller (rechts).

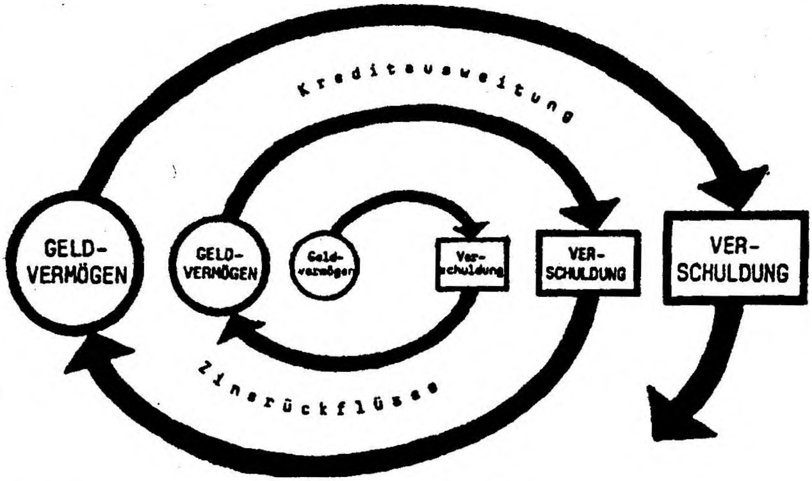
Der ausgeschiedene Präsident der Deutschen Bundesbank war es dann, der auf die grundsätzlichen Fehler hinwies, die n a c h der Vereinigung die Entwicklung in der ehemaligen DDR belasteten. *„Pöhl wies darauf hin, daß beispielsweise die CSFR ihre Währung massiv abgewertet habe, während in Mitteldeutschland durch die Umstellungsrelation eine Aufwertung um mehrere 100% resultiert habe. Dadurch sei die Wirtschaft der neuen Bundesländer voll dem Weltmarkt ausgesetzt aber nicht wettbewerbsfähig. Es sei nicht abzusehen, wie dies in nächster Zeit besser werden solle, so daß man heute sagen könne, daß etwa ein Drittel des Sozialprodukts der neuen Bundesländer aus westdeutschen Steuergeldern stamme.“* (NZZ).

Man kann schlecht von einem Vorbild sprechen, wenn Frankfurt in einen Börsenskandal verwickelt wird, wie es im August 1991 geschah. *„Wir müssen den Eindruck vermeiden, daß es hier wie in Las Vegas zugeht“*, meint Rüdiger von Rosen, Sprecher der Frankfurter Börse. Wo kann man noch von „gutem Ruf“ sprechen?

Der Wirbel wird vervollständigt von vielen Brunnenvergiftern. Es gibt nicht wenige, die nicht oft und schnell genug dafür sorgen möchten, daß man nicht doch noch im hintenein Hitler Recht gibt. Genauso wie in den dreißiger Jahren des deutschen Aufschwungs häufen sich nur so die hämischen Bemerkungen über Deutschland 1990/91, insbesondere in den USA. Kohl hält es für notwendig, *„die deutsche Politik vor Mißverständnissen, Mißtrauen und Kritik zu verteidigen, die das deutsch-amerikanische Verhältnis belasten. Es wurde daran erinnert, welche Beiträge die BRD im gesamtwestlichen Interesse für den Aufbau Mittel- und Osteuropas und für den Krieg am Golf geleistet hat:*

Der monetäre Teufelskreis

Eskalation der Geldvermögen und Schulden



Folgen:
steigende Zinseinkommen
wachsende Geldvermögen
größeres Kreditpotential

Folgen:
steigende Zinslasten
rückläufige Arbeitseinkommen
zunehmender Wachstumszwang

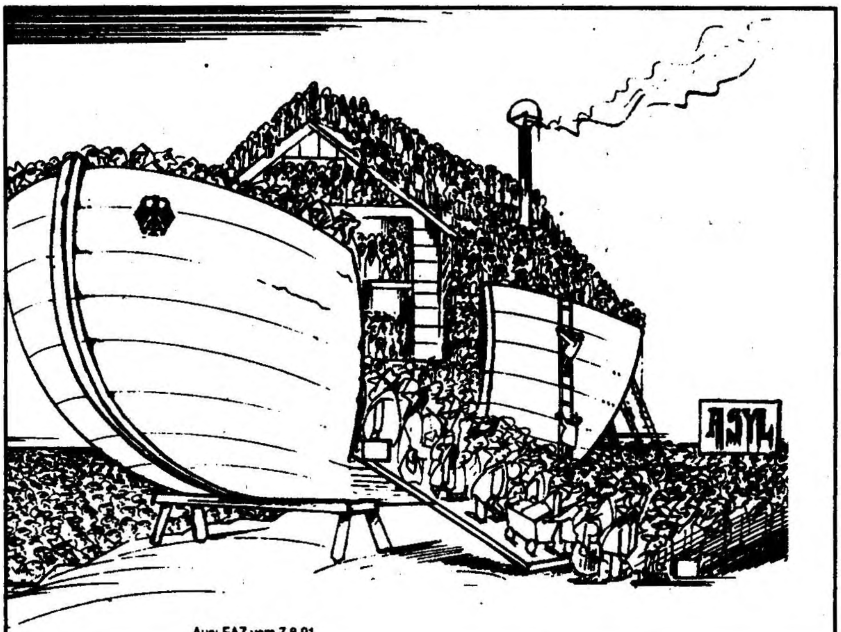
HELMUT CREUTZ

Für den Wiederaufbau der neuen Bundesländer in den ersten 18 Monaten	*58 Md. Dollar*
Für die Unterstützung der Reformstaaten in Mittel- und Südosteuropa	*17 Md. Dollar*
Für den Abzug der Sowjetarmee aus Deutschland	*7,5 Md. Dollar*
Beitrag zu den Reformen in der Sowjetunion	*33,7 Md. Dollar*
Beitrag zum Golfkonflikt	*17,5 Md. Dollar*

(davon alleine 6,6 Md. Dollar an die USA).

(Am 27. März, zurückgekehrt aus Washington, bezifferte Finanzminister Waigel die gesamten Aufwendungen Deutschlands im Osten einschließlich DDR bereits auf mehr als 200 Md. DM. So NZZ).

Am 25. Januar 1991 teilt „Bild“ mit, daß Bundeskanzler Helmut Kohl im nächsten Jahr die höchste Auszeichnung von B'nai B'rith, die ‚Goldmedaille des Präsidenten für humanitäre Leistungen‘ erhalten wird. Die Bewohner von Leipzig sind nicht ganz so zufrieden mit ihm. *„Wütend und aufgebracht gegen die Bonner Politik zeigen sich die Menschen in Leipzig kaum. Eher verzweifelt und deprimiert. ‚Nochmal werde ich Kohl nicht zujubeln‘, sagt eine Frau. Als sich der Kanzler vor dem Diakonissenkrankenhaus, das er auf Einladung des Diakonischen Werkes besucht, den Fotografen stellt, fliegen ein paar Tomaten. Etwa 50 Jugendliche skandieren: ‚Kohl muß weg!‘ Der Kanzler ruft ihnen zu: ‚Was wollt ihr denn, ihr Pöbel?“* (418).



Aus: FAZ vom 7.8.91

● Was bei dem Thema **Asylanten** und **Einwanderung** belästigt, ist die schwerwiegende Unehrlichkeit, mit der sich Politiker aller Parteien damit befassen. Würden alle Gesprächspartner das sagen, was sie meinen, so würde viel innerpolitischem Zündstoff die Spitze genommen. Man spricht von menschlichen und politischen Gründen für die Menschenbewegungen und man versucht dauernd, die Gegner solcher Zuwanderungen mit falschem Zungenschlag zu informieren. *„Eine gewisse Zuwanderung wird notwendig sein, um im Produktions- und Dienstleistungsbereich die anfallenden Aufgaben zu erfüllen".* (419). So richtig ein solcher Satz gewiß ist, wird er heute von einem Bonner Beamten ausgesprochen, stößt er auf Ablehnung, weil seit Jahr und Tag zu diesem Thema dem Volk Lügen und Unwahrheiten vorgetragen wurden, weil immer wieder versprochen wurde, den Zustrom einzudämmen, während in der Tat die Zahlen von Monat zu Monat anstiegen. Dabei machten so viele Beamte bei der Volksverdummung mit, daß man mit Verallgemeinerungen antwortet. Dabei sind alle bisherigen Schätzungen von Gegnern der Asylantenzulassung unter der Wirklichkeit geblieben. Eine noch nicht von den Daten ereilte Voraussage (Professor Dr. Eberhard Hamer, „Die Welt", Februar 1989) lautet: *„Setzt sich der heutige Asylantenzustrom fort, haben wir um das Jahr 2000 etwa 14 Millionen Ausländer bei uns — 35 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Bevölkerung." Ein Rechtsanwalt, der bei der Verteidigung eines Mandanten für diese Verhältnisse das Wort „Heuschreckenplage" brauchte, wird wegen „Volksverhetzung" vor Gericht zitiert! Ein solches Vorgehen tut dem Ruf der deutschen Justiz kaum Abbruch — er ist gerade schlecht genug ohnehin. Aber es sorgt dafür, daß sich etwas unausgesprochen aufstaut, was ohne solche Meinungsdiktatur zum Dialog führen könnte.*

Der ganze Komplex „Asylanten" stinkt nur so nach Verlogenheit der Behörden. Ein



Los problemas de la creciente inmigración hoy preocupan a toda Europa. Así lo ilustró recientemente la influyente revista británica "The Economist".

weiteres Beispiel: „*Sechs Milliarden DM jährlich muß die Bundesrepublik an Gerichts- und Anwaltskosten aufbringen — nur für Asylanten, die wegen Ablehnung ‚unsere' Justiz in Anspruch nehmen. Diese Meldung konnte man am 18. Oktober 1991 im ARD-Fernsehen gegen 23 Uhr vernehmen. Das schlägt dem Faß den Boden aus! Wieso, verdammt noch mal, haben wildfremde Menschen das Recht, nachdem ihre ‚Verfolgungslüge' entlarvt wurde, deutsche Steuergelder in Anspruch zu nehmen, um einen Aufenthalt mit selbstverständlicher Versorgung zu erzwingen? Steht das etwa auch im Grundgesetzartikel 16? Nein!*" (420).

Artikel 16 (Ausbürgerung, Auslieferung, Asylrecht)

1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Das ist der genaue Text des heute so viel zitierten Artikels 16. Wo steht denn da etwas von Ausländern? Da ist ganz eindeutig nur von Deutschen die Rede und nicht von Ausländern! Von „politisch verfolgten Deutschen" ist da die Rede! Bitte, lesen Sie es noch einmal nach. Was allerdings fehlt, sind Ausführungsbestimmungen zu diesem Grundgesetzartikel. Sie wurden damals nicht erlassen, weil der Fall kaum praktisch zu werden schien. Der Artikel 16 spricht von Rechten deutscher Staatsbürger. Von Ausländern ist überhaupt nicht die Rede! Es tut keine Änderung des Grundgesetzes not, sondern für Analphabeten ein Kommentar seitens etwa des Verfassungsgerichtshofes. Das Grundgesetz ist, wie alle Gesetze, nach Sachgebieten geordnet. Die Behandlung von Ausländern hätte an diesem Platz des Gesetzes überhaupt nichts zu suchen. Alles andere ist böswillige Wortverdrehung.

Es ist ein ekelhafter Anblick, zu sehen, wie sich die Freimaurer um die Wahrheit herumdrücken. Man fährt ganz grobes Geschütz an, spricht von „falschem völkischen Verständnis" (Geißler), „von der größten Abschiebewelle der Geschichte" (Amnesty International). „Deutschland wird wieder um ein Stück unmenschlicher", heißt es unter Verdrehung der von Deutschen in ihrer angestammten Heimat erlebten Tatsachen, obwohl sogar ein deutsches Oberverwaltungsgericht die Ablehnung der Errichtung eines Heims für Asylbewerber auf dem Nachbargrundstück eines sich belästigt fühlenden als berechtigt bescheinigt. Er müsse darauf vertrauen können, im gebotenen Maße Ruhe und Erholung zu finden.

Man erstaunt, daß immer wieder bekannte Freimaurer als Dialogspartner hinzugezogen werden, etwa Politiker der Freimaurerpartei FDP, obwohl doch inzwischen klar genug geworden sein müßte, daß dabei nur (beabsichtigter) Zeitverlust herauskommt, ein an der Nase herumgeführt werden. Sachliche Vorschläge wie etwa der der CSU-Parteileitung *(„Die Aufnahme politisch Verfolgter kann zur Verhinderung schwerwiegender Beeinträchtigungen des Gemeinwohls nach Zahl und Herkunftsgebieten beschränkt werden")* haben keine Aussicht auf Annahme, auch wenn sie eindeutig die Meinung der Mehrzahl der Wähler widerspiegeln, solange man nicht in Fragen, die zugegebenermaßen den Impuls zu politischer Tätigkeitvon Freimaurern tangieren, die Beteiligung von Freimaurern an derartigen Gesetzesplanungen unterbindet.

Wie ja auch in anderen Fragen, suchen deutsche Beamte dem internationalen Freimaurerdruck auszuweichen, indem sie eine gemeinsame Aktion zusammen mit anderen Staaten anstreben. Hierher gehört es, daß sich am 1. November 1991 in Paris die europäischen Innenminister trafen, um gemeinsam Europa vor der Überschwemmung mit fremden Elementen zu schützen. Man ist bemüht, bessere Grenzkontrollen in Richtung Osten zu errichten. Seit den antikommunistischen Revolutionen in Osteuropa 1989 schätzt man, daß 1,3 Millionen Menschen von dort „flüchteten". Man befürchtet, daß die Lage der russischen Wirtschaft in der nahen Zukunft weitere Millionen auf den Weg schicken wird.

Inzwischen mußten die Völker Europas zur Kenntnis nehmen, daß man sich in Paris nicht über eine gemeinsame Asylanten- und Einwanderungspolitik festlegen konnte.

Wir müssen Abstand davon nehmen, noch weitere Einzelheiten zu dieser Problematik zu bringen. Zum einen ist man in Deutschland selbst derart eng mit diesen ernsten Proble-

men befaßt, daß es daran erinnern würde, Eulen nach Athen zu tragen, und zum andern ändert (verschlimmert!) sich die Lage von Tag zu Tag so sehr, daß die Fronde derjenigen, denen an einer Vermischung der Weltbevölkerung aus ideologischen Gründen gelegen ist, angesichts der Vorgänge in ihrer nächsten Nachbarschaft einen Ausfall nach dem anderen erlebt und beginnt, vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit das Bangen zu bekommen. Valéry Giscard D'Estaing sprach bereits von einer „Invasion" und befürwortet verantwortungsbewußt, daß Frankreich wieder im Staatsangehörigkeitsrecht zu dem traditionellen europäischen jus sanguis zurückkehrt. Jacques Chirac spricht von dem „Lärm und Geruch der Einwanderer aus Nordafrika". Genscher bezeichnete Sorgen wegen des Asylmißbrauchs als berechtigt. So schön es klingt, so unpassend ist es, wenn in diesem Augenblick der Bundespräsident von Weizsäcker (er fühlte sich bekanntlich am 8. Mai 1945 befreit!) fordert, mit denen, die bei uns Schutz suchen, menschenwürdig umzugehen und als Zeichen der Solidarität mit den Asylsuchenden deren Flüchtlingsheime besucht.

Voreilige Schlüsse, greifende Entscheidungen kann man auch sicher nicht der **Wiener Ministerkonferenz zur Ost-West-Wanderung** im Januar 1991 oder der **Berliner Konferenz über illegale Zuwanderung** Ende Oktober 1991 oder auch dem **Wiener Club** (Schweiz, Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien, ein Konsultativverband zu Fragen der inneren Sicherheit) vorwerfen. Man redet davon, daß der Zustrom aus dem Osten an seiner Wurzel angepackt werden solle (Schäuble), mit langfristiger Hilfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern, doch ist alles im übrigen eine „nebulöse, langfristige europäische Flüchtlingspolitik" (NZZ). Vergleicht man, mit welcher Energie etwa die Selbstverteidigung der Bevölkerung gegen Asylantenmißbrauch angepackt wird, dann sind alle Zweifel an der Aufrichtigkeit solcher Konferenzen voll berechtigt. Im September 1991 zählte man erneut 28.732 Asylbewerber in Deutschland, im Oktober 33.570, also 1991 bis dahin bereits 203.321 Ausländer. Und die Regierung organisiert Proteste gegen „Ausländerfeindlichkeit"! Die Freimaurerei kann stolz sein auf ihre Leistungsfähigkeit.

Stellen wir doch richtig, diese ganze verfahrene Lage entsteht aus dem Mangel an einem klaren, nationalen Regierungskonzept, und aus der Tatsache, daß Personen, die eine möglichst weitgehende Beseitigung der Völker anstreben, in höchsten Stellen unseres Staates sitzen, und denen es bislang möglich war, ihre eigenlichen illegalen staatsfeindlichen Vorhaben zu verbergen. Man darf sicher sein, daß Feststellungen wie diese sofort verdreht werden und ihnen Auffassungen und Absichten unterschoben werden, die reine Erfindungen sind. Niemals bedeutet „nationale Politik" Ablehnung internationaler Zusammenarbeit, niemals Abweisung von angeblichen Asylanten, Fremdenfeindlichkeit und Xenophobie. Das sind böswillige Unterstellungen. *„Wer behauptet, die Deutschen seien ausländerfeindlich, ist ein dreckiger Lügner . . . Diese Behauptung wurde schon mit den allerersten Gastarbeitern von Regierung und gewissen Medien in die Welt gesetzt und seitdem pausenlos wiederholt — bis es tatsächlich eintritt. Dahinter steht die gleiche böse Absicht wie Behauptungen über ‚Neonazismus' oder Antisemitismus. Bis das Ausland endlich wieder so wütend über die ‚bösen' Deutschen ist (schon heute muß Kohl gegen den Antigermanismus in den USA ans Rednerpult treten. Seine eigenen Parteigenossen geben den Zündstoff dafür!), daß man über uns herfallen kann. Hier werden die Gründe dafür gezüchtet!"* (421).

Der in **Österreich** lebende Teil unseres Volkes hat es ebenfalls sehr schwer, die Identität des Landes zu retten. Als Festpunkt in dem dauernd deutlicheren Angriff auf die völkische Substanz dieses Mutterbodens abendländischer Geschichte kann der **Blecha-Plan** vom Herbst 1988 angesehen werden. Damals hatte der damalige Innenminister Charly Blecha hinter verschlossenen Türen gefordert, Österreich müsse Einwanderungsland werden.

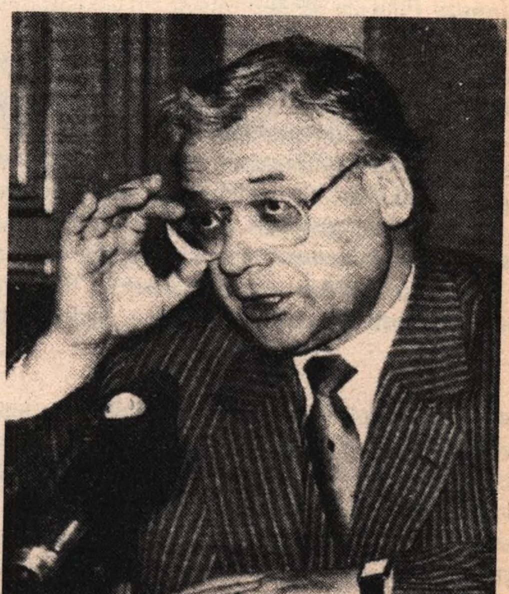
Wie Heuschrecken ?



Aus „Rivarol“



Josef Ackerl



Erhard Busek

„Der nicht zuletzt durch die kriminelle Familienpolitik der Sozialisten mitzuverantwortende Bevölkerungsschwund sollte durch verstärkte Einwanderung ausgeglichen werden. Dabei sollten die Fremden, so Blecha, im wesentlichen aus drei Gebieten kommen:

1. *aus Osteuropa*
2. *aus der islamischen Welt*
3. *aus Schwarzafrika.*

Knapp vorher hatten bereits die Sozialisten in Floridsdorf für Ausländer das Wahlrecht gefordert, hatte Hans Matzenauer, der Präsident des Wiener Stadtschulrates bekanntgegeben, daß bereits 25 Prozent aller Wiener Pflichtschüler Ausländer seien . . . Statistiker hatten prognostiziert, daß — bei gleichbleibender Entwicklung — spätestens im Jahre 2006 jedes zweite in Wien geborene Kind ausländische Eltern haben würde. Mittlerweile muß man feststellen, daß dieser Zustand bereits spätestens in acht Jahren eintreffen wird! Im Innenministerium wurde eine Abteilung für Integration und Einwanderung ins Leben gerufen und Jens Tschebull erklärte (im Kurier), um wie viel billiger es den Staat käme, ausgebildete Ausländer ins Land zu holen, als eigene Kinder zu zeugen und großzuziehen. Und rein bevölkerungspolitisch betrachtet — und nicht als Vorschlag gemeint! — wäre die Umlenkung von Geburten- und Familienbeihilfen in Zuwandererprämien erfolgreicher . . . Kaum waren die Wahlen Anfang 1991 vorbei, segelten die Koalitionsparteien wieder voll auf Einwanderungskurs. Erstmals erklärte sogar der Bundeskanzler Österreich ganz offiziell zum Einwanderungsland!“ (422).

Wir dürfen in Erinnerung rufen, wer der soeben genannte Herr Innenminister Blecha ist. Aus dem Verhandlungsprotokoll in dem Prozeß gegen den sechsfachen Mörder (und Freimaurerbruder) Udo Proksch geht hervor, daß dieser hohe österreichische Beamte im November 1984 dem österreichischen Interpol-Chef Köck die Weisung erteilt hat, die von der Justiz gegen Proksch eingeleiteten Erhebungen einzustellen, um seinem Freund Proksch ein bereits angestrengtes Strafverfahren zu sparen. Wie Köck ist auch der damalige Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Schüller, der 1984 mit der Untersuchung gegen Proksch befaßt war, einem massiven Einschüchterungsversuch Blechas ausgesetzt gewesen, damit er alle Ermittlungen gegen dessen Freund Proksch abbreche. Blecha war dann im Januar 1989 als Innenminister zurückgetreten. Im April 1989 legte er sein Mandat als Nationalratsabgeordneter ebenso wie alle weiteren politischen Funktionen nieder, nachdem er vor dem Lucona-Untersuchungsausschuß des Parlaments von Zeugen schwer belastet worden war. (423).

Es ist also gegeben, festzustellen, daß ein erklärter Freimaurer unter den Zeichen seines Bundes schweren Amtsmißbrauch begeht und einen des mehrfachen Mordes und des Versicherungsbetruges überführten Freimaurerbruder vor der Justiz zu schützen versucht hat. Es steht ganz auf der gleichen dreckigen, völlig undiskutablen Moralebene, daß dieser Mann dann den Völkermord organisierte. Es wirft ein besonderes Licht auf Österreich, daß drei Jahre nach dieser verbrecherischen Planungsvorgabe der österreichische Ministerpräsident ungestraft und ungehindert diesen Massenmord erneut öffentlich fordern darf.

● In diesem Kapitel sprachen wir mehrfach von den Deutschen als Opfer der Neuen Weltordnung. Wir wollen es mit einer Reiseschilderung nach Mitteldeutschland abschließen. *„Die Töne und Bilder, die man uns vor den Feierabendsessel liefert, strahlen nur mehr Unmut, Ratlosigkeit und Kleingläubigkeit aus. Und man wähnt, es gäbe in dem Teil Deutschlands, der einmal den Namen DDR trug, lauter lebensuntüchtige Leute, die da vor Problemen hocken. Aber man lasse Fernsehen Fernsehen sein, reiße sich vom Medienrummel los, setze sich in den so geliebten Wagen und fahre los! Und — falls man tatsächlich*



Wie die Saat,
so die Ernte

Karikatur:
Harald
Kretzschmar



Der lateinamerikanische, deutschstämmige Autor Juan Maler hat in zahlreichen Werken auf die geheimen Zeichen der, unsere Welt beherrschenden Freimaurer hingewiesen, die angeblich - auf Grund der Ahnungslosigkeit des Stimmviehs - ungeniert, als internationale Signale für Eingeweihte, in aller Öffentlichkeit gesetzt werden. Diese Zeichen, die man "Zinken" nennt, bestehen unter anderem darin, daß bei öffentlichen Anlässen vor einem Händedruck ein Partner mit seinem Mittelfinger demonstrativ die Handfläche des anderen Partners berührt. Am 16. 1. 87 bei der Angelobung der neuen Regierung hat Vizekanzler Dr. Mock (im Bild mit Vranitzky) eine solche Zinke demonstriert. Zufall?

noch einiges vom Gesicht der ehemaligen DDR erhaschen will — fahre man bald. Denn über kurz wird man es in seinem ehemaligen Aussehen nicht mehr erkennen können. Ja, sicher, Aufbruch an allen Ecken und Enden erlebt man auf einer solchen Reise. Das beginnt schon auf der Autobahn. Noch erkennt man über weite Strecken die ehemalige DDR-Autobahn. Und doch sind wiederum andere Strecken schon eben solche Autobahnen wie die vor Hof oder vor Eisenach oder vor . . . Wenn der Bundesverkehrsminister ankündigt, in Kürze würde auf den Hauptstrecken die Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h aufgehoben, dann ist dies keine beliebige Kurznachricht über Schall und Rauch. Der Zustand der Autobahn, der ein schnelleres Fahren schlicht nicht zuließ, den gibt es demnächst nicht mehr! Doch wo bleibt die Fernsehsendung, wo der Zeitungs- und Rundfunkreporter, der dies den Leuten zeigt und schildert?"

„In den Städten ein ähnliches Aufbruchsbild. Überall auf den Straßen Camping-, Tapezier- und Bierzelttische, auf denen Waren zum Verkauf angeboten werden. Man sah

die — für Westbundesbürger ungewohnten — einfachen Würstchenbuden schon an provisorischen Rastplätzen der noch ursprünglich alten Autobahn. In den Städten nun bietet man Blumen, Obst, auch Südfrüchte, Gartenerzeugnisse, Textilien u.a. an. Man mag darüber lächeln, doch hundertmal besser ein bescheidener Anfang als das steril-ängstliche Herumgerede vom ‚Kapitalismus, der alles zu unrecht verschlinge'."

„Diesen Anfang jedoch demonstrieren nicht nur fliegende Händler, die ihre Ware auf Campingtische breiten. Schon findet man allenthalben frisch instandgesetzte Läden, die Ware jeglicher Art wohlfeil anbieten, nach allen Regeln einer sich frei entfaltenden Handelskunst."

„Eine halbe Million Bürger pendeln mittlerweile in die Altbundesländer zur Arbeit. Im Westen schließen die Pendler vorhandene Lücken. Sie lernen sich effektiv in der freien Marktwirtschaft zu bewegen und mit ihr umzugehen. Ihr Einkommen fließt zurück zu ihren Familien und fördert dort zusätzlich den Aufschwung. Und in dem Maße, in dem in den neuen Bundesländern Arbeitsplätze entstehen, kehren Leute zurück, die sie auch zufriedenstellend ausfüllen können, zumindest als Stammkader und Korsettstangen."

„Überall in den neuen Bundesländern renovierte Hausfassaden, überall Baugerüste und Baugruben. Und die objektiven unter den ehemaligen DDR-Bürgern wissen zu berichten, daß plötzlich dieselben Handwerker nicht mehr herumhocken im Bestreben, dem Herrgott den Tag wegzustehlen, nein, dieselben Handwerker können plötzlich schnell und gut schaffen. Man möchte es gar nicht glauben!" (424).



Die Bruderkette (Mitterand und Kohl)

VII. Europa

Wir haben in den bisherigen Kapiteln eine Reihe von Staaten und Völkern behandelt, die von den weltpolitischen Maßnahmen betroffen werden. In diesem Kapitel wollen wir zwei verschiedene Themen angehen. Zunächst bringen wir Einzelmeldungen aus den verschiedenen europäischen Ländern, aus denen hervorgeht, wie diese Gegenstand von Vorgängen sind, die diese Gebiete aufbereiten sollen für ihre paulative Eingliederung in ein Europa, das seinerseits dann eingespannt werden kann in eine Gesamtneuorganisation der ganzen Welt.

Bei den Einzelmeldungen geht es also darum, daß wir zeigen wollen, mit welcher erstaunlichen Aktivität daran gearbeitet wird, das gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Bild zu verändern. In allen Fällen wird so getan, als handle es sich um allgemein gewünschte, selbstverständlich fällig gewordene Dinge. Auch das Feindbild wird als bekannt und anerkannt vorausgesetzt.

Einem jeden Leser sicher bereits klares Beispiel für die Manipulation des Feindbildes erleben wir im Bereich der **Asylantenproblematik.** Wir bringen, was Stefan Dietrich am 28.12.1991 in der FAZ dazu sagte: *„Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, die trotz der Indoktrinierung für eine Änderung des Asylrechts sind, wird schlicht das Wort entzogen."* Wer etwas ändern will, wird gleichgestellt mit den Skinheads und sogar in der Süßmuth Augen und denen Galinskis mit den Tätern bei den Judenpogromen am 9. November 1938. *„Durch solche Ausgrenzung werden Konflikte heraufbeschworen, die weit gefährlicher werden können als die Ereignisse von Hoyerswerda und anderswo. An den letzten Wahlergebnissen, vor allem an der niedrigen Wahlbeteiligung in Bremen und in Niedersachsen, ist abzulesen, daß ein wachsender Teil der Wähler sich in diesem Staat politisch nicht mehr vertreten fühlt."* (Dietrich). Werden wir doch ruhig noch etwas genauer: Die Demokratie versagt vollkommen in allen den Maurern wichtig dünkenden Bereichen. Der Mehrheit des Volkes hat man das Stimmrecht entzogen. Genauso war es in den Jahrzehnten vor der Französischen Revolution! Ein ehrlicher Leser dieser Zeilen wird es sich nicht verhehlen können, daß der Stimmzettel nicht mehr das adäquate Mittel zur Herstellung demokratischer Verhältnisse ist.

Obwohl wir aus technischen Gründen kein vollständiges Bild von dieser kalten Übernahme der europäischen Staaten bringen können, wird hoffentlich die geschlossene Angriffsfront deutlich. Auch ergibt sich aus diesem Kapitel, daß es gezielten Widerstand nur in wenigen Fällen gibt. Während eine deutliche grenzenüberschreitende Zusammenarbeit bei den Utopisten vorliegt, ist eine ähnliche Frontbildung auf der angegriffenen Seite nicht sichtbar, obwohl die Befreiungskämpfe natürlich an Gewicht gewinnen könnten, wenn sie gleichzeitig mit sachlicher Schwerpunktbildung an verschiedenen Orten stattfinden würden. Auf jeden Fall gewinnt die Arbeit der Übersetzer heute durch diese Lage an Gewicht. Man sollte Erfahrungen innerhalb ganz Europas austauschen.

Und anschließend bringen wir Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Bemühungen, ein Europa aus Kunststoff herzustellen.

Frankreich: Der Einbruch der amerikanischen Unkultur hat auch an der Seine Zahlen.



Roland Dumas und Hans-Dietrich Genscher in Berlin

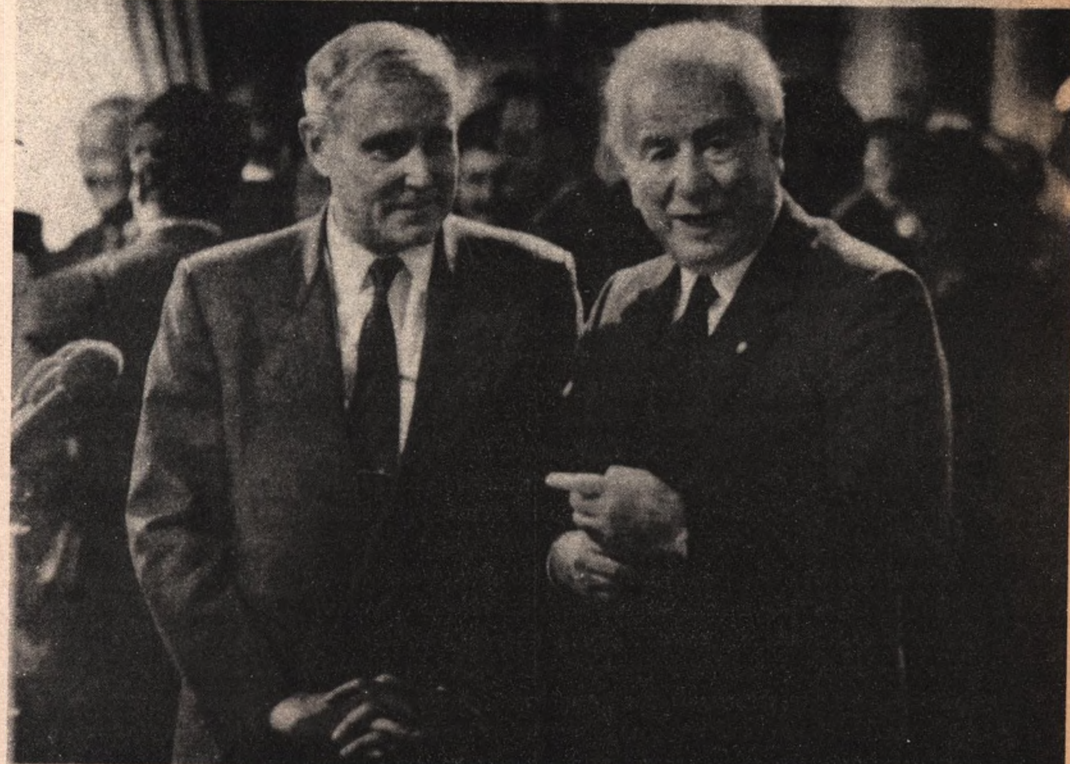
Es ist das vierte Mal, daß wir in unseren Büchern
die geballten Fäuste
als Geheimzeichen vorstellen. Zum 1. Mal in III/302. U. Thant beantwortete Scheels Zeigefinger mit geballten Fäusten. Zum 2. Mal in XI/369. Genscher zeigt Aylwin die geballten Fäuste. Zum 3. Mal auf S. 125 dieses Buches.

Die Geste ersetzt die folgenden Worte: Die Philosophie erwartet von Ihnen (Herr Scheel, Herr Genscher), daß Sie handeln! Wenn man sich Gemälde von früheren Kongressen ansieht, etwa den Wiener Kongreß 1815 (von I.B. Isabey im Louvre) oder den Pariser Kongreß 1856 (von E. Dulufe in der Galérie Nationale in Versailles) oder den Berliner Kongreß 1878 (von v. Werner im Rathaus in Berlin) und dann mit derartigen Fotos, wie hier, von heutigen Konferenzen vergleicht, dann weiß man, wie tief unsere Diplomatie gesunken ist, wie krank unsere Welt ist.

92% der Schüler höherer Lehranstalten lernen englisch als erste Fremdsprache, deutsch nur 11,7 Prozent. Die Berichterstattung über den Golfkrieg führte amerikanische Bezeichnungen für Orte ein, die seit Jahrhunderten in engem Kulturaustausch mit Frankreich stehen und von dorther ihre traditionelle Schreibweise haben. Aus dem korrekten „Seoudites" sind „Saoudites" oder gar „Saudis" geworden. Die „Omanais" heißen jetzt „Omani". Aus „Oum-Kasr" wurde „Umm-Qasr". Aus der „Ville de Kouweit" wurde „Kuwait City". Rücksichtslos und eben „amerikanisch" benimmt sich der amerikanische Unternehmer, der die Lizenz für die Errichtung eines Amüsierparkes in Marne-la-Vallée erwarb. Die einzelnen Attraktionen heißen „Frontierland", „Fantasyland", „Adventure Isle", „Phantom Manors" und „Big Thunder Mountain". Es treten „Pirates of the Caribbeans" auf, obwohl deren historische Vorbilder von den teilweise noch heute französischen Antillen stammten. Der Besucher wird in eine Art „Main Street sur Marne" geführt. So züchtet man Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Denn man soll sich gegen derartige Ungezogenheiten nicht wehren dürfen. Dabei fallen diese Früchte schlechter amerikanischer Erziehung in ein Frankreich, das im Weihrauch utopischer Sendungsideen übersah, daß man in der seit 1945 ihrer Kulturen beraubten Welt den Landesgrenzen Schutzfunktionen geben muß. Während man das Theater mit der Glaspyramide im Louvre (425) aufzog, begann der „Geruch der Inmigrantenküche" (Chirac) den Franzosen in die Nase zu steigen. Heute leben in Frankreich etwa 4 Millionen Einwanderer, von denen etwa 2,5 Millionen aus Ländern stammen, die nicht der EG angehören. In diesen Zahlen sind nicht die in Frankreich geborenen Kinder dieser Einwanderer enthalten. Illegal im Lande dürften 200.000 bis 400.000 Personen leben. In einigen, bevorzugt von Nordafrikanern bewohnten Vororten von Paris kommt es laufend zu schwersten Unruhen. Von den drei Millionen französischer Arbeitsloser sind die Hälfte Araber und Neger. Die Folge der steigenden deutlichen Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber Arabern und Afrikanern manifestiert sich in Feststellungen wie *„Gewalt wird zur Gewohnheit"* (426). Selbst François Mitterand empfiehlt *„strengste Anweisungen für die Polizei, um der Gewalt Herr zu werden." „Der Wind hat sich gedreht. Den Verantwortlichen ist klar: jetzt muß gehandelt werden."* (Meinert). Man erwägt die Einbürgerung der 420.000 „harkis", das sind die Algerier, die auf französischer Seite im algerischen Unabhängigkeitskrieg kämpften. Man spricht von Heimtransport der Illegalen, doch geschieht nichts Bedeutendes. Man erinnert daran, daß Rocard 1986 hundertzehn Illegale in einem gescharterten Flugzeug nach Mali heimbeförderte. Doch inzwischen sind 80 davon, schätzt man, längst wieder in Frankreich, *„Die Chartermethode scheint nutzlos, solange Schlepperdienste, Schwarzarbeit und die Einreise von als falsche Touristen getarnten ‚Cousins' nicht unterbunden werden. Im ersten Vierteljahr 1991 sind ganze 192 Ausweisungen durchgeführt worden. Es wurden 9000 Rückführungen an die Grenze verfügt, wovon aber nur ein Drittel auch wirklich ausgeführt wurde."* (Ulrich Meister am 9.7.1991 in der NZZ). Es ist das gleiche Bild wie in der BRD. Die Maurer sabotieren auf allen Ebenen die staatspolitischen Notwendigkeiten. *„Frankreich ist kein Einwanderungsland mehr. Wir können nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen."* (427). Wirklich einschlagende Maßnahmen werden nur von der (stark wachsenden) Front Nacional Le Pens vorgebracht: *„Gemietete Schiffe zur Deportierung von Ausländern, bewachte Lager für diejenigen, die deportiert werden sollen. Annulierung der nach 1974 ausgesprochenen Naturalisationen und zur Bedingung zukünftiger Naturalisationen Blutbande machen (jus sanguis), nicht die Tatsache, daß einer der Elternteile in Frankreich liebt. Die doppelte Staatsangehörigkeit verbieten. Den Bau von Moscheen verbieten. Für die Klassen in den öffentlichen Schulen Quoten für Immigranten festsetzen. Die Zahlung von Familienhilfe an Immigranten einstellen. Bei Entlassungsnotwendigkeit zuerst die Immigranten entlassen. Getrenntes Unterstützungssystem für Franzosen und*

Italien würde
hweizer EG-Beitritt begrüssen

Staatsbesuch Cossigas in einem «historischen Moment»



Der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga (rechts) im Gespräch mit Bundespräsident Flavio Cotti.

Ausländer. Anwendung einer neuen Etiquette für in Frankreich hergestellte Waren: ‚In Frankreich von Franzosen hergestellt'.“

Es versteht sich, daß die Maurermeute sofort diese Vorschläge verglich mit den Judenmaßnahmen von Vichy und mit der Apartheid in Südafrika. Sie vergessen, die unterschiedliche Lage zu erwähnen. Damals ideologisch begründete Aktivität, heute Defensive in einer sozialen und nationalen Notlage, die durch eine böswillige Minderheit herbeigeführt wurde und nur durch die Beseitigung der durch volksfeindliche Gesetze geschaffenen Lage bereinigt werden kann. Man darf annehmen, daß dann, wenn die krankhaften Auswüchse einer utopischen Weltplanung wieder entfernt wurden, die derzeitige Hektik wieder einem Leben in Ruhe und Zufriedenheit in Frankreich Platz machen wird. wie es das kulturell hochstehende, fleißige französische Volk ehrlich verdient hat. Es sieht aber eher danach aus, daß der gegenwärtige Bürgerkrieg sich noch weiter ausdehnen wird und daß

1.8.91 AZ



Delors informierte Vranitzky vorab: Das Kommissions-Avis wird positiv
Fotos: APA epa

man weiterhin absichtlich die natürlichsten französischen Forderungen als etwas Böses und Schlechtes hinstellen und sogar vom Ausland her ungeniert bekämpfen wird.

Im zwischenstaatlichen Bereich hatte Mitterand es nicht ganz leicht, das Verhältnis Frankreichs zu den USA nach dem Ausfall der UdSSR und nach dem schnellen Waffensieg am Golf neu festzulegen. Klärend war das Zusammentreffen mit Bush auf dem französischen Martinique Mitte März 1991. Das Mißtrauen von einer möglichen Pax Americana wich einer pragmatischen Zusammenarbeit. Mitterand lotete aus, daß Bush kein Monopol für die Friedenssuche anstrebte, sondern — wie es sich ja inzwischen erwies — sich den von Israel nicht befolgten UN-Resolutionen über die besetzten Gebiete annäherte und die französischen vielfachen Erfahrungen mit dem Nahen Osten akzeptierte.

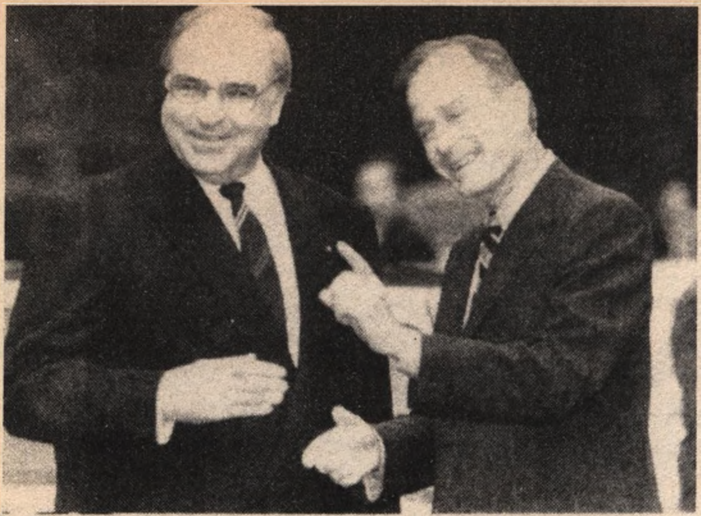
Auf der vierten, seit 1986 einberufenen Versammlung der frankophonen Welt, bei der sich im November 1991 in Paris (im Palais de Chaillot) die Führer von 47 französischsprechenden Länder zusammenfanden, konnte Mitterand zufrieden darauf hinweisen, daß inzwischen der Prozeß der **Demokratisierung in Afrika** voranschreitet. *„Zahlreiche afrikanische Staaten sind in einer umfassenden Bewegung zur Demokratisierung begriffen. Die Demokratie erhöht den wirtschaftlichen Fortschritt. Doch ein jedes Land muß den Rhyth-*



Präsident Cossiga (links) und Ministerpräsident Andreotti nach ihrem Gespräch im Quirinal. (Bild Reuter)



Gorbatschow (l.) und González: *Die Wirtschaft mauert*



Man kennt sich gut: In einer lockeren und vertrauten Atmo sphäre unterhielten sich gestern in London Bundeskanzle Helmut Kohl und US-Präsident George Bush am Rande de. Gipfels der wichtigsten westlichen Industrienationen.

mus selbst bestimmen, mit welchem es den Wechsel vornehmen will", fügte er hinzu. Sowohl Zaires wie Madagaskars Präsident, Mobutu Sese Seko und Didier Ratisrake waren nicht erschienen. Wieder anwesend war Kambodja, und auch Paul Bija von Kamerun, Kaysone Phomvihane von Laos, Nicephone Soglo von Benin und Elias Hrawi vom Libanon. Mitterand sprach von dem *„lächerlichen Anteil des Reichtums, den die Industrienationen helfend der Dritten Welt schenkten."*, aber erwähnte tunlichst nicht, daß es erst im Februar zu schweren sozialen Unruhen auf der französischen Insel La Reunion gekommen war, wo ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos ist und wobei sich herausstellte, daß die von Rocard eingeführte „Armenentlohnung" nicht ausreicht, um den Gegensatz zur nachkolonialen Konsumwelt im Norden abzubauen.

Im Mai 1991 zündete Frankreich erneut eine Atombombe im Pazifik.

Ein Autonomiestatut, das dem für die Überseeterritorien entspricht, schafft für **Korsika** eine Regionalregierung unter der Bezeichnung „Exekutivrat". Die Cunsulta Naziunale, die Dachorganisation der korsischen Nationalisten, beherbergt aber nach wie vor Elemente, die den Weg zur gewünschten Trennung von Frankreich auch mit terroristischen Mitteln fortsetzen wollen.

England: Die BfG faß das Bild von der britischen Wirtschaft für 1990 wie folgt zusammen: *„Die britische Wirtschaft glitt im zweiten Halbjahr 1990 in eine Rezession. Indikatoren hierfür waren eine beunruhigende Zunahme der Konkurse, die rückläufige Industrieproduktion, ein schwächerer Auftragseingang und die Umkehr des positiven Trends am Arbeitsmarkt. Die Teuerung kam bei 11 Prozent an."*

1991 sinkt die Industrieproduktion weiter mit Ausnahme der Gewinnung von Erdöl und Gas aus der Nordsee. Die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter und erreichte Ende November 1991 fast 3 Millionen, d.h. 8,7 Prozent.

Unruhen mit rassistischem Hintergrund haben sich vermehrt. Dabei sind diese besser

organisiert. Die beteiligten Gruppen hören den Polizeifunk ab und verständigen sich untereinander mit Funk. Ebenso wie andernorts quält man sich auch in Großbritannien mit dem aus dem Dunkel kommenden Befehl der rassischen Gleichheit. Eine Mutter hatte gegen das Erziehungsministerium geklagt, weil ihre Tochter in einer Schule sein muß, die zu zwei Dritteln Schüler asiatischen Ursprungs hat. Die Begründung der Mutter lautet, daß das Mädchen Kinderreime auf Hindi lernen mußte. Das Gericht gab der Klage statt. Es betonte, daß es damit nicht Rassendiskriminierung Vorschub leisten wolle, sondern den Eltern das Recht zusprach, „mit logischen oder gar vernünftigen Argumenten" ihre Versetzungsanträge zu begründen, wonach also auch offen rassistische Motive zugelassen werden. Die britische Commssion for Racial Equality wurde vor dem Obersten Gerichtshof mit ihrem Widerspruch abgelehnt.

Besonders aufregend ist es für die Engländer, daß sie sich in „Europa" eingliedern sollen. Wortführend im Kampf Englands gegen „das Diktat von Brüssel" und gegen „sonstige supranationale Bürokratie" ist mit diesen Worten **Margaret Thatcher.** Es wurde von Konservativen die „Bruges Group" (Gruppe von Brügge) gegründet. *„Warten Sie es ab, wir werden Brüssel einen Strich durch die Rechnung machen . . . Wir können uns auf eine Anzahl bedeutender Geschäftsleute verlassen, Lord Hanson, Lord White, Sir James Goldsmith und Patrick Barbour. Sie können Millionen locker machen."* Selbst wenn er es wollte, kann Major nicht diese Forderungen übersehen. Sein Kampf in **Maastricht** gegen die Schaffung einer europäischen Währungs- und Wirtschaftseinheit Mitte Dezember 1991, wie wir ihn in Zusammenhang mit der Anerkennung von Kroatien und Slowenien darstellten, kommt aus seelischen Tiefen von jenseits des Kanals. Schon am 3. Dezember 1991 teilte Reuter aus Brüssel mit, daß die europäischen Außenminister jede Erwähnung einer Föderation für die Europäische Gemeinschaft vermeiden wollten, und in Maastricht wurde dann der Termin für eine gemeinsame Währung auf den 1. Januar 1999 verschoben und Großbritannien ausdrücklich das Recht zugesprochen, bis zu diesem Zeitpunkt von der Beteiligung an einem solchen Schritt befreit zu sein.

Spanien: Der auf der ganzen Welt sprichwörtliche **Antigermanismus** tobte sich in Spanien aus, als am 16. November 1991 Blumen auf den Gräbern von gefallenen Fliegern der deutschen Legion Condor niedergelegt werden sollten. Wir geben den genauen Wortlaut der Meldung wieder, die wir im „El Mercurio" fanden (428). Der Leser wird die Verlogenheit der Berichterstattung selbst feststellen können: *„Die Polizei verhinderte heute die allgemeine Teilnahme an einer neonazistischen Kundgebung auf einem hiesigen Friedhof, die von den Behörden verboten worden war und die eine Gruppe von deutschen Fliegern ehren sollte, die an der Bombardierung des baskischen Ortes Guernica während des Spanischen Bürgerkrieges teilnahm."*

„Die Gruppe von sympathisierenden Nazis, die Sträuße mit roten Nelken in der Hand hatten, versammelte sich vor dem Eingang des Friedhofs Almudena. Einige trugen Schilder mit dem Text: ‚Ausdrucksfreiheit'!"

„Die Polizei prüfte die Dokumente und gestattete den Zutritt nur ausgewiesenen Trauernden und Journalisten. Aber unter denen, die nicht hineindurften, befand sich der Kanadier Ernst Zündel, der in seinem Lande verschiedene Prozesse zu gewärtigen hat, weil er in Büchern und Zeitungsartikeln die Existenz von Nazi-Konzentrationslagern leugnete."

„Madrider Behörden verboten den Akt nach einem Entscheid des Verfassungsgerichts, in dem es heißt, daß die Veröffentlichung einer Leugnung der Existenz von Nazi-Konzentrationslagern, die bestimmt waren für die Massentötung, die Verletzung der Ehre eines Überlebenden des Konzentrationslagers von Auschwitz bedeute. Der lokale Zivilgouverneur Segismundo Crespo erklärte Journalisten, ‚er wolle nicht, daß Madrid sich in die faschistische Hauptstadt Europas verwandle'."

Unser Kommentar: Daß es Deutschen nicht gestattet ist, diejenigen zu ehren, die ihr Leben einsetzten, um Europa vor einer allgemeinen Stasi-Diktatur zu retten, ist in erster Linie Schuld der deutschen Regierungen nach dem II. Weltkrieg. Sie haben es vierzig Jahre lang unterlassen, einen klaren Strich zu ziehen zwischen „deutsch" und „Nazi". Sie haben es damit verunmöglicht, ihre politische Stellungnahme noch als „deutsch" zu bezeichnen. Sie können sachlich nichts dagegen einwenden, wenn man von dem Fehlen einer „deutschen Regierung" spricht. Was sich in Madrid zugetragen hat, was den sofortigen schärfsten Einspruch des dortigen deutschen diplomatischen Vertreters hätte auslösen müssen, ist dabei nur ein Einzelakt in einer viel allgemeineren Politik, die sich diesmal antideutsch, ein andermal als Entdeutschung präsentiert. Es nimmt nicht Wunder, daß diese Mißachtung nationaler Ehre und nationaler Gefühle auf spanischem Boden geschieht. Katalanen und Basken erleben diese Mißachtung jeden Tag, wenn auch niemals in der polemischen Form, in der es Deutschen gegenüber der Fall zu sein pflegt.

Portugal: Die Regierung bemüht sich, das Land nach seinem Beitritt zur EG den wirtschaftlichen Verhältnissen im übrigen Europa anzunähern. Dabei helfen die deutschen Direktinvestitionen, die sich 1990 verfünffacht haben (690 Millionen Mark). Die Arbeitslosenquote liegt bei „nur" 5 Prozent. Doch die Inflation ist immer noch mit 12 Prozent zu hoch.

Italien gilt dagegen nicht mehr als wirtschaftliche „Superpotenz", als welche sie seit 1983 weltweit registriert war. Grund dafür ist die horrende Inlandsverschuldung von etwa 903 Md Dollar und eine Inflation, die im Juni 1991 6,9 Prozent erreichte. Hinzu kommt die innere Sicherheit, für die bezeichnend ist, daß der italienische Einzelhändlerverband die von der Mafia erpreßten „Schutzgelder" auf jährlich 30 Billionen Lire (etwa 40 Md. Schweizer Franken) schätzt.

An den Lebensnerv ging es Italien, als albanische Flüchtlingsmassen die geplante und befohlene Toleranz auf die Probe stellten. Unter Einsatz von Kriegsmarine, Polizei und Luftwaffe wurden etwa 20.000 Menschen wieder nach Albanien zurückbefördert.

Die ähnlichen Erfahrungen, die man in Frankreich und in Italien mit hereindrängenden Menschenmassen hat, veranlaßten die Staatsmänner der europäischen **Mittelmeerländer**, einen vernünftigen Weg dieser Region in eine neue Weltordnung zu finden. Ende 1990 trafen sich Vertreter von Frankreich, Italien, Portugal und Spanien sowie Algerien, Ägypten und Jugoslawien in Kairo, nachdem schon am 24. September 1990 in Palma de Mallorca Italien und Spanien zusammengekommen waren. Zugrunde lag die italienische Idee einer euro-arabischen Konferenz, vorgetragen in Paris im Dezember 1989. Im Oktober 1990 kam es zu einer Konferenz der westlichen Mittelmeerländer in Rom, wo neben den NATO-Ländern Italien, Frankreich, Spanien und Portugal als Beobachter auch Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien, Libyen und Malta anwesend waren. Italien stellte eine Zusammenarbeit zur Diskussion, die eine mittel- und langfristige Entwicklung, die Selbstversorgung mit Lebensmitteln, die Schaffung von günstigen Bedingungen für private Investitionen, den Schutz der Umwelt und der kulturellen Identitäten zum Gegenstand hat. Der italienische Außenminister De Michelis betonte, *„es müsse verhindert werden, daß die Kluft zwischen beiden Ufern des Mittelmeers unüberbrückbar wird."* Man wird erinnert an den Titel eines Buches von Ulrich von Hassell: „Das Drama des Mittelmeers".

In der britischen Zeitung „The Guardian" finden wir am 24. März 1991 einen Aufsatz von De Michelis, aus dem wir weitere grundsätzliche Gedanken entnehmen können, wie sie heute diese Wiege vieler Kulturen bewegen:

„Viele der Widersprüche unserer Zeit konzentrieren sich auf die Mittelmeerzone und den Nahen Osten: eine erschreckende Anhäufung von Waffen, Ausbrüchen kultureller und religiöser Intoleranz und eine Armut in den Ländern am Mittelmeer, welche in scharfem Gegensatz zum Reichtum der Wüstenländer der arabischen Halbinsel steht. Die Auf-

gabe, in einer seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches instabilen Region das Gleichgewicht wieder herzustellen, ist nach dem Golfkrieg nicht einfacher geworden. Zur Bewältigung all der Gegensätze ist es notwendig, ein Grundkonzept auszuarbeiten, wie es den KSZE-Gesprächen zugrundeliegt und an dem die Europäer seit 20 Jahren festhalten . . . Welche Kriterien können übernommen werden, um eine Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit der Länder der Mittelmeerregion und des Nahen Ostens (KSZM) zu ermöglichen? . . . **Die regionale Ordnung darf nicht von außen aufgezwungen werden.** *Alle interessierten Parteien müssen eingeladen werden, an der Konferenz teilzunehmen, angefangen von den Ländern des westlichen Mittelmeerraumes bis zum Iran. Es ist unrealistisch schnelle Ergebnisse zu erwarten . . . Drei Themen muß sie umreißen:*

Sicherheit
wirtschaftliche Zusammenarbeit
fundamentale Menschenrechte

Wenn es unser Anliegen ist, die Nachkriegsperiode (nach dem Golfkrieg) in eine gänzlich neue Phase der Weltpolitik überzuführen, sollten wir nicht nur auf diese Ziele hinarbeiten, sondern auch laut und deutlich über sie sprechen.“

Belgien: *„In Belgien wird die Zukunft der gemeinsamen Staatsstruktur nun mit einiger Sorge betrachtet“,* meint Petra Münster am 4. Oktober 1991 in der NZZ. Inzwischen, am 24. November 1991, bestätigten die Wahlen diese Ansicht. Der Vlaams Block vervierfachte seine Wählerstimmen. Ob dieses Dauerleiden Belgiens, dieses Zusammenzwingen von Vlamen und Wallonen, vielleicht eine Folge davon ist, daß man auch hier „eine regionale Ordnung von außen aufzwingen will“, wie es uns soeben warnend Andreotti erklärte?

Die Schweiz: Der Nationalrat Jean Ziegler schrieb ein Buch („La Terre qu'on a“), in welchem er einen Herrn Nessim Gaon als „Immobilienspekulanten und Baumwoll- und Erdölschieber“ bezeichnete. Mit den Stimmen der Bürgerlichen (97 gegen 72) wurde ihm die Immunität abgesprochen. Seit 1939 das erste Mal, daß man eine liberale Praxis zugunsten der Ehre eines Herrn Gaon durchbrach. Inzwischen hat Ziegler ein weiteres Buch herausgebracht, das wohl dem einen oder anderen unserer Leser bekannter ist: „Die Schweiz wäscht weißer“. Auch auf Aussagen in diesem Buch hin kam es zu einer Strafanzeige aus Biel. Ziegler: *„Es wird nun ungeheuer schwierig sein, für meine Sache weiterzukämpfen. Meine Gegner sind reich. Es sind Banken und Spekulanten, die sich Prozesse ohne weiteres leisten können. Mich wird das Hunderttausende von Franken kosten.“* Für uns ist der Vorgang für das Klima in der Neuen Weltordnung bezeichnend. In „Die Zeit“ nannte man die achtziger Jahre „die Dekade der Gier“ (Christian Tenbrock, 26.7.1991).

In Schaffhausen fand die Zentralfeier „700 Jahre Eidgenossenschaft“ statt. In der Kirche *„fehlte ausgerechnet ein Wort der Kirche, während andererseits eine als Person achtenswerte Muslim-Frau zu Worte kam und Stimmrechts- und andere Menschenrechtsforderungen stellen konnte, obwohl in der Türkei, aus der die Rednerin stammt, Menschenrechte mit Füßen getreten und Christen verfolgt werden. Die Türkenfrau wollte uns lehren: ‚Heimat ist immer dort, wo du den Hunger stillst und nicht dort, wo du geboren bist.‘ Was wird dann also ein Gemeinsamer Markt im Großen bingen mit den Strömen von Dienstleistungen, Waren, Kapital und Völkerwanderungen? Mit den Großfinanzmächten mit ihren ‚demokratisch legitimierten‘, in Wahlkämpfen finanzierten Vollstreckern ihres Willens im Endkampf um die Weltmarktkontrolle . . . Können wir als Bewohner des ‚Eurohauses‘ in der ‚Weltdorfgemeinschaft‘ sozial und wirtschaftlich nicht umfassender und positiver wirken, wenn wir — statt uns in die Kommune einbinden zu lassen — wie bisher unabhängig bleiben und die Möglichkeit behalten, unsere Wohnungstüre noch selbst öffnen oder schließen zu können und selbst zu bestimmen, wer und was bei uns ein- und ausgeht? Das wäre ja bei einem EWR- oder EG-Beitrittsvertrag nicht mehr möglich.“* (429).

„Ausgerechnet, da es sich zum 700sten Male jährt, daß die Eidgenossen ihren Willen zur Eigenständigkeit feierlich beschworen, läßt die heutige Führung sich in kleinlauten Anpassungsreden vernehmen. . . Wir haben weiterhin die verkehrspolitische Schlüsselstellung; dazu eine bis anhin unbestrittene staatliche Selbständigkeit, die völkerrechtlich anerkannte Neutralität, sowie einen im Verhältnis zur politischen Willensschwäche geradezu lachhaft überdimensionierten diplomatischen Apparat, schließlich eine gut ausgerüstete — wenn auch moralisch angeschlagene — Armee. Aber es mangelt an Mut und Entschlossenheit — vielleicht auch an Geschick — um diese handfesten Trümpfe auszuspielen. Die politische Führung der Schweiz scheint innerlich schon kapituliert zu haben wie 1798, als einzig Bern noch bereit war, die herrschende Verzagtheit zu überwinden und der einmarschierenden französischen Revolutionsarmee mit offenen Feldzeichen entgegenzutreten. — Damals wie heute ist die Verzagtheit von der gleichen Gruppe planmäßig geschürt worden." (430).

Für einen außenstehenden Beobachter ist es auffallend, daß man in Bern ein sehr schlechtes Gedächtnis hat. Erst im März 1986 wurde trotz massivem obrigkeitlichem Meinungsdruck in allen Zeitungen und Zeitschriften der Schweiz der Beitritt zur UNO mit 75,5% sehr eindeutig verworfen. Und am 2. Juni 1991 wurde die Einführung der Mehrwertsteuer ebenfalls abgelehnt. Die Regierenden hatten kein Hehl daraus gemacht, daß sie eine Zustimmung zu dieser neuen Steuer als Wunsch zum EG-Beitritt hätten auslegen wollen. Für unsereinen ist es nach derartigen Begebnissen manifest, daß man gar nicht die Absicht hat, den Wählerwillen in die Tat umzusetzen, sondern ein dem Wähler nicht nur unbeachtliches, sondern ausgesprochen gefährlich erscheinendes politisch-philosophisches Programm durchsetzen will. Diese Vorgänge sind eine unleugbare Bestätigung dafür, daß auch in der Schweiz die öffentlichen Dinge in den Händen einer Geheimgesellschaft liegen, die zahlenmäßig keineswegs dazu legitimiert ist.

Im Konkret-Literaturverlag erscheint ein Buch von Gregor Gysi: „Wir brauchen einen dritten Weg". Darin heißt es: *„Die bisherigen Nationalstaaten müssen immer mehr an Bedeutung verlieren. Globale Probleme sind auch nur global zu lösen. In Übereinstimmung mit dieser Notwendigkeit steht das Bestreben nach einer politischen Union Europas. Es ist letztendlich darauf gerichtet, die Nationalstaatlichkeit zu überwinden und traditionelle Souveränitätsrechte an gesamteuropäische Institutionen abzutreten."* Da dieses auch die Auffassung des Schweizer Bundesrats ist, überschreibt der „Eidgenoss" dieses Zitat mit den Worten: *„Schweizer Bundesrat auf jüdisch-kommunistischem Kurs"*.

Das Freimaurerorgan „Brückenbauer" meint am 20. März 1991: *„Die Schweiz wird bei der EG dabei sein müssen, und zwar im gleichen Zeitpunkt wie die anderen Neutralen Österreich, Schweden und Finnland."* (431).

Artikel 2 der schweizer Bundesverfassung lautet: *„Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt." „Wäre es im Zeitalter der ‚Offenlegung' des Geheimnisses',* fragt Emil Rahm, *nicht auch an der Zeit, daß öffentlich Tätige, besonders Politiker und Beamte aller Stufen, eine Logenzugehörigkeit eingestehen würden? Anläßlich einer Versammlung stellte der Schreibende Staatssekretär Jacobi diese Frage. Er verneinte sie."*

Das Ergebnis solcher diktatorischen Allüren faßt dann die NZZ am 21. Oktober 1991 in einem Satz zusammen: *„Die Nationalratswahlen sind durch einen Rechtsrutsch auf Kosten der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet."*

Schweden: *„Die schwedischen Sozialdemokraten haben die Asylpolitik stark verschärft. Zwischen 1988 und 1990 ist die Quote der Asylbewilligungen von 85 auf 43% zurückgegangen. Internationale Wehrdienstverweigerer und Wirtschaftsflüchtlinge bekommen — im Gegensatz zu unseren Sozialdemokraten — in Schweden kein Asyl mehr."* (432)

Doch trotzdem wandte sich das Volk von der seit 1972 regierenden sozialistischen Regierung am 15. September 1991 in einer Wahl ab, die einem „krachenden Zusammensturz" verglichen wurde. Als Gründe stechen ins Auge die wirtschaftliche Rezession mit stark fallender Industrieproduktion und allgemeinem Sinken des Lebensniveaus der Schweden sowie Steigen der Arbeitslosigkeit.

Finnland erlebt mit weitaus kleineren Zahlen ganz das gleiche, was andere Staaten Europas mit Asylanten durchmachen. In den Jahren 1984 bis 1989 hatten lediglich 348 Ausländer Asylanträge eingereicht. Im letzten Jahr nahmen diese jedoch sprunghaft auf 2743 zu, darunter waren die meisten Aufnahmegesuche von Somalis, die mit Aeroflot von Mogadiscio nach Moskau geflogen worden waren. 1991 wurden erneut 163 einreisende Somalis registriert. Sorge bereitet vor allem aber die Möglichkeit einer Masseneinwanderung aus dem wirtschaftlich zerfallenden Rußland.

Andererseits hat man angesichts der geringen Geburtsrate nichts gegen Einwanderung der **Ingrer**, einer Volksgruppe, die von Stalin aus ihrer Heimat nördlich von Estland vertrieben wurde. Man ist also darum bemüht, das bisher geltende Ideal einer rein finnischstämmigen Nation aufrechtzuerhalten, doch *„wird das schrittweise korrigiert werden müssen. Die finnischen Behörden zweifeln nicht mehr daran, daß mit mehr Asylanträgen zu rechnen sein wird. Im ersten Halbjahr 1991 wurde zwar nur in 11 Fällen politisches Asyl gewährt, aber die 436 zusätzlich erteilten Aufenthaltsbewilligungen bei abschlägigen Entscheiden weisen auf eine weichere Linie der Behörden hin . . . Die Kehrseite der Medaille scheint in der wachsenden Kriminalität zu liegen. Das finnische Innenministerium registriert eine Zunahme des organisierten Verbrechens. Nebem dem Unterlaufen des Alkoholmonopols durch ‚Wodka-Clans' seien die Prostitution und der Handel mit Cannabis ernstzunehmende Gefahrenherde geworden."* (433).

Wir sehen, daß die Bemühungen der Freimaurer in den Regierungen um ein gemeinsames Konzept einer zukünftigen Europäischen Architektur vor einem gemeinsamen häßlichen Hintergrund vor sich gehen. In allen europäischen Staaten begegnen wir den gleichen Problemen. Sie haben ihren Ursprung in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen, die aus der Utopie der Freimaurerei geboren wurden. Man kann also von den vorgesehenen Bemühungen um ein „Europa" nicht erwarten, daß die bedauerliche Lage der Völker Europas sich ändert. Eher darf man eine Verschärfung der Gefahren für das Leben, für die Freiheit erwarten.

Auf dem Pariser Gipfeltreffen wurde im November 1990 eine **Charta der europäischen Demokratie** von den 34 Staaten unterzeichnet, die 1975 die Schlußakte von Helsinki konstruierten. Alle 34 Staaten verpflichten sich danach auf die Demokratie als einziges Regierungssystem, auf den Rechtsstaat, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, die zehn Prinzipien der KSZE: Gedanken-, Überzeugungs-, Religions- und Glaubensfreihet, Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, allgemeine Freizügigkeit, sowie die Rechte auf freie Wahlen, faire Rechtssprechung und persönliches Eigentum; den nationalen und ethnischen Minderheiten wird besonderer Schutz zugesichert, Radikalismus, Rassismus, Völker- und Fremdenhaß gemeinsam der Kampf angesagt. Alle Staaten bekennen sich zur freien Marktwirtschaft, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Verantwortung für die Umwelt, zum Gewaltverzicht und zur friedlichen Lösung von Konflikten, zur strikten Beachtung der Charta der Vereinten Nationen und zur Zusammenarbeit bei der Lösung ihrer Probleme. Sie begrüßen die Vereinigung Deutschlands als wichtigen Stabilitäts- und Friedensbeitrag ebenso wie die Mitwirkung der nordamerikanischen Staaten am KSZE-Prozeß und versichern alle übrigen Nationen ihrer Solidarität.

Die NATO wird in klarer Priorität dann 1991 *„als das wichtigste Forum für Konsultationen und Absprachen über alle politischen Maßnahmen angesehen, die eine wirksame*

integrierte Militärstruktur beibehalten sollte", wie es am 13. Mai in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister Baker und Genscher in Washington festgelegt wird. Die Integration Moskaus in die transatlantische Gemeinschaft wird von Baker dann Mitte Juni in einem Vortrag vor dem Aspen-Institut hinzugefügt. Deutschland, England und Frankreich bemühen sich, zu einem neuen modus vivendi zu kommen. Das endgültige Bild Europas ist aber noch nicht gegeben, wenn man hier erwähnt:

Kohl und Mitterand kommen überein, eine europäische eigene Streitmacht zu bilden.

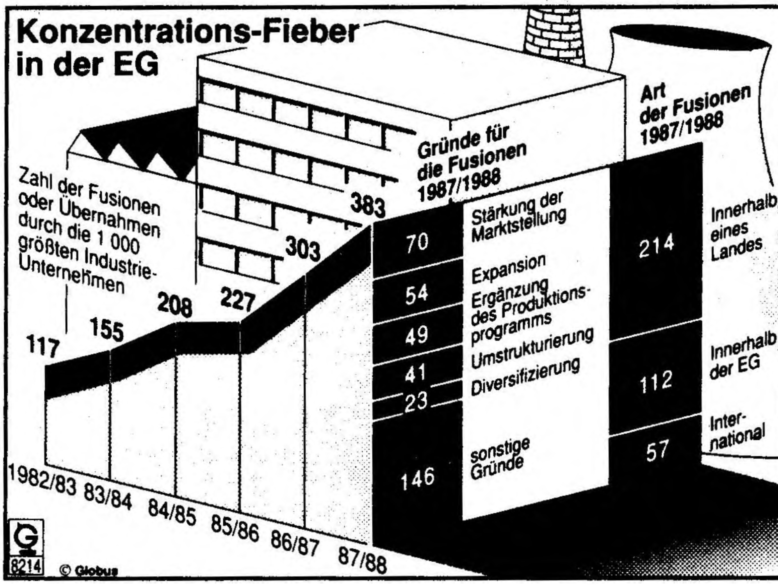
Major hält in Bonn eine Rede, in welcher er das Kriegsbeil der Thatcher begräbt.

Besonderes Kolorit bekommen die interstaatlichen Vorgänge dadurch, daß es im Oktober 1991 zu einem **Zusammenschluß von EG und EFTA** kommt. Es wird der EWR, der Europäische Wirtschaftsraum, vereinbart. In Kraft treten soll er am 1. Januar 1993. Das Gesetzeswerk der EG bleibt erhalten. Die EFTA-Staaten Schweiz, Österreich, Schweden, Norwegen, Finnland, Island und Liechtenstein verzichten auf ihre bisherigen Gesetze. Doch können diese Staaten ihre bisherige Agrarpolitik beibehalten.

Die bereits erwähnten Rücktritte von Karl Otto Poehl und Michel Rocard sind Vorzeichen für die anbefohlene Wirtschafts- und Währungsunion. Wir haben bereits im Zusammenhang mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens dann von dem EG-Gipfel in Maastricht gesprochen. Mit seinem Verlauf zeigt er, daß der anfängliche Optimismus, besonders in Bonn praktiziert, einige Dämpfer empfing. Sprach man Anfang 1991 noch vom Jahre 1994 als Einführung der gemeinsamen Währung, nannte man eine Woche vor der Konferenz noch 1997 als Ziel, so wurde dann 1999 daraus. Und dieses nicht für Großbritannien. Außerdem brachte Kohl einen wichtigen Vorbehalt ins Gespräch: In den Club eintreten kann nur, wer kein großes Haushaltsdefizit vorweist, wer eine mäßige Inflation erreicht, wer keine übermäßige öffentliche Verschuldung aufzuweisen hat und wer sich den in der EG üblichen Zinsraten anpaßt. Italien und Frankreich unterstützen diese Forderung. Mit wenigstens acht Stimmen muß ein Mitglied als vollwertig für die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion angenommen werden. Bis 1996 müssen wenigstens sieben EG-Mitglieder diese Ansprüche erfüllen.

Die Sorge um ihre gute Währung, die Gefahr, eine „harte Währung" einzutauschen gegen eine weniger stabile, ist für Deutschland und Frankreich berechtigt. Die sehr vage formulierten Erfordernisse eines gesunden Staatshaushaltes erinnern nur zu sehr an die Bedenken, die einst der deutsche Finanzminister Schiller bei der international erzwungenen Einführung von „Sonderziehungsrechten" vorbrachte. Er stimmte nur zu unter der Bedingung, daß diese nicht zur Deckung für Zahlungsbilanzdefizite verwandt werden. Inzwischen ist so etwas beinahe die Regel geworden. Auf dem Wege über internationale Bindungen tragen Deutsche und Franzosen so mit an dem andernorts herrschenden Schlendrian. Vergessen wir doch nicht, daß man zum Zwecke der *„Harmonisierung in der EG schon vor der Geburt des teuren Kindes die Mehrwertsteuer auf 15% aufwerten will. Und daß es nicht gerade ein gutes Vorbild ist, wenn die BRD an Gesamtverbindlichkeiten der Öffentlichen Hand 1,3 Billionen Mark schuldet"* (434). Man macht es den USA nach, die 3,5 Billionen Dollar Schuldenlast vorzeigen können. Wieviele Schulden sind dann den zukünftigen Gliedern des neuen Europas gestattet? Die Frage wird in Maastricht dann beantwortet.

„Das wichtige Wort ist hier das Wort ‚Verdacht'. Es hat genau die gleiche Funktion wie in den neuen Polizeigesetzen, die zur Zeit überall beschlossen werden: Es ermächtigt jeden (!) Bankangestellten dazu, bei jedem (!) Kunden ‚kriminelle Machenschaften' zu vermuten. Mit dieser weiteren Durchlöcherung des ohnehin schon löcherigen ‚Bankgeheimnisses' bekommt jeder Bürger das mulmige Gefühl, überall von Spitzeln umgeben zu sein. Und das s o l l er auch bekommen. Noch ein letzter Punkt ist an den Richtlinien bemerkenswert: Sie beziehen sich nicht nur, wie ursprünglich angekündigt, auf Bareinzah-



lungen, sondern auch auf Überweisungen. Fazit: Der alles überwachende ‚Große Bruder' George Orwells bedient sich jetzt auch der Banken." (436).

Es gibt das einen Vorgeschmack von „Europa", wie man es in Maastricht aufbaut, mit einer neuen Macht **„Europol"**. Während man diese Einrichtung damit begründet, daß dann gemeinsam gegen illegale Einwanderer und Asylanten vorgegangen werden könnte, handelt es sich in der Praxis darum, den Bereich jeweiligen politischen Einflusses auf ganz Europa auszudehnen, ohne daß den zur Fahndung aufgerufenen Staaten bekannt wird, aus welchem eigentlichen Grunde die konkrete Verfolgung vorgenommen wird. Wir sind im Besitz von Unterlagen, da schon in der Vergangenheit britische politische Instanzen Deutsche über Interpol im Ausland (Schweiz, Frankreich, Vereinigte Staaten, Argentinien) suchen ließen mit der Begründung krimineller Vergehen, während es sich in Wirklichkeit um Personen handelte, die englischen politischen Machtzielen in die Quere gekommen waren. Die deutschen Behörden haben in solchen Fällen keine Hilfestellung geleistet. Das entsprechende Ausland hat schon damals niemals die Betreffenden vor dem britischen Vorgehen gewarnt, sondern ohne Nachfragen überwachen lassen. Dieser Zustand soll im zukünftigen Europa sogar — ging es nach Helmut Kohl — von einer einzurichtenden EG-Institution aufgebaut werden. Man beschloß aber, polizeiliche und juristische Vorgänge zwischenstaatlich, also unter Beteiligung der zuständigen Staaten zu behandeln.

Breiten Raum nahm auch, wie schon erwähnt, die Hilfe an die wirtschaftlich Schwächeren ein, um deren Beitritt zur Wirtschaftseinheit zu ermöglichen. Diese Bemühungen in Maastricht machen aufmerksam auf gleichliegende Probleme in anderen Weltgegenden. Das Zusammenzwingen von Regionen unterschiedlichen Fleißes und Könnens bei fehlender gemeinsamer geschichtlicher Tradition ist ja nicht nur in Jugoslawien Kriegsgrund. 41 Prozent der Bevölkerung der brasilianischen Südstaaten (Rio Grande do Sul, Paraná, Santa Catarina, San Pablo) wünschen die Bildung eines BRASUL, **Südbrasiliens** (437). Man darf zweifeln, ob es weniger sind, die in Deutschland Herrn Kohl zustimmen, wenn er nach dem Abschluß des Maastrichter Gipfels davon sprach, die Deutschen könnten jetzt „glücklich" sein.

SonntagsZeitung, 22. September 1991 **MANN DER WOCHE**

Robert Barth

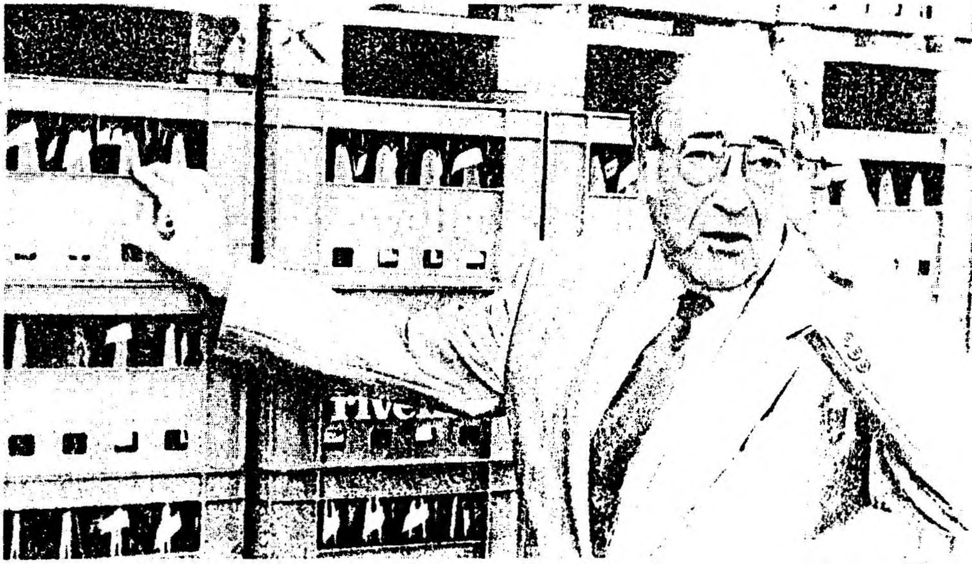


Foto: Michael Würtenberg

Mr. Rivella: Ein Patriarch in permanenter Rotation

VON ULI RUBNER

Robert Barth ist ein umgänglicher Mensch. Aber in einem muss er den Fotografen enttäuschen. Die Pose: mit einem Bein auf einem Rivel-

Als erster Schweizer wurde Robert Barth Präsident des weltweiten Rotary Club. Der

richten, auf den Computer. Inzwischen bezeichnet er sich als «Freak», und sein portabler PC begleitet ihn immer und überall.

Auch in manch anderer Hinsicht ist Barth vielen voraus: So gehört Rivella

So stellt man einen wichtigen Bruder vor

Gerade die deutsche Regierung war es, die mit dem Verschieben ihrer Entscheidungen im Jugoslawienkonflikt auf „nach Maastricht" auf die zentrale Bedeutung der dort zu erwartenden Beschlüsse hingewiesen hatte. In der Tat haben die „Außenpolitiker in ihrem unseligen Drang" (438) das bereits vorher „festgezurrte Bild der künftigen europäischen Währungsunion (EWU)" (439) am 10. Dezember 1991 in Maastricht paraphiert. Aus dem Text ergibt sich, daß ein Staat nur dann an der Wirtschafts- und Währungsunion teilhaben kann, wenn er die folgenden Bedingungen erfüllt:

1. Die staatliche Neuverschuldung darf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.
2. Die gesamte Staatsschuld muß unter dem Satz von 60 Prozent des inländischen Volkseinkommens liegen.
3. Die Inflation soll im Jahr vor der Einführung einer gemeinsamen Währung nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der europäischen Stabilitätsbesten liegen.

4. Das langfristige Zinsniveau darf ein Jahr lang zwei Prozentpunkte der drei stabilsten Raten nicht überschreiten.

1996 entscheiden dann die Finanzminister mit qualifizierter Mehrheit, wer in die Union eintreten darf. In ihr wird nur noch mit der Kunstwährung Ecu bezahlt. Anschließend müssen die Regierungschefs dem Beschluß zustimmen. Voraussetzung ist weiter, daß mindestens sieben Staaten die genannten vier Stabilitätsbedingungen erfüllen. Andernfalls wird auf 1999 vertagt.

Die Bindung der (noch) gesunden eruopäischen Volkswirtschaften an zugegebenermaßen kranke und damit Schwächung a l l e r europäischen Wirtschaften, erfolgt in einem Augenblick, da auf Europa zusätzlich außerordentlich große Belastungen zukommen. Ergänzend zu dem Gesagten, was die **südliche Begrenzung Europas** angeht, noch einige Zahlen aus dem Instituto de estudos estrategicos e internacionais in Lissabon (aus dem NATO-Brief): Das Bevölkerungswachstum in Nordafrika kann mit der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung nicht mithalten:

Nordafrikas Bevölkerung	1980	2000	2025
von Ägypten bis Mauretanien	90 Millionen	153 Millionen	241 Millionen

50 bis 60% des Außenhandels dieser Länder besteht mit Europa. Eine interne wirtschaftliche Integration besteht kaum.

Die Eingliederung von Spanien, Portugal und Albanien in die EG beseitigt eine etwaige Pufferzone. So wird es notwendig, Maßnahmen zu treffen, die den westlichen Mittelmeerraum vor einer Ansteckung mit der für den nahen Osten typischen Instabilität schützt. Um stabilere Verhältnisse zu schaffen, meint man, die Unverletzlichkeit der aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen vertreten zu müssen. Die unterschiedlichen Ansichten zu diesen Themen führten bereits mehrfach zu kriegerischer Verwicklung und außerdem zu einer laufenden Erhöhung der Verteidigungsetats. Jacques Delors meinte erst kürzlich mit, daß die Ölförderländer der Golfregion und des Mittelmeerraumes 45% ihrer Erdöleinkünfte für die Rüstung und nur 25% für Entwicklungsvorhaben ausgaben. Auf eine an sich in dieser Sache aus recht egoistischen Gründen empfehlenswerte größere Unterstützung aus Europa kann aber aus den dargelegten Gründen nicht gedacht werden. Europa wird auch in seinen starken und produktiven Teilen mehr als ausgelastet sein mit den Verpflichtungen innerhalb des zukünftigen EWR. Und Deutschland wird (aus sehr ähnlichen Gründen) die Stabilisierung jenseits der ihm näherstehenden **europäischen Ostgrenze** für vordringlicher halten als Auffangaufgaben im Süden. Erneut müssen daher Zweifel aufkommen an der Möglichkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas. Was Deutschland geschichtlich als **Mehrfrontenkrieg** erlebt hat, wird jetzt Gegenstand von Traktanden in den Wirtschaftsgeneralstäben Europas. Anachronistisch wird dabei, sich Ratschläge aus dem fernen Amerika zu holen oder an den Bau einer Einwelt zu denken.

Es gibt in Deutschland zustimmende Stimmen zu diesem desolaten Ergebnis. In „Die Zeit“ lesen wir unter der irreführenden Überschrift „Eine Mark für zwölf“ (440): *„Die europäische Zentralbank wird ebenso scharf auf den Geldwert achten wie die Bundesbank. Hat sie Erfolg, wird der Ecu im Hinblick auf Stabilität und Kaufkraft wie ein Ei dem anderen der Mark gleichen, — einer Mark allerdings, die anders heißt und am Stichtag durch den Faktor zwei dividiert wird.“* Und es heißt weiter: *„Die Stabilität unseres Geldes wäre nur dann in akuter Gefahr, wenn mit der Europäischen Währungsunion die bewährte Geldpolitik und der stabilitätspolitische Konsens beseitigt würden — eine völlig absurde Vorstellung.“* Ist das aber wirklich so absurd? Man müßte schon das wirtschaftliche Vorleben der Mehrzahl der europäischen Staaten ignorieren, um so etwas zu behaupten. Wie

weit der Zweckoptimismus in der „Zeit" geht, sagen die folgenden Sätze: *„Das Gegenteil wird geschehen: Länder, die heute noch keine unabhängige Nationalbank haben, müssen sie in den nächsten Jahren aus der Bevormundung durch die Finanzminister entlassen; unter dem Druck der strikten Aufnahmekriterien für die Währungsunion, wie niedrige Inflation und mäßige Zinsen, werden in der ganzen EG die Tarifparteien und Regierungen, die sich bislang noch wenig um die Folgen ihres Handelns scheren, ihr Verhalten ändern. Tugenden, auf die sich die Deutschen häufig selbstgerecht soviel zugute halten, bekommen schon in der Vorstufe zur vollen Währungsunion also ein größeres Gewicht als bisher. In Bezug auf die Endstufe der Währungsunion kann man fast sagen, die Mark wird nicht abgeschafft, sondern auf die ganze Währungsunion ausgedehnt. So sehen es — mit einigem Mißvergnügen — unsere Nachbarn."* Denen, die anders denken, wird vorgeworfen, in dem Ecu ein *„unzuverlässiges Kreuzungsprodukt"* zu sehen.

Im Kreise der Sachkundigen ist das Urteil in Deutschland ziemlich einhellig ablehnend. Die FAZ: *„Die Währungsunion jetzt übers Knie zu brechen, ist in hohem Maße riskant für die Wertbeständigkeit des europäischen Geldes. Warum ausgerechnet die Deutschen begierig darauf sind, ihre Währung loszuwerden, ist intelligenten Gesprächspartnern im Ausland nicht zu vermitteln. Was die* **Franzosen** *wollen, ist klar. Sie wollen sich des lästigen Stabilitätsankers der DM entledigen. Die europäische — notfalls auch nur die deutsch-französische — Geldpolitik soll einem politischen Kugelprozeß unterworfen werden, der die Stabilitätshegemonie der Deutschen Bundesbank beendet. Das ist alles. An weiteren Formen der Integration sind die Franzosen nicht interessiert, auch wenn der Kanzler etwa anderes glaubt. Es ist kein Wunder, daß die* **Engländer** *da nicht blind mitmachen wollen. Bevor es 1996 mit der demokratisierten Geldpolitik richtig losgeht, möchten sie sich noch einmal überlegen, ob sie da wirklich mitmachen wollen. Das ist der Sinn der ihnen zugestandenen* **Fluchtklausel.** *Sie darf nicht nur (wie es dann geschah) den Engländern, sie muß allen Unterzeichnern zugestanden werden (das ist nicht geschehen!)."*

Der Leitartikel in der „Wirtschafts Woche", aus der Feder von Stefan Baron, wird dann noch klarer, härter und schärfer: *„Der Realitätsverlust — und die Chuzpe — unserer politischen Führer ist schon beachtlich. Im Gegenteil zu dem, was die Herolde jetzt allerorts verkünden — wurde in Maastricht nicht die Einheit Europas, des ganzen, vom Atlantik bis zum Ural, gestärkt, sondern seine Teilung zementiert. Maastricht war ein Treffen der falschen Leute mit den falschen Themen, am falschen Ort und zur falschen Zeit. Statt den jungen Demokratien des ehemaligen Ostblocks wie einst Portugal, Spanien und Griechenland die Hand zu reichen, wendet man sich von ihnen ab. Wer wie die EG-Führer — mit Ausnahme der Briten — behauptet, die in Maastricht erreichte Vertiefung der EG schließe deren Erweiterung nach Osten nicht aus, der lügt entweder oder er träumt. Mit der Politischen* (auf diese kommen wir noch zu sprechen) *und der Währungsunion baut die EG fast unüberwindliche Hürden für eine spätere Aufnahme von früheren Ostblockstaaten auf. Wenn schon Länder wie Italien oder Spanien große Probleme haben, die Voraussetzungen für die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erfüllen, und dabei von den reicheren EG-Staaten mit zig Milliarden Mark unterstützt werden müssen, wie sollen es dann etwa Polen, die Ukraine oder das Baltikum jemals packen? Die Milliarden, die Südeuropa bekommt stehen für den Osten nicht mehr zur Verfügung . . . Mit Ausnahme der letzten 46 Jahre war Europa stets ein Kontinent der Kriege. Heute besteht die Gefahr, daß es in die Barbarei zurückfällt. Unsere Politiker aber — das zeigt Maastricht — vermögen die Herausforderung dieser Zeit nicht zu erkennen. Der Gipfel an der Maaß markiert eine historische Fehlentwicklung, er ist ein dukles Datum in der europäischen Geschichte."*

Und zum Abschluß dieser Warner der zuständige Fachmann, Professor Karl Schiller

(SPD), von 1966 bis 1972 Bundeswirtschaftsminister und dann Wirtschafts- und Finanzminister (441).

Der Aufsatz von Professor Schiller ist eine Warnung, ausgesprochen am Vorabend des Maastrichter Gipfels: *„Nehmen wir einmal an* (und die Annahme erfüllte sich im wesentlichen!), *daß in dieser Woche ein Wunder passiert, diesmal nicht an der Marne, sondern an der Maaß, daß ein Durchbruch gelingt und die beabsichtigten Verträge paraphiert werden. Unumkehrbare Fakten würden geschaffen* (und sie wurden es!). *Über eine lange Zeit (es ging dann um acht Jahre) wäre unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung auf eine Deadline und auf e i n Ziel gerichtet, wonach dann alles ganz anders würde. Was auch immer geschähe, der Stufenplan muß abgelaufen werden."*

„Ein halber Kontinent mit einer hochentwickelten Industrie samt allen ihren Erwartungen und langfristigen Invesitionsplänen wird unter Datenzwang gezwungen. Die kaum zu erahnenden Ereignisse in der bisherigen Sowjetunion beweisen uns jedoch zur Genüge, daß es unmöglich ist, unsere Zukunft auf längere Zeit seelenruhig vorauszuplanen, ohne Rücksicht darauf, was beim Nachbarn vor sich geht."

„Auf jeden Fall paßt das kaum zu einer prosperierenden Gesellschaft, die auf der Entwicklung spontaner Ordnungen basiert. Vielleicht hat man unter dem Eindruck heimischer Kritik den ‚Planungszeitraum' verlängert (aber auch das ist nicht geschehen!) *aber damit der Sache auch keinen Gefallen getan. Friedrich August von Hayek würde sagen, das alles sei Konstruktivismus."*

. . . Zitierungen führender Wirtschaftsfachleute, die auf die Risiken und Belastungen einer Währungsunion hinweisen, faßt Schiller sodann zusammen: *„Unsere eigenen deutschen Prioritäten für unsere gesamte Politik in diesem Jahrzehnt müssen sein:*

a) Vollendung des noch weit zurückliegenden wirtschaftlichen und staatlichen Neuaufbaus in den neuen Bundesländern;
b) Hilfe für die marktwirtschaftlich orientierten Länder Ost- und Mitteleuropas;
c) Hilfe für die Nachfolgestaaten der bisherigen Sowjetunion, damit diese nicht ins Bodenlose stürzen.

Alle drei Aufgaben haben ein immenses ökonomisches Gewicht, und sind unaufschiebbar. Zusammen mit dem Übergang zu einer Europäischen Währungsunion würden wir einfach zuviel auf unsere Schultern laden. Wir würden uns schrecklich überheben. Schon jetzt haben viele in diesem Lande und auch bei unseren Nachbarn den Eindruck, daß Deutschland sich finanziell übernommen hat. **Die EWU ist aber durchaus aufschiebbar.** *Niemand in Europa ist von dem unwiderstehlichen Drang besessen, seine eigene Währung aufzugeben; niemand ist versessen auf den Ecu, weder die Spanier noch die Niederländer, weder die Deutschen noch die Franzosen. Deshalb komme ich zu dem Urteil: Heute nicht!"*

„So komme ich zu dem bedrückenden Ergebnis: Wir müßten in eine komplett andere Phase unserer eigenen Wirtschaftspolitik eintreten. Alles, was wir in den letzten 40 Jahren als typisch deutsch-liberale, vielleicht etwas dogmatische Wirtschaftspolitik entwickelt haben — Freiheit des Außenhandels und des Kapitalverkehrs in jeder Richtung, Freiheit der Märkte, gesundes Mißtrauen gegen behördliche Reglementierung —, alles das, woran Ludwig Erhard und die Nachfolger in seinem Geiste gearbeitet haben, das wäre dann ein definitiv abgeschlossenes Kapitel, reif für die Wirtschaftsgeschichte. Dann wäre Maastricht der Beginn eines schlechten Geschäfts: Wir würden die DM weggeben, wir müßten dennoch an notleidende Gebiete zahlen und hätten eine falsche, weil interventionistische Wirtschaftspolitik eingekauft."

Hinzu kommen die Verpflichtungen aus der eingegangenen **Politischen Union.** Sind diese auch recht vage formuliert, so werden sie doch Startpunkte für weitere Verpflichtungen, auch auf finanziellem Gebiet:

Absichtserklärungen zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (die uns also gegenseitig an den jeweils Linientreuesten binden würde, wie der Jugoslawienkonflikt bereits andeutet). (Von Bankgeheimnis und Europol sprachen wir bereits).
eine gemeinsame Innen- und Justizordnung;
Kompetenzerweiterung des Europaparlaments.

Ist es nicht eine fürchterliche Bestätigung für die befürchtete Überhebung, wenn weniger als eine Woche nach Maastricht gleich zwei unerhörte Meldungen eintreffen?:

Deutschland hob die Zinsen auf das höchste Niveau in seiner Geschichte an.

Die NATO bietet Truppen an, um das Chaos in der ehemaligen Sowjetunion zu verhindern.

War Deutschland wirklich gezwungen, sich und ganz Europa in dieses utopische Korsett zu zwängen, um Kroatien und Slowenien anerkennen zu dürfen? War das alles damit gemeint, daß Kohl die Anerkennung auf „nach Maastricht" verlegte? Ist es wirklich nur „Realitätsverlust" (Stefan Baron) der europäischen Außenminister, was da in Maastricht verbrochen wurde, oder ist es eine grausige Bestätigung unserer wiederholten Behauptung: daß sie alle im Zwange einer Geheimgesellschaft stehen, die ihr aufgetragen hat, den Weg der Geschichte über ein „geeintes" Europa hinzuführen zur Einen Welt, koste es, was es wolle? „Was für eine Einheit? Welches Europa, bitte?" (Baron).

Utopia hat schon begonnen

„Der große verdeckte Antreiber einer Neuen Weltordnung freimaurerischer Prägung ist Israel", heißt es am Ende einer Besprechung meines letzten Buches in einer deutschen Zeitschrift. Dazu muß noch einmal festgestellt werden, daß es keine Verschwörung „von **Juden und Freimaurern**" gibt. Es gibt nur eine Weltverschwörung der Freimaurerei. Das ist das eindeutige Ergebnis unserer jahrzentelangen Untersuchungen. Ich habe mich zu diesem Thema bereits ausführlich geäußert. (442).

Innerhalb der Freimaurerei gibt es allerdings auch eine jüdische Organisation, die B'nai B'rith. Sie hat sogar gewisse Privilegien gegenüber anderen Logen (siehe „Verschwörung" S. 57). Aber hier handeln Juden als Freimaurer. Die Existenz dieser Organisation berechtigt noch nicht zu der Behauptung, es gäbe „jüdische" Verschwörung. Wollte man von einer „jüdischen" Verschwörung sprechen, weil es Juden in der Freimaurerei gibt, dann könnte man mit gleichem Recht von einer „deutschen", „amerikanischen" usw. Verschwörung sprechen, weil es Deutsche und Amerikaner in der Freimaurerei gibt, und zwar an höchsten Stellen.

Da es nicht zum Thema dieses Buches gehört, nur kurz, ganz kurz, einige Denkanstöße:

In der unabhängigen jüdischen Zeitschrift „SEMIT", Nr. 4/1990 sagt der (jüdische) Vorsitzende des Schriftsteller-Verbandes von St. Petersburg Jakov Gordin: *„Antisemitismus gab es in der Sowjetunion erst seit dem Ende des XVIII. Jahrhunderts. Bis dahin existierte das Phänomen überhaupt nicht."* Könnte das nicht mit dem Aufkommen der Freimaurerei zusammenhängen?

Es ist bekannt, daß die sogenannten **Protokolle der Weisen von Zion** diesen Titel erst erhielten, nachdem ein Buch, das sich kritisch mit der Freimaurerei befaßte (gemeint ist Maurice Jolys Buch „Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu", in dem das Wort „Jude" vor der Fälschung überhaupt nicht vorkam) von dem Russen Serge Nilus entsprechend umgeschrieben wurde. Doch das dauernde Zitieren von „Freiheit,

Gleichheit, Brüderlichkeit" wurde dabei nicht gestrichen. (443). Die Juden haben dieses Buch immer wieder weit von sich gewiesen. Es gäbe keine „zionistischen Protokolle". Aber, und das von mir hier nur ins Spiel gebracht, warum haben sie niemals darauf hingewiesen, was dieses Buch ursprünglich war? Daß es tatsächlich Weltpläne gibt, wie sie dort aufgezeichnet wurden, nur daß es eben solche der Freimaurerei waren? Warum ging man in der Freimaurerei niemals auf die Tatsache ein, daß da 1864 ein Buch herauskommen konnte, das Kapitel für Kapitel voraussagte, was dann tatsächlich bis hin zu UN, IWF, WGO usw. Wirklichkeit wurde? Das erste Gesetz, das der Freimaurer Kerenski herausbrachte, war, daß der Besitz der Protokolle mit dem Tode bestraft wurde.

● Bei dieser Gelegenheit sei meinen Lesern noch mitgeteilt, daß dem von mir angegriffenem deutschen Honorarkonsul in Bariloche von der Deutschen Botschaft in Buenos Aires — zu ihrer Ehre sei es gesagt — sofort nach dem Erscheinen meines Buches „Frieden, Krieg und ‚Frieden'" irgendwelche weitere Amtshandlungen strikt untersagt wurden.

Es ist meine Überzeugung, daß man der **Weltgefahr der Freimaurerei** nicht Herr wird, wenn man nicht mit wissenschaftlicher Disziplin an die Feinderkundung herangeht. Eine politische Behauptung wird nicht nur durch das Heranziehen möglichst vieler Tatsachen bewiesen. Sie darf auch nicht andere Tatsachen einfach übergehen und verschweigen. Schon gar nicht kommt man weiter mit populistischen Verallgemeinerungen und der Wiederholung abgestandener Wahlkampfparolen.

Was insbesondere im deutschen Sprachraum heute fehlt, ist ein von irgendwelcher Ideologie unbelastetes Studium. Es fehlt an Fachleuten. Während gerade die Meister vom Stuhl in jeder Logensitzung ihre Brüder zur Arbeit auffordern und während tatsächlich überall Freimaurer arbeiten, studieren und planen und in die Tat umsetzen, steht dem fast nichts auf unserer Seite an Fleiß und Leistung gegenüber. Es beginnt schon mit dem mangelhaften Erarbeiten von geographischen und geschichtlichen Grundlagen, und es fehlt auch an der notwendigen, erfolgversprechenden Taktik. Es bleibt vielfach bei oberflächlichen Kommentaren. Das genügt nicht! Zahlen! Daten! Zitate! Kontakte! Gespräche! Organisationen nach dem erfolgreichen Vorbild der Freimaurerei! Gehorsam und Verschwiegenheit! Das wird von der Stunde gefordert. Und das muß laufen, auch ohne daß, wie bei der Freimaurerei, ein Antreiber dahintersteht.

Es fehlt uns **Welthorizont!** Dieser Satz an sich ist schon für viele eine Überraschung. Denn niemand fragt nach einem Welthorizont für unsere deutsche Politik. Auch das ist eigentlich überraschend. Denn wir leben in einer Zeit, in welcher nicht nur einige Unternehmer, sondern unzählige Menschen den einstmals epochalen Satz ausrufen könnten: *„Mein Feld ist die Welt!"* (443). Nehmen wir hinzu, wer in diesem weiten geographischen Rahmen zu reisen pflegt, dann sind es Millionen, die jährlich um die Welt fliegen. Nehmen wir hinzu, was da unbegleitet an Industrieprodukten in Deutschland hergestellt und in fernen Kontinenten konsumiert wird, dann kann man die bestehenden Verhältnisse jedenfalls auf gesellschaftlichem und auf wirtschaftlichem Gebiet nicht mehr mit der Bemerkung abtun, sie sei ohne Welthorizont. Das eingangs Festgestellte bezieht sich auch auf etwas anderes, auf unser politisches Denken und Handeln.

Aber auch da ist es schief ausgedrückt. Denn, man kann doch wohl von einer Regierung, deren zuständige Minister manchmal kaum eine Woche vergehen lassen, um sich nach Washington oder nach Tokio oder nach Moskau zu begeben, nicht als eine solche von Stubenhockern bezeichnen. Diese Minister sind in der Welt zuhause, sie finden sich in ihr zurecht und sie gestalten Dinge, die weltweite Wirkung haben.

Und trotzdem muß der Vorwurf erhalten bleiben. Das zeigt sich, wenn man die eben genannte weltweite Tätigkeit etwas genauer betrachtet. Geht es da überhaupt um deutsche

Politik? Ist es nicht vielmehr so, daß ein Land, das immer wieder amtlich darauf verzichtet, Weltpolitik zu betreiben, mit Dingen befaßt wird, die im Weltrahmen gemeistert werden sollen? Ist das aber der Fall, dann würde sich ein deutscher Außenminister ohne gewollten Welthorizont mit welthorizontalen Vorgängen befassen. Er würde sich dann nicht auf der Tätigkeitsebene deutscher Außenpolitik bewegen, sondern auf einer anderen, überstaatlichen, internationalen.

So scheint es wohl auch zu sein. Man verwendet die Außenminister der Staaten dazu, Aufgaben zu erfüllen, die mit ihrer staatlichen Berufsaufgabe nichts zu tun haben. Sie sind Reisende in „Weltideen".

Damit aber hängt es zusammen, daß das, was man heute so als **Welthorizont** bezeichnen könnte, ein sehr verschwommener Bildrand ist, ein höchst nebulöses Etwas. Die Internationalisten haben keinen Welthorizont. Sie haben weder einen staatlich fixierten eigenen Standpunkt noch eine Begrenzung der von ihnen angeblich benutzten und ausgebauten Kraftlinien. Da in allen Staaten, die (darum) Mitglieder der Vereinten Nationen sind, diese gleichen Verhältnisse herrschen, kommt man nicht in Verlegenheit, ein derartiges Vakuum der Politik gegen Aggressionen verteidigen zu müssen. Trotzdem hat man sicherheitshalber ein Verteidigungssystem gegen solche unangenehmen Eventualitäten konstruiert. Es ist sogar die einzige positive Leistung dieser Politiker. Alles andere ist negativ, hat zum Ziele, eine Welt im schwerelosen Raum aufzubauen. Als Anfang 1991 eine Gefahr für dieses Weltsystem geahnt und ihre eventuelle Durchführung schnell im Keime erstickt werden konnte, war darum auch der Augenblick gegeben, von einer damit realisierbaren Neuen Weltordnung zu sprechen.

Wir haben in diesem Buch dann davon gesprochen, daß diese Betätigung der Internationalisten überall zu Ergebnissen geführt hat, die man gelinde gesagt als unglücklich bezeichnen muß. Unsere Außenpolitiker mit Welthorizont haben es nicht verstanden, trotz ihrer mannigfaltigen und oft sehr umfangreichen Eingriffe einen die betroffenen Völker befriedigenden Zustand zu schaffen. Sie haben es vielmehr fertig gebracht, in diesen wenigen Monaten Millionen von Menschen auf die Flucht zu treiben und einer ganzen Reihe von Völkern freiweg zu erklären, sie hätten keinerlei Berechtigung, in einem souveränen Staat zu leben.

Auch wir Deutsche sind davon in mehrfacher Beziehung betroffen. Die unangenehmen Folgen für uns beginnen sich erst abzuzeichnen. Da läßt man uns in einigen Fällen Riesensummen erarbeiteten Geldes zahlen, um Schäden dieser seltsamen Weltpolitik ohne Welthorizont zu mildern. Und da drangsaliert man den vielleicht wertvollsten Teil unseres Volkes, eben die Volksgenossen in den „neuen Bundesländern" und zwingt ihnen Lebensnormen auf, die sie beim Sturz der Mauer niemals gewollt haben. Nur, weil diese wirtschaftlichen und kulturellen und innerpolitischen Grundsätze ohne erlaubte Widerrede angeblich diejenigen sind, die überall in der Neuen Weltordnung zu herrschen haben.

Daß dieses Verfahren sich durchführen läßt, beruht aber darauf, daß gerade das Volk keinen Welthorizont besitzt. Es wird ihm sogar alle Möglichkeit verbaut, sich ein realistisches Bild von der heutigen Welt zu machen. Denn, kommt einmal der eine oder der andere bei der Suche nach der weltpolitischen Wahrheit unserer Tage, zu einem konkreten Teilergebnis, das anders aussieht, als es im ZDF dargestellt wird, dann ist sofort alle Toleranz und Demokratie und Selbstbestimmung nur noch graue Theorie. Und es geht ans Verbieten, Entlassen, Fälschen, Niederknüppeln.

Ein solcher Zustand ist, wie die Geschichte unseres Volkes gezeigt hat, nicht von Dauer. Aber er bietet dem deutschen Volk eine große Chance. Während unsere Politiker sich im Wolkenkuckucksheim ihrer utopischen Spinnereien verkriechen, heißt es, sich einen realen, konkreten, stabilen Welthorizont zu erarbeiten. Kommt dann der Augenblick, da der Kapi-

talismus zusammenbricht, dann müssen die Fachleute bereitstehen. Und dann müssen die persönlichen weltweiten Querverbindungen zu den genauso betrogenen Völkern ausgebaut sein, dann muß das Volk sagen können: Uns fehlt es nicht an Welthorizont!

Was wir mit diesen Bemerkungen sagen wollen, wird uns 1991 recht deutlich in **Zaire** erläutert. Die dortigen Vorgänge überschreibt man mit den Worten: *„Präsident Bushs ‚Neue Weltordnung' ist fern in Kinshasa, wo die Zustände und Ereignisse westliche Demokratien mit einer schweren Mitverantwortung konfrontieren"* (444). Das ist falsch ausgedrückt und führt zu erneuten schweren Trugschlüssen. Die Vernichtung der europäischen Kolonien in Afrika ist die Untat der Demokraten. Nicht „Mitverantwortung" trifft sie, sondern die alleinige Verantwortung. Entgegen dem einhelligen hunderttausendfachen Urteil der europäischen Sachkenner haben sie eine tragfähige Ordnung in Afrika zerstört, in der verstiegenen Einbildung, damit einer schönen Utopie am Ende der Zeiten zum Siege zu verhelfen (445). Gekennzeichnet war dieser „wechselnde Wind" von Massenmord und Vertreibung der Weißen, im Kongo insbesondere der Belgier, und gleichzeitig Installierung von schwarzen Despoten und einigen weißen Spekulanten. Diese Personen galten jahrzehntelang als die normgerechten, zeitentsprechenden Vertreter der Neuen Weltordnung, die sich dem Kolonialismus anschloß. Ganze Bibliotheken wurden geschrieben über diese neuen Demokratien. Voller Begeisterung über die neue Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hielten alle Staatsmänner schöne Reden, und als man sah, daß an die Stelle der bisherigen Verhältnisse (die man verächtlich als paternalistisch bezeichnete) zunehmend Armut und Elend, Korruption und Diktatoren das Bild prägten, meinte man, mit Geld die Dinge verbessern zu können. Es wurde das gigantische Gebäude der „**Entwicklungshilfe**" aufgebaut. Doch die Dinge verschlechterten sich nur noch weiter. Auch diesmal überhörte man diejenigen, die diese traurigen Ergebnisse nicht nur schilderten, sondern auch wagten, an einer solchen sinnlosen Politik Kritik zu üben. Hatte man 1960 damit begonnen, Mörder und Plünderer als Vorboten einer besseren Welt zu loben, lief man jetzt den Verkündern herrlicher Pläne nach. Was in der Ukraine schon mit einer schrecklichen Hungersnot endete, wurde erneut in afrikanischer Erde versucht. **Tansania** versank im Elend der von Nyerere vernichteten Landwirtschaft, Mengistu jagte tausende von Bauern von ihren Höfen, und alle Welt stellte die Exponenten stolz vor mit Händedruck und Zeigefinger, eben als die fähigsten Gefolgsleute ihrer Weltordnung. Inzwischen wuchsen die Slums um die neuen Regierungssitze, mit Sanktionen wurde Jan Smith aus **Rhodesien** verjagt, und wie sieht Mugabes Land heute aus? Das schlimmste aber ist, daß diejenigen, die heute etwa den Zusammenbruch des Kongo erleben, die jahrzehntelang über die dortige Staatsplünderung gemeinsam schwiegen, die gleichen sind, die heute von einer „Neuen Weltordnung" phantasieren! Vielfach sind es sogar die gleichen Personen. Wurden sie von Nachfolgern ersetzt, so zeigen auch diese die gleichen Zinken der gleichen Geheimgesellschaft, die den Anstoß zu diesem Niedergang gab. Es mag am Anfang der von Herrn Bush im Golfkrieg eingeläuteten Neuen Weltordnung die Ablehnung bestimmter Personen in Zaire stehen, Tatsache ist, daß auch ein jeder zukünftige Mißbrauch der Freiheit und Gleichheit mit ganz der gleichen „Toleranz" beobachtet werden wird. Erneut wird man die zukünftigen Kritiker einer solchen, im eigentlichen wertelosen Ordnung, als „Faschisten" bezeichnen. So, wie man die Mordorgien **Titos** duldete und sogar mit der Lieferung von Schlachtvieh (ich denke an die Überstellung zehntausender von Gefangenen durch die Engländer in Bleiburg und der Kosaken an die Sowjets) ermöglichte, blind dafür war, daß man sich in Nürnberg an die Seite von potentiellen Massenmördern setzte, genauso blind ist man heute bei der Haltung gegenüber einem Mobutu. Keine Menschenseele denkt daran, die Universitätsprofessoren und Nobelpreisträger und Journalisten und Minister zur Verantwortung zu ziehen, die die afrikanische Fehlentwicklung jahrzehntelang gepriesen und die die Vergeudung von Milliarden befürworteten, und die für die Ver-

folgung und Vertreibung der Weißen und der verantwortungsbewußten Schwarzen wie etwa Tschombe, plädoyierten, zur Rechenschaft zu ziehen. Mit dafür vorgesehener „Brüderlichkeit" geht man über das völlige Versagen einer Generation von Weltverbesserern hinweg. Doch nicht nur das. Erneut wird man die Tore weit aufstoßen für Diebe und Spekulanten in Kupfer und Diamanten, bei der Verschacherung der Reichtümer eines afrikanischen Landes, das jahrzehntelang die selbstlose, verantwortungsbewußte Führung durch belgische Beamte erlebt hatte. Solange man festhält an dem Wege nach „Utopia", wird sich nichts wesentliches ändern. Es wird nur immer schlimmer werden, immer armseliger, immer trauriger, immer korrupter. Die erneute Inthronisierung der „Menschenrechte" wird daran überhaupt nichts ändern. Das alles ist nur Augenwischerei. Oft fehlt es auch nicht an einer ganz ansehnlichen Menge von Zynismus bei den Tonangebenden.

Patrick Buchanan fragte Präsident Bush, was er eigentlich unter dem Begriff der Neuen Weltordnung verstehe. Die Antwort war kurz und bündig: *„What we say, goes"* (Was wir sagen, klappt) (446). Doch die Frage ist deswegen berechtigt, weil man tatsächlich, obwohl schon Monate vergingen, seitdem Bush diese Katze aus dem Sack ließ, die Neue Weltordnung nicht theoretisch definierte, sondern „nur" praktisch anwandte, und man es den Schlauköpfen überläßt, selbst nun daraus Schlüsse und Definitionen zu ziehen.

„Das Übel liegt in einer kirchlich-biblischen Sprachverwirrung, die auf den Nihilisten **Dietrich Bonhoeffer** *zurückgeht, der das Prinzip der weltlichen Uminterpretation der biblischen Begriffe aufbrachte. Seit Bonhoeffer ist, wenn von Friede die Rede ist, nicht mehr der Friede mit Gott (Römer 5, Vers 1) gemeint, sondern irgendeine Art von utopischem Völkerfrieden. Wenn von Freiheit die Rede ist* (siehe auch das KAIROS-Dokument), *ist nicht mehr die Freiheit vom Sündigen (Johannes 8, Vers 34-36) gemeint, sondern ebenfalls etwas Utopisches: die Freiheit von einem jeweils herrschenden System."*

„So ist durch Dietrich Bonhoeffer mit seinem Nihilismus, der alle verbindlichen Werte und die Existenz Gottes in Frage stellt, die Grundlage zur Theorie der Revolution, der Befreiung, gelegt." (447).

Der eigentliche Grund, weswegen Bush das „große" Wort aussprach: „Die Konfrontation der Supermächte ist gewichen" (448). Diese überraschende Tatsache wird sogar noch besonders bejubelt: *„Europa zeigt sich von seiner (bisher) stärksten Seite"* (Herber). Daß sich Europa dann sofort danach als verwachsener Schwächling präsentiert, scheint als Ergebnis wichtiger; daß es so kommen mußte, war allen klar, die es erlebten, wie der Wille des Volkes von den Politikern eingegossen wurde in ihre Pläne. Noch bevor überhaupt die Einheit Wirklichkeit wurde, bekämpft man aufs Messer alle jene, die den Begriff des Volkes über den des eiskaltgemachten Staates setzen. *„Wieder sind Grenzen wichtiger als das Volk. Territorien bedeutender als die gemeinsame Sprache. Wer nicht dazugehört, wird ausgegrenzt. Volksdeutsche aus dem Osten werden bestenfalls heimgeholt. Die Elsässer und die Südtiroler der Assimiliation preisgegeben. Die Österreicher dem austriakischnationalen Sonderweg überlassen. Denkkategorien der Macht dürften im neuen Deutschland künftig eine größere Rolle spielen als jene der Identität."*

„Es wäre schlichtweg unmoralisch, das Verschwinden des vormaligen SED-Staates zu bejammern. Beklagenswert ist es allerdings, daß die Chance für eine dezentrale, föderative und doch gemeinsame Entwicklung im deutschen Mitteleuropa und seinem historisch gewachsenen multiethnischen Umfeld nun wohl wieder vertan ist. Wenn es diese Chance je wirklich gegeben hat, dann ohnedies nur während weniger Wochen im Herbst 1989. Geschichte kennt keine Sentimentalitäten: Anstelle eines mitteleuropäischen Rechtsschutzverbandes auf der Basis von Völkern, Volksgruppen und Regionen hat der alte Status Quo (pseudo-) nationalstaatlichen Strukturen Platz gemacht, wobei NATO und EG triumphieren dürften." (449).

Welch schrecklicheren Beweis für eine solche Wertung des entstehenden Europas gibt es als die ausgesprochen verbrecherischen, Philosophie-verrannten Friedenskonferenzen zur Erhaltung Jugoslawiens in Den Haag! Wie deutlich war da doch der abweisende Bescheid der von der Maurerei institutionierten Welt, von UNO bis EG und KSZE und NATO auf den von Friaul bis zum Plattensee erhobenen regionalen Appell der ganzen mitteleuropäischen Region rund um Kroatien und Slowenien zur Beseitigung des jugoslawischen Gefängnisses! Auf der Tagesordnung — nicht nur Jugoslawiens, nicht nur Deutschlands —, *„steht die Frage nach dem geistig-identitären Gehalt der Wiedervereinigung . . . Angesichts der kaum verhohlenen Enttäuschung über die Wiedervereinigung vor allem in Westeuropa und der die nationale Souveränität erdrosselnden Brüsseler Bürokratie hat gerade Deutschland wenig Grund, in irgendwelche Europatümeleien zu verfallen.“* (450). Inzwischen hat uns Europa mit EG und KSZE bei dem Krieg GEGEN die Völker im ehemaligen Jugoslawien mehr als genug Beweismaterial gegeben für die Erkenntnis, daß wir Deutsche von einem solchen Europa garnichts erhoffen können, daß wir in einem solchen Europa garnichts zu suchen haben!

Die Spur der Krankheit, die dieses „Europa“ befallen hat, liegt klar vor uns. Zuerst sucht man *„Menschen, die ihrem Leben einen Sinn verleihen wollen“* (von uns zitierte Logenanzeige), d.h. also Menschen, die bisher wurzellos an Familie und Vaterland und Religion vorbeigingen und so jetzt leicht ein Opfer von Bänkelsängern werden. Wenn man dann diesen Menschen den Floh einer schönen Utopie ins Ohr gesetzt hat, baut man sie ein und hilft dabei massiv mit Geld und Titeln. Und schon ist die perfekte FM-Puppe aufgeblasen und einsatzbereit.

Als Rahmen der dann beginnenden Betätigung, sagen wir auf dem Gebiet der Außenpolitik, ist man dann im nächsten Lebensabschnitt genauso erfindungsreich. Die bestehenden Gesetze genügen nicht, man macht ein Supergesetz „Menschenrechte“. Was darunter im einzelnen zu verstehen ist, nennt man den „Katalog der Menschenrechte“. Da aber, wo es an sich angebracht gewesen wäre, das schützende Dach eines Völkerrechts über den Menschen zu festigen und auszubauen, rührt man nichts an und stellt sich auf den ins Archaikum zurückreichenden status quo als Völkerrechtsgrundlage. So behalten die Ergebnisse mittelalterlicher Kriege und manchmal auch Heiraten „ewigen“ Wert. Das Leben der Völker, die wirkenden Kulturen nimmt man nicht zur Kenntnis (ersetzt es sogar durch Degenerierung), auch dann nicht, wenn dieser Zustand zum Kriege führt.

Will man das von der Freimaurerei errichtete sterile Herrschaftsschema als Verhandlungsgrundlage annehmen, dann lautet die Aufgabe also schlicht und einfach: **Erweiterung des Katalogs der Menschenrechte.** Das, was man da in der KSZE zusammengeschustert hat, ist — wie sich schon wenige Monate nach Berlin zeigte — völlig unzureichend, geht an den Hauptproblemen vorbei. In einem Bund der unterdrückten Völker (Bandung ist längst überholt!) gilt es, die Rechte aller Völker und die Organisierung ihrer Verteidigung auf wirtschaftlichem, juristischem, polizeilichem, und militärischem Gebiet zu organisieren. Auf dem Arbeitsplan steht die Ausarbeitung gemeinsamer Aktionen gegen die reaktionären Verteidiger des status quo und deren sehr zahlreiche Hilfsorgane, vom Weltwährungsfonds bis zur Atombehörde.

Obwohl man Zeuge davon war, daß ein Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Mystiker Dag Hammarskjöld, ermordet wurde, weil er sich für die Selbständigkeit Katangas einsetzte, daß einem anderen (ehemaligen) Generalsekretär, Waldheim, die Einreise in die USA verboten wurde, weil er seine nationale Pflicht getan hatte, ist es dabei noch offen, ob man bei diesem Aufbau einer anderen Weltordnung mit umstrukturierten Vereinten Nationen beginnen kann.

Sicher ist, daß die Reichen kein Mittel auslassen werden, um sich ihre Pfründen zu er-

halten. Sicher ist auch, daß sie sich der Weltentwicklung entgegenzustemmen versuchen werden. Genauso sicher aber ist es auch, daß die Kommenden in ihren Reihen so manchen Unehrlichen erleben werden. Es wird ganzer Aufmerksamkeit bedürfen, die vor uns stehenden Weltereignisse richtig zu werten.

● Wieviel Handlungsspielraum hat der **Kapitalismus** in dem Augenblick gehabt, als der **Sozialismus kommunistischer Prägung** zusammenbrach? Wieviel Vertrauenskapital hatte er zur Verfügung? Das Verschwinden des Sozialismus und die Behauptung, er habe versagt, sowie die ans Tageslicht gebrachte Tatsache, daß er mit Menschenleben recht leichtfertig umgegangen war, besagten ja doch nicht automatisch, daß nunmehr das andere etwa auch für den betroffenen Teil der Menschheit Gültigkeit hat. Aus den Tatsachen geht zunächst nicht mehr hervor, als daß der Kapitalismus den Sozialismus — einstweilen — überlebte. Weder ist aus dem Fall der Mauer abzulesen, daß der Kapitalismus ein Menschenleben höher achtete als der Sozialismus es tat, noch, daß nicht auch er als System versagt habe. Diese Fragen standen Anfang 1991 offen. Es lag darum nichts näher, als daß man zu ihrer Beantwortung jetzt auf das sah, was der Überlebende wohl anstellen würde. Genau das haben wir auf den vorigen Seiten getan.

Das Guthaben, mit dem der Kapitalismus wuchern konnte, war weder in seinem Umfang noch in der Art, wie es erworben worden war, allgemein bekannt, als man sich bereits in einen wüsten Krieg stürzte. Doch mit dem wachsenden Umfang, mit dem man dabei mehr und mehr Ansehen und Ruf verbrauchte, um so häufiger wurden auch die Stimmen, die der „westlichen" Bilanzziehung nicht zustimmten. Man war keineswegs überall der Meinung, daß nun die Moral und das Gewissen auf der Welt in den „einzig verfügbaren Händen" lag, wie es Bush wahrhaben wollte. Es stank sogar weithin recht übel, wo das Wort „Amerikanismus" oder der schöne Begriff NEW WORLD ORDER fiel.

Vor mehr als 400 Jahren sieht **Nostradamus** bereits das Wesentliche unserer Zeit voraus (in III/26):

„Des Roys et Princes dresseront simulachres,
Augures, creux eslevez aruspices:
Corne victime dorée, et d'azur d'acres.
Interpretez seront les extispices."

Übersetzt von Siegfried Heppner, A-8665 Langenwang, Bahnhofstr. 3, der „die gewißlichen Prophezeiungen des Großen Nostradamus im Lichte neuester Erkenntnise des Jahres 1991" in Buchform herausbrachte, eine empfehlenswerte bereichernde Lektüre:

Die Regierungschefs und ihre Nachfolger
werden uns in Trugbilder unterweisen:
Eitle Wirtschaftsfachleute jubeln die Eingeweideschau hoch:
dem Füllhorn (des Überflusses)
werden die unvergänglichen (goldenen!) Werte geopfert,
und vom Himmelsblau und den Ackerfluren (= die Landschaft).
Danach wird man erklären können, was die Wahrsager
in den Eingeweiden der Opfertiere gesehen haben."

Heppner fragt: *„Wie konnte ein mittelalterlicher Gelehrter über 400 Jahre vorausahnen, daß einmal eine Zeit kommen würde, da die Menschen um bequemer Lebensweise wegen und aus Habgier die gesamte Natur zerstören würden? — daß sie auf gottgegebene Eigenarten und den Verstand verzichten?"*

Es ist nicht das erste Mal, daß sich auf deutschem Boden **Kapitalismus und Sozialismus** kämpferisch gegenüberstehen. Es war in jener Epoche, da ideologischgefärbte Weltanschauungen mit rationalistischen Abstraktionen unser Volk (und nicht nur dieses) in feind-

liche Lager trennten, daß unter nationalistischem Banner ein Mann das deutsche Volk aus einem Tal größter Erniedrigung herausriß. Dabei stand im Namen seiner Partei wohl das Wort „Sozialistisch", doch wurden dennoch Entscheidungen in dieser Richtung nach seiner Machtergreifung zunächst aufgeschoben. Das erste Jahr des sogenannten „Dritten Reiches" bringt den Aufmarsch der beiden Ideologien — Kapitalismus, Sozialismus — im Untergrund. Beide Auffassungen halten es für denkbar, daß Hitler sich für sie entscheidet. **Göhring und Röhm** sind die beiden Kontrahenten. Aus dem sozialistischen Lager berichtet ein schweizer Anhänger der Gesellschen Ideen (451). Wir bringen Auszüge:

„Der Schreiber trifft sich mit Himmler und Röhm Ende 1931 in Zürich. Auf die Frage ‚Welche Maßnahmen würden Sie als Währungskommissar treffen? antwortet er: ‚Meine Vorschläge haben nur Zweck unter der Voraussetzung, daß die Beseitigung des Arbeitsloseneinkommens, d.h. dessen, was Sie die Zinsknechtschaft nennen, nach wie vor von der Partei ernstlich und mit allen Mitteln erstrebt wird'. Er berichtet weiter: ‚Röhm war ganz im Dienst. Diese Haltung gab der Konferenz gleich von Anfang an einen gewichtigen ernsten Charakter. Es war bei Röhm kein stolperndes Nachhinken hinter neuen Gedankengängen, wie ich es je und je bei Bank- und Kaufleuten zur eigenen Berufsblamage feststellen mußte, sondern ein Mitmarschieren, bei dem man den festen Schritt auf harter Straße förmlich hörte. Wir wurden restlos einig. Ich gewann von ihm die Überzeugung, daß er den Willen besaß, marschieren zu lassen, wenn die Aufrichtung eines sozialen, den Marxismus und Kapitalismus überwindenden Deutschland nicht anders als durch den Aufmarsch der wartenden SA-Massen zu erreichen ist . . . Um die Auseinandersetzungen mit mehr Kraft und Erfolg weitertreiben zu können, entschlossen sich meine Freunde zur organisatorischen Zusammenfassung aller in gleicher Richtung arbeitenden Parteigenossen . . . Hitler wurde Reichskanzler . . . Wir waren gespannt, die einen fürchteten, die anderen hofften . . . Manchmal schien es mir, als ob schon damals 1933, eine Regierungskunst Görings hinter den Kulissen wirksam war . . . Wir mußten in den ersten Monaten nach der Machtübernahme immer wieder feststellen, daß Männer, wie beispielsweise Daluege, und andere hoch oben, die um unsere Pläne und um unsere weitgehend zur Tarnung genötigte Arbeit wußten, an Posten gesetzt wurden, von denen aus sie keinen Einfluß auf die wirtschaftliche und währungspolitische Entwicklung nehmen konnten. Allerdings waren solche Posten für ehrliche Kämpfer nicht verlockend, denn wenn irgendwo, dann auf dem Gebiete von Wirtschaft und Finanz, waren die reaktionären Kräfte und Einflüsse mächtiger als Hitlers Versprechungen! Wo das Führerprinzip so fest verankert war wie bei der alten Garde, mußten Reformen derart weittragender Art unbedingt das volle Verständnis und den persönlichen Einsatz des Führers haben. Beides fehlte. Kein Mensch, und wäre er ein Genie, kann in zehn Minuten nachholen, was er nie vorher erkannte. Und Hitler brachte trotz aller persönlicher Bemühungen Röhms nicht die Intuition auf, zu erkennen, daß zehn Minuten (mir) zuhören, nicht verlorene Zeit bedeuten. Eine kalte Dusche bedeutete für uns auch die Ernennung Dr. Schachts zum Reichsbankpräsidenten. Ein Kulissenkenner sagte mir darüber: ‚Sie kennen ja die Angst des Führers vor der Inflation. Dabei sollte er aufrüsten, mußte aufgerüstet werden. Als er Luther von der Reichsbank kommen ließ und fragte: Was können Sie für die Aufrüstung bereitstellen? antwortete dieser nach einigem Daumendrehen: 200 Millionen. Damit war der gute Mann erledigt. Es mußte Generaldirektor Schmitt von der Allianz antreten. Gleiche Frage. — Ich bitte um 48 Stunden Bedenkzeit. Das war immerhin vorsichtig, aber nicht nach Hitlers Geschmack. Nun hatte Göring, der ja dabeisaß, leichtes Spiel, von Hitler die Zustimmung der Zitierung Schachts zu erhalten. Er pfiff ihn telefonisch heran — gleiche Frage — Was Sie brauchen, mein Führer ! . . . Man glaube nur nicht, daß sich die sozialistische Richtung der Partei mit dieser Weichenstellung Görings abfand! Wohl war öffentliche Agitation nun verunmöglicht,

aber nichts konnte interne Machtkämpfe und Auseinandersetzungen verhindern . . . Die politischen Intrigen, besonders die Spannungen zwischen SA und Reichswehr, wobei Göring sich die Generalsuniform verdiente zur absichtlichen Brüskierung Röhms, trugen viel zur Verschärfung der Lage bei. Sie werden aber zu gerne aus dem tieferen Zusammenhang mit der Wirtschaft und der durch die Kräfte geformten Gesellschaftsordnung gelöst und damit verzerrt. Diese Gesellschaftsordnung war in allen wesentlichen Dingen beherrscht von den Trägern des Großkapitals, verfilzt mit der Rüstungsindustrie . . . Wer den staatlichen Polizeiapparat beherrscht, wird in den meisten Fällen den Parteiformationen überlegen sein. Für Gewaltlösungen waren daher Görings Erfolgschancen größer als diejenigen Röhms. Und Röhm wollte nicht warten, er konnte nicht, weil er seine SA nicht verraten durfte . . . Die SA drängte . . . Da platzte Röhm in öffentlicher Rede mit seiner Enttäuschung heraus: ‚Die nationale Revolution ist vorüber. Die soziale Revolution aber ist fällig. Revolutionen aber feiert man nicht. Man macht sie.' Göring und sein Kreis kannten die Empfindlichkeit und Erregbarkeit des Führers. Es besteht kein Zweifel, daß sie sie auszunützen wußten . . . Glücklicherweise besitzen wir ein überaus aufschlußreiches Dokument in der Biographie **Barthous,** *die Wilhelm Herzog geschrieben hat. Dort wird ausgeführt, wie die von Göring schon lange gegen Röhm gelegte Zeitbombe zur Explosion gebracht wurde."*

„Herzog: ‚Sie haben Anfang Juni in Genf, als einige Journalisten Sie umlagerten und Auskunft von Ihnen erbaten, weshalb Sie so schroff die Anregung des Präsidenten Henderson ablehnten, die Deutschen noch einmal nach Genf einzuladen, geantwortet — es war unmittelbar nach Schluß dieser erregten Sitzung — Ja, weiß ich denn überhaupt, wie lange die jetzigen Machthaber noch am Ruder sein werden?'

Barthou: ‚Na, und . . .!'

Herzog: ‚Diese en passant im Couloir hingeworfene Bemerkung war bestimmt fünf Minuten später schon in Berlin und dort hat sie geradezu eine Verheerung in den Gehirnen angerichtet.-'

Barthou (sehr lebhaft werdend): ‚Wie meinen Sie das? Das ist nicht Ihr Ernst. Glauben Sie wirklich? Übrigens sonderbar, von derselben Vermutung, die Sie ausdrücken, hat mir einer meiner nächsten Freunde am Tag nach der Mordnacht gesprochen. Aber ich habe es ihm nicht geglaubt und ihm widersprochen.'

Herzog: ‚Mit Unrecht, scheint mir. Ihr Wort war der Bazillus. Der Führer, in dem Augenblick, wo ihm Ihre Worte hinterbracht wurden, blickte um sich wie Richard II, der aus Furcht vor irgendeinem möglichen Rivalen einen nach dem anderen umbringt, der auch nur im entferntesten als Thronfolger in Betracht kommen könnte. So fragte sich Hitler bestimmt: Wen kann er meinen? Mit wem rechnet er? So wurde Ihre vielleicht ganz harmlose Äußerung zu dem virulenten Bazillus.'

Barthou unterbricht: ‚Ah, jetzt erinnere ich mich . . .Sie haben auf die Psychose, auf den durch meine flüchtige Äußerung ausbrechenden Verfolgungswahn schon in Ihren Artikeln hingewiesen. Ja, ich weiß: man bezichtigte mich der Verschwörung mit dem General Schleicher. Das offizielle Zentralorgan der NSDAP, also das Regierungsorgan ‚Der Völkische Beobachter', meldete in Plakatlettern, ein fremder Staatsmann habe mit einem ehemaligen deutschen Reichskanzler ein hochverräterisches Komplott angezettelt. Der fremde Staatsmann — das war offenbar ich. Zu dumm, zu plump, um darauf auch nur mit einer Silbe zu erwidern. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich Herrn von Schleicher nie in meinem Leben gesehen habe.'

Herzog: ‚Aber es wurde von offzieller deutscher Seite behauptet, der Freund des Herrn von Schleicher, der General von Bredow, habe als Verbindungsoffizier zwischen Ihnen funktioniert.'

Barthou: ‚Absurd. Weder dem einen noch dem anderen Herrn bin ich jemals begegnet. Es ist einfach stupid.‘

Herzog: ‚Darf ich mir erlauben, Ihnen zu sagen, daß Sie mir allzu sorglos scheinen.‘

Barthou: ‚Wie, warum meinen Sie?‘

Herzog: ‚Sie leben hier völlig allein. Sie haben keine Bewachung. Nicht einmal einen Sekretär. Sie gehen ohne Begleitung stundenlang spazieren.‘

Barthou lächelte: ‚Was kann mir schon geschehen?‘

Bekanntlich wurde Barthou dann einige Monate später ermordet. Göring aber und den anderen, die gegen Röhm intrigierten, hatte er das Stichwort geliefert, das den Führer zum Losschlagen gegen die SA veranlaßte.“ (452).

Wir haben unsererseits über die Ermordung Barthous in III/301 gesprochen. Er wurde zusammen mit dem jugoslawischen **König Alexander I.** in Marseille am 9. Oktober 1934 ermordet. Als Hintergrund für die Ermordung Alexanders I. haben wir darauf hingewiesen, daß er sich bemühte, sein Land aus den Krallen des Großorients von Frankreich zu befreien. Zu dem früher schon dazu Gesagten fügen wir hier hinzu, daß es der damals von uns erwähnte Direktor der Goldmine in Glogovica, ein Herr Vasiljevic, persönlich war, der uns die mitgeteilten Einzelheiten zur Kenntnis gab. (453). Barthou und Alexander I stehen also in den Augen der Mörder in einer gemeinsamen Front gegen den westlichen Kapitalismus. Der Bürgermeister von Marseille hatte damals die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen angefordert. Er wurde, als er mit diesen nach Paris reisen wollte, aus dem Zug gestoßen, wobei er tödlich verletzt wurde.

Für den **Kapitalismus,** wie für alle anderen Formen der heutigen Volkswirtschaftslehren wird *„das* **Prinzip des Schöpferischen** *ignoriert. Es geschieht, um das Geschaffene desto besser der Ausbeutung und damit der Zerstörung überantworten zu können. Nichts könnte deutlicher machen, wer in Wirklichkeit hinter der Volkswirtschaftslehre — und nicht nur hinter ihr — steht. Die Natur kommt in der Volkswirtschaft nicht vor.“* (454).

„Schlagzeile vom 1. August 1990: **‚Das traurige Ende einer stolzen Herde!‘** *Aus dieser Meldung muß etwas ausführlicher zitiert werden. ‚Es war grauenvoll‘, sagt Eva Gölz. Noch heute, fast eine Woche, nachdem die Hiobsbotschaft aus Stuttgart in Hüfingen eintraf, kann es die Schäferin nicht fassen: Alle 1126 Schafe ihrer Herde mußten geschlachtet werden, weil bei einem Tier die gefürchtete Traberkrankheit festgestellt worden war. Diese Nachricht hatte die 41jährige Frau getroffen wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Eine Nachuntersuchung des erkrankten Tieres sei wegen der langen Dauer abgelehnt und ein rechtliches Vorgehen gegen den Beschluß aus Stuttgart wegen der eindeutigen Untersuchungsergebnisse als sinnlos bezeichnet worden, erzählt Eva Gölz. In ihrer Stimme schwingt tiefe Resignation mit. ‚Man hängt doch an den Tieren und ist mit ihnen verwachsen.‘ Die Abdeckerei kam mit dem Beseitigen der Kadaver kaum nach, am anderen Morgen lagen noch über 300 Tiere im Stall. ‚Ich habe das alles mit ansehen müssen‘, klagt die Schäferin, ‚und es waren wirklich schöne, gesunde Tiere. Über 400 hochtragende Schafe waren darunter‘.“*

„Der Schlüssel zur Vernichtung der Schafherde von Frau Gölz liegt wahrscheinlich im folgenden Satz der Meldung: ‚Im Gegensatz zur modernen Schafhaltung betrieb sie eine reine Wanderschäferei, wie man sie seit altersher kennt, mit Sommer-, Herbst und Winterweide.‘ Etwas derart Altertümliches ist natürlich eine Frechheit. Frau Gölz hat gefälligst auf fabrikmäßige Weise Schafhaltung zu betreiben, wie das in den internationalistischen Großbetrieben und in Abhängigkeit von internationalistisch kontrollierten Fütterungsmethoden geschieht. (455).

Die ganze Menschheit ist Zeuge der gigantischen Probleme, die der Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaft mit sich bringt. Dabei legt man großen Wert auf die Feststel-

lung, daß die davon betroffenen Völker „zurückgeführt" werden in eine „freie" Wirtschaftsordnung, in sozusagen normale, zwangslose, natürlich sich entwickelnde Verhältnisse. Das aber ist gerade keineswegs der Fall! Bewußt entstellt man diese Umstellung. Denn es gibt doch wohl kaum eine strengere Zwangswirtschaft als die heute in Bildung begriffene kapitalistische Welt. Zwei lebensgefährliche Krankheiten stechen dabei sorfort ins Auge:

1. die Schaffung von Geld ohne Arbeit, in der Form von **Zinsen** und von **Buchgeld** (456),
2. die gewollte, künstlich erzwungene weltwirtschaftliche **Interdependenz** (im GATT konzentriert, in der Uruguayrunde zuletzt vorgestellt), die weit über den natürlich wünschbaren Umfang hinaus durch bilaterale und multilaterale Vereinbarungen, unehrliche Propagierung ausländischer Erzeugnisse, Frachtentarifeingriffe, unvollständige Informierung über das Herkunftsland, Anbauverbote, Erntevernichtungen, Fälschung von Statistiken, verstärkt wird, und so eine multiple, gegenseitige Abhängigkeit schafft. **Autarkie** ist ein Verbrechen gegen die Neue Weltordnung.

Kommt es zu einem Zusammenbruch auch dieser kapitalistischen Version der Philosophen, dann muß die notwendige Umstellung zurück zu unabhängigen Wirtschaften ebenfalls schwere Unruhen und Schäden schaffen, wie es heute im ehemaligen Sowjetbereich der Fall ist. Wahrscheinlich werden diese sogar noch ernster, umfangreicher und radikaler aussehen als das, was man heute etwa in der Ex-DDR und in der Sowjetunion erlebt. Eine Abkehr vom künstlichen Geld und gleichzeitige Beendigung von Verschiffungen, die von Regierungen veranlaßt waren ohne wirtschaftlichen realen Hintergrund zu haben, müssen die



Ein engagierter Dirigent, aber in seinem Orchester gibt es noch Disharmonien: Gatt-Generaldirektor Arthur Dunkel in dem Bemühen, das gesamte Verhandlungspaket im allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen nicht am Agrarstreit scheitern zu lassen. Foto AP

Welt dann in ein wahnwitziges Chaos stürzen. Die Umwelt wird dann das erste Opfer werden, denn für ihren Schutz wird man dann weder Mittel noch Zeit haben, wenn es keine gesunde Währung und keine genügende Eigenproduktion lebenswichtiger Waren mehr gibt.

Ob dann die Schuldigen genannt und zur Rechenschaft gezogen werden? Die mit Nobelpreisen bedachten Wirtschaftsprofessoren? Die Wirtschaftsminister? Die Bankdirektoren? Die Journalisten? Die „Wissenschaftler" à la Gunnar Myrdal?

Wir hatten im Kapitel über Chile Gelegenheit, von dem Kampf gegen das so erfolgreiche Unternehmertum zu sprechen. Unter dem Titel **Der deutsche Unternehmer — Es war einmal** bringen wir die folgende Zusammenfassung von Schlagzeilen in deutschen Zeitungen (457). Es belegt, daß es sich um einen Vorgang handelt, der auf der gesamten Welt zu beobachten ist. Es handelt sich also nicht um etwaige speziell regionale Folgen, sondern um das Ergebnis einer ganz bestimmten Weltwirtschaftspolitik im Rahmen der neuen Weltordnung:

Minox: Nach der Pleite ein Käufer gesucht.
Verkauf des traditionsreichen Kosmos-Verlages.
Schwörer gehört jetzt zu Tengelmann. Pfullinger Unternehmen mit 18 Verbrauchermärkten verkauft.
Noch weniger deutsche Schiffe. Trend zur Ausflaggung hält an.
Handelsriesen fressen die Kleinen auf. Deutscher Industrie- und Handelstag kritisiert Kartellnovelle — Konzentration geht weiter.
‚Sterbekasse' für die deutschen Mühlen. Eine neue Stillegungsaktion zum Abbau von Überkapazitäten.
Adidas in Aktiengesellschaft umgewandelt.
Englischer Strumpfhersteller Pretty Polly will Elbeo-Werke übernehmen.
Salamander schließt in Osterburken. 196 Mitarbeiter betroffen. Schuhproduktion künftig am Mittelmeer.
Buderus rutscht in die roten Zahlen.
Zeiss Ikon wird nach Finnland verkauft.
Für Rotaprint gibt es keine Hilfe mehr.
Bei Hohner stimmt der Ton noch nicht. Sanierung geht weiter. Produktion wird ins Ausland verlagert.
Eine Hauptversammlung fast wie eine Trauerfeier. Die Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG hat neue Eigentümer.
Otto Wolff verkauft an den Tyssen-Konzern.
Birkel-Nudeln wird an den französischen Konzern BSN verkauft.
Tabak Kulenkampff von US-Konzern gekauft.
Nixdorf weist Milliarden-Verlust aus.
Ruhrkohle streicht nochmals 4000 Arbeitsplätze.
Siemens und Nixdorf stellen die Weichen. Die Münchner werden sich mit 78 Prozent an dem Paderborner Computerhersteller beteiligen.
Französischer Financier Tapie kauft Adidas.
Schockemöhle zieht sich aus dem Springsport zurück.
Schockemöhle spricht von einer konzentrierten Aktion.
Puma verliert an Sprungkraft. Beschaffungsprobleme bremsen Aufschwung des Sportartikelherstellers.

Die Bezeichnungspraxis bei den **Lebensmitteln** *ist geradezu abenteuerlich. Jahrhundertealte Qualitätsnormen, die unseren Vorfahren durchaus genügten, werden zerstört, zumeist durch* **Aufspaltung oder Zusammenwerfen** *von Begriffen. So ist es etwa heute üblich geworden, den Qualitätsbegriff aufzuspalten in Eignungs-, Genuß- und Gesundheitswert.*

Ökologen sprechen darüber hinaus noch vom Kultur- und Ökologiewert. Wußte man früher, was ein guter Apfel ist, so heute nicht mehr. Man muß zuerst seinen Kulturwert mit seinem Genußwert usw. vergleichen und dann mit dem Taschenrechner den Durchschnittsqualitätswert errechnen. Der alte Qualitätsbegriff wird somit durch falsche Differenzierung zerstört. " („Fraktur").

Das alles ist nur möglich, weil die eigentlich Handelnden nicht mehr das Sagen haben. Weder auf der Arbeitnehmer- noch auf der Arbeitgeberseite. Weder auf der Seite der Erzeuger noch auf der der Konsumenten. Überall hat sich ein unsichtbarer Diktator dazwischengeschaltet mit dem Ergebnis einer völligen Verfälschung der Absichten und der Ergebnisse.

Auch die Unterstützung, die der **Kapitalismus** von den christlichen Kirchen erfährt, kann ihn nicht vor einer scharfen Verurteilung retten. Zu diesem Thema läßt sich sogar recht ernstes sagen. Es geht da um nicht weniger als die Feststellung mehrfacher Fälschungen. Die christliche Lehre ist eindeutig: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen" (Paulus, 2. Tes 3,10). **Die Arbeit** allein also ist die Quelle der durch sie hervorgebrachten neuen Werte, damit also des Rechts auf Arbeitsertrag. Leo XIII nun hat vor genau 100 Jahren (in „Rerum novarum") erneut formuliert: *„Kein Vermögen ohne Arbeit, und keine Arbeit ohne Vermögen"*. Arbeitsertrag kommt eben nur aus Arbeit, *„Es ist eine unumstößliche Wahrheit, nicht anderswoher als aus der Arbeit der Werktätigen entsteht Wohlhabenheit im Staate."* Auf lateinisch heißt der erste zitierte Satz: „Non res sine opera, nec sine re potest opera consistere." Und was hat der Übersetzer damals aus dem Wort „Vermögen" gemacht? Er übersetzt RES schlichtweg und ohne Wimpernzucken mit dem eindeutigen Begriff „Kapital", so daß die Stelle seit damals (!) in schöner Eindeutigkeit lautet: *„So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen."*. *„Diese Worte schienen eine Anerkennung des Kapitalismus zu enthalten. zweifelsohne sind sie von den meisten Lesern auch so aufgefaßt worden. Die deutschen Zeitungen brachten das Wort ‚Kapital' sogar beide Male in Sperrdruck, als ob es die Absicht des Papstes gewesen sei, anzudeuten, daß das Kapital gegenüber der Arbeit sogar die Hauptsache sei!"* Wir setzen diese Darstellung von Dr. jur. Dipl-disz.pol. Ernst von Loen (458) fort: *„Wir hegten sofort starken Zweifel daran, daß sich im Original das Wort ‚Kapital' finde. Wir sehen aus dem offiziellen lateinischen Text, daß die Enzyklika das Wort ‚Kapital' gar nicht enthält. Es folgt sogar der Satz: ‚Es ist schädlich und unmenschlich, Menschen, als ob sie Sachen wären, zum Erwerb (zum Gewinne) zu mißbrauchen'. Die vorstehenden Zeilen schrieben wir alsbald, nachdem der lateinische Originaltext der Enzyklika zu unserer Kenntnis gelangt war, fanden aber keine Redaktion und keinen Verleger, dieselben zu veröffentlichen."*

„Der Kapitalismus mit seiner aggressiven **Gewinn-Ideologie** *(herausholen aus Menschen und Erde, was geht, ohne Rücksicht auf die Folgen, wenn es sein muß, mit Gewalt) zerstört die allseits vernetzte Einheits-Struktur der Welt durch eine Wirtschaft, die er für ‚eigengesetzlich' erklärt, die sich damit bedenkenlos hinwegsetzt über die Einheits-Struktur der Welt und sie zerreißt. Er deklariert sich damit als eine hoffnungslos veraltete, unwissenschaftliche Ideologie und Praxis. Er entspricht nicht der Realität des einen, allseits vernetzten Universums, in dem nichts eigengesetzlich existiert, sondern alles in eng verflochtener Wechselwirkung steht. Auch vor einer durch ihn immer zerstörteren Menschheit und Umwelt lehnt er es kategorisch ab, seine Gewinn Ideologie (den Verschuldungsmechanismus) und die angebliche ‚Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft' preiszugeben zugunsten der absoluten Rücksicht auf die lebensentscheidenden Beziehungen zwischen allem Geschaffenen, d.h. zugunsten von Verantwortlichkeit. Er ist damit irreal, schöpfungsfeindlich, antimenschlich, der Krebs im Organismus, der rücksichtslos, maßlos wuchert, zersetzt, zerstört."*

„Wenn die Gewinn-Spirale einmal angelaufen ist, steigert und beschleunigt sie sich aus ihrer Gesetzmäßigkeit heraus unausweichlich. Die technische Möglichkeit, Gewinn und immer mehr Gewinn zu machen, erzeugt einen enormen, vernichtenden Sog: Auf der einen Seite den unbezähmbaren Hunger nach immer noch steigendem Gewinn, auf der anderen den immer auswegloser zunehmenden Zwang, wachsende Schulden plus wachsende Zinsen und Zinseszinsen zurückzuzahlen. Er mündet in immer rücksichtsloseren Einsatz aller nur denkbaren Mittel, Gewinn zu erwirtschaften, sei es aus Menschen, sei es aus der Umwelt, ohne jede Achtung irgendwelcher Schranken, da vom Kreditmechanismus erbarmungslos in die Ausschöpfung aller Möglichkeiten gepeitscht. So erzwingt die Gewinn-Ideologie ‚Kapitalismus' durch ihr zentrales Instrument Verschuldung gesetzmäßig, also auf Dauer nicht eindämmbar, ein ständig steigendes Wirtschafts-Wachstum auf Kosten alles Bestehenden, d.h. die Zerstörung von Menschen und Umwelt."

Wir haben bewußt diese Zitate erst nach der Darstellung der Tatsachen gebracht, mit denen die Neue Weltordnung uns beglückt. Der Leser kann jetzt für ein jedes Wort, einen jeden Satz eine Reihe von Feststellungen treffen, die die Richtigkeit beweisen. Es darf keinen arbeitsfreien Gewinn geben! Es darf nicht das Geld Wertemaßstab unter den Menschen bleiben.

„Wenn der Kapitalismus die möglichst vollkommene Gelderwerbswirtschaft, die absolute Marktwirtschaft ist, dann ist die Börse, der Markt der Märkte, seine reifste Frucht."
Wir gehen auf Aristoteles und Thomas von Aquin zurück, wenn wir sagen, *„daß alle wirtschaftlichen Güter nur das Ergebnis menschlicher Arbeit sind!"* Doch es herrscht die **Flucht ins Wachstum,** die todbringende Entropie, wie wir es an anderer Stelle bereits nannten.

Trotzdem waren es aber gerade die Vertreter dieser internationalen Führungsmacht in der BRD, die den USA über Stock und Stein versuchten, die Stange zu halten. Sie müssen es sich darum auch gefallen lassen, daß man von ihnen als von den „herangezüchteten Lakaien" und „Statthaltern eines Besatzungsregimes" spricht. („Der Eidgenoss"). Es hat ihnen nicht gut getan, und es hat dem deutschen Volk in wenigen Monaten weitaus mehr Prestigeverlust zugefügt als man meinte, ihm durch die gewaltlose Wiedervereinigung eingebracht zu haben.

Deutschland wurde mitschuldig an den Kriegs- und Umweltverbrechen im **Irak.** Es wurde mitschuldig am Verrat an den **Kurden.** Vor allem aber half es, **Europa** zu entmannen, zu einem Popanz in den Händen Entwurzelter zu werden und dadurch — als ersten kapitalen Streich — in **Jugoslawien** einen Bürgerkrieg zu entfesseln, der restlos alles außenpolitische Ansehen des soeben vereinten Deutschland, aber auch des auf seine technischen und wirtschaftlichen Fortschritte so stolzen Europas verspielte. In wenigen Monaten wurde mit den laufend ins Gigantische steigenden Zahlungen bewiesen, wie der tatsächliche Wert Europas von Tag zu Tag weiter sank. Wenn Ende 1991 bereits ganz allgemein unbestritten ist, daß Europa wertlos wurde, daß Europa weder politisch noch militärisch noch kulturell, auch nicht mehr in seinen nationalen Teilen noch die allergeringste Bedeutung hat, dann war dieses — wie wir darstellten — das Ergebnis der diplomatischen Glanzleistungen unseres Außenministers Hans-Dietrich Genscher. Bei allen seinen Handlungen hat er in keinem Augenblick — am wenigsten noch aus Anlaß der jeweiligen Gruppenfotos — einen Hehl daraus gemacht, daß er als Freimaurer am Bau des Welttempels gehandelt hat. Als solcher wollte er gesehen werden. Er hat immer wieder Wert darauf gelegt. Man sehe sich nur seine Augen an auf dem Foto mit Baker. Genau beobachtet er, ob er den Zeigefinger noch halten muß. Das ist der Inhalt seiner Tätigkeit! Es wäre darum auch unverantwortlich, dieses Ergebnis einer Analyse der Vorgänge des Jahres 1991 zu verschweigen. Es lohnt nicht, sich mit Kommentaren dieser so desastrosen Entwicklung zu befassen, die

nicht bis auf den Grund vorstoßen. Da das aber, diese halbe Arbeit, der Fall ist bei allen, ausnahmslos allen deutschen Zeitgeschichtlern, muß man zwangsläufig zu dem Schluß kommen, daß die Weiterentwicklung der deutschen und europäischen Dinge nicht innerhalb, sondern nur noch außerhalb der politischen Palette vorangetrieben wird. Bei den Insidern und ihren journalistischen Helfershelfern wird nur gebremst oder gar vernichtet. Was uns die Öffentliche Meinung in Deutschland vorlegt, ist ein substanzloses Theater, ein Kartenhaus. Erst jenseits der deutschen Grenzen begegnet man Äußerungen, die zeigen, daß man dort nicht überall der Schablone von einer Neuen Weltordnung folgt, wie sie Genscher uns Deutschen vorhält.

Wenn wir die Dinge so ansehen, wie soeben beschrieben, dann gehen wir von einem Gesichtspunkt aus, der nicht Ausgangspunkt der Betrachtungen für die Freimaurerei und ihre Mitglieder ist. Diese haben gerade das von uns abgelehnte Ergebnis als ihr gewolltes Ziel im Auge! Nicht, daß sie es offenheraus sagen. Sie bemühen sich sogar sehr darum, dieses Resultat ihrer Wühlarbeit zu verschweigen.. Aber sie arbeiten daran, und dieses nicht nur auf dem Gebiet der Außenpolitik, wo sie 1991 allen sichtbar so viel Unheil anrichten konnten.

Dem außenpolitischen Credo von der Erhaltung des **Status Quo**, von der „Rettung" der staatlichen Einheit der von ihr selbst geschaffenen Mißgeburten wie Jugoslawien und Tschechoslowakei, steht ein innerpolitisches Bekenntnis zur Seite, das sich in diesen Monaten auf das Wort **Asylanten** konzentriert hat. Das Wunschträumen geht in beiden Fällen auf dasselbe hinaus: die Schaffung einer Weltbevölkerung ohne Völker und ohne Religionen, ohne Anerkennung der persönlichen Leistung und des Könnens, gelenkt von der Geheimgesellschaft der Freimaurer. Will man nun die Vorgänge 1991 in dieser Sicht einordnen, so kommen wir dann wohl am besten voran, wenn wir die Meldungen gruppieren und dabei gleich in Klammern unseren eventuellen Kommentar setzen. Bitte beachten Sie also diese Bemerkung: Was in den folgenden Absätzen als Text in Klammern erscheint, ist unsere eigene Meinung.

In einem ganz bestimmten Augenblick hat man das Perpendikel der Weltenuhr zum Stehen gebracht. In unerschütterlicher Zusammenarbeit hat man der Welt Mosaikteile vom Gesicht einer Weltregierung gegeben. Das ist soweit gelungen, daß bereits klar wurde, wer von jetzt an obenan leben darf und wer das Maul zu halten hat. Die Vervollständigung desselben steht auf dem Weltprogramm. In diesen Wochen wird klar werden, was man alles unter diese neue Weltüberschrift stellen wird. Ein Prachtwort, von Spintisierern wie Ba'hais und Präsidenten im Mondenschein feierlich gehaucht, soll mit Inhalt gefüllt werden. in den „heiligen" Hallen der Logen geistert es seit 250 Jahren herum und hat mit Weltkriegen und Fürstenmorden und Gesetzesänderungen und Entkolonialisierung den Ball ganz nahe vor das Loch gebracht, in welches er fallen soll. Die Afrikacharta, die Beseitigung der Apartheid in Südafrika, die Entmachtung der Araber und nicht zuletzt die Perestroika haben gemeinsam mit Teilergebnissen in Angola und in Kambodja und in Ostdeutschland dieses Resultat gezeitigt. Nicht alle Versuche, diesen Weg nachzuzeichnen, lehnen sich an die Wirklichkeit an. Da heißt es z.B.: *„Europa hatte — mit dem Anteil der Deutschen und als Möglichkeit auch für sie — nicht nur die Welt der* **Moderne** (eine Vorstufe zur Neuen Weltordnung) *geschaffen, sondern es hatte deren Auszweigungen zu den Weltmächten der Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika und des Sozialismus in der Sowjetunion möglich gemacht."* (459). Das ist eine unzutreffende Darstellung, denn die „Moderne" wurde in den USA geboren, von dort nach Frankreich getragen, in Europa propagiert und dann dieses Produkt von dort und gleichzeitig erneut von den USA aus nach Rußland gebracht (Trotzkis Fahrt von New York nach Moskau 1917), wo sie sich dann besonders unabhängig aufführte. Und es war auch nicht immer die gleiche „Mo-

derne“. Erst im Laufe der letzten hundertfünfzig Jahre wurde sie in die heutigen perversen Formen gegossen. Die Tatsache, daß dabei Namen wie Marx, Rathenau, Freud, Lenin, Trotzki fielen, wurde zum Resonanzboden des **Antisemitismus** als hysterische Antwort mangels sachlicherer Gegenargumente. Denn der Gedanke an eine **Weltmonarchie** ist älter. Als Verkörperung des Reiches Gottes auf Erden stellt **Dante** sie sich vor. Der Friede und die Ordnung als politisches Ziel, auf das sich das Staatsdenken dann ausrichtet, sind zugleich Vorbereitung auf das ewig himmlische Ziel: das Eingehen in den Frieden Gottes. Alles politische Tun steht für ihn sub specie aeternitatis. (460).

Thomas Morus scheint dann auch einer der wenigen gewesen zu sein, der die Entdeckung einer neuen Welt mit der Vorstellung einer besseren Welt verbunden hat, der aus der anderen Welt ein zivilisationskritisches Modell zu entwickeln anfängt, wie es sich dann in dem literarischen Modell des „edlen Wilden“ vollendet (461).

Als sich das als falsch herausstellte, half man mit Logenpolitik ein wenig nach. **Die Utopie** ist ein Wort des **Humanismus.** Der Humanismus schuf eine eigenständige, nicht mehr theologische, sondern profan geprägte Welt der Kultur und der Bildung. Gesprächssituationen und Gesprächsführung erfolgen in der Form des Dialogs.

Heute ist das alles wieder über Bord geworfen. Die radikale Traditionskritik und das utopische Gedankenexperiment, die Ambivalenz zwischen Verbindlichkeit und Skepsis entsprechen der durch den Humanismus neu geschaffenen Bildungsatmosphäre. Auch das Thema des Dialogs, des besten Zustandes des Gemeinwesens, ist wesentlich durch den Humanismus bedingt. (462), des von der Antike hergeleiteten unendlichen philosophischen Dialogs. (463).

Es ist aber nicht direkte Folge dieses Dialogs, daß dann mächtiggewordene Partner dieses Dialogs ausfallen, sich in der Praxis ad absurdum führen. Daß dem fortschreitenden Geländegewinn der **Philosophie** im Wettstreit mit den Religionen in unseren Tagen mit der Beseitigung des **Marxismus** etwas unerhört Neues geschieht, muß festgehalten werden. Denn aus diesem Vorgang erhoffen sich zwei alte Gegner Vorteil: auf der einen Seite versucht man, den Eindruck zu erwecken, daß der Ausfall des Marxismus eine wesentliche Schwächung der philosophischen Position gegenüber den Frommen darstellt. Auf der anderen Seite bemüht man sich darum, diesen Verkehrsunfall als eine Art Katharsis der philosophischen Position als Ganzes hinzustellen, daß also erst jetzt die Humanisten ungehindert von Abirrungen zu ihrem endgültigen Siegeszug ansetzen können.

Schon gar nicht hat die „mittelalterliche Welt“ an Kraft gewonnen. Sie steht jetzt sogar einer verstärkten, einigen Front gegenüber. Es gibt keinen spürbaren Gegenspieler mehr, **die Utopie** ist allein in der Arena. Gegenteiliger Einfluß kann nirgends mehr zur Geltung gebracht werden. Vergleichen wir mit früheren Kriegslagen, so kann man sogar sagen, daß die Restauration unter Metternich es schwerer im Widerstand gegen den aufkommenden Liberalismus hatte als es heute die Tempelbauer mit dem sich rührenden Nationalismus haben. So behaupten sie.

In der Tat begegnet niemand von innen heraus den Mißständen in der derzeitigen Phase der Weltordnung wie da sind: Verzicht auf Größe und Treue und Stärke und Selbstbewußtsein; Vermischung und Einebnung, Sucht nach Bequemlichkeit. Es ist ja nicht schwer, die Gegenwart an der soeben erst versunkenen Alten Ordnung zu messen.

Alle Reformversuche am Derzeitigen scheitern, jede tiefgehende Kritik wird sogar abgewürgt, wird oft als Ausdruck „faschistischer“ und „nazistischer“ Gesinnung rechtlos. Denn ein leidiger Faktor der Ordnung in dieser „Übergangszeit“ (464) ist der Aufpasser, der — weil unsichtbar — mächtiger ist als der Blockwart von einst, und der allgegenwärtig ist, der nicht nur beobachtet und meldet, sondern auch dauernd umerzieht und zerstört — die Stellung eines kleinen Beamten wie die Rolle einer Riesenfirma. Und der sich mit Ge-

heimzeichen mit seinen Brüdern verständigt und orientiert; der angebunden an die Zwangslage der Zeit, um seiner selbst willen an das Gute seines nachbarnverratenden Benehmens im Sinne einer glücklichen Zukunft aller glaubt. Oder auch an des Kaisers neue Kleider. In einem solchen festgezurrten System wird allen Reformwilligen alle Erfolgsaussicht von Anfang an genommen. Denn, was gilt aller Reformwille, wenn er sich nicht äußern kann, wenn er nicht von Mensch zu Mensch überspringen darf? Die unbedingte Notwendigkeit von Reformen wird darum ignoriert, obwohl die Zustände laufend unerträglicher werden. Denn die zahlreichen Erlebnisberichte aus aller Welt, die sich sogar in die Sprachrohre des Establishments einschleichen, sind wahrhaftig keine böswilligen Erfindungen oder Früchte aufdringlichen journalistischen Geltungsdranges. Sie entspringen einer großen Sorge um den Weitergang der Dinge, die beim Anblick unserer Welt entstehen muß. Besonders die Gebildeten werden von der unzureichenden Antwort der Politiker aller Schattierungen abgestoßen. Die Mißstände in den Amtsstuben werden als immer untragbarer empfunden, wuchern aber unangetastet laufend verstärkt weiter. Die Reformer werden als Phantasten hingestellt gerade von jenen, die einer deutlich gefährlichen Utopie nachlechzen. Man fragt sich, was denn nun unser **Zeitgeist** eigentlich ist. Die Zeigefingerakrobatik der professionellen Zustimmer und Aufpasser oder die Demonstrationen der Völker. Dort aber, wo die Regierungen — gewöhnlich vor Wahlen — Mitwirkung versprechen bei einer Reform der Dinge, da entpuppt sich diese dann in allen bisherigen Fällen als Täuschungsmanöver, um sich die Sinekuren zu erhalten. Sie vergessen, daß ihr Rüstzeug, die „Utopie" von Thomas More, „Looking Backward" von Edward Bellamy, „Parliament of Man" von Alfred Lord of Tennyson, „The Open Conspiracy" von H.G. Wells von der Tatsache des blutisten Jahrhunderts der gesamten Weltgeschichte widerlegt ist. Sie bergessen, daß alle diese Hirngespinste an Wirklichkeitsverleugnung Marx und Freud getreu Konkurrenz machen und daß es nicht am Fehlen lebensfähiger Substanz in ihnen liegt, daß ihr System nicht auch bereits im Straßengraben der Geschichte landete. Daß das noch nicht der Fall war, verdanken sie dem Besitz von Atombomben und dem schändlichen Zugriff auf die Zukunft, aus der sie sich rücksichtlos zinsbelastete Milliardenwerte pumpen. Und sie verdanken es der Tatsache, keine Wirtschaftskonkurrenz mehr neben sich zu haben, den Wert der Arbeit diktatoriell festlegen zu können. Die Folge dieser Herrschaftslage ist es, daß es den Menschen überall laufend schlechter gehen wird ohne daß sie sich dagegen wehren können. Wie einfach das klingt, nicht wahr? Steigende Arbeitslosigkeit, steigende Flüchtlingsströme, steigende Kriminalität, steigende Krankenzahlen, steigender Hunger, steigende Verblödung, steigende Korruption, steigende Unsicherheit, wie lange noch?

● Es gibt eine UNO-Erklärung **„zum Schutz des Kindes"**. Sie ist für die 166 UNO-Mitglieder verbindlich. Sie lautet:

Art. 2: Eltern ist es nicht erlaubt, ein Kind auf irgendeine Weise für Handlungen oder Worte zu bestrafen, die dem Glauben oder moralischen Empfinden der Eltern widersprechen.

Art. 6: Die Regierung (und nicht die Eltern) hat das alleinige Recht zu entscheiden, was für das Kind das beste ist.

Art. 13: Eltern ist es nicht erlaubt, einem Kind irgendwelche Einschränkungen aufzuerlegen bei dem, was das Kind sieht, hört, erfährt oder was ihm gelehrt wird.

Art. 14: Eltern ist es nicht erlaubt, das Kind in irgendeiner Weise in seiner religiösen und moralischen Einstellung zu beeinflussen.

Art. 15: Eltern ist es nicht erlaubt, die Wahl des Kindes bezüglich seiner Freunde und Kameraden zu beeinflussen oder einzuschränken.

Art. 24: Eltern ist es nicht erlaubt, über die medizinische Behandlung ihres Kindes zu bestimmen oder sie abzulehnen.

„Je mehr also jetzt Eltern und Erzieher, Lehrer und Geistliche es versäumen, sich mutig gegen die Machenschaften der UNO und EG unter Vorherrschaft der Freimaurerei zu stellen, umsomehr greifen Tyrannen, Verführer, Sekten und andere Religionen nach unseren Kindern und Jugendlichen." (465).

„Bei vielen **Homosexuellen,** *gleich ob männlich oder weiblich, ist im Laufe einer Dauerbeziehung nun der Wunsch gewachsen, solches zu legalisieren. Die evangelische Kirche hat sich seit Jahren mit Anträgen homosexueller Paare zu befassen, die eine Einsegnung wünschen. Grundsätzlich dagegen ist in Kirchenkreisen bei den Protestanten kaum jemand. Das Thema ist in der evengelischen Kirche inzwischen auf die Ebene landeskirchlicher Gremien gelangt und wird ernsthaft beraten. Es geht ja nicht nur um Erb- und Steuerrecht, obwohl auch dies ein nicht zu verachtender Bestandteil der Bemühungen um die Schwulenehe ist. Denn es ist schwer einzusehen, warum ein Mann seinem langjährigen Lebensparter oder eine Frau ihrer Freundin nicht ihren Nachlaß vermachen dürfen soll, vor allem wenn sich beide mit den Familien, die nach der heutigen Rechtslage erben würden, jahrzehntelang wegen ihrer ‚unmoralischen' Beziehung auseinandergesetzt haben. In Dänemark, wo am 1. Oktober 1989 ein Gesetz in Kraft trat, das eine Ehe zwischen Gleichgeschlechtlichen ermöglicht, haben sich seitdem 700 Paare trauen lassen, erst zwei davon wurden wieder geschieden."* (466).

Natürlich weiß man um die bösen Folgen der Erziehung nach solchen Vorschriften. Darum nimmt man die eigenen Kinder heraus aus diesen schlechten Schulen und schafft für sie rettende Institute. *„Verstreut über Westeuropa erziehen neue Hohe Schulen die Kinder der Funktionäre der EG . . . Diese Anstalten unterrichten die Kinder in ihrer eigenen Sprache, Literatur und Geschichte, aber lehren sie auch die Sprachen und die Vorgeschichte des Kontinents. Dabei verschwinden offensichtlich nationale Gefühle. Es sind ausgezeichnete Hochschulen für Kinder, deren Väter nicht Eurokraten sind, die aber klug genug sind, ihre Kinder in eines der interessantesten Erziehungsexperimente Europas zu schicken. Es gibt Leute, die wer weiß was verkaufen würden, um ihre Kinder hier unterbringen zu können, ein ‚Europa-Eton'. Die Söhne von Funktionären zahlen nichts. Das tut die CEE und die nationalen Regierungen . . . Der Staff ist ausgebaut für 800 Schüler."* (467)

Die Zerstörung der Familie als Lebenszelle der Menschheit wird von verschiedenen Seiten angegangen. Das Bundesverfassungsgericht verfügte, daß der Vorrang des Namens des Mannes mit der Gleichberechtigung unvereinbar ist. Justizminister Klaus Kinkel hakt sofort nach mit einer „Liberalisierung" des Namensrechts. Der Zwang zum Ehemann soll abgeschafft werden. Die Ehegatten sollen künftig auch nach der Heirat ihre bisherigen Familiennamen tragen können. Auch „Altehen" sollen in den „Genuß" der neuen Auswahlmöglichkeiten kommen.

● Auf dem VII. Internationalen **Aids-Kongreß** in Florenz im Juni 1991 kommt es zur Veröffentlichung von Ergebnissen, die alle unsere Vorhersagen überbieten (468). *„Düstere Vorhersagen für die Zukunft mit zig Millionen Infizierten, Millionen Toten, Millionen Aids-Waisen; auch in Indien rechnet man bis zum Jahre 2000 mit einer Million Virusträgern."* (469). Das ist die Folge der von der Freimaurerei (siehe Belege in X, 454!) erwünschten „toleranten" Antwort auf diese Epidemie! Wir kommen darauf zurück.

● Mit dem Ziel, die Beeinflussungsgrundlagen der heutigen Regierungen zu retten, hat man sich in der BRD daran gemacht, die „Auswirkungen des **Kabelfernsehens**" sachlich zu untersuchen (470). *„Als wichtigste Argumente gegen das Kabelfernsehen werden folgende Befürchtungen* (471) *ausgesprochen:*

1. Manipulation des Fernsehzuschauers als Konsument und Wähler.

2. *Beeinträchtigung zwischenmenschlicher Beziehungen* (zunehmender geistiger Dämmerzustand, Unfähigkeit zum Gespräch und zum aktiven aufeinanderzugehen).
3. *Verführung zur geistigen und körperlichen Untätigkeit.*
4. *Nachteile und Gefahren speziell für Kinder und Jugendliche.*"

Es kam zur Befragung von Fernsehzuschauern. Doch erfolgten diese, soweit wie möglich, in der Form von Vergleichen zwischen der Situation vor Einrichtung des Kabelfernsehens und hinterher. Das Ergebnis kam einer Art „Entwarnung" gleich. Man spricht von einer durchschnittlichen Zunahme des Fernsehkonsums Erwachsener von nur etwa 5 bis 10 Prozent. Die Mehrheit der Kabelfernsehteilnehmer, insbesondere der Berufstätigen hat ihren Fernsehkonsum innerhalb ihres begrenzten Freizeitbudgets praktisch nicht ausgedehnt. Ein kleinerer, aber durchaus beachtlicher Teil mit größerem Freizeitbudget wie z.B. Hausfrauen und vor allem Rentner, weitete seinen Fernsehkonsum dagegen deutlich aus, wenn auch in der Regel nicht exzessiv. Eingespart wurde nach Selbstbeobachtungen vor allem beim „Bücher lesen" (10 Prozent), „ins Kino gehen" (9 Prozent) und „Kassette hören" (9 Prozent), seltener dagegen z.B. beim „Ausgehen - Kneipe, Disco" (5 Prozent), „Sport treiben, sich trimmen" (4 Prozent) oder „Besuche machen, bekommen" (4 Prozent). Seltener wurden „Kartenspiele, Gesellschaftsspiele" sowie „Musizieren, Singen" (!). Dabei handelt es sich aber wohl weniger um Auswirkungen des Kabelfernsehens als vielmehr um allgemeine Zeittrends oder saisonale Einflüsse. Der Bericht schließ mit der Bemerkung: „*Wohl gibt es jetzt gesteigerte empirische Evidenz, aber keine ausreichend, vor allem aber keine ausreichend langfristigen Wirkungsnachweise, insbesondere bei Kindern. Eine Fortführung der Begleitforschung ist deshalb unerläßlich. Dies gilt um so mehr, als das Kabelfernsehen im Laufe seines weiteren Diffusionsprozesses mehr und mehr auch die unteren sozialen Schichten erreicht, für die eine angemessene Bewältigung des erweiterten Fernsehangebots mit größeren Schwierigkeiten verbunden sein könnte, als dies bei den bisher in erster Linie untersuchten Kabelpionieren der Fall war.*"

Es macht uns den Eindruck, daß den von Albrecht Müller genannten Befürchtungen nicht nachgegangen wurde. Manipulation einer passivierten Zuschauermenge hat sich inzwischen ja mehrfach erwiesen, allerdings verstärkt durch andere Vorgänge wie das neuerliche Verbot von Volksabstimmungen, die politische Forderung an die (unabhängige!) Justiz, bei Widerstand gegen Asylantenmißbrauch und abgestrittenen offenkundigen Tatsachen scharf vorzugehen, bei Kriminellen dagegen verhindern, daß sie nicht zu lange im Gefängnis leben müssen.

● Welches Herz schlägt höher, wenn man an die **Vereinten Nationen** denkt oder an den Sicherheitsrat. Selbst „das geduldigste aller Völker" (Treitschke) kann da nicht mehr an Legitimität glauben, schaut man auf die Herkunft der Mitglieder oder auch auf die sechs Bevorrechtigten im Sicherheitsrat. Die verzweifelten Massenproteste rund um die ganze Erde etwa beim Ausbruch des angeblich von den Völkern gewünschten Golfkriegs strafen alle Selbstlobhudelei Lügen.

So, wie die deutsche Nation mit dem Wiener Kongreß mediatisiert war durch einen Fürstenbund, so ist auch heute kein einziges Volk auf der Erde ausgenommen von der Mediatisierung im Weltenbund durch die jeweilige Großloge. Während gerade die blutigsten jüngsten Ereignisse allen eine Lehre sein sollten, die mittlere Stufe des Weltgebäudes, die Völker, besonders zu stärken und lebensfähig zu erhalten, um eine völlige Degenerierung der Menschheit zu verhindern, strebt man überall zu einer weiteren Verflachung und Ohnmacht. Überall ist das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen den Mächtigen der maurerischen Reaktion auf der einen Seite und den Vertretern der Traditionen und der nichtmate-

riellen Werte augenfällig und wird tagtäglich deutlicher. Überschaut man die bisherige Laufbahn bei der Errichtung einer Neuen Weltordnung, so sind es diese Sorgen, die ausnahmslos allen Staaten der Erde vorgebracht und sogleich zum Verstummen gebracht werden. Und es ist eine zahlenmäßige Minderheit, die den Volkswillen — wenn nicht anders möglich, mit Panzern — niederwalzt. Wir haben den Eindruck: es geschieht aus philosophisch geborenem Irresein und aus krankhafter Machtgier.

„Weltweit arbeiten derzeit rund sieben Millionen Freimaurer in etwas mehr als 30.000 Logen. Daran sind die ‚Vereinigten Großlogen von Deutschland' mit etwa 18.000 Mitgliedern beteiligt." (472).

Die Freimaurerei in Osorno (Chile) hielt es für angebracht, sich Mitte 1991 zu Worte zu melden (473). Dabei liest man: *„Leider haben die Profanen eine falsche Meinung von uns, in erster Linie aus Unkenntnis. Wären sie auf dem Laufenden über das, was wir sind und was wir beabsichtigen, sie würden ohne Zweifel ihr Bild von uns ändern . . . Die Freimaurerei muß in Ruhe arbeiten und um diese Ruhe zu haben, braucht sie eine Abgrenzung und darf nicht gestört werden von Situationen, die Probleme schaffen könnten, die uns ablenken von der eigentlichen Diskussion, die uns interessiert. Darum können wir es nicht erlauben, daß man in unsere Zusammenkünfte eindringt. Und wir können auch nicht weitergeben, was wir tun. Einzig und allein aus diesem Grunde. Im Prinzip benötigen wir die gleiche Ruhe wie sie ein Wissenschaftler in seinem Laboratorium braucht . . . Die Auswahl besteht darin, daß wir einen guten Menschen suchen, um aus ihm einen besseren zu machen. Und das tun wir mit den Belehrungen und dem Zusammenleben, das wir mit Hilfe unseres Rituals vermitteln. Auf die Frage hin: Welche Themen schneidet der Orden bei seinen Belehrungen an?: Von philosophischen Gesichtspunkten bis hin zu Themen in Zusammenhang mit dem Alltag, doch immer behandelt in Zusammenhang mit der Form, die zwischen Personen Gültigkeit haben, die große Achtung haben vor Ideen. Das heißt, hier herrscht absolute Toleranz* (474) *bei der Berücksichtigung der Meinung eines jeden. Das ist die Grundlage."*

Was Herrn v. Weizsäcker vom „Nationalismus" abstößt, ist dessen Intoleranz. Muß er das sein?

● Also, da wären wir also nun angelangt: Alle bedeutenden Machtkonstruktionen (und darum wurden sie vielleicht bedeutend) haben in ihrer Kuppel die Form einer Freimaurerloge angenommen (mit Graden, Verschwiegenheit und Gehorsam), während diese Loge gleichzeitig der Masse die Freimaurerei verbietet. Beweise für diese Behauptung: Der bolschewistische Staat — das Dritte Reich — der Vatikan — das englische Weltreich.

An anderer Stelle dieses Buches haben wir auf den von Heise um 1920 geprägten Begriff der **Entente-Freimaurerei** hingewiesen als einer Degenerierungsform der Freimaurerei. Schon 1897 weist der deutsche Freimaurer Dr. Otto Kuntzemüller auf den Irrweg hin, den die **wahre Freimaurerei** mit dem angenommenen schottischen Ritus mit 33 Graden einschlug, *„das gerade Gegenteil wahrer Freimaurerei, wobei von dieser nur gewisse äußere Formen entlehnt wurden. Die wahre Freimaurerei hat nicht das geringste zu tun mit der Aftermaurerei des alten und angenommenen schottischen Ritus des Suprème Conseil de France und des Amerikaners Pike"*. Bedenkt man nach Kenntnisnahme dieser mehrfachen Warnungen von Freimaurern vor der maurerischen Entwicklung (die im Politischen mit Namen wie Versailles und Jalta identifiziert werden darf), daß die Freimaurerei, und insbesondere auch gerade die Deutsche, diese Warnungen in den Wind schlug, dann findet unsere Kritik Unterstützung aus den Logen selbst und man versteht, warum man Freimaurern verbietet, unsere Bücher zu lesen und zu besitzen. Und muß es der heutigen Freimaurerei abstreiten, Humboldt und Goethe zu den ihren zählen zu dürfen.

„Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, der ist zum Eckstein geworden.“ (Markus 12/10).

Doch die Freimaurerei als Organisationsform braucht keineswegs beschränkt zu sein auf wesentlich politische Gruppierungen, auf solche, die also die Weltbeherrschung anstreben. Nichts spricht dagegen, daß diese Form der Zusammenarbeit nicht genauso erfolgreich sein würde etwa bei wirtschaftlichen Vereinigungen. Warum soll nicht etwa Philips oder Shell oder Mercedes in der Führungsspitze nach Form einer Loge aufgebaut sein? Gehorsam und Verschwiegenheit als Kitt. Dann braucht man kaum noch zu befürchten, daß ein Direktor zur Konkurrenz abspringt.

Oder, daß politische Parteien sich derart aufbauen. Mit dem Thule-Orden war das ja schon einmal der Fall gewesen. Ohne welchen Hitler niemals so gradlienig an die Macht gekommen wäre.

Dem Beobachter der heutigen öffentlichen Szene scheint der Augenblick gekommen, daß derartige „Logenpersönlichkeiten“ entstehen. So etwa, wie es neben den natürlichen ja bereits die Jursitischen Personen gibt. Dann wird man überall **Staaten im Staate** entdecken, wird vielleicht sogar Logensekten erleben wie heute religiöse Sekten sprießen. Und es wird im Interesse des Alleinherrscheranspruchs der bisherigen Logen liegen, mit den allerschärfsten Mitteln und unter Einsatz der staatlichen Organe solche Konkurrenz zu liquidieren.

Die derzeitige Machtstruktur läßt sich schon heute überhaupt nicht mehr ohne Erwähnung der Freimaurerei korrekt beschreiben. Ein jedes Projekt durchläuft diese Phase. Erst, wenn es von dorther abgesegnet ist, hat es überhaupt Aussicht auf Durchführung. Diese erfolgte Absegnung ist keineswegs immer bereits aus dem Projekt als solchem ersichtlich, wenn es vorgestellt wird (etwa Entwicklungshilfeaufgaben). Sie werden daher sicherheitshalber — und zwar grundsätzlich in allen Fällen — auch immer zusammen mit Freimaurerzeichen und Freimaurerbegriffen vorgeführt. Ist das erfolgt, kommt die breite Unterstützung durch die Medien. Diese erfolgt dann von Anfang an mit einer derartigen Selbstverständlichkeit im Unterton, daß Zweifel an der Notwendigkeit und Realisierbarkeit gar nicht erst auftauchen. Es bedarf darum größter Aufmerksamkeit und direkter Überprüfung durch die jeweils Betroffenen, um festzustellen, ob reale Vorteile oder Nachteile bestehen. Auf die logengenehmigten Veröffentlichungen ist überhaupt kein Verlaß. Dazu gibt es umfangreiche und sehr bedauerliche Beweise. Man denke nur an die Kontroverse mit der Kernenergie oder auch die seit Jahrzehnten in Milliardenhöhe laufende, „tödliche“ Entwicklungshilfe. Die herrschende Freimaurerei handelt anonym, ist in keinem Falle an irgendwelche Verpflichtungen zugunsten wertevoller Lebenseinrichtungen wie etwa Volk, Familie, Volksgesundheit, Verbrechensschutz oder auch Religion gebunden. Es ist außerordentlich schwer, diese Lage in ihrem vollen Ernst klar zu machen. Eine technisch außerordentlich stark weiterentwickelte Gesellschaft trifft Entscheidungen nach Gesichtspunkten und durch einen Personenkreis, die im Dunkeln bleiben! Es kommt dennoch trotz dieses Geheimschutzes immer wieder zu widerstandsähnlichen oppositionellen Protesten, manchmal sogar von Personen, die nach einem Denkumweg für ihr Bremsen ebenfalls den Zeigefinger benutzen, um durchkommen zu können. Sie werden in allen Fällen sofort von allen Seiten her angegriffen, mundtot gemacht, ohne daß bei solchen Wortgefechten der eigentliche Motor hinter dem Vorgang weder bei den Gegnern noch bei den Befürwortern ausgesprochen wird. Der gerade ausgetragene Kampf um eine Schließung der deutschen Grenzen gegen unliebsame Einwanderer („Asylanten“) bietet dafür viele Beispiele.

Es beginnen problematische Jahre. Wir sind Zeugen einer weltweiten Tragödie, einer **Weltstaat-Tragödie.** Sie folgt uns Deutschen auf eine Staatstragödie. Die Pfeiler unserer Bildung, griechische Philosophie, römisches Recht, christliche Nächstenliebe waren außer

Kurs gesetzt worden zugunsten von anderen: germanische Manneszucht, völkischer Zusammenschluß, Lebensraum für das eigene Volk, Führerbefehle, Gemeinnutz. Und dann wurden auch diese Pfeiler unserer staatlichen Existenz wieder gestürzt. Und an ihre Stelle trat die Verachtung völkischer Kultur, die Anbetung der Zinsherrschaft, die Hinnahme der Verfälschung unserer Geschichte durch unsere Sieger. Das alles gestützt auf eine Geheimgesellschaft übernationaler Prägung. Diese wollte nicht genannt werden. Nur so meinte sie, die Dinge vorantreiben zu können. Doch der Weg wurde immer waghalsiger, entfernte sich immer weiter von den Lebenswünschen der Menschen und der Völker. Die Folge ist, daß man immer häufiger auf das Wort „Freimaurerei" stößt. Jörg von Uthmann berichtet am 4. Mai 1991 in der FAZ:

„Der ‚Economist' rügt **das Europäische Parlament** *wegen seiner aufgeblähten Bürokratie und leichtfertigen Ausgabenpolitik. Davon hatte man schon gehört. Neu ist der Vorwurf, in der Personalpolitik spielten die Freimaurer eine bedenkliche Rolle. Sich mit ihnen anzulegen, könne der Karriere empfindlich schaden. Als Beleg schildert die für ihre Seriosität bekannte Zeitschrift den Fall eines leitenden französischen Beamten, der siebenstellige Summen auf ein Privatkonto abzweigte, aber trotzdem nicht entlassen werden konnte, da seine Logenbrüder ihn schützten."*

„Überraschend schnell entstanden in Osteuropa wieder die ersten Freimaurerlogen nach einem fast halbhundertjährigen Verbot."

„In **Ungarn** *wurde am 27. Dezember 1989 in Budapest die erste Bauhütte feierlich eingeweiht unter der Mitwirkung vieler Gäste aus dem Ausland und einer starken argentinischen Delegation einschließlich des Großmeisters der argentinischen Großloge, Alejo Neyeloff. In Belgrad fand am 24. Juni 1990 die Lichteinbringung der ersten Loge* **Jugoslawiens** *statt. Am 13. Oktober 1990 war in Prag die Aufstellung der Säulen der Großloge der* **Tschechoslowakei** *(!) vollzogen worden und die Interessierten aus dem Gebiet der bisherigen* **DDR** *ließen sich in Logen der BRD initiieren, um damit die Eröffnung von Logen in den neuen Ländern der BRD zu ermöglichen."* (475).

Wir hatten bereits mitgeteilt, wie ein chilenischer Meister vom Stuhl seinen Bund sah. Wir bringen jetzt ähnlich unschuldige Bemerkungen des neuen Großmeisters der österreichischen Freimaurerei, Heinz Scheiderbauer, die er am 24.3.1991 dem „Kurier" in Wien gegenüber machte: *„Kurier: ‚Warum sind Sie Freimaurer?' ‚Aus einer aktuellen Umfrage geht hervor, daß 30% der Österreicher nach einem Sinn im Leben suchen. Unter diesen wird man auch die Freimaurer finden. Wir sind keine Partei und keine Konfession, die eine bestimmte Lehre vertritt, sondern Individualisten, die es reizvoll finden, mit anderen Individualisten zusammenzukommen und einen Gedankenaustausch zu pflegen, ohne daß einem etwas aufgezwungen wird . . . Wir haben keine politischen Ziele. Wir bemühen uns, die Welt zu verbessern, aber auf dem Wege der Verbesserung des einzelnen. Politik wird bei uns nicht gemacht."* Dazu sachlich:

„Im Herbst 1987 ereignete sich ein ‚Mißgeschick', das erneut die führende Rolle der Logen bei der vielgerühmten europäischen Einigungspolitik ans Licht brachte. Sehr viele, aber immerhin nicht alle Abgeordneten des Europa-Parlaments in Straßburg sind Logenbrüder. Wie viele es sein werden, läßt sich ungefähr durch Vergleichszahlen ermitteln. Wenn nach Wichtl (1919, S. 78) im Jahre 1919 das US-Repräsentantenhaus mit 213 Logenbrüdern zu fast zwei Dritteln und der US-Senat mit 48 Schürzenträgern mehr als zur Hälfte freimaurerisch besetzt war, kann man daraus seine Schlüsse auch für das Europa-Parlament siebzig Jahre später ziehen." (476).

Obwohl Herr Scheiderbauer so unschuldig und friedvoll tat, drang doch so einiges aus dem österreichischen Logenleben nach draußen. Er wurde in einer um zwei Jahre vorgezogenen Wahl gewählt, weil sein Vorgänger Ärgernis hervorgerufen hatte. Und die „Wo-

chenpresse“ kann amüsiert davon berichten, welche Anstrengungen der Wiener Nacht- und Nacktlokal-König Schimanko macht, um Freimaurer zu werden. Als das in Wien in Erinnerung an Bruder Massenmörder Proksch und andere nicht möglich war, brachte man ihn in einer Münchner Filiale der Vereinigten Großlogen von Deutschland unter.

Kein Wunder, daß es unter solchen Umständen Stimmenzuwachs bedeutet, wenn der Kärnter FPÖ-Kandidat Jörg Haider verspricht, *„er werde Österreich von den Logenbrüdern befreien.“* (Rot 7 Press, Wien).

Nicht nur Nacktkultur wird tolerant in den Pluralismus der Freimaurerei hineingenommen. Das pausenlose Jogging aller Logen bei der Förderung entarteter Kunst war bereits mehrfach unser Thema. Es geht einher mit der Untergrabung abendländischer Kultur durch so manche Falschunterrichtung über ehrwürdige Kunstwerke. Wenn man von der Leere weiß, die den Freimaurern als „Tradition“ zur Verfügung steht, so nimmt es nicht Wunder, daß man sie auf Schritt und Tritt auf fälschenden Bemühungen ertappt, eine solche zu konstruieren. Wir griffen das Thema bereits auf bei der Erwähnung der **Tempelritter** als angebliche Ahnherren ihres Bundes (477). Sehr gerne fühlt sie sich darum auch als Erbe der **griechischen Philosophie** und bemüht sich darum, dieser einen größeren Einfluß zuzuschreiben als ihr in unserer Kulturgeschichte zukommt. Wie selbstverständlich wird heute so eines der bedeutendsten Gemälde Raphaels vorgestellt als **Schule von Athen.**

Wir erwähnten diese Manie bereits in XI, 52. Die Zeitschrift „Mut“ war stolz auf dieses Kunstwerk und führte es als Huldigung an Aristoteles und Plato vor. Nur eben, auch hier gibt es einiges richtigzustellen. Das Gemälde hat nämlich zu Lebzeiten Raphaels keineswegs den ihm später angedichteten Namen „Schule von Athen“ getragen. *„Es handelt sich vielmehr* (so der deutsche Kunsthistoriker Herman Grimm in der illustrierten Phaidon-Ausgabe über Raphael), *um des Paulus Eintritt unter die athenischen Philosophen, also um einen eindeutigen christlichen Inhalt. Es ist ein Bild des historischen Vorganges, wie ihn Kapitel 17 der Apostelgeschichte erzählt, und zugleich, anknüpfend an dieses Ereignis, eine symbolische Darstellung der siegreichen Berührung christlicher und heidnischer Philosophie . . . Die Hauptfiguren sind Petrus und Paulus, nicht Plato und Aristoteles, wie Herman Grimm ausführlich erklärt.“*

Geradezu widerlich ist es, zu erleben, daß die Freimaurerei — wie auch in diesem Falle völlig unangefochten von wissenschaftlichen, völlig einwandfreien Widerlegungen ihrer Fälschungen, davon überhaupt keine Notiz zu nehmen pflegt, und dann, wenn sie meint, die Stimme der Wissenschaft sei vergessen worden, wieder — mit voller Unterstützung von Freimaurerorganen wie etwa dem Börsenverein des deutschen Buchhandels und den von ihm abhängigen Kunstverlagen, erneut mit den alten Lügen hervorkommt. Immer wieder ist es das gleiche Bild einer dressierten Herde, die meint, mit der gesamten abendländischen Kultur machen zu können, was ihr in ihren Weltplänen zusagt. Der Leser wird sich erinnern, wie wir erst in unserem vorigen Buch („Die Unvollendete“, S. 106) auf die Fälschungen in Bezug auf die zu tschechischen Reliquien umgefälschten Reichskleinodien hinweisen mußten. Man muß es als recht bedauerlich empfinden, daß es derzeit unseres Wissens keinen deutschen Wissenschaftler gibt, der sich laufend der Klärung solcher immer wieder aufgestellten Fälschungen widmet. Es gibt wohl auch keine entsprechende Zeitschrift als Sprachrohr einer Kulturpolitik, unabhängig von freimaurerischen Falschinterpretationen. Die Gründe sind auch da eindeutig. Die „deutschen Historiker“ (siehe XII, 12) stehen in ihrer abfälligen Bewertung durch uns nicht alleine da. Dabei geschieht dieses alles mit dem eindeutigen Ziel, dem deutschen Volk die stärkste Überlebenswaffe aus der Hand zu schlagen: seine kulturelle Tradition. Spreu vor dem Winde will man aus ihm machen. Daß die Mehrzahl unserer Volksgenossen überfragt ist bei der Stellungnahme zu solchen Probelmen, kann kaum als Vorwurf ausgesprochen werden. Auch ist diese

zersetzende Taktik ganz allgemein heute üblich bei allen Kulturvölkern. Die brutale Vernichtung unschätzbarer Kulturdenkmäler im Irak durch die apokalyptischen Vorreiter der Neuen Weltordnung gehört zu diesem Thema. Einen ernsten Vorwurf aber muß man allen jenen machen, von denen man nach ihrer Stellung im Leben der Nation als Herausgeber von Zeitschriften usw. erwarten sollte, daß sie sich informieren, wenn man ihnen Bücher mit solchem Inhalt zur Verfügung stellt, um dann die Richtigstellungen in das Volk zu tragen.

Wenn freiwillige Mitarbeit fehlt, wachsen **die Kosten** einer Planung. Wenn man alles über den Leisten der Rendite spannt, dann werden sofort Milliarden aus Millionen. Das Anwachsen der deutschen Haushaltszahlen in den letzten beiden Jahren ist dafür ein beredtes Beispiel. Wenn man die Fühlung mit den Menschen verliert und alles nur noch in Geld abwiegt, dann wird eine Planung zum Schacherobjekt und bei jeder Stufe des Vorgangs gilt das höchste Gebot. So versteht es sich, daß die Planung einer Neuen Weltordnung teuer zu stehen kommt, ja heute bereits viel mehr Geld kostet, als durch Arbeit geschaffen werden kann. Die Folge ist eine allgemeine Verarmung. Je größer diese Probleme werden, je enger die Welt und der Handlungsspielraum werden, je höher darum die Summen ansteigen, um immer weiter fortrückende utopische Ziele zu erreichen, je klarer es darum auch dem einzelnen wird, daß die sauberen, ehrlichen Verdienste aus der Produktion nicht ausreichen, um die Summen zu bezahlen, die die ehrgeizigen Pläne erfordern, um so mehr wird sich die eigentliche Herrschaft dieser Welt daran machen **müssen**, um auf zweifelhafte Weise, durch Mißbrauch ihrer Autorität, sich aus dem allgemeinen Verfall herauszuhalten und wird durch immer deutlichere Gesetzesverletzungen versuchen, für sich selbst Geld aus den öffentlichen Kassen herauszuholen. Auf der ganzen Welt häufen sich darum die gigantischen Korruptionsfälle. Der bis jetzt letzte heißt „Maxwell" — Gesamtschuld etwa 3 Md. Dollar. Am gleichen Tage verkündet der Weltwährungsfonds, daß er mehr Geld braucht. Neue Weltordnung?

● Die Vereinigten Großlogen von Deutschland lassen in dem Bauhütten-Verlag GmbH, Postfach 1365, D-4400 Münster 1 ein **Merkblatt für den Todesfall** eines Bruders vertreiben. Einleitend heißt es in der diesbezüglichen Sendung:

> Die Erfahrung zeigt, daß nach dem Ableben eines Bruders die Hinterbliebenen in Unsicherheit und Ratlosigkeit über die an sie herantretenden Fragen sind.
>
> Die Bruderschaft der Freimaurer sieht es für ihre Pflicht an, hier zu helfen.
>
> Jeder Bruder hat durch die Ausfüllung der nachfolgenden Seiten die Möglichkeit, seine Wünsche an einem Ort niederzulegen, der vor Einsichtnahme geschützt ist. Ein Duplikat dieses Merkblattes sollte jedoch bei dem Aussteller verbleiben.
>
> Die Niederschrift ist in einem zweifachen Umschlag, der versiegelt werden kann, der Loge einzureichen.

Sodann folgt ein Katalog von insgesamt 28 Fragen, den wir hier ohne den freigelassenen Zwischenraum zwischen den Fragen wiedergeben:

1. Mein Testament ist beim Amtsgericht/Notar hinterlegt. Anschrift:
 Mein Testament befindet sich:
 (Wenn ein Testament vorhanden, aber nicht bei einer öffentlichen Stelle hinterlegt worden ist, so ist es unverzüglich beim Amtsgericht einzureichen).
2. Erbscheine müssen beantragt werden von:
3. Als Testamentvollstrecker bestimme ich:
4. Ergänzungen bzw. Abänderungen meines Testaments befinden sich:
5 Aufzeichnungen für die Hinterbliebenen befinden sich:
6. Ich wünsche beerdigt/verbrannt zu werden. (Bei einer Verbrennung ist eine Willenserklärung erforderlich. Diese befindet sich . . .)
7. Ich wünsche eine Trauerfeier:
 a) gem. kath./evang. Brauchtum
 b) mit Kettenbildung und die Niederlegung von Rosen
 c) nach freimaur. Brauchtum
 d) mit einem weltlichen Redner
 e) mit einem konfessionellen Redner
 (Gewünschtes kenntlich machen)
8. Für die Gestaltung der Trauerfeier wünsche ich:
9. Als Geistlichen empfehle ich:
10. Als Redner erbitte ich
11. Für die Trauerfeier sind zu berücksichtigen:
 (Bibelstellen, Kirchenlieder, Musik)
12. Meine letzte Ruhestätte soll sein auf dem Friedhof:
 a) Graburkunde mit Grabnummer befindet sich:
 b) Ich wünsche ein Einzel/Doppel-Grab
 c) Mein Grabstein soll die Inschrift tragen:
 d) Ich wünsche eine Beisetzung im Urnenhain/Erdbestattungshain/ Bestattung auf See:
 e) Ich überlasse diese Entscheidung meinen Angehörigen Ja/Nein
13. Zur Erlangung von Sterbeurkunden benötigen meine Angehörigen folgende Papiere:
 Personalausweis oder Reisepaß
 Ärztlicher Totenschein
 für Ledige die standesamtliche Geburtsurkunde
 für Verheiratete die standesamtliche Heiratsurkunde oder das Familienbuch
 für Verwitwete die Heiratsurkunde und die Sterbeurkunde des verstorbenen Ehepartners
 für Geschiedene die Heiratsurkunde und das Scheidungsurteil mit Rechtskraftvermerk
 Diese Urkunden befinden sich:
14. In folgenden Zeitungen sollen Todesanzeigen erscheinen:
15. Für Inhalt und Form einer Traueranzeige wünsche ich:
16. Es sind gedruckte Todesanzeigen zu versenden: Ja/Nein
 Die wichtigsten Anschriften sind am Schluß dieser Niederschrift vermerkt.
17. Folgende Vereine und Organisationen sind zu benachrichtigen:
18. Meine folgenden Mitgliedschaften sind zu kündigen:
19. Es bestehen im Falle meines Todes Ansprüche gegenüber
 a) Krankenkasse (Serbegeld)
 b) Bestattungskostenversicherung
 c) Lebensversicherung

Name und Anschrift der Versicherungen:
Die Policen liegen:
(Um diese Ansprüche geltend machen zu können, sind erforderlich: Mitgliedbescheinigung oder Krankenscheinheft der Krankenkasse, Versicherungspolicen oder Mitgliedsnachweis von Lebens- oder Sterbegeldversicherungen mit den letzten Beitragsquittungen oder Überweisungsbelegen. Mitgliedsausweise von Organisationen oder Verbänden, die ein Sterbegeld gewähren, mit den letzten Beitragsquittungen oder Überweisungsbelegen.) (Dazu ist jeweils eine Sterbeurkunde erforderlich).

20. Für Rentner:
Bei Rentenbezug ist die zuständige Rentenrechnungsstelle zu benachrichtigen. Nach Ableben des Rentenempfängers dürfen Rentenzahlungen über den Sterbemonat hinaus nicht mehr in Empfang genommen werden. Die Witwe eines Rentenempfängers aus der Rentenversicherung der Arbeiter, Angestellten oder Knappschaft erhält nach den zur Zeit gültigen Bestimmungen für die ersten drei Monate anstelle der Witwenrente eine Zahlung in Höhe der dreifachen monatlichen Versicherungsrente des Verstorbenen, **wenn der Antrag innerhab von 14 Tagen** nach dem Ableben des Berechtigten unter Vorlage der Sterbeurkunde bei der Rentenrechnungsstelle gestellt wird. Danach ist der Antrag auf Witwenrente baldmöglichst einzureichen. Hierfür sind im allgemeinen die Versicherungsämter der Städte und Gemeinden oder die jeweiligen Versicherungsältesten zuständig.
Die Unterlagen für die Rente befinden sich:

21. Hinweise für beamtenrechtliche Vorschriften:
Es ist das Landesverwaltungsamt bzw. zuständig.
Die Unterlagen befinden sich:

22. Ich unterhalte Konten bei den Banken (bitte mit Kto. Nr.):

23. Vollmacht über meine Konten hat:
(Es ist empfehlenswert, frühzeitig der Ehefrau oder einem Dritten eine wirksame Vollmacht über den Tod hinaus zu erteilen).

24. Folgende Daueraufträge müssen bei der Bank, der Sparkasse oder dem Postscheckamt widerrufen oder geändert werden:

25. Folgende Zeitschriften oder ähnliche periodisch erscheinende Veröffentlichungen müssen gekündigt werden:

26. Ich war Beitragszahler für eine Versicherung meiner Kinder.
Name und Versicherungsnummer:
Die Versicherung sollte fortgesetzt werden: Ja/Nein
Der Rückkaufwert sollte geltend gemacht werden: Ja/Nein
Die Entscheidung soll den Erben überlassen bleiben: Ja/Nein

27 Für die Bestattungskosten kann eine Beihilfe beantragt werden bei:
Die Bestattungskosten können als außergewöhnliche Belastung bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer berücksichtigt werden.

28 a) Meine mir von der Loge überlassenen Dinge (Maurerische Bekleidung, Bücher, Mitgliederverzeichnisse), die der Loge zurückzugeben sind, befinden sich:
b) Ich wünsche, daß mir meine freimaurerische Bekleidung mitgegeben wird. Ja/Nein
c) Ich wünsche, daß mein freimaurerischer Schurz und das mir von der Loge verliehene Bijou und Ehrenzeichen bei der Trauerfeier den Sarg zieren: Ja/Nein
d) Ich vermache der Loge:
Ich vermache dem Deutschen Freimaurer-Museum:
Ich vermache dem Freimaurerischen Hilfswerk:

Dazu ist folgendes zu sagen: Interessant ist wohl nur die Ziffer 28 d, wo Vermächtnisse zugunsten der Loge u.a. enthalten sind. Diese Vermächtnisse sind ungültig, da sie nicht der gesetzlich vorgeschriebenen Testamentsform (eigenhändige Abfassung und Unterschrift) entsprechen. Denn der Satz „Ich vermache der Loge . . ." ist vorgedruckt und die Unterschrift auf Seite 2 (Ich bitte den Bruder . . . gemäß meinen Wünschen — im Einvernehmen mit meinen Hinterbliebenen — zu verfahren. Unterschrift) betrifft lediglich die Anweisung an den beauftragten Bruder. Mit dieser Art von Vermächtnis kann der beauftragte Bruder recht wenig anfangen, da dieses nirgendwo als gültig anerkannt wird. Man fragt sich, welchen Sinn diese Art von Vermächtnis haben kann, da der Abfasser des „Merkblatts" mit Sicherheit um die Formungültigkeit wußte. Soll also das Vermächtnis einen Sinn erfüllen, so wohl nur dadurch, daß irgend jemand die Vermächtnisanweisung befolgt, also etwa sich der eingesetzte Erbe dem freiwillig unterwirft. Dabei fragt sich natürlich, weshalb dann nicht gleich ein Testament, auf das ja weiter vorn hingewiesen wird, eine entsprechende formgültige Vermächtnisordnung getroffen wird. Der Sinn könnte nur sein, daß die Loge nach außen hin nicht in Erscheinung treten will. Dabei riskiert sie allerdings, daß sich der Erbe nicht an die formungültige Vermächtnisanordnung hält. Eine andere Möglichkeit wäre die, daß der Verstorbene irgendwelche dritten Personen nicht bekannte Vermögenswerte besitzt. Zu denken wäre etwa an Anonymkonten oder ähnliches.

Bezeichnend ist möglicherweise, daß die betreffenden Vermächtnisse erst in der letzten Ziffer des Merkblatts erwähnt werden, während die übrigen 27 Ziffern „harmloser" Natur sind. Es ist auch nicht ersichtlich weshalb, obwohl unter Ziffer 3 ausdrücklich angegeben ist, wer als Testamentsvollstrecker bestimmt werden soll, dann gewissermaßen ein Obertestamentsvollstrecker in Person des „Bruders, der den Hinterbliebenen mit Rat und Tat zur Seite stehen soll", beauftragt wird.

● Die Neue Weltordnung hat eigentlich keinen festen Organisationsplan. Schon gar nicht hat sie eine **Verfassung**, es sei denn, man bezeichne die Erklärung der Menschenrechte als solche. Es liegt nahe, die bereits bestehenden Weltorganisationen als Teile oder wenigstens als Vorläufer für eine Weltordnung anzusehen. Will man das tun (und es gibt beachtliche Stimmen im Erdenrund, die da Änderungen wünschen), so bestünde die Pflicht eines jeden Staatsmannes dem von ihm vertretenen Staat gegenüber, Ursprung und Herkunft sowie etwa vorliegende konkrete Veranlassung, sich dieser Organe zu bedienen, klarzustellen.

Deutsche verantwortungsbewußte Politiker würden dann als allererstes auf die „Vereinten Nationen" und dort auf die **„Feindstaatenklausel"** stoßen, derzufolge Deutschland eine untergeordnete Rolle in dem bestehenden Weltschema spielt. Daß trotzdem Deutschland sich an dieser Organisation beteiligt, bringt seine Diplomatie in den Verruf, nicht deutsche, sondern fremde Interessen zu vertreten. Daß es sich hierbei nicht um die einzige Unstimmigkeit handelt, mit der wir international tätig werden sollen, haben uns die Vorgänge um Jugoslawien deutlich gezeigt. Die Mißachtung nationaler Werte ist nicht nach dem Geschmack eines Volkes, dem deswegen seine staatliche Einheit versagt wird. Daß der Feind sogar in der Burg lebt, hat uns der Bundespräsident Weizsäcker klar gemacht, als er meinte, der Dritten Welt sagen zu müssen, *„sie soll nicht allzuviel Wert auf nationale Gefühle legen."*

„Über den Nutzen der Nationalismen" schreibt der uns bereits bekannte amerikanische Zeithistoriker **Francis Fukuyama** (478): *„Es ist wichtig, daß wir fähig sind, den Unterschied zwischen Imperialismus und legitimen nationalen Interessen zu erfassen! Keine einzige russische Regierung kann unberührt bleiben von dem Schicksal von 30 Millionen Volksgenossen außerhalb der Republik, genauso wie die nordamerikanische oder die französische Regierung es bleiben gegenüber der kleinen Handvoll von Geiseln im Liba-*

non . . . Es ist ein beachtliches Schicksal für den Westen, daß der russische Nationalismus eingefangen wurde von einem liberalen Politiker wie Jelzin und nicht ausgebeutet von einem Demagogen wie Milosevic. Diese Erdhälfte muß die instinktive Furcht vor dem Nationalismus überwinden. Die westlichen Regierungen würden nichts damit gewinnen, wenn sie gegen den Strom schwimmen würden und politische, ‚internationalistische' Konstruktionen wie das alte Jugoslawien oder die sowjetischen Federationen stützten, denn deren Zeit ist abgelaufen . . . In Regionen wie denen Osteuropas und der Sowjetunion sind die gegenwärtigen nationalistischen Kämpfe die unbedingt notwendigen Prämissen für das Entstehen stabiler Demokratien in der Zukunft — so wie es in Westeuropa im vorigen Jahrhundert der Fall war." Fukuyama ist bei weitem nicht der einzige, der massiv davor warnt, die nationalen Wünsche der Völker zu übersehen.

In dieser Lage ist es hilfreich, die Erfahrungen heranzuziehen, die Europa in der vorigen Generation sammeln konnte. Damals kam es zur *„kleinasiatischen Katastrophe"*, *„weil man in einer Zone, wo die Autorität der Alliierten nicht zur unmittelbaren Auswirkung gebracht werden konnte, sich nicht auf die Zustimmung und die Interessen der dortigen Bevölkerung stützte."* (479). Einen solchen Fehlschlag hätte man nach dem I. Weltkrieg verhindern können, wenn man die Memoranden von Lord Curzon berücksichtigt hätte. Und da heißt es nun in dem Kommentar von Nicolson (S. 79) wörtlich: *„Die von Curzon vorgeschlagene Lösung beruhte . . . auf dem Grundsatz der Zustimmung. Anstatt den orientalischen Nationalismus in die Opposition zu treiben, waren es gerade diese Elemente des Nationalismus, auf die allein eine dauerhafte Lösung aufgebaut werden mußte.*" Es verlohnt, diesen Satz zweimal zu lesen. Von dem Aufbau einer dauerhaften Lösung auf den Elementen des Nationalismus ist da die Rede.

Diese Lehre bewahrheitet sich nicht nur auf dem Gebiet des ehemaligen Ottomanischen Reiches, sondern auch auf dem Balkan. Weder die Tschechoslowakei noch Jugoslawien hatten einen dauerhaften Untergrund. Und wir erleben es heute, daß die Nachfolger der Stümper von 1919 erneut um die heiligsten Wünsche der Völker herumgehen, um ein Wahngebilde **Europa** aufzubauen, das seinen gedanklichen Ursprung jenseits des Ozeans hat. Über Gebühr empfindlich gegen den Vorwurf, etwas im Widerspruch zur „Philosophie" anzugehen, verlieren die europäischen Außenminister den Sinn für die Realität und verschließen ihre Augen vor den todsicheren Folgen ihrer Unterlassungen. Und — schlimmer noch in der direkten Wirkung in einem „demokratischen" System — ist das sofort ganz allgemein erfolgende Mitziehen bei den an sich sachkundigen Geschichtsignoranten in den Redaktionen der Zeitungen und Fernsehkanälen. Wie bei den Seilschaften im Hochgebirge helfen sie sich gegenseitig den steilen Hang hinauf zur Verwirklichung eines Kunstprodukts, nicht aus Überzeugung, sondern weil die Leithammel es befahlen. Wer in einer solchen Meinungsdiktatur die Produkte eigenen Nachdenkens vorzubringen wagt, kann beruflich erledigt sein.

Es wäre völlig irreführend, in solcher Lage noch etwa von den „Methoden" der deutschen (usw.) Außenpolitik zu sprechen. Die „Methoden" bestehen darin, so wenig wie möglich Eigeninitiative zu entwickeln, zugleich aber einen Strauß anerkannter genehmigter Definitionen für den Inhalt von Kongressen, Reden usw. zu finden und sich damit zu schmücken. Wo das nicht genügt, ist wieder einmal eine Reise in die andere Hauptstadt usw. fällig, um sich im direkten Gespräck „klarer" ausdrücken zu können. Keine frühere Weltordnung sah so komisch aus. Es gab da die von Alexander dem Großen, von Cesar, von Karl dem Großen, von Karl V., der Pax BritanNica. Immer sah die Menschheit hinauf zu ihren jeweiligen Führern. Diese waren stark, sauber, ehrlich, hart, reich. Heute wird eine Weltordnung erstrebt von dem Präsidenten eines Staates, der durch und durch korrupt, mit Schulden überlastet und verdreckt und verlaust ist und der den Weltpreis an Kriminali-

tät erwarb. Und rundherum bemühen sich die Mitläufer, nur nicht einen saubereren und aufsteigenderen Eindruck zu machen. Und während man Weltfrieden anstrebt, werden ganze Völker dezimiert, ohne daß ein einziger Soldat zu ihrer Hilfe eingesetzt wird.

Daß man die Warnungen Fukuyamas zur Kenntnis nimmt, und trotzdem nicht auf sie eingeht, liegt daran, daß die politische Haltung vieler hoher Beamter nicht das Ergebnis von sachlichen Erwägungen ist, sondern diktatorisch aus einer anderen Tiefe kommt. Im November 1982 heißt es im Mitteilungsblatt des Groß-Orients in Paris, „Humanismus": *„Alle Begriffe wie ‚Rasse', ‚Landesgrenzen', ‚soziale Klassen' usw. müssen beseitigt werden, um einer weltweiten Integration Platz zu machen. Darin besteht die große Revolution unseres Zeitalters, die wahre Revolution, die uns aufgetragen ist."* Dieser Satz enthält eine Unrichtigkeit. Das, was hier als „große Revolution unseres Zeitalters" bezeichnet wird, ist eine revolutionäre Forderung, die seit den Tagen der Amerikanischen Unabhängigkeit (wenn wir nicht zurückgehen wollen auf Besold und Comenius und Hartlib, Vaclav Havel tut es. Siehe III, 70 ff.) politisches Ziel der Freimaurerei ist. Neu ist heute nur, daß sich die Widerstände gegen eine Verwirklichung dieser Weltpläne (dank des beunruhigenden Zusammenbruches eines philosophischen Zweiges des Weltenbaues und zwar ausgerechnet desjenigen, der dem Groß-Orient besonders ans Herz gewachsen war) um ein Vielfaches vermehrt haben. Zweifel an ihrer Verwirklichung erscheinen den Brüdern selbst berechtigt. Die Kosten einer solchen Revolutionierung der Welt, die ohnehin schon bisher an Blut und Gut sehr hoch waren, werden also jetzt noch einmal um ein Mehrfaches steigen. Eine recht grausige Chymische Hochzeit. Es gibt Freimaurer, die dieses Risiko trotz aller beabsichtigten Abtötung ihrer menschlichen Gefühle sehen, und die sich deshalb darum bemühen, das utopische Ziel nicht etwa aus den Augen zu lassen, sondern auf dem nicht so steilen Wege über den Einbau einer nationalen Stufe zu erreichen. Denn Logendiplomatie hat zwei Gesichter. Da wird die Loge zum Werkzeug diplomatischen Handelns und da steuert die Loge den Inhalt zu den Weltplänen bei. Was heute verlangt wird, ist ein teilweiser Wandel des Inhalts. Doch die Organisation der Loge, das Geheimnis ihrer unschlagbaren Stärke soll nicht angetastet werden.

Ein solcher Umbau des Weges zu Utopia bedeutet angestrengte geistige Arbeit. Die Weltfreimaurerei benötigt darum heute dringender noch als bisher, Denker. Es ist nicht unbekannt, daß man Ausschau nach solchen hält. Der laufende Umbau der Teilnehmer an den Bilderbergersitzungen und an den Sitzungen der Trilateralen zeugt von dieser Sorge.

In diesem Weltenaugenblick ist die Freimaurerei in vielen maßgeblichen Gremien allerdings noch sehr weit davon entfernt, ans Umdenken zu gehen und klein beizugeben. Sie tut zunächst das, was in ähnlicher Lage alle Diktatoren taten: sie verfolgt die harte Linie, und rennt gegen die Geschichte an. In Los Angeles hat sie sich denn auch eiligst ein Organ geschaffen, das dafür sorgen soll, daß weltweit die Redakteure nicht umfallen. Schon der Titel zeigt, daß es sich um eine kristallklare Freimaurerveröffentlichung handelt: „Times Mirror Center for the People and the Press". Wir wissen, daß DER SPIEGEL ein freimaurerisches Symbol darstellt. (480). Ein grundsätzlicher, weltweit versandter Artikel ‚Der Puls Europas' nagelt Ende Oktober 1991 den empfangenden Redakteuren die zu befolgenden Richtlinien fest. *„Die Bedrohung durch den Nationalismus verdüstert Europa", heißt es darin. Nationalismus bedeutet nichts anderes als ‚Alter Haß'. Demgegenüber stehen die ‚neuen Toleranzen' der europäischen Zusammenschlüsse."*

Vor dem holländischen Parlament stößt der Internationalist George Bush in das gleiche Horn: *„Der Sturz der kommunistischen Regierungen öffnete Europa die Büchse der Pandora voll alten ethnischen Hasses"* und warnt vor dem Abgleiten in Rassismus und Antisemitismus. *„Im neuen Europa ist kein Platz für die alten Feindseligkeiten. Die Länder im Osten müssen sich ein Beispiel nehmen am Westen, wo es der Demokratie gelang* (am An-

fang dieser Überrollung stand die blutige Französische Revolution), *diese Rivalitäten zu überwinden. In seiner überholten Sicht nannte er den Fall Jugoslawiens, ‚wo im Namen eines ehrgeizigen Nationalismus ein Land (?) in einen blutigen Bürgerkrieg stürzte.*" (481).

Ob nun gerade die **Vereinigten Staaten** die richtigen sind, um eine Neue Weltordnung aufzubauen, das ist manchem Beobachter noch nicht so ganz sicher. Der österreichische Kommentator Staberl (482) meint zu dem Thema: *„Die tatsächlich neue Weltordnung Amerikas aber ist etwa an der Hand der Invasion von* **Panama** *zu erkennen, wo bis heute zehntausend amerikanische Besatzungssoldaten stehen. Oder nach der wahrhaft miserablen Haltung, die Amerika im sogenannten Fall* **Waldheim** *gegen den Kleinstaat Österreich eingenommen hat* (Waldheim wurde auf jüdischen Druck hin die Einreise in die USA verboten, weil der österreichische Bundespräsident und ehemalige Generalsekretär der UNO im II. Weltkrieg deutscher Offizier gewesen war) . . . *Mein absolutes Mißtrauen in die Fähigkeit Amerikas, jetzt schon wieder einmal seine ‚Neue Weltordnung' zu installieren* (die letzte wurde nach dem Sieg von 1945 geschaffen), *gründet sich aber vor allem auf Tatbestände, die mit Österreich überhaupt nichts zu tun haben. Ich glaube deswegen nicht an diese Fähigkeit, weil Amerika ja nicht einmal imstande ist, in seinem eigenen Land Ordnung zu schaffen . . . Wie kann sich ein Land erdreisten, mit Hilfe einer neuen Ordnung die Welt sanieren zu wollen, das nicht einmal seinen eigenen hunderttausenden Obdachlosen helfen kann? Soll ein Land Zuchtmeister der Welt werden, das dem Rauschgiftproblem im eigenen Land so hilflos gegenübersteht? Sollen wir uns von Amerika sagen lassen, wie die Ordnung auszusehen habe, wenn ein Spaziergang im New Yorker Central Park zu einem ungewissen Abenteuer und eine Fahrt mit der U-Bahn zu einer Frage des Überlebens wird?"*

Das Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten ist so allgemein, daß der amerikanische Botschafter vor den Vereinten Nationen, Thomas Pickering, in einem Interview im „Mercurio" (483) meint, beruhigen zu müssen: *„Ich glaube nicht, daß die Kraft und die Macht, die die Vereinigten Staaten besitzen, deswegen jetzt verringert werden müssen, weil sie sich in einer Führerrolle befinden. Aber viele Leute denken da mit Angst und Sorge an eine Rolle, die die Vereinigten Staaten in den Vereinten Nationen und ihren regionalen Organisationen spielen könnten. Was wir tun werden ist, internationale und multilaterale Lösungen für die Probleme zu suchen, anstatt wie Diktatoren vorzugehen, die die Unstimmigkeiten einseitig zu lösen versuchen."* Wir haben gereits festgestellt, in welcher Form Washington Konflikte zu lösen versucht. Herr Pickering weicht mit seiner Antwort aus. Allerdings bemüht sich ein Internationalist wie Bush nicht darum, die USA stärker zu machen, aber er setzt deren Stärke auch nicht ein, um Frieden zu stiften, sondern um eine Weltordnung zu errichten, in welcher die Vereinigten Staaten sich zum Gefängniswärter Nummer eins der Völker emporschwingen.

Es darf daran erinnert werden, daß die Neue Weltordnung von Bush ihre Bibel auf wirtschaftlichem Gebiet schon seit Jahren besitzt. Niemand anders als Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater Carters, stellte mit seinem Buch „Die Tecnotronische Ära" dem Kommunistischen Manifest (1848) eine „westliche" Variante der „Vereinigung aller Proletarier" gegenüber. Es war der gleiche Mann, der mit seinem Buch „Between Two Ages" Rockefeller auf die Idee brachte, eine **Trilaterale Kommission** zu bilden, in der sich dreihundert führende Wirtschaftler Amerikas, Europas und Japans seitdem jährlich treffen — zuletzt in Tokio. Man befaßte sich dort mit den „verstärkten sozialen und ethnischen Konflikten", und man stellte fest, „daß gewaltige Flüchtlings- und Auswandererströme die ethnischen Konflikte oft herbeiführen" (484). Anders als die weltweit zu vereinigenden Proletarier bemühen sich die weltweit vereinigten Manager darum, ihre Handschrift rechtzeitig in die Geschichte einzutragen.

Die Tagung in Tokio im April 1991 steht im Schatten der Ratlosigkeit des UNO-Flüchtlingskommissariats. Ihr Werkzeug ist eine völlig überholte **Flüchtlingskonvention** aus dem Jahre 1951, die die heutige „Massenflucht" nicht voraussah. Die neue Hochkommissarin für das Flüchtlingswesen, die Japanerin Sadako Ogata *„ist davon überzeugt, daß eine langfristige Lösung bei den heutigen Massenwanderungsbewegungen von Menschen nur darin bestehen kann, sie wieder in ihre Heimat zurückzuführen."* (485). Häßlich wird sie mit dem Satz zitiert: *„Länder, die Flüchtlinge produzieren, müssen zur Verantwortung gezogen werden."* (486).

Die gleichen Geister, die 1945 der Welt eine sehr böse Ordnung aufzwangen, machen sich heute an dieses Werk. Ihr Vokabular gegenüber Europa hat sich in nichts geändert. Was wir damit meinen, ruft uns **Albert Schweitzer** mit seinen Worten ins Gedächtnis, als man ihm 1952 den Friedensnobelpreis gab: *„Der übelste Angriff auf unser natürliches und geschichtliches Erbe geht heute vor sich gegen alle grundsätzlichen Menschenrechte, wenn man Völkern und Stämmen das Land auf ihre Heimat nimmt; wenn sie gezwungen werden, irgendwo anders hin in eine andere Gegend zu ziehen. Die Tatsache, daß die Sieger des II. Weltkrieges am Ende des großen Weltkampfes ein solches hartes Los Millionen, und dieses mit Brutalität, bescherten, beweist, wie unvorbereitet sie moralisch und ethisch waren für die große Aufgabe einer besseren und gerechteren neuen Ordnung."* (487).

Etwas emotioneller, unsachlicher, ging es auf der **Gipfelkonferenz gegen den Haß** im August 1990 in Oslo zu. Beteiligt waren an der Konferenz u.a. Vytautas Landsbergis, Jimmy Carter, Nelson Mandela, Elena Bonner, John Kenneth Galbraith und Rita Süßmuth. *„Doch in Oslo war nicht Geist, sondern Heuchelei zu Gast. Elie Wiesel hatte ‚Träumer, Humanisten und Überlebende' zusammengerufen und keine Realisten. Als Beweis dafür mögen die schönen, leeren Worte stehen, mit denen Frau Süßmuth ihren Vortrag abschloß ‚Nur, wenn wir zusammenstehen und die Entfeindung der Völker zu einem festen Bestandteil unseres kollektiven Gewissens machen, ist Haß vermeidbar."* (488). Die seitdem verstrichenen Monate haben unter Beweis gestellt, was diese einflußreichen Politiker unter einer „Entfeindung der Völker" verstehen. Es ist unter ihrer Macht der Haß weiter gewachsen, himmelhoch. Sie werden es nicht leugnen können.

Vergessen wir auch nicht, was unmittelbar v o r dem Golfkrieg das westdeutsche Sprachrohr der Bilderberger, **Theo Sommer** über die Möglichkeit, „die Welt mit Kapital neu zu schaffen" zu sagen hat. Ausgehend von Dean Achesons Buch „Zugegen bei der Erschaffung der Welt" regt er die deutschen Wirtschaftspolitiker an, einen Bonner Superentwicklungsfonds von 100 Md. DM zu fordern. *„Was heute not tut, in einer neuen Weltzeit mit neuen Problemen, ist ein ähnlich schöpferischer Wille* (wie es beim Marshallplan der Fall gewesen sei), *sind ebenso inspirierende Visionen und die gleiche Kraft der Gestaltung, eine abermalige Erschaffung der Welt."* (489). Wir haben es erlebt, wohin die Milliarden nach dem Golfkrieg flossen. Wir erleben es, wie Deutschland und mit ihm Europa verarmt. Die neue Weltordnung, die sich inzwischen mauserte, war alles andere als eine Neuerschaffung der Welt. Sie war ein sehr unglücklicher Versuch zu überleben. Würde man die Luft reinigen von unehrlichem Weltmachtstreben, das sich „demokratisch" und „tolerant" gebärdet, die biologische Stärke Europas hätte mit den Neurömern genauso aufgeräumt wie die Germanen einst mit Varus.

„Die Verzerrung durch die **Ideologie** begann im gleichen Augenblick, in dem wir, um unser Wissen zusammenzufassen, den Urgrund nicht berücksichtigten, die ‚Ursache der Ursachen', das Alpha und das Omega, in anderen Worten Gott, und damit auch gleichzeitig den Ausspruch von Francis Bacon akzeptieren: ‚Die Untersuchung der letzten Ursachen ist unsinnig, da auch eine Gott geweihte Jungfrau nicht gebären wird'. Hiermit wurde die natürliche Philosophie als eine unsinnige Last zur Seite gelegt, und die Wahrheit

wurde mit der Sicherheit, die man durch die Wissenschaft erhielt, verwechselt; da diese naturgemäß hypothetisch und immer überholbar ist, stellt sich heraus, daß die Wahrheit niemals über eine Hypothese in ständiger Entwicklung in Richtung eines ewigen Morgen hinauskonnte. Dieses intellektuelle Nomadentum ist die Strafe für diese prometheische Haltung, die erst einmal den Himmel für überflüssig hält, überzeugt, daß sie ihm am Ende einmal das Geheimnis entreißen wird." (490).

Über 200.000 Westdeutsche treten jährlich aus den Kirchen aus. Neue religiöse Strömungen aber haben Zulauf. Ihre Anhänger *„arbeiten zumeist in bürgerlichen Berufen, etwa als kaufmännische und technische Angestellte, Erzieher, Lehrer und Sozialarbeiter. Weder Studenten und Wissenschaftler sind im allgemeinen vertreten noch Arbeiter, Handwerker, Bauern und Sozialhilfeempfänger."* (491) Gleichzeitig erscheint in München ein Buch von Hans-Joachim Rosina, das sich eingehender mit den neuen Gruppen befaßt. Angeboten wird das Buch mit folgendem Text: *„Religiös-weltanschauliche Gruppierungen wie die ‚Kinder Gottes (Familie der Liebe)', die ‚Moon-Sekte' und die ‚Ortsgemeinde' (Witness Lee) ziehen nach wie vor junge Erwachsene in ihren Bann. Der persönliche Kontakt zu aktiven Mitgliedern regte den Autor zu einer intensiven Auseinandersetzung an. Eindrucksvolle Beschreibungen der Indoktrinationstechniken, Ausbeutungsstrategien und psychopathologischen Persönlichkeitsveränderungen der Kultmitglieder werden gegeben."* (492). Bezeichnend ist, daß dieses Werk bereits von einem christlichen Verlag angekündigt worden war. Die ‚Ortsgemeinde', die anderswo schon mit Millionen-Prozessen auf Autoren und Verleger losgegangen ist, hat aber auch hier interveniert. Dies ließ die Veröffentlichung scheitern. Der Autor bot daraufhin das — durch einen dokumentarischen Teil stark erweiterte — Manuskript der „Arbeitsgemeinschaft für Religions- und Weltanschauungsfragen" an, die es nunmehr herausgibt. Das hier ist die Hand der Freimaurerei. Erstaunlich ist nur, daß eine derart offenbare Tatsache von kaum jemand erkannt wird, obwohl die Freimaurerei in zahllosen Äußerungen bis hin zu dem Ökumenismus und dem II. Vatikanischen Konzil die Nivellierung vorantreibt. Ganz im Sinne der Freimaurerei wäre es, wenn die gesamte Weltbevölkerung auseinanderfiele in tausende von Sekten und wenn es keine großen Religionen mehr gäbe.

Ihr ärgster Feind ist der **Fundamentalismus**, sind die religiösen Bewegungen, die es mit dem Glauben ernst nehmen und diesen Ernst darum auch auf das Gebiet der Politik und der Wirtschaft übertragen. Im Rahmen des Katholizismus ist es das **Opus Dei**, das sich hier der maurerischen Zersetzung und Welteroberung entgegenstellt. **Integralismus** heißt der Fachausdruck, der dem Fundamentalismus etwa beim Islam entspricht. In die katholische Kirche infiltrierte Freimaurer haben es sich zur Aufgabe gestellt, diese Gegenrevolution zu bremsen. Sogar in dem „Katholischen (!) Bildungswerk Regensburg-Stadt" erteilt man in einer Vortragsreihe „Theologie und Kirche aktuell" (493) Peter Hertel das Wort, einem Politiker, *„der schon seit 15 Jahren über das Opus Dei recherchiert hat. Er bezeichnet ‚das Opus als die größte integralistische Machtballung in der katholischen Kirche. Der Integralist sieht die Wahrheit in der Kirchenspitze angesiedelt. Dabei werde das kirchliche Lehramt überbetont. Integralisten wünschten, daß die Kirche alles beherrsche, auch die Gesellschaft. Geheimhaltung und absoluter Gehorsam seien weitere Kennzeichen. Das Opus Dei sei dabei, kirchliche Machtpositionen zu erobern. Der Opus Dei besitze juristisch auch keine irdische Macht. Es gebe aber ein internationales Netz von Stiftungen und Banken, die zum Teil mehrheitlich von Mitgliedern des Opus geleitet würden. Die Trennung von Religion und Politik ist eine Fiktion. Manchmal kann der Eindruck entstehen, es handle sich um eine Jugendsekte oder um eine politische Mafia."* Hertel trifft sich da mit den spanischen Antifaschisten, die Franco, Falange, Faschisten in einen Topf werfen und vom Opus Dei als von der „Santa Mafia" (494) reden.

Auch wir haben uns (495) kritisch mit dem Opus Dei befaßt und auf dessen Einfluß auf den Strafvollzug in Spanien und auf die Zusammenarbeit mit der CIA in den Jahren des Kalten Krieges hingewiesen. Tiefer in das Wesen dieser Glaubensgemeinschaft, die in Deutschland ihre Mitgliederzahl in den letzten Jahren verdoppelte, sollen einige Sätze einführen, die der Kardinal Baggio beim Ableben des Gründers, Josemaria Escrivá de Balaguer im Juni 1974 in Rom hielt: *„Schon die Räumlichkeiten der Gemeinschaft, mit Wohn- und Arbeitsräumen wie in jeder Privatwohnung, ohne Beschilderung oder Aufschriften, sprechen den Stil, der zur laikalen Spiritualität des Opus Dei gehört: die Heiligung des Alltags erfordert ein radikal christliches Leben innerhalb der jedem eigenen sozialen Stellung, ohne deren natürliches Gepräge und Gefüge krampfhaft ändern oder gar ihm willkürlich, ja, womöglich verbittert den Rücken kehren zu wollen. Escrivá hat Männern und Frauen aller Schichten, kurz dem Mann auf der Straße, den Weg zur Heiligkeit geebnet. Die praktische Konkretisierung dieser Botschaft hängt aufs engste zusammen mit drei für die Neuheit der Spiritualität des Opus Dei typischen Merkmalen:*

1. *allem zuvor, dürfen die gewöhnlichen Christen, die Laien, die Welt nicht verlassen oder verachten, sondern sie müssen mitten in der Welt bleiben und das Leben ihrer Mitmenschen teilen und lieben.*
2. *mitten in der Welt lebend, müssen sie jedoch den übernatürlichen Wert aller Gegebenheiten ihres alltäglichen Lebens entdecken, bis hin zu den prosaischsten und materiellsten Dingen.*
3. *mithin ist die tägliche Arbeit — d.h. die Beschäftigung, die die meiste Zeit in Anspruch nimmt und die die Persönlichkeit des gewöhnlichen Menschen entscheidend prägt — das erste, was es zu heiligen gilt und gleichzeitig das erste Instrument des Apostolats.*

Es ist berechtigt, von einem christlichen Materialismus zu sprechen, der sich mutig allen geistesverneinenden Materialismen entgegenstellt.“ (496).

Wir kommen zu der Auffassung, daß es sich hier also um die zweite Antwort auf die Freimaurerei innerhalb der Katholischen Kirche handelt. von der Loge der Kardinäle innerhalb des Vatikans hat man schon des öfteren geschrieben und geredet. Sie ist das rote Tuch nicht nur für die Anhänger Lefèbvres. Hier nun hat sich eine Glaubensgemeinschaft gebildet, die erfolgreich sich den apokalyptischen Reitern entgegenstellt, indem sie sich einer der Moderne angepaßten neuen Bewaffnung bedient. Natürlich wird ihr Geheimhaltung und Gehorsam als etwa vorgeworfen, daß möglichst zu verbieten ist. Nur die Freimaurerei darf sich dieser Waffen bedienen, darf ungestraft und unbeanstandet fanatisch (in tolerantem Gewande) und proselitisch (in ökumenischer Tracht) sein, wie es dieser neue Trieb des Monotheismus (Großer Baumeister aller Welten) so elegant produzieren konnte. Bereits an anderer Stelle dieses Buches machten wir darauf aufmerksam, daß das Logenwesen dabei ist, Schule zu machen. Wir sagten voraus, daß es im wirtschaftlichen Bereich zu internationalen Gruppen mit freimaurerischer innerer Ordnung kommen wird. Im Opus Dei ist dazu bereits seit Jahren ein Anfang gemacht worden. Daß die Freimaurerei erkannt hat, daß mit einer solchen Weiterentwicklung der Dinge ihr das Messer auf die Brust gesetzt wird, und daß sie ohne Rücksicht auf Moral und Ethik eingreifen muß, zeigt sie im Falle der relativ harmlosen Colonia Dignidad, der sie, wie Freimaurer Kohl und Freimaurer Aylwin es jetzt gleichzeitig ausdrückten, vorwerfen, „ein Staat im Staate“ zu sein. Wer sich nicht von der pausenlosen Gehirnwäsche der Freimaurerei beeinflussen läßt, es sei z.B., er lebe in einer christlichen Heiligung seines Lebens oder er geht in der Gemeinschaftsarbeit einer Landwirtschaftskolonie voll auf, der ist ein Kapitalverbrecher. **Das ist das Wesen der Neuen Weltordnung!**

Wir haben erst vor ein paar Seiten darauf hingewiesen, daß die Loge sowohl in ihrer

Eigenschaft als Werkzeug, als Waffe, Bedeutung hat, als auch wegen ihres jeweiligen Inhalts. Es gibt auch Zeitgenossen, die die Gefahr der nivellierenden Freimaurerei erkennen und von einer *„liberalistischen Seuche"*, *von einer „Breitenwirkung der multikulturellen Zersetzung"* sprechen, die *„die Rettung der abendländischen Kulturgemeinschaft vor jener nivellierenden Wüste, in der sich die Nomadenseelen wohlfühlen"* (497) auf ihr Banner schreiben, also im Opus Dei einen Bundesgenossen sehen könnten, die aber nicht übersehen wollen, wieviel Schaden die Christlichen Kirchen den Germanen und später den Deutschen beifügten. Sie tragen schwerste Bedenken, ob sich nicht in einer Organisation wie OPUS DEI erneut eine politische Kraft aufbaut, die für unheilig erklärt, was Deutschen heilig ist und die Deutschen erneut zu Barbaren stempelt. Im übrigen sollte man auch in diesem Sektor deutscher gegenwärtiger Geistigkeit endlich darangehen, sich zeitgemäß zu bewaffnen. Ausgehen könnte man vom **Thule-Seminar.** Der Name ist eine Verpflichtung.

Dem im März dieses Jahres 96 Jahre alt werdenden **Ernst Jünger** widmete unter dem Germanisten Prof. Dr. Bernahrd Gajek die Regensburger Universität (496) ein Kolloquium. Daß damit nicht nur einem Schriftsteller Ehre angetan werden sollte, sondern einem Freimaurer, ersah man immer wieder zwischen den Zeilen. „Nicht das Volk, sondern der Mensch ist souverän", meint der „Anarch". Prof. Gajek erklärt: *„Der Anarch ist eine der am leichtesten mißzuverstehenden Vorstellung Jüngers. Gemeint ist, daß ein Mensch eine Existenz führt, die auf keine von außen an ihn herangetragenen Gesetze mehr reagieren und sich diesen nicht mehr unterworfen fühlen muß."* Joseph Berlinger: *„Als Jünger 1970 sein Buch ‚Annäherungen, Drogen und Rausch' veröffentlichte, mußte ein Staatsanwalt in Stuttgart aufgrund einer Anzeige dagegen vorgehen. Dieser Staatsanwalt ließ sehr behutsam einen Beamten in Biberach der Sache nachgehen. Dieser Beamte wiederum ließ sehr behutsam bei den Jüngers nachfragen, wann denn ein Besuch genehm sei. Sanfte Gebärden eines Staates also gegenüber einem Dichter, der in seinem Werk über eigene Drogenexperimente berichtete."* Nein, Herr Berlinger, es war das Vorgehen gegen einen Hochgradigen. *„Seine Bücher zelebrieren die Aura eines Insiderwissens, eine Geheimwissenschaft"* (Manfred Stuber). Wir hatten uns bekanntlich schon einmal mit Ernst Jünger befaßt. (497). Es würde sich verlohnen, Ernst Jünger auch einmal mit jener Elle zu messen, mit welcher wir gewöhnliche Sterbliche gemessen haben. Ich denke an die Paragraphen des Strafgesetzbuches. Dazu sollte man sich dann Jüngers Buch „Strahlungen" vornehmen. Wir schreiben 1943, stehen mitten im Kriege. Herr Jünger leistet seinen Dienst in Paris ab und schreibt am 13. November in sein Tagebuch: *„Vormittags besuchte mich Frau von Oertzen, Generaloberin des Roten Kreuzes. Wir tauschten die Geheimzeichen aus, an denen man sich heute sogleich erkennt."* Also, man buchstabierte sich da gegenseitig die Namen der beiden Säulen im Tempel und drückte sich die Daumen, als das Vaterland kämpfte. Nirgends ein Wort der Sorge um das Schicksal des Reiches. Dafür heißt es unter dem 1. Mai 1944: *„Maiglöckchen-Tag. Speidel ließ das Manuskript des Aufrufes für Rommel, der es lesen will, abholen. Ich gab es ungern aus der Hand."* (Es handelt sich um einen von Jünger aufgesetzten Aufruf, der nach der Beseitigung von Hitler — den er „Kniébolo" nennt — an das Deutsche Volk gerichtet werden sollte. Von irgendeinem Beitrag dieses Offiziers zum Siege erfahren wir in dem umfangreichen Tagebuch nichts. Er liest philosophische Traktate und schreibt einen „Aufruf").

Am 13. Mai 1944: *„Speidel ist wohl bei dem kommenden Gang, dessen Vorbereitungen sich immer deutlicher abzeichnen, auf deutscher Seite der entscheidende Kopf . . . Speidel zitiert den Vers von Platen: ‚Wer die Schönheit angeschaut mit Augen' . . . und spricht dann eines der Worte, wie sie dem Feldherrn, der ja zugleich Augur sein soll, wohl anstehen: ‚Im Herbst ist in Europa der Krieg vorbei'."*

Am 6. Juni 1944: *„Am gestrigen Abend bei Speidel in La Roche-Guyon. Die Fahrt war*

wegen der Zerstörung der Seinebrücken umständlich. Wir fuhren gegen Mitternacht zurück. Auf diese Weise verpaßten wir um eine Stunde das Eintreffen der ersten Meldungen über die Landung im Hauptquartier. Sie wurde am Morgen in Paris bekannt und überraschte viele, insbesondere auch Rommel, der gestern in La Roche-Guyon gefehlt hatte, da er nach Deutschland zum Geburtstag seiner Frau gefahren war. Das ist ein Schönheitsfehler für die Ouvertüre einer so großen Schlacht. Die ersten abgesprungenen Kräfte wurden nach Mitternacht festgestellt. Zahlreiche Flotten und elftausend Flugzeuge traten bei den Operationen auf. Es handelt sich ohne Zweifel um den Beginn des großen Angriffes, der diesen Tag historisch machen wird. Ich war doch überrascht, gerade weil so viel darüber orakelt worden war. Warum jetzt und hier? Das sind Fragen, über die man noch in ferner Zukunft sprechen wird."

24. Juni 1944: *„Ich sprach mit Admiral Ruge über Einzelheiten der Landung; es scheint zu stimmen, daß in der entscheidenden Nacht ‚wegen zu hohen Seegangs' kein einziges deutsches Vorpostenboot ausgelaufen war. Die Engländer landeten bei Ebbe, während die Unterwasser-Hindernisse sichtbar auf dem Strand lagen. Die Anlage von Hindernissen für die Ebbe war geplant gewesen, doch noch nicht ausgeführt."*

1. Juli 1944: *„Ich sehe noch einmal den Aufruf durch, nach meinem Grundsatz, daß man eine Arbeit nie oft genug abschreiben kann."*

„Im Traume eine neue Erscheinung, freundlich, verheißend: der Diakon. Bei solchen Begegnungen hat man sogleich den Eindruck, daß sie zum Stamm gehören und wiederkehren werden, als festes Personal."

„Sodann, vor etlichen Tagen, in großen Schächten, die sich in schlangenartigen Windungen tief in die Erde verloren, hinter einer Barriere von Stacheldraht, die ich durchschnitten hatte, der Oberförster (500) — *in leichtem Jagdrock, als Erscheinung von ungemein in sich versammelter Macht. Er stand auf einem Treppenabsatz — ‚eintretend', und obwohl ich eine Waffe bei mir führte, erkannte ich sogleich, daß die Anwendung solcher Spielzeuge hier überflüssig war. Er lähmte mich durch seine Ausstrahlung in die Hand."*

Bedeutend früher, am 13.9.1943, schreibt Jünger in sein Tagebuch: *„Grüninger meint, daß mit dem Einzug der Paladine auf weißen Rossen durch das Brandenburger Tor wohl kaum zu rechnen sei, denn einmal sei es ungewiß, wie lange das Brandenburger Tor noch stehe und dann sei die weiße Farbe im Aussterben. Das ist richtig, doch findet der höhere Einsatz gegen das Rote ja auf dem blauen Felde statt."*

Blau ist die Farbe der Freimaurerei, wie man weiß. Der ganze Satz ist ein Spiegel für die Blasiertheit eines Hochgrades. Wenn man fragt, warum ich diese Absätze unter dem Titel dieses Buches und dieses Abschnittes von dem schon begonnenen Utopia bringe, dann zeigt gerade der letztzitierte den Grund. Man vergleiche nur einmal etwa die Erinnerungen einer Hanna Reitsch mit diesem Tagebuch eines Maurers. Die Erlebnisfähigkeit ist verschwunden. Wirksam ist nicht mehr das Herz, sondern nur noch der kalte Verstand. Jünger schreibt am 11. September 1943 nieder: *„Das ist die Aufgabe, die wir (!) zu lösen haben, die Überwindung der Vernichtungswelt* (im vorherigen Satz detailliert als ‚Kriege, Bürgerkriege und Vernichtungsmittel') *die nicht auf historischer Ebene gelingen kann."* Inzwischen hat die Geschichte selbst die Antwort auf derartige Überheblichkeit gegeben. Zwei weitere Weltkriege sind unter Freimaurerregie über die Welt gejagt. Einer der grausigsten Bürgerkriege haust in Kroatien vor unseren Augen, verursacht und gelenkt von Freimaurern. Was hat man sich da vorgenommen, ‚zu lösen'? Ja, die historische Ebene hat man zu beseitigen versucht, nicht etwa, weil sie nicht mehr dient, wie es sich da bei Jünger anhört, sondern weil sie mit der Erfahrung von Jahrhunderten bessere Lösungen bringen könnte, als es die Philosophen offensichtlich anzubieten haben. Ja, aus den Aufzeichnungen Jüngers ergibt sich eindeutig, daß (und nichtnur erst) im zweiten Weltkrieg in

Paris (und nicht nur dort, denn was sonst soll es heißen ‚auf deutscher Seite' - am 13. Mai 1944?) Utopia in seiner ganzen Blendung das Gedanken- und in Taten ausgeführte Spiel von Personen war, die den Gang der Dinge in ihren Händen hatten. Man mag es ausdrücken wie man will: Wir wurden verkauft. Wir wurden verspielt. Wir wurden rechtlos. Wir wurden machtlos. Wir wurden wertlos. Wir werden seit zweihundertfünfzig Jahren in allem, was uns zugetan ist, hinterrücks angegriffen, mit dem Ziel, uns in unserer bisherigen Art zu beseitigen.

Wir haben von Geisteskranken gesprochen, haben erwähnt, daß sich der deutsche und der polnische Präsident in Warschau im Vollmondschein ergehen, am Vorabend des Verzichts. Jetzt erfahre ich gerade aus Australien, vom anderen Ende der Welt: *„Die Labour-Bundesregierung hat nach zweijährigem Hinausschieben der Entscheidung die Ausbeutung der Gold-, Platin- und Paladium-Vorkommen im Gebiet von Coronation Hill auf alle Zeiten verboten. Es geschieht, weil nach dem Glauben des dort lebenden Eingeborenenstammes, der Jawoyns, in dem als Heiligtum geltend gemachten Hügelland Bula, ein boshaftes göttliches Wesen aus der mystischen ‚Traumzeit' schlummert. Und weil die Ältesten des Aboriginalstammes behaupten, der Abbau der Minerale würde Bula aufstören und Kräfte entfesseln, die die Welt zerstören würden. So gerührt war der erklärte Agnostiker, Australiens Ministerpräsident* **Bob Hawke** *von der Legende, daß er in der vergangenen Woche mit Tränen in den Augen das Kabinett beschwor, zu verstehen, daß die Auswirkungen des Betriebs eines Bergwerkes in Coronation Hill auf den 300 köpfigen Stamm weitaus gravierender sein würden als der wirtschaftliche Nutzen für Australien sein kann."* (501).

Doch, bitte keine voreiligen Schlüsse. Darum als nächstes ein Bericht aus Washington (502) *„Bush scheint mit der Niederlage bei den Zwischenwahlen in Pennsylvania die Gelassenheit völlig verloren zu haben, und er erweckt gegenwärtig den Eindruck einer kopflosen Henne. An einem Tag ist er für sofortige Steuersenkungen, dann wieder nicht, und jetzt heißt es im Weißen Haus, ein ‚Wachstumsprogramm' werde erst mit dem neuen Budget im Januar vorgestellt . . . Präsident Bush erinnerte am Freitag den Kongreß, das hippokratische Prinzip, wonach ein Arzt ohne Rückgriff auf wirksame Therapien wenigstens Schäden zu vermeiden habe, gelte auch in der Wirtschaftspolitik. Aber weder der Kongreß noch Bush selbst halten sich daran."*

Es ist wohl nicht notwendig, die **Dame in Bronze** vorzustellen, die am Bischofssitz Freising Ärger hervorrief, obszönes Plagiat auf die Erfinderin des Purimfestes. Es genügt, den Text wiederzugeben, in welchem gleich drei Freimaurer als Mittäter erwähnt werden: *„Kulturskandal in Freising: Die überlebensgroße nackte ‚Esther' vor dem gerade eröffneten Kunsthaus des Politikers Dr. Hans Hartl erregt die Gemüter. Die üppige Dame, von dem renommierten Wiener Künstler Prof. Ernst Fuchs in Bronze gegossen, stört die Freisinger, weil die gewaltigen Rundungen der alttestamentarischen Jungfrau so unverhüllt zur Schau gestellt werden."* (503).

Aus der Kultur eines Landes wurde längst kaum mehr als die Unterhaltung, der Turismus. Und man beobachte nur, wo man sie findet. *„Eigentlich müßte der Staat längst erkannt haben, was es bedeutet, wenn man Verdi mit einem Reinigungsmittel verbindet und Victor Hugo mit Waschmaschinen. Dabei handelt es sich kaum um die Würde des Geistes, sondern um die Würde des Staates. Die Demokratie, wenn sie zusammenschrumpft auf eine Konsumgesellschaft, und wenn der demokratische Staat sich darauf beschränkt, den ‚wirtschaftlichen wie kulturellen' Konsum zu verwalten, verliert ihre Seele, den Respekt vor sich selbst."* (499). Die Vulgarisierung, die Neutralität des Standpunktes, die Bedienung eines Marktes, mehr ist da auch nicht ein Kolloquium über Ernst Jünger. Daß dessen Besprechung in einer Tageszeitung Platz findet, setzt es an die Seite von Kulturbürokratie mit Ministern und Planungsgremien, die Veranstaltungen und Ereignisse verordnen und

die streichen, was eventuell doch anfänglich an Geist und wahrer Kultur vorhanden war, aus dem eigentlichen kulturellen Aktivum unserer Zeit. Stellen Jünger ohne viel Aufhebens an die Seite einer bronzenen Esther. Die Massen, die durch das Schloß von Versailles täglich geschleust werden, die Besucher von Las Vegas, die täglich die Einwohnerzahl von Lyon erreichen, stehen genau zu Buch in den Staatshaushalten, (und sie tun es mit Zahlen, die belegen, daß „Kultur" größere Geldmengen bewegt als die größten Öl- und Autofirmen), doch z ä h l e n tun sie nichts. Ebenso wenig wie die Maßnahmen zur Förderung der Einführung der Marktwirtschaft in den Ostgebieten Europas. Z ä h l e n tun einzig und alleine — und so war es schon immer — die an sich arbeiten, ein Buch in die Hand nehmen und lesen, selbst ein Instrument spielen oder singen, wie es der Chor von Dignidad etwa tut.

Wer einmal den Schritt hin zum Schaffenden, Schöpferischen getan hat, sei es als Arbeiter oder Handwerker oder in seiner Freizeit, oder auch als Leiter eines Unternehmens, der hat festgestellt, daß der materielle Fortschritt alleine nicht die innersten Wünsche des Menschen befriedigt. Mit Verachtung wird er zuschauen, wie aus der Sucht nach ‚mehr besitzen, mehr kaufen, mehr erraffen', aus dem **Hedoismus** die Sucht nach dem Konsum entspringt. *„Es sind sich beide gleich: der eine sitzt vor dem Fernseapparat und kann nicht genug daran herumstellen und erwischen, und der andere steht mit vollgefülltem Karren an der Kasse des Supermarktes in der Schlange. Beide versinken mit dem steigenden Materialismus in eine moralische Dekadenz seit langem ohne Beispiel, es sei denn im Römischen Imperium. Was entsteht, ist der kalte (‚cool') Mensch. Ihn bekümmert nicht mehr die Justiz, noch die alten Themen der Existentialisten (Kirkegaard, Heidegger, Sartre, Albert Camus), noch die sozialen Probleme, noch die großen Gedanken (die Freiheit, die Wahrheit, das Leiden). Sie lesen weder den ‚Ulyses' von Joyce noch ‚Auf der Suche nach der verlorenen Zeit' von Marcel Proust oder gar die Novellen von Hermann Hesse."* (500). Sie fühlen sich nicht berührt von dem fürchterlichen Geschehen im benachbarten Kroatien, ja, sie kommen gar nicht einmal auf die Idee, etwa sich zu freiwilligen Arbeitsbataillonen zusammenzuschließen und nach dem Vorbild der rumänischen ‚Eisernen Garde' in die neuen Bundesländer zu ziehen und anzupacken und aufzubauen. Sie ärgern sich über die Erhöhung der Mehrwertsteuer und schreiten nicht ein, wenn man den Kopf ihrer Kinder vollstopft mit Forderungen und Rechten, anstatt ihnen von Pflichten zu sprechen. Sie haben längst vergessen, daß man sie nach ihrem Tun beurteilen und verurteilen wird. Die Geschichte wird sie für zu leicht befinden, wenn sie darankommen, gewogen zu werden. Und dieser Augenblick ist bereits heute da! Nicht erst morgen oder übermorgen oder, wie sie es in ihrer Bosheit erhoffen, nach ihrem Tode, wenn es ihren Kindern — soweit vorhanden — zusteht, den Dreck auszubaden. Heute schon hat die ganze Welt, auch ohne Reutermeldungen und Stasiakten, einen ganz bestimmten Kurs für die Deutschen. Und der entspricht genau dem, was diese an geschichtlichem Wert vorzeigen. Es ist verdammt wenig. Ganz bestimmt wird er nicht mit jenen Apparaten gemessen, die man an einer Skala über „Menschlichkeit" und „Verzichten" und „offene Grenzen" und „Wiedergutmachungen" erkennt. Die Skala, die immer noch auf der ganzen bewohnten Erde gültig ist, fragt nach dem Maßstab der Zuverlässigkeit, der Sicherheit, der guten Erziehung, der geordneten Familien, der Trennung von den Kriminellen und Asozialen, der inneren wie äußeren Sauberkeit, der Hilfe in der Not. Und das wird nicht mit Millionen Druckseiten täglich von Brüssel oder New York aus propagiert, sondern wird von den Völkern ohne ein begleitendes Wort beobachtet und von Mensch zu Mensch verteidigt. (504).

Christians International, führendes Kunstauktionshaus in London, welches vor drei Monaten die erste Massenentlassung seit 15 Jahren ankündigte, teilte gestern mit, daß die Einnahmen von 1989 auf 1990 um 65% fielen. Ebenso wie bei Sotheby's, der großen Kon-

kurrenz, liegt der Grund in dem Niedergang der Preise für Impressionisten und Moderne Kunst.

In Wien schlägt man zurück. Robert Quittas bringt dem Zuschauer nahe, mit welchem ekligen Verbrechen sich die christlichen Soldaten aus Washington befleckten, indem sie den Dichter **Ezra Pound** ins Irrenhaus sperrten. *„Nichts für Menschen mit klaustrophobischem Leiden ist Robert Quittas neue Produktion im Theater im Künstlerhaus. Die Zuschauer werden einzeln in nur nach einer Seite offene, rostige Käfige gebeten. Dort können sie jene Gefühle nacherleben, die Ezra Pound bei seiner Inhaftierung 1945 in einem Militärgefängnis der US-Streitkräfte möglicherweise gehabt hatte. Pound hatte sich während seines Aufenthaltes in Italien in Radioansprachen hinter Mussolini gestellt und war daraufhin des Hochverrates angeklagt worden. Nach der ‚Befreiung' Italiens durch die Amerikaner stellte sich Pound den amerikanischen Truppen und wurde bei Pisa zusammen mit Mördern, Sexualverbrechern und Deserteuren in einem unmenschlichen Gefängnis wie ein Tier in einen Stahldrahtkäfig gesperrt. Erst nach einem physischen und psychischen Zusammenbruch wurde er in ein Krankenrevier verlegt.*

In Quittas Auslegung ist der Dichter scheinbar frei, dafür steckt das Publikum in Käfigen. Man sieht einen Schauspieler (Don Fenner) in T-Shirt und Tennisschuhen, der Sport betreibt, einer Katze Konfuzius vorliest, Gedichte in eine Schreibmaschine tippt und schließlich in einem Zelt verschwindet. In einer Minimundus-Version ist der schiefe Turm von Pisa aufgebaut und aus dem Lautsprecher hört man Fliegengesumse, blökende Schafe und röhrende Motoren.

Nach einer knappen Dreiviertelstunde werden die Zuschauer wieder entlassen. Die ‚Pisaner Cantos', die Pound während seines Aufenthalts im Lager schrieb, müssen Sie sich selbst besorgen und lesen." (505).

Um unbelasteten US-Fans und Demokratiefreunden zu helfen, sollte man ein ähnliches Schauspiel um Knut Hamsuns letzte Lebenserfahrungen errichten, oder um die Spruchkammersitzung gegen Erwin Guido Kolbenheyer (506) oder die Hinrichtung des französischen Dichters **Robert Brasillach** (507). 1951 hatte ich im „Weg" in Buenos Aires dazu gesagt: „Mit Brasillach verlor Frankreich einen seiner berufensten jungen Dichter und Europa einen seiner aufrichtigsten Bekenner. Mehr als zwanzig Werke zeugen von seinem Willen und Können. Brasillach ist einer jener Märtyrer, dem jeder verpflichtet ist, der sich dem Begriff des Abendlandes verbunden fühlt. Als ein Weinheber sich angesichts der russischen Besetzung seiner Heimat den Tod gab, als ein Brasillach unter den Kugeln zusammenbrach, da erlöschten die Lichter in Europa. Der Kampf aber, den wir seitdem im Dunkel der Nürnberger Epoche kämpfen, wird immer wieder erhellt von dem Licht, das Männer wie sie noch von jenseits des Horizonts herüberschicken. Möge das deutsche Volk auch aus diesen Zeilen erkennen, daß es in seinem unter so vielen Leiden immer wieder bekundeten Willen zu einer gesunden europäischen Ordnung nicht allein steht. Es gilt, sich über die Grenzen wieder die Hände zu reichen."

Zwanzig Jahre danach, 1971, wiederholte ich in meinem Buch „Gegen Gott und die Natur" diese Worte und fügte hinzu: „Ich glaube, diese Worte werden auch in weiteren zwanzig Jahren nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben."

Wir schreiben 1991. Weitere zwanzig Jahre sind dahingegangen und in der Tat, die Worte von 1951 haben nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Sicherer denn je aber sind wir in dieser Aufbruchszeit, daß sie auch in nochmaligen zwanzig Jahren nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben werden. Denn das Abendland, das Europa der Vaterländer wird unvermeidlicher Teil einer Weltordnung sein, die die Völker Europas in ihrem Geist errichten werden. Alles andere wäre auf Sand gebaut!

● Während Hochgrad Ernst Jünger die Geisterwelt beschwört, hat man heute seine liebe Sorge mit den **Außerirdischen.** Auch von dort kann natürlich eine Gefahr für den Tempelbau kommen. Was geschähe, wenn derartige Übermenschen auf der Erde landeten und ausgerechnet mit einem Nichtfreimaurer als erstem Lebewesen zusammenkämen? Rein zahlenmäßig sind sie ja in der Überzahl und so ist ein solcher Fall unbedingt mit ins Kalkül zu nehmen. So hat denn die „Comisión 51 de la Unión Astronómica Internacional" Anfang August 1991 in Buenos Aires Normen für diesen Fall herausgegeben, an die sich ein jeder Erdenbürger im Rahmen der Neuen Weltordnung zu halten hat! Gestützt wird diese Tätigkeit auf die SETI (Search for Extra Terrestrial Intelligence), eine neue Wissenschaft, die mit Unterstützung von NASA und ESA auf akademischem Niveau Erfahrungen austauscht. Die Normen, die staatlichen Rückhalt haben, lauten:

Irgendein Individuum oder Institut, das meint, Indizien für außerirdische Intelligenz gefunden zu haben, ist verpflichtet, dieses mitzuteilen.

Bevor eine solche Mitteilung veröffentlicht wird, hat der Entdecker diese der SETI mitzuteilen und dann erst der entsprechenden nationalen Behörde.

Die obligatorisch zu informierenden Stellen sind:

Zentralbüro astronomischer Telegramme der UAI
der Generalsekretär der Vereinten Nationen
das Institut für Weltraumrecht
die Internationale Union für Post- und Telefonwesen
die Kommission 51 der UAI

Die bestätigte Entdeckung muß sofort durch alle Medien veröffentlicht werden.

Die Daten, die die Feststellung ermöglichten, sind sofort der wissenschaftlichen Welt zur Verfügung zu stellen.

Es ist strengstens verboten, irgendein Antwortsignal zu geben ohne Rückfrage bei den genannten internationalen Stellen.

Besonderer Wert wird auf die folgende Feststellung gelegt:

falscher Alarm ist zu verhindern
kein Land darf sich des Kontaktes bemächtigen
niemand darf sich selbst zum Gesandten oder Sprecher der übrigen Welt ausgeben.

● In den Vereinigten Staaten bringt der Großteil der Presse den letzten Brief von Fräulein Kimberley Bergalis, die jetzt an **Aids** starb:

„Als man bei mir Aids feststellte, im Dezember 1989, war ich erst 21 Jahre alt. Es war der schwerste Schlag für mich und für meine Familie. Ich lebte, um zu sehen, wie mein Haar ausfiel; mein Körper verlor 20 Kilo und meine Hüften bekamen Blasen. Ich lebte zwischen Übelkeit und Erbrechen, dauernden nächtlichen Schweißausbrüchen und dauernd mit 40 Grad Fieber, Magenkrämpfen und Durchfall. Jetzt leide ich an Geistesverwirrung und Gedächtnisstörungen. Ich sah die Geschwülste der Akne, die mein Gesicht und meinen Hals infizierten. Drei Monate lang erduldete ich tägliche Reisen nach Miami, um schmerzhafte intravenöse Injektionen zu bekommen. Man machte mir Blutübertragungen. Man machte eine Biopsie des Rückenmarks; ich weinte wegen der fürchterlichen Schmerzen, die ich dabei hatte.

Ich lebte in der Angst, ob meine Leber zerstört war oder nicht, von DDI und anderen Drogen.

Ich wurde angesteckt von dem Zahnarzt Doktor Acer im Jahre 1987. Mein Leben war eine einzige Hölle, mit Ausnahme der Augenblicke mit meiner Familie und da ich das Leben in der Natur genoß. AIDS zerstörte mich langsam.

Wem gebe ich die Schuld? Mir selbst? Ganz bestimmt nicht. Niemals nahm ich intrave-

nöse Drogen. Niemals schlief ich mit jemandem. Niemals machte man mir Bluttransfusionen. Ich beschuldige den Dr. Acer und einen jeden von euch Bastarden. Jeden von denen, die wußten, daß der Dr. Acer angesteckt war, daß er Aids hatte und die nichts in dieser Hinsicht taten. Sie sind genauso schuldig wie er. Sie ruinierten mein Leben und das meiner Familie. Ich verzeihe dem Dr. Acer, weil ich annehme, daß die Krankheit seinen Verstand angegriffen hatte. Er war nicht mehr in der Lage korrekt zu denken und setzte seinen Beruf fort.

Können Sie verstehen, was man fühlt, wenn man sieht, wie die Finger abmagern und wie der Körper versucht, seine Muskeln zu gebrauchen, um überleben zu können? Wissen Sie, wie es ist, wenn man sich in einem großen Spiegel sieht, bevor man sich badet, und nur noch ein Skelett sieht? Ich warf mich auf den Boden und heulte. Jetzt, wenn ich mich bade, hänge ich ein Handtuch über den Spiegel.

Gut. Ich glaube, ich habe genug gesagt und ich hoffe, daß man mir das Gesagte verzeihen wird. Ich hasse niemanden. Aber ich werde nichts vergessen.“

„P.S.: Wenn man keine schützenden Gesetze erläßt, dann war mein Tod vergebens.“

Aus der „Deutschen Rundschau“ erfahren wir sodann: *„Der amerikanische Senat verabschiedete jetzt zwei Gesetzesvorschläge. Eine der Maßnahmen sieht vor, daß Ärzte und Schwestern, die von ihrer Infektion wissen und ihre Patienten nicht darüber informieren, bevor sie einen operativen Eingriff vornehmen, mit mindestens zehn Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von bis zu 10.000 Dollar bestraft werden sollen. Zu den verbotenen Operationen gehören das Ziehen von Zähnen, Entbindungen und das Legen von Gefäßkathedern. Vorrang hat vor gewissen Freiheitsrechten Infizierter die Gesundheit nichtinfizierter Personen — eine Sicht der Dinge, von der man hierzulande noch Welten entfernt ist.“*

Wir haben vor fünf Jahren, gestützt auf eine Reihe von verantwortungsbewußten Personen (508), auf die notwendige aktive Behandlung dieses ernsten Gesundheitsproblems hingewiesen. Während wir damals mit der Erfahrung, die das christliche Mittelalter bei der Besiegung des Aussatzes hatte, eine Quarantäne der damals noch auf wenige hundert bezifferten Angesteckten und eine weltweite strenge Kontrolle empfohlen, meinte damals bereits die Freimaurerei ganz offiziell mit der Stimme des Bruders Freimaurer Dr. med. Walter Hess in der „Alpina“, dem amtlichen Organ der Schweizer Großloge: *„Als Maurer kommen wir nicht darum herum, über diese Krankheit nachzudenken, über sie zu sprechen, die allgemeine Panik mit ihren Kurzschlußreaktionen nicht mitzumachen und den kommenden Problemen mit Menschlichkeit und Toleranz zu begegnen.“* So sind aus hundert Opfern heute hunderttausende geworden! Nicht einmal das primitivste wurde getan, eine Kontrolle des gesamten Gesundheitspersonals! Das schlimmste Wort, das hier fällt, ist das Wort „Toleranz“. Wir haben sehr ausführlich (in „Der Sieg der Vernunft“) auf die Irreführung hingewiesen, die mit diesem Wort betrieben wird (509). Hier geht es darauf hinaus, nicht nur den Schmutz, sondern die akute Lebensgefahr in ein jedes Haus zu lassen. Der in seinen seelischen Regungen abgetötete Freimaurer ist unfähig zu ermessen, was er mit dieser toleranten Verhinderung jeglicher Sicherheit anrichtete. Er hat kein Gefühl für die Leiden Unschuldiger, die er damit — und zwar in bereits millionenfachem Umfang! — Mitmenschen zufügt. War schon das Auftreten von AIDS nur in einer von der Freimaurerei geformten Welt möglich, so ist die Verbreitung dieser Krankheit ebenfalls nur möglich dank der ausbleibenden Bekämpfung dieser Pest. Wir hörten davon, daß ein schweizer Jurist seinen Mitbürgern das Recht zuspricht, selbst zu entscheiden, wer sein Haus betritt, wer bei ihm ein und aus geht, und wir erfuhren, daß die Freimaurerei ihm dieses Recht abspricht — aus „Toleranz“. Wir haben erfahren, wie Völker ermordet werden, weil man die Angreifer, Serben oder Iraker oder Juden, nicht daran hindert, aus Toleranz. Wir haben von milliardenhohen Betrügereien erfahren, deren Täter als „Opfer un-

serer Wirtschaftslage" hingestellt werden, aus Toleranz. Wir haben von Eltern gesprochen, deren Kinder unter Ausländern zur Schule gehen müssen, aus Toleranz. Wie lange wird man noch so großzügig sein können? Bis zum letzten Elefanten, bis zur Vernichtung allen Lebens auf dieser Welt?

Wir müssen uns klar sein, daß der Kampf gegen die Gnosis schärfere Formen annehmen wird. Die Antwort der Freimaurerei darauf wird eine anwachsende Reihe von Morden sein, von verschärfter Falschinformierung, von einer steigenden Lügenflut, von Justizverbrechen nach Nürnberger Vorbild, aber auch von schwersten inneren Zerwürfnissen. Wachsende Korruption und moralische Degenerierung werden es ihr erschweren, mit der notwendigen Disziplin und Härte den zwangsläufig zu verändernden Weg zu finden und zu gehen. Das wird das Bild der Neuen Weltordnung sein.

Mehrfach kamen wir bei unseren Berichten an den Rand unserer Welt. **Magisch inspirierte Politik** wurde offengelegt als Namen fielen wie von Weizsäcker, Ernst Jünger, Bob Hawke, Rudolf Hess und Alfred Rosenberg. **Vom Glauben inspirierte Politik** wurde dargestellt mit Opus Dei, den Fundamentalisten und den Aktivitäten verschiedener Sekten. Doch haben wir in dem einen wie dem anderen Fall Abstand davon genommen, unsere früheren Berichte (insbesondere in III/IV) fortzusetzen und damit das Schwergewicht unserer Darstellung von den greifbaren Äußerungen des Zeitgeistes zu entfernen. Wir wissen, daß es da tiefer Schürfende gibt (510), aber wir warnen gleichzeitig davor, sich von den unzähligen Scharlatanen täuschen zu lassen. Niemals standen dem Bösen so viele Wege offen wie heute. Niemals war es mächtiger. Uns schien darum der Weg der kleinen Schritte der gegebene, den Feind zu erkennen und zu bekämpfen.

Wenn man erfährt, daß der neue Generalsekretär der Vereinten nationen einem europäischen Staat (Kroatien) verbieten will, nach seinen eigenen Gesetzen zu leben und wenn in Algerien mit Zustimmung des Auslandes eine fundamentalistische Partei, der 55% der Stimmen bei der kürzlichen Wahl zufielen, blutig verfolgt wird, dann sind das Zeichen dafür, daß **das Weltbild sich ändert**, daß die „kleinen Schritte" der Vergangenheit angehören und daß es bald schon zur offenen Feldschlacht kommen wird. Darauf werden sich die Völker vorbereiten müssen.

Der Hintergrund

In dem deutschen Freimaurer Magazin „humanität" Nr. 8/1990 wird über zwei Seiten ausführlich berichtet von der **Lichteinbringung in die Großloge von Jugoslawien.** In dem Bericht heißt es:

„1990 ist in Belgrad unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Großlogen von Deutschland das Licht in die Großloge von Jugoslawien eingebracht worden. Über 150 Brüder aus aller Welt kamen zur Lichteinbringung, welche im repräsentativen ‚Sava Center' in Belgrad durchgeführt wurde. . . . Nach 50 Jahren der Dunkelheit entzündete Großmeister Br. Walter die rituellen Lichter der ‚Großloge von Jugoslavija' . . . Damit war die Großloge Jugoslavija in Arbeit gesetzt und die an die Vereinigten Großlogen von Deutschland gerichtet gewesene Bitte um Schutz und Hilfe bei der Wiedergründung der Freimaurerei in Jugoslawien erfüllt . . . Dieser Arbeit wohnten bei: Zugeordneter Großmeister der Großloge A.F.u.A.M.v.D. Br. Klaus Horneffer, Deputierter Grand Master Grande Oriente d'Italia, Deputierter Großmeister der Großloge von Österreich, Zugeordneter Großmeister der Schweizerischen Großloge ‚Alpina', Vertreter der Symbolischen Großloge von Ungarn, Past Grand Master der ‚American Canadian Grand Lodge in Germany',

Br. Charles L. Hunsucker, sowie Vertreter der Logen aus Holland, Griechenland, Frankreich, Luxemburg, Spanien, USA und Kanada. Glückwünsche kamen von der Großloge von England, den Großlogen von Schweden, Norwegen, Dänemark, Irland und aus Griechenland, Deutschland und Australien. ‚Jugoslawien hat alle moralischen und materiellen Voraussetzungen zur Errichtung einer Großloge.', sagt die kroatische Wochenzeitung ‚Danas' dazu. Die Genehmigung zur Wiedererrichtung erfolgte am 14. Mai 1990 mit dem Erlaß Nr. 184 des Sekretariats für Inneres. Als Antwort auf die im Vordruck gestellte Frage nach dem Inhalt der Aktivitäten wurde eingetragen: ‚Verbreiten der Toleranz, Humanität, Förderung der Nächstenliebe und aktives Wirken, was für den einzelnen und für die Gesellschaft von Vorteil ist'."

In der gleichen Zeitschrift, Oktober/November 1990 erfahren wir: *„Alle Einheiten der humanitären* **tschechoslowakischen Freimaurerei** *im Ausland werden am 13. Oktober 1990 ihre Arbeit beenden. An diesem Tag wird das Licht der tschechoslowakischen Freimaurerei, welches am 1. April 1951 mit Gewalt gelöscht wurde, wieder im freien Prag neu belebt."*

„Blutiger Nationalismus macht sich breit". Dieses Wort (511) zeigt, wo die Freimaurerei nach wie vor steht. Ihre Aktivität in Belgrad (und in Prag) stemmte sich gegen den natürlichen Gang der Dinge und trug so einen Großteil der Verantwortung für viele tausende von Toten und für die folgenschwere Verzögerung der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens (und der Slowakei).



— Pero, ¿qué vamos a prometer en 1992?...

Aber, was versprechen wir 1992?
(„El Mercurio")

Anmerkungen

Die lateinischen Zahlen bedeuten Bücher aus unserem Verlag. Vollständige Liste mit genauen Titeln in der Verlagsmitteilung am Ende dieses Buches.

1 - AP 2.11.1990
2 - seitens des House Banking Sub-Committee
3 - dpa aus Hamburg, sehr ausführlich wiedergegeben in der MZ am 25.2.91
4 - „Lockte Bush den Irak in die Kriegsfalle?“ in DNZ am 7./8.2.1991.
5 - Reinhard Meier aus Washington am 21.3.91 in der NZZ.
5 - Im Juli 1991 erfährt man, daß Frau Glaspie den Auswärtigen Dienst gekündigt hat, um eine Professur an einer nordamerikanischen Universität anzunehmen. Am 28.8.1991 verlangt der Bundesrichter Charles Richey vom Außenministerium in Washington die Akte Glaspie. Eine Gruppe von Bürgern hat ein Verfahren gegen das Außenministerium angestrengt, um die Veröffentlichung der Unterredung zwischen Saddam Hussein und April Glaspie zu erreichen.
7 - Helmut Sonnenfeld, Sicherheitsberater und Krisenmanager versch. US-Regierungen. Interview mit dem schweizer Tages-Anzeiger am 15.1.91
8 - dpa aus Hamburg 16.1.1991
9 - ap/dpa Genf 10.1.1991.
10 - Reuter aus Brüssel am 22.1.1991.
11 - dpa Washington 31.1.1991.
12 - HNA 13.9.1991. Agentur AP aus New York.
13 - Munthir J. Muhsin, Iraks Geschäftsträger in Buenos Aires, in einem Interview mit EM am 10.2.1991
14 - so Mureen Dowd in „The New Times“, Washington 6.2.1991.
15 - Sichelschmidt, S. 7.
16 - Wiedergegeben in Halfeld, S. 92.
17 - Peer Meinert, dpa aus NO-Saudiarabien 6.2.1991.
18 - Halfeld, S. 30.
19 - wiedergegeben in EM 19.1.1991.
20 - EM 19.1.1991.
21 - etwa Reuter am 19.1.1991.
22 - EM am 20.1.1991.
23 - AP am 31.1.1991.
24 - EM am 19.1.1991.
25 - Carlyle Murphy am 19.1.1991.
26 - Mittelbayrische Zeitung.
27 - Reuter, 21.1.91 aus Brüssel.
28 - EM am 21.1.1991.
29 - „Neue Presse“, Halle.
30 - dpa Moskau am 23.1.1991.
31 - AP aus Nicosia.
32 - „Kulturvandalismus“ in „Ketzerbriefe“ Nr. 23, S. 33 ff.
33 - dpa Bagdad 24.1.1991.
34 - ap Bremen 24.1.1991.
35 - EFE, Washington 23.1.1991.
36 - ap Tel Aviv 25.1.1991.
37 - dpa Tel Aviv 25.1.1991.
38 - dpa Tel Aviv 25.1.1991.
39 - dpa aus Washington 30.1.91 in MZ.
40 - dazu in XII, 157 ff.
41 - Edgar Denter, dpa London in DE am 29.1.1991.
42 - Reuter aus dem Vatikan, 24.1.1991.
43 - Reuter, Kairo 24.1.1991.
44 - Reuter am 24.1.91 aus Teheran.
45 - Michael Ross, Kairo, am 28.1.1991 in „The Washington Post“.
46 - Hans-Hermann Nikolei, dpa, aus Paris im DE.
47 - dpa, Jerusalem, 6.2.1991.
48 - John Pomfret, Panama, am 7.2.1991 im DE.
49 - ap, Nikosia 8.2.1991.
50 - DW am 8.2.1991.
51 - dazu VII, 106 und X, 487 ff.
52 - krd, Bonn im DE, 11.2.1991.
53 - DW am 8.2.1991.
54 - dpa aus Dahran, 13.2.1991.
55 - Reuter am 14.2.1991 aus Er Riad.
56 - DW am 14.2.1991.
57 - in „Spotlight“ am 27.4.1991 sowie am 6. und 13. Mai 1991.
58 - dpa-Korrespondent Peer Meinert am

14.2.1991 aus Saudiarabien.
59 - ap/dpa aus Bagdad, 14.2.1991.
60 - UPI, dpa, Reuter aus Bagdad am 20.2.1991.
61 - Klaus Behring, dpa, 24.2.1991.
62 - Arnold Hottinger aus Nikosia am 24.2.1991 in der NZZ.
63 - EM; AP, AFP, Reuter und UPI am 21.2.1991.
64 - zitiert in EM am 22.2.1991.
65 - Christian Fürst, dpa, aus Jerusalem am 24.2.1991.
66 - EM am 23.2.1991.
67 - Af, Buenos Aires am 25.2.1991.
68 - Reuter, dpa und EFE am 25.2.1991 in EM, und gl. aus Moskau am 25.2.1991 in der NZZ.
69 - Nikos Tzernias aus New York in der NZZ am 26.2.1991.
70 - Af, 25.2.1991.
71 - AFP, New York, 25.2.1991.
72 - dpa aus Amman, 25.2.1991.'
73 - George Esper, ap, aus Safwan am 28.2.1991. Man vergleiche damit das flegelige Verhalten Eisenhowers in Reims. Dazu VIII, 323.
74 - Ulrich Meister aus Paris am 28.2.91 in der NZZ.
75 - zitiert aus der „Los Angeles Times".
76 - UPI aus Washington 25.2.1991.
77 - Reuter aus New York am 4.5.1991 in der NZZ.
78 - Aus der Feder des unseren Lesers gut bekannten, hervorragenden Korrespondenten Arnold Hottinger, Nikosia.
79 - Dazu II, 340.
80 - einschließlich der Ermordung eines Generalsekretärs der Vereinten Nationen! Siehe dazu I, 290 ff.
81 - Jörg von Uthmann in der FAZ am 13.4.1991.
82 - ap aus Dohuk am 1.4.1991.
83 - it aus Istambul am 3.4.1991.
84 - so H.E.T. aus Washington am 3.4.91 in der NZZ.
85 - Ulrich Meister aus Paris in der NZZ am 4.4.1991.
86 - it aus Cizre in der NZZ am 4.4.1991.
87 - Arnold Hottinger aus Nikosia in der NZZ am 3.4.1991.
88 - Charles E. Ritterband am 4.4.1991 aus London in der NZZ.
89 - dazu IX, 34.
90 - Hansrudolf Kamer in seiner NZZ am 18.4.1991.
91 - afp und dpa aus Piranshar am 23.4.1991.
92 - „Deutsche Rundschau", Mai 1991.
93 - Reuter, UPI, dpa aus Washington am 10.5.1991.
94 - it aus Istambul am 7.8.91 in der NZZ
95 - Bayan Dschabar, Vertreter der irakischen Schiiten in Damaskus, zitiert von Thomas Ross in der FAZ am 12.7.1991.
96 - Zu dem Hintergrund des türkischen, von den USA wohlwollend geduldeten Überfalls am 20.7.1974, siehe IV, 469.
97 - UPI, Reuter und dpa aus Athen, 18.7.1991.
98 - „Deutsche Rundschau", April 1991.
99 - „Nation", 7/1991
100 - ps aus Athen in der NZZ am 18.7.1991.
101 - Spengler.
102 - Spengler, „Untergang", S. 201.
103 - dazu die Erlebnisberichte von Ruppert Recking, S. 211 ff.
104 - Einzelheiten dazu in XI, 80.
105 - Roland W. Herpes aus Harare im DE am 5.1.1991.
106 - Dr. Aradom Tedla, XI, 80.
107 - WB, Februar 1991.
108 - Reuter aus Addis Abeba am 17.2.91, in der NZZ.
109 - Georg Brunhold aus Nairobi 23.4.91 in der NZZ.
110 - „Der Spiegel", 22/1991.
111 - dpa und ap aus Addis Abeba am 22.5.1991.
112 - ap 22.5.91, aus Addis Abeba.
113 - Georg Brunold aus Nairobi.
114 - NZZ, dpa am 27.5.1991.
115 - DW am 29.5.1991.
116 - DW am 30.5.1991.
117 - ap 3.7.1991 aus Addis Abeba und

Reuter am 5.7.1991.
118 - FAZ, bb aus Nairobi am 5.7.1991.
119 - NZZ, Georg Brunold aus Junje am 7.7.1991.
120 - Dazu Heinz Delvendahl, Nairobi, am 28.1.1991 im DE.
121 - Georg Brunold aus Nairobi in NZZ am 18.5.1991.
122 - dazu XII, 282.
123 - siehe XI, 189.
124 - Beat Ammann aus Monrovia im Dezember 1990 in der NZZ.
125 - siehe XI, 274.
126 - dpa/afp aus Lissabon am 27.5.1991.
127 - siehe V, 390 und 445 sowie IX, 174.
128 - zu diesem Thema auch Roland W. Herpes im DE am 28.5.1991.
129 - Wir verdanken es Gustav Sichelschmidt, diese Bemerkungen in seinem grundlegenden Buch „Amerikanismus" auf S. 17 wieder in Erinnerung gebracht zu haben.
130 - EM am 12.12.1990.
131 - EM am 19.12.1990.
132 - insbesondere EM 10.2.1991 D 4.
133 - siehe XI, 375 Deutsche Diplomaten hatten damals engste Kontakte in Santiago mit der promarxistischen Vicaria unter Bischof Valech, während die eigene Regierung in Bonn im Gegensatz zu den Richtlinien Genschers selbst niemals eine derartige Zusammenarbeit mit Linksextremisten gutgeheißen hätte.
134 - dazu etwa Sichelschmidt S. 45.
135 - siehe XII, 84. Dort auch weitere Zitate.
136 - siehe XII, 241.
137 - Edmundo Concha, 17.2.1991.
138 - Juan Kaiser Wagner in EM 4.3.1991.
139 - Otto Bürger, 1909.
140 - Leitartikel vom 5.2.1991.
141 - es muß Lesern in Europa dazu erklärt werden, daß die DC in Chile eine Linkspartei ist.
142 - Leitartikel von Hermógenes Pérez de Arze am 6.2.1991 unter dem Titel „Die Linke gegen Dignidad".
143 - EM am 3.2.1991.
144 - EM am 5.2.1991.
145 - EM am 4.2.1991.
146 - EM am 5.2.1991.
147 - EM am 5.2.1991.
148 - El Austral am 6.2.1991.
149 - EM am 6.2.1991.
150 - El Austral am 12.12.1991.
151 - Hans Storandt in EM am 7.2.1991.
152 - EM am 3.2.1991.
153 - EM am 11.4.1991.
154 - siehe XI, 354.
155 - El Austral am 5.5.1991.
156 - EM am 11.4.1991.
157 - von Krockow, S. 217 ff.
158 - von Krockow, S. 214.
159 - Schiller, Das verschleierte Bild zu Sais.
160 - Kesting, S. 166.
161 - Kesting, S. 167.
162 - Kesting, S. 299, kommentiert Gustave Thibon.
163 - EM am 18.9.1991.
164 - Zusammenfassung von Hermogenes Perez de Arce in EM am 27.3.1991.
165 - dazu Udo Wallendy, Historische Tatsachen Nr. 47, S. 37.
166 - Einzelheiten in „Das letzte Wort über Nürnberg" von Max Lautern, S. 47, Dürer-Verlag Buenos Aires, 1950.
167 - Nach den Einwanderungsunterlagen stammt die Familie Rettig aus Berlin.
168 - El Austral am 28.3.1991.
169 - El Austral am 28.3.1991.
170 - El Austral am 28.3.1991.
171 - Der vom 28.9.1973 datierte Bericht kann gegen Zahlung der Unkosten in Ablichtung vom Verlag geliefert werden.
172 - Perez de Arce in EM am 3.4.1991.
173 - I, 378 ff.
174 - Öffentliche Erklärung der UDI in EM am 3.4.1991.
175 - Perez de Arce, Leitartikel in EM am 3.4.1991.
176 - EM am 9.3.1991.
177 - EM am 21.1.1991.
178 - EM am 10.5.1991.
179 - EM am 26.5.1991.

180 - Perez de Arce, EM 23.10.1991.
181 - Fraktur, Patrick Foltin, am 27.1.91.
182 - Fraktur, am angegebenen Ort.
183 - wie 181
184 - siehe Nation Nr. 8/1991.
185 - Olzscha, S. 338
186 - Olzscha, S. 140
187 - Olzscha, S. 409
188 - Bush aus Kennebunkport am 2.9.91.
189 - afp am 2.9.1991 aus Teheran in der NZZ und afp am 26.9.1991 aus Ankara in der NZZ.
190 - Kolarz, Nationalitätenpolitik, S. 214
191 - Kolarz, Nationalitätenpolitik, S. 275
192 - dpa aus Madrid.
193 - so Tages-Anzeiger, Zürich.
194 - Abernon, „An Ambassador of Peace", I, 38.
195 - dazu III, 275.
196 - Kolarz, Nationalitätenpolitik, S. 253
197 - Agencia ap aus Moskau am 7. Juli in der NZZ.
198 - DW am 22.9.1991.
199 - in seiner Schrift „The Politician".
200 - EFE am 4.9.1991.
201 - Siehe dazu unsere Fotos von Fidel Castro in diesem Buch.
202 - Dazu, wie diese gleichen Kreise bei einem anderen großen Umbruch hilfreich einsprangen, nämlich Rotchina den Weg bahnten, in I, 203 ff.
203 - Boris Kalnoky in „Die Welt" 29.8.91
204 - Josef Gerl in DDs 20.1.1991.
205 - Josef Gerl in DDs 30.6.1991.
206 - DDs 2.6.1991
207 - vom 27. Juli 1991. Wiedergegeben in „Denk mit", August 1991.
208 - Franz Marschang in DDs 28.7.1991.
209 - IX, S. 210/211.
210 - dazu als sehr empfehlenswerte Lektüre: Hans Peter Rullmann, Krisenherd Balkan.
211 - Hans Peter Rullmann in DDs 16.10.1988.
212 - Auszüge aus dem Bericht von H.P. Rullmann.
213 - Dieses geschah auch in dem von mir verwalteten Ostalbanien. Es ist eine Fortsetzung der in Tetovo und Gostivar 1945 erfolgten Ausmordung durch die Partisanenverbände. Dazu ausführlich in Buch X.
214 - Rullmann.
215 - Wolfgang Gleich in DDs am 6.1.91.
216 - Carlos J. Williams.
217 - Blaine Harden, ebenfalls am 26.1.91
218 - Ostdienst in DDs, 3.2.1991.
219 - in der MZ am 5.2.1991.
220 - NZZ Cyrill Stieger aus Wien am 21.2.1991.
221 - DDs 10.2.1991.
222 - Buch X, 242.
223 - ap aus Wien am 8.2.1991 in MZ.
224 - Cyrill Stieger in NZZ am 23.4.1991.
225 - Karl-Heinz Deschner, Kriminalgeschichte des Christentums, Rowohlt-Verlag.
226 - DDs am 10.3.1991.
227 - 9.3.1991.
228 - Andreas Braun in DDs 17.3.1991.
228 - Mit diesen beiden hier gebrachten Zitaten schließt Gustav Sichelschmidt sein 1990 erschienenes Buch „Amerikanismus", das mit seinem Untertitel die Hauptrichtung aller heutigen deutschen Außenpolitik weist: Der Weltfeind Nr. 1.
229 - Heriberto J. Auel, General i.R. in Af am 13.9.1991.
230 - in Berliner Nachrichten und Nation & Europa, Juni 1991.
231 - Reuter am 4.4.1991 aus Belgrad, in NZZ.
232 - Cyrill Stieger am 5.4.1991 in NZZ.
233 - Kuzan, 12.4.1991 auf dem Krisengipfel in Krainburg.
234 - DDs am 14.4.1991.
235 - Trojanische Pferde; in DDs 14.4.91.
236 - V.M. in der FAZ am 19. April aus Ohrid.
237 - siehe dazu Fotos in V, 469.
238 - ps-NZZ aus Athen am 16.4.1991.'
239 - Cyrill Stieger, Wien in der NZZ am 29.4.1991.
240 - Ap/dpa/Reuter aus Belgrad am 3. Mai 1991.
241 - Günther Chalupa/ dpa aus Belgrad/ Zagreb am 4.5.1991 im DE.

242 - Reuter, AfP, AP, UPI aus Belgrad am 8.5.1991 in EM.
243 - Friedrich Reimold, Belgrad, am 24. Mai 1991 im DE.
244 - Cyrill Stieger, Belgrad am 15.5.1991 in NZZ und dpa, Reuter, UPI aus Belgrad.
245 - dazu XII, 39.
246 - EFE am 22. Mai in EM
247 - ap aus Belgrad am 23.5.1991 in MZ.
248 - ap am 23.5.1991 in der NZZ.
249 - Af am 13.9.1991.
250 - wiedergegeben in DDs am 2.6.1991.
251 - VM in der FAZ aus Budapest am 7.6.1991.
252 - Austral am 8.6.1991.
253 - Rudolf Stamm am 11.6.1991 in NZZ
254 - dpa aus Belgrad in DE am 14.6.1991.
255 - dpa-Korrespondent Thomas Brey aus Belgrad am 17.6.1991.
256 - afp/Reuter aus Belgrad am 24.6.1991 in NZZ.
257 - ap aus Zagreb in MZ.
258 - Reuter, UPI, dpa aus Zagreb.
259 - Reuter, UPI, dpa aus Washington.
260 - Reuter aus London.
261 - XI, 70, Moloch.
262 - Text aus Bowles S. 171.
263 - Honnow am 28.6.1991 aus Luxemburg.
264 - Günther Chalupa, dpa in MZ 1.7.91.
265 - Günther Chalupa, dpa, aus Ljubljana. Auch Cyrill Stieger am 28.6.91 in der NZZ.
266 - Klaus-Dieter Frankenberger in der NZZ am 29.6.1991.
267 - Robert Hayden in „The Baltimore Sun".
268 - ap/dpa 1.7.1991.
269 - Hanko Westermann, Bonn, am 1.7.1991 in der MZ.
270 - FAZ „Sorgen um Jugoslawien", Anfang Juli 1991.
271 - Thomas Brey, dpa, Belgrad 1.7.91.
272 - Reuter, Belgrad, 2.7.1991 in Rio Negro, Argentinien.
273 - Dieter Kroner am 1.7.91 aus Wien in der NZZ.
274 - dpa aus Wien am 2.7.1991.
275 - BLPD in DDs am 1.9.1991.
276 - dpa/ap am 2.7.1991 aus Belgrad.
277 - Kersting, S. 242.
278 - dpa/ap am 2.7.1991 aus Belgrad.
279 - Rudolf Stamm in der NZZ am 3.7.91
280 - DW am 3.7.1991 und Reuter, UPI und dpa aus Den Haag.
281 - Detlef Rudel, ap, in MZ am 5.7.1991
282 - 24.7.1991 in der NZZ.
283 - FAZ am 5.7.1991.
284 - dpa am 6.7.1991.
285 - Ostdienst in DDs am 7.7.1991.
286 - apa/Tanjug/adn aus Tirana am 15.7.1991 in der NZZ.
287 - afp am 26.7.1991 aus Belgrad.
288 - dpa aus Belgrad am 5.7.1991.
289 - zitiert in FAZ am 6.7.1991.
290 - Wolfgang Gleich am 21.7.91 in DDs.
291 - Manfred Rist aus Brüssel in der NZZ am 7.7.1991.
292 - Cyrill Stieger aus Zagreb in der NZZ am 5.7.1991.
293 - Cyrill Stieger in der NZZ am 5.7.91.
294 - Reuter am 10.7.1991 aus Ljubljana.
295 - afp, dpa aus Straßburg am 9.7.1991.
296 - Reuter, UPI, dpa aus Belgrad am 16.7.1991 in Af.
297 - Meldung aus Belgrad in der HNA am 16.7.1991.
298 - UPI, Reuter, dpa aus Belgrad am 19.7.1991.
299 - Der Spiegel, am 19.8.1991.
300 - Wolfgang Gleich in DDs am 21.7.91.
301 - Wolfgang Gleich, DDs, am 21.7.91.
302 - Reuter, UPI und dpa am 23.7.1991 aus Belgrad.
303 - DW am 23.7.1991.
304 - Ostdienst in DDs am 28.7.1991.
305 - Reuter aus Brüssel am 28.7.1991.
306 - Reuter, UPI, dpa am 1.8.1991 aus Belgrad.
307 - Reuter, Belgrad, am 1.8.1991.
308 - Reuter, London, am 2.8.1991.
309 - Reuter, AFP, AP, FFE und ANSA aus Belgrad am 4.8.91 in El Clarin, Buenos Aires.
310 - Reuter, UPI, ANSA und Florence Hartmann und Christian Chartier von Le Monde in El Clarin am 6.8.91

311 - Reuter am 6.8.1991 aus Moskau in El Clarin.
312 - Wolfgang Gleich in DDs, 11.8.1991.
313 - Ostdienst in DDs am 4.8.1991.
314 - DW am 12.8.1991.
315 - Cyrill Stieger aus Belgrad am 17.7.91 in der NZZ.
316 - ap aus Zagreb am 7.7.91 in der NZZ.
317 - Cyrill Stieger aus Wien am 23.7.1991
318 - Reuter, 24.8.1991 aus Bonn in EM.
319 - wie vorherige Nummer.
320 - Reuter aus Belgrad am 21.8.91 in Af.
321 - Wolfgang Gleich in DDs am 8.9.91.
322 - NZZ am 26.8.1991.
323 - DW, DE am 27.8.1991 aus Belgrad und Zagreb.
324 - mj aus Bonn am 30.8.1991.
325 - g-n in FAZ am 31.8.1991.
326 - in Nachkriegsdiplomatie S. 381 ff.
327 - Manfred Rist in der NZZ am 28.8.91
328 - DW am 2.9.1991.
329 - EM am 29.8.1991.
330 - UPI und dpa aus Bonn am 5.9.1991.
331 - Carl Gustav Strohm in „Die Welt" am 28.8.1991.
332 - Nicolson, S. 59.
333 - Der Spiegel, 33/1991 im Sept. 1991.
334 - wiedergegeben in enger Anlehnung an Prof. Dr. Boris Meissner „Das Selbstbestimmungsrecht", S. 9, 10, 12 und 13.
335 - NZZ am 3.9.1991.
336 - Reuter aus Den Haag am 4.9.1991.
337 - Reuter, AFP und EFE aus Zagreb in EM am 21.9.1991.
338 - Cyrill Stieger aus Belgrad am 11.9.91 in NZZ.
339 - dpa, Paris 12.9.1991 in NZZ.
340 - ap, Den Haag, 13.9.1991 in NZZ.
341 - DW am 15.9.1991.
342 - Theodor Fritsch in „Die unterirdische Macht", S. 11.
343 - Reuter aus Igalo, 17.9.1991.
344 - dazu Cyrill Stieger aus Belgrad am 13.9.1991 in der NZZ.
345 - apa am 18.9.1991 aus Budapest in der NZZ.
346 - Nikos Tzemias aus New York am 22.9.1991 in der NZZ.
347 - Wolfgang Gleich in DDs am 22.9.91.
348 - Franz Marschang in DDs am 22.9.91
349 - Vollständiger Text des Hilferufes in DDs am 29.9.1991. Es handelt sich um ein geschichtliches Dokument.
350 - El País, Madrid, aus Den Haag am 20.9.1991.
351 - Burkhart Weecke in Elemente, am 2.10.1991.
352 - Reuter aus Zagreb am 26.9.1991.
353 - Nikos Tzermias aus New York am 26.9.1991 in der NZZ.
354 - Cyrill Stieger aus Belgrad, Ende September 91 in der NZZ.
355 - dpa aus Belgrad am 3.10.1991 in der NZZ.
356 - Christian Müller, Bonn am 4.10.91 in der NZZ.
357 - dpa/Reuter aus Belgrad am 11.10.91 FAZ 11.10.1991 aus Den Haag.
358 - U.Sd. am 16.10.91 aus Moskau in der NZZ.
359 - Ulrich Meister aus Paris am 16.10.91 in der NZZ.
360 - X.Y. in DDs am 27.10.1991.
361 - Ostdienst in DDs am 3.11.1991.
362 - Am 28.10.1991 in „Rio Negro".
363 - Reuter aus Belgrad am 21. und 22.11.1991.
364 - Franz Marschank in DDs am 1.12.91
365 - AFP, EFE, Reuter und dpa aus New York am 27.11.1991 in EM.
366 - Ostdienst in DDs am 24.11.1991.
367 - EM am 28.11.1991.
368 - EM, AFP und UPI aus Bonn am 27.11.1991.
369 - José María López-Barajas aus Wien in EM am 1.12.1991.
370 - Bericht von El País (Madrid) aus Wukowar in „Rio Negro", Argentinien am 23.11.1991.
371 - wie Anmerkung Nr. 370.
372 - Reuter aus Ljubljana am 23.11.1991.
373 - EM am 25.11.1991.
374 - etwa Reuter am 30.11.1991 aus Belgrad in EM 1.12.1991. Dazu AFP aus Den Haag in EM am 2.12.1991.
375 - PS in DDs am 8.12.1991.
376 - Dazu aus dem sehr umfangreichen

Schrifttum insbesondere: Admiral Robert A. Theobald „The final secret of Pearl Harbour“ mit einem Vorwort von Konteradmiral Husband E. Kimmel sowie das 1991 erschienene Buch „Betrayal at Pearl Harbour“ von James Rusbridger und Eric Nave, Buchbesprechung von Jörg von Uthmann in der FAZ vom 12.10.1991. Die offizielle Geschichtsschreibung (= Fälschung) bemüht sich international die Provokation des japanischen Angriffs durch Roosevelt genauso zu unterdrücken wie die gleichen Methoden im Malvinenkrieg und im Golfkrieg.

377 - ap aus Prag und Pressburg am 15.3.1991 in MZ.

378 - Kurier, Wien, 16.3.1991.

379 - Cyrill Stieger aus Bratislava, Anfang Mai in der NZZ.

380 - Karl-Peter Schwarz aus Pressburg am 11.6.1991 in Die Welt.

381 - Karl-Peter Schwarz in Die Welt am 14.6.1991.

382 - Rudolf Stamm aus Meran am 28.4.91 in der NZZ.

383 - Der Tiroler, Doppelheft 2/3 1990, S. 14 ff.

384 - wib 13/1991 - XX/32.

385 - Wiedergegeben in Sieg Nr. 10/11, 91

386 - Gedanken am Anfang des Neuen Jahres in „Der Weg“, Buenos Aires, Januar 1949, d.h. vor 42 Jahren!

387 - Thomas Schmoll, ap, in MZ 20.3.91.

388 - Florentine Friedmann, dpa, in MZ am 6.6.1991.

389 - am 23.3.1991.

390 - Dieter Stäcker, Berlin, im DE am 18.4.1991.

391 - dazu VII, 74.

392 - der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee in MZ am 14.5.1991.

393 - humanität, in XII, 222.

394 - der CDU-Hochschulpolitiker Matthias Rössler in der MZ am 11.6.91.

395 - ap-Korrespondent Hans-Jürgen Moritz in MZ am 15.2.1991.

396 - MZ aus München am 25.2.1991.

397 - Hans Wüllenweber aus Köln in der MZ am 23.2.1991.

398 - Prof. Dr. Robert Hepp, Uni Osnabrück, in „Medizin und Ideologie“, August 1985.

399 - RGA 9.8.1991.

400 - HNA 21.5.1991.

401 - Reuter aus Weimar am 20.9.1991 in der NZZ.

402 - Cls aus Bonn am 11.5.91 in der NZZ

403 - UP aus Bonn am 11.6.91 im Af.

404 - ap aus Berlin am 2.3.1991 in der MZ.

405 - MZ am 24.4.1991.

406 - Euroecon, London am 30.7.91 im Af

407 - man lese dazu in Kehrl „Krisenmanager im Dritten Reich“.

408 - ap aus Frankfurt/Oder am 9.4.1991.

409 - MZ am 15.4.1991.

410 - MZ am 8.7.91. Bericht aus Nürnberg

411 - ba in der FAZ am 7.9.1991.

412 - MZ, Bericht aus Karlsruhe, 23.1.91.

413 - Dr. Rupert Scholz, CDU in HNA, 24.5.1991.

414 - MZ, Regensburg am 13.6.1991.

415 - MZ, Bonn am 15.8.1991.

416 - MZ, Frankfurt am 4.7.1991.

417 - MZ, Frankfurt am 10.7.1991.

418 - von Anja Katharina Keymes, Leipzig im DE am 27.4.1991.

419 - Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Liselotte Funke, März 1991.

420 - Der Scheinwerfer, 15.11.1991.

421 - Der Scheinwerfer, 15.10.1991.

422 - Gerhard Stoiber in „Ein Herz für Ausländer“, Februar 1991.

423 - dazu XI, 31 und FAZ 15.4.1991.'

424 - Franz Marschank in DDs am 10.11.1991.

425 - dazu VIII, 57 ff. und IX, 71.

426 - Peer Meinert in MZ am 11.6.1991.

427 - Ex Premier Michael Rocard.

428 - AP aus Madrid am 16.11.1991.

429 - Emil Rahm in Memopress 3/1991.

430 - Dr. jur. Beat Christoph Bäschlin im Tages-Anzeiger, 10.6.1991.

431 - Satz aus der Feder von Klaus Jacobi,

Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten.

432 - Der Scheinwerfer, August 1991.

433 - Werner Enz aus Helsinki in der NZZ, Mitte Juli 1991.

434 - Harald Rast in der MZ am 5.9.1991.

435 - Patrick Foltin in Fractur, 25.8.1991 und Stuttgarter Zeitung am 11.6.91.

436 - Patrick Foltin aaO.

437 - Untersuchungsergebnis des Instituto Bonilha de Opinion Publica, veröffentlicht im Af am 10.12.1991.

438 - Rheinischer Merkur.

439 - Wirtschafts-Woche.

440 - Thomas Hanke am 13.12.1991.

441 - in Der Spiegel, Nr. 50/1991.

442 - z.B. in X, S. 439 ff.

443 - Carl Hagenbeck.

444 - Georg Brunold in der NZZ aus Kinshasa am 20.10.1991.

445 - Dazu unsere heute besonders aktuellen Ausführungen in I und II.

446 - Mitgeteilt von Hans Schmidt in Amerika-Brief, Oktober 1991.

447 - Hans Joachim Schultz, D-2070 Ahrenburg. Wiedergegeben in „Afrika positiv" vom 1.9.1991.

448 - Wolli Herber in WIR SELBST, 3/4 1990 S. 14.

449 - Andreas Mölzer in WIR SELBST, 3/4 1990, S. 21.

450 - Peter Bahn bei der Besprechung des 1990 erschienenen Buches von Stefan Ulbrich „Gedanken zu Großdeutschland" in WIR SELBST.

451 - in „Die Blutnacht vom 30. Juni 1934", Sonderdruck der Freisozialen Union, Hamburg 13, Fröbelstr. 6.

452 - Einzelheiten über den „Röhmputsch" u.a. in dem 1989 als Türmer-Taschenbuch erschienenen Buch „Die sieben Todsünden Adolf Hitlers", S. 28 ff. Sie ergänzen das hier gesagte. Türmer Verlag, D-8137 Berg 3.

453 - Vasiljevich lebte in Buenos Aires und ist inzwischen verstorben.

454 - Kommentar in FRAKTUR zu dem im Literaturverzeichnis angezeigten Buch von Prof. Dr. Binswanger.

455 - mit weiteren unglaublichen Einzelheiten in FRAKTUR, 9.9.1991.

456 - dazu II, 23, 58, 60, 492.

457 - zusammengestellt in FRAKTUR, 9.9.1991.

458 - im Frühjahr 1991 in DAS NEUE VOLK, Wien mit weiteren sehr aufschlußreichen Ausführungen.

459 - Krockow, S. 626.

460 - Hans Rheinfelder und Horst Denser in „Politische Denker", S. 135.

461 - Thomas Nipperdey, S. 191 w.o.

462 - S. 192.

463 - S. 194.

464 - Chester Crocker in NZZ am 15.12.91

465 - aus einem schweizer Flugblatt 1991.

466 - Ursula Schabert, „Homosexualität und Kirche" in der Saarbrücker Zeitung, 9.3.1991.

467 - aus The Economist, ohne Datum.

468 - dazu insbesondere X, 454.

469 - dpa aus Florenz, veröffentlicht am 20.6.1991 in der MZ.

470 - Rüdiger Schulz in der Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, April 1989.

471 - von Albrecht Müller, „Einstellungen der Fernsehzuschauer zur weiteren Entwicklung des Mediums Fernsehen", in Media Perspektiven 1980/3, S. 182.

472 - Museumskurier des Bayreuther Freimaurermuseums, 22.2.1991.

473 - Interview des Diario Austral 22.9.91.

474 - zu diesem wichtigen Wort ist es zu empfehlen, nachzuschlagen, was im Buch V unter diesem Stichwort im Register greifbar ist, denn es ist ein Wort, das mit großer Hinterhältigkeit angewandt wird.

475 - Ernst Heuse, Buenos Aires in Deutsche Zeitung, Sao Paulo, Brasilien am 30.11.1990.

476 - Johannes Rothkranz „Die kommende Diktatur der Humanität" Bd. 2, „Die Weltherrscher der Finsternis in Aktion", Verlag Pro Fide Catolica, Anton Schmidt, Pf. 22, D-8968 Durach.

477 - Dazu VI, 75 ff.

478 - siehe XII, 141.
In „Sechste Etappe" (Postf. 300 344, D-5300 Bonn 3) S. 27 ff., stellt Michael Großheim „Liebe zur Heimat" und „Drang zur Herrschaft", „Volk" und „Staat", „national" und „imperialistisch", den „symbiotischen Brauch der Dorfmark" der „Legislative der Staatsmaschine" (Werner Deubel) gegenüber. *„Der politische Gegensatz reduziert sich auf die Formel ‚Scholle' oder ‚Imperium'. ‚Ein Volk muß den Bauern in sich überwinden, bevor es Herr der Welt zu werden vermag"* (Niekisch). Wir wissen, mit wieviel Böswilligkeit Mißverständnis bis heute die Feder führt bei dem europäischen Wort „Nationalismus", Wie oft aber auch Theorie und Praxis in deutschen Dingen sich widersprachen. Gesichert bleibt, daß im Nationalismus jene Kräfte schlummern, die alleine es verhindern könnten, daß aus Staaten Völkergefängnisse und Naturverächter werden, die zusammen mit den Religionen der Mächteordnung (und auch der Einen Welt) Seele geben können. Der Materialist steht niemals im Lager der Nationalisten. Ökologie und Volksgemeinschaft sind Feindbilder für die Weltbürokraten in Brüssel und am Eastriver. Sie sind es, weil sie die Macht ablehnen, nicht etwa, (wie man es ihnen vorwirft und befürchtet) weil sie die Macht an sich reißen wollen. Darum hat Fukuyama recht, wenn er die Angst vor dem Nationalismus als unsinnig bezeichnet. Ein pervertierter, blutiger, chauvinistischer, intoleranter Nationalismus kann erst entstehen, wenn man ihm seine volkliche Grundlage (durch Asylantenimport, Familienzerstörung, Geschichtsfälschung) zerstören will. So, wie Versailles vor dem Dritten Reich stand.

479 - Nicolson, S. 79.

480 - dazu V, 43; VII, 149; VI, 21.

481 - AFP aus Den Haag, 9.11.91 in EM.

482 - Neue Kronen Zeitung.

483 - am 15.9.1991, von Juan Ignacio Brito M.

484 - CODE 9/1991 S. 22 von Peter Blackwood.

485 - dpa aus Genf am 24.7.1991.

486 - CODE wie 484.

487 - Aus dem englischen übersetzt, wie es im Council for a Free Germany, in Washington am 9.11.1990 veröffentlicht wurde.

488 - Eidgenoss, 11/11 1990 S. 5.

489 - DIE ZEIT, 10.6.1977.

490 - Juan Valet y Goytisolo in „Ideologie, Praxis und Mythos der Technologie", Madrid 1971 in Politisches Lexikon CODE, ‚Ideologie'.

491 - nach einer Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland, besprochen in der MZ am 17.5.1991.

492 - Rosina, „Faszination und Indoktrination", Pf. 500 107, D-8000 München 50.

493 - am 3.6.1991. So MZ.

494 - Titel eines Buches von Jesús Ynfante. Auf S. 302 eine „Übersicht über den spanischen Faschismus, die klerikal-autoritäre Ideologie". Leseprobe S. 166: „Als der Bürgerkrieg vorbei war, ernannte Franco sich selbst zum Caudillo, von Gottes Gnaden Oberbefehlshaber . . . Die mehr als zweihundert Tage, die er der Einweihung großer Fabriken widmete, lassen die Frage aufkommen, wer Spanien regiert."

495 - in III, 176 und 290.

496 - aus Deutsche Tagespost, 19.8.1975.

497 - Burkhart Weecke in Elemente, 2.10.1990.

498 - VI, 43, 157, 161, 211.

499 - Marc Fumaroli in „Kultur und Spektakel. Neue Religion des Staates." in EM 10.3.1991.

500 - Enrique Rojas in „Hedonismo y Permisividad" in EM 10.3.1991.
Oberförster: Bild für Hitler, das Jün-

ger in den „Marmorklippen“ verwendet.

501 - „Die Woche in Australien“ Sydney, 1-3 Seddon Str., Bankstown, NSW 2200.

502 - von Daniel Hofmann aus New York in der NZZ am 19.11.1991.

503 - MZ 20.2.1991 und „Der Neue Mensch“, Freising.

504 - Lesen Sie dazu etwas von Antoine de Saint-Exupéry. Dazu IX, 13.

505 - Schn. in der Zeitung SN, Wien 27.3.1991.

506 - „Der Weg“, Buenos Aires 1949, S. 489.

507 - Man lese nach in II, 454 ff.

508 - X. 454 ff.

509 - Insbesondere V, 235 und 429.

510 - Erwähnt werden dürfen da die beiden Bücher von „Inquire within“, „Light-bearers of Darkness“ und „Trail of the Serpent“, erschienen in The Christian Book Club of America, Box 638, Hawthorne, California 90250. Außerdem sei aufmerksam gemacht auf die Proklamation des „Education Day“, 23.3.1991 in den USA, mitgeteilt im „USA-Bericht“ von Hans Schmidt, 3/1992 (POB 10600, Burke VA 22015, USA).

511 - in ‚humanität‘, Oktober 1990.

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen

8 Helmut Kohl
13 Zuspitzung am Golf (Gli 90 in RGA)
14 Weniges auf der Welt verbindet . . . (Gli 90 in RGA)
17 Friedensmarsch in München (ap in MZ)
18 Bush und Hussein (The European, London)
19 Saddam Hussein (Kurier, Wien 14.2.1991)
20 Bush betet (Darmstädter Echo 15.1.1991)
22 Kriegskarte vom Irak (War Office)
25 Hat & Coat Check (HIT 19.10.1991)
27 Colin Powell (Kurier, Wien)
27 Schwarzkopf (Kurier, Wien. Bild: Lepa)
27 Baker, Mubarak und Bessmertnych (Kurier 14.5.1991)
31 Brzezinski (NATO-Biref)
33 „Was ist Freimaurerei?“ (aus dem Programm eines Mozartkonzertes)
35 New World Odor („Nation“)
35 Kardinal Meissner
40 Wir warten auf Verstärkung (Laurie)
41 John Major in Dahran (RGA 10.1.1991, Foto dpa)
43 New World Series (Vaney. Chicago Tribune)

52 Shamir in Madrid (Bild Reuter)
54 Kurdistan (CARPRESS in NZZ)
57 Späte Fürsorge (F. Behrendt in FAZ 20.4.1991)
59 Turgut Özal (Die Welt, 9.4.1990)
73 USA-Großsiegel (CODE)
75 Savimbi, Cavaco Silva und dos Santos (NZZ, Bild Reuter)
75 Unterzeichnung im Estoril (NZZ, Bild Reuter)
77 Patricio Aylwin (Wirtschafts-Woche 19.4.1991)
87 Bastion des Generals (Die Zeit, Februar 1991)
91 Donde está su dedo, Ministro? (El Mercurio, Foto E. Reyes)
95 Diputado alemán espera ayuda (El Mercurio, 14.8.1990)
98 Von Kommunisten ermordete Nationalsozialisten (Bewaffneter Aufstand)
99 Von Kommunisten ermordete Polizisten (wie 98)
107 Korrupte Justiz (Karikatur in El Mercurio)
110 Helmut Kohl (Karikatur)
116 Menem und Di Tella (Ambito financiero)
116 Raul Alfonsin und Herbert Limmer (Ambito financiero 10.5.1991)
117 Die Präsidenten von Brasilien, Paraguay, Argentinien und Uruguay (Reuter)
118 Gorbatschow in New York (IHT 23.8.1991)
118 Schewardnadse
119 Europa wird geschlachtet (Das Reich, Karikatur von hicks)
121 Keine Probleme? (Karikatur von Aleksej Merinow in Neues Deutschland)
122 Lenin (Bild Nowosti)
123 Kernkraft in der Sowjetunion (FAZ Karte Sturm 27.10.1990)
125 Nach dem Putsch (IHT)
125 Genscher im Kreml (ABZ. RGA 19.3.1991)
126 Baltenstaaten unabhängig (Argentinisches Tageblatt)
131 Najibullah (dpa)
132 Aus den Trümmern des Imperiums (Die Welt. Karte Die Welt 26.8.1991)
141 Leonid Krawtschuk (NZZ, Bild dp)
143 Die Gläubiger der UdSSR (Mittelbayrische Zeitung)
146 Jugoslawien driftet auseinander (Deutsche Rundschau-Globus)
149 Versailles und St. Germain (Gerd Honsik)
151 EG Außenminister (NZZ, Bild epa)
153 Lojze Peterle (NZZ, Bild hf)
153 Kucan und Cossiga (NZZ, Bild Reuter)
167 Slowenische Provokation aufgedeckt (Behrendt in FAZ, 12.7.1991)
175 Mesic (AP)
179 Der EG-Stier (Hanek in FAZ, 3.8.1991)
185 Pressekommentar (Die Welt) „Feiges Zögern“
185 Pressekommentar (FAZ) „Der Entwicklung hinterher“
187 Genscher und Baker in Halle (NZZ, Reuter)
195 Die Hexagonale (NZZ, ap)
197 Serbischer Tank (Behrendt in FAZ 7.9.1991)
198 EG usw. Beobachter (Behrendt in FAZ 23.11.1991)
199 Where's the 6th Fleet now? (El Mercurio, France Press)
200 Karte der serbischen Bevölkerung (ast)
209 Zeitungsüberschriften (Rio Negro, Argentinien)
211 Die Deutschen sind schuld! (Welt 13.9.1991)

212 van den Broek (Newsweek 11.11.1991, Foto Bernard Bisson-Sygma)
213 Serbisch besetzte Gebiete (NZZ)
215 Wer bestimmt eigentlich in Serbien (Behrendt FAZ 7.12.1991)
215 Vance und Milosevic (NZZ, Bild ap)
233 Genschers Weihnachtsgeschenk an Kroatien (Bunte)
239 Kucan und Tudjman bei Kohl (Der Spiegel 52/1991)
253 Südtirol (Der Südtiroler)
255 Kapitulation in Paris (Der Südtiroler)
255 Roland Riz (NZZ)
256 Südtiroler Kundgebung am Brenner (Der Südtiroler)
257 Selbstbestimmung für Südtirol (Der Südtiroler)
260 Vlaanderen (De Standaard)
262 100 Jahrfeier Nordam. Sängerbund (Der Weg, Buenos Aires)
263 wie vorher
264 Der Männerchor von Colonia Dignidad (El Mercurio)
265 Wann wir schreiten (Möseler Verlag, Wolfenbüttel)
268 von Weizsäcker und Duchac (dpa)
268 Genscher und Kohl (MZ, dpa)
268 Diepgen (Der Spiegel)
269 Murmann, Neuber, Vogel SPD, Seiters, Modrow Eichel (dpa)
270 Rommel, Koschnick, Stolpe in Ravensbrück (Der Spiegel; RGA)
271 Genscher (Wirtschafts-Woche), Gomolka (RGA), Rohwedder (HNA)
272 Bonner und Berliner (FAZ)
284 Ermordung deutscher Offiziere (Der Spiegel)
286 Rupert Scholz (Polypress)
286 FDP auf klarem Kurs („Bild“, 24.10.1991)
287 Klose und Schäuble im Bundestag (HNA dpa)
288 Politico (Jan in Clarin/Buenos Aires)
290 Pöhl am Steuer (Wirtschafts-Woche 17.5.1991)
291 Pöhl und Schiller (NZZ)
292 Der monetäre Teufelskreis (Das Neue Volk, Wien)
293 Asylanten im Schiff (FAZ 7.8.1991)
294 Wachsende Einwanderung (The Economist, Ambito financiero, Buenos Aires)
297 Asylanten Heuschreckenplage (Rivarol, Paris)
297 Josef Ackerl (AZ 26.2.1991)
297 Erhard Busek (AZ Tagblatt 26.2.1991)
299 Wie die Saat so die Ernte (Neues Deutschland, H. Kretzschmar)
300 Gezinkte Politik in Österreich („Halt“ II/91)
301 Bruderkette Mitterand und Kohl
303 Dumas und Genscher (HNA)
305 Cossiga und Cotti (NZZ, Bild Ruti)
306 Delors und Vranitzky (Fotos APA/epa AZ 1.8.1991)
307 Cossiga und Andreotti (NZZ, Bild Reuter)
307 Gorbatschow und Gonzalez (Wirtschafts-Woche 22.3.1991)
308 Bush und Kohl (RGA 16.7.1991)
315 Fusionen (Globus 8214)
316 Robert Barth, World President Rotary (Sonntags-Zeitung 22.9.1991)
330 GATT Generaldirektor Arthur Dunkel (FAZ, Foto AP)

Alphabetisches Namens- und Sachregister

A

Abdul Hamid, Sultan 135
Abendland 92
Abjasien 134
Abuja 73, 74
Acacia 277
Ackerl, Josef 297
Adriaküste 207, 241, 223
Adzic, Blagoje 174, 182, 222, 249
Afewerki, Issayas 71
Afghanistan 129
Afrikacharter 335
Aga Khan, Prinz Sadruddin 61
Aggression 18
Ägypten 28
Aids 338, 359
Alands-Inseln 56
Albaner 148, 310
Alfonsin, Raúl 116
Alia Ramiz 177
Allesandri, Arturo 84, 113
Alpen-Adria 173
Altenbockum, Jasper von 176
Alcazar, Aziz 26
Alexander I. 329
Allende, Salvador 81, 92
Amerikanismus 45, 80
Amharen 67
Anarch 354
Angola 75
Angst 114, 115, 202
Antall, 211, 241
Antarktis 50
Antigermanismus 241, 309
Antikomintern 244
Antikommunismus 82, 113
Antisemitismus 335
Antoni, Dr. 147
Antony, Bernard 61
Aquin, Thomas von 333
Arab-American-Council 47
Arafat, Yasser 30
Arbeit 332
Aristoteles 333
Assab 68
Asylanten 293, 302, 312, 313
Atomkraftwerke 123
Atomwaffen 50, 138
Außerirdische 359
Ausländerfeindlichkeit 161, 279,
Australien 25, 356
Autarkie 330
Autonomie (Kurden) 59
Autonomie (Abessinien) 71
Azerbeidjan 136
Aylwin, Patricio Azocar 79
Aziz, Tarik 16, 38, 61

B

Babic, Milan 248
Bacon, Francis 351
Bad Wiessee 184
Bagdad 24, 28, 37
Bajt, Aleksander 154
Baker, James 16, 27, 51, 68, 74, 164, 165, 187, 221
Balkanbund 242Baltikum 196, 227
Balzac, Honoré de 18
Banken 46, 47
Bankgeheimnis 314, 315
Baranja 232
Bariloche 273
Baron, Stefan 320
Barre, Siad 71
Barth, Karl 86
Barth, Robert 316
Barthou 328 ff
Barzani, Massud 55, 61
Basken 203
Basra 13
BBC I 47
Becker, Dr. Werner 281
Begin, Menachem 53
Belgien 208, 311
Bellamy, Edward 336
Benesch 34, 147
Benin 73
Berija 134
Berlin 274
Bessmertnych 27, 160, 190
Biafra 56, 63
Biasutti, Adriano 173
Bija, Paul 308
Binder, Hans-Gerald 145
Blecha-Plan 296
B'nai B'rith 292
Bleiburg 237, 285
Bodenreform (Abessinien) 67
Bodenreform (Kambodscha) 67
Bodenreform (Chile) 67
Bodenreform (Simbabwe) 67
Bogdanovic, Radmilo 158
Böhm, Karlheinz 68
Bonhoeffer, Dietrich 324
Bonner, Elena 351
Borovo, Selo 163
Bosnien-Herzegowina 246, 247, 249
Bosques, Juan Almeida 74
Brandenburger Tor 172, 283, 355
Brasillach, Robert 358
BRD 29
Brey, Thomas, Anm. 271
Briand-Kellog-Pakt 174
Brioni 181
Briones, Ramon 88
Britisch Somaliland 71
Bruderkette 301
Brüggemann, Diethelm 124
Brzezinski, Zbigniew 31, 350
Bucar 181
Buchanan, Patrick 324
Buchgeld 330
Bülow, Fürst v., Bernahrd 34
Bund der Kommunisten 150, 227
Bundeskasernen (Jugosl.) 150, 181, 207
Burkina Faso 73
Busek, Erhard 297
Bush, George 12, 15, 20, 38, 44, 50, 55, 60, 65, 140, 160, 170, 349

C

Calfa, Marian 252
Camus Larena, Carlos 86, 103
Caprinowic 242
Carnogorsky, Jan 251
Carrington, Lord 205, 210, 224, 226, 234, 242
Carter, Jimmy 70, 351
Castro, Fidel 51, 80
Ceaucescu 144
Celis, Richard 261
Cengis, Mustafa 230
Cetniks, Tschetniks 162
Chaos 144, 178, 330, 93
Chesson 162
Chevènement, Pierre 32
China 24, 40, 60
Chirac, Jacques 296
Christentum 332, 353
Christians International 357
Churchill, Winston 23
Cimma 78
Claesen, Letje 261
Clemenceau 34
Coeme, Guy 26
Cohen, Herman 69
Coloma, J.A. 85
Colombo, Salvatore 71
Clonia Dignidad 264
Cossiga 153, 164, 305
Cotti 305
Coventry 219
Crespo, Segismundo 309
Cristi, Angelica 112
Crocker, Chester 70
Curzon, Lord 348

D

D'Abernon, Lord 135
Dag Hammerskjöld 326
Dall, Curtis B. 218
Dante Alleghieri 335
Danzig 34
Dean Acheson 351
De Gasperi, Alcide 254, 258
Delmer, Sefton 245
Delors 162, 306, 317
De Michelis, Gianni 162, 194, 206, 310
Demokratie 279

De Nacimento, G.E. 105
Derjabin, Juri 190
„Der Tiroler“ 254
Deubel, Werner Anm. 478
Diepgen 268
Dietrich, Stefan 302
Diez, Sergio 96, 112
Dimant, Abel 141
Dimitriewitsch, Dragutin 242
Diplomatie 10,169, 198
Die Tella, Guido 116
Dittborn, Julio 84, 93
Dixmuiden 259
Djodan, Sime 192
Djujic, Momcilo 193
Djukanovic 177
Domljan, Zarko 241
Donauschwaben 146 ff, 192
Donovan, Oberst 216, 244
Dönoff, Marion Gräfin 283
Dos Santos 74
Draskovic 155
Dresden 23, 289
Dritte Welt 24
Drogengelder 208
Dubrovnik 186, 216, 222, 227
Duchac 268
Dumas, Roland 202, 223, 303
Dunkel, Arthur 331
Durchschnittsmensch 94
Dschabar, Bayan, Anm. 95

E

Echeverria, Rafael Otero 79
Edwards, del Rio, Cristian 92
EFTA 314
Eftimi, Patriarch 192
EG 158, 165, 181, 194, 214, 220
244, 246, 314, 139
Einwanderung (USA) 45
Eiss, Hans Jörg 244
Elkins, Heike 278
El-Rabi, Ahmed 32
Eluchans, Edmundo 84
England 216, 318
Enosis 65
Enteignung 84
Entente-Logen 216, 217, 228, 247,
250, 274, 340
Entkolonialisierung 72
Entropie 333
Entwicklungshilfe 323
Erbil 55
Ermacora 252
Erziehung 337
Escrivá de Balaguer 352
Esseg (Osijek) 234
Esther 356
Europ. Währungs-Union 314,
317, 319
Europaparlament 212
Europol 315
Ewiger Friede 34, 335
Extremisten 10
Eyadema, Gral Guassinghe 73

F

Fajardie 218
Famagusta 65
Familie 325, 338
FAZ 183, 206, 220, 237, 254, 258,
302, 318, 341
Feindstaatenklausel 241, 347
Fernandez, Sergio 103
Filatov, Sergej 137
Finkh, Ulrich 28
Finnland 56, 313
Fischer, Gotthilf 264
Fischer, Heinz-Joachim 254
Fluchtklausel 318
Flüchtlingswesen 350
Fraenkel, Ernst 90
Frankreich 58, 281, 302, 318, 358
Freedman, Lawrence 168
Freie Marktwirtschaft 137, 330
Freimaurerei 33, 339
Freimaurermorde 217
Frei Montalva, Eduardo 80
Frente Autonomo Manuel
Rodriguez 335
Frenz, Helmut 79
Friedensdiktate 9
Friedenstruppe 237
Fritsch, Theodor Anm. 342, 207
Fukuyama, Francis 347
Fundamentalisten 352
Füra, Janos 177
Fürstenmorde 217
Fürstenstein 224
Fusionen 48

G

Gabon 73
Gadafi 24
Gagausen 144
Galbraith, John Kenneth 351
Gamsajurdia, Zviad 135
Ghandi, Mahatma 169
Ghandi, Rajni 172
GATT 200, 331
Gavrilovic 208
Geburtenrückgang 267
Geheimdiplomatie 9
Geiger, Helmut 281
Geld 280
Genscher, Hans Dietrich 29, 34,
36, 39, 81, 94, 145, 168, 171,
180, 184, 187, 201, 202, 206,
214, 218, 226, 230, 233, 246,
271, 303
Gewaltenteilung 93
Gewaltspirale 100, 289
Gewinn-Spirale 333
Ghali Butros 32, 245
Ghana 73
Giftgasabkommen 55, 63
Ginsberg, Ascher 53
Giorgis, Ras Wolde 67
Giovenzaha, Giuseppe 173
Giscard, Valery D'Estaing 296, 72
Glaspie, April C. 15
Gleichgewicht 217
Gleichheit 156. 196
Gligorov 160, 238
Gnostiker 361
Godmanis, Ivar 127
Gölz, Eva 329
Gomolka 271
Goppel, Thomas 180
Gorbatschow, Mijail 38, 39, 125,
193, 224, 281, 307
Goering, Hermann 327
Gostivar 238
Gratz, Erhard 62, 64
Grenzen 129, 324
Grewe, Wilhelm G. 200
Griechen 28
Griechenland 160
Grimm, Hermann 342
Großbritannien 240, 308
Großheim, Michael Anm. 478
Gruber, Karl 254
Grund, Johanna 160
Grundgesetz 294, 295
Gruppenfotos 334
Gschnitzer, Dr. Franz 254
G7 48, 50, 66
Guillemi, Ruben 243
Guzman, Jaime 78, 92, 103
Gysi, Gregor 312

H

Habre, Hissen 73
Habsburg, Otto von 192
Haffner, Sebastian 93
Haider, Jörg 342
Halfeld, Adolf 23
Hambacher, Schloß 219
Hamer, Dr. Eberhard 280, 293
Hamsun, Knut 357
Harkis 304
Hartmann, Rolf 213
Haß 349, 92
Haussmann, Hartmut 194
Havel, Vaclav 250, 349
Hawke, bob 356
Hayek, Friedrich August v. 319
Hedoismus 357
Hedin, Sven 267
Heise, Karl 274
Helsinki 97, 313
Heppner, Siegfried 326
Hertel, Peter 352
Hexagonale 195
Hitler, Adolf 328, 109, 78, 83
Hobson, John H. 15
Hoggan, David L. 44
Hölderlin 289
Homosexuelle 337
Honecker, Erich 64
Hornhues, Karl-Heinz 166
Hrawi, Elias 308
Huber, Max 56

Humanismus 335
Humboldt-Universität 278
Huneeus 109
Hupka, Herbert 282
Hunger, Bernd 283
Hurd, Doublas 129, 205, 226
Hussein, Ahmad 61

I

Ibos 56, 63
Iliescu, Jon 144
Immigration: Einwanderung
Inflation 328
Informe Rettig 97, 103, 114
Ingrer 313
Insunza, Sergio 97
Integration 352
Iran 129, 131
Irland 104
Irsfeld 145
Isensee, Prof. 273
Islam 39, 169
Israel 39, 51, 69
Italien 175, 232, 258, 310
Ital. Ost-Afrika 68
Ital. Somaliland 71
Ijzerbedevaart 259
Izetbegovic, Alija 241

J

Jabotinsky, Zeer 53
Jahn, Siegfried 271
Jalta 285
Jansa, Janez 171
Japan 274
Jarpa, Sergio Onofré 84
Jeltsin (Jelzin), Boris 125, 138
Jemen 40
Johnson, Paul 10
Johnson, US-Präsident 137
Joly, Maurice 321
Jordanien 24
Jovanovic, Vladislav 245
Jovic 155
Joxe, Pierre 42
Juden 320
Jugendbanden 289
Jugendweihe 271
Jugoslawien 341
Jünger, Ernst 354 ff.
Junge Union 282

K

Kabelfernsehen 338
Kacin, Jelko 171
Kadijevic, Gral. Veljko 149, 206, 211, 222, 223, 230, 249
Kaffa 67
Kaffitscho 67
Kalter Krieg 118
Kapital 332
Kapitalismus 326
Karabash 136
Karamanlis 160
Karlowac 247
Karneval 37
Kasakstan 128, 138
Katanga 56
Katschthaler, Hans 174
Katyn 252
Kaunda 73
Kelly, John 15
Kekekou, Mathieu 73
Kennedy, John F. 14
Kerenski 140, 321
Khomeini 13, 55
Kimberley, Bergalis 359
Kind, Christian 219
Kinder 337
Kindergärten 164, 267, 273
Kinkel 283
Kirkuk 55
Klein, D. Dr. Christoph 145
Klibanoff, Daniel 48
Klose, Hans Ulrich 287
Koczak, Stephen 37
Kohl, Helmut 8, 82, 163, 184, 230 245, 291, 292, 301, 314
Kolonialgrenzen 72
Konferenzdiplomatie 198
Kongo 73
Kongreß (USA) 42
König, Albrecht 150
Korsika 308
Koschnik 270
Kòsovo 177, 214
Kostajnica 188
Kosten 343, 349
Kostic, Branco 189, 224, 225
Kosutic, Budmir 177
Kowalczuk, Ilko Sascha 278
Krain (Kraijina) 154, 159, 161, 238
Krainer, Josef 174
Krajisnik, Momcilo 225
Krauss, Enrique 88
Kravschuk, Leonid 140, 141
Kreisky, Dr. Bruno 254
Krieg 274
Kriegskosten 36, 43
Kriegsverbrechen 25, 284
Krim 142
Kriminalität 319, 337, 348
Krockow, Christian Graf v. 93
Kronzeugen 97
KSZE 165, 167, 172, 173, 174, 178, 219
KSZM 311
Kuba 40, 51, 74
Kucan, Milan 153
Kuharic, Kardinal 196
Kultur 171, 217, 356, 66
Kunst 342, 357
Kuntzemüller, Dr. Otto 340
Kurden 334
Kuwait 208

L

Lamers, Karl 166, 171, 175
Landsbergis, Vytautas 351
Le Reunion 308
Larnaka 65
Lausanne 64
Lavin, Joaquin 108, 114
Le Baule 73
Lebensmittel 332
Lehideux 61
Lenin 188, 203
Le Pen, Jean-Marie 61, 157, 304
Levy, David 19, 29
Libanisierung 148
Liberale 45
Liberia 74
Libyen 24, 32, 51
Limassol 65
Lippert 194
Lira, Bernardo Bravo 85
Litauen 126, 24
Ljotic, Jacob 193
Loen, Ernst von 333
Logendiplomatie 335
Loncar, Budimir 174, 221, 226
Louvre 303, 304
Ludendorff, Erich 10
Lüder 282
Lusinchi, Jaime 207
Luxembourg 189
Lyon, Fernando Jaramillo 80

M

Maastricht 232, 240, 314
Madagaskar 73
Mafia 310
Maghreb 317
Magnago, Silvius 254
Major, John 41, 59, 137, 217
Makarios, Ethnarch 65
Maldonado, Luis 103
Matiza Slovenska 251
Mali 73
Mandela, Nelson 351
Marcovic, Ante 158, 162, 165, 174 204, 205, 211, 213, 223
Marschang, Franz 60
Marseille 329
Martin Luther King 44
Marxismus 335, 69
Masaryk 34
Maschke, Günter 230
Massaua 68
Matica Slovenska 251
Mauretanien 73
Maxwell, Robert 342
Mazedonien 206, 210, 238, 242, 247, 250
Meciar, Vladimir 251
Meissner, Kardinal 35
Meissner, Prof. Dr. Boris, Anm. 334
Memel (Klaipeda) 127

Menelik 67
Mengistu, Haile Marian 67, 68
Menschenrechte 104 ff, 163, 325
Merkel, Angela 267
Mesa Seco, Manuel Francisco 78, 93
Mesic, Stipe 162, 173, 174, 184, 188, 192, 214
Methodisten 77, 79, 89
Metternich 172
Mihailowitsch, Draga 242
Millan, Gabriel 10
Milosevic, Slobodan 148, 160, 174, 215, 249
Minderheiten 203, 144, 154, 157, 258, 312
Mindszenty, Kardinal 82
Mitchell, George 46
Mitsotakis 160
Mittelmeer 310
Mitterand, Jacques 163, 184, 281, 301
Mobutu, Sese Seko 72, 308
Mock 162, 212
Moderne, die 335
Modrow 269
Molina, Armas Pilar 114
Mölzer, Andreas Anm. 449
Momber, Pablo 84
Montealegre-Klenner, Hernán 104
Montenegro 207, 224
Montherlan, Henry de 156
Moral 18, 279, 285
Morgenthauplan 267
Morus, Thomas 335, 336
Mubarak, Hosni 27
Mugabe 69
München 17
Munteanu, Aurel 231
Murdoch, Rupert 47
Murmann 269
Mussolini, Benito 67, 357
„Mut“ 342
Mutalibow, Ajas 136
Myrdal, Gunnar 330

N

Nahostkonferenz 29, 38, 42, 51 ff. 122
Narodna Obrana 216
Nasarbajew Nursultan 138
national 203, 204
Nationalismus 127, 156, 274, 340, 348, Anm. 478
NATO 26, 314, 320
Nazis 272, 273, 310, 336
Nedic, Gral. 193
Nedovic, Oberst 173
Neger 44, 45
Neonazi 282
Neruda, Pablo 83
Neubauer 61
Neuber 269
Neugliederung (BRD) 285
Nguesso, Denis Sassou 73
Nichteinmischung 63, 157
Nichtwähler 278
Nicolson, Harold 10, 169, 196 ff, 218
Niederlande 201
Niedersachsenlied 264
Niekisch Anm. 478
Niger 73
Nigeria 73, 74
Nilus, Serge 321
Nobilo, Mario 238
Nordamerikanischer Sängerbund 262, 263
Nordschleswig 251
Norton, August Richard 24
Nostradamus 326
Nußbaum, Bruce 277

O

Obdachlosigkeit 288
Ogaden 71
Ogata, Sadako 61, 350
Ohrid 184
Okalan, Abdullah 60
Öl 18, 317
Ölfelder 43, 64, 208
Olivares, Alejandro 92
Opel, Manfred 26
Opus Dei 352
Ordschoni 134
Oromo 69
Ortúzar, Santa Maria, Alvaro 108
Ortsgemeinde 352
Osorno 339
Ossetien 134
Österreich 166, 167, 173, 190, 275, 296, 349
OUA 67, 72
Özal, Turgut 59

P

Pabsch, Wiegand 85
Pakistan 25
Pakrac 155
Palästina 24
Palästinenser 38, 51
Panama 349
Pangermanismus 178, 213
Panzerlied 261
Papst 16, 30, 68, 164, 192
Paraga, Dobroslav 247
Partisanen 108, 148, 285
Paulus 342
Paule Patriarch 192
Pax Americana 141, 306
Pax Britannica 141
Pearl Harbour 241
Pekic, Dusan 148
Pentagonale 162
Perestroika 11
Perez de Cuellar, Javier 16, 74, 127, 171, 238, 241, 243
Perko, Frantisek, Erzbischof 162
Peter der Große 135
Peterle, Lojze 150, 153, 158, 168, 241
Philosophie 335, 342
Phomvihane, Kaysone 308
Pickering, Thomas 350
Pike 340
Pinheiro 181
Pinochet, Augusto 79, 92, 96
Piraterie 63
Planina, Milka 147
Plan „Z“ 96
Plato 342
Pluralismus 49, 342
Pöhl 290, 291
Polen 164, 217, 223, 283
Politiker 279, 288
Poos, Jacques 165, 189
Portugal 190, 310
Potsdam 33
Pound, Ezra 357
Powell, Gral. Colin 15, 27
Preußen 276
Princip 242
Priskil, Peter 28
Prochelle, Marina 85
Proksch, Udo 298
Protokolle 321
Prunskiene, Kazimiera 127, 158
Psychiater 49
Putsch (Moskau) 124, 143, 193

Q

Qualitätsbegriffe 332
Quarantäne 360
Quittas, Robert 357
Quebec 127

R

Rafsanjani, Ali Akbar 32
Rahm, Emil 275, 312
Ramspeck, Hasso 88
Raphael 342
Ratsirake, Didier 308
Ratzenböck, Dr. Josef 173
Ratzinger, Kardinal Joseph 108
Rauschnig 83
Ravna Gora 162
Rebellen 209, 210
Rechtsstaat 89, 90, 109, 102, 111
Reissmüller, Johann Georg 171, 237
Reitsch, Hanna 355
Reseta, Andrija 178
Rettig-Bericht 86, 97
Reuter (dpa-Vertreter) 89
Reyes, Fidel 86
Rhodesien 323

Ribera, Teodoro 112
Riedel, Werner 271
Riegler 158
Riz, Roland 254, 255
Rocard, Michel 308
Roehm, Ernst 327
Rojas, Patricio 113
Roland-Raketen 36
Roman, Valter 145
Roman, Dr. Petre 145
Römer 28
Rommel, Manfred 270
Roon, Albrecht von 90
Roosevelt, Franklin D. 19
Rosh, Lea 264
Rosina, Hans-Joachim 352
Rugova, Ibrahim 177
Rühe, Volker 175
Rullmann, Hans Peter Anm. 211, 212, 214
Rumänien 143
Rumäniendeutsche 144, 145
Rupel, Dimitri 193
Rupnik, Gral. 193

S

Sackgassenpolitik 202
Saddam Hussein 220
Salinger, Pierre 14
Salomon Brothers 48
Samaras 160
Sambia 73
Sanktionen 227, 231, 236
Santayana, George 80
Santer 168
Sarajewo 164
Satow, Sir Ernest 81
Saudiarabien 32, 47
Savimbi, Jonas 74, 75
Savisaar, Edgar 127
Schacht, Dr. Hjalmar 328
Schamir, Izhak 39, 52
Schäuble, Wolfgang 287
Scheiderbauer, Heinz 342
Schenk, Christina, MdB 267
Schewardnadse, Edward 134
Schiller, Friedrich 93
Schiller, Prof. Dr. Karl 319
Schleicher, Gral. 329
Schleicher, Harry 189
Schlesien 30, 202, 282
Schlichtungskommission 205
Schmidt, Hans 50
Schmitt, Karl 93, 170
Scholz, Rupert 286
schöpferisch 329, 357
Schörner 285
Schreiber, Werner, MdB 95
Schutz des Kindes 337
Schwarz, Karl-Peter 252
Schwarze: Neger
Schwarzkopf, Norman 27, 39, 42
Schweden 39, 312
Schweitzer, Albert 351
Schweiz 275, 311, 312
Securitate 144
Seiffert, Wolfgang 276
Seiters 269
Sekten 351
Selassie, Haile 67
Selbstbestimmungsrecht 56, 61, 191, 214, 254, 257
Semit 321
Separovic, Zvonimir 193
Serbien 154, 158, 161, 224, 231, 242
Serke, Jürgen 274
Seselj, Vojislav 182, 191
Sèvres, Vertrag von 54, 58, 64
Sewastopol 142
Sibenik 207, 241, 223
Sicherheitsrat 32, 40, 60, 68, 211, 231
Siebenpfeiffer, Philipp Jacob 219
Siebert, Bruno 112
Sierra Leone 74
Silva, Cavaco 74
Simonis, Kardinal 157
Simovich 216
Singen 259 ff
Sipötz, Hans 174
Skudraketen 24
Slawonien 186, 214
Smits, Simon 216
Soglo, Nicephone 308
Solschenitzyn 96
Sommer, Theo 351
Sonnenfeld, Helmut 156
Sotheby's 357
Sowjetunion 23, 60
Sozialismus 326
Spanien 309
Spegelj, Martin 190
Spengler, Oswald 66
Staat im Staate 340, 353
Stasi 100, 273
Status quo 334
Steele, Shelby 44
Stimson-Doktrin, Henry 174
Stolpe 270
Stojcevic, Pavle 152
St. Petersburg 321
Straßburg 230
Streibl, Dr. Max 173, 252
Ströhm, Carl Gustaf 163, 164, 185
Sudan 74
Südbrasilien 316
Sudetendeutsche 252
Südtirol 252
Supermächte 11
Susak, Gojko 222
Süßmuth, Rita 32, 351
Syrien 24, 36, 38, 52

T

Takrit 26
Tansania 323
Teitelboim, Volodya 97
Tempelritter 342
Tenbrock, Christian 311
Ter-Petrosian, Levon 136
Terrorismus 217
Testament 344
Tetovo 238
Teufel, Erwin 223
Thatcher, Margret 59, 217, 309
Thibon, Gustave Anm. 162
Thomas, Clarence 45
Thulegesellschaft 68
Thule-Seminar 354
Tibet 130
Tigre 69
Tiso 251
Tito 186, 193, 217, 237, 240, 242
Tocqueville, Alexis de 76
Todesfall, Merkblatt f.d. 344 ff.
Todeszonen 37
Toge 73
Toleranz 360
Traore, Moussa 73
Treitschke 187, 289, 339
Treuhand 281
Trnka, Frantisek 250
Trilaterale Kommission 350
Trotzky, Leo 335
Truman, Harry S. recte Treuman 12
Tschad 73
Tschechoslowakei 341
Tschetniks: Cetniks
Tudjman, Franjo 150, 152, 162, 166, 173, 190, 216, 237, 247
Tudor, Vadim 144
Türkei 54, 131, 135
Tutwieler, Margaret 57
Tyson, Mike 45

U

Übergangszeit 336
Überseedeutsche 108, 112, 272
Ukraine 139
Ungarn 192, 341
Unionsvertrag 139
Universitäten (DDR) 278
UNO 40
Unternehmer 330
USA 23, 29, 34, 44 ff, 70, 141, 166, 175, 182
Ustascha 159
Utopie 68, 335

V

Valdes, Gabriel 89
Vance, Cyrus 214, 215, 238, 241, 245
Van den Broek, Hans 190, 212, 241
Vannahme, Joachim Fritz 15
Vasiljevic, Ing. 329

Veizovic, Dobrasav 245
Velayati 130
Venedig 65
Venohr, Dr. Wolfgang 274
Verantwortungslosigkeit 280
Verdacht 314
Vereinigte Staaten: USA
Veselica 165
Vlaams Block 311
Vogel, Dieter 222, 223
Vogel, Hans Joachim 26
Völkerbund 9
Völkermord 62
Völkerrecht 63, 105
Volksabstimmung 172, 251, 286, 108, 134
Von Borch 44
Vranitzky 173, 210, 306

W

Wachstum 333
Waffenembargo 182, 214
Waffenstillstand 40
Waldheim 349
Walesa 258
Wechsler, Erika 83
Weecke, Burkhart Anm. 351
Wehrwölfe 285
Weinheber 358
Weizsäcker, Friedrich von 165, 210, 251, 268, 340
Welajati, Ali Akbar 38
Wells, H.G. 336
Weltbürgerkrieg 168
Weltenkollaps 168
Welthorizont 321, 322
Weltmonarchie 335
Weltpolitik 11
Weltstaatstragödie 341
Weltsteuer 37
Weltwährungsfonds 343
Wendehälse 82
Wende-Knick 267
Wien 342
Wiener Kongreß 339
Wiesel, Elie 349
Wilson, Woodrow 147, 174
Winaendts, Henri 206
Wojwodina 148, 162, 225
Wukowar 205, 224, 227, 234
Wyschinski 208

Y

Yilman, Mesut 62

Z

Zadar (Zara) 161, 214
Zaire 324
Zangfeest 259
Zeitgeist 336
Zentralafrik. Republik 73
Zernatto, Christof 174
Ziegler, Jean 311
Zilk, Helmut 170
Zimbabwe 67
Zimmermann, Norman 150, 1
Zinsknechtschaft 318, 330
Zionismus 52
Zrbzinski, Zbigniew 31
Zweig, Stefan 156

Abkürzungen

Af	„Ambito financiero“, Buenos Aires
BCCI	Bank of Credit and Commerce International
BfG	Bank für Gemeinschaft
BVG	Bundesverfassungsgericht, BRD
CSFR	Tschechoslowakei
DDs	„Der Donauschwabe“, Aaalen
DE	„Darmstädter Echo“
DNZ	„Deutsche National Zeitung“, München
DW	„Deutsche Welle“, Köln
EM	„El Mercurio“, Santiago de Chile
EPLF	Eritrean People's Liberation Front
EPRDF	Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front
EWR	Europäischer Wirtschafts-Raum
EWU	Europäische Währungs-Union
FPÖ	Freie Partei Österreichs
GATT	General Agreement of Tarifs and Trade
HNA	Hessisch-Niedersächsische Allgemeine Zeitung, Kassel
IHT	International Herald Tribune, Paris
JU	Junge Union
MZ	Mittelbayrische Zeitung, Regensburg
NZZ	Neue Zürcher Zeitung, Zürich

OAU	Organisation für Einheit Afrikas
RGA	Remscheider General-Anzeiger
SETI	Search for Extra Terrestrial Intelligence
UAI	Union Astronómica Internacional
UDI	Union Democrática Independiente, Chile
UFV	Unabhängiger Frauenverband
UP	Union Popular, Chile
WB	Wiener Beobachter

Zeitschriften

Afrika positiv	Dipl. Ing. Konrad Wozniak, POB 1839, Randburg 2125, S-Afrika.
Criminal Politics	Lawrence T. Patterson, Postfach 1059, CH-4001 Basel, oder POB 37812, Cincinnati OH 45222, USA.
Das Neue Volk	Wien 9, Fuchsthallergasse 11, Tiefstock.
Der Scheinwerfer	E. Hefendehl, D-8634 Rodach-Sülzfeld.
Der Völkerfreund	Mitteilungsblatt der Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde, A-1140 Wien, Kuefgasse 21/12.
Die Aula	Andreas Mölzer, Graz, Österreich.
Ein Herz für Inländer	A-1140 Wien, Kufsteingasse 21/12.
Einsicht	Freundeskreis der Una voce, D-8000 München 1, P. 100540.
Europa vorn	Manfred Rouhs, Postfach 301010, D-5000 Köln 30.
fakten	Partei „Kritische Demokraten", A-2111 Seebarn 12, Österr.
Fraktur	Deutscher katholischer Nachrichtendienst, Postfach 1162, D-7037 Magstadt.
Gewinn	Das Wirtschafts-Magazin, Verlagspostamt, A-1070 Wien, P.b.b.
Halt!	Gerd Honsik, Klaus Röth, Postfach 11, A-1142 Wien.
Junge Freiheit	Postfach 147, D-7801 Stegen/Freiburg.
Ketzerbriefe	Ahriman Verlag, Stübeweg 60, Postfach 6569, D-7800 Freiburg.
Memo Press	Emil Rahm, CH-8215 Hallau SH, Schweiz.
Mensch und Maß	Franz v. Bebenburg, D-8121 Pähl, Ammerseestr. 2
Nation	Das politische Magazin für Deutsche, Adrian Preißinger, Postfach 60, D-8175 Reichersbeuern.
Nation und Europa	Peter Dehoust, Postfach 2554, D-8630 Coburg.
Non Nobis	Dr. Edmund Sawall, Am Kornfeld 22, D-7257 Ditzingen 5.
Ostdienst	Hans Peter Rullmann, FACTA-OBLITA-Verlag GmbH, Hamburg.
Recht und Wahrheit	Otto Ernst Remer, D-3180 Wolfsburg 1, Hohensteinstr. 29.
Sieg	Walter Ochensberger, Postfach 5, A-6911 Lochau.
Wiener Beobachter	Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), Arbeitskreis Wien, A-1060 Wien, Webgasse 11/9b.
Wir selbst	Gerhard Quast, Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, D-5400 Koblenz.

Literaturverzeichnis

Adler, Bruno	„Der Schuß in den Weltfrieden", Verlag Dieck & Co., Stuttgart 1931 (der Autor bemüht sich, die Rolle der Freimaurerei am Attentat von Sarajewo herunterzuspielen).
Antiklerikaler Arbeitskreis der Bunten Liste, Freiburg	„Golfkrieg Spezial", März 1991, Ahrim Verlag, Freiburg.
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Ortsgruppe München	„Hintergründe des Golfkrieges", Jürgen Wolf, Tulbeckstr. 4, D-8000 München 2
Balk, Hermann	„Bekenntnis der deutschen Patrioten", POB 643, Winchester VA 22601, USA
Bieber, Otto	„Geheimnisvolles Kaffa", Universum Verlagsges.mbH, Wien 1948
Bowles, Chester	„Der große Friede", Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1957
Da Silveira, Fabio Vidigal Xavir	„Frei o Kerensky Chileno", Editora Vera Cruz, Rua Alagoas 344, Sao Paulo 3, Brasilien (portugiesisch).
Deschner, Karlheinz	„Kriminalgeschichte des Christentums", Rowohlt Verlag
Fritsch, Theodor	„Die unterirdische Macht", Hammerverlag, Leipzig 192
Gessmann, Gustav W.	„Die Geheimsymbole der Alchymie, Arzneikunde und Astrologie des Mittelalters", Berlin 1922. reprint 1989 bei Arbeitsgemeinschaft für Religions- und Weltanschauungsfragen (ARW), Postfach 500 107, D-8000 München 50, (DM 48,—).
Halfeld, Adolf	„USA greift in die Welt", Verlag Broschek & Co., Hansestadt Hamburg 1941.
Heise, Karl	„Entente-Freimaurerei und Weltkrieg", D-2251 Wobbenbüll/Husum 1982.
Hassel, Ulrich von	„Das Drama des Mittelmeers", Verlag Herman Reinshagen, Berlin 1940.
Hoetzsch, Otto	„Rußland in Asien", Deutsche Verlags-Anstalt Stgt. 1966.
Jelzin, Boris	„Aufzeichnungen eines Unbequemen", Droemer-Knaur, München 1990.
Jünger, Ernst	„Strahlungen", Bertelsmann Lesering, Gütersloh 1955.
Kesting, Hanno	„Geschichtsphilosophie und Weltbürgerkrieg", Carl Winter, Universitätsverlag Heidelberg 1959.
Kirchner, Iwan	„Der nahe Osten", Verlag M. Rohrer, Brünn.
Kolarz, Walter	„Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt M, 1956.
Kolarz, Walter	„Rußland und seine asiatischen Völker", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt M, 1956.
Kuntzemüller, Dr. Otto	„Die Freimaurerei und ihre Gegner", A. Sponholtz Verlag, Hannover, 1897.
Leifer, Walter	„Asien, Erdteil der Entscheidung", Marienburg-Verlag Würzburg 1987.
Markale, Jean	„Die Katharer von Montsegur", Goldmann Verlag.

Mehnert, Klaus — „Peking und Moskau“, Deutsche Buch-Gemeinschaft, Berlin 1962.

Meissner, Boris - Theodor Veiter — „Das Selbstbestimmungsrecht nach sowjetischer und westlicher Lehre“, Wilhelm Braumüller, A-1092 Wien, D-7000 Stuttgart.

Michler, Walter — „Weißbuch“, J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 1991. Ein aktuelles Afrikabuch.

Mirak-Weißbach, Muriel — „Der gerechte Krieg - Das Rauschgiftkartell besiegen“, Dr. Böttiger Verlags GmbH, Dotzheimerstr. 166, D-6200 Wiesbaden.

Neidhardt, Hanns — „Die ausländischen Freiwilligen in der Deutschen Wehrmacht“, Volkstum Verlag, Wien, 1990.

Olzscha, Reiner und Georg Cleinow — „Turkestan“, 2. Auflage, Köhler & Amelang, Leipzig 1942.

Patterson, Lawrence T. — „Criminal politics“, The Magazine of Trilateral Politics. Patterson Strategy Organization, POB 37812, Cincinnati OH 45222 USA.

Rand, Ayn — „Atlas legt die Welt nieder“. Neu verlegt in deutscher Sprache bei Blanvalet Verlag, München 1989.

Recking, Ruppert — „Ein Kaiserreich auf Aktien“, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart-Berlin 1936.

Reitsch, Hanna — „Höhen und Tiefen. 1945 bis zur Gegenwart“. 2. Auflage F.A. Herbig, München, 1978.

Rosina, Hans-Joachim — „Faszination und Indoktrination“, Arbeitsgemeinschaft für Religions- und Weltanschauungsfragen, Pf. 500107, D-8000 München 50.

Rüggeberg, Dieter — „Geheimpolitik. Der Fahrplan zur Weltherrschaft“, Rüggeberg Verlag, D-5600 Wuppertal 1, 1990.

Rullmann, Hans Peter — „Krisenherd Balkan“, FACTA OBLITA Verlag GmbH, Hamburg, 1989

Rusbridger, James und Eric Nave — „Betrayal at Pearl Harbour“, Summit Books, New York 1991.

Schlumberger, Hella — „Kurdische Reise“, Goldmann 1989.

Scholl-Latour, Peter — „Den Gottlosen die Hölle“, Der Islam im zerfallenden Sowjetreich. C. Bertelsmann, 1991.

Sedlmayer, Karl — „Landeskunde der Sowjetunion“, Bernard & Graefe, Frankfurt M, 1968.

Sichelschmidt, Gustav — „Amerikanismus. Der Weltfeind Nr. 1“, Türmer Verlag, Berg am See, 1990.

Syberberg, Hans Jürgen — „Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem letzten Kriege“ Matthes & Seitz, Hübnerstr. 11, D-8000 München 19, 1990.

Theobald, Robert A. — „The Final Secret of Pearl Harbour“, spanische Übersetzung in Editorial Renacimiento, Buenos Aires, 1954.

Tocqueville, Alexis de — „De la démocratie en Amerique“, Union Génerale d'Editions, Paris 1963.

Vaqué, Klaus D. — „Verrat an Südafrika“, Varama Publishers, Pretoria.

Verschiedene — „Klassiker des politischen Denkens“, 2 Bände, C.H. Beck, München.

Verschiedene — „Klassiker des politischen Denkens", 2 Bände, C.H. Beck, München.

von Krockow, Christian Graf — „Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890-1190", Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1990 (Geschichtsverzerrung, um zerstören zu können).

Walendy, Udo — „Lügen um Heinrich Himmler", II. Teil, Historische Tatsachen Nr. 47, Dipl. Pol. Udo Walendy, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung. D-4973 Vlotho, Postfach 1643.

Walendy, Udo — „Vergessene Dokumente", Hist. Tatsachen Nr. 49. Adresse wie vorher.

„Wirbel um den Leuchter Bericht", Hist. Tatsachen Nr. 50 Adresse wie vorher.

„Das Verbrecherische System", Hist. Tatsachen Nr. 48. Adresse wie vorher.

Wundt, Max — „Vom Geist unserer Zeit", J.F. Lehmanns Verlag München 1920.

Verlagsmitteilung

Vom gleichen Verfasser und zum gleichen Thema erschienen:

VB „Wie der Völkerbund entstand", Buenos Aires 1967
I „Die Große Rebellion", Buenos Aires 1969, Neudruck 1985
II „Gegen Gott und die Natur", Buenos Aires 1971, Neudruck 1990
III „Die Sieben Säulen der Hölle", Buenos Aires 1974
IV „Die Sieben Säulen der Hölle. Ergänzungsband", Buenos Aires 1975
III/IV Zusammendruck der beiden Bücher unter dem Titel „Das verschleierte Bild zu Sais", Buenos Aires 1981. Nachdruck 1987
V „Der Sieg der Vernunft", Buenos Aires 1978
A „Der Sieg der Vernunft. Anhang", Buenos Aires 1978
VI „Verschwörung", Buenos Aires 1980. Nachdruck 1988
VII „Das jüngste Gericht", Buenos Aires 1982
VIII „Einst sangen die Wälder", Buenos Aires 1985
IX „Mit Freude, Stolz und Wehmut", Buenos Aires 1986
X „Frieden, Krieg und Frieden", Buenos Aires 1987
XI „Rette sich wer kann!", Buenos Aires 1989
F „Rette sich wer kann! Fortsetzung", Buenos Aires 1989
XII „Die Unvollendete", Buenos Aires 1991
XIII „Eine utopische Weltordnung", Buenos Aires 1992

Etwaige Bestellungen bitte an Roy Godenau, D-3579 Gilsenberg 3, Buchenmühle 1, Telefon: 0049-(6696) 285. Es genügt, wenn Sie dabei die hier vor den Buchtiteln stehenden römischen Zahlen angeben. Auslieferung erfolgt aus Beständen in Europa. Bei Buchbe-

sprechungen und anderer Nennung unserer Bücher geben Sie bitte immer unsere volle argentinische Adresse an. Wir bemühen uns, wie bisher durch Nachdrucke laufend weiterhin Bücher zur Verfügung zu halten. Falls derzeit ein Buch vergriffen ist, lassen Sie sich auf Warteliste setzen.

Bitte machen Sie unsere Bücher im Freundeskreis bekannt. Man wird Ihnen dafür dankbar sein!

Es sollte noch darauf hingewiesen werden, daß kein einziges Buch unseres Verlages in irgendeinem Lande verboten ist. Unsere Bücher stehen vielmehr in den bedeutendsten Bibliotheken im Osten wie im Westen. Wenn man weiß, mit welchen ungesetzlichen Mitteln die Freimaurerei an die Macht kam und wie sie ihre Stellung zu halten versucht, nimmt es allerdings nicht wunder, daß sie amtliches Vorgehen gegen unsere Bücher zu erreichen versuchte. Sie hat sich dabei hinter dem Vorwurf des „Antisemitismus" versteckt. Die mit solchen Anwürfen befaßten Justizbehörden haben aber alle Untersuchungsverfahren nach Einblick in die Bücher eingestellt. Im Rahmen dieser Vorgänge wurde uns von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main ausdrücklich bestätigt, daß eine Auseinandersetzung mit angeblichen Machenschaften der Freimaurerlogen keine strafbare Handlung darstellt.

Daß die gesamte Freimaurerei wie ein aufgeschreckter Ameisenhaufen bemüht ist, unsere Bücher in ein schlechtes Licht zu stellen und daß es Freimaurern von ihren Oberen verboten wurde, unsere Bücher zu lesen oder gar zu erwerben, gibt sie nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern belegt erneut die antidemokratische, unehrliche Essenz voller Vorurteile dieser verbrecherischen Organisation und hängt ihren Angehörigen das Stigma an, feige, reaktionäre, unselbständige, egozentrische Marionetten zu sein, die als wirklich allerletztes eine Elite darstellen.

Verlag Juan Maler
Belgrano 165
8400 Bariloche
Argentinien
FAX 54-0944-26041

ISBN 950-43-4049-0

Maler Eine utopische Weltordnung